

# **Medienorientierung und innerparteiliche Machtkämpfe.**

Gründe und Verläufe innerparteilicher Machtkämpfe  
am Beispiel der unerwarteten Kampfkandidatur um den Parteivorsitz  
auf dem Mannheimer SPD-Parteitag 1995.

## **Dissertation**

zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.),  
eingereicht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Potsdam

Potsdam, Dezember 2012

### **Verfasser:**

Dipl. Soz. Michael Lohmann, geb. 21.05.1971 in Wittenberg

Erstgutachter: Prof. Dr. Erhard Stölting

Zweitgutachter: Prof. Dr. Rainer Paris

Tag der mündlichen Prüfung: 16. April 2014

Online veröffentlicht auf dem  
Publikationsserver der Universität Potsdam:  
URL <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7124/>  
URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-71245>  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-71245>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1 Die Fragestellung: Wie kann sich ein umstrittener Parteivorsitzender gegen den Willen vieler Mitglieder im Amt behaupten? .....	1
2 Die Anlage der Untersuchung .....	3
3 Die einzelnen Kapitel der Arbeit.....	7

## **Teil I: Die Konzeption innerparteilicher Machtkämpfe um Spitzenämter als dynamische Prozesse**.....**11**

<b>1 Der Mannheimer SPD-Parteitag 1995 als Beispiel für die Dynamik von innerparteilichen Machtkämpfen – Zusammenfassung der Ereignisse</b> .....	<b>11</b>
1.1 Die unerwartete Abwahl des SPD-Vorsitzenden durch eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag .....	11
1.2 Darstellungs- und Handlungsprobleme Scharpings im Vorfeld des Parteitages.....	14
1.3 Die Inszenierungsdisziplin der Delegierten auf dem Mannheimer Parteitag.....	21
1.4 Das Scheitern der Disziplin des Parteitages und der Inszenierung der Geschlossenheit durch Lafontaines Rede .....	24
1.5 Nach der Rede: Lafontaine wird zum Kandidaten gemacht .....	28
<b>2 Theatralität, Figuration, Macht</b> .....	<b>33</b>
2.1 Theatralität, Inszenierung.....	33
2.2 Notwendigkeit von Inszenierung als Produkt von Beziehungen .....	38
2.3 Darstellungsregeln: Topoi der „guten Politik“ und des „guten Politikers“ .....	42
2.4 Topoi des idealen Führers als Idealbilder von Beziehungen zwischen Führern und Gefolgschaft .....	45
2.5 Machtkämpfe als Teil der Figurationsdynamik.....	47
2.6 Macht als Vermögen der Veränderung der Handlungsbedingungen anderer Personen.....	53
2.7 Machtchancen als Produkt von Beziehungen .....	58
2.8 Sprünge: Neue Handlungsprobleme und Gelegenheiten aufgrund unerwarteter Veränderungen der Figuration .....	61
2.9 Parteitage als Mittel des Machtkampfes .....	63
2.10 Möglichkeiten des Scheiterns der Verteidigung des Amtes durch den Amtsinhaber .....	67

## **Teil II: Medienimage und Medieninszenierung des Vorsitzenden als Gründe und Mittel des innerparteilichen Machtkampfes um Spitzenämter** .....

**69**

<b>1 Spitzenpolitiker als Hauptwerbeträger für die Einwerbung von Wählerstimmen</b> .....	<b>69</b>
1.1 Die Notwendigkeit der Erzeugung guter Eindrücke bei öffentlichen Politikerauftritten.....	69
1.2 Wahlerfolge als breit geteiltes Interesse vieler Parteimitglieder .....	74
1.3 Medial präsente Spitzenpolitiker als Hauptwerbeträger der Partei .....	75

<b>2 Mediale Personalisierung und Dramatisierung als typische Probleme der Inszenierung von Politik .....</b>	<b>78</b>
2.1 Mediensicht: Rückführung der Politik auf wenige Spitzenpolitiker .....	79
2.2 Mediale Unterstellung permanenter Machtkämpfe um knappe Spitzenämter .....	83
<b>3 Die Möglichkeiten und Grenzen des Parteivorsitzenden, erfolgreich sein Amt zu verteidigen .....</b>	<b>92</b>
3.1 Übertragung des schlechten Images des Vorsitzenden auf die Partei.....	94
3.2 Die Verselbstständigung innerparteilicher Personaldebatten .....	100
3.3 Die Ablösung des Vorsitzenden als attraktive Option der Inszenierung krisenbewältigenden Handelns.....	108
3.4 Imageprobleme des Vorsitzenden aufgrund seines Umganges mit der Personaldiskussion .....	117
3.5 Der Zwang zur Gegnerbekämpfung mit informellen Machtmitteln als Folge des Führertopos.....	126
<b>4 Der Parteitag als Arena der Disziplinierung innerparteilicher Gegner .....</b>	<b>133</b>
4.1 Der Parteitag als Ort der disziplinierten Vermeidung öffentlicher Konfliktaustragung .....	134
4.2 Die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung von Spitzenpolitikern .....	138
4.3 Die Neigung aufstiegsorientierter Politiker zur Risikovermeidung macht Kampfkandidaturen unwahrscheinlich.....	145
4.4 Taktieren: Risikovermeidung durch die Vermeidung von öffentlichen Selbstbindungen an Haltungen, Bündnissen oder politischen Projekten .....	151
<b>Teil III: Der überraschende Sturz Rudolf Scharpings in Mannheim als Folge der Dynamik innerparteilicher Machtkämpfe .....</b>	<b>179</b>
<b>1 Darstellungs- und Handlungsprobleme Scharpings vor und auf dem Parteitag .....</b>	<b>179</b>
1.1 Der Inszenierungserfolg als Beziehungsprodukt.....	179
1.2 Die Diagnose einer Krise der SPD in Partei und Medien.....	182
1.3 Scharpings Medienimage als vermeintliche Hauptursache aller Probleme .....	185
1.4 Gestiegene Leistungserwartungen an Scharping aufgrund schlechter Umfragewerte der SPD.....	190
1.5 Die Angst der Mitglieder vor Wahlniederlagen als Folge des schlechten Images Scharpings .....	196
1.6 Forderungen des Rücktritts Scharpings als dessen letzter Dienst an der Sache .....	202
1.7 Kritik an Scharpings Umgang mit der Debatte um seine Eignung als Parteivorsitzender .....	207
1.8 Argumentative Schwächen: Warum sich eine Wiederwahl Scharpings grundsätzlich nicht gut begründen ließ .....	222
1.9 Die Verselbstständigung der Personaldiskussionen .....	229
1.10 Die Notwendigkeit des Austragens des Machtkampfes mit Gerhard Schröder.....	239
<b>2 Scharpings Strategie der Diskreditierung Schröders auf dem Mannheimer Parteitag .....</b>	<b>258</b>
2.1 Die Notwendigkeit der Disziplinierung der Gegner durch das Parteitagsritual.....	260

2.2 Scharpings Versuch der Disziplinierung Gerhard Schröders auf dem Mannheimer Parteitag .....	268
2.3 Die Rekonstruktion der Strategie der Diskreditierung Schröders .....	273
<b>3 Vor der Rede Lafontaines - Die Stabilität der Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit auf dem Mannheimer Parteitag.....</b>	<b>312</b>
3.1 Die Kampfkandidatur um den Parteivorsitz als unwahrscheinliches Ereignis .....	312
3.2 Der fehlende Herausforderer: Warum Lafontaine zu Beginn des Parteitages nicht gegen Scharping antrat .....	315
3.3 Die Disziplin der Delegierten .....	337
<b>4 Der Bruch der Disziplin nach der Rede Lafontaines.....</b>	<b>348</b>
4.1 Das Scheitern der Inszenierung der Geschlossenheit durch Lafontaines Rede .....	349
4.2 Die Rede Lafontaines als Festrede.....	355
4.3 Medienkommentare deuten Lafontaines Rede als Hinweis auf dessen Ambitionen auf den Parteivorsitz .....	363
4.4 Lafontaines Taktieren im Anschluss an die Rede .....	369
4.5 Fordern und Drängen – Wie Lafontaine zum Kandidaten gemacht wurde.....	380
<b>Schluss: Die Ergebnisse der Studie im Überblick .....</b>	<b>409</b>
<b>1 Medienimages der Partei und ihrer Vertreter als Grund und Mittel des Machtkampfes um Spitzenämter .....</b>	<b>409</b>
<b>2 Offene Fragen und Ausblick .....</b>	<b>422</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>425</b>
<b>Quellen .....</b>	<b>432</b>



## Einleitung

### **1 Die Fragestellung: Wie kann sich ein umstrittener Parteivorsitzender gegen den Willen vieler Mitglieder im Amt behaupten?**

Personalfragen in Parteien sind Machtfragen. Die Auswahl von Kandidaten für Führungspositionen hängt nicht allein von der persönlichen Eignung der Bewerber ab. Wer ein solches Amt besetzt, wird auch in Machtkämpfen zwischen innerparteilichen Interessengruppen entschieden. Der Konflikt zwischen diesen Gruppen kann auf gegensätzliche Vorstellungen von einer optimalen Amtsführung beruhen. Auseinandersetzungen gibt es ebenso über die inhaltlichen Schwerpunkte der miteinander konkurrierenden Bewerber. Schließlich bemühen sich Netzwerke und Cliques um die Sicherung von Posten für ihre Gefolgsleute. Führungsämter und die mit ihnen verbundenen Ressourcen wie Gelder, Mitarbeiterstäbe und politische Einflussmöglichkeiten sind knappe Güter, um die sowohl Einzelne als auch Gruppen konkurrieren.

Meine Arbeit widmet sich einem besonderen Fall der innerparteilichen Kämpfe um Spitzenämter. Sie fragt danach, wie sich ein umstrittener und von vielen Mitgliedern längst abgelehnter Amtsinhaber auch gegen den Mitgliederwillen im Amt halten kann. Das ist erklärungsbedürftig, weil ein Parteiführer bei der Bewahrung und Verteidigung seines Amtes abhängig ist von der Kooperation der Parteimitglieder. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben für die Organisation von Parteien obliegt die Wahl von Parteiführern den Delegierten von Mitgliederversammlungen bzw. Parteitag. Diese Wahl erfolgt geheim. Fraglich ist daher, wie der Amtsinhaber seine Wiederwahl erreichen kann trotz der Kritik der Delegierten an ihm und trotz deren offenbar großen Freiheiten, ihn in geheimer Wahl abzulehnen. Die innerparteiliche Stellung eines Parteiführers hängt zudem von seinem Medienimage ab, das für eine Partei im Zuge der Werbung um Wählerstimmen hoch bedeutsam ist. Für die Gewinnung und Erhaltung dieses Images braucht der Parteiführer wiederum die Mitwirkung der Mitglieder. Sie müssen ihn durch öffentlich gezeigte Anerkennung als eine für die Partei herausragend wichtige Person bestätigen. Meine Arbeit fragt nach, wieso es dem Amtsinhaber in der Regel gelingt, selbst seine Kritiker dazu zu bewegen, ihn durch öffentliche Bekundungen zu unterstützen, anstatt ihre Kritik unüberhörbar vorzutragen. Meine Arbeit beschäftigt sich also mit Situationen, in denen Parteimitglieder durch ihr aktives Handeln die Stellung des Amtsinhabers festigen. Es sind Situationen, in denen sie sich bewusst für dieses Handeln entscheiden, obwohl sie den Amtsinhaber lieber durch einen anderen Kandidaten ersetzen möchten. Ich konzentriere mich dabei auf Parteitage, deren öffentlichen Charakter der Amtsinhaber ausnutzt, um das für ihn nützliche Mitwirken der Mitglieder zu erreichen.

Weil ein Amtsinhaber sich nur durch die Mitwirkung von vielen hundert Parteitagsteilnehmern in seinem Amt halten kann, ist sein Erfolg ungewiss und seine Stellung stets pre-

kär. Gerade weil die Verteidigung seines Amtes auf dem freiwilligen Mitwirken auch gegnerischer Gruppierungen beruht, ist das Risiko des Scheiterns hoch. Eine Untersuchung derartiger Machterhaltungsstrategien richtet sich damit nicht nur auf deren Erfolgsbedingungen, sondern auch auf die möglichen Gründe ihres Misslingens.

Die Strategie des Amtsinhabers fußt darauf, dass Parteitage als Medienereignisse stets inszeniert werden müssen, um der Partei zu einem guten öffentlichen Ansehen zu verhelfen. Dieses ist notwendig für die Einwerbung von Wählerstimmen. In der Regel konzentrieren sich die Medien auf wenige prominente Führungspersonen. Auf die Medienwirkung der Prominenten kommt es an. Ihre mediale Erscheinung ist die Grundlage, auf der Medien und Wähler die Partei als Ganze beurteilen. Die Parteitagsdelegierten müssen daher die Medienwirkung ihrer Repräsentanten unterstützen, um insgesamt die Wahlaussichten der Partei zu fördern. Dazu müssen sie ihren Führern bei der öffentlichen Verkörperung der (oft vermeintlich) von den Wählern favorisierten Ideale eines „guten Politikers“ helfen. Zugleich muss auch das öffentliche Auftreten der Partei als Kollektiv den Vorstellungen der Wählerschaft entsprechen. Weil offenbar „Zerstrittenheit“ durch Medien und Wähler negativ bewertet wird, müssen Parteitagsteilnehmer öffentliche Kritik und Personaldiskussionen vermeiden. Diese Selbstdisziplin der Parteitagsteilnehmer nutzen Parteiführer, um durch öffentliche Ankündigungen über die Medien Personal und Themen vorzugeben. Auf der Parteitagsbühne können die Parteitagsteilnehmer gegen diese Vorgaben nur noch um den Preis eines schlechten Ansehens der Partei opponieren.

Diese Problematik untersuche ich am Beispiel des Mannheimer SPD-Parteitages 1995. Auf diesem Parteitag kam es zu einer unerwarteten Kampfkandidatur um den Parteivorsitz, in deren Folge der Amtsinhaber Rudolf Scharping durch seinen Stellvertreter Oskar Lafontaine abgelöst wurde. Erstmals in der langen Geschichte der Partei war ein Parteivorsitzender auf diese Weise gestürzt worden. Auch in den anderen bundesdeutschen Parteien sind Kampfkandidaturen um das höchste Parteiamt äußerst selten. Üblicherweise wird ein einziger Kandidat von der Parteiführung vorgeschlagen und vom Parteitag auch gewählt. Weder kommt es zu einer offenen Konkurrenz mehrerer Bewerber, noch wird die personelle Vorgabe der Parteiführung durch die Delegierten ernsthaft in Frage gestellt. Der Mannheimer Parteitag ist folglich eine Ausnahme von der Regel. Er bietet sich als Beispielfall an aus folgenden Gründen: Der Parteivorsitzende Rudolf Scharping war öffentlich schlecht beleumundet, innerparteilich stark in der Kritik und durch prominente Konkurrenten (Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine) bedroht. Besonders die gut ein Jahr andauernden öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder hatten sein Ansehen in den Medien, der Bevölkerung und auch in der Partei sinken lassen. Dennoch war der Mannheimer Parteitag auch inhaltlich geplant als Veranstaltung, die den Personalstreit beenden würde. Zugleich wollte Scharping den Parteitag nutzen, um seinen Rivalen Schröder öffentlich und mit Unterstüt-



zung der Delegierten moralisch zu diskreditieren. Schließlich hatte der Parteivorstand Scharping als einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz nominiert und damit eine gute Voraussetzung für dessen Wiederwahl geschaffen.

Die unerwartete Kampfkandidatur einschließlich des Sturzes Scharpings zeigt zudem, dass derartige Verteidigungsstrategien des Amtsinhabers scheitern können. Meine Untersuchung wird zeigen, dass Scharpings Niederlage dabei keineswegs die logische Konsequenz seines mangelnden innerparteilichen Rückhalts oder seines schlechten Medienimages war. Vielmehr war sie das Ergebnis des Zusammenspiels von Zufällen (Änderungen der Tagesordnung) sowie des unbeabsichtigt regelwidrigen Verhaltens Lafontaines als Parteitagsredner. Lafontaine hielt eigentlich eine neutrale, versöhnliche und auf sozialdemokratischen Konsens abzielende „Festrede“ (Paris 2005b). Mit seiner starken Rhetorik begeisterte er die Delegierten jedoch mehr als der Parteivorsitzende tags zuvor. Damit war die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei und der außerordentlichen Anerkennung des Vorsitzenden gescheitert. Das so unbeabsichtigte Scheitern ist damit auch ein Beispiel für die Komplexität und für die Regelabhängigkeit einer erfolgreichen Parteitagsinszenierung.

## **2 Die Anlage der Untersuchung**

Die Untersuchung von innerparteilichen Machtkämpfen um Spitzenämter stützt sich auf das Fallbeispiel des Mannheimer SPD-Parteitages 1995. Zwar wird dieser Parteitag in einigen Publikationen als Beispiel für überraschende Wendungen von Machtkämpfen erwähnt. Er ist aber bislang noch nicht zeitgeschichtlich aufbereitet oder soziologisch analysiert worden.

Übergeordnetes Ziel war die Entwicklung eines gegenstandsnahen Modells innerparteilicher Machtprozesse (zur Idee einer theoriengenerierenden empirischen Forschung siehe Krotz 2005). Eine rein theoretische Spekulation über derartige Vorgänge sollte vermieden werden. Alle theoretischen Aussagen sollten möglichst erfahrungsgesättigt sein. Dazu rekonstruiere ich in Ausschnitten die Ereignisse des Mannheimer Parteitages. Ich sehe dabei von einer umfassenden Nacherzählung des Parteitages ab. Ich beschränke mich auf die für meine Fragestellung wesentlichen Geschehnisse und Konstellationen. Es sind zugleich die Ereignisse und Konstellationen, die sich über diesen Einzelfall hinaus verallgemeinern und für die theoretische Konzeption von innerparteilichen Machtkämpfen nutzen lassen. Mit meiner Rekonstruktion verfolge ich zwei Ziele. Erstens will ich die Gründe für den unerwarteten Sturz des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping aufzeigen. Zweitens mache ich die Dynamik von Machtprozessen an diesem Beispielfall sichtbar. Diese Dynamik ergab sich aus dem wechselseitig aufeinander bezogenen Handeln der Parteitagsteilnehmer bzw. der miteinander um den Parteivorsitz kämpfenden Interessengruppen sowohl auf dem Parteitag als auch davor. Ich vollziehe deshalb nach, in welchen Bezie-

hungen die untersuchten Personengruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt zueinander standen, welche Handlungsmöglichkeiten und -grenzen und welche Handlungsprobleme sich für sie daraus ergaben. Ich rekonstruiere, wie sich die Beziehungen zwischen diesen Personen durch ihr jeweiliges Handeln veränderten. Diese Veränderungen schufen wiederum neue Handlungsbedingungen: Neue Handlungsprobleme entstanden, neue Optionen ergaben sich, aber auch neue Grenzen und Hindernisse. Weil ich Machtgewinn und Machtverlust als Prozess begreife, sollen Situationen nicht isoliert betrachtet werden, sondern in ihrer zeitlichen Abfolge. Ich zeige, dass dieser Prozess kein lineares Geschehen ist, das zwangsläufig eine bestimmte Tendenz aufweist. Vielmehr zeigen sich zu verschiedenen Zeitpunkten mögliche oder tatsächliche Umschlagpunkte, an denen der Prozess seine Richtung hätte ändern können oder tatsächlich geändert hat. Der Kontingenz des Prozesses wird durch die Untersuchung der Beziehungen zu einem Zeitpunkt als Bedingung für die Entwicklungen zu nachfolgenden Zeitpunkten Rechnung getragen.

Dieses Erkenntnisinteresse legt eine Kombination aus historischen und soziologischen Methoden nahe. Kontingente Prozesse ohne strukturell erzwungenen und unveränderlichen Ablauf können nur im Rückblick sinnvoll erforscht werden. Die retrospektive Rekonstruktion von Handlungsketten ist die Domäne der Geschichtswissenschaft. Sie verfügt über einen ausgearbeiteten Methodenschatz zur kontrollierten Bildung von Hypothesen über vergangene Vorgänge auf der Basis von Quellen. Dieser Tradition folgend wurden die von mir genutzten Quellen einer Quellenkritik unterzogen, um ihre Güte zu prüfen und um die je individuelle Perspektive des Autors einer Quelle sichtbar zu machen. Die geschichtswissenschaftliche Quelleninterpretation bot die Mittel, um die häufig spärlichen Tatsachenbehauptungen der Quellen durch indirekt erschließbare Hinweise zu einem Gesamtbild zu ergänzen. Mit Hilfe des Quellenvergleichs konnten Tatsachenbehauptungen der Quellen anhand gleichlautender Aussagen von unabhängigen Quellen überprüft werden. Ebenso bot der Quellenvergleich die Möglichkeit, in detektivischer Puzzlearbeit Teilinformationen aus verschiedenen Quellen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen (zur allgemeinen Logik geschichtswissenschaftlicher Hermeneutik siehe Seiffert 1996; zu Quellenkritik, -interpretation und -vergleich siehe Howell/Prevenier 2004; zur Theorie der Quelle siehe Hüttenberger 1992; zum Umgang mit journalistischen Quellen siehe Ackermann 1992).

Die theoretische Perspektive meiner Arbeit machte zusätzlich eine sinnverstehende Interpretation der Quellen erforderlich. Mein Ziel war es, die Handlungen der Parteitagsteilnehmer sowohl als Produkt wie auch als Bedingungen von Beziehungen zu rekonstruieren. Diese Rekonstruktion konnte nur mit Rückgriff auf soziologische Deutungsmittel gelingen. Handlungen sind durch die Auflistung beobachtbarer körperlicher oder sprachlicher Aktivitäten nur unzureichend erfasst. Soziales Handeln ist immer sinnhaftes Handeln (Berger/Luckmann 2004). Ähnliche oder dieselben körperlichen Aktivitäten können dabei ganz unterschiedliche Bedeutungen haben und ganz unterschiedlichen Absichten folgen. Auch

wird das Handeln einer Person durch deren Interaktionspartner ausgedeutet. Menschen wählen ihre Handlungen auf der Grundlage ihrer Deutungen des Tuns anderer. Handeln ist deshalb nur vollständig beschrieben, wenn der subjektiv gemeinte Handlungssinn bzw. die Deutung dieses Handelns durch andere mit einbezogen ist. Wer durch das wechselseitig aufeinander bezogene Handeln angetriebene Prozesse verstehen will, muss das Handeln der untersuchten Personen mit sinnverstehenden Methoden interpretieren. Dazu habe ich auf die sozialwissenschaftliche Hermeneutik nach Soeffner und Hitzler zurückgegriffen (Soeffner 2004; Hitzler 1993; Hitzler/Hohner 1997). Abweichend von den Autoren habe ich keine Fallanalysen bezogen auf einzelne Interviewpartner vorgenommen. Vielmehr habe ich durch Quellenvergleich versucht, Situationen und ihre typischen Probleme wie auch Möglichkeiten des Handelns zu rekonstruieren. Der Quellenvergleich diente dabei als Plausibilitätstest für die kreativ (abduktiv) gewonnenen Deutungshypothesen zu einer Quelle. Er diente aber auch zur Komposition eines Gesamtbildes aus verschiedenen Teilinformationen. Gerade auch gegensätzliche Perspektiven etwa der einzelnen Quellen konnten in ihrer Gesamtschau zu neuen Deutungshypothesen über Ereignisse und Konstellationen führen. Diese Hypothesen mussten sich wiederum durch Kontrastierung mit weiteren Quellen bewähren als mit diesen verträglich.

Viele Quellen offenbarten in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedliche Informationen. Deshalb habe ich manche Zitate mehrfach und in mehrere Richtungen interpretiert. Dies ist kein Mangel an Kohärenz. In ein und derselben Äußerung oder Interviewpassage haben ganz unterschiedliche Handlungszusammenhänge und -bedingungen des Parteitages ihre Spuren hinterlassen. Solche Quellen sind mehrwertig und lassen sich daher nicht reduzieren als ein unverrückbares Element eines einzigen übergeordneten Sinnzusammenhanges.

Konkret wurden folgende Quellen für die Rekonstruktion des Mannheimer Parteitages 1995 herangezogen:

- Die Berichterstattung in den großen, überregionalen Tageszeitungen über den Parteitag. Darüber hinaus wurden die Zeitungen auch rückblickend bis in das Jahr 1993 ausgewertet, um weitere Informationen über Personen und Konflikte zu erhalten. Einbezogen wurden im wesentlichen die wichtigsten überregionalen Tageszeitungen wie Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Die Welt und die tageszeitung (taz). Hinzu kamen Artikel aus den wöchentlich erscheinenden Magazinen DER SPIEGEL, FOCUS und DIE ZEIT. Ergänzt wurden diese Recherchen durch Beiträge aus kleineren, regionalen Tageszeitungen, ohne jedoch den ganzen Umfang des Marktes der Regionalblätter zu berücksichtigen. In Deutschland gibt es eine Vielzahl an regionalen Zeitungen (für das Jahr 2006 zählte Schrag etwa 1.500, siehe Schrag 2006, S. 118, 128), deren Nutzung als Quellen for-

schungspragmatisch begrenzt bleiben musste. Schon aufgrund ihrer Vielzahl bildeten die Zeitungsartikel den Schwerpunkt des Quellenkorpus.

- Videomitschnitte der Berichterstattung über den Parteitag durch ARD und ZDF: Das umfasst die Fernsehnachrichten vom 14. November 1995 bis 16. November 1995 sowie die Mitschnitte der Direktübertragungen des Parteitages.
- Das vom SPD-Bundesvorstand herausgegebene Parteitagsprotokoll: Dieses enthält den Wortlaut aller auf dem Parteitag gehaltenen Reden und Wortmeldungen. Darüber hinaus sind sämtliche beschlossenen Anträge aufgeführt. Ebenso gibt es Listen der Delegierten.
- Um das Bild abzurunden, wurden die in Buchform publizierten Biografien, Porträts und Memoiren der SPD-Politiker Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Johannes Rau ausgewertet.
- Verschiedene politikwissenschaftliche Darstellungen zur SPD-Geschichte und zum Mannheimer Parteitag im einzelnen.
- Ergänzt wurde dieser Quellenkorpus durch fünf Interviews mit ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Parteitages, die als Augenzeugen des Geschehens ihre Erlebnisse und ihre Sicht der Ereignisse schilderten. Dazu wurden sie zu Erzählungen angeregt. Der Erzählfluss wurde durch Nachfragen stimuliert. Diese Nachfragen stützten sich auf meine Vorkenntnisse über Personen und Ereignisse. Auf einen durchstrukturierten Leitfaden wurde verzichtet, auch um der sehr unterschiedlichen Beteiligung der Interviewpartner am Geschehen Rechnung zu tragen. Die Interviewpartner wurden nach ihrer Zuordnung zu den Konfliktparteien, als Gegner oder Unterstützer Rudolf Scharpings bzw. Oskar Lafontaines, ausgewählt. Ein weiteres Kriterium der Auswahl war die Nähe zu bestimmten markanten Ereignissen auf dem Parteitag. Im Einzelnen waren dies folgende Personen:
  - a) Der damalige Leiter des Büros des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Parteivorstand, Torsten Oltmanns.
  - b) die damalige bayerische Landesvorsitzende Renate Schmidt. Sie saß zugleich im Präsidium der Bundespartei. Nach ihren eigenen Angaben hatte sich Renate Schmidt in Mannheim stark für die Kampfkandidatur eingesetzt, um die Konkurrenz zwischen Scharping und Lafontaine zu klären.
  - c) Die damalige thüringische Delegierte Petra Hess, die als Einzige nach der Rede Lafontaines dessen Kandidatur gegen Scharping öffentlich und vom Rednerpult aus forderte.
  - d) Jonas Schulz als damaliges Mitglied der Jungsozialisten (Jusos), die in Mannheim mit einer Unterschriftenliste einen Initiativantrag durchbringen wollten, mit

dem Lafontaine zur Kandidatur für den Parteivorsitz aufgefordert werden sollte (Name des Befragten ist anonymisiert).

- e) Die damalige Bundestagsabgeordnete und Berliner Delegierte Ingrid Holzhüter als Gegnerin der Kandidatur Lafontaines.

### **3 Die einzelnen Kapitel der Arbeit**

Im **Teil I** wird ein allgemeines theoretisches Konzept entworfen, mit dem die Dynamik innerparteilicher Machtkämpfe erfasst werden soll. Parteien werden sowohl intern als auch in ihrer Einbettung als Figurationen wechselseitig voneinander abhängiger Personen bzw. Organisationen verstanden. Die Machtchancen von Gruppen und Personen bzw. ihre Handlungsprobleme ergeben sich folglich aus der Entwicklung ihrer Beziehungen zu einander. Die Entwicklung von Figurationen folgen keinen quasigesetzmäßigen Zwängen. Innerparteiliche Machtkämpfe sind darum stets kontingent. Mit Überraschungen muss gerechnet werden.

Das **Kapitel 1** gibt einen Überblick über die Ereignisse, die vor und während des Mannheimer Parteitages zum Sturz des damaligen Parteivorsitzenden Rudolf Scharping beigetragen haben. Diese Kurzdarstellung soll dem Leser helfen, den Bezugspunkt der nachfolgenden Detailuntersuchungen stets im Blick zu behalten. Im **Kapitel 2** wird anschließend das theoretische Konzept entfaltet.

Der **Teil II** widmet sich den verallgemeinerbaren theoretischen Einsichten in die Dynamik von innerparteilichen Machtkämpfen, die sich aus dem untersuchten Fall des Mannheimer Parteitages ergeben haben. Die Hauptquelle der in diesem Teil getroffenen Aussagen sind daher die von mir rekonstruierten Vorgänge in Mannheim sowie die ihnen innewohnenden typischen Konstellationen mit ihren Handlungschancen bzw. -zwängen. Dieser Teil erhebt darum nicht den Anspruch, die soziologische und politikwissenschaftliche Theoriebildung zum Thema breit zu reflektieren. Vielmehr soll die Fülle der Einzelbeobachtungen über den behandelten Einzelfall hinaus zu allgemeineren Aussagen verdichtet werden. Die im Teil II ausformulierten Einsichten lassen sich auch auf andere Auseinandersetzungen um innerparteiliche Spitzenämter übertragen. Dargestellt werden allgemeine Gründe für die Imageprobleme von Parteivorsitzenden und die daraus folgenden Schwierigkeiten aufgrund von Kritik.

**Kapitel 1** zeigt, warum es auf das Medienimage des Vorsitzenden und anderer herausragender Spitzenvertreter der Partei besonders ankommt. Die Konzentration der Medien auf eine kleine Gruppe prominenter Parteivertreter macht diese zu Hauptwerbeträgern im Kampf um Wählerstimmen. Die Mehrheit der auf Wahlerfolge angewiesenen Parteimitglieder erwartet deshalb vom Vorsitzenden, dass er dieser Funktion durch ein positives Medienimage gerecht wird.

Das **Kapitel 2** beschreibt Gefahren für das Image von Spitzenvertretern der Partei, die aus der Neigung der Medien zu Personalisierung und Dramatisierung folgen. Einerseits beschreiben Medienberichte Politik häufig als das Ergebnis des Handelns einiger weniger hochrangiger Politiker. Das Handeln dieser kleinen Gruppe von Protagonisten wird in Medienberichten zu einem Drama, weil es häufig als Kampf dieser Personen um Spitzenämter dargestellt wird. Die innerparteiliche Hierarchie und die Knappheit der Führungsämter begründet für Journalisten den Verdacht, dass die jeweils rangniederen Politiker an den Ämtern der ranghöheren interessiert sind. Die Fokussierung auf diese Konflikte erlaubt die Darstellung von Politik als unterhaltsames und für das Medienpublikum attraktives Drama. Für die Spitzenvertreter der Parteien folgt daraus die Erwartung, bei ihren öffentlichen Auftritten jeglichen Anlass für Journalisten zu vermeiden, über innerparteiliche Machtkämpfe zu spekulieren.

**Kapitel 3** setzt sich mit den Problemen des Parteivorsitzenden auseinander, die ihm aus einem schlechten Medienimage erwachsen. Die von Wahlerfolgen abhängigen Mitglieder befürchten, dass dessen schlechtes Image auf die Partei als Ganze übertragen wird und so die Wahlaussichten geschmälert werden. Schlechte Umfragewerte steigern die Erwartungen an den Vorsitzenden, sich in den Augen der Öffentlichkeit zu bewähren. Sein schlechtes Image begünstigt Personaldiskussionen, die sich verselbstständigen können. Sie sind zugleich Gefahrenquellen für die weitere Verschlechterung des Images des Vorsitzenden, wenn sein Umgang mit diesen Debatten erneute Kritiken von Journalisten provoziert.

In **Kapitel 4** wird erläutert, warum sich Parteitage für den Vorsitzenden als Mittel anbieten, die eigenen Imageprobleme zu bewältigen und die Mitwirkung auch seiner Kritiker bei der Selbstinszenierung des Parteichefs möglich zu machen. Parteitage wirken als öffentliche Veranstaltungen auf das Medienbild der Partei zurück. Daher müssen alle Teilnehmer an der Vermeidung schlechter und der Erzeugung guter Eindrücke mitwirken. Aus dieser allgemeinen Pflicht ergeben sich implizite Inszenierungsregeln, denen sich die Parteitagsteilnehmer unterwerfen müssen. Gleichzeitig wird gezeigt, warum der Parteivorsitzende darauf vertrauen kann, dass er auf dem Parteitag weder öffentlich kritisiert noch durch einen Gegenkandidaten herausgefordert wird. Einerseits ist für einen möglichen Herausforderer das Risiko einer Kampfkandidatur zu groß. Andererseits misslingt es den Gegnern des Vorsitzenden, sich zu verbünden. Sie vermeiden die Festlegung auf Zweckbündnisse gegen den Amtsinhaber oder auf die Person des Herausforderers, um sich im Falle des politischen Überlebens des Amtsinhabers mit diesem pragmatisch arrangieren zu können. Derartiges Taktieren wird zum Organisationsnachteil der Gegner des Vorsitzenden unter den Delegierten.

Im **Teil III** wird der Mannheimer SPD-Parteitag 1995 in seinem Verlauf rekonstruiert. Die Rekonstruktion konzentriert sich schwerpunktmäßig auf Imageprobleme des damali-

gen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping, auf seine Bemühungen, den Parteitag für eine positive Selbstinszenierung zu nutzen und auf die Gründe des Scheiterns dieser.

**Kapitel 1** zeichnet die vielfältigen Image- und Handlungsprobleme Rudolf Scharpings im Vorfeld des Mannheimer Parteitages nach. Es zeigt zudem auf, inwiefern sich diese Probleme durch seine Reaktionen auf sie verstärkten. Es wird erkennbar, dass derartige Inszenierungsprobleme von Parteivorsitzenden Ergebnisse der Dynamik der Beziehungen zwischen Vorsitzenden, Konkurrenten, Mitgliedern und kommentierenden Journalisten sind. Sichtbar wird auch, dass die Anforderungen an Scharpings Parteitagsauftritt durch diese Wechselwirkungen dieser Personen stiegen. Insgesamt hatte Rudolf Scharping mit Imageproblemen und ihrer dynamischen Steigerung zu kämpfen, die die Frage nach seinen organisatorischen und politisch konzeptionellen Fähigkeiten vollständig überlagerten.

**Kapitel 2** rekonstruiert den Versuch Scharpings, sich auf dem Parteitag als Opfer der Angriffe Gerhard Schröders zu inszenieren. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Schröder hatte mit öffentlichen Sticheleien gegen Scharping massiv zu dessen Imageproblemen beigetragen. Auf dem Parteitag versuchte Scharping, Schröder als den Hauptschuldigen der schlechten Umfragewerte der Partei im Jahre 1995 darzustellen. Auf diese Weise versuchte Scharping, seine Deutung der Krise der SPD durchzusetzen und das mediale Bild zu korrigieren, nachdem er in der Hauptsache für das schlechte Ansehen der Partei verantwortlich gewesen sei.

**Kapitel 3** fragt nach den Gründen, warum der spätere Herausforderer Scharpings und Sieger der Kampfkandidatur, der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine, nicht von Anfang an gegen den ungeliebten Vorsitzenden kandidiert hat. Oskar Lafontaine stand beispielhaft für einen Typ von Politikern, der im Dienste langfristiger Karriere- und Politikziele möglichst alle Risiken zu vermeiden sucht. Dieser Politikertyp handelt vorsichtig und abwartend, verfolgt eine Politik der kleinen Schritte und wagt sich an gravierende Umwälzungen nur, insofern ihr Erfolg garantiert werden kann. Damit stellt sich dieses Kapitel auch gegen die vielfach von Journalisten und Kommentatoren aufgestellte Behauptung, Lafontaine habe Rudolf Scharping gezielt aus dem Amt geputscht.

**Kapitel 4** illustriert die These, dass die Kampfkandidatur Oskar Lafontaines gegen Rudolf Scharping erst möglich war, nachdem die Inszenierung der „Geschlossenheit“ der SPD in Mannheim gescheitert war. Es war Lafontaine selbst, der mit seiner Rede die Inszenierung unterlief, indem er die im Vergleich zum Vorsitzenden bessere Rede hielt und die Delegierten zu standing ovations hinriss. Die Medien legten die Begeisterung der Medien als Hinweis auf die größere Beliebtheit Lafontaines in der Partei aus. Deshalb urteilten die Kommentatoren, dass der weniger beliebte Politiker fälschlicherweise Vorsitzender sei. Folglich war der Versuch Scharpings, sich durch den Parteitag als allgemein anerkannte Führungsperson zu inszenieren, misslungen. Damit war für die Gegner Scharpings der

Grund ihrer Selbstdisziplinierung im Sinne der Inszenierungsregeln des Parteitages weggefallen. Sie konnten die Gelegenheit nutzen, um eine Kampfkandidatur Lafontaines gegen Scharping zu fordern. Weil die Inszenierung der Partei als „geschlossen“ ohnehin gescheitert war, mussten sie eine Skandalisierung als Zerstörer des Bildes der Harmonie nicht mehr befürchten.



# **Teil I: Die Konzeption innerparteilicher Machtkämpfe um Spitzenämter als dynamische Prozesse**

## **1 Der Mannheimer SPD-Parteitag 1995 als Beispiel für die Dynamik von innerparteilichen Machtkämpfen – Zusammenfassung der Ereignisse**

### **1.1 Die unerwartete Abwahl des SPD-Vorsitzenden durch eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag**

Parteitage sind für umstrittene Vorsitzende ein geeignetes Mittel, um ihr Amt zu verteidigen. Diese Chance beruht auf dem alle Parteitagsteilnehmer disziplinierenden Druck, sich dort als geschlossene Partei gegenüber der Öffentlichkeit zu präsentieren. Anhand eines Beispielfalles, des Mannheimer SPD-Parteitages von 1995, zeige ich nun, dass und warum solche Inszenierungen scheitern können. Dieses Scheitern eröffnet die Möglichkeit für die an einem Personalwechsel interessierten Mitglieder, auch auf einem Parteitag aktiv an der Ablösung des Vorsitzenden zu arbeiten, ohne dafür von anderen Parteitagsteilnehmern sanktioniert zu werden.

Im November 1995 kam es auf dem Mannheimer SPD-Parteitag zu einer überraschenden Kampfkandidatur um den Parteivorsitz. Der eigentlich als einziger Kandidat vorgesehene alte Vorsitzende Rudolf Scharping unterlag seinem Herausforderer Oskar Lafontaine. Dieser hatte einen Tag zuvor die Delegierten mit einer Rede zu standing ovations hingerissen. Seine Rede wurde sowohl von Parteivertretern als auch von Journalisten als Auslöser dieser Ereignisse angesehen.

Kampfkandidaturen um den Parteivorsitz sind in deutschen Parteien ungewöhnlich und äußerst selten. Scharping war sogar der erste Vorsitzende in der langen Geschichte der SPD, der auf diese Weise sein Amt verlor. Üblicherweise wird ein einziger Kandidat für den Parteivorsitz nominiert, der dann vom Parteitag schlicht bestätigt wird. Das war auch für den Mannheimer Parteitag 1995 so geplant. Eine Kampfkandidatur war ausdrücklich ausgeschlossen, nachdem der Parteivorstand einstimmig Scharping als einzigen Kandidaten für den Vorsitz vorgeschlagen hatte. In der Vorbereitung des Parteitages hatten die Planer versucht, die Ergebnisse des Parteitages nicht dem Zufall zu überlassen. Schon im Vorfeld hatte man die Mehrheiten für den alten Vorsitzenden ausgehandelt. Das Bemühen, die Vorstandswahlen vollends zu kontrollieren, schlug am Ende aber fehl. Dass es angesichts der zu erwartenden Disziplin der Parteitagsinszenierung dennoch zu einer Kampfkandidatur kam, ist erklärungsbedürftig. Die These lautet, dass Lafontaine mit seiner Rede die Norm der rangabgestuften Selbstdarstellung verletzte und damit die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei zu Fall brachte. Der umstrittene Scharping blieb nach Mediensicht weiterhin umstritten. Das bot seinen Kritikern die Gelegenheit, die Kampfkandidatur

als Strategie zur Korrektur des Medienbildes der Zerstrittenheit der SPD vorzuschlagen und umzusetzen.

Rudolf Scharping war im Herbst 1995 in seiner eigenen Partei unbeliebt. Das hatte mehrere Gründe.

In seinem öffentlichen Auftreten war er eher linkisch. Er war kein glänzender Redner. Zu Beginn seiner Amtszeit beurteilten ihn die Medien noch wohlwollend. Aber im Verlauf des Bundestagswahlkampfes 1994 hatte sich die Tonlage geändert, nachdem der SPD-Spitzenkandidat Scharping einige Fehler gemacht hatte. Die Medien reagierten darauf mit Spott und Kritik. Nun wurde er als „langweilig“ und „hölzern“ beschrieben, als ein Mensch, dem es an persönlicher Ausstrahlung fehle. Kabarettisten und Karikaturisten arbeiteten sich an ihm ab. Die, wenn auch knappe, Wahlniederlage auf Bundesebene schien zu bestätigen, dass der „dröge Westerwälder“ nicht genug Anziehungskraft auf Wähler ausüben könne.

Scharpings Ansehen hatte außerdem unter dem öffentlich ausgetragenen Machtkampf mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten und späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder gelitten. Nachdem die SPD bei der Bundestagswahl 1994 knapp der Koalition aus CDU/CSU und FDP unterlag, attackierte und verspottete Schröder den SPD-Vorsitzenden wiederholt über die Medien. Diese Auseinandersetzungen zogen sich bis in den Herbst 1995 hin. Eine Ursache dieses Machtkampfes war das Verfahren der Mitgliederbefragung 1993, das Scharping ins Amt gebracht hatte. Bei dieser Befragung bewarben sich neben Scharping auch Schröder und die seinerzeit stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul um den Bundesvorsitz. Scharping gewann diese Abstimmung zwar vor Schröder, aber er errang mit gut 40 Prozent nicht die absolute Mehrheit der Stimmen. Auf eine Stichwahl zwischen den beiden wurde jedoch verzichtet. Damit blieb das Szenario stets denkbar, dass Schröder die Stichwahl hätte gewinnen können. Schröder hielt deshalb seinen Anspruch auf das Vorsitzendenamt mit Blick auf die damit verbundene Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998 aufrecht. Schröder griff an, als Scharpings Ansehen im Sinken begriffen war. Dabei wirkte der linkische Scharping dem mediengewandteren und laut Umfragen populäreren Schröder gegenüber unterlegen.

In der SPD befürchteten daher viele, die 1995 und 1996 Landtagswahlkämpfe zu bestehen hatten, dass Scharpings schlechtes Image die Wahlchancen schmälern würde. Deshalb wünschte mancher, Scharping durch einen populäreren Vorsitzenden zu ersetzen. Dieser Wunsch nahm zu, je mehr im Laufe des Herbstes 1995 die Umfragewerte der SPD immer weiter absanken.

Dennoch glaubte kaum jemand, dass ein solcher Personalwechsel auf dem Mannheimer Parteitag möglich gewesen wäre. Der zumindest gegenüber den Medien durchaus von einigen geäußerte Wunsch nach einer Ablösung Scharpings wurde zu Beginn des Parteitages von niemanden in aller Deutlichkeit öffentlich ausgesprochen und somit gar

nicht erst zum Thema der Parteitagsdebatten. Auch erklärte sich keiner der potenziellen Nachfolger Scharpings (Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder) bereit, gegen Scharping in Mannheim zu kandidieren. So schien im Vorfeld des Parteitages, aber auch noch am ersten Verhandlungstag alles auf eine erfolgreiche Wiederwahl Scharpings hinzudeuten. Die Disziplin der Parteitagsteilnehmer schien nicht in Frage zu stehen.

Nach der Rede Oskar Lafontaines am zweiten Tag brach diese Disziplin jedoch zusammen. Etliche Parteitagsteilnehmer drängten Lafontaine zur Kandidatur. Fieberhaft wurde verhandelt und nach Lösungen gesucht. Der Druck war letztlich stark genug, um eine Kampfkandidatur um den Parteivorsitz zu erzwingen. Diese fand am folgenden Tag statt und beendete Scharpings kurze Zeit als SPD-Vorsitzender.

Die Disziplin der Parteitagsteilnehmer war nicht mehr aufrecht zu erhalten, nachdem Lafontaine mit seiner Rede einen deutlich glanzvolleren Auftritt als der Vorsitzende absolviert hatte. Inhaltlich war diese Rede kaum auffällig. Aber Lafontaine hatte versäumt, seinen Vortragsstil an den des Vorsitzenden Scharping anzupassen. Stattdessen trat er kraftvoll, lautstark und selbstbewusst auf und erntete damit den stürmischen Applaus der Delegierten. Das provozierte journalistische Vergleiche der Rede Lafontaines mit der Rede Scharpings, dessen Rede zwar als achtbar, aber dennoch eher als trocken, eher langweilig und sogar ein wenig resigniert beurteilt worden war. Lafontaine war den Medien zufolge dem Vorsitzenden rhetorisch haushoch überlegen. Wesentlich folgenreicher für die Inszenierung der Geschlossenheit waren aber journalistische Mutmaßungen über die Bedeutung des Applauses der Delegierten für Lafontaine. Im Gegensatz zu ihm war es Scharping nicht gelungen, die Delegierten wirklich zu begeistern. Daraus leiteten Kommentatoren die Behauptung ab, dass Lafontaine in der Partei erheblich beliebter als der amtierende Vorsitzende sei und manche bezeichneten ihn gar als „heimlichen Parteivorsitzenden“. Der Versuch Scharpings, sich mit Hilfe des Parteitages als der von der Partei mehrheitlich gewollte Vorsitzende zu präsentieren, war angesichts solcher Kommentare gescheitert. Noch bevor es zur Kampfkandidatur kam, beschrieben die Medien Scharping als einen Vorsitzenden auf Abruf, der zwar den Parteitag überstehen könne, aber auf längere Sicht sein Amt an Lafontaine verlieren werde. Die in der SPD bis dahin schwelende Personaldiskussion war durch den Auftritt Lafontaines nur noch mehr befeuert worden. Scharping war es demnach nicht gelungen, diese Diskussion mit Hilfe des Parteitages zu beenden. Weil das Bild Scharpings als umstrittener und wenig von der Partei akzeptierter Vorsitzender von den Medien fortgeschrieben wurde, bot sich seinen Kritikern die unverhoffte Gelegenheit, schon auf dem Parteitag auf seine Ablösung hinzuwirken. Der Grund für die Disziplin der Parteitagsteilnehmer, nämlich die Erzeugung des Eindrucks der Geschlossenheit, war weggefallen. Das Spitzenpersonal der Partei wirkte den Medien zufolge zerstritten. Derartige Kommentare erlaubten es den Scharpinggegnern, eine Kampfkandidatur als notwendig

für die Wiederherstellung der Einheit der Partei auszuweisen. Sie behaupteten, dass diese offene Konkurrenz notwendig sei, um „Klarheit“ zu schaffen.

Nachfolgend sollen die Gründe des Sturzes Scharpings eingehender dargestellt werden.

## **1.2 Darstellungs- und Handlungsprobleme Scharpings im Vorfeld des Parteitag**

Da Scharping im Herbst 1995 von den Medien als schwacher und von der Partei eher geduldeter Vorsitzender beschrieben wurde, musste er den Mannheimer Parteitag nutzen, um sich dort als der von der Mehrheit gewollte Vorsitzende zu inszenieren. Das Problem einer solchen Inszenierung war ihre schwache Glaubwürdigkeit angesichts der Bundestagswahl Niederlage 1994, des Machtkampfes mit Gerhard Schröder, der schlechten Umfragewerte der Partei und des schlechten Images von Rudolf Scharping. Nur schwer ließ sich angesichts dieser Hypothesen ein überzeugender Meinungswechsel der Parteitage Delegierten der Öffentlichkeit vorführen. Dieser Meinungswechsel wäre für Journalisten nur dann nachvollziehbar gewesen, wenn Scharping ein außerordentlicher Parteitageauftritt gelungen wäre. In den durch diese Umstände begründeten Handlungs- und Darstellungsproblemen Scharpings lag bereits der Keim des Scheiterns der Inszenierung der Geschlossenheit der Partei in Mannheim. Diese Probleme sollen in diesem Kapitel kurz dargestellt werden.

Im zweiten Halbjahr 1995 diagnostizierten Medien und auch Parteivertreter der SPD eine „Krise“. Wichtigstes Indiz für diese Krise waren die sinkenden Umfragewerte der Partei, denen besonders hohe Werte für die CDU/ CSU gegenüberstanden. Zeitweilig konnte die Union in Umfragen sogar die absolute Mehrheit der Befragten von sich überzeugen. Als Belastung für das Ansehen der SPD sahen Journalisten und Mitglieder ebenfalls den Machtkampf zwischen Schröder und Scharping an. Auch beklagten beide Beobachtergruppen eine zunehmende politische Orientierungslosigkeit der SPD sowie eine hohe Zahl an Parteiaustritten.

Nicht wenige Kommentatoren machten in einer personalisierenden Sichtweise den Vorsitzenden Scharping für diese Krise verantwortlich. Der Abwärtstrend in den Umfragen wurde ihm angelastet. Derartige Kommentare erzeugten Rechtfertigungsdruck sowohl für den Vorsitzenden als auch für die Partei. Scharping musste sich um die Korrektur dieser Zuschreibung bemühen, musste dem Eindruck entgegenwirken, dass die Partei vor allem an seiner Unzulänglichkeit leide. Die Partei musste sich hingegen mit der Frage auseinandersetzen, warum sie einen Vorsitzenden weiter im Amt hielt, der vermeintlich großen Schaden anrichtete. Ein solcher Umgang der Partei mit der Krise wirkte, aus Mediensicht, nicht vernünftig und zielführend. Daher musste die Partei gute Gründe dafür finden, warum Scharping allen Zweifeln zum Trotz der richtige Parteivorsitzende sei.

Mit der Krisendiagnose wuchsen aber auch die Leistungserwartungen an Scharping. Als oberster Repräsentant sah man ihn auch als verantwortlich für das Wohlergehen der Partei an. Viele Mitglieder erwarteten von ihm besondere Anstrengungen, um die Parteikrise zu überwinden. Journalisten teilten diese Erwartungen in Kommentaren. Sie waren überdies plausibel vor dem Hintergrund des Idealbildes des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis. Demnach würden nur die Besten und Fähigsten einen Anspruch auf die Spitzenämter der Partei haben. Wer dann sein Amt behalten wolle, müsse sich durch Leistung legitimieren. Dieser Diskurs setzte Scharping unter Druck, sich in der Krise zu bewähren, indem er zeigte, dass er zu besonderen Leistungen und Anstrengungen fähig sei. Der Gedanke der Bewährung führte dazu, dass Parteivertreter seine Wiederwahl von Scharpings Erfolg abhängig machten. Damit war er bis zur Lösung der Krise ein Vorsitzender auf Ab-ruf.

Die Leistungserwartungen stellten Scharping vor weitere Probleme. So musste er bei öffentlichen Auftritten zeigen, dass er die Forderung der Mitglieder, der sogenannten „Basis“, ernst nahm und sie als legitim anerkennt, damit er nicht als autokratischer und undemokratischer Vorsitzender skandalisiert werden würde. Da die Basis der Auftraggeber des Vorsitzenden war, durfte er deren Forderungen und Erwartungen nicht als unberechtigt zurückweisen. Die von Parteivertretern geäußerten Ultimaten, die die Wiederwahl Scharpings vom Erfolg abhängig machten, erhöhten innerhalb der Mitgliedschaft den Leistungsmaßstab für das, was als Erfolg gelten konnte. Eine normale Parteitagsrede konnte unter diesen Umständen nicht mehr als der Krise angemessene besondere Leistung gelten. Man erwartete nunmehr Aktivitäten von Scharping, die sich von den bekannten Handlungsmustern abhoben. Die auch öffentlich geäußerten Erwartungen der Mitglieder wurden von den Medien aufgegriffen. Sie gingen damit in das Urteil von Kommentatoren darüber ein, ob Scharping wirklich Hinreichendes für die Bewältigung der Krise leistete. Schließlich stand Scharping angesichts dieser Erwartungen auch vor einem Inszenierungsproblem. Er konnte nur dann für die Öffentlichkeit überzeugend wiedergewählt werden, wenn die Scharpingkritiker auch öffentlich ihren Meinungswechsel und ihr neues Vertrauen in Scharpings Leistungsvermögen vorführen würden.

Scharpings schlechtes Medienimage wurde von den wahlkämpfenden Landesverbänden als Risiko für ihre eigenen Wahlchancen eingestuft. Noch kurz vor dem Parteitag musste die Berlin-SPD einen Wahlkampf bestehen. Kurz nach dem Parteitag, im Frühjahr 1996 sollte in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gewählt werden. Diese Landesverbände bemühten sich aufgrund ihrer Befürchtungen um eine Distanzierung zu Scharping. Sie proklamierten öffentlich ihre Eigenständigkeit als Landesverband und versuchten den Eindruck zu erwecken, dass die Führung der Bundespartei wenig bis gar nichts mit der Länderebene zu tun habe. Um eine Identifizierung mit dem öffentlich schlecht beleumundeten Scharping zu vermeiden, erwogen die Landesverbände, ihre

Wahlkämpfe ohne Auftritte des Vorsitzenden zu führen. Ihre Eigenständigkeit konnten die Landesverbände den Wählern nur durch öffentliche Bekundungen derselben in den Medien glaubhaft machen. Aber damit trugen die Wahlkämpfer auch mit bei zum Bild der zerstrittenen Partei und des Zweifels der Mitgliedschaft an Scharpings Eignung für den Vorsitz. Schließlich machten sie damit deutlich, dass sie in Scharping keinen geeigneten Werbeträger sahen. Mithin schätzten sie die Lage so ein, dass er in dieser wichtigen Rolle eher versagte. Für Scharpings Selbstinszenierung bedeutete dies, dass er diese Zweifler überzeugen musste. Die Geschlossenheit der Partei ließ sich nun nur noch dann behaupten, wenn die skeptischen Landesvertreter wieder bereit gewesen wären, Scharping zu Wahlkampfauftreten einzuladen.

Diese Sicht auf Scharping als Belastung für die Landtagswahlkämpfe veranlasste einige Parteivertreter, öffentlich dessen Rücktritt zu fordern. Sie vermieden es, ein persönliches Interesse an Scharpings Rückzug erkennen zu lassen. Vielmehr begründeten sie den Rücktritt als angesichts der schlechten Umfragewerte notwendigen Dienst an der Partei. Scharpings Amtsverzicht wäre ein Weg, um das weitere Absinken der Partei in den Umfragen aufzuhalten. Damit schlossen diese Forderungen an das Idealbild der innerparteilichen Demokratie ein, das den Vorsitzenden als Diener einer Sache beschreibt. Der Vorsitzende darf folglich keine persönlichen Machtinteressen in seinem Amt verfolgen, er muss überindividuellen Zielen dienen, idealerweise der Verwirklichung der als „richtig“ angesehenen Gesellschaftsordnung. Der Anschluss an diesen Diskurs erzeugte weiteren Druck auf Scharping. Da er seinen Anspruch auf sein Amt aufrechterhielt, musste er den Vorwurf entkräften, er würde es nur aus privaten Gründen verteidigen. Das sorgte für weitere Rechtfertigungszwänge. Nun musste er in öffentlichen Stellungnahmen auch plausibel begründen, warum sein Bestehen auf dem Amt nicht gleichzusetzen sei mit einem egoistischen Machtinteresse. Gleichzeitig schrieben aber Journalisten Scharpings schlechtes Image fort, indem sie ein Beharren auf dem Vorsitz als Starrsinnigkeit und Uneinsichtigkeit interpretierten.

Scharping reagierte auf die Personaldiskussionen wie auch auf die Beschreibung der schlechten Lage der SPD offensiv, indem er sein Durchhaltevermögen betonte. Seine Botschaft lautete stets, dass er die schwierigen Zeiten überstehen wolle und werde. Diese Haltung wurde in den Medien als falsch oder naiv kritisiert. Seine Eignung für das Amt wurde durch die Kritiker in Frage gestellt. Das ohnehin negative mediale Bild Scharpings wurde um einige weitere schlechte Eigenschaften seiner Person ergänzt. Konkret wurde ihm folgendes vorgeworfen: Scharping habe sich gegen die Einsicht in die Probleme der Partei gesperrt und versucht, sie zu verdrängen. Seine Selbstdarstellung als zuversichtlicher und unerschütterlicher Kämpfer sei vor allem eine Inszenierung für die Öffentlichkeit gewesen. Seine vorgeführte Selbstsicherheit sei durch seine realen Misserfolge als Wahlkämpfer und Parteivorsitzender ad absurdum geführt worden. Die Schwierigkeiten der Partei habe

Scharping nicht mit der richtigen Arbeitseinstellung angepackt, er habe keine Konzepte für die Bekämpfung der Ursachen der Krise entwickelt. Manche Journalisten beschrieben Scharping als Menschen mit Defiziten, der für einen Parteivorsitzenden zu realitätsblind und zu naiv war. Seine fehlende Erkenntnis des realen Ausmaßes hätten ihn zu einer tragischen Figur gemacht, der die Situation nicht mehr beherrscht, sondern ihr Spielball wird. Durch diese Kritiken verschlechterten sich Scharpings Möglichkeiten weiter, sich auf dem Parteitag als starker und fähiger Parteiführer darzustellen.

Schließlich konnte Scharping angesichts der Krisendiagnose kaum überzeugend begründen, warum seine Wiederwahl ein richtiger Schritt in Richtung Problemlösung sein würde. Diese Begründungsprobleme erwachsen aus dem Topos der „Krise“ als einer außerordentlichen, außeralltäglichen Notlage, die besondere Aktivitäten zu ihrer Überwindung erfordere. Krisen zeichnen sich demnach dadurch aus, dass sie eben nicht durch Routinehandlungen bewältigt werden können. Eine Bestätigung Scharpings im Amt wäre aber einer Routinehandlung gleichgekommen. Sie hätte eine personelle Kontinuität an der Parteispitze bedeutet. Diese Kontinuität im Vorsitz war nicht einleuchtend angesichts des durch die Diagnose der „Krise“ geweckten Bedürfnisses, durch starke Aktivitäten krisenbewältigendes Handeln vorzuführen, was zugleich auch verändernde Eingriffe bedeutet hätte. Ein Personalwechsel wäre ein auch für die Öffentlichkeit deutlich sichtbarer Eingriff gewesen. Indem Scharping auf solche Eingriffe verzichtete, weil er auf seinem Amt beharrte, erhöhte wiederum die Erwartungen an den Parteitag, anderweitig als Aufbruchssignal wirksam werden zu können. Zweitens konnte Scharping mit der Niederlage der Bundestagswahl 1994 im Rücken kaum überzeugend darstellen, dass mit ihm künftige Wahlerfolge möglich seien. Die Wahlniederlage 1994 wurde ihm von vielen Journalisten und Mitgliedern als persönliches Versagen angelastet. Dass er beim nächsten Versuch doch erfolgreich sein würde, blieb angesichts dessen ein unsicheres Versprechen, auf das man sich nicht verlassen mochte, wenn man die Wahl sicher gewinnen wollte.

Die Personaldiskussion sorgte für ein weiteres Inszenierungsproblem. Sie war durch eine Disziplinierung der Mitglieder nicht zu beenden. Es hätte Scharping nichts genützt, durch Ausübung von Druck einzelne Parteivertreter daran zu hindern, öffentlich die Eignung des Vorsitzenden in Frage zu stellen. Vielmehr verselbständigte sich diese Debatte aufgrund der Konkurrenz zu Gerhard Schröder. Da Schröder Umfragen zufolge populärer war als Scharping und man ihm größere Chancen auf einen Sieg gegen Kohl einräumte, blieb Schröder eine Option, auf die die Partei stets zurückgreifen konnte. Die Existenz der Option Schröder führte schon in den Köpfen zu der immerwährenden Frage, warum man den besseren und aussichtsreicheren Kandidaten nicht anstelle Scharpings nominierte. Dank dieser Frage gab es immer einen Begründungszwang, warum man an Scharping festhielt. Diese Frage war in den Köpfen von Mitgliedschaft, Medien und Medienkonsumenten präsent. Journalisten trieben die Personaldebatte voran, indem sie diese Fragen in

Kommentaren öffentlich erörterten. Sowohl für sie als auch für Teile der Partei erschienen Scharpings Gegenspieler Schröder und Lafontaine zudem als schnelle und einfache Lösung der Probleme der SPD, weil sie die Defizite Scharpings kompensieren konnten. Sie schienen genau die Eigenschaften zu haben, die Scharping fehlten und deren Mangel die Probleme der Partei verursacht hatten. Solche in den Medien angestellten Vergleiche zwischen Scharping und seinen Konkurrenten schürten die Personaldiskussion außerhalb der Partei und die Rechtfertigungszwänge für die Partei. Deshalb musste sich Scharping und mit ihm die SPD der Debatte stellen, um die Argumente der Journalisten für einen Wechsel zu Schröder zu entkräften. Diesem Rechtfertigungsdruck hätte Scharping auch dann begegnen müssen, wenn die Mitglieder sich mit öffentlicher Kritik an Scharping zurückgehalten hätten.

Der Machtkampf mit Schröder setzte Scharping auch unter den Druck, seinem Konkurrenten in letzter Konsequenz eine Niederlage beizubringen. In den Medien bestand der Eindruck, dass Scharping schon aufgrund der Angriffe seines Konkurrenten Schröder umstritten war. Der Vorsitz galt als umkämpft. Scharping wurde in Kommentaren dargestellt als Vorsitzender auf Abruf aus mehreren Gründen: a) Schröder führte den Machtkampf gegen den Vorsitzenden, weil er laut Medien die Führungsrolle Scharpings nicht anerkannte. Er sah diesen Darstellungen zufolge in Scharping niemanden, den er als überlegene Autorität anerkennen konnte. b) Die Kommentatoren nahmen an, dass Schröder seine Angriffe immer weiter fortsetzen würde. Schröder habe sich als „Feind“ Scharpings in einen Kampf verstrickt, der nur beendet werden könnte, wenn es einen eindeutigen Sieger gab, der den Verlierer beherrschen konnte. Sie unterstellten Schröder, dass er durch eine leidenschaftliche Abneigung gegen Scharping getrieben war. Der so motivierte Konflikt ließe sich folglich nicht durch Kompromisse beilegen. c) Die Kommentatoren unterstellten Schröder das Ziel, Scharping durch seine Angriffe zu zermürben. Dabei nahmen die Medien Scharping als unterlegen wahr und gingen davon aus, dass er diesen Machtkampf sehr wahrscheinlich verlieren würde.

Die Ungewissheit, ob Scharping den Machtkampf mit Schröder überstehen würde, ließ ihn als Vorsitzenden erscheinen, der womöglich seinen Führungsauftrag auf Dauer nicht erfüllen könnte. Es wäre also eine Fehlinvestition, würden die Mitglieder auf Scharping als Interessenvertreter setzen. Diesen Zweifel konnten aber auch die Wähler übernehmen und ihrerseits die Skepsis hegen, ob Scharping langfristig ein wirksamer Sachwalter ihrer Interessen sein würde. Angesichts des fortgesetzten Machtkampfes wäre es für sie ungewiss geblieben, ob Scharping die von ihm versprochene Politik auch hätte umsetzen können. Also war es auch zweifelhaft, ob es sich lohnte, diesen Versprechungen zu folgen und Scharping zu wählen. Für die Partei war es daher unökonomisch, an einem Kandidaten festzuhalten, von dem die Wähler nicht glaubten, dass er den Machtkampf mit



Schröder gewinnen könnte. Diesen Zweifel konnte Scharping nur besiegen, wenn er Schröder besiegte. Deshalb wurde sowohl in der Partei als auch in Medienkommentaren die Erwartung geäußert, Scharping möge seinen Konkurrenten endgültig bezähmen.

Diese Erwartung konnte Scharping schon aufgrund seiner Rolle als Vorsitzender, als „Parteiführer“ nicht erfüllen. Von dem idealen Führer wird erwartet, dass er nicht durch Zwangsmittel herrscht. Er soll mit Argumenten die Gefolgschaft der Mitglieder einwerben. Scharping hätte daher mit einem harten Machtkampf gegen Schröder die Kritik riskiert, er wolle in autokratischer Manier unliebsame Gegner ausschalten. Entsprechende Kritik äußerten die Journalisten tatsächlich, nachdem Scharping Gerhard Schröder im August 1995 mit einem Telefonanruf als wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD entlassen hatte. Kommentatoren beurteilten Schröders Rauswurf als den Versuch einer Machtdemonstration und des Niederhaltens von Leuten, die dem eigenen Machtstreben des Vorsitzenden in die Quere kommen.

Auf dem Mannheimer Parteitag bemühte sich Scharping um eine rollengerechte Form des Kampfes gegen Gerhard Schröder. Der erste Tag des Parteikongresses war auch mit dem Ziel geplant worden, Schröder als Hauptschuldigen der schlechten Umfragesituation der SPD darzustellen. Der öffentlich ausgetragene Machtkampf zwischen Schröder und Scharping diente dafür als Bezugspunkt. Diese Strategie der Diskreditierung umfasste drei Elemente. Erstens beschrieb Scharping in seiner Parteitagsrede die Krise der Partei als Folge des egoistischen Profilierungsstrebens Einzelner. Ohne Schröder direkt beim Namen zu nennen, verurteilte Scharping dessen Bemühungen, sich die Medienaufmerksamkeit auf Kosten der Partei zu sichern. Wer die Partei öffentlich dem Spott aussetze, bekomme zwar Publizität, aber er schade der Partei immens. Zugleich entwarf Scharping damit eine starke Täter/Opfer-Dichotomie. Er beschrieb Schröder als den aktiven Part in der Auseinandersetzung mit ihm. Er selber stellte sich dar als jemand, der die Angriffe Schröders schlicht habe erleiden müssen. Seinen eigenen aktiven Anteil an diesem Machtkampf blendete Scharping aus. Plausibilität gewann diese starke Auftrennung nach gut/böse durch die öffentlichen Images der Konkurrenten. Der als „bieder“ und „langweilig“ von den Medien kritisierte Scharping konnte sich erfolgreich als „ehrlich“ und „anständig“ darstellen. Schröder galt den Kommentatoren als „machtbewusst“ und als „Macher“. Daran ließ sich die Zuschreibung des aggressiven Egoisten ebenso glaubwürdig anbinden. Als zweites Element der Diskreditierungsstrategie diente die zeitlich unbegrenzte Aussprache der Delegierten im Anschluss an die Rede Scharpings. Schon im Vorfeld des Parteitages verkündeten Führungsmitglieder in den Medien, dass der Basis mit dieser Aussprache die Gelegenheit gegeben werden solle, ihren Unmut und ihre Kritik zu äußern. Mit seiner Rede versuchte Scharping, den Ärger vieler Delegierten über den öffentlichen Machtkampf ausschließlich auf Schröder zu lenken. In Verbindung damit ist das dritte Ele-

ment zu sehen, ein Initiativantrag des Parteivorstandes. In diesem Antrag wurde ein solidarischer Umgang der Führungsmitglieder untereinander gefordert und der Missbrauch der Partei als reines Mittel persönlicher Karrieren verurteilt. Auch dieser Antrag verzichtete auf die Nennung von Namen, ließ sich aber unschwer als Verurteilung von Gerhard Schröders Verhalten interpretieren. Mit der mehrheitlichen Annahme des Antrages durch die Delegierten wurde diese Deutung des Schröderschen Verhaltens zur offiziellen „Linie“ der Partei.

Die auf dem Parteitag geäußerte Kritik an Schröder konnte eine gewisse Bindungswirkung entfalten. Schröder musste auf dem Parteitag auf weitere Angriffe auf Scharping verzichten, um die Kritik der Delegierten nicht noch stärker auf sich zu ziehen. Zwar verteidigte er sich mit starken Worten. Er unterließ es aber, selber andere Führungsmitglieder und insbesondere Scharping direkt zu kritisieren. Neben diesem eher vorübergehendem Disziplinierungseffekt kam es den Planern aber vorrangig auf die Inszenierungswirkung dieser Strategie an. Scharping konnte mit seiner Kritik an Schröder auf den Beifall der Delegierten hoffen. Schröder hatte mit seinen Angriffen auf Scharping wiederholt die Erwartung an Spitzenpolitiker verletzt, jeglichen Eindruck innerparteilicher Machtkämpfe zu vermeiden. Schröders Auftreten in den Medien wurde von vielen Parteimitgliedern kritisiert. Ihm wurde vorgeworfen, lediglich Populismus zu betreiben. Etliche Landespolitiker hielten den Personalstreit für eine wesentliche Ursache der schlechten Lage der SPD. Daher war es sehr wahrscheinlich, dass Scharpings Kritik an Schröder bei vielen Delegierten Anklang finden würde. Diesen Applaus konnte Scharping für seine Selbstdarstellung nutzen. Der Beifall ließ sich als Moment der Einheit zwischen der Partei, vertreten durch die Delegierten, und dem Vorsitzenden ausdeuten und darstellen. Außerdem konnte der Applaus der Delegierten als Anerkennung der Erklärung Scharpings für das Zustandekommen der Parteikrise verstanden werden. Indem sie klatschten, stimmten sie der ausschließlichen Schuldzuweisung an Schröder zu. Diese Lesart hätte Scharping für sich zumindest nachträglich in Anspruch nehmen können. Scharping hätte damit versuchen können, das Medienbild zu korrigieren, nach dem viele Mitglieder vor allem in ihrem Vorsitzenden das Hauptproblem der Partei sehen würden.

Die journalistischen Beobachter ließen sich von dieser Inszenierung allerdings nicht überzeugen. Sie konstatierten zwar, dass Scharping mit seiner Schröder-Kritik dem Bedürfnis der Delegierten entsprochen habe. Aber sie zweifelten an dem dauerhaften Erfolg der Appelle Scharpings. In Kommentaren nach dem ersten Tag des Parteitages, als die spätere Kampfkandidatur noch nicht absehbar war, prognostizierten sie fortgesetzte Angriffe Schröders auf Scharping. Nach Ansicht der Kommentatoren blieb Scharping ein Vorsitzender, dessen Zukunft angesichts eines starken und angriffslustigen Konkurrenten ungewiss war.

### **1.3 Die Inszenierungsdisziplin der Delegierten auf dem Mannheimer Parteitag**

Mit dem Mannheimer Parteitag im November 1995 versuchte Rudolf Scharping, seine Stellung als Vorsitzender zu festigen. Für die Annahme einer solchen Absicht gibt es gute Gründe. Der von Medien und Parteivertretern gleichermaßen kritisierte Scharping betonte gegenüber den Medien stets seinen Durchhaltewillen und gab sich überzeugt, am Ende alle Widrigkeiten zu überstehen. Auf dem Mannheimer Parteitag wollte er sich außerdem schon drei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl erneut als Kanzlerkandidaten der SPD nominieren lassen. Dieses Vorhaben scheiterte an dem Widerstand der Unterstützer Gerhard Schröders. Das Thema Kanzlerkandidatur wurde auf spätere Parteitage vertagt. Scharpings Ansinnen ließ aber erkennen, dass er sich darum bemühte, möglichst frühzeitig unumstößliche Tatsachen zu schaffen. Die bereits oben beschriebene Strategie Scharpings, Schröder moralisch zu diskreditieren, ist ein weiterer Anhaltspunkt.

Die Verteidigung des Vorsitzes hätte nur dann erfolgreich sein können, wenn es Scharping gelungen wäre, seine Kritiker mit Hilfe der Parteitagsinszenierung der SPD als harmonische Einheit zu disziplinieren. Die Unzufriedenheit vieler Mitglieder mit ihrem Vorsitzenden durfte kein offizielles Parteitagsthema werden. Eine Fortsetzung der Personaldiskussion auf dem Parteitag musste vermieden werden. Der Wunsch etlicher Mitglieder nach einem Personalwechsel durfte nicht in Anträge münden. Scharping brauchte das Bekenntnis der Delegierten zu ihm als Vorsitzenden. Er wird nicht damit gerechnet haben, dass er seine Kritiker wirklich hätte umstimmen können. Aber diszipliniert durch die Regeln der Inszenierung sollten die Delegierten für die Öffentlichkeit wenigstens das Bild vorführen, als sei die Partei von den Qualitäten ihres Vorsitzenden überzeugt.

Bis zur Parteitagsrede Lafontaines am 15. November 1995 konnte Scharping davon ausgehen, dieses Ziel zu erreichen. Zwar musste er aufgrund seiner vielfältigen Darstellungs- und Handlungsprobleme von weiteren Personaldebatten in der Zeit nach dem Parteitag ausgehen. Aber für den Parteitag selbst schien die Disziplin von Führungspersonen und Delegierten nicht in Frage zu stehen. Einen Monat zuvor, im Oktober 1995, hatte der Parteivorstand Rudolf Scharping einstimmig als einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz vorgeschlagen. An dieses Votum mussten sich die Kritiker innerhalb der Parteiführung halten, wollten sie nicht von den Mitgliedern und den Medien als Opportunisten skandalisiert werden, denen Beschlüsse nichts gelten. Das Szenario einer Kampfkandidatur auf dem Parteitag erschien mit dieser Nominierung unrealistisch. Niemand in der Partei glaubte an die Möglichkeit einer Ablösung Scharpings in Mannheim. Ohnehin hätte es eines Herausforderers bedurft, um die Abwahl des Vorsitzenden möglich zu machen. Kurz vor dem Parteitag hatte Hamburgs Regierender Bürgermeister Henning Voscherau die beiden aussichtsreichsten Konkurrenten Scharpings, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, dazu aufgefordert gegen Scharping zu kandidieren. Nach

Voscheraus Worten hätten beide offen für ihren Führungsanspruch kämpfen sollen, anstatt Scharping verdeckt zu bekämpfen. Doch weder Schröder noch Lafontaine erklärten sich zu einer Kandidatur bereit. Beide hatten gute Gründe für ihre Zurückhaltung. Schröder war 1995 in der eigenen Partei weitestgehend unbeliebt. Eine Niederlage gegen Scharping wäre daher nicht unwahrscheinlich gewesen. Lafontaine hatte zwar noch im September 1995 für eine Trennung der Ämter des Partei- und Fraktionsvorsitzenden geworben. Aber auch er war an das Votum des Parteivorstandes gebunden und erklärte öffentlich, die Nominierung Scharpings mitzutragen. Bekenntnisse zu seinen Ambitionen auf den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur unterließ er, schon um den Vorwurf der Beliebigkeit und Unehrlichkeit zu vermeiden. Da Lafontaine als Mitglied der Parteiführung für Scharping als einzigen Kandidaten votiert hatte, musste seine Kandidatur wie Prinzipienlosigkeit und wie ein Wortbruch wirken und Kritik provozieren. Eine Kandidatur hätte zudem als Illoyalität gegenüber dem Vorsitzenden kritisiert werden können.

Für die Zurückhaltung Lafontaines gab es aber noch weitere Gründe. Eine Gegenkandidatur auf dem Parteitag wäre für den jeweiligen Herausforderer riskant gewesen. Lafontaine hätte im Falle seiner Kandidatur mit Revancheaktion Scharpings rechnen müssen. Der Vorsitzende hätte seinen Konkurrenten bekämpfen müssen, um ihm möglichst frühzeitig jede Chance auf einen Wahlerfolg auf dem Parteitag zu nehmen. Für eine eventuelle Kandidatur gegen Scharping hatte Lafontaine zudem nicht die Unterstützung der Parteiführung. Ihm war vielmehr von einigen Führungspersonen signalisiert worden, dass er mit einem solchen Ansinnen scheitern würde. In der Vorstandssitzung, in der Scharping zur Wiederwahl vorgeschlagen wurde, hatte Lafontaine noch einmal seinen Vorschlag der Ämtertrennung angesprochen. Anschließend ließen insbesondere Führungsvertreter aus Nordrhein-Westfalen ihn wissen, dass er keine Mehrheit bekommen würde, falls er sich als Vorsitzender bewerben wolle. Lafontaine musste davon ausgehen, dass die Delegiertenmehrheit für Scharping längst im Vorfeld des Parteitages ausgehandelt war unter den Führungspersonen der mitgliederstarken Landesverbände. Diese konnten sich auf diese Weise ihrerseits die Unterstützung anderer für eigene Ansprüche auf Führungsstellen sichern. Es war daher unwahrscheinlich, dass die Landesverbände auf dem Parteitag die ausgehandelten Vorteile durch eine Kampfkandidatur wieder auf Spiel setzen würden. Wahrscheinlicher war es, dass Lafontaine unter diesen Umständen nur eine Minderheit der Delegierten für sich hätte gewinnen können. Damit war die Gefahr einer Niederlage für Lafontaine recht groß. Diese Niederlage hätte seine weitere bundespolitische Karriere massiv verhindern können. 1987 und 1990 hatten ihm einflussreiche Führungsmitglieder bereits den Parteivorsitz angetragen. Beide Male hatte er abgelehnt. Eine Niederlage in Mannheim hätte seine Attraktivität als Alternative zu Scharping stark geschmälert. Das Vertrauen von Partei und Medien in seine Siegesfähigkeit hätte unter dieser Niederlage gelitten.

Lafontaine musste außerdem damit rechnen, als Alibikandidat missbraucht zu werden zur Stärkung von Scharping. Mit einem Sieg in einer Kampfkandidatur hätte Scharping die durch die fehlende Stichwahl in der Mitgliederbefragung geweckten Zweifel an seinem innerparteilichem Rückhalt ausräumen können. Er hätte sich dann gegen einen Konkurrenten durchsetzen können. Damit hätte Scharping die Bewährung in einer offenen Konkurrenz nachholen können, die Kritiker angesichts der fehlenden Stichwahl nach der Mitgliederbefragung vermisst hatten. Lafontaine musste damit rechnen, dass die Kampfkandidatur auch nur Inszenierung war und im Hintergrund die Mehrheiten für Scharping längst vororganisiert waren.

Lafontaines Vermeidung solcher Risiken war für seine Karriere typisch, in der es nur eine einzige Kampfkandidatur um den Unterbezirksvorsitz Saarbrücken-Stadt gab. Diese fand zu Beginn seiner Karriere statt. Alle weiteren Ämter errang er ohne Gegenkandidaten. Das gleiche galt für die Verteidigung seiner Positionen. Von seinen Biografen wurde Lafontaine beschrieben als jemand, der methodisch gegen seine Gegner vorging, dabei Risiken mied und seine Kräfte ökonomisch einteilte. Er suchte erst dann die Auseinandersetzung, wenn er die Gefahr einer Niederlage weitestgehend minimiert hatte.

Nicht zuletzt war Lafontaine durch seine jahrzehntelange Karriere auch von der Partei und ihren Gepflogenheiten bei der Besetzung von Spitzenämtern sozialisiert. Lafontaine verzichtete auch deshalb im Vorfeld des Parteitages auf eine Kandidatur, weil seine Herausforderung ein untypisches Verhalten gewesen wäre. In der Geschichte der SPD hatte es bis 1995 nie eine Kampfkandidatur um den Parteivorsitz gegeben. Es war wahrscheinlich, dass viele Parteimitglieder einem Bruch dieser ungeschriebenen Regel kritisiert hätten. Auch zeigte das Verhalten Lafontaines nach seiner Rede und den ersten Aufforderung an ihn zur Kandidatur, dass er eher typischen Vorstellungen von der Besetzung des Vorsitzendenamtes folgte. Gegenüber der bayerischen Landesvorsitzenden Renate Schmidt hatte Lafontaine die Forderung geäußert, dass er nur als einziger Kandidat und mit einer zugesicherten Mehrheit im Rücken antreten würde. Damit erwartete er letztlich nur das, was bis zum Mannheimer Parteitag allen Vorsitzendenkandidaten fraglos zugestimmt worden war. Diese Verankerung in parteitypischen Denkweisen machte eine Kandidatur Lafontaines im Vorfeld des Parteitages ebenfalls unwahrscheinlich.

Die Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit wurde aber nicht nur durch die Konkurrenten Scharpings aufrechterhalten, sondern auch durch die Delegierten. Am ersten Tag des Parteitages fand eine siebenstündige Aussprache zur Lage der Partei statt. Sowohl Scharping als auch Vertreter der Führung hatten versprochen, sich in dieser Debatte der Kritik der Delegierten zu stellen. Angekündigt wurde eine „rückhaltlose“ Diskussion. Tatsächlich nutzten viele Delegierte diese Gelegenheit, um ihrem Ärger mit teilweise durchaus drastischen Worten Luft zu machen. Dennoch blieb die zuvor in den Medien thematisierte Kritik vieler Parteimitglieder an ihrem Vorsitzenden verhalten. Die Delegierten

vermieden eine offene Personaldiskussion. Niemand forderte in dieser Aussprache die Ablösung Scharpings. Eine genauere Betrachtung der Reden zeigt, dass viele Delegierten lieber taktierten, anstatt sich auf der Parteitagsbühne eindeutig zu ihren Wünschen zu bekennen. Sowohl in ihren Äußerungen als auch in ihren Taten vermieden die Delegierten jegliche Festlegungen auf einen Personalwechsel.

Oberflächlich gesehen forderte eine ganze Reihe von Rednern eine Lösung des Personalproblems, indem sie „klare Entscheidungen“ anmahnten. Die häufige Rede von „Klarheit“ stand jedoch im starken Gegensatz zu der Vagheit in der Personalfrage. Die Redner vermieden es, eine eindeutige Haltung zu diesem Thema einzunehmen. Ihre Äußerungen blieben durchweg interpretationsoffen und abstrakt. Manche Äußerungen ließen sich mit Fantasie als ein Plädoyer für einen Personalwechsel deuten. Aber aufgrund der Vagheit der Reden blieb es diesen Rednern jederzeit möglich, ihre Aussagen umzuinterpretieren, um sich notfalls mit Scharping arrangieren zu können. Ohnehin begnügten sich viele Redner mit eher programmatischen Äußerungen. Zwar betonten sie die Notwendigkeit einer Lösung des fortgesetzten Streits zwischen einzelnen Führungspersonen. Aber sie sagten nicht, welche Lösung sie konkret bevorzugten. Die Zuhörer blieben im Ungewissen darüber, was der jeweilige Redner selber für den besten Ausweg hielt. Nur sehr wenige Redner gingen überhaupt konkret auf die Auseinandersetzung zwischen Scharping und Schröder ein. Die Personaldiskussion um die Frage, ob Scharping noch für sein Amt geeignet sei oder ob es bessere Kandidaten gäbe, wurde aber auch von ihnen umgangen. Seine eigene Personalpräferenz gab niemand preis.

So war es nur folgerichtig, dass die Delegierten die Personaldiskussion auch nicht zum offiziellen Parteitagsthema machten. Niemand stellte den Antrag, dieses Problem in die Tagesordnung des Parteitages aufzunehmen. Es wurde kein Antrag formuliert, der eine Kampfkandidatur forderte. Keiner reichte einen Vorschlag für einen Gegenkandidaten zu Scharping ein. Die Quellenlage erlaubt kein eindeutiges Urteil darüber, ob und inwiefern die Scharpingkritiker jenseits der medialen Beobachtung an einer Ablösung Scharpings aktiv arbeiteten. Die untersuchten Reden machen aber deutlich, dass zumindest gegenüber der Öffentlichkeit alle bemüht waren, das Bild der Geschlossenheit nicht zu beeinträchtigen.

#### **1.4 Das Scheitern der Disziplin des Parteitages und der Inszenierung der Geschlossenheit durch Lafontaines Rede**

Nach Oskar Lafontaines Rede am zweiten Tag des Parteitages brach diese Disziplin zusammen. Zwar forderte nach dessen Rede nur eine Delegierte öffentlich vom Rednerpult aus Lafontaines Kandidatur. Aber nun bemühten sich viele Parteitagsteilnehmer offensiv darum, eine Kampfkandidatur zu organisieren. Dieser Zusammenbruch der Disziplin ist erklärungsbedürftig. Lafontaines Rede war ein Bruch der Regel der rangabgestuften

Selbstdarstellung. Dadurch scheiterte die Inszenierung der Geschlossenheit. Nach dessen Auftritt war es Scharping nicht mehr möglich, sich als der von der Mehrheit aus Überzeugung gewollte Vorsitzende darzustellen. Vielmehr mutmaßen Journalisten darüber, dass Lafontaine bei den Delegierten erheblich beliebter war als der Amtsinhaber. Wer nun eine Kampfkandidatur forderte, konnte daher nicht mehr gegen die Disziplin der Inszenierung verstoßen.

Bevor ich diese These näher darstelle, gehe ich noch auf einen wichtigen Grund für Scharpings Sturz ein, nämlich den Zufall. Die Erklärung dynamischer Ereignisse lässt sich nicht vollständig aus den Beziehungskonstellationen herleiten. Daher muss eine sozialwissenschaftliche Beschreibung auch immer auf das Erzählen zurückgreifen (Neidhardt 1981, S. 248). Sie muss offen bleiben für die Vorkommnisse, die unerwartet und auch nicht durch Regeln und Strukturen vollständig definiert sind.

Nicht wenige Journalisten mutmaßten in der Nachbetrachtung des Parteitages, dass Lafontaine seine Rede gezielt daraufhin angelegt hätte, Scharping zu stürzen. Man sprach von einem „Putsch“, den der bekanntermaßen glänzende Redner Lafontaine gegen den Vorsitzenden angezettelt habe. Diese Deutungen vernachlässigten jedoch zwei wesentliche Hindernisse für einen solchen Plan. Wie oben beschrieben war eine Kampfkandidatur für Lafontaine riskant. Allein der Beifall der Delegierten bot ihm noch keine hinreichende Sicherheit, die Wahl tatsächlich auch gewinnen zu können. Andererseits konnte Lafontaine einen solchen „Putsch“ kaum planen. Ein solcher Plan hätte sich auf zwei Vorbedingungen stützen müssen: Erstens hätte die Tagesordnung des Parteitages langfristig bekannt sein müssen, so dass Lafontaine entsprechend auch langfristig eine Strategie hätte entwickeln können. Zweitens hätte diese Tagesordnung die Rede Lafontaines auf jeden Fall vor der Wahl des Parteivorsitzenden ansetzen müssen, am besten lange vor der Wahl, so dass noch genügend Zeit für die Mobilisierung der eigenen Anhänger geblieben wäre. Diese Bedingungen waren aber nicht ohne weiteres erfüllt.

Oskar Lafontaines Rede als Vorsitzender der Antragskommission war ursprünglich für den ersten Verhandlungstag des Mannheimer Parteitages vorgesehen. Die Rede findet sich in der Tagesordnung vom Dienstag, den 14. November 1995 unter dem Titel „Bericht der Antragskommission: Oskar Lafontaine“ (Parteitagprotokoll S. 2). Die Wahl des Vorsitzenden war für Donnerstag, den 16. November 1995, um etwa 9:30 Uhr geplant (Parteitagprotokoll S. 4). Geht man davon aus, dass diese Tagesordnung längerfristig allen Teilnehmern bekannt gegeben worden ist, war es also grundsätzlich möglich, eine entsprechende Strategie zu entwickeln. Lafontaine hätte also tatsächlich eine Rede planen können, die die Delegierten dazu bewegt, ihn als Gegenkandidaten zu Scharping aufzustellen.

Allerdings wurde auf dem Mannheimer Parteitag die Tagesordnung zwei Mal relativ kurzfristig geändert. Durch diese Änderungen wurde der Zeitpunkt der Rede Lafontaines jedes Mal neu angesetzt. Zumindest die erste Änderung hätte Lafontaines Pläne durch-

kreuzt. Durch die erste Änderung wurde Lafontaines Auftritt auf Donnerstag, den 16. November 1995 verschoben. Die Wahl des Parteivorsitzenden war aber ebenfalls für Donnerstagmorgen geplant. Daher hatte diese Verschiebung bedeutet, dass Lafontaines Rede keine Auswirkungen mehr auf die Vorsitzendenwahl gehabt hätte. Die zweite Änderung der Tagesordnung wurde am Mittwoch, dem 15. November 1995 vorgenommen. Durch diese Änderung wurde die Lafontainerede auf den Mittwoch vorgezogen. Dass Lafontaine nun diesen Redeplatz erhielt, verdankte sich weniger dessen Bemühungen darum. Vielmehr versuchte die Tagungsleitung, negative Fernsbilder zu vermeiden. Am zweiten Tag des Parteitages waren vier Foren geplant, auf denen Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden gemeinsam mit SPD-Vertretern Schwerpunktthemen der Politik diskutieren. Diese Foren waren als Podiumsdiskussionen angelegt. Es stellte sich bereits während der ersten beiden Foren am Vormittag heraus, dass diese von den Delegierten eher abgelehnt worden waren. Der Saal leerte sich zunehmend, die verbleibenden Delegierten folgten den Rednern auf der Bühne nur halbherzig, es war laut und unruhig. Um negative Medienkommentare zu vermeiden, kündigte die Tagungsleitung noch vor der Mittagspause an, dass man die Nachmittagsforen absetzen und die Antragsberatung vorziehen wolle. Erst mit der Annahme dieses Vorschlages bekam Lafontaine die Möglichkeit, noch vor der Vorsitzendenwahl zu reden. Als Vorsitzender der Antragskommission eröffnete er die Antragsberatungen mit seinem Bericht.

Eventuelle Pläne bezüglich einer „Bewerbungsrede“ für den Parteivorsitz hätte Lafontaine jetzt wieder reaktivieren können. Allerdings ist die Annahme eines Plans nicht sehr plausibel. Die These des Bruches der rangabgestuften Selbstdarstellung kann den Sturz Scharpings treffiger erklären als die Unterstellung einer Intrige Lafontaines. Lafontaines Rede war keineswegs die „Bewerbungsrede“, als die sie von manchem Kommentator beschrieben worden war. Diesen Behauptungen zufolge hätte der Redetext schon die Schlussfolgerung nahegelegt, dass Lafontaine der bessere Parteivorsitzende sei. In gleiche Richtung interpretierte der Linguist Walter Kindt diese Rede und argumentierte, dass viele von Lafontaines Aussagen implizit dazu aufforderten, ihn zum Vorsitzenden zu wählen. Freilich blieb der Erfolg eines solchen Plans von der Interpretationskompetenz der Delegierten abhängig. Keineswegs war es sicher, dass die 480 Delegierten tatsächlich alle in gleicher Weise die erhofften Schlüsse gezogen hätten. Als Grundlage für eine Intrige mit dem Ziel der Ablösung Scharpings war eine Rede nicht sonderlich gut geeignet.

Für eine „Bewerbungsrede“ war Lafontaines Rede inhaltlich viel zu vage geblieben. Der Redetext beschränkte sich weitestgehend auf sozialdemokratische Allgemeinplätze. Er enthielt keinerlei Anspielungen auf die Personalproblematik der Partei. Über personelle Alternativen sprach Lafontaine nicht, eigene Ambitionen blieben ebenfalls unerwähnt. Seine Rede war dank der Nutzung der Allgemeinplätze vielmehr als eine „Festrede“ (Paris 2005b) angelegt. Sie diente dazu, den Delegierten vor allem unstrittiges in Erinnerung zu



rufen und damit ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Lafontaine blieb dazu auf der Ebene der abstrakten programmatischen Forderungen. Über die Detailprobleme, die bei der Umsetzung dieser Forderungen entstehen würden, sprach er nicht. Konkrete Konzepte und Gesetzesinitiativen waren nicht sein Thema. Damit sprach er in seiner Rede nur das an, was ohnehin in der Partei Konsens war, ging aber Sachdebatten aus dem Wege. Die meisten seiner Aussagen waren so schlicht formuliert, dass der Beifall als sicher gelten konnte. Daher liegt die Schlussfolgerung nahe, dass Lafontaine weniger Scharping schaden, als vielmehr einen rhetorischen Höhepunkt setzen wollte, um die Stimmung der Delegierten zu verbessern.

Zum Problem für Scharping wurde die Rede aber, weil sie die Norm der rangabgestuften Selbstdarstellung brach. Diese Norm besagt, dass die Qualität des Auftritts einer Führungsperson auf dem Parteitag seinem Rang entsprechen müsse. Niemand darf einen besseren Auftritt absolvieren als Personen, die über ihm stehen. Die Ämterverteilung ist hierarchisch, die Personen haben einen unterschiedlichen Rang und Stellenwert. Der Parteivorsitzende ist die wichtigste Person, nach ihm kommen andere Amtsinhaber, die weniger wichtig sind als der Vorsitzende, aber wiederum wichtiger als andere. Auch diese Unterschiede müssen mittransportiert werden. Dem Vorsitzenden muss ein besonderer Auftritt ermöglicht werden, der seinem Status als der wichtigsten Person der Partei entspricht. Sein Auftritt muss sich von den Auftritten der nachrangigen Spitzenpolitiker abheben. Diese durch den formalen Status zugemessene Wichtigkeit darf kein Spitzenpolitiker durch Äußerungen und Verhaltensweisen bestreiten. Tut er dies bzw. lässt sich sein Verhalten so von Journalisten interpretieren, beginnen die medialen Spekulationen um Machtkämpfe. Die Darstellung der Wichtigkeit des Vorsitzenden darf durch andere Spitzenpolitiker nicht untergraben werden. Sie müssen deshalb die Qualität ihres eigenen Auftrittes an die Qualität des Auftrittes des Vorsitzenden anpassen.

Lafontaine verletzte diese Norm, weil er die vom Vortragsstil bessere Rede als Scharping hielt. Scharping selbst hatte die Delegierten am Vortag nicht richtig begeistern können. Der Applaus für seinen Auftritt blieb verhalten. Gegenüber der Presse ließen etliche Delegierte erkennen, dass sie Scharpings Rede nicht als Aufbruchssignal empfunden hätten. Lafontaine trat dagegen kraftvoll und lautstark auf. Mit schnellen und energisch vortragenen Sätzen veranlasste er die Delegierten auch schon während der Rede zu längeren Beifallsstürmen. Am Ende seiner Rede wurde er mit stehenden Ovationen bedacht.

Von den Medien wurde Lafontaines Rede und die Begeisterung der Delegierten als Bewerbungsrede einerseits und als Wunsch nach einem anderen Parteivorsitzenden andererseits interpretiert. In Kommentaren wurden die rhetorischen Fähigkeiten von Scharping und Lafontaine verglichen und Lafontaine als klar besserer Redner beschrieben. Verknüpft wurden diese Vergleiche mit Rollenerwartungen an den amtierenden Vorsitzenden. Dieser hätte den Kommentatoren zufolge die Delegierten so begeistern müssen, wie es

Lafontaine gelungen war. In dieser Hinsicht wurde Lafontaine als überlegen angesehen. Er schien die Fähigkeiten zu besitzen, die einen guten Vorsitzenden auszeichnen würden. Mithin deuteten die Kommentare an, dass die aktuelle Ämterverteilung in der SPD nicht optimal und Lafontaine der eigentlich bessere Kandidat für den Parteivorsitz sei. Der Beifall der Delegierten wurde überdies als Nicht-Akzeptanz der aktuellen Ämterverteilung durch die „Basis“ verstanden. Lafontaine wurde in den Kommentaren als „heimlicher Parteivorsitzender“ dargestellt, dem die Herzen der Delegierten zuflogen. Scharping hatte diese Zuneigung nicht und war den Kommentatoren zufolge nicht mehr wirklich der Repräsentant der Partei und des Willens ihrer Mitglieder. Damit stand die Partei vor Rechtfertigungszwängen. Sie konnte die Behauptung, die Partei stünde aus voller Überzeugung hinter Scharping, nur noch durch Dementis der Medienkommentare aufrechterhalten. Die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei war damit gescheitert.

### **1.5 Nach der Rede: Lafontaine wird zum Kandidaten gemacht**

Nach der Rede forderten eine ganze Reihe von Parteitagsteilnehmern (Führungspersonen, Delegierte und Parteitagsgäste) Lafontaine auf, gegen Scharping zu kandidieren. Lafontaine entschied sich aber erst am Morgen des folgenden Tages dafür, den Vorsitzenden herauszufordern. Bis dahin verhielt sich Lafontaine eher abwartend und zuweilen auch ablehnend. Folglich wusste bis kurz vor der Wiedereröffnung des Parteitages am 16. November 1995 niemand so genau, wie sich Lafontaine entscheiden würde. Auch wenn er manchem Parteitagsteilnehmer im informellen Gespräch mitteilte, dass er nicht antreten wolle, vermied er eine wirklich verbindliche Festlegung auf diesen Standpunkt. Als stellvertretender Bundesvorsitzender und in den Medien prominenter SPD-Repräsentant hatte er eine hohe Definitionsmacht, mit der er den Verlauf der Diskussion um die Kampfkandidatur ganz maßgeblich hätte beeinflussen können. Lafontaine hätte die Möglichkeit gehabt, sich zu diesem Thema öffentlich zu äußern, entweder auf der Parteitagsbühne oder über den Umweg der Medien. Einerseits hätte er von der Tagungsleitung sehr wahrscheinlich weitere Redezeit bekommen für die Bekanntgabe seiner Haltung zur Kampfkandidatur. Andererseits war ihm die Aufmerksamkeit der Journalisten sicher. Das Gelingen oder Scheitern der Kampfkandidatur hing von Lafontaines Bereitschaft ab, sich als Gegenkandidat zur Verfügung zu stellen. Entsprechend hätte er durch ein öffentliches Bekenntnis zu seinen Ambitionen die Kampfkandidatur unvermeidlich machen können. Mit einer deutlichen öffentlichen Absage hätte er jegliche Bemühungen der Verwirklichung einer Kampfkandidatur aber auch zum Scheitern verurteilen können. Darüber hinaus hätte er die Befürworter der offenen Konkurrenz massiv diskreditieren können, wenn er dieses Ansinnen als prinzipiell falsch und parteischädigend dargestellt hätte. Lafontaine nutzte seine Definitionsmacht jedoch nicht. Er ließ die Diskussionen laufen und nahm nur informell auf ihren Verlauf Einfluss.

Lafontaines Verhalten lässt sich als Taktieren beschreiben. Er legte sich nicht fest, sondern bewahrte sich sowohl die Möglichkeit zu kandidieren als auch auf den Verzicht auf die Kampfkandidatur. Sein Zögern erlaubte es ihm, die Entwicklungen beobachten und abzuwarten und erst dann zu entscheiden, wenn er seine Chancen einschätzen konnte. Dadurch vermied er es, sich durch eine zu frühe Entscheidung der Gefahr einer Niederlage auszusetzen. Gleichzeitig hielt er sich die Option der Kandidatur für den Fall offen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse für ihn positiv entwickeln würden.

Dass er taktierte, war für die Parteitagsteilnehmer auch erkennbar. Sein enger Vertrauter Reinhard Klimmt sondierte auf dem Parteiabend die Personalpräferenzen der Delegierten. Gegenüber der bayerischen Landesvorsitzenden Renate Schmidt äußerte er als Bedingung für seine Kandidatur, dass ihm die Wahl abgesichert werden solle durch eine vororganisierte Delegiertenmehrheit. Ebenso bat er sich Bedenkzeit für seine Entscheidung aus. Schon diese Bitte machte seinen Gesprächspartnern deutlich, dass er beide Optionen (Kampfkandidatur ja oder nein) für erwägenswert hielt und keine schon von vornherein ausschloss. Andererseits ermöglichte ihm diese Bedenkzeit die Flexibilität, die Entwicklung der Lage auf dem Parteitag abzuwarten und zu beobachten und sich erst dann festzulegen, wenn klar wäre, wo die Mehrheiten des Parteitages zu finden wären. Die an der Kampfkandidatur Interessierten konnten Lafontaines Abwarten so auch als Aufforderung lesen, die nötigen Bedingungen für einen Wahlerfolg des Herausforderers zu schaffen. Sein Taktieren hatte für ihn aber noch weitere Vorteile. Einerseits ließ es seine Bereitschaft erkennen, gegen Scharping anzutreten. Andererseits vermied er den Eindruck, dass er die Bemühungen zur Verwirklichung der Kampfkandidatur initiiert und maßgeblich vorangetrieben hätte. Damit konnte er dem Vorwurf begegnen, er habe entgegen seines Votums im Parteivorstand gehandelt. Ebenso blieb er im Falle fehlender Mehrheiten in der Lage, sich mit einem wiedergewählten Vorsitzenden Rudolf Scharping pragmatisch und ohne Gesichtsverlust zu arrangieren. Er hätte nach dessen erfolgreicher Wiederwahl mühelos erklären können, dass er den Vorsitzenden stets loyal unterstützt habe. Weil er sich am Abend des 15. November 1995 nie deutlich äußerte, hätte ihm niemand das Gegenteil nachweisen können.

Lafontaines Taktieren lässt auch den Zusammenbruch der Disziplin der Parteitagsteilnehmer erkennen. Sie bemühten sich um die Verwirklichung der Kampfkandidatur, obwohl für ihre satzungsgemäße Durchführung kaum mehr als eine halbe Stunde zur Verfügung stand. Die Frist für die Einreichung von Personalvorschlägen lief am 15. November 1995 um 17 Uhr ab (Parteitagsprotokoll S. 27). Lafontaine hatte an diesem Tag bis etwa 16:34 Uhr geredet (ZDF 15.11.1995, Timecode 15.52.48.00 - 16.33.57.00). Damit blieb eine Kampfkandidatur zunächst unwahrscheinlich. Weil Lafontaine zögerlich reagierte, wussten diejenigen, die eine Kampfkandidatur anstrebten, bis zum Morgen des 16. November 1995 nicht, wie sich Lafontaine entscheiden würde. Gleichzeitig trugen sie das Ri-

siko, dass Lafontaine durch eine öffentliche Erklärung jegliche Diskussionen über dieses Thema als schädlich diskreditierte. Damit hätte nicht nur das Bemühen der Ablösung Scharpings scheitern können. Die Initiatoren hatten sich auch selbst der Gefahr von Sanktionen und Revanchemaßnahmen ausgesetzt. Von diesen Bedenken ließen sie sich jedoch nicht abhalten. So wurde den ganzen Abend unter den Parteitagsteilnehmern rege diskutiert, ob es zu einer Kampfkandidatur kommen würde. Einige Jungsozialisten (Jusos) ließen eine Unterschriftenliste kursieren, um einen Initiativantrag einzubringen, der Lafontaine zur Kandidatur auffordern sollte. Hochrangige Mitglieder der Parteiführung verhandelten bis spät in die Nacht über die Möglichkeit einer offenen Konkurrenz bzw. ihrer Verhinderung. Einige Führungspersonen nutzten den am selben Tag stattfindenden „Parteabend“, der geselligen Zusammenkunft von Delegierten und Journalisten, um die Personalpräferenzen der einzelnen Landesverbände zu ermitteln. Die Diskussionen und Aktivitäten waren offenkundig genug, dass Reporter in den Abendnachrichten im Fernsehen andeuten, dass es eine Kampfkandidatur geben könnte.

Vor der Lafontainerede wäre eine Forderung nach Kampfkandidatur undenkbar gewesen, weil sie die Inszenierung der Einheit der Partei zerstört hätte und daher ein unverzeihlicher Disziplinbruch gewesen wäre. Die Inszenierung des Mannheimer Parteitages beruhte auf der Idee, durch ein „reinigendes Gewitter“ die Konflikte in der Partei offenzulegen und zu bereinigen. Anschließend sollte sich die Partei (zumindest dem Eindruck nach) wieder zu einer Einheit zusammenfinden. Mit der Rede war die Inszenierung jedoch hinfällig, da die Medien Lafontaine als „heimlichen Parteivorsitzenden“ darstellten. Deshalb konnten die Befürworter eines Personalwechsels im Parteivorsitz plausibel einen Handlungsdruck und eine Notwendigkeit der Kampfkandidatur behaupten. Es war ihnen nun möglich, sich aktiv für eine Kampfkandidatur einzusetzen, ohne dafür als Verursacher negativer Eindrücke in den Medien angegriffen werden zu können.

Für diejenigen, die Scharpings Ablösung wollten, hatte Lafontaines Rede eine günstige Gelegenheit geboten, ihr Ziel schon auf dem Parteitag zu erreichen. Dass es wesentlich um den Sturz Scharpings ging, lässt sich aus den Begründungen der Befürworter einer Kampfkandidatur für deren Notwendigkeit ableiten. Diese Begründungen waren keinesfalls überzeugend und stichhaltig. Die Scharpingskritiker behaupteten nach Lafontaines Rede, dass die Partei nun einen „Klärungsbedarf“ in der Personalfrage habe und deshalb eine offene Konkurrenz um den Parteivorsitz unumgänglich sei. Tatsächlich war die Kampfkandidatur aber keinesfalls die einzig mögliche Reaktion auf das Scheitern der Inszenierung der Geschlossenheit und der entsprechenden Medienkommentierung. Genauso gut hätte man auch warten können, bis die Medien ihre Aufmerksamkeit auf andere Themen lenken würden. Die Begründung, Lafontaine habe mit der Rede einen bislang unbekanntem Führungsanspruch erhoben, stimmte auch nicht: Lafontaines Ambitionen waren längst bekannt. Schon 1993 hatte dieser sich bemüht, erneut als Kanzlerkandidat gegen Helmut Kohl auf-

gestellt zu werden. Mit seinem noch im Herbst 1995 in den Medien bekannt gewordenen Vorschlag der Trennung der Ämter von Partei- und Fraktionsvorsitz hatte er zumindest den Verdacht geschürt, dass er Interesse am Vorsitzendenamt habe. Er hatte daher in Mannheim keinesfalls einen überraschend neuen Führungsanspruch erkennen lassen. Außerdem bot seine Rede vom Text her keinerlei Anhaltspunkte für die Unterstellung, dass er sich mit ihr als bessere Alternative zu Scharping habe darstellen wollen. Als Festrede diente sie vielmehr der Schaffung eines feierlichen Moments. Dass Lafontaine in der Partei beliebter war als Scharping, war ebenfalls kein überzeugendes Argument. Vorsitzende werden nicht über Beliebtheit bestimmt, sondern über Einfluss und Macht in den Gremien, die die Kandidaten nominieren. Dass ein Vorsitzender in der Partei unbeliebt war, bedeutete nicht zwangsläufig dessen Abwahl.

Dass die Scharpingkritiker eher zielorientiert ihre Gelegenheit nutzten, kann auch aus den weiteren Ergebnissen der Vorstandswahlen hergeleitet werden. Nach der Abwahl Scharpings bestätigten die Delegierten nahezu alle Personalvorschläge der Parteiführung. Kaum war Scharping durch Lafontaine ersetzt, funktionierte die Disziplin offenbar wieder. Die Kampfkandidatur selbst wurde der Parteiführung nicht durch einen offenen Machtkampf abgetrotzt. Der Sturz Scharpings war keinesfalls eine Form des spontanen Plebiszits der Delegierten über die Besetzung des Vorsitzendenamtes. Die Bemühungen um die Verwirklichung der Kampfkandidatur war kein „Aufstand“ der Delegierten gegen die Parteiführung und deren Vorgabe Scharpings als einzigen Kandidaten.

Die nach der Rede Lafontaines entstandene Situation war auch für die Selbstdarstellung der Scharpingkritiker nützlich. Die Rede vom „Klärungsbedarf“ zum Wohle der Partei verbarg die persönlichen Interessen der Befürworter des Personalwechsels an der Abwahl Scharpings. Der Wunsch nach einem mediengängigeren Vorsitzenden, der die Wahlausichten verbessern könnte, wurde hinter allgemein moralischen und damit überpersönlichen Argumenten versteckt. Ohnehin hatte Lafontaine die Aufmerksamkeit durch seine Rede auf sich gezogen. Sowohl Medien als auch Parteitagsteilnehmer beschäftigten sich vorrangig mit Lafontaines Anteil an dem Scheitern der Inszenierung der Geschlossenheit. Der Anteil der Delegierten an der Situation blieb mithin unberücksichtigt. Dabei hatten sie mit ihrem stürmischen Beifall den Medien erst den Anlass geboten, über die größere Beliebtheit Lafontaines zu spekulieren. Aber auch nach dem Verklingen des Applauses hatten sie einen erheblichen Anteil am Zustandekommen der Kampfkandidatur. Sie interpretierten die Rede Lafontaines als Anlass für eine offene Konkurrenz. Genauso denkbar wäre es gewesen, dass die Delegierten zu anderen Schlüssen hätten kommen können. Sie hätten von sich aus die Idee einer Kampf Abstimmung als falsch verwerfen können. Stattdessen übten sie massiven Druck auf Lafontaine aus und sorgten dafür, dass er letztlich kandidierte. Ihre Aufforderungen an ihn, zu kandidieren, waren keine bescheidenden Bitten, sondern entschiedene Forderungen. Diese Forderungen mündeten in Aktivitäten

und blieben keine Privatmeinungen, die die Parteitagsteilnehmer für sich behielten. Die Kandidatur Lafontaines wurde als „Pflicht“ beschrieben, der dieser nachkommen müsse. Andere Parteitagsteilnehmer ließen es nicht bei Forderungen bewenden, sondern drängten Lafontaine aktiv. Sie hielten die Kandidatur für unumgänglich und traten Lafontaine gegenüber auf, als gäbe es für ihn keinen Verhandlungsspielraum mehr in dieser Frage. Teilweise setzten die Befürworter der Kampfkandidatur auch Machtmittel ein, um Lafontaine zur Kandidatur zu zwingen.

Zwar wurden diese Aktivitäten von Partei und Medien wahrgenommen. Aber die Neigung zur personalisierenden Sicht auf Politik legte es nahe, Lafontaine die Hauptrolle beim Sturz Scharpings zuzuschreiben. Diese Unterstellung gewann aus mehreren Gründen Plausibilität, so dass sie auch bei Parteitagsteilnehmern wie Journalisten verfangen konnte. Lafontaines Karriere war durch einen schnellen Aufstieg gekennzeichnet, was weitere Aufstiegsambitionen vermuten ließ. Als populäre und herausragende Führungsperson der SPD konnte man ihm auch große Chancen zubilligen, Parteivorsitzender zu werden. Daher musste man annehmen, dass Lafontaine zuweilen über seine Chancen und ihre Nutzung auch nachdachte. Die Erringung des Vorsitzes durch einen Machtkampf mit Scharping war plausibel, weil Scharping durch sein Beharren auf der Kanzlerkandidatur Schröder und Lafontaine die Chance verbaut hatte, durch eine gütliche Einigung mit Scharping Kanzlerkandidat werden zu können. Dieses Ziel war nur noch durch den Sturz Scharpings erreichbar. Also konnte man auch wenigstens den Gedanken, das Szenario ernst nehmen, dass Scharpings Sturz in Mannheim geplant war. Plausibel war der Gedanke eines Plans auch deswegen, weil Lafontaine möglicherweise genau wusste, dass er eine Rede gehalten hatte, die er so nicht hätte halten dürfen. Denkbar war darum das Szenario, dass er ganz bewusst die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei scheitern ließ.

Entsprechend sinnierten Parteimitglieder und Journalisten mehr darüber, ob Lafontaine bewusst die Abwahl Scharpings geplant habe oder ob es doch ein Zufall war. Der maßgebliche Anteil der Scharpingkritiker auf allen Hierarchieebenen der Partei blieb damit in den Nachbetrachtungen der Mannheimer Ereignisse unterbelichtet. Gedeckt dadurch konnten die Scharpingkritiker ihre Ziele verfolgen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Am Ende stand das Scheitern Scharpings im Kampf um sein Amt. Am 16. November 1995, gegen 11 Uhr, war sein Schicksal als Parteivorsitzender besiegelt: Mit 190 zu 321 Stimmen hatte Rudolf Scharping die Wahl deutlich verloren. Fortan musste Scharping mit dem Image des „Verlierers“ leben. Dass seine Niederlage nur dank Zufall und günstiger Gelegenheit möglich war, blieb in den Kommentaren unerkannt. Diese erzählten die Geschichte des Mannheimer Parteitages nunmehr von ihrem bekannten Ende her und unterstellten ihrem Verlauf eine Zwangsläufigkeit. Laut etlichen Kommentatoren habe Scharping scheitern müssen aufgrund seiner charakterlichen Defizite. Aber hätte Lafontaine die Regel der

rangabgestuften Selbstdarstellung nicht gebrochen, hätte Scharping den Parteitag als wiedergewählter Vorsitzender verlassen.

## **2 Theatralität, Figuration, Macht**

### **2.1 Theatralität, Inszenierung**

Die Untersuchung von innerparteilichen Machtkämpfen um Spitzenämter muss berücksichtigen, dass sich Parteien in einer modernen Demokratie öffentlich mit Hilfe der Medien inszenieren müssen. Die Inszenierung von Politikern und Parteien begreife ich in diesem Zusammenhang nicht so sehr als Instrumente der Manipulation der öffentlichen Meinung durch geschickte und professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit. Ich bestreite nicht, dass Politikinszenierungen auch dazu genutzt können, einen Schein zu erzeugen, der durch die Tatsachen „hinter den Kulissen“ nicht gestützt wird. Aber eine derartige auf Enthüllung angelegte Perspektive hilft nicht bei dem Versuch, innerparteiliche Machtkämpfe zu verstehen. Hierzu müssen Inszenierungen vielmehr als Produkt wie als Ursachen von Konstellationen begriffen werden. Inszenierungen werden in sozialen Beziehungen notwendig, in ihnen hervorgebracht und gleichzeitig werden diese Beziehungen auch wiederum durch die Inszenierung geformt und verändert. Inszenierungen schaffen Handlungschancen, sie ziehen dem Handeln wiederum auch Grenzen. Sie binden das Verhalten all derer, die sich ihrer bedienen. Diese nutzen dieses Instrument keineswegs immer freiwillig als eine günstige Option. Oft legt es ihnen ihre Situation als sinnvolle Strategie oder aber gar als Verpflichtung oder Handlungsnotwendigkeit nahe. Daher sehe ich davon ab, ausschließlich die Darstellungsmittel der sich selbst inszenierenden Politiker zu untersuchen und konzentriere mich mehr auf den Beziehungscharakter solcher öffentlicher Auftritte.

Dieser Beziehungscharakter von Politikinszenierungen ist noch nicht hinreichend berücksichtigt worden. Wissenschaftliches Denkwerkzeug zur Untersuchung von Inszenierungsmitteln ist der Begriff der Theatralität. Schon die theaterwissenschaftliche Fassung dieses Begriffes, in Deutschland maßgeblich durch Erika Fischer-Lichte ausgearbeitet, begreift Aufführungen als Beziehungsprodukt. Eine Person führt einem Publikum etwas vor. Dazu bedient sie sich eines Sets von geeigneten Darstellungsmitteln, die bei dem Publikum die erwünschte Wirkung hervorzurufen vermögen. Die Zuschauer gestalten die Aufführung aktiv mit durch ihre Wahrnehmung des Bühnengeschehens (Fischer-Lichte 1998, S. 86). Der Erfolg der Inszenierung hängt von der Interpretation des Publikums ab, das das Gesehene immer auch anders deuten könnte (Fischer-Lichte 2005, S. 19). Für eine theatrale Situation braucht es demnach mindestens zwei Akteure: Einen Darsteller und ein Publikum. Aus soziologischer Sicht drängt sich auf, nach der Entwicklung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Personen oder Personengruppen zu fragen. Anschließend an das interaktionistische Verständnis der sozialen Konstruktion von Situationen ist es nahelie-

gend, dass sich beide Seiten wechselseitig beeinflussen und sie durch ihr gemeinsames Handeln (gemeint als Tun, aber auch Lassen) diesen Moment des Theatralen hervorbringen. Goffman hat diesen Aspekt des im sozialen Alltag gespielten „Theaters“ auch jenseits der Bühne bekanntlich zum Zentrum seiner Arbeiten gemacht (Goffman 2007).

Eine theaterwissenschaftliche Skizze politischer Ereignisse als theatraler Situationen hebt den Beziehungscharakter von Inszenierungen noch stärker hervor (Kolesch 2008, S. 36), ohne diesen aber wirklich zum Forschungsgegenstand zu machen. Nach Kolesch unterscheiden sich theatrale Situationen von der Kunstform des Theaters insofern, als dass in ihnen reale Personen handeln und keine Schauspieler. Das gilt auch für die Politik. Öffentliche politische Großereignisse wie Parteitage oder auch Bundestagsdebatten können als theatrale Situationen verstanden werden, weil sie ähnlich wie eine Bühnenaufführung Regeln der Gestaltung der Vorführung unterliegen:

Bei den genannten Ereignissen handeln Akteure mit jeweils bestimmten, vorbereiteten Aufgaben. Es gibt explizite wie implizite Normen und Regeln, die festlegen, wie die Veranstaltung abläuft, wer in welcher Funktion teilnehmen kann oder nicht, wer ans Rednerpult darf und wer nicht. [...] Schließlich sind derartige Veranstaltungen gerahmt, es gibt einen festgesetzten Zeitpunkt oder Zeitraum sowie einen Ort, an welchem das Ganze stattfindet. Diese Rahmungen prägen sowohl die Verhaltensmuster als auch die Erwartungen aller Teilnehmer [...]. (Kolesch 2008, S. 36)

Alle diese Ereignisse binden eine Vielzahl von Personen ein. Der Raum als Ort der Aufführung ist gestaltet und mit symbolischer Bedeutung aufgeladen. Den Personen werden unterschiedliche Rollen bei diesem Ereignis zugewiesen. Neben der Grobeinteilung in Auftretende und Publikum nehmen auch die Darsteller unterschiedliche Rollen ein. Was auf der Bühne geschieht, geschieht nicht spontan, sondern folgt Regeln. Diese Regeln können als konkrete Regieanweisungen in Gestalt einer Rednerliste und einer Tagesordnung vorliegen oder aber als routinierte, sich oft wiederholende Abläufe das Geschehen strukturieren. In jedem Fall ist die Aufführung jedoch sowohl das Produkt von Beziehungen als auch eine Produktion von Beziehungen. Das öffentliche politische Ereignis gelingt, weil eine Vielzahl an Personen ihre Rolle ausfüllt und an der Inszenierung tätig mitwirkt. Die Regeln des Ablaufs und der Rollenaufteilung legen zugleich die Verhältnisse zwischen den Personen fest, z.B. „wer ans Rednerpult darf und wer nicht“.

Schon diese direkt angesprochenen Beziehungselemente bleiben bei Kolesch letztlich ausbaufähig. Ihre Kennzeichnung politischer Großereignisse als theatral bietet implizit noch wesentlich mehr Anhaltspunkte für den Beziehungscharakter der Inszenierungen. Die Rede von Regeln und Normen spricht implizit auch Machtverhältnisse und wechselseitige Erwartungen an. Normen gelten solange, wie es auch eine kollektive Sanktionsinstanz gibt, die die Geltung der Normen durchsetzt (Popitz 2006, S. 69f.). Damit stellt sich die Frage, wer Normen artikuliert, wer an wen welche Erwartungen richtet und wer als Sanktionsinstanz mit welchen Mitteln im Ernstfall eingreift, um die Ordnung wiederherzustellen. Dies wiederum verweist auf die Dynamik von Beziehungen und von sozialen Strukturen. Nor-



men können sich verändern, sie können Gegenstand von Konflikten werden und umkämpft sein. Normverletzungen und Regelbrüche können unerwartete neue Handlungsprobleme für einige der Beteiligten erzeugen und diese zu einem kreativen Handeln zwingen. Andere mögen im teilweise oder vollständigen Misslingen einer Inszenierung auch unverhoffte Handlungschancen erkennen, denn das Misslingen der Inszenierung ist zugleich ein Bruch der von manchen womöglich längst als hinderlich empfundenen Inszenierungsdisziplin. Derartige Situationen können Ausgangspunkte für strukturelle Umbildungen sein, aber mindestens bringen sie auch jenseits stabiler Ordnungen Geschichte in Gang, wenn Karrieren scheitern, neue Themen in die öffentliche Diskussion eintreten oder die politischen Machtverhältnisse in Folge verunglückter Inszenierungen sich verändern.

Die Beschreibung politischer Großereignisse als theatrale Situationen bietet folglich schon eine Menge an soziologischem Potenzial für das Verständnis der Rolle der Inszenierung für innerparteiliche Machtkämpfe. Durch die Verbindung von Inszenierung mit Rollen und Verhaltensdisziplin deutet sich an, wie öffentliche Ereignisse wie Parteitage auch als Machtmittel genutzt werden können, um das Wohlverhalten von Repräsentanten und Delegierten wahrscheinlicher zu machen.

Dieses Potenzial kann noch intensiver als bisher genutzt werden. Die politikwissenschaftliche Diskussion geht zumindest in einem Punkt auf den Beziehungscharakter ein. Ein verstärkter Trend zur Politikinszenierung wird erklärt über die Entwicklung der Massenmedien, deren Inszenierungs- und Selektionslogik dominant geworden sei. Mithin sei die Zunahme der inszenierten Politik kein Ausfluss mangelnder moralischer Qualifikation der Politiker, sondern das Ergebnis gesellschaftlich-kultureller Veränderungen. Jenseits dessen wird Politikinszenierung seit Edelman (Edelman 1990) von vielen Politikwissenschaftlern eher kritisch betrachtet. Diese Untersuchungen sind normativ. Sie vermessen stets den Grad der Abweichung der realen Politik vom demokratietheoretischen Ideal. Aus demokratietheoretischer Sicht wird bemängelt, dass die öffentlich dargestellte Politik aufgrund der Medialisierung der Gesellschaft zu einer reinen Show ohne Substanz verkomme. Aufgrund des Selektionsdrucks durch die Medien würden Politiker immer mehr zu Medienspezialisten und Medienstars, die auf substanzielle Botschaften zugunsten eines positiven Medienimages verzichteten. Politikdarstellung für die Medien gerate zum „Politainment“, das sein Publikum vor allem über Unterhaltsamkeit erreichen will (Dörner 2001). Angesichts der Dominanz der Medien bleibe den Politikern auch kaum eine Wahl. Diese kritisch motivierte Untersuchung von Politik konzentriert sich deshalb in durchaus aufklärerischer Absicht auf die Inszenierungsformen, also die Mittel, mit denen Politiker sich ein positives Medienimage zu verschaffen suchen. Gleichmaßen werden die Wahrnehmungsweisen des Medienpublikums als Erfolgsbedingung der Politikinszenierung untersucht (Edelman 1990).

Damit beschränken sich diese Arbeiten auf die Beziehung zwischen Politiker und Medienpublikum, ohne sie jedoch als dynamische Figuration mit wechselseitiger Beeinflussung der verflochtenen Akteure zu begreifen. Innerparteiliche Beziehungen, durch die Inszenierung erst möglich wird und die ihrerseits durch sie verändert werden, werden angedeutet oder bleiben unberücksichtigt. Der Zusammenhang zwischen Medienbild und innerparteilichen Machtkämpfen um Spitzenämter wird marginal behandelt. Etliche Autoren weisen darauf hin, dass eine positive Medienwirkung von Führungspolitikern eine wichtige Bedingung sei, ein Spitzenamt zu verteidigen oder überhaupt für ein solches nominiert zu werden. Wenig beschrieben sind dagegen die konkreten Statuskämpfe innerhalb von Parteien, die in Folge von Inszenierungen und vor allem mit deren Hilfe ausgefochten werden. Es bleibt klärungsbedürftig, wie ein Aufstiegsinteressent oder ein Amtsinhaber seine positive Medienwirkung unmittelbar in Handlungsmöglichkeiten übersetzen kann, um auch gegen Widerstände sein Ziel zu erreichen. Ebenso offen ist die Frage, wie es Parteivertretern und -mitgliedern gelingen kann, Personen mit schlechten Medienimage vom Amt fernzuhalten oder sie gegen deren Willen aus diesem zu drängen.

Soziologische Autoren, die sich mit Politikinszenierungen befassen, kritisieren die pessimistische Sicht der medialisierten Politik als „Show“ und machen demgegenüber die anthropologische Notwendigkeit theatralen Handelns geltend (Soeffner/Tänzler 2002; Hitzler 1994). Die politische „Show“ als Manipulationsversuch erscheint ihnen lediglich als Spezialfall einer allgemeineren Darstellungsnotwendigkeit. Menschen in Beziehungen wählen ihre Handlungen danach aus, wie sie das Handeln ihrer Mitmenschen interpretieren. Was Menschen tun, ist dabei unterschiedlich interpretierbar. Um sich dem anderen verständlich zu machen, muss jeder Handelnde den von ihm gemeinten Sinn deutlich machen, eben vorführen (so z.B. Hitzler 1994, S. 6). Das ist die Basis, auf der diese Autoren Politik als einen gesonderten Sinnbereich beschreiben. Sie arbeiten heraus, welche Sinnfiguren Handlungen als genuin politische erscheinen lassen. Politiker müssen ihrer Ansicht nach stets eine Idee eines „guten“ Gemeinwesens verkörpern, in dessen Dienst sie sich stellen. Der Eindruck eines rein individuellen Interesses an Macht und Privilegien müssen sie hingegen in der Öffentlichkeit vermeiden. Die sozialwissenschaftliche Hermeneutik fragt bei der Untersuchung derartiger Sinnfiguren nicht nach der Wahrheit von Politikerinszenierungen. Es sei unwichtig, ob die Politiker ihrem vorgeführten Image entsprächen oder nicht. Sie müssten sich in jedem Fall an die Erfordernisse der öffentlichen Inszenierung halten, also diese Sinnfiguren glaubwürdig verkörpern. In diesem Sinne seien diese Sinnfiguren Regeln, denen sich Politiker stets unterwerfen müssten (Hitzler 1994, S.17f., 30). Die soziologische Distanz zur normativen Hinterfragung von Politikinszenierung ließe sich so pointieren: Auch die Versuche der Manipulation des Publikums sind den Regeln politischer Sinnfiguren unterworfen. Nicht jede Lüge und nicht jeder vorgeführte Schein verfängt beim Publikum.

Der Gewinn der soziologisch-hermeneutischen Perspektive liegt in der Erarbeitung kultureller Deutungsmuster, die in die Politikinszenierungen stets mit eingehen. Diese Deutungsmuster sind eine Bedingung erfolgreicher Selbstdarstellung auf der Medienbühne. Wer Inszenierungen verstehen will, muss die ihr zugrunde liegenden kulturellen Deutungsmuster berücksichtigen. Bezogen auf diese kann eine Politikinszenierung glaubwürdig wirken oder auch scheitern. Mit der Konzentration auf Deutungsmuster verliert diese Denkrichtung jedoch den Blick für die Handelnden. Im Vordergrund dieser Denkrichtung steht die Herausarbeitung idealtypischer politischer Sinnfiguren. Deren soziale Konstruktion sowie deren Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen denen, die sie zu verkörpern versuchen, wird nicht thematisiert. Die Auswirkungen der kulturellen Deutungsmuster auf die innerparteilichen Beziehungen insbesondere in Machtkämpfen kann damit nicht hinreichend erfasst werden. Zwar deuten diese Autoren an, dass Karrieren von einem erfolgreichen Medienimage abhängen, mithin von dem Erfolg der Selbstinszenierung. Sie erklären jedoch nicht, durch welche Handlungen Inszenierungen zu Machtfragen werden können.

Soziologisch wird Macht nicht als Besitz, sondern als Beziehungsqualität verstanden. Machtchancen, die einer hat, wachsen ihm durch die Art der Beziehungen zu, in die er eingebunden ist. Entsprechend ist es auch stets das Ergebnis des Handelns miteinander verflochtener Akteure, ob einer ein Spitzenamt erringt, es gegen Konkurrenten verteidigen kann oder es verliert. Wer wissen will, wie Inszenierungen die Karrierechancen fördern oder mindern können, muss folglich danach fragen, wie sie auf die Möglichkeiten des Handelns unterschiedlicher Akteure wirken. Das gilt insbesondere für die Frage nach den Möglichkeiten oder Hindernissen, sich gegenüber Widerständen durchzusetzen.

Daher muss die Aufmerksamkeit auf den Beziehungscharakter von Inszenierungen gerichtet werden. Politikinszenierungen und die sie tragenden Deutungsmuster werden in Beziehungen hergestellt und wirken auf diese wieder zurück. Inszenierungen sind Prozesse. Sie werden in konkreten Situationen notwendig. Politikinszenierungen sind Reaktionen auf vorgefundene Verhältnisse, sie sind eine Art der Bewältigung von Handlungsproblemen. Sie entspringen mithin bereits Beziehungen, wenigstens der Beziehung zwischen Darstellern und ihrem Publikum. Die Qualität dieser Beziehung erzeugt sowohl Handlungsprobleme als auch Handlungsmöglichkeiten. Der Erfolg der Inszenierung hängt davon ab, wie die Darsteller auftreten und wie das Publikum die Darstellung wahrnimmt und auf sie reagiert. Der Inszenierungserfolg verwirklicht sich erst in der Sequenz aufeinanderfolgender Handlungen. Das durchdachte Drehbuch als Regieanweisung genügt alleine nicht. Die Darsteller müssen dieses Drehbuch kompetent verkörpern und das Publikum muss sowohl die Darstellung als auch die Darsteller goutieren.

Schließlich werden Inszenierungen auch auf Darstellerseite von mehreren Personen aktiv und gemeinsam hergestellt. Die an der Inszenierung Beteiligten müssen ihr Handeln aufeinander abstimmen, will man ein glaubwürdiges Bild auf die Bühne bringen. Diese Ko-

ordination stellt die Beteiligten vor Handlungsprobleme. Die Mitwirkung anderer muss ein-  
geworben oder erzwungen werden. Unterschiedliche Auffassungen über die Art und den  
Sinn von Inszenierungen bergen Konfliktpotenzial.

Diesen Überlegungen folgend müssen Politikinszenierungen als Teil von innerpartei-  
lichen Machtkämpfen mit einem soziologisch gehaltvollen Begriff von Theatralität unter-  
sucht werden. Der Begriff der Theatralität fand unter dem Einfluss von Fischer-Lichte eine  
breite Anwendung auf viele Lebensbereiche außerhalb des Theaters. In der Soziologie ist  
die Theatermetapher durch Goffman zu einem nützlichen Werkzeug geworden (Goffman  
2007). Willems hat die Ansätze von Goffman und Fischer-Lichte mit Elementen der Theori-  
en von Bourdieu und Elias verknüpft und damit einen genuin soziologischen Theatralitäts-  
begriff ausgearbeitet (Willems 2009b). Im Rückgriff auf Elias und Bourdieu fordert Wil-  
lems, dass theatrale Inszenierungen als Teile eines sozialen Feldes begriffen werden  
müssen, in dem die Akteure um ihren Status kämpfen. Felder sind gekennzeichnet  
durch soziale Ungleichheiten und Unterschieden in Macht und Ansehen. In diesen Fel-  
dern kämpfen die Unterprivilegierten um ihren sozialen Aufstieg, während die Privile-  
gierten ihren Status gegen das Aufstiegsbegehren der Unterprivilegierten verteidigen  
wollen. Mit Elias und Bourdieu meint Willems, dass theatrale Inszenierungen Mittel die-  
ser Statuskämpfe darstellen. Eine Untersuchung theatraler Formen dürfe sich nicht al-  
lein auf die Art und Weise der Gestaltung der Vorführung beschränken. Sie müsse  
gleichzeitig auch die Funktion der Theatralität für diese Kämpfe offenlegen (Willems  
2009b, S. 104ff.). Willems' Verständnis von Theatralität führt mehrere bislang getrennt  
behandelte Elemente des Theatralen zusammen. Er betrachtet die Inszenierungsfor-  
men als die Mittel, Eindrücke zu erzeugen. Gleichzeitig kann er in Anschluss an Goff-  
man Inszenierungen als prozesshafte soziale Konstruktion erkennen. Mit Elias und  
Bourdieu liest er Inszenierungen nicht als rein ästhetische Phänomene oder Phänome-  
ne individueller Identitätsarbeit, sondern als Produkt von Statuskämpfen genauso wie  
als Mittel derselben. Diese Perspektive soll hier für die Untersuchung innerparteilicher  
Machtkämpfe fruchtbar gemacht werden.

## **2.2 Notwendigkeit von Inszenierung als Produkt von Beziehungen**

Die politikwissenschaftliche Tradition hat die Zunahme inszenierter Politik mit Recht  
auf die Medialisierung der Gesellschaft zurückgeführt. Die Dominanz der Politikvermittlung  
durch Medien und die Allgegenwart des Fernsehens haben dazu geführt, dass Politiker  
sich mediengerecht darstellen müssen, um mit ihren Wählern in Kontakt treten zu können.  
Politikinszenierung ist demnach das Ergebnis der Beziehungen zwischen Medien und  
Politik, in der den Medien von manchem Autor eine bestimmende Rolle zugeschrieben  
wird.

Angedeutet sind in dieser Sichtweise bereits zwei grundsätzliche Beziehungen, die genauer betrachtet werden müssen, um Inszenierung als Notwendigkeit und als Beziehungsprodukt zu verstehen. Die staatliche Verfassung der bundesdeutschen Konkurrenzdemokratie sorgt einerseits für eine grundsätzliche Abhängigkeit von Politikern und Parteien von der Wählergunst. Andererseits schreibt sie die Konkurrenz zwischen den Parteien fest. Das Beziehungsmuster der Konkurrenz spielt auch innerhalb der Parteien eine Rolle aufgrund der Forderung nach einer demokratischen Organisation von Parteien. Dazu gehört die Festschreibung von Führungsämtern als Wahlämter, über deren Besetzung Mitgliederversammlungen, ergo Parteitage zu befinden haben. Weil die Inhaber von Wahlämtern prinzipiell austauschbar und abwählbar sind, gibt es auch stets Konkurrenz mehrerer Interessenten um diese Ämter.

Konkurrenz ist allgemein dadurch gekennzeichnet, dass das umkämpfte Ziel nur für einige der Konkurrenten erreichbar ist. Ist die Konkurrenz entschieden, spaltet sich die Gruppe der Wettbewerber auf in Gewinner und Verlierer. Der Gewinn eines Wettbewerbers ist nur möglich auf Kosten der Niederlage anderer. Aufgrund dieser Ausschließlichkeit entwickelt Konkurrenz eine starke Dynamik. Jeder Konkurrent muss sich darum bemühen, sich gegenüber seinen Mitbewerbern einen Vorteil zu verschaffen. Die Erhöhung seiner Erfolgchancen bedeutet zugleich, dass die Chancen anderer Mitbewerber sinken. Sie erleiden durch dessen Aktivitäten einen Nachteil auch dann, wenn dieser seine Mitbewerber nicht unmittelbar als zu bekämpfende Gegner ansieht. Daher müssen sie sich ihrerseits darum bemühen, gegenüber diesem Wettbewerber einen Vorteil zu erlangen, um ihre Erfolgchancen zu wahren. In der Konkurrenz stimulieren sich die Konkurrenten gegenseitig in ihren Aktivitäten. Welche Mittel ein Konkurrent einsetzt, hängt davon ab, welche seine Mitbewerber für die Erreichung ihrer Ziele mobilisieren. Die wechselseitige Orientierung der Konkurrenten aneinander sorgt nicht nur für die Wahl der Mittel, sondern auch für die Steigerung ihres Einsatzes. Dass Politiker und Parteien sich öffentlich inszenieren und dass sie dies möglichst perfekt umzusetzen versuchen, ist angetrieben durch diese Konkurrenzbeziehungen.

### **Parteienkonkurrenz**

Die Bundesrepublik Deutschland ist, bezogen auf die Regierungsbildung, eine Konkurrenzdemokratie (Pöllmann 2007, S. 128; Nohlen/Schultze 2010, S. 490f.). Konkurrenzdemokratien zeichnen sich durch Mehrheitsentscheidungen und Parteienwettbewerb aus. Mehrere Parteien bewerben sich um den Regierungsauftrag, den aber nicht alle erhalten können. In einer Konkurrenzdemokratie gibt es eine kontinuierliche Teilung der Parlamente in Regierungsfaktionen und Opposition. Die Opposition kann auf die Gesetzgebung des Parlamentes kaum oder gar keinen Einfluss nehmen. Gestaltende Politik ist nur im Falle der Regierungsbeteiligung möglich. Um diese konkurrieren die Parteien. Entschieden wird

diese Konkurrenz durch Wahlen. Die Regierung kann bilden, wer als Partei bzw. als Koalition den höchsten relativen Stimmenanteil auf sich vereinen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Parteien um Wählerstimmen werben. Weil die überwiegende Mehrheit der Bürger sich vor allem über die Massenmedien über Politik informieren, ist die mediale Selbstdarstellung einer Partei eine wichtige Voraussetzung für ihren eventuellen Wahlerfolg (Schulz 2011, S. 248).

Die Dynamik der Konkurrenzbeziehung sorgt dafür, dass sich die Parteien in den Medien möglichst makellos präsentieren müssen. Um Vorteile zu gewinnen und Nachteile zu vermeiden, stellen sich die Parteien nicht einfach nur dar, sondern sie inszenieren sich für die Medien. Inszenierung heißt, dass sie die Wirkung ihrer Auftritte planen. Unerwünschte Medienbilder sollen durch die Inszenierung von vornherein vermieden werden. Darauf können die Parteien aufgrund der Konkurrenz nicht verzichten. Sie müssen einerseits hinreichend medial sichtbar werden. Mangelnde Sichtbarkeit kann zum Nachteil werden, wenn die Konkurrenzparteien ein stärkeres Medienecho finden. Inszenierung ist deshalb notwendig, um die begrenzt mögliche Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen und sie zugleich von den Konkurrenten abzuziehen (Hitzler 1994, S. 151). Entsprechend müssen die Parteien ihre öffentlichen Auftritte so planen, dass sie für Journalisten und Redaktionen nachrichtenswürdig erscheinen. Andererseits müssen sich die medial auftretenden Parteien möglichst positiv darstellen als die bessere Alternative im Vergleich zu den Konkurrenten. Sie müssen also ihre Vorzüge gegenüber der Konkurrenz herausstellen. Das Anpreisen der eigenen Vorzüge geht einher mit der wenigstens impliziten Abwertung der Konkurrenten. Umgekehrt müssen die Parteien in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung jeglicher Diskreditierung durch Konkurrenten zuvor kommen. Sie müssen deshalb das öffentliche Verhalten ihrer Vertreter möglichst so gestalten und steuern, dass es sich nicht von Journalisten oder politischen Gegnern negativ auslegen und skandalisieren lässt. Das setzt eine Planung des öffentlichen Erscheinungsbildes voraus, die vorwegnehmend alle Eventualitäten mit berücksichtigt.

### **Personenkonkurrenz**

Die Konkurrenz zwischen mehreren potenziellen Amtsanwärtern oder zwischen Amtsinhaber und den an seinem Amt Interessierten wird in den Medien gerne auf einen schicksalshaften Kampf zwischen wenigen Personen reduziert. Auf diese Weise entstehen dramatische wie unterhaltsame Medienerzählungen von Siegen und Niederlagen. Aber auch diese Dramen sind eingebettet in ein Beziehungsgefüge, aus dem sie ihre Dynamik gewinnen.

Wie schon ausgeführt sind Parteien von der Wählergunst abhängig und müssen deshalb durch Auftritte in den Medien um sie werben. Was auf der medialen Bühne sichtbar wird und was nicht, ist dabei abhängig von der Selektionslogik der Redaktionen. Sie

entscheiden, welche Ereignisse und Personen nachrichtenwürdig genug sind, um die Aufmerksamkeit des Medienpublikums zu binden. Beobachtbar ist, dass die Medien sich in der Politikberichterstattung in der Regel auf eine kleine Gruppe prominenter Spitzenvertreter der Parteien konzentrieren. Die Mehrheit der für eine Partei wirkenden Mandatsträger und Amtsinhaber sowohl auf Bundes-, als auch auf Landes- oder kommunaler Ebene bleibt in den Medien weitgehend unberücksichtigt. Diese Gruppe kann daher auf das öffentliche Bild ihrer Partei nur wenig Einfluss nehmen. Für die Realisierung von Wahlerfolgen brauchen sie daher ihre medial präsenten Spitzenvertreter, sie sind von deren Medienwirkung abhängig. Aus dieser Abhängigkeit heraus richten die weniger prominenten Mitglieder Erwartungen an ihre „Medienstars“. Diese sollen als Werbeträger und Garanten von Wahlerfolgen funktionieren. Dazu müssen sie gute öffentliche Eindrücke erzeugen und negative Schlagzeilen vermeiden. Funktionieren sie in diesem Sinne, können die Parteiführer ihre innerparteiliche Stellung festigen. Sobald die auf Wahlerfolge angewiesenen Mitglieder (Mandatsträger, Amtsinhaber sowie hauptamtliche Mitarbeiter in Ministerien und Fraktionen) befürchten, dass das schlechte Medienimage eines Parteiführers die Wahlziele gefährdet, gerät ihre Stellung in Gefahr.

Eine positive Medienwirkung ist deshalb ein wichtiges Kriterium, das ein Mitglied erfüllen muss, wenn er höchste Führungsämter anstrebt. Wer schlecht in den Medien ankommt, hat geringere Chancen. Karrieren schlecht beleumundeter oder unpopulärer Politiker sind möglich. Mediale Popularität erhalten hohe Parteifunktionäre in der Regel erst, wenn sie bereits innerparteilich aufgestiegen und damit für die Medien nachrichtenwürdig geworden sind (Sarcinelli 2011, S. 182). Innerparteiliche Aufstiege sind zunächst abhängig von der Einbindung des Aufsteigers in innerparteiliche Netzwerke. Wer aufsteigen will, muss sich den Aufstieg durch Bewährung in unterschiedlichen Handlungsfeldern wie etwa der Lokalpolitik verdienen (zum Bewährungsaufstieg Wiesendahl 2004, S. 136). Bewährungen in der Lokalpolitik oder innerhalb der Partei benötigen keine mediale Prominenz. Daher ist der Aufstieg eigentlich unpopulärer Führungspersonen möglich, die sich auch über ihre innerparteilichen Netzwerke und die in ihnen bestehenden Loyalitäten in ihrem Amt behaupten können. Aber wenn sie ihre Funktion der Wählerwerbung nur unzureichend erfüllen, steigt die Bereitschaft der an Wahlerfolgen interessierten Mitglieder, den Repräsentanten durch einen Kandidaten mit Erfolg versprechender Medienwirkung zu ersetzen. Damit steigt auch die Gefahr, dass diese Mitglieder günstige Gelegenheiten für einen Personalwechsel nutzen. Mithin sind die Chancen im Kampf um das Amt auch (wenn auch nicht ausschließlich) abhängig von der Medienwirkung eines Kandidaten oder Amtsinhabers. Unpopuläre Kandidaten werden seltener nominiert. In Fällen schlechter Umfragewerte oder von Wahlniederlagen können sich Kritiker öffentlich gegen den Amtsinhaber stellen oder es bilden sich Zweckbündnisse, die an seiner Ablösung arbeiten. Folglich ist das Bemühen um eine wirksame und glaubwürdige Selbstdarstellung von Spitzen-

politikern in den Medien auch ein Kampf um die innerparteiliche Macht (Hitzler 1994, S. 149; Meyer 1998, S. 64; Meyer 2003, S. 17; differenzierter dazu Sarcinelli 2011, S. 183f.).

Durch die prinzipielle Konkurrenz zwischen Amtsinhabern und Anwärtern bzw. zwischen den Anwärtern untereinander ist der Inszenierungsdruck stark. Die Inhaber von Wahlämtern sind prinzipiell austauschbar. Dem gegenüber ist Amt als „Stelle“ (Luhmann 2002, S. 91ff.) festgelegt als Teil der Organisationsstruktur der Partei. Es bleibt bestehen, auch wenn die Inhaber wechseln. Der auf diese Weise unpersönliche Charakter des Amtes provoziert Vergleiche zwischen Personen hinsichtlich der Anforderungen des Amtes. Die Frage, welche Person für das zu vergebende Amt am besten geeignet ist, ist deshalb schon strukturell verankert. Ein Erfordernis des Führungsamtes ist, wie dargestellt, die Parteiwerbung über die Medienwirkung des Inhabers. Das Bemühen um ein gutes Medienimage ist folglich immer auch der Versuch, sich von den denkbaren und tatsächlichen Konkurrenten positiv abzuheben. In diesem Sinne ist die Selbstinszenierung prominenter Spitzenpolitiker ein Mittel des Konkurrenzkampfes (Hitzler 1994, S. 150f.). Zusammengefasst ist die Inszenierung von Personen nicht allein eine Folge der Medialisierung der Gesellschaft, sondern Ergebnis und Mittel des innerparteilichen Konkurrenzkampfes.

### **2.3 Darstellungsregeln: Topoi der „guten Politik“ und des „guten Politikers“**

Politikinszenierungen sind nicht beliebig möglich. Sie unterliegen Regeln, ohne deren Beachtung die öffentlichen Auftritte erfolglos bleiben müssen. Sowohl die politikwissenschaftliche als auch die soziologische Forschung haben sich der Herausarbeitung solcher Regeln angenommen. An dieser Stelle will ich nicht auf einzelne in diesen Disziplinen ermittelten Darstellungsregeln eingehen. Vielmehr möchte ich den Beziehungscharakter dieser Regeln auf einer allgemein-begrifflichen Ebene kenntlich machen. Dabei stellt sich die Frage, wie die von der Soziologie und Politikwissenschaft ermittelten kulturellen Deutungsmuster zu verbindlichen Erfolgsbedingungen der Politikinszenierung werden können. Zugleich geht es mir um die beziehungsgestaltende Seite dieser zu Regeln gewordenen Deutungsmuster. Als Regeln binden sie das Handeln der sich darstellenden Politiker. Sie koordinieren das Handeln mehrerer an der Inszenierung beteiligter Personen. Wo diese Koordination unverzichtbar ist für das Gelingen einer Inszenierung, erzeugen diese Regeln wechselseitige Abhängigkeiten. Diese Abhängigkeiten schaffen das Handlungsproblem, wie die notwendige Mitwirkung anderer erreicht und wie mit der Verweigerung dieser umgegangen werden kann.

Parteien müssen um die Wählergunst mit Hilfe von Medienauftritten werben. Die Medien ihrerseits sind ökonomisch von der Aufmerksamkeit ihres Publikums abhängig. Deshalb bemühen sie sich, mit ihren Inhalten den Erwartungen der Medienkonsumenten gerecht zu werden (Willems 2009b, S. 92ff.; Brosda/Schicha 2003, S. 323; Dörner 2001, S. 92). Der sich inszenierende Politiker achtet seinerseits sowohl auf die Erwartungen des



Medienpublikums als auch auf die Selektionskriterien der Medien. Über diese Publikumsorientierung gewinnen typische Vorstellungen von einem „guten Leben“, einer „guten Gesellschaft“ und einer „guten Politik“ an Gewicht. Die Medien greifen diese Vorstellungen auf und machen sie zum Thema von öffentlichen Diskursen (Hitzler 1994, S. 157). Die um die Wähler und um ein positives Medienecho werbenden Politiker müssen diese Diskurse berücksichtigen. Diese Topoi sind normativ, sie zeichnen sowohl das Wunschbild der „guten Politik“ als auch das Bild der unerwünschten „schlechten Politik“. Anhand der Topoi werden die in den Medien gezeigten Politiker und das von ihnen berichtete Handeln als gut oder schlecht bewertet. Der Vergleich zwischen normativem Ideal und realem Politikerauftritt geht wiederum in mediale Diskurse, aber auch in die Gespräche der Medienkonsumenten über Politik ein. Die um die Wählergunst kämpfenden Politiker und Parteien bemühen sich folglich, die positiv bewerteten Merkmale der „guten Politik“ glaubwürdig darzustellen, um den Wählern zu gefallen. Deshalb werden die Topoi über die gute Politik zu Rollenvorgaben, die bei der öffentlichen Selbstdarstellung von Politikern umgesetzt und verkörpert werden müssen.

Die als medial getragener Diskurs umlaufenden Topoi stellen umfassende Anleitungen für die Inszenierung von Politik zur Verfügung: Sie enthalten Vorstellungen von der „richtigen“ Politik sowie von dem „richtigen“ Personal, denen man deren Umsetzung anvertrauen kann. Dabei gilt, dass nicht jede reale Person jede Rolle glaubwürdig verkörpern kann. Zunächst müssen reale Personen die lediglich als Figuren eines Dramas existenten Stereotypen mit Leben füllen. Sie werden umso glaubwürdiger, je mehr einzigartige Persönlichkeiten diese Rollen ausfüllen. Nur wenn die vom Rollenstereotyp beschriebenen Eigenschaften (der Ehrlichkeit, Klugheit, der Durchtriebenheit usw.) auch als Charaktermerkmale der sie verkörpernden Menschen gesehen werden, gewinnen die Figuren des Dramas an Überzeugungskraft (Stölting 1996, S. 68). Damit ist auch gesagt, dass der Darsteller mit seinem Habitus der Rolle entsprechen muss. Der, der in den Medien eher verschlagen wirkt, kann sich nicht als die Verkörperung von „Ehrlichkeit“ verkaufen. Der humorige Unterhalter ist als solcher kein geeigneter Darsteller eines seriösen Staatsmannes, der die anstehenden nationalen und globalen Probleme mit feierlichem Ernst in Angriff nimmt. Der öffentlich erfolgreich agierende Politiker ist zugleich der Schauspieler, der die Eigenschaften des Rollenstereotyps inszeniert, wie auch die Person, die die verkörperten Eigenschaften wenigstens in Teilen real besitzt.

Die Dominanz des Fernsehens sorgt dafür, dass das Wissen der Politiker auch auf die körperliche Dimension bezogen ist. Das Fernsehen zeigt die Politiker umfassend als Mensch. Mimik und Gestik und Körpersprache werden sichtbar. Mithin müssen alle, die ihren öffentlichen Auftritt gestalten wollen, auch auf der Ebene des Körpers diszipliniert agieren (Korporalität als Dimension der Theatralität siehe Willems 2009, S. 82ff.; Goffman 2007; Fischer-Lichte 2001, S. 301-311). Sie müssen ihre Rolle jeweils glaubwürdig verkör-

pern (Meyer 1998, S. 95). Das, was Politiker auf der Bühne der Massenmedien darstellen wollen, müssen sie durch ihre Körpersprache unterstützen. Der optische Eindruck ist dabei sogar wesentlich wichtiger als das, was gesagt wird (Meyer 1998, S. 93f.). Damit halten die Topoi für das öffentliche Verhalten von Amtsinhabern auch Regieanweisungen für das körperliche Verhalten bereit.

Der Vorgabencharakter solcher Topoi muss freilich differenziert betrachtet werden. Topoi einer „guten Politik“ existieren nicht außerhalb von Gesprächen und Kommentaren. Sie werden durch Texte und Bilder immer wieder reproduziert, verändert und auch neu geschaffen. Mithin haben alle, die mitreden, mitschreiben und bildlich wirken, die Möglichkeit, sie zu verändern, neue zu schaffen oder alte zu bewahren. Medien, Medienpublikum wie auch Politiker erfahren derartige Topoi daher nicht als schlicht unveränderliche Tatsachen, sie können in Grenzen an ihrer sozialen Konstruktion mitwirken. Wie groß ihr gestalterische Spielraum jeweils ist, ist eine empirische Frage. Zweitens ist keine Gesellschaft kulturell derart homogen, dass man durchgängig für alle sozialen Gruppen eines Nationalstaates gültige Topoi behaupten könnte. Sie variieren vielmehr nach Milieus und Teilkulturen (Willems 2009a, S. 22). Diesen Verzweigungen kann ich im Rahmen meiner Arbeit nicht nachgehen. Dies bleibt der empirischen Kultursoziologie vorbehalten. Ich beschränke mich daher auf die Betrachtung von Topoi als Teil von Beziehungsgeflechten, in denen sie einerseits verbindlich werden und andererseits wiederum Beziehungen in ihrer Gestalt beeinflussen.

Bislang habe ich diese Topoi als harte Zwänge beschrieben, denen man sich unterwerfen muss, will man von den Bürgern gewählt werden. Die Wirksamkeit der Topoi lässt sich freilich nicht durch den Zwangscharakter alleine erklären. Diese Topoi sind, aus der Sicht der sich selbst inszenierenden Politik, Regeln. Regeln haben einen Doppelcharakter. Sie sind einerseits handlungsermöglichend, andererseits handlungseinschränkend (Giddens 1997, S. 73, 78). Politiker müssen sich diesen Regeln fügen. Andererseits stellen sie nützliches Handlungswissen bereit. Sie bieten den Politikern ein Wissen darüber an, wie sie sich darstellen können, um dem Publikum zu gefallen. Sie entlasten mithin die sich inszenierenden Politiker von der Aufgabe der kreativen Neuschöpfung von öffentlichen Rollen und deren Aktivitäten. Sie können stattdessen auf ein tradiertes Set von in Diskursen wiederholt beschriebenen idealen Personentypen und Typen von Beziehungen zwischen ihnen zurückgreifen. Dadurch werden die Topoi zu Mitteln eines aktiven, selbstdisziplinierten öffentlichen Auftretens mit dem Ziel der Einwerbung eines positiven Ansehens der Partei.

## 2.4 Topoi des idealen Führers als Idealbilder von Beziehungen zwischen Führern und Gefolgschaft

Die Topoi der „guten Politik“ und des „guten Politikers“ greifen in Beziehungen ein, weil sie nur in Beziehungen und als Beziehungen glaubwürdig verkörpert werden können. Häufig konzentrieren sich Autoren jedoch auf die Ermittlung von Vorgaben für Einzelpersonen oder von Kollektiven. So kennzeichnet z. B. Hitzler an den Beispielen von Jürgen Möllemann und Rita Süßmuth, welche individuellen Selbstinszenierungsformen einen „Sympathieträger“ oder ein „Unwunschild“ schaffen (Hitzler 1994, S.151-157). Medienwissenschaftler wie Kepplinger, die einen durch Medialisierung verursachten Trend zu einem „Starsystem“ kritisieren, schauen ebenfalls vor allem auf die Bedingungen, unter denen ein Einzelner Medienwirkung entfalten kann (Kepplinger 1997). In beiden Fällen beschreiben die Autoren vor allem, wie sich Einzelne verhalten. Im Zentrum der Untersuchung stehen also individuelle Inszenierungsweisen. Sarcinelli entwickelt eine differenziertere Sicht, indem er auf die Einbindung der Spitzenpolitiker in innerparteiliche Netzwerke hinweist. Sowohl diese Netzwerke als auch die unterschiedlichen Arenen, in denen Führungspersonen aktiv sind, würden spezifische Erwartungen an das öffentlichen Auftreten von Spitzenpolitikern erzeugen (Sarcinelli 2004, S. 234; Sarcinelli 2011, S. 183). Sarcinelli deutet damit die Beziehungsabhängigkeit der Normen öffentlichen Auftretens an. Letztlich fragt aber auch er nach den Möglichkeiten Einzelner, sich erfolgreich in den Medien zu präsentieren.

Für das Verständnis innerparteilicher Machtkämpfe unter der Bedingung von Medienbeobachtung ist es aber wichtig, diese Topoi als Beziehungsmodelle zu verstehen. Unmittelbar einsichtig ist der Beziehungscharakter im Falle der von Parteipolitikern viel beschworenen „Geschlossenheit der Partei“. Eine derartige Geschlossenheit als die Vermeidung von öffentlich ausgetragenen Konflikten und die demonstrative Vorführung der Einigkeit in wichtigen Fragen kann nur als gemeinschaftliche Leistung aller medial sichtbaren Mitglieder einer Partei verkörpert werden. Aber auch die auf Einzelpersonen bezogenen Idealbilder haben einen Beziehungscharakter. Dieser führt dazu, dass auch die Verkörperung dieses Idealbildes eine kollektive Leistung sein muss, um überzeugen zu können.

Die Rollenideale für die Inhaber öffentlicher Ämter beziehen sich nur scheinbar auf Individuen, auch wenn sie vielleicht vorrangig das Verhalten von Einzelpersonen beschreiben. Das Idealbild des Politikers ist ein überpersönliches abstraktes Rollenbild. Die Eigenschaften, die demnach einen guten Politiker ausmachen, sind übertragbar auf unterschiedliche Personen. Sehr unterschiedliche Menschen können diese Anforderungen erfüllen. Als Rollenbilder sind sie zugleich Beschreibungen eines Gefüges von Rollen. Die Topoi eines guten Politikers formulieren mithin Erwartungen an die Qualität von Beziehungen. Der Inhaber öffentlicher Ämter soll sich nicht für sich, sondern gegenüber der Öffentlichkeit, den „Bürgern“ in gewisser Weise verhalten. In soziologischer Hinsicht handelt es sich um Rollenmodelle (Popitz 2006), die Rollen als Rollengefüge bestimmen und entsprechend

das Verhalten eines Rolleninhabers gegenüber den Inhabern der anderen Rollen vorgeben. Die Rollenvorgabe für eine Kategorie Personen denkt die Rollen der anderen Personen und die gewünschte Art der Beziehung zwischen ihnen gleich mit. Rollen sind an Erwartungen gebunden. Ob jemand eine bestimmte Rolle innehat oder ob er sie ausfüllt, ist abhängig von der Beurteilung des Rolleninhabers durch die Personen in den anderen Rollen des Gefüges. Mithin enthält jedes Bild einer individuellen Rolle zugleich ein Bild der Beziehungen zwischen den aufeinander bezogenen Rolleninhabern.

Diesen Thesen folgend gibt es genau genommen keine Selbst-Darstellung, weil jede Darstellung eines „Ichs“ zugleich eine Darstellung eines „Wir“ ist. Wer anderen gegenüber glaubwürdig eine Rolle verkörpern und darstellen will, muss damit auch immer die mitgedachten Beziehungen darstellen. Jede Selbstdarstellung ist folglich abhängig davon, dass die anderen Rolleninhaber an ihr mitwirken. Der Einzelne kann die Erwartungen an die Beziehungen nur durch sein Verhalten gegenüber allen anderen erfüllen. Er ist aber darauf angewiesen, dass die Anderen sein Rollenbild bestätigen, indem sie sich ihrerseits ihm gegenüber in der vom Bild beschriebenen Weise verhalten. Die anderen, für die er eine Rolle einnimmt, müssen ebenfalls öffentlich vorführen, dass sie ihn als Rolleninhaber akzeptieren, achten und dass er ihre Erwartungen an seine Rolle erfüllt. Diese Bestätigungen müssen im Zeitalter des Fernsehens auch durch Körpersprache, Mimik, Gestik vorgeführt werden. Rein auf Worte beschränkte Stellungnahmen genügen nicht.

Führungsrollen als beziehungsabhängig zu betrachten, ist keine neue Idee. In der Soziologie ist diese Herangehensweise tradiert. Max Weber zeigte, dass der charismatische Führer nur auf der Basis der Anerkennung seiner Gnadengabe durch seine Anhänger Macht verliehen bekommt (Weber 1980). Verliert er diese Anerkennung, verliert er auch seine Gefolgschaft. Im Anschluss an Weber wurde vielfältig Macht als Zurechnung konzipiert. Popitz wie auch Sofsky/Paris sprechen von einer Autoritätsbeziehung, in der der Führer deshalb wirksam Macht ausüben kann, weil seine Gefolgsleute dessen Überlegenheit anerkennen (Popitz 1992; Sofsky/Paris 1994). Auch Edelman begründet mit Rückgriff auf Weber den Erfolg politischer Führer in der Öffentlichkeit, gerade bei Wahlen, durch die Zurechnung von Führungsstärke und Führungsleistungen (Edelman 1990, S. 57f.). Soeffner/Tänzler schließen an Luhmann an, um Macht und das Innehaben derselben als Zurechnungsprozess in sozialen Beziehungen zu kennzeichnen (Soeffner/Tänzler 2002). Die Notwendigkeit der Anerkennung des Führers und seiner Selbstdarstellung in den Medien wird von Soeffner auf den Punkt gebracht:

Alle Machtverhältnisse aber gewinnen soziale Geltung und dauerhafte Existenz nicht allein aus der Ausübung, sondern auch aus der Darstellbarkeit und Darstellung von Macht. Sowohl für die Ausübung als auch für die Gewinnung und Aufrechterhaltung von Macht gilt, dass nur der mächtig werden oder als mächtig erscheinen kann, der erfolgreich darstellt, was zu sein er beansprucht. Wie jede „soziale Existenz“, so *ist* auch der politisch Mächtige das, was er ist, durch soziale Anerkennung. (Soeffner 1998, S. 216f.)

Weniger ausgearbeitet ist jedoch das Folgeproblem, dass in dem sozialen Charakter der Führungsrolle steckt. Wer sich öffentlich als Führer überzeugend präsentieren will, braucht die Mitwirkung der von ihm Geführten. Diese müssen ebenso öffentlich vorführen, dass sie ihn als Führer anerkennen. Diese Anerkennung müssen sie sowohl verbal als auch in ihrem Verhalten ausdrücken. Sie müssen sichtbar machen, dass sie den Führer als eine ihnen überlegene Person wahrnehmen und dass sie von seinen Leistungen profitieren. Dazu müssen auch sie die in Topoi verfestigten Vorstellungen von Gefolgschaft und Anerkennung verkörpern. Ihre Darstellung der Gefolgschaft muss für Medienbeobachter und Medienpublikum genauso glaubwürdig wirken wie die Selbstdarstellung des Führers. Dessen Inszenierung misslingt, sobald die von der Gefolgschaft vorgeführte Folgebereitschaft und Anerkennung entweder aufgesetzt und theatralisch oder aber durch Vorgaben der Parteiführung erzwungen wirkt. Weder Journalisten noch das Medienpublikum dürfen einen Anlass finden, an der Echtheit der vorgeführten Folgebereitschaft zu zweifeln. Sobald der Zweifel in Kommentaren sich zu Spekulationen verfestigt, untergräbt er die Glaubwürdigkeit der Selbstdarstellung des Führers. Entsprechend sind die Spitzenvertreter der Parteien bei ihrer öffentlichen Selbstdarstellung abhängig von der Mitwirkung aller anderen Parteivertreter wie auch der Mitglieder.

Diese Abhängigkeit erzeugt das Handlungsproblem, wie die notwendige Mitwirkung an der Inszenierung erreicht werden kann. Zu einer besonderen Schwierigkeit wird das in den Fällen, wo der Parteiführer auf den Widerstand der anderen trifft, weil diese andere Vorstellungen vom öffentlichen Auftreten haben oder ihren Repräsentanten nicht mehr wirklich anerkennen und deshalb seine Selbstinszenierung eigentlich nicht mehr unterstützen mögen. Echte Herrschaft als Möglichkeit, durch sanktionierbare Anordnungen das Handeln der Beherrschten zu steuern (etwa im Sinne der Weberschen Herrschaftsdefinition, Weber 1980, S. 28f.) gibt es in Parteien als Freiwilligenorganisationen nur wenig. Die Möglichkeiten von Führungspersonen, das erwünschte Verhalten der Mitglieder zu erreichen, sind daher abhängig von den Beziehungen zu ihnen. Ihre Abhängigkeit von deren Mitwirkung gibt den Mitgliedern ihrerseits Machtchancen in die Hand. Ihr Handeln wird zur Bedingung der Möglichkeit gelingender Selbstinszenierung der Führungspersonen. Sie können diesen Erfolg begünstigen oder erschweren. Innerparteiliche Machtkämpfe um Spitzenämter sind daher dynamisch, weil abhängig von der Entwicklung der Beziehungen und der daran geknüpften Einflussmöglichkeiten sowohl der Parteiführer als auch Repräsentanten. Die Untersuchung von derartigen Machtkämpfen muss daher begriffliche Mittel nutzen, die dieser Dynamik Rechnung tragen.

## **2.5 Machtkämpfe als Teil der Figurationsdynamik**

Das gesellschaftliche Handlungsfeld, in dem innerparteiliche Machtkämpfe stattfinden, lässt sich mit Elias als Figuration beschreiben. Diese Figuration umfasst einerseits die

Mitglieder der Parteien in ihren Beziehungen zu ihren Repräsentanten und ihre Beziehungen untereinander. Die Parteien als Organisationen sind wiederum in figurativen Beziehungen untereinander, zu den Medien und deren Publikum eingebettet.

Nach Elias bilden Menschen Figurationen aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeit voneinander. Was ein Individuum ist oder was es jeweils tun kann, ist mitbestimmt davon, was diejenigen sind und tun, mit denen er durch die wechselseitige Abhängigkeit verbunden ist. In diesen Beziehungen sind Menschen niemals völlig autonom, sie bleiben immer auf andere angewiesen und auf andere ausgerichtet (Elias 1995, S. LXVII). In Figurationen haben Menschen füreinander Funktionen, die entstehen, weil sie aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten „einen Zwang aufeinander ausüben können“ (Elias 1970, S. 80). Schon Hegel machte deutlich, dass der Herr den Knecht braucht, um Herr sein zu können. Entzieht sich der Knecht der Herrschaft durch Flucht oder Tod, hört auch der Herr auf, einer zu sein, weil er niemanden mehr beherrscht (siehe auch Giddens zur Dialektik der Herrschaft, Giddens 1997, S. 67). Die Rolle des Herrn ist wird folglich auch durch das Handeln des Knechtes, der sich dessen Befehlen fügt, hergestellt. Das Handeln des einen verändert die Handlungsbedingungen des anderen. Elias verallgemeinert das für alle sozialen Beziehungen auch jenseits ausgewiesener Herrschaftsformen. Die über wechselseitige Abhängigkeit hergestellte Verflechtung gilt gleichermaßen für Kooperationsbeziehungen als auch für die Gegnerschaft von Menschen (Elias 1970, S. 81). Das Handeln von Menschen kann darum nicht als das Ergebnis der freigewählten Entscheidungen, Ziele und Pläne Einzelner behandelt werden (Elias 1970, S. 80). Übertragen auf Parteien heißt das, dass eine „Geschichte großer Männer und Frauen“ als Konzentration auf das je individuelle Tun und Wollen einiger weniger herausragender Spitzenpolitiker die eigentliche Erklärung verpasst. Vielmehr muss jede Erklärung berücksichtigen, in welchen Maße diese Spitzenpolitiker vom Tun und Lassen anderer Parteivertreter und Mitglieder abhängig sind. Das heißt aber auch, Pläne und Ziele von Spitzenpolitikern als die Folge der Entwicklung ihrer Beziehungen zu den Mitgliedern zu lesen. Diese Abhängigkeiten sind Elias zufolge stets wechselseitig. Daher muss umgekehrt auch das Handeln weniger prominenter Mitglieder durch deren Abhängigkeit vom Tun und Lassen der Spitzenpolitiker erklärt werden. Für beide Seiten gilt, dass Ziele und Handlungsanlässe jeweils im Ergebnis des Handelns der Beteiligten entstehen. Zudem muss diese Perspektive die Einbettung der Parteien in den größeren gesellschaftlichen Zusammenhang berücksichtigen. Die Beziehung zwischen Mitgliedern und Spitzenpolitikern wird sowohl durch das Agieren der konkurrierenden Parteien beeinflusst als auch durch die Berichterstattung der Medien.

### **2.5.1 Parteien als Figurationen**

Parteien lassen sich als Beziehungsgefüge beschreiben, in dem Führungspersonen und Mitglieder voneinander wechselseitig abhängig sind. Diese wechselseitige Abhängig-

keit schafft für beide Seiten Handlungsprobleme als Situationen, in denen die Erreichung der eigenen Ziele nur gelingen kann durch den tätigen und gestaltenden Eingriff in den Lauf der Ereignisse. Ein weiteres Ergebnis der wechselseitigen Abhängigkeit ist, dass diese Beziehungen einerseits Handlungsmöglichkeiten schaffen können. Sie bieten allen oder einigen Beteiligten die Möglichkeiten, die Beziehungen zueinander im Dienste der eigenen Ziele zu beeinflussen und zu gestalten. Andererseits entstehen durch die Abhängigkeit auch Grenzen des Handelns. Nicht alle vorstellbaren Handlungsoptionen und Problemlösungen können genutzt werden, weil sie in dieser Konstellation eher die Zielerreichung gefährden oder weil sie generell nicht zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig sorgt die wechselseitige Abhängigkeit dafür, dass die Figuration stets dynamisch ist. Figurationen werden durch das Handeln der an ihnen Beteiligten produziert, reproduziert, aber auch verändert. Sie haben keine von dem Tun der Menschen unabhängige quasigegegenständliche Existenz. Es gibt sie nur als das Ergebnis der wechselseitig aufeinander bezogenen Handlungen der Beteiligten (Elias 1970, S. 141f.). Ihre zeitweilige Form erhält eine Figuration durch Handlungssequenzen. Der Charakter einer Beziehung entsteht durch das Handeln eines Akteurs zu einem Zeitpunkt und durch die durch sie ausgelösten Folgehandlungen anderer Akteure. Durch diese Handlungsabfolge entstehen immer wieder aufs Neue Handlungsprobleme, Optionen und Grenzen. Weil figurative Beziehungen stets auch Machtbalancen sind und alle Beteiligten die Möglichkeiten zu verändernden Eingriffen haben, gibt es immer auch die Möglichkeit, dass einige Akteure kreativ, also in bislang ungewohnter Weise handeln. Durch kreatives Handeln verändern die Beziehungen der Beteiligten ihren Charakter. Damit verändert sich die Figuration, sie entwickelt sich. Damit ist zugleich gesagt, dass soziale Ordnung, verstanden als immer wiederkehrende Beziehungs- und Handlungsmuster, prinzipiell brüchig ist. Jeder Versuch, über Machtausübung stabile Ordnungen herzustellen, unterliegt deshalb dem Risiko des Einbruchs von Kontingenz. Figurationen bieten somit Machtchancen, aber gleichzeitig unterlaufen sie den Versuch, Machtvorteile gegen jede Unwägbarkeit abzusichern.

Diese Mechanismen von Figurationen finden sich in den innerparteilichen Kämpfen um Spitzenämter wieder. Die innerparteilichen Beziehungen lassen sich als Figuration beschreiben. Das Konzept Figuration darf jedoch nicht beschränkt werden auf das Innenleben von Parteien. Diese sind als Organisationen ihrerseits Teil größerer Figurationen, dank ihrer Einbettung in das Konkurrenzverhältnis zu anderen Parteien sowie ihrer Angewiesenheit auf Medien und deren als Wähler wichtigem Publikum. Sowohl die Konkurrenzbeziehung als auch die Abhängigkeit von der Wählergunst sorgen dafür, dass Parteien ein gutes Medienimage brauchen, um Wahlerfolge wahrscheinlich machen zu können. Im Bezug auf die Herstellung des positiven Medienbildes sind Spitzenpolitiker und Mitglieder wechselseitig voneinander abhängig. Sie können die notwendige Inszenierung nur in kollektiver Leistung auf die Medienbühne bringen.

Einerseits sind die medial kaum präsenten Mitglieder auf das Medienimage ihrer Spitzenvertreter angewiesen. Die Medien berücksichtigen in ihrer Berichterstattung vornehmlich eine kleine Gruppe von Spitzenpolitikern. Die Mehrheit der auf Wahlerfolge und damit auf ein gutes öffentliches Ansehen der Partei angewiesenen Mandatsträger und Angestellten (Abgeordnetenmitarbeiter, Fraktionsmitarbeiter, Ministeriale) bleibt in den Medien ausgeblendet. Weil die meisten Menschen sich über die Massenmedien über Politik informieren, können nur die medial präsenten Spitzenvertreter massiv auf das öffentliche Bild der Partei Einfluss nehmen. Daher ist die Mehrheit der Mitgliedschaft davon abhängig, wie sich ihre Spitzenvertreter öffentlich verhalten. Ohne öffentliche Eigenwerbung lassen sich die benötigten Wahlerfolge nicht herstellen. Die prominenten Parteivertreter müssen sich bei ihren öffentlichen Auftritten so verhalten, dass sie gute Eindrücke erzeugen. Provozieren sie eine negative Berichterstattung, leidet nicht nur ihr eigenes Ansehen. Die Partei kann an sich ein schlechtes Image erhalten.

Andererseits benötigen die medial präsenten Spitzenfunktionäre die Anerkennung der Mitgliedschaft in ihrer Rolle als Parteirepräsentanten. Zentral ist dabei die Abhängigkeit der Spitzenfunktionäre von der Gunst der Parteitagsdelegierten, die den gesetzlichen Bestimmungen zufolge über die Besetzung von Spitzenämtern per Wahl entscheiden. Daneben sind die Spitzenfunktionäre auch darauf angewiesen, dass die weniger prominenten Mitglieder durch ihr Verhalten die Besonderheit ihrer Repräsentanten betonen und sie so in ihrer Rolle bestätigen. Diese Abhängigkeit der Spitzenpolitiker von den Mitgliedern ist wiederum die Folge der allgemeinen Abhängigkeit der Parteien von der Wählergunst. Politiker und Parteien müssen im Zuge der Wählerwerbung Idealbilder der „guten Politik“ verkörpern. Diese sind, wie oben ausgeführt, implizit auch Vorgaben für die Beziehungen zwischen der sich inszenierenden Führungsperson und ihrer Gefolgschaft. Deshalb können derartige Medieninszenierungen nur gelingen, wenn die Mitglieder sich an ihr beteiligen. Die Rede von „Mitgliedern“ darf dabei nicht zu sehr als eigene Statusgruppe derer ohne hohe Parteiämter missverstanden werden. Sowohl die so genannte „Basis“ als Gruppe der „einfachen Mitglieder“ als auch die Inhaber von Führungsämtern auf Bundes- und Landesebene müssen bei dieser Inszenierung durch ein sie begünstigendes Verhalten mitwirken. Das gilt besonders für Anlässe, die auch weniger prominenten Mitgliedern ein öffentliches Podium bieten. Auf Parteitagungen können solche Mitglieder das Rednerpult für einen auch öffentlich wahrgenommenen Auftritt nutzen. Aber selbst das Verhalten der Delegierten als Publikum wirkt zurück auf die Glaubwürdigkeit der Selbstdarstellung der Spitzenfunktionäre. Durch ihre Aufmerksamkeit und ihren Applaus können sie die Rede ihres Repräsentanten zu einem eindrucksvollen Erfolg werden lassen. Umgekehrt scheitert die Inszenierung an einem gelangweiltem Publikum oder an einem, das seine vermeintliche Begeisterung offenkundig nur vorspielt.



## 2.5.2 Handlungsprobleme als Ergebnis wechselseitiger Abhängigkeit

Spitzenpolitiker und Mitglieder sind durch diese wechselseitige Abhängigkeit vor Handlungsprobleme gestellt. Beide Seiten wollen das für sie nützliche Verhalten der anderen Seite erwirken. Dabei stellt sich die praktische Frage, wie die Mitwirkung der anderen Seite möglichst wahrscheinlich gemacht, wenn nicht gar abgesichert werden kann. Diese Bemühungen, das Verhalten der anderen im Sinne der eigenen Ziele zu steuern, sind bereits Teil des Kampfes um Spitzenämter. Eine gute Medienwirkung eines hohen Parteipräsidenten ist die Bedingung für weitere Aufstiege oder für die Bewahrung seines Amtes. Seine Karriere hängt entsprechend davon ab, ob es ihm gelingt, die Mitwirkung der Mitglieder bei seiner Selbstinszenierung zu bekommen.

Das Problem der Abhängigkeit der Spitzenpolitiker wird verschärft durch die organisatorischen Voraussetzungen von Parteien. Parteien sind Freiwilligenorganisationen. Die Mitglieder unterliegen kaum verbindlichen Vorgaben der Parteiführung. Sie besitzen einen großen Freiraum für ein Handeln nach eigenen Maßgaben. Das gilt nicht nur für einfache Mitglieder ohne Amt. Auch die Führungspersonen der Untergliederungen der Partei genießen eine große Handlungsfreiheit. Parteien sind stark fragmentierte Organisationen, in denen die einzelnen Teilorganisationen hohe Selbstständigkeit haben. Landes- oder Kreisparteien sind relativ unabhängig von der Bundesparteiführung (Parteien als „lose verkoppelte Anarchie“ siehe Wiesendahl 1998, S. 243ff.; Lösche/Walter 1992, S. 379-386). Die Bundesparteiführung besitzt gegenüber diesen Untergliederungen keine Weisungskompetenz. Ihr stehen nur in wenigen Fällen Zwangsmittel zur Verfügung, um das Verhalten der Mitglieder durch konkrete Vorgaben steuern zu können. In den meisten Fällen können sie weder den Untergliederungen noch den Mitgliedern an sich rechtlich bindende Weisungen erteilen. Die Führungspositionen besitzen keine institutionell abgesicherten Zwangsmittel, um einen Gehorsam zu erzwingen. Dieses Fehlen von Zwangsmitteln und Weisungskompetenz betrifft auch die Führungen der Landes- und Kreisparteien. Sowohl Mitglieder als auch die Teilorganisationen können sich daher in Grenzen frei entscheiden, ob sie sich den Vorgaben der übergeordneten Parteiebene anschließen oder nicht (zur Freiwilligkeit als Handlungsproblem in Parteien siehe Wiesendahl 1998, S. 192ff.). Aus normativ demokratietheoretischer Sicht ist dieses Fehlen von Zwangsmitteln und innerparteilichen Herrschaftsstrukturen wünschenswert, weil dies den Durchgriff der Parteilite von oben nach unten erheblich erschwert. Aus der Sicht der auf Mitwirkung der Mitglieder angewiesenen Parteifunktionäre sorgt dies für das Problem, wie man Kooperation dennoch gewährleisten kann.

Es wird erkennbar, wie ein Beziehungsgeflecht Handlungsprobleme schafft. Weil die Amtsinhaber die Mitwirkung der Mitglieder bei ihrer Selbstinszenierung als Führer nicht erzwingen können, haben die Mitglieder viel Freiräume, nicht zu kooperieren. Daraus folgt eine hohe Unsicherheit darüber, ob die Inszenierungsziele sich verwirklichen lassen. Die

Spitzenpolitiker sind davon abhängig, wie sich die Mitglieder entscheiden. Von ihren Entscheidungen ist es abhängig, ob sie an der Inszenierung mitwirken oder nicht. Um diese Unsicherheit zu minimieren, müssen die Spitzenpolitiker das Handeln der anderen so beeinflussen, dass sie sich erwünscht verhalten. Die fehlende Amtsmacht muss ausgeglichen werden durch strategisches Handeln. Weil man vielen Personen, von deren Mitwirkung man abhängig ist, keine unmittelbar verbindlichen Weisungen erteilen kann, muss man dafür sorgen, dass ein Wohlverhalten der anderen wahrscheinlicher wird. Man muss sich darum bemühen, eine Entscheidung der anderen zugunsten der erwünschten Handlung zu befördern. Dazu muss man auf die Handlungsbedingungen einwirken, unter denen die anderen handeln, ihre Ziele verwirklichen wollen und sich für Handlungen entscheiden. Es werden a) Zugzwänge geschaffen, indem die Situation so verändert wird, dass die Mitglieder nur noch in dem vom Amtsinhaber erwünschten Handeln eine sinnvolle Handlungsmöglichkeit sehen. b) Es werden Anreize geschaffen, so dass sich das vom Amtsinhaber erwünschte Verhalten der Mitglieder für diese ebenfalls lohnt.

Die Mitglieder stehen umgekehrt vor dem Problem, wie sie das für sie nützliche Wohlverhalten ihrer prominenten Parteipräsentanten absichern können. Zwar können sie damit rechnen, dass diese von sich aus ein Interesse haben, ihre eigene Karriere durch ein günstiges öffentliches Verhalten zu befördern. Aber eine Garantie für eine gute Medienwirkung der Parteiprominenz gibt es nicht. Ihr Karriereinteresse schließt nicht aus, dass sie bei öffentlichen Auftritten fatale Fehler machen. Ebenso ist es möglich, dass der von ihnen verkörperte Politikertypus angesichts neuer allgemein-gesellschaftlicher Themenkonjunkturen von der Medienöffentlichkeit als nicht mehr zeitgemäß empfunden wird. Die Mitglieder können sich nicht darauf verlassen, dass ein von den Medien gescholtener Parteipräsentant im Dienste des guten Ansehens der Partei die öffentliche Bühne freiwillig verlässt. In diesem Fall gibt es einen Interessenkonflikt, in dem beide Seiten darum ringen, das Handeln des anderen zu binden. Die Mitglieder bemühen sich darum, Forderungen nach Verhaltens- oder Imagekorrekturen des Repräsentanten oder aber dessen Austausch durch einen populäreren Kandidaten durchzusetzen. Der angegriffene Repräsentant versucht im Gegenzug, sein Amt zu verteidigen. Dazu muss er seinerseits parteiinterne Kritiker und Konkurrenten nach Möglichkeit disziplinieren. Die größte Herausforderung ist für ihn dabei, die Mitglieder gegen ihre Überzeugung dazu zu bringen, an seiner Selbstinszenierung als anerkannter Parteiführer mitzuwirken.

Damit ist das Feld der Machtkämpfe bereits beschritten. Mein Augenmerk liegt auf solchen Beziehungen, wo ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Handeln zunächst unwahrscheinlich erscheint. Das sind Fälle, in denen die Zielerreichung eines Mitgliedes oder einer Gruppe von Mitgliedern (prominente Führungspersonen wie nichtprominente Mitglieder gleichermaßen) in Frage steht, weil andere für ihn wichtige Mitglieder ganz offenkundig anders als von ihm erwünscht handeln wollen. Für das erstgenannte Mitglied

bzw. für diese Gruppe besteht die Gefahr des Scheiterns aufgrund der Entscheidung der anderen gegen eine Kooperation. Diese Ablehnung der Zusammenarbeit kann die Folge von Interessengegensätzen zwischen den Mitgliedern sein, aber auch von unterschiedlichen Vorstellungen davon, mit welchen Vorgehensweisen der Partei ein positives Medienimage verschafft werden kann. Um das aufgrund mangelnder Kooperationsbereitschaft bedrohte Ziel dennoch zu erreichen, müssen die an ihm interessierten Personen sich darum bemühen, das erwünschte Handeln der anderen mit allen verfügbaren Mitteln abzusichern.

## **2.6 Macht als Vermögen der Veränderung der Handlungsbedingungen anderer Personen**

Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit erzeugen nicht nur Handlungsprobleme, sondern auch Machtchancen. Ein Verständnis dieser Machtchancen setzt die Klärung dessen voraus, wie Macht hier begrifflich zu fassen ist.

In den dramatischen Medienerzählungen werden Machtkämpfe beschrieben als das Ringen einiger weniger Kontrahenten um die Verfügung über Machtmittel. Diese sind diesen Erzählungen zufolge zumeist an höchste Führungs- oder Staatsämter gebunden. Man hat Macht, sobald man ein Amt hat. Wer mit anderen um Minister- oder Parteiführungsämter konkurriert, will „die Macht“. Wer sein Amt trotz der Kritik nicht aufgeben mag, der „klebt an der Macht“. Dank dieser Verknüpfung von Amt und Macht glauben solche Erzählungen auch eindeutig und leicht Machthaber und Machtlose unterscheiden zu können. Ebenso leicht scheinen sich die Motive der Machtkämpfe aus dieser Verbindung ableiten zu lassen. Zur Macht gelangt man nur über das Amt. Ämter sind knappe Güter, um die man kämpfen muss, will man sie erringen. Medienerzählungen berücksichtigen vornehmlich die Mühen der höchsten Parteirepräsentanten, in noch höhere Ämter aufzurücken. Diese Personen sind bereits Inhaber von Ämtern auf Landes- oder Bundesebene und nach dem Medienverständnis damit auch Inhaber von Macht. Diese setzen sie ein, um sich gegen ihre Konkurrenten durchzusetzen.

Nebulös bleibt in solchen Erzählungen stets, was diese „Macht“ eigentlich genau ist. Die Frage, wie der Inhaber eines Amtes Menschen dazu bewegen kann, seine Anweisungen gefügig in die Tat umzusetzen, bleibt unbeantwortet. Was gibt ihm die Mittel an die Hand, mit denen er das Handeln anderer Menschen scheinbar steuern kann? Wie gewinnt er diese Mittel und wodurch kann er sie wieder verlieren? Gerade für den Bereich der Parteien ist das eine entscheidende Frage, weil es hier die für ein Publikum scheinbar evidenten Machtwirkungen von Gewaltmitteln nicht gibt.

Parteien als Freiwilligenorganisationen zeichnen sich durch ein weitgehendes Fehlen von unmittelbaren Herrschaftsstrukturen aus. Herrschaft ist nach Weber die Möglichkeit, das Verhalten von Menschen durch Befehle steuern zu können (Weber 1980, S. 28.f). Parteien sind aber Organisationen, in denen eine unmittelbare Verhaltenssteuerung mit

Hilfe von an Ämtern gebundenen Zwangsmitteln und Weisungsbefugnissen kaum möglich ist. Die Mitglieder besitzen große Spielräume für die Wahl ihrer Handlungen nach eigenem Ermessen. Ihre Mitwirkung wird nur möglich, wenn sie sich selbst für die von anderen gewünschten und gebrauchten Handlungen entscheiden. Diese Entscheidung kann nicht durch Befehle und deren Sanktionierung sichergestellt werden. Dennoch behaupte ich, dass Parteitage als öffentliche und daher inszenierungsbedürftige Veranstaltungen als Instrument der Verteidigung von Spitzenämtern gegen innerparteiliche Kritiker und Konkurrenten genutzt werden können. Parteitage bieten einem umstrittenen Vorsitzenden die Möglichkeit, das von ihm gewünschte Verhalten von Mitgliedern und Konkurrenten zu erwirken. Eine Untersuchung von Parteitagen als Mittel innerparteilicher Machtkämpfe bedarf daher eines Machtbegriffes, der Macht vor allem jenseits von formalen Amtskompetenzen zu erkennen vermag.

Eine erste Annäherung bietet die klassische Machtdefinition von Max Weber:

Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht. (Weber 1980, S. 28)

Webers Machtbegriff ist weit gefasst. Ausgangspunkt ist für ihn die Durchsetzung des Willens einer Person gegen den Willen anderer. Wie dieser Wille durchgesetzt wird, ist für Weber zunächst zweitrangig. Wichtig ist allein, dass jemand die Chance hat, seinen Willen egal mit welchen Mitteln durchzusetzen. Dieses von Weber (ebd.) selbst als „soziologisch amorph“ bezeichnete Machtverständnis lenkt den soziologischen Blick weg von der Fixierung auf Ämter und Gewaltmittel. In diesem Sinne ist die Vagheit dieses Machtbegriffes ein Gewinn, da nunmehr die Phänomene „sozialer Macht“ mit in den Blick kommen (zur Auseinandersetzung mit der Vagheit des Weberschen Machtbegriffes siehe Treiber 2007). Soziale Macht ist nicht an etablierte Herrschaftsstrukturen gebunden.

Der soziale Charakter von Macht wird bei Weber deutlich, weil er Macht als Beziehungsbegriff definiert. In Webers Fassung des Machtbegriffs gibt es Einzelne oder Gruppen, die ihren Willen gegen andere durchsetzen können. Bedingung der Durchsetzung dieses Willens sei die „Chance“ dazu. Diese ergebe sich in „sozialen Beziehungen“. Als Gelegenheiten sind Machtchancen situationsabhängig. Nicht in jeder sozialen Situation existieren die gleichen Chancen. Chancen verändern sich außerdem je nach Qualität der Beziehung. Wer untersuchen will, wer welche Macht ausüben kann, muss auch die Beziehungen untersuchen, in denen die betrachtete Person sich befindet. Weber konzentriert sich dabei weniger auf das tatsächliche Machthandeln, sondern mehr auf die Optionen, die sich in bestimmten Beziehungskonstellationen ergeben. „Chancen“ meinen Gelegenheiten, die derjenige, der andere zum Mittun bewegen will, nutzen kann, aber nicht muss. Andererseits müssen sich diese Gelegenheiten auch erst ergeben bzw. müssen sie hergestellt werden. Diese Perspektive bietet die Möglichkeit zur Abstraktion von tatsächlich beobach-

teten Handlungen. Sie erlaubt die Identifikation typischer Konstellationen und der ihnen innewohnenden Machtchancen unabhängig von ihrer Nutzung. Auch der Machtkonflikt braucht nicht offen auszubrechen, das „Widerstreben“ denkt Weber als lediglich eine Möglichkeit des Handelns derer, die der Machtausübung ausgesetzt sind.

Zusammengefasst schärft Weber den Blick des Soziologen für typische Beziehungskonstellationen und die durch sie gegebenen Möglichkeiten der Machtausübung. Sein Machtbegriff bietet jedoch noch keine Erkenntnismittel, zu ermitteln, wie genau Machtchancen erzeugt werden und worin sie konkret bestehen.

Die Webersche Perspektive lässt sich ergänzen durch das Machtverständnis von Anthony Giddens. Giddens bestimmt Macht handlungstheoretisch. Handeln und Macht gehören für ihn zusammen. Handeln ist nach Giddens das Vermögen, in den Strom der Ereignisse verändernd eingreifen zu können. Das beschreibt die Möglichkeit, durch sein eigenes Tun einen Unterschied herzustellen. Der Handelnde kann mit seinem Tun Folgen bewirken, die nicht geschehen wären, hätte er nicht gehandelt. Dadurch verändert der Handelnde den Gang der Ereignisse. Deshalb impliziert Handeln auch stets Macht (Giddens 1997, S. 60, 65).

Kombiniert man beide Machtkonzeptionen, differenziert sich die Fragestellung aus: Jenseits der Betrachtung von organisatorisch erzeugter Über- und Unterordnung kann man darauf achten, wer seinen Willen in typischen Beziehungskonstellationen durchsetzen könnte. Gleichzeitig richtet sich die Aufmerksamkeit des Forschers auf die Art verändernder Eingriffe, die einer Seite Vorteile verschafft und andere zu Machtunterworfenen machen kann. Auch Giddens sieht dabei vor allem eine Potenz, ein Vermögen, das nicht zwingend ausgeschöpft werden muss. Giddens' Konzentration auf das Eingriffsvermögen legt wiederum die Frage nach dessen Maß nahe. Während Weber vorrangig die Tatsache der Durchsetzung eines Willens interessiert, fragt Giddens auch nach der Reichweite des denkbaren Eingriffs einer Person. Die Reichweite des verändernden Eingriffes ist nach Personen und deren Situation unterschiedlich groß. Nicht jede Person verfügt über ein hohes Gestaltungspotenzial. Aber Giddens berücksichtigt mit dieser Sichtweise auch sehr geringfügige Eingriffe als Machtmöglichkeiten. Das ist für die Untersuchung von innerparteilichen Machtkämpfen sinnvoll. Enger gefasste Machtkonzeptionen lenken den Blick zu sehr auf stärkere Konzentrationen von Machtmitteln oder auf eindeutigeren Machtchancen in ungleichgewichtigen Beziehungen. Gerade weil in Parteien formale Macht wenig Gewicht hat, ist der dank Giddens geschärfte Forscherblick unverzichtbar, um den Verlauf von Machtkämpfen verstehen zu können.

Schließlich fasst auch Giddens Macht auf als Beziehungsqualität. Macht ist demnach kein ausschließlicher Besitz einer Person oder einer Gruppe. Machtausübung ist mithin nicht alleiniges Vorrecht privilegierter Personen in der sozialen Hierarchie. Auch in Beziehungen extremen Machtgefälles sieht Giddens die Unterlegenen dazu befähigt, handelnd

Veränderungen zu ihren Gunsten zu bewirken (Giddens 1997, S. 69). Ganz gleich, ob man diesen theoretischen Optimismus teilt: Wesentlich ist daran die Konzeption von Machtbeziehungen als Machtbalancen. Auf dieser Grundlage ist eine Untersuchung von Machtprozessen keine „Geschichte großer Männer“, sondern eine Rekonstruktion des Machtgeschehens als Element der Beziehungsdynamik von Handelnden in ganz unterschiedlichen Positionen in der Hierarchie.

Mit der Nutzung des Figurationsbegriffes von Norbert Elias lässt sich das bislang erarbeitete Machtverständnis weiter konturieren. Figurationen sind Geflechte von wechselseitig voneinander abhängigen Menschen. Diese Menschen sind in unterschiedlichem Grad aufeinander angewiesen. Daraus entstehen für diese Personen Machtchancen, aber auch Zwänge (Elias 1970, S. 76f.). Sie können das, was der andere von ihnen braucht, als Druckmittel oder als Tauschmittel einsetzen oder sie müssen zur Erlangung des gebrauchten Gutes oder einer benötigten Leistung sich den Wünschen derer anpassen, an die sie diese Wünsche richten. Mit Hilfe des Figurationsbegriffes lässt sich nun danach fragen, welche Möglichkeiten verändernder Eingriffe Personen aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeit voneinander haben. Weil Figurationen dynamische Gebilde sind, die sich durch das Handeln der Personen verändern, sind auch Machtchancen keine dauerhaften Quasi-Gegenstände. Sie sind das Ergebnis der konkreten Beziehung und ihrer Dynamik (Sofsky/Paris 1994, S. 14).

In meiner Untersuchung innerparteilicher Machtprozesse geht es um Machtausübungen, die nicht auf dem Besitz von Machtmitteln beruhen. Diejenigen, die ihren Willen durchsetzen wollen, sind davon abhängig, dass andere Mitglieder sich von sich aus für die Unterwerfung unter diesen Willen entscheiden. Der umstrittene Parteivorsitzende muss durch sein Handeln als Eingriff in die Beziehung zwischen ihm und seinen Kritikern und Konkurrenten Bedingungen schaffen, die eine für ihn günstige Entscheidung wahrscheinlicher macht. Derartige Konstellationen sind für Elias wichtig, der Macht fasst als

[...] Ausdruck für die besondere Reichweite des individuellen Entscheidungsspielraums, [...] als ein Ausdruck für eine besonders große gesellschaftliche Chance, die Selbststeuerung anderer Menschen zu beeinflussen und das Schicksal anderer Menschen mitzuentcheiden. (Elias 1987, S. 80)

Entscheidungen von Personen lassen sich folglich aufgrund von wechselseitiger Abhängigkeit voneinander beeinflussen. Analytisch müssen die Möglichkeiten dieser Beeinflussung als Ergebnisse solcher Abhängigkeiten noch konkretisiert werden. Für die Untersuchung innerparteilicher Machtkämpfe bietet Popitz geeignete Differenzierungen an. Nach Popitz ergibt sich soziale Macht aus dem Zusammenspiel von „vitalen Abhängigkeiten und konstitutiven Handlungsfähigkeiten des Menschen“ (Popitz 1992, S. 32f.). Popitz unterscheidet vier Grundformen der Macht, die in diesem Rahmen nicht alle entfaltet werden sollen. Für die Untersuchung der innerparteilichen Machtprozesse sind vor allem zwei Machtformen wichtig: die instrumentelle Macht und die datensetzende Macht.

Instrumentelle Macht übt jemand über andere aus, wenn er deren Verhalten durch Androhen von Strafen und das Versprechen von Belohnungen steuert (Popitz 1992, S. 26). Drohungen und Versprechen teilen das Verhalten ein in erwünscht/unerwünscht. Drohungen und Versprechen sprechen von Handlungen, die in der Zukunft geschehen können. Die instrumentelle Macht setzt daher an bei der menschlichen Sorge um die Zukunft und dessen Orientierung an dem „zukünftig erwarteten Handlungen anderer“ (Popitz 1992, S. 26). Dieser grundlegenden Abhängigkeit steht die Handlungsfähigkeit gegenüber, „Angst und Hoffnung zu erzeugen“ (Popitz 1992, S. 33). Fasst man diese Form der Macht nicht zu eng, kann man auch indirekte Drohungen und Versprechen als Machtinstrumente begreifen. In einer Partei kann das Verhalten von Mitgliedern durch instrumentelle Macht etwa auch dadurch gesteuert werden, dass denkbare Wahlniederlagen aufgrund von individuellen Fehlern als „Strafe“ angedroht werden, ohne dass der Drohende als Strafinstanz auftreten muss. Er könnte aber auch unmittelbar seine von anderen benötigte Mitwirkung entweder verweigern (Strafe) oder anbieten (Belohnung).

Datensetzende Macht vollzieht sich über den Umweg der Umgestaltung der materiellen Umwelt des Menschen (Popitz 1992, S. 30ff.). Menschen besitzen die Fähigkeit zur Naturbeherrschung durch technisches Handeln. Dieser Fähigkeit steht die Angewiesenheit auf „Artefakte“ gegenüber, auf die Gestaltung der materiellen Lebensbedingungen. Wer verändernd in die Welt der Dinge eingreift, schafft auch Handlungsbedingungen für alle, „die sich in der Welt der Artefakte einrichten müssen.“ (Popitz 1992, S. 31). Er kann die „Spielräume möglichen Verhaltens“ anderer Menschen verändern (Popitz 1992, S. 33). Auch diese Machtform kann für die Untersuchung politischer Machtkämpfe genutzt werden. Die Medialisierung der Gesellschaft, die Ausdehnung der Medienvermittlung von Politik ist zugleich ein Artefakt, weil ein Teil der dinglichen Infrastruktur. Medienbilder lassen sich ebenfalls als Artefakte verstehen. Wenn Führungspersonen einer Partei ihren Medienzugang nutzen, um über Medienbilder Personen und Themen vorzugeben, nutzen sie datensetzende Macht. Sie schaffen damit eine neue Lage, in denen sich andere Mitglieder überlegen müssen, welche ihrer Handlungen für sie zweckmäßig sind.

Die bis hierher erläuterten Konzepte lassen sich wie folgt zusammenfassen: Innerparteiliche Auseinandersetzungen um Spitzenämter mit Hilfe von öffentlichen Veranstaltungen wie Parteitagungen lassen sich als Machtprozesse begreifen. Macht ist in diesen Fällen die Chance, seinen Willen durchzusetzen auf der Basis von Handlungsmöglichkeiten, die sich aus typischen Beziehungsmustern wechselseitiger Abhängigkeit ergeben. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit, die Machtunterworfenen dazu zu bewegen, sich von sich aus in vom Macht Ausübenden erwünschter Weise zu verhalten. Macht Ausübende können die Entscheidungen der Machtunterworfenen in diesem Sinne begünstigen durch die Verknüpfung des Verhaltens mit Gewinnen und Verlusten als Folgen dessen. Anderer-

seits können sie sie fördern durch die Veränderung der Handlungsbedingungen und damit der Kriterien von Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Optionen der Machtunterworfenen.

## **2.7 Machtchancen als Produkt von Beziehungen**

Auf dieser Basis können die je individuellen oder gruppenbezogenen Möglichkeiten indirekter Einflussnahme auf das Handeln anderer genauer betrachtet werden. Diese sind für das Verständnis innerparteilicher Machtkämpfe bedeutsamer als die formal an Ämter gebundenen Kompetenzen. Diesen Prämissen folgend lassen sich einige typische Machtchancen bestimmen, die die Auseinandersetzung um Spitzenämter prägen.

Das Machthandeln richtet sich auf andere Menschen und ihr Handeln. Der durchzusetzende Wille ist auf ein Ziel gerichtet, das das Macht ausübende Individuum nicht alleine erreichen kann. Eine Person oder Gruppe braucht die Mitwirkung der anderen, denen gegenüber sie ihren Willen durchsetzen will. Dafür muss sie sich deren Handlungsfähigkeit nutzbar machen. Die Abhängigkeit der Person oder Gruppe von der Handlungsfähigkeit anderer gibt letzteren die Möglichkeit, die Beziehung wenigstens begrenzt in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Machthaber steht immer vor dem Problem, dass die Personen, deren Mitwirkung er braucht, grundsätzlich auch „nein“ sagen können (Sofsky/Paris 1994, S. 9). Wenn der Erfolg des einen Mitgliedes abhängig ist vom Tun oder Lassen anderer, entstehen aus dieser Abhängigkeit Möglichkeiten, das Handeln des abhängigen Mitgliedes zu beeinflussen. Man kann die eigene Mitwirkung als Tauschmittel anbieten gegen die Zusage von wünschenswerten Handlungen des anderen. Man kann den Abhängigen durch Androhung der Verweigerung des Mitwirkens erpressen und somit Bedingungen für die Kooperation diktieren. Auch kann man die Mitwirkung unterlassen, um dem Abhängigen bewusst zu schaden und sich dadurch ihm gegenüber einen Vorteil zu verschaffen. Tausch, Drohung und Verweigerung sind direkt auf den Anderen bezogene Handlungsweisen. Durch sie wird die wechselseitige Abstimmung des Handelns zu einem Aushandlungsprozess. Wer miteinander verhandelt, kommuniziert miteinander. Das Einflusspotenzial dieser Mittel bestimmt sich durch den Grad der Abhängigkeit. Es gibt verschiedene Formen der Abhängigkeitsbeziehung. Alle beteiligten Seiten können gleich stark voneinander abhängig sein. Eine zweite Form ist eine ungleiche Abhängigkeitsbeziehung, in der ein Mitglied stärker von anderen abhängt als umgekehrt. Die Abhängigkeitsbeziehung kann einseitig sein, wenn ein Mitglied A vom Mitglied B unabhängig ist, B aber vollkommen abhängig ist von der Mitwirkung von A.

Einflussnahme muss jedoch nicht in einen Aushandlungsprozess einmünden. Sie kann indirekt vorgenommen werden, indem ein Mitglied durch sein Handeln die Handlungsbedingungen anderer Mitglieder verändert. Diese Veränderungen können auf der Basis eines strategischen Kalküls vorgenommen werden, um durch sie die anderen Mitglieder in Zugzwänge zu bringen (zum strategischen Handeln mit dem Ziel, Zugzwänge herzu-



stellen, siehe Hitzler 1994, S. 14, Fußnote 23). Die Möglichkeiten dazu ergeben sich wiederum aus der wechselseitigen Abhängigkeit der Mitglieder voneinander. In dieser Beziehung wird jedes Handeln eines Mitgliedes oder einer Gruppe von Mitgliedern mit seinen Folgen zur Handlungsbedingung für andere Mitglieder. Ein strategisch handelndes Mitglied kann diese Verkettung nutzen, um für andere Zugzwänge gezielt zu erzeugen. Durch die Wahl seines Handelns kann er andere Mitglieder vor neue Handlungsprobleme stellen. Im für ihn günstigen Fall müssen die anderen Mitglieder für die erfolgreiche Bewältigung ihrer Probleme genau so handeln, wie es der Strategie von ihnen insgeheim erwartet. Strategische Beeinflussung der Handlungsbedingungen anderer muss nicht zwingend darin bestehen, diese Mitglieder vor Probleme zu stellen. Genauso können sie auch zum Handeln ermächtigt werden, indem der Strategie ihnen durch seinen Eingriff neue Chancen und Gelegenheiten verschafft. Schließlich kann der Strategie auch beide Varianten nutzen in triadischen Konfliktsituationen. Er kann einem Mitglied A Handlungsprobleme bereiten, indem er einem Mitglied B neue Handlungschancen verschafft. In dieser Situation spielt er B gegen A aus, ohne selber mit A in einen offenen Konflikt zu geraten. Im Rahmen dieser Einleitung kann die Vielfalt denkbarer Strategien nicht erschöpfend dargestellt werden.

Was mit der mittelbaren Beeinflussung anderer durch die Gestaltung von deren Handlungsbedingungen gemeint ist, zeigt ein Beispiel. Im März 2003 gab der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Diesem Auftritt waren Monate der medialen Kritik an der von ihm geführten rot-grünen Bundesregierung vorausgegangen. In den Medien wurde ein Bild des Missmanagements in der Regierung gezeichnet. Die Umfragewerte der SPD sanken stetig. Wahlniederlagen auf Länderebene waren die Folge bzw. drohten. Von der Regierungserklärung des Kanzlers erwarteten sowohl Medien als auch Partei einen Befreiungsschlag. Schröder nutzte diese Situation, um harte Reformen in der Sozialpolitik zum Regierungsprogramm zu erheben. Dieses unter dem Namen „Agenda 2010“ firmierende Reformpaket wurde in von weiten Teilen der SPD abgelehnt. Aber in der öffentlichen Situation der vom Fernsehen übertragenen Regierungserklärung mussten die SPD-Abgeordneten ihrem Kanzler dennoch applaudieren, wollten sie nicht das Bild einer heillos zerstrittenen und darum regierungsunfähigen Partei abgeben. Mit ihrem durch die Medien dokumentierten Applaus hatten sich die SPD-Parlamentarier aber auch zugleich auf die Unterstützung der Kanzlerlinie verpflichtet. Der Kanzler hatte durch diesen Überraschungseffekt die Handlungsbedingungen der Abgeordneten vorgegeben. Widerstand gegen die Pläne des Kanzlers war nur noch möglich auf Kosten des Ansehensverlustes der Partei insgesamt und mit dem Risiko, von anderen Mitgliedern als Verursacher negativer Medienberichterstattung kritisiert zu werden. Diese Art der Vorgabe von Themen durch prominente Spitzenpolitiker ist auch für die hier im Zentrum stehenden Parteitage wichtig.

Die sich aus den Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit ergebenden Machtchancen müssen für den konkreten Fall empirisch ermittelt werden. So kann jemand dank seiner Beredsamkeit und der Fähigkeit, das Handeln vieler in ein gemeinsames arbeitsteiliges Konzept mit klaren Zielen zu integrieren, als Autorität anerkannt werden und somit auf erhöhte Folgebereitschaft stoßen. Macht in der Autoritätsbeziehung entsteht dadurch, wie die miteinander verflochtenen Personen einander wahrnehmen und deuten (Popitz 1992; Sofsky/Paris 1994). Macht muss aber nicht das Ergebnis von derartigen Zuschreibungen sein. In triadischen Konstellationen können die Möglichkeiten des Handelns der Beteiligten davon abhängen, wie die Personen zueinander stehen. Akteur A kann einem übermächtigen Gegner gegenüber stehen, wenn B und C sich in einem Zweckbündnis gegen A zusammenfinden. Streiten und bekämpfen sich B und C hingegen, kann A den Streit für sich nutzen und beide Gegner gegeneinander ausspielen, um sie zu schwächen.

Machtchancen, ihre Reichweite und ihre Grenzen ergeben sich aus den konkreten Beziehungen. Aus der wechselseitigen Abhängigkeit voneinander folgt, dass alle Seiten einer Machtbeziehung Möglichkeiten besitzen, auf diese Beziehung handelnd Einfluss zu nehmen. Ein extremes Machtgefälle, in dem die Machtlosen dem Mächtigen nahezu vollständig ausgeliefert sind, stellt hier einen Grenzfall dar. Macht liegt in der Regel als Machtbalance vor, wenn sie auch häufig sehr ungleichgewichtig ist (Elias 1970, S. 77). Aber auch die scheinbar Machtlosen besitzen in Grenzen die Möglichkeit, die Abhängigkeit des Machthabers von ihnen auszunutzen für verändernde Eingriffe in den Gang der Ereignisse. Eine erfolgreiche Durchsetzung des Willens einer Person „auch gegen Widerstreben“ (Weber) ist davon abhängig, mit welchen Mitteln sich die anderen dagegen wehren können. Menschen befinden sich in unterschiedlichen Konstellationen, aus denen Chancen für Macht erwachsen. Derjenige, der Macht ausüben will, kann ein Einzelkämpfer sein oder mit Hilfe eines Helferstabes seine Forderungen durchzusetzen versuchen (siehe Popitz 1992). Diejenigen, auf die sich das Machthandeln richtet, können aufgrund ihrer Qualifikationen für den Machthaber unentbehrlich sein, weshalb dem Einsatz von Zwang und Gewalt Grenzen gezogen sind (Ridder 1979, S. 44). Diese Beziehungsabhängigkeit von Durchsetzungschancen illustriert Elias durch einen Vergleich mit Spielen. Dazu übersetzt er Macht in „relative Spielstärke“ als „die Gewinnchancen des einen Spielers im Verhältnis zu denen eines anderen“ (Elias 1970, S. 77). „Spielstärke“ ist keine feste Größe. Sie lässt sich nur im Vergleich zu der anderer Mitspieler bestimmen. Die Möglichkeit eines Spielers, ein Spiel nach seinen Vorstellungen zu steuern, hängt dann davon ab, wie spielstark andere Spieler sind. Trifft er auch einen schwachen Gegner, kontrolliert er den Verlauf des Spieles. In der Begegnung mit einem ihm überlegenen Spieler verliert er diese Kontrolle. Der Einfluss eines einzigen Spielers auf den Spielverlauf schwindet, je mehr Spieler an ihm beteiligt sind. Die Untersuchung der Machtchancen zur Steuerung des Handelns anderer Mitglieder muss daher auch die komplexen Vernetzungen einer Vielzahl von Partei-

mitgliedern in unterschiedlichen Handlungsarenen (z.B. Parlament, Landespartei, Bundespartei, Parteiflügel, Interessengruppen) mit berücksichtigen.

## **2.8 Sprünge: Neue Handlungsprobleme und Gelegenheiten aufgrund unerwarteter Veränderungen der Figuration**

Die Betrachtung der Machtchancen zielt auf die Möglichkeiten von Mitgliedern, das Handeln anderer Mitglieder in eine bestimmte Richtung zu lenken. Machtchancen bieten die Möglichkeiten, soziale Ordnungen zu schaffen und zu gestalten. Mit sozialer Ordnung meine ich verlässliche, weil dauerhafte Strukturen und wiederkehrende Handlungsmuster. Als strukturiert kann ein relativ stabiles Gefüge von Organisationen und den in ihnen festgeschriebenen Rollen angesehen werden. Wiederkehrende Handlungsmuster sind bewährte Routinen, mit denen man in typischer Weise auf typische Probleme reagieren kann. Ordnungen können als unbeabsichtigte Folgen des Handelns entstehen. Sie können auch bewusst gestaltet werden. Davon zeugen Konzepte und Planungen des formalen Aufbaus von Organisationen und der Prozesse der Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Die Nutzung von Macht als verändernder Eingriff zielt ab auf die Herstellung von Ordnung. Wer sich für höchste Parteiämter interessiert bzw. sie bekleidet, interessiert sich auch für berechenbare Verhältnisse. Diese sollen ihm seine mit dem Amt verbundenen Vorteile absichern und das Verhalten seiner Gegner und Untergebenen kontrollierbar machen. Er muss Ordnung schaffen, da die von ihm angestrebten oder gehaltenen Spitzenämter knappe Güter sind, für die sich auch andere Konkurrenten interessieren. Gleiches gilt für die weiteren mit seiner Stellung verbundenen Vorteile, wie etwa den privilegierten Zugang zu Medien oder zu Regierungsämtern. Auch diese sind als knappe Güter umkämpft. Selbst der als Provokateur und „Revolutionär“ gestartete Aufsteiger bemüht sich deshalb um relativ dauerhafte Verhältnisse, um seine Stellung zu halten. Macht muss freilich als Machtbalance gedacht werden. Auch die weniger privilegierten Mitglieder können in die Ereignisse eingreifen. Daher haben auch sie ein Interesse an dauerhafter Ordnung, um ihre wenigstens minimalen Möglichkeiten einer berechenbaren Zielverfolgung zu bewahren. Die Nutzung von Machtchancen ist damit stets auch eine Entscheidung zugunsten von Ordnung und gegen Eventualitäten und Zufälle.

Der Erfolg der Ordnungsbemühungen ist jedoch immer gefährdet. Figurationen sind dynamische Gebilde. Ihre relative Stabilität wie auch ihr Wandel hängen allein von dem wechselseitig aufeinander bezogenen Handeln der sie bildenden Personen ab. Je nachdem, wie diese Personen handeln, etwa aufeinander reagieren, ändert sich eine Figuration oder reproduziert sie sich. Das schließt die Möglichkeit unerwarteten Wandels als unbeabsichtigte Folge des Tuns von Personen ein. Dies wird besonders dann wahrscheinlich, wenn viele Personen ein komplexes Netz wechselseitiger Abhängigkeit bilden. Diese kön-

nen dann die Folgen ihres miteinander verknüpften Handelns nicht mehr vollständig überschauen (Elias 1970, S. 84f.).

Die Veränderlichkeit von Figurationen kann daher zu Sprüngen im Prozess führen (Sprünge in Anlehnung an Neidhardt 1981, S. 249f., verstanden). Aufgrund der unbeabsichtigten Folgen entsteht eine neue Situation, in der die gewohnten Handlungsmuster nicht mehr den erwarteten Handlungserfolg zeitigen. Neue Handlungsprobleme entstehen, die neue Problemlösungen erfordern. Herkömmliche Lösungen können die neu entstandenen Probleme verschärfen. In einer von Konkurrenzbeziehungen und Interessengegensätzen gekennzeichneten Figuration wie einer Partei kann ein solcher Sprung eine Neuverteilung der Machtchancen ermöglichen. Die Handlungsprobleme für die eine Gruppe von Personen sind zugleich die Machtchancen einer anderen Gruppe. Die Möglichkeiten und Grenzen des verändernden Eingreifens der miteinander verflochtenen Personen ändern sich. Ein echter Sprung liegt dann vor, wenn die zuvor einflussstarken Personen ihre Machtvorteile verlieren und andere unverhofft weitreichende Eingriffsmöglichkeiten erhalten. In diesem Fall ändert der Prozess des Kampfes um Spitzenämter seine Richtung. Die Bemühungen der bislang Privilegierten um Aufbau und Wahrung einer Ordnung als kontrollierbare Verhältnisse scheitern. Andere Personen erhalten die Möglichkeit, die Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu formen. Diese Sprünge sind deshalb wichtig, weil sie die selbe Quelle wie die Gestaltung von Ordnung über Einflussnahme haben. Sie beruhen ebenso wie die Machtchancen zur Steuerung des Verhaltens anderer Personen auf der wechselseitigen Abhängigkeit der Parteimitglieder. Für die Untersuchung innerparteilicher Machtkämpfe folgt daraus, dass sie stets in historischer Rückblende als schrittweiser Prozess rekonstruiert werden müssen. Aus einer bestimmten Konstellation zu einem bestimmten Zeitpunkt lässt sich der Ausgang eines Machtkampfes nicht deduzieren.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Ein bislang in der Öffentlichkeit als unbestrittener Parteiführer will sich auf einem Parteitag in dieser Rolle von den Mitgliedern der Führung und den Delegierten bestätigen lassen. Der Inszenierungserfolg ist folglich abhängig von der Darstellungskompetenz einiger hundert Menschen. Diese müssen alle wissen, mit welchen Verhaltensweisen und Darstellungsmitteln die Rolle des Parteiführers glaubwürdig vorgeführt werden kann. Allein die Unachtsamkeit oder das mangelnde Darstellungswissen eines Mitgliedes kann in den Medien ein negatives Echo provozieren. Sein Verhaltensfehler kann von den Medien als Kritik oder Widerstand gegen den Parteiführer interpretiert werden. Je mehr die Journalisten dieser vermeintlichen Kritik Bedeutung zumessen, desto mehr erschiene der Parteiführer als Person, die nicht mehr von der Partei allgemein anerkannt wird. Seine Selbstinszenierung scheitert. Im ungünstigen Fall bricht sein Image so stark ein, dass innerparteiliche Konkurrenten sowohl von Parteimitgliedern als auch von den Medien als die bessere Alternative wahrgenommen werden können. Für diese Konkurrenten kann nun die Stunde schlagen, während der Parteiführer immer mehr in

Bedrängnis gerät. Der unerwartete Sturz Rudolf Scharpings auf dem Mannheimer Parteitag 1995 ist ein prominentes Beispiel für einen solchen Vorgang. In einer unüblichen Kampfkandidatur verlor er den Parteivorsitz an Oskar Lafontaine. Auch wenn dieser Parteitag in der politischen Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist, so hatte der Sturz Scharpings doch systematische Gründe. Er war die unbeabsichtigte Folge des Scheiterns der Inszenierung aufgrund der mangelnden Darstellungsdisziplin Lafontaines.

## **2.9 Parteitage als Mittel des Machtkampfes**

Auf der Basis des bis hierher Gesagten möchte ich nun die Gründe skizzieren, warum Parteitage ein Instrument sind, das Parteiführer für die Verteidigung ihres Amtes nutzen können.

Parteitage sind öffentliche Veranstaltungen, die von den Medien beobachtet werden. Die Parteitagsteilnehmer müssen daher zur Wahrung des positiven Images ihrer Partei ihr Verhalten kontrollieren, um den Medien keinen Anlass für eine negative Kommentierung zu bieten. Parteitage müssen folglich in gewissen Grenzen inszeniert werden. Offenbar werden sie auch zunehmend als „Event“ inszeniert (Dörner 2001, S. 123).

Für die Inszenierung von Parteitagen sind zwei Arten von Topoi einer „guten Politik“ wichtig. Einerseits müssen die Teilnehmer an dem Eindruck der „Geschlossenheit“ mitwirken. Wirkt eine Partei aufgrund öffentlich ausgetragener Konflikte „zerstritten“, scheint man ihr in den Medien und womöglich auch in der Bevölkerung die Regierungsfähigkeit abzusprechen. Entsprechende Mutmaßungen von SPD-Delegierten beschreibt Müller (Müller 2002, S. 150). Die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann vertrat prominent die Auffassung, dass Wahlerfolge von dem Eindruck der Geschlossenheit abhängen (z.B. in Noelle-Neumann 2005). Es herrscht innerhalb der Parteien die Annahme vor, dass eine Partei sich als harmonisches Kollektiv mit einer gemeinsamen Wertebasis zeigen müsse. Auch scheint der Eindruck von innerparteilichem Streit Zweifel sowohl an der Durchsetzungsfähigkeit der Parteiführung als auch an der Handlungsfähigkeit der Partei an sich zu wecken. Deshalb müssen alle Parteitagsteilnehmer so auftreten, dass der Eindruck von Zerstrittenheit möglichst vermieden wird und stattdessen die alle Mitglieder einenden Gemeinsamkeiten betont werden. Begleitet werden solche Großauftritte daher stets von Appellen zur „Geschlossenheit“.

Zweitens müssen die prominenten Parteirepräsentanten in ihrer herausgehobenen Rolle durch den Parteitag bestätigt werden. Sie müssen dazu das Idealbild eines Führers verkörpern. Diesem Bild zufolge müssen sie aufgrund ihrer herausragenden Fähigkeiten als Person eine besondere Anerkennung durch die Parteimitgliedschaft erfahren. Sie sollen zudem durch glanzvolle Auftritte und rhetorische Raffinesse ihre Mitglieder von der Richtigkeit des eigenen Standpunktes überzeugen und sie für diesen gar begeistern. Als

Repräsentanten der Partei sollen sie deren gemeinsamen Werte verkörpern und von den Mitgliedern auch als adäquater Ausdruck dieser Werte bestätigt werden.

Beide Idealbilder können nur in kollektiver Leistung überzeugend dargestellt werden. Das Medienbild ist nur dann positiv, wenn die Parteitagsteilnehmer jeden öffentlich ausgetragenen Konflikt ohne eine schnelle, noch auf dem Parteitag umgesetzte Lösung vermeiden. Dies gilt auch für Personaldiskussionen, die ohne schnelle Personalentscheidungen lediglich das Bild einer in Interessengruppen gespaltenen Partei in den Medien hinterlässt. Aus der Notwendigkeit der Mitwirkung vieler hundert Parteitagsteilnehmer ergibt sich das Problem, wie man diese sicherstellen kann, auch wenn Zwangsmittel fehlen. Dies gilt besonders für den Fall, wenn die Linie der Parteiführung als auch die Parteiführer als Personen in der Partei umstritten sind.

Der Parteitag bietet aufgrund seines öffentlichen Charakters der Parteiführung die Möglichkeit, die Darstellungsdisziplin der Teilnehmer wahrscheinlicher zu machen. Dabei können die prominenten Parteivertreter ihren privilegierten Medienzugang nutzen. Über die Medien geben sie sowohl Themen als auch Personen vor, die damit als Linie und Beschlusslage der Partei erscheinen (Lösche 1996, S. 27; Rudzio 2006, S. 149; Poguntke 2005, S. 650; Meyer 2003, S. 17).

Im Gegensatz zur Parteiprominenz hat die Mehrheit der Parteitagsteilnehmer keinen hinreichenden Medienzugang, um Personen oder Themen verbindlich zu setzen. Ihre Stellungnahmen in den Medien erscheinen vielmehr als Einzelmeinungen, denen sie erst eine Mehrheit noch verschaffen müssen. Diese Einzelmeinungen provozieren im ungünstigen Fall eher den Eindruck von Streit, als dass sie Eingang in die Beschlusslage der Partei finden.

Deshalb erscheint es den Parteitagsteilnehmern sinnvoller, im Dienste des positiven Medienechos der Partei auf öffentliche Kritik und Widerstand gegen die Vorgaben zu verzichten. Sie entscheiden sich aus Eigeninteresse für die selbstdisziplinierte Mitwirkung an der Inszenierung der Geschlossenheit. Ihre Ziele (Mandate, Gelder, Mitarbeiterstellen und öffentliche Ämter) hängen von Wahlerfolgen ab, die wiederum nur auf der Basis eines guten öffentlichen Ansehens der Partei möglich sind. Schon deshalb vermeiden sie lieber jeden negativen Eindruck der „Zerstrittenheit“. Desgleichen sind sie abhängig von der positiven Medienwirkung ihrer prominenten Parteirepräsentanten. Nur diese können über die Medien maßgeblich für ein gutes Ansehen der Partei sorgen. Dafür brauchen sie jedoch ein gutes Medienimage. Um dieses zu bewahren oder zu erwerben, müssen die Parteitagsteilnehmer ihre Repräsentanten unterstützen. Sie dürfen sie nicht durch Kritik und Widerstand desavouieren. Würden die Parteitagsdelegierten die zuvor in den Medien von der Parteiführung verkündeten politischen Positionen und Personalvorschläge abwehren, erschiene die Führung als eine ohne Autorität und Gefolgschaft. Die Gefahr einer Imageverschlechterung der Parteirepräsentanten entstünde, die nunmehr nicht mehr überzeugend

das Idealbild des Führers als anerkannte und durchsetzungsstarke Persönlichkeiten verkörpern könnten. Meyer spricht deshalb von einem „vorausseilendem Gehorsam oder nacheilenden Konsens“, über die sich die Mitglieder, insbesondere auch Führungskräfte etwa der Parlamentsfraktionen den Vorgaben der medialen Parteiprominenz anpassen. Meyer bezeichnet dies als bewusste Anpassung. Sie ist zweckmäßig, denn sie wollen dadurch vermeiden, dass sie das „Mediencharisma“ ihres Spitzenpolitikers durch Streit und Dissens aufbrauchen (Meyer 1998, S. 17).

Zwar sind Parteitage durch Tagesordnungen und Beschlussvorlagen in ihrem Ablauf vorstrukturiert. Es gibt jedoch selten einen Regisseur, der den vielen hunderten Teilnehmern umfassend und lückenlos ein inszenierungsdienliches Verhalten vorgibt. Die Koordination des Verhaltens der Vielzahl an Mitwirkenden gelingt selbstläufig. Basis dieser Koordination sind die Topoi der „guten Politik“. Topoi sind nicht nur Vorgaben des Handelns, sondern zugleich ein bewährtes Mittel erfolgreicher Medieninszenierungen von Politikern.

Sie bieten erstens Orientierung dafür, welche Art des öffentlichen Auftretens beim Publikum mit hoher Wahrscheinlichkeit Anklang finden wird. Das ermöglicht die zielgerichtete Gestaltung des öffentlichen Auftritts. Die Topoi werden zu Regieanweisungen, zu Rollenvorlagen. Sie ermöglichen eine methodische Bearbeitung des Inszenierungsproblems. Aus den Topoi lassen sich Handlungsanleitungen ableiten, die in ähnlichen Situationen wiederholt eingesetzt werden können. Man meint die Erwartungen des Publikums zu kennen. Auf der Grundlage der Topoi ist ein sukzessive wachsendes Wissen über Praktiken gelingender Inszenierung denkbar. Das schlägt sich in der Ausbildung von Spezialistenwissen nieder. Spin doctors und Medienberater bauen darauf ihr Geschäftsmodell auf. Die Topoi bieten Orientierung, sie lassen öffentliche Situationen beherrschbar, weil kalkulierbar erscheinen. Sie bieten die beruhigende Gewissheit, ein funktionierendes Handlungskonzept zu besitzen. Insofern könnte man auch sagen, dass mediale Debatten um Norm und Abweichung im Falle von Skandalen und Skandälchen zur Ausarbeitung solcher Drehbücher in Gestalt von Topoi beitragen. Wo die Empörung über Normbrüche zum Thema der Kommentare wird, schärft sich auch das Bewusstsein für die verletzte Norm (in Anlehnung an Durkheim etwa Hondrich 2002). Dieses Bewusstsein kann aber auch in instrumentelle Strategien übersetzt werden. Solche Anlässe arbeiten der Ausbildung von Methoden der Inszenierung zu. Schließlich macht die moralische Empörung der öffentlichen Debatten sehr konkret sichtbar, wie denn das „richtige“ Verhalten auszusehen habe.

Zweitens können sie die wechselseitige Handlungsabstimmung erleichtern. Sie sind die Grundlage für wechselseitig verstehbare Erwartungen der Parteitagsteilnehmer aneinander. Ein Delegierter kann davon ausgehen, dass die anderen Parteitagsteilnehmer dank dieser Topoi wissen, welches öffentliche Verhalten angebracht wäre, um einen schlechten Eindruck der Partei zu vermeiden. Sie können darum darauf begründet hoffen, dass Appelle hinsichtlich dieses Verhaltens vom anderen verstanden werden und prinzipiell umge-

setzt werden können. Die durch die Topoi gebildeten wechselseitigen Erwartungen werden zur Norm, wo deren Verkörperung für den Wahlerfolg Bedingung ist. Normbrüche werden sanktioniert. Wer sich ihnen nicht unterwirft, muss damit rechnen, als Verursacher negativer Medienberichterstattung kritisiert zu werden. Dadurch schlägt die Selbstdisziplin um in eine wechselseitige Disziplinierung der Parteitagsteilnehmer untereinander.

Die Inszenierungsbedürftigkeit der Partei kann zudem von Amtsinhabern ausgenutzt werden, um prominente Konkurrenten zu einer Selbstdisziplinierung zu bewegen. Dem Handeln prominenter Führungsmitglieder wird von den Medien ein höherer Nachrichtenwert zugesprochen. Ihr Verhalten wird daher von Journalisten genauer beobachtet. Es findet in der Berichterstattung ein größeres Echo als das weniger prominenter Parteitagsteilnehmer. Deshalb hat das Verhalten prominenter Führungsmitglieder eine große Auswirkung auf das öffentliche Bild der Partei. Das ist der Grund, warum sie auch von allen Parteitagsteilnehmern verstärkt beobachtet werden. Diese richten an die prominenten Parteivertreter auch verstärkt die Erwartung, im Dienste des guten Ansehens der Partei jeden negativen Eindruck zu vermeiden. Weil die Möglichkeiten der Zielerreichung der nichtprominenten Mitglieder unter einem imageschädlichen Auftritt der Parteiprominenz leidet, sind diese auch bereit, bei günstiger Gelegenheit den Normbrecher zu kritisieren bzw. ihm die Unterstützung etwa bei Vorstandswahlen zu entziehen. Schon deshalb müssen sich prominente Konkurrenten eines Amtsinhabers disziplinieren.

Die Notwendigkeit der Selbstdisziplinierung verstärkt sich durch die generelle Konkurrenzsituation. Politik ist ein Handlungsbereich, in dem eine Knappheit an Spitzenämtern herrscht. Nicht jeder Interessent kann ein Spitzenamt erhalten. Es gibt Gewinner und Verlierer im Kampf um das Amt. Der eine erringt es, indem der andere davon ausgeschlossen wird. Der Vorteil des einen im Kampf um das Amt ist nur durch den Nachteil des anderen zu erarbeiten. Daher gibt es die Notwendigkeit, sich gegenüber den Konkurrenten Vorteile zu verschaffen, was gleichzeitig bedeutet, dafür zu sorgen, dass sie Nachteile erleiden. Dieser Kampf muss nicht unbedingt offen ausgetragen werden, um diese Orientierung am eigenen Vorteil und am Nachteil des Konkurrenten zu erzeugen. Es genügt, dass jeder Interessent vom Ernstfall ausgehen muss, dass die Konkurrenten an Strategien der Vorteilsgewinnung für sich arbeiten. Diesem Ernstfall muss der Interessent bzw. der sich verteidigende Amtsinhaber vorbeugen, um seine Chancen zu wahren oder um Risiken auszuschließen. Versprechen und Selbstverpflichtungen der Konkurrenten, nicht an solchen Strategien zu arbeiten bzw. auf Tricks und Hinterhältigkeiten zu verzichten, lassen sich nicht absichern. Sie bieten keine Sicherheit. Versprechen eines moralisch sauberen Wettbewerbs können nicht verbindlich fixiert werden, ihre Einhaltung ist nicht einklagbar. Die Abwehr des Ernstfalles durch den Amtsinhaber sorgt für eine hohe Wahrscheinlichkeit einer Präventivaktion gegen den Konkurrenten, vor allem, wenn sich dazu eine günstige Gelegenheit ergibt. Es ist für den Konkurrenten daher notwendig, sich seinerseits auf den



Ernstfall des Präventivschlages vorzubereiten. Er muss alles vermeiden, was ihn angreifbar machen könnte. Dazu gehört die Vermeidung eines Verhaltens, das durch den Amtsinhaber oder durch seine Getreuen skandalisiert werden kann als Normbruch. Insbesondere dann, wenn das Verhalten als imageschädigend für die Partei skandalisiert wird, kann der Amtsinhaber auf die Unterstützung der verärgerten Parteitagsteilnehmer hoffen. Deshalb muss sich der prominente Konkurrent vorbeugend selber disziplinieren und möglichst den Rollenerwartungen sowohl der Öffentlichkeit als auch der Parteitagsteilnehmer entgegen kommen.

## **2.10 Möglichkeiten des Scheiterns der Verteidigung des Amtes durch den Amtsinhaber**

Parteitage als öffentliche Veranstaltungen bieten Amtsinhabern gute Voraussetzungen dafür, sich selbst erfolgreich als allgemein anerkannter Repräsentant der Partei zu inszenieren und damit ihre innerparteiliche Stellung zu festigen. Dieser Erfolg im innerparteilichen Machtkampf ist jedoch keineswegs sicher. Die Inszenierung von Parteitagen kann misslingen aus den gleichen Gründen, die ihren Erfolg ermöglichen. Sie gelingen aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit der Parteimitglieder voneinander. Daran können sie aber auch scheitern. Mehrere Konstellationen sind denkbar, in denen die Inszenierung zusammenbricht.

Erstens gibt es Konstellationen, in denen ein prominenter Konkurrent von einer Krise der Partei mehr profitiert, als dass er unter ihr leidet. Die föderale Struktur der Bundesrepublik begünstigt solche Konstellationen. Ein Ministerpräsident, der auf Landesebene durch eigene Wahlerfolge eine Machtbasis aufbauen kann, ist verhältnismäßig unabhängig vom Schicksal der Bundespartei. Er kann daher mit seinen öffentlichen Auftritten das mediale Bild der Krise der Partei verschärfen, ohne dass seine eigene Karriere unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies kann er z.B. durch öffentliche Kritik an der Bundesführung tun. Wenn diese Krise dann dem Bundesvorsitzenden als dessen Scheitern angelastet wird, erhöhen sich die Chancen des Konkurrenten, sich als bessere Alternative zu empfehlen. Weiter sinkende Umfragewerte oder gar Wahlniederlagen werden mehr und mehr zum Nachteil für den amtierenden Vorsitzenden. Der Konkurrent kann sich umso mehr als Retter der Partei empfehlen, je mehr er trotz oder wegen seiner öffentlichen Angriffe auf die Parteiführung für die Medien attraktiv ist und darauf eine hohe Popularität in der Bevölkerung gründen kann. Die SPD bietet dafür ein Beispiel. In den 1980er Jahren profilierte sich Oskar Lafontaine auf diese Weise, in den 1990er Jahren übernahm Gerhard Schröder diese Rolle (Walter 2009, S. 208ff., 222).

Zweitens kann die Inszenierung eines Parteitages auch ohne derartige Provokationen scheitern. Parteitage brauchen die darstellerische Disziplin vieler hundert Teilnehmer. Diese Disziplin beruht nicht nur auf dem je individuellen Pflichtbewusstsein der Anwesen-

den, sondern auch auf ihrer Darstellungskompetenz. Zwar bieten die über die Medien fortlaufend aktualisierten Topoi der „guten Politik“ ein grundlegendes und allen zugängliches Handlungswissen für die erfolgreiche Medieninszenierung. Dennoch kann es passieren, dass nicht alle Parteitagsteilnehmer in gleichem Umfang über dieses Wissen verfügen. Sie können Fehler machen, ihre Analysefähigkeit überschätzen oder sie können auch ganz und gar gegenüber den Auswirkungen ihres Verhaltens auf das Medienbild der Partei ignorant sein. Solche Wissenslücken sind dann auch mögliche Ursachen des Scheiterns von Inszenierungen. Die Inszenierung bzw. die Regieanweisung muss von den Darstellern auch verstanden werden. Gerade dann, wenn die Regieanweisungen öffentlich gegeben werden (z.B. in Gestalt von Appellen an die Geschlossenheit), sind diese nicht sehr offen formuliert. Schließlich darf der Regisseur nicht offen aussprechen, dass er inszeniert und dass es um die Erzeugung positiver Medienbilder geht. Daher werden die Regieanweisungen eher verklausuliert formuliert. Diese können auch eher missverstanden werden. Daher können sich einzelne Parteitagsteilnehmer falsch verhalten und die Inszenierung damit untergraben. Diese Darstellungsfehler wären in diesem Fall unbeabsichtigt, hätten aber gerade bei prominenten Parteivertretern gravierende Folgen. Die Inszenierung des in meiner Arbeit untersuchten Mannheimer SPD-Parteitages 1995 misslang, weil Lafontaine sich (hochwahrscheinlich unbeabsichtigt) bei seiner Rede nicht genügend zurücknahm und daher den Auftritt des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping in den Schatten stellte. Während Lafontaine standing ovations von den Delegierten erhielt, wirkte der Beifall für den Parteivorsitzenden eher höflich und distanziert. Das nahmen die Medien zum Anlass, über Personalwechsel zu spekulieren. Nach Meinung vieler Kommentatoren war Lafontaine in der Partei beliebter als der Vorsitzende. Folglich konnte Scharpings Selbstdarstellung als die von der Partei am meisten anerkannte herausragende Persönlichkeit nicht mehr überzeugen.

Drittens können sich die sich inszenierenden Parteitagsteilnehmer bezüglich der richtigen Darstellungsmittel im Irrtum befinden. Weder die Medien noch die Medienkonsumenten bilden jeweils homogene Publika. Sie sind vielmehr ausdifferenziert in Gruppen und Grüppchen mit je eigenen Bewertungsmaßstäben und Geschmäckern (Willems 2009b, S. 22). Eine fortschreitende Ausfächerung von Subkulturen kann das bisherige Inszenierungswissen obsolet erscheinen lassen. Ebenso bleibt das Risiko, dass das Inszenierungswissen stets unvollständig ist und man nicht alle Gruppen mit Hilfe derartiger Vorführungen erreichen kann. Das wird ein besonderes Problem dann, wenn man sich mit seiner öffentlichen Selbstdarstellung an unterschiedliche Gruppen mit teilweise entgegengesetzten Geschmacksurteilen und Wertvorstellungen wenden möchte. Man kann sich daher auch irren, man kann neuere kulturelle Entwicklungen und Veränderungen der Wahrnehmungsmuster übersehen, man kann Wissenslücken haben, weil einem der Zugang zu re-

levanten Teilgruppen des Publikums fehlt. Missverständnisse sind möglich wie auch mangelndes Vorstellungsvermögen oder reine Unkenntnis.

Viertens unterliegen auch noch so umfassend inszenierte Parteitage der journalistischen Selektion und Interpretation. Was von einem Parteitag in die Berichterstattung übernommen wird, entscheiden die Redaktionen nach eigenen Kriterien. Sie entscheiden auch, welcher Rede und welcher Handlung eines Teilnehmers besondere Bedeutung zukommt (Meyer 1998, S. 48ff. Schulz 2011, S. 90-100). Daher können sie auch die für die Parteitags Teilnehmer scheinbar unbedeutenden Randereignisse zu zentralen Themen der Berichterstattung aufbauen. Damit steigt die Gefahr, dass auch kleinere Darstellungspatzer eigentlich wenig prominenter Parteitags Teilnehmer zum Anhaltspunkt journalistischer Analysen über den inneren Zustand der Partei gemacht werden können. Genau so können Journalisten ungeschickte Äußerungen prominenter Parteiführer herausgreifen, die die Redner selber eher als weniger wichtig eingestuft hätten. Ob eine Inszenierung der Geschlossenheit gelingt, ist mithin abhängig davon, wie sie von der Vielzahl der einen Parteitags beobachtenden Journalisten wahrgenommen und interpretiert wird. Deren Interpretationen in Nachrichtentücken und Kommentaren bekommen ein Eigengewicht. Dieses wiegt umso schwerer, je mehr das gute Ansehen einer Partei von ihrer medialen Vermittlung abhängt. Die Urteile der Journalisten lassen sich auch durch großen Inszenierungsaufwand nicht kontrollieren und vorhersagen. Denkbar ist sogar, dass die Inszenierung bei den Journalisten den Verdacht erregt, nur einen Schein vorgeführt zu bekommen. In diesem Falle steigt die Neigung zur Dekonstruktion der Inszenierung, die damit eine negative Bewertung erhält.

## **Teil II: Medienimage und Medieninszenierung des Vorsitzenden als Gründe und Mittel des innerparteilichen Machtkampfes um Spitzenämter**

### **1 Spitzenpolitiker als Hauptwerbeträger für die Einwerbung von Wählerstimmen**

#### **1.1 Die Notwendigkeit der Erzeugung guter Eindrücke bei öffentlichen Politiker-auftritten**

Politische Parteien sind abhängig von der Wählergunst. Parteien müssen um Wählerstimmen werben. Dazu müssen sich auch den Wählerwünschen anpassen. Sie müssen also ihr öffentliches Bild gestalten, es in seiner Wirkung auf die Wähler kontrollieren und im Falle einer sinkenden Zustimmung korrigieren.

Viele Ziele politischer Parteien können nur erreicht werden durch Wahlerfolge. Denkbar sind eine ganze Reihe an Nutzen:

- a) Die Partei kann sich um politischen Einfluss bemühen. Diesen Einfluss gewinnt sie durch regierungsfähige Mehrheiten in den Parlamenten.
- b) Die Partei kann für einige ihrer Mitglieder Instrument zur Gewinnung von Ressourcen sein. Parlamentsmandate oder gar Regierungsämter sind auch als individuelle Karriereziele und als ökonomische Versorgung attraktiv. Gleichfalls sorgen Wahlerfolge auch für direkte und indirekte Einkünfte durch die Wahlkampf-kostenerstattung oder durch staatliche Zuschüsse zugunsten der von Parteien gebildeten Parlamentsfraktionen. Fraktionen ermöglichen im Zusammenhang mit diesen Geldern die Einstellung von Mitarbeitern und damit die Ausbildung eines Apparates. Diese Apparate sind auf Bundesebene in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgebaut worden und haben damit die Bedeutung der Bundestagsfraktionen gegenüber den parteiinternen Organisationen stark erhöht (siehe dazu Saalfeld 2007, S. 160f.).

Basis aller dieser Vorzüge sind Wahlerfolge, nicht unbedingt Wahlsiege, aber eben ausreichend große Stimmenanteile. Diese Anteile an Wählerstimmen kann eine Partei nicht erzwingen. Sie besitzt keinen Zugriff auf die Bürger. Sie hat keine Zwangsmittel, um ein erwünschtes Wahlverhalten zu ermöglichen. Die Wähler sind prinzipiell frei in ihrer Entscheidung. Sie können sich entweder der Wahl gänzlich enthalten oder ihre Stimme einer anderen Partei geben. Daher muss sich die Partei durch ihren Wahlkampf das Wohlwollen der Wähler erarbeiten. Sie muss um Wählerstimmen werben. Das heißt aber auch, dass die Partei ihren Wählern ein attraktives Angebot machen muss. Sie muss ihnen positive Anreize bieten, sie zu wählen. Die Wähler müssen in dieser Wahl einen Nutzen erkennen oder sich weltanschaulich wiederfinden können. Die Wähler brauchen einen guten Grund, sich gerade für diese Partei und nicht für eine andere oder für Stimmenthaltung zu entscheiden. Die wahlkämpfende Partei steht dabei im Wettbewerb mit anderen politischen Parteien. Alle denkbaren durch Wahlerfolge erreichbaren Gewinne sind knappe Güter, um die die Parteien konkurrieren. Was die eine Partei aufgrund schlechter Wahlergebnisse verliert, fällt der Konkurrenz zu. Umgekehrt muss jede Partei sich Vorteile gegenüber der Konkurrenz verschaffen, um sich die erstrebten Ressourcen und Einflussmöglichkeiten zu sichern. Sobald die Partei für die Wähler unattraktiv erscheint, riskiert sie, dass die Wähler sich für das Konkurrenzangebot entscheiden könnten.

Also muss die wahlkämpfende Partei auf die Wünsche der Wähler eingehen. Sie darf sie nicht ignorieren oder als „falsch“ oder „unrealistisch“ ablehnen. Wenigstens in Teilen muss sie diese Wünsche aufgreifen und deren Erfüllung versprechen (zu Parteien als auf dem „Wählermarkt“ agierende „Problemlöser“ siehe Wiesendahl 2011, S. 78). Nicht immer müssen sich diese Wünsche auf materiale Eingriffe in die gesellschaftlichen Strukturen beziehen. Es kann gleichermaßen ein Wunsch nach Sinnstiftung oder Identifikations-

angeboten durch Politik und Politiker bestehen. In diesem Fall soll der Politiker eine von den Wählern anerkannte Idee der Gesellschaft verkörpern (Hitzler 1994, S. 157ff.). Die um Anerkennung werbende Partei muss diese Wünsche kennen und sie in der Hoffnung auf ein positives Echo in ihre Selbstdarstellung integrieren. Folglich können Politiker einer Partei nicht spontan ihren je eigenen Überzeugungen und Wünschen folgen. Sie müssen ihren öffentlichen Auftritt stets gestalten. Das erfordert Selbstdisziplin: Die Kontrolle der eigenen Wünsche und Meinungen und die überlegte Gestaltung und Planung dessen, was man öffentlich sagt und tut. Die wahlkämpfende Partei muss ihre öffentliche Erscheinung diszipliniert kalkulieren. Sie muss die Wähler beobachten, muss deren Sicht auf die Partei und deren Wünsche ermitteln. Mit Hilfe dieses Wissens muss sie eine Selbstdarstellung entwickeln, die sie für Wähler attraktiv machen kann. Sie muss die Wirkung ihrer Selbstdarstellung auf die Wähler überwachen, um die Entwicklung eines negativen Images der Partei möglichst schnell und frühzeitig korrigieren zu können. Das wiederum erfordert Wachsamkeit und die Bereitschaft, die eigene Selbstdarstellung zu überarbeiten.

Ein Problem ist dabei freilich, dass Parteien nur wenig über die „Wähler“ wissen können. Die Wünsche und Forderungen der Wähler erreichen sie nur vermittelt, etwa über vereinzelte Kontakte mit Bürgern oder über die Medien (demoskopische Umfragen oder auch O-Töne von Bürgern als Teile der Berichterstattung). Vor allem über die Medien werden „die Wähler“ zu einer Konstruktion, an der sich weiterführende Debatten anknüpfen über die Attraktivität der werbenden Parteien. Die Frage, ob eine Partei wählbar erscheint oder nicht, wird in Leitartikeln und Kommentaren diskutiert. Journalisten nehmen dabei nicht selten für sich in Anspruch, zu wissen, was „die Wähler“ „wirklich“ wünschen und was sie vermeintlich ablehnen. In die Berichterstattung fließen zudem regelmäßig Umfragen ein, die die Wahlneigung der Bürger abbilden sollen. Diese Umfragen und die von ihnen angezeigten Gewinne und Verluste an Popularität der einzelnen Parteien werden wiederum in Leitartikeln kommentiert. Dadurch entstehen mediale Bilder des „Wählers“ und seiner „Wünsche“ und „Forderungen“. Weil die Parteien nur wenig unmittelbaren Zugang zu den meisten Wählern haben, greifen sie auf diese medialen Bilder zurück. Die große Bedeutung von Wählerwünschen erlaubt es nicht, die mediale Darstellung des „Wählerwillens“ zu ignorieren oder sie pauschal als Konstrukte zu verwerfen. Hin und wieder reagieren Politiker zwar mit öffentlichen Verweisen darauf, dass in zeitlicher Entfernung vom Wahltag erhobene Umfragewerte eigentlich nicht sehr realistisch die tatsächliche Parteipräferenz der Bürger abbilden würden. Letztlich müssen die Parteien jedoch wenigstens annehmen, dass diese Umfragen dennoch recht haben könnten. Besonders bei sehr schlechten Umfragewerten muss die Partei darauf vorbereitet sein, dass die Wähler tatsächlich so entscheiden, wie es die Umfrage vorhersagt. Diesem Ernstfall muss die Partei rechtzeitig mit werbewirksamen Maßnahmen begegnen. Sie darf nicht solange abwarten, bis die verheißene Wahlniederlage am Ende tatsächlich eintritt. Daraus folgt freilich, dass

Umfragen und journalistische Debatten über „Wählerwünsche“ das Kalkül einer Partei mitbestimmen, mit welchen Außendarstellungen am besten Wähler geworben werden könnten.

Das Medienbild von Parteien geht aus einem weiteren Grund in das Kalkül der Parteien ein. Urteile von Journalisten, ob eine Partei für Wähler attraktiv ist oder ob eine Partei sich Wählerwünschen öffnet oder verweigert, können wiederum die Sicht der Wähler auf die Parteien beeinflussen. Sobald Journalisten Umfragewerte kommentieren, bilden sie nicht nur die vorgeblichen Präferenzen der Wähler ab. Sie schaffen ein eigenes Bild der von ihnen beurteilten Partei. Damit bieten sie den Medienkonsumenten bereits eine Beurteilung an. Dieses Urteil hat gute Aussichten, als überzeugend wahrgenommen zu werden. Schließlich haben die meisten Wähler auch keinen direkten Zugang zu Parteien. Wo Bürger nicht über ein mit einer Partei verflochtenes Milieu über die Arbeit der Partei informiert sind, sind diese auf die Darstellungen der Medien angewiesen, um sich ein Bild zu machen (Meyer 1998, S. 68; Willems 2009a, S.18). Ihnen fehlen Informationen aus anderen Quellen, anhand derer sie das Medienurteil überprüfen könnten. Sie können daher nur selten einschätzen, ob die Darstellungen der Medien zutreffen oder nicht (Meyer 1998, S. 47). Besonders das Fernsehen sorgt durch seine Bilder dafür, dass die Mediendarstellungen für die Vermittlung einer objektiven und medienunabhängig existierenden Wirklichkeit gehalten werden (Meyer 1998 S. 42f.). Keinesfalls sind Medienkonsumenten manipulierbare „Deppen“, die unhinterfragt alles glauben, was die Medien ihnen anbieten. Aber auch hier muss eine wahlkämpfende Partei mit dem Ernstfall rechnen, dass sich ein negatives journalistisches Urteil am Ende durchsetzen könnte. Daher muss die Partei eine Selbstdarstellung wählen, die negative Journalistenurteile zu vermeiden hilft.

In ihrem Bemühen um ein gutes öffentliches Ansehen gerät eine Partei in das Spannungsfeld zwischen politischer Authentizität und der Anpassung an Wünsche und Forderungen von außen. Parteien beschreiben sich selbst als Gruppen mit einer bestimmten Weltsicht, die sich von der anderer Parteien unterscheidet. Sie formulieren dabei normative Ideale einer als richtig empfundenen gesellschaftlichen Ordnung. Dieses normative Ideal ist zugleich ein Versprechen. Die Partei wirbt öffentlich mit dem Versprechen, die von ihr als richtig propagierte gesellschaftliche Ordnung herzustellen. Dieses Versprechen ist interessant für diejenigen Wähler, die die Weltsicht der Partei teilen oder jene, die die von der Partei verfochtene Ordnung als vorteilhaft für die Verfolgung ihrer eigenen Ziele ansehen. Für diese Wähler bleibt die Partei nur dann ein attraktives Angebot, wenn sie die versprochene gesellschaftliche Ordnung auch herstellt oder wenigstens dieser Vision in ihrer Programmatik treu bleibt. Entsprechend kann eine Partei ihre ideologischen Positionen nicht beliebig verändern, um im Wahlkampf auch für neue Wählergruppen attraktiv zu werden. Sie muss in ihrem öffentlichen Werben stets auch vorführen, dass sie ihre Grundüberzeugungen weiterhin vertritt und dass programmatische Neuerungen mit diesen Überzeu-

gungen prinzipiell vereinbar sind. Zuviel Anpassung an die Wählerwünsche können als „Populismus“ und „Opportunismus“ kritisiert werden. Aber auf der anderen Seite könnte eine rigorose Prinzipientreue und Beharrung auf ideologische Positionen Wählerstimmen kosten. Die Gründe sind vielfältig: Die ideologisch motivierte Kernwählerschaft kann durch sozialstrukturelle Entwicklungen schrumpfen. Manche ideologisch folgerichtige Forderungen einer Partei (z.B. die im Bundestagswahlkampf 1998 von den Grünen erhobene Forderung, der Liter Benzin solle 5 DM kosten) können unpopulär sein, weil sie von vielen als nachteilig empfunden werden. Eine Partei muss daher genau abwägen, wie weit sie in ihrer Selbstdarstellung Wählerwünschen entgegenkommt und wie weit sie sich als prinzipientreue Vertreterin der „richtigen“ gesellschaftlichen Ordnung geben muss. Für die Meisterrung dieser Gratwanderung ist Wissen über die durch die Partei erreichbaren Wählergruppen zweckmäßig. Die Partei muss ermitteln, wie groß und wie prinzipienfest ihre Kernwählerschaft ist. Ebenso muss sie herausfinden, welche anderen Wählergruppen sie mit veränderten Positionen für sich gewinnen könnte. Auch deshalb muss die Partei ihre Selbstdarstellung kontrollieren und gestalten und einem grundsätzlichen Kalkül unterwerfen.

Bei der Gestaltung ihres Selbstbildes muss eine Partei auch das Idealbild der Demokratie als Herrschaft des „Volkes“ berücksichtigen (zur Idee des „Volkes“ Stöltzing 1992). Denn das Idealbild der Demokratie beschreibt „das Volk“ in Gestalt des Wählers bzw. Wahlberechtigten als „Souverän“ (siehe z.B. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 20). Als dieser bestimmt „er“ die Zusammensetzung der Parlamente. Diese Macht des Wählers wird in medialen Darstellungen pathetisch überhöht. Daher müssen wahlkämpfende Parteien eine gewisse Demut gegenüber der Entscheidungsfreiheit des Wählers zeigen. Sie brauchen eine Balance zwischen Selbstbewusstsein und der Demut gegenüber dem Wähler. Sie dürfen dem „Wähler“ nicht mit Forderungen und Befehlen oder mit Arroganz gegenübertreten. „Wählerbeschimpfung“ wird in journalistischen Kommentaren oft als „unsouverän“ beurteilt und wird mitunter auch als schwere Verfehlung der Politiker skandalisiert (siehe das prominente Beispiel Edmund Stoibers aus dem Bundestagswahlkampf 2005, in: Berliner Zeitung 12.08.2005). Auch das mangelnde Eingehen auf Wählerwünsche kann von Journalisten als „Arroganz der Macht“ dargestellt und skandalisiert werden. Freilich gibt es keine verlässlichen Richtlinien für eine Partei, wann ihr öffentliches Auftreten von Journalisten negativ bewertet wird. Welche Haltungen einer Partei als „unflexibel“ verstanden werden und welche als „konsequent“ und „bekenntnistreu“, ist offen. Was als Arroganz der Partei gegenüber dem „Souverän“ ausgelegt wird, ist jeweils eine empirische Frage. Also muss eine Partei das mediale Echo ihrer Auftritte permanent überwachen und auf negative Bewertungen reagieren mit einer Anpassung ihrer Selbstdarstellung. Die permanente Medienbeobachtung und Abstimmung der eigenen Auftritte auf das Medienecho zwingt wiederum zur Disziplin im öffentlichen Auftreten. Dieser Disziplin

sind vor allem jene Parteivertreter unterworfen, die durch ihren Bekanntheitsgrad häufig in den Medien präsent sind.

## **1.2 Wahlerfolge als breit geteiltes Interesse vieler Parteimitglieder**

Eine Vielzahl von Parteimitgliedern hat ein starkes Interesse an Wahlerfolgen der Partei. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- a) Ein bedeutendes Interesse besteht darin, politische Projekte umzusetzen. Einerseits können Idealisten an der Umsetzung der von ihnen als „richtig“ angesehenen Gesellschaftsordnung arbeiten. Andererseits können Mitglieder auch an der Umsetzung einzelner konkreter Teilprojekte interessiert sein (z.B. dem Atomausstieg). Beide Gruppen von Mitgliedern benötigen politische Macht, die allein durch Beteiligung an Regierungen möglich ist. Die Oppositionsrolle genügt ihnen nicht, sie wollen selber aktiv gesetzgeberisch in die gesellschaftliche Ordnung eingreifen.
- b) Wahlerfolge sind auch wichtig für die Mitglieder mit vor allem individuellen Nutzenkalkülen. Die Erringung von Parlamentsmandaten oder von Regierungsämtern ermöglicht vielen Mitgliedern eine wirtschaftliche Existenz als Berufspolitiker. Für den Aufbau einer solchen beruflichen Existenz sind nicht unbedingt Wahlsiege und Regierungsbeteiligungen notwendig. Auch als Abgeordneter einer Oppositionsfraktion kann man von einem bezahlten Mandat leben. Dennoch müssen die Wahlergebnisse hoch genug ausfallen, um Parlamentssitze zu ermöglichen. Gleichzeitig haben diejenigen, die bereits ein Mandat haben, auch ein starkes Interesse daran, diese zu behalten. Ihr Interesse ist es dann, bei der nächsten Wahl wenigstens so viele Wählerstimmen einzuwerben, wie für die Verteidigung der bisherigen Sitzanteile in den Parlamenten notwendig ist. Umfragen, die Stimmenverluste für die Partei prognostizieren, schüren unter diesen Mitgliedern die Angst vor dem Verlust ihrer Berufspolitikerexistenz. Aus dieser Angst heraus hegen sie die Erwartung, dass die prominenten Spitzenpolitiker werbewirksamer in der Öffentlichkeit auftreten.
- c) Wahlerfolge sind ferner auch für die Arbeits- und Kampagnenfähigkeit einer Partei wichtig. Die in Abhängigkeit vom Wahlergebnis vom Staat an die Parteien gezahlte Wahlkampfkostenerstattung ist eine wichtige Einnahmequelle. Ebenso erhalten die Bundestagsfraktionen ebenfalls vom Wahlergebnis abhängige zweckgebundene Zuschüsse, mit denen Mitarbeiterstellen finanziert werden können. Die Fraktionen verwenden diese auch für die Beschäftigung von Fachreferenten, mit deren Hilfe die Fraktion ihre politische Arbeit professionalisieren kann. In gleicher Weise nutzen Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung die Mitarbeiter von Bundes- oder Landesministerien für die Professionalisierung ihrer Arbeit. Dank des Expertenwissens kann die Partei eigene Gesetzentwürfe erarbeiten, Argumente für die ei-



genen politischen Ziele entwickeln und die Gesetzentwürfe anderer Parteien kompetent kritisieren.

- d) Sowohl die Mitarbeiterstellen der Fraktionen als auch die an die Abgeordnetenmandate direkt gebundenen Stellen verschaffen vielen Personen eine berufliche Existenz. Da diese Referentenstellen oft mit Parteimitgliedern besetzt werden, haben auch in dieser Hinsicht viele Mitglieder ein wenigstens ökonomisches Interesse an der Erringung guter Wahlergebnisse.
- e) Wahlerfolge sind auch in einer weiteren Hinsicht für das Funktionieren der Parteiorganisation wichtig. Wer sich verdient gemacht hat, kann durch ein aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestags – oder Landtagswahl belohnt werden. Gefälligkeiten dieser Art erhöhen die Kooperationsbereitschaft der belohnten Personen und erleichtern damit die Verfolgung eigener Interessen dort, wo sie von der Mitwirkung anderer Parteimitglieder abhängig ist. Parlamentsmandate können von Machtzirkeln also als positive Anreize eingesetzt werden, um andere Mitglieder zu einem für sie nützlichen Verhalten zu bewegen (Unterstützung bei bestimmten Projekten, Folgsamkeit usw.).

Angesichts der Fülle der in Deutschland auf allen Ebenen der staatlichen Organisation zu vergebenden Parlamentsmandate, Regierungsämter und Mitarbeiterstellen sowie angesichts der durch Wahlerfolge möglichen Gewinne für die Partei als Organisation ist die Zahl der an Wahlerfolgen interessierten Mitglieder einer Partei sehr hoch. Aber nur ein geringer Teil dieser Personen kann über öffentliches Auftreten in den Medien größeren Einfluss auf das öffentliche Ansehen der Partei nehmen. Die Medien konzentrieren sich in ihrer politischen Berichterstattung auf eine kleine Gruppe von Spitzenpolitikern. Die vielen auf Wahlerfolge angewiesenen Parteimitglieder sind daher von dem Verhalten dieser wenigen medial präsenten Spitzenpolitiker abhängig.

### **1.3 Medial präsente Spitzenpolitiker als Hauptwerbeträger der Partei**

In Medienberichten aber auch in der Selbstdarstellung von Politikern erscheint Politik als das Ergebnis des Handelns einiger weniger prominenter Personen. Nur wenige Spitzenpolitiker finden den Weg in die Nachrichten. Präsent sind lediglich sehr prominente Vertreter der Parteiführung, der Regierung oder der Parlamentsfraktionen auf der Nationalstaatsebene. Daneben können auch Politiker Raum in der Berichterstattung finden, die aufgrund ihrer besonderen rhetorischen Fähigkeiten besonders unterhaltsam wirken. Dagegen bleiben schon die meisten Bundestagsabgeordneten von den Medien meistens unberücksichtigt. Ihre politische Arbeit findet nur sehr selten einen Niederschlag in den Medienberichten (Scheuch/Scheuch 1995, S. 153ff.; Wiesendahl 2004, S. 131; Schulz 2011, S. 68; in literarischer Reflektion der eigenen Abgeordnetenkarriere Lattmann 1977,

S. 14ff.). Aber auch viele durchaus einflussreiche Landespolitiker, wie die Vorsitzenden der Landesverbände der Partei, Vorsitzende der Landtagsfraktionen oder Landesminister finden zumindest in den überregionalen Medien seltener Erwähnung. Das gilt erst recht für die Tätigkeit der Abgeordneten und Amtsinhaber auf kommunaler Ebene. Die ganze Breite an Mandatsträgern einer Partei bleibt mithin unsichtbar für alle diejenigen, die allein über Politik allein über die Medien etwas erfahren. Das begünstigt, dass die medial präsenten Spitzenpolitiker mit ihren Parteien gleichgesetzt und identifiziert werden. Die Medienkonsumenten besitzen nicht genügend Informationen, um die Kompetenzen einer Partei wahrzunehmen und ihren Anteil an politischen Entscheidungen auf den unterschiedlichsten administrativen Ebenen nachzuvollziehen.

Wo Wähler sich vor allem über die Medien über das politische Geschehen und das zur Wahl stehende Angebot politischer Parteien informieren, tragen also die medial präsenten prominenten Politiker die Hauptlast der Einwerbung von Wählern für ihre Parteien. Damit ist eine Vielzahl der am Wahlerfolg der Partei interessierten Politiker von den öffentlichen Auftritten ihrer prominentesten Repräsentanten abhängig. Ihre Chancen auf Erringung von Mandaten auf allen Ebenen der administrativen Gliederung des Landes (Kommune, Länder, Bund) sind an die Erzeugung guter Eindrücke durch die Spitzenpolitiker geknüpft. Aufgrund dieser Abhängigkeit hegen sie Erwartungen an die öffentlichen Auftritte ihrer Repräsentanten. Diese sollen durch ihr öffentliches Auftreten sowohl negative Eindrücke vermeiden als auch einen guten Eindruck erzeugen. Wer im Namen der Partei öffentlich etwas sagt oder tut, soll jeden Imageschaden für die Partei vermeiden. Das gilt zugleich für jeden, von dem die Öffentlichkeit (Medien, Wähler oder politische Gegner) glauben könnten, sie sprächen für die Partei. Es genügt, dass ein Politiker als Sprecher der Partei wahrgenommen wird. Wo das geschieht, muss diese Person sich um die Vermeidung von schlechten Eindrücken bemühen. Erwartet wird von jedem, der für die Partei öffentlich auftritt, dass er der Partei nützt. Er soll einen guten Eindruck im Dienste der Partei erzeugen. Daher darf er in der Öffentlichkeit weder alles sagen noch tun. Er muss die Wirkungen von seinen öffentlichen Worten und Taten bedenken und kalkulieren. Er muss seinen Auftritt immer auch auf die verschiedenen Beobachter hin planen und deren mögliche Wahrnehmung des Politikerauftrittes in seine Auftrittsplanung mit einbeziehen.

Die Erwartung der Vermeidung von Imageschäden ist plausibel aufgrund des breiten Interesses an einem guten Image. Der Schaden, den ein schlechter öffentlicher Auftritt eines Parteivertreters verursacht, betrifft nicht nur diesen Vertreter allein. Wo dadurch das Ansehen der Partei insgesamt leidet, sinken auch die Chancen der anderen Parteimitglieder. Die Wirkung eines öffentlichen Auftrittes reicht damit über den Auftretenden hinaus. Deshalb erwartet man von ihm Verantwortung und eine Berücksichtigung, welche Folgen sein Auftreten für andere haben könnte. Ein öffentlicher Auftritt darf darum nicht unbedacht erfolgen. Wer auftritt, muss sein öffentliches Handeln genau abwägen. Er darf nicht allzu

spontan sein. Denn diese Anderen müssten einen Imageschaden einfach hinnehmen und erdulden, ohne selber dazu beigetragen haben. Ihre Chancen würden sinken, weil jemand anderes öffentlich das Falsche sagte oder tat. Daher erwarten alle, die selber nicht öffentlich agieren, von jedem in der Öffentlichkeit präsenten Parteivertreter, dass er die Chancen der anderen wahr.

Wer diese Erwartungen verletzt, muss mit der Kritik der Geschädigten rechnen. Sein Auftreten könnte von ihnen in vielfältiger Weise sanktioniert werden. Wer das Image der Partei mutwillig oder unbeabsichtigt beschädigt durch seinen öffentlichen Auftritt, schafft sich Gegner und bietet den bereits existierenden Gegnern Angriffsflächen.

Bei den auf Wahlerfolge Angewiesenen handelt es sich um die Mitglieder, die aktiv im Parteileben mitwirken. Auch andere Mitglieder, die vielleicht aus Überzeugung oder Sympathie mit der Programmatik in die Partei eingetreten sind, mögen sich Wahlerfolge wünschen oder sich über die Verschlechterung von Wahlchancen ärgern. Wo sie jedoch als Mitglieder inaktiv sind, bleiben ihre Wünsche und bleibt ihr Ärger ungehört. Die aktiven Mitglieder, die an Parteiversammlungen teilnehmen, Ämter auf allen Ebenen der Parteihierarchie ausfüllen, können Wünsche und Ärger vernehmbar artikulieren. Wo sie Ämter oder Mandate bekleiden, können sie auch Ressourcen mobilisieren, um Forderungen nach einer Verbesserung des öffentlichen Erscheinungsbildes der Partei auch wirksam auszusprechen. Viele derjenigen, die an einem guten öffentlichen Image der Partei ein Interesse haben, verfügen auch über Machtmittel, mit denen sie ihre Forderungen sanktionieren können. Zwar sind viele dieser Mitglieder nicht in den Medien als Prominente präsent. Aber sie verfügen als Mitglieder der Parteiführung auf Kreis-, Bezirks- oder Landesebene oder als Mitglieder einer Landesregierung über Machtmittel. So können sie auf Parteitag Delegiertenstimmen ihrer jeweiligen lokalen Parteigliederungen einsetzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Als Mitglieder der Landesregierung können sie politische Projekte der Bundesparteführung blockieren oder unterstützen. Damit werden sie zu wichtigen Verhandlungspartnern, deren Einverständnis die Bundesführung mitunter durch Entgegenkommen oder Gefälligkeiten einwerben muss. Mit einem solchen Verhandlungsgewicht können diese Mitglieder den unbotmäßigen Spitzenpolitikern den Entzug der Unterstützung für deren politische Projekte oder für deren Wiederwahl auf einem Parteitag androhen. Auf diese Weise haben sie die Möglichkeit, das von ihnen erwünschte Verhalten der medial präsenten Parteivertreter zu erzwingen oder deren Fehlverhalten nachträglich zu „bestrafen“.

Nicht immer haben die Kritiker des öffentlichen Auftretens der Parteiprominenz die nötige Stärke oder den nötigen Einfluss, um die Führungspersonen zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Aber auch dann können Spitzenpolitiker durch diese Kritik gefährdet werden. Das ist der Fall, wenn die Kritik zum Thema in den Medien wird. Journalisten können diese Kritik als Beleg für ihre Annahme zitieren, dass diese Führungsmitglieder nicht

mehr von der Parteimitgliedschaft gewollt werden. Damit können die Journalisten die Legitimität dieser Personen als Inhaber der höchsten Parteiämter in Frage stellen. Zumindest im Ideal der innerparteilichen Demokratie werden die Mitglieder der Parteiführung durch die „Basis“ ausgesucht und gewählt. Der „Basis“ wird das Recht der Personalentscheidung zugesprochen. Mehren sich kritische Stimmen von Mitgliedern, dass man die kritisierten Führungspersonen für ungeeignet für ihr Amt hält, gerät ihre Legitimität wenigstens in der öffentlichen Darstellung durch die Medien ins Wanken. Die Medien zeichnen das Bild von Führungsmitgliedern, die von einem Teil der Parteimitglieder nicht mehr als Stellvertreter ihrer Interessen und Haltungen anerkannt werden. Journalisten können die innerparteiliche Kritik zudem zum Anlass für Spekulationen darüber nehmen, wie sehr der Rückhalt dieser Führungsmitglieder bereits verloren gegangen sein mag. Eine solche Darstellung schafft Rechtfertigungszwänge für die Kritisierten. Sie müssen den Eindruck der Unbeliebtheit bei den Mitgliedern korrigieren. Nur dann können sie darauf hoffen, auch von Medienkommentatoren wieder als legitime Stellvertreter der Mitgliederinteressen wahrgenommen zu werden. Dank der Medienberichterstattung überschreitet diese Diskussion jedoch die Parteigrenzen. Leitartikler und politische Gegner schalten sich in diese Diskussion ein, sie ist nicht mehr länger eine innerparteiliche Angelegenheit. Der Rechtfertigungszwang bringt die Kritisierten in die Defensive. Kritiker, die bislang geschwiegen haben, können sich durch die Berichterstattung ermutigt sehen, ihrerseits öffentlich gegen diese Führungsmitglieder zu argumentieren.

## **2 Mediale Personalisierung und Dramatisierung als typische Probleme der Inszenierung von Politik**

Der Umgang der Medien mit Politik stellt die Spitzenpolitiker bei ihrer öffentlichen Selbstinszenierung vor typische Probleme. Politik wird oft personalisiert und als das Ergebnis des Handelns einiger weniger, vermeintlich „mächtiger“ Personen beschrieben (Koenen 2004, S. 216; Wiesendahl 2009, S. 42). Das Handeln dieser Personen leiten viele Medienberichte vornehmlich her aus den unterstellten subjektiven Gefühlslagen und charakterlichen Eigenheiten der beschriebenen Politiker. Die Personalisierung von Politik wird ergänzt durch dramatisierende Erzählungen von Machtkämpfen. Strukturelle Grundlage für diese Erzählungen ist die innerparteiliche Hierarchie. Den extrem knappen Spitzenämtern in einer Partei steht eine Überzahl an Interessenten gegenüber. Ein Machtkampf um diese Spitzenämter ist wahrscheinlich. Diese Machtkämpfe bieten den Medien Stoff für unterhaltensame Erzählungen von Konflikten, Siegen und Niederlagen. Derartige Erzählungen können in der Medienberichterstattung dominant werden und die Selbstdarstellungsbemühungen von Spitzenpolitikern untergraben, aber auch begünstigen.

## 2.1 Mediensicht: Rückführung der Politik auf wenige Spitzenpolitiker

Die wenigen medial präsenten Spitzenpolitiker werden in den Medien häufig als Figuren mit einer bestimmten Persönlichkeit dargestellt. Dieser Persönlichkeit werden charakteristische Gefühlslagen und Eigenheiten unterstellt. Das Interesse der Medien und ihrer Konsumenten an dem Politiker als Privatmensch mit Emotionen und Charaktereigenschaften findet seine Basis in dem modernen Verständnis von Individualität (Tänzler 2007, S. 120). Diese zeige sich erst jenseits öffentlicher Rollen im Privatleben. Nur hier könne der Mensch ganz er selber sein, während die Rollen in Beruf und Amt ihn von sich selbst entfremden würden. Die moderne Idealisierung der Selbstverwirklichung führe zu der Erwartung, dass der Politiker als Privatmensch mit seinem Lebensstil die Werte einer von vielen Menschen als „richtig“ angesehenen gesellschaftlichen Ordnung verkörpern solle. Sein Amt solle er authentisch führen, ohne zu sehr die Grenzen zwischen privat und öffentlich zu verwischen. Seine Politik solle er aus persönlicher Überzeugung machen (ebd.). Entsprechend werden Politiker von den Medien auch als Privatleute beobachtet und beschrieben, um dadurch Anhaltspunkte für ein Urteil über ihre persönliche Qualifikation für ihr Amt zu erhalten. Dass Politiker als Privatpersonen, als „Menschen“ hinter ihrer Rolle beschrieben werden, ist freilich auch begünstigt durch Selbstdarstellungsstrategien der Politiker selber. Sie wissen, dass ihre öffentlich vorgeführten Rollen als der „Ehrliche“ oder der „Macher“ usw. umso glaubwürdiger wirken, je mehr sie diese auch in scheinbar privaten und damit vorgeblich uninszenierten Situationen verkörpern. Deshalb stellen sie sich bewusst in den Medien auch als „Privatmenschen“ dar. Sie nutzen den Umstand aus, dass Mimik, Gestik und Stimme von den meisten Menschen als „Glaubwürdigkeitsindiz“ für die Worte einer Person gedeutet werden (Meyer 1998, S. 83, 94f.).

Die von den Medien vorgenommene Beschreibung des Politikers als „Menschen“ mit Emotionen und Charaktereigenschaften kann sich als Stereotyp verfestigen. Der so beschriebene Politiker wird dann von Medien und Medienkonsumenten als dieser Charakter wahrgenommen. Gleichzeitig nutzen Medien diese Charakterbeschreibung als Folie für die Erklärung des Handelns von Politikern. Die als Persönlichkeiten dargestellten Politiker können überdies Sympathie und Antipathie bei den Medienkonsumenten wecken. Das bereitet den Boden für Vergleiche zwischen verschiedenen, durch die Medien präsentierten Politikerpersönlichkeiten. Medienkonsumenten ergreifen Partei für den von ihnen bevorzugten Politikertyp. Sie verfolgen den Kampf der „Sympathischen“ gegen die „Unsympathischen“ oder der „Ehrlichen“ gegen die „Verlogenen“ mit großer Aufmerksamkeit und innerer Anteilnahme. Das bietet den Medien die Möglichkeit, das Handeln der medial präsenten Spitzenpolitiker als dramatische Erzählung von Machtkämpfen aufzubauen.

Die mediale Darstellung von politischen Entscheidungen wird durch die Konzentration auf das Handeln der Spitzenpolitiker oft zu einer Erzählung im ästhetischen Sinne. Medienberichte verzichten oft auf die Analyse von strukturellen Bedingungen politischer

Entscheidungen. Das Wirken der Institutionen bleibt unausgeleuchtet. Handlungsbedingungen und -zwänge der Politik, die sich aus Ökonomie und aus dem Aufbau des politischen Systems ergeben, werden häufig nur randständig behandelt. Damit unterbleibt die Darstellung eher wissenschaftlicher „trockener“ Fakten und Zusammenhänge. Zugleich wird die Darstellung der Aktionen der Hauptpersonen gestaltet, damit sie für Leser und Zuschauer interessant wird. Die Art der Formulierung des Textes sowie seine optische Gestaltung sollen die erzählte Geschichte dramatisieren und das Interesse der Leser/ Zuschauer wecken (Ackermann 1992, S. 242). Besonders in der journalistischen Gattung der „Reportage“ kommen verstärkt auch ästhetische Elemente zum Einsatz. Hier vermischen sich die Berichterstattung als schlichte Wiedergabe von Tatsachen und die Beschreibung von subjektiven Eindrücken und Gedanken des Reporters. Die Abfolge der erzählten Ereignisse ist in Reportagen nicht zwingend chronologisch. Wie in literarischen Texten kann eine Reportage mit Rahmenerzählungen und zeitlichen Vorgriffen und Überblendungen arbeiten, um die Aufmerksamkeit des Lesers oder Zuschauers zu gewinnen (Ackermann 1992, S. 239). Damit bekommen die Berichte einen unterhaltenden Charakter, erzeugen Spannung und Neugierde.

Die Spitzenpolitiker als Protagonisten dieser Erzählungen werden in ihren Rollen gestaltet, sie erscheinen als Verkörperung bestimmter typischer Figuren, etwa als „Helden“, „Schurken“, als tragisch in sich widersprüchliche Personen, als „Zauderer“ und viele mehr (Meyer 1998, S. 80ff; Stölting 1996, S. 68). Diese Rollenzuschreibung ist ein Ergebnis der Psychologisierung. Journalisten können solche Typisierungen von Spitzenpolitikern zunächst aus heuristischen Gründen entwerfen, weil ihnen zu wenig Informationen zur Verfügung stehen. Nicht selten können Journalisten nur die öffentlichen Erklärungen von Politikern als einzige Informationsquelle nutzen, während die eigentlich interessierenden Aktivitäten unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ stattfinden, z.B. in informellen Verhandlungsrunden. Die Politiker bemühen sich, Kritik und negativen Kommentaren vorzubeugen. Daher sind die an die Journalisten gerichteten Stellungnahmen möglichst unverfänglich formuliert. Die Journalisten spüren diese Absicht und suchen nach Details in Mimik, Körpersprache oder Wortwahl der Politiker, die gegen die Absicht doch verraten könnten, was verborgen werden soll. Diese Detailbeobachtungen werden ausgedeutet, um ein vollständigeres Bild zu erhalten, als es in den offiziellen Stellungnahmen gezeichnet wird. Ein Beispiel mag diese These illustrieren:

Die CDU-Präsidiumssitzung muss außergewöhnlich ruhig verlaufen sein an diesem Montag, zumindest im Vergleich zu den vergangenen Wochen. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla jedenfalls vermerkte, es habe eine „kameradschaftliche, ja ich würde sagen, heute freundschaftliche“ Stimmung geherrscht. Heute. Die Führung der Bundes-CDU und die Ministerpräsidenten stünden beieinander. Das „heute“ lässt er an dieser Stelle weg. (Fras/Vates, Berliner Zeitung 10.10.2006)

Die Journalisten bemühten sich durch die Ausdeutung der Formulierungen eines Politikers, etwas über den Charakter einer Sitzung zu ermitteln. Zu dieser Sitzung selbst hatten sie keinen Zugang.

Ein Weg, um das von den Politikern sorgfältig verborgene Geschehen zu „enthüllen“, ist die Suche nach den persönlichen Absichten und Motiven der vom Journalisten in den Blick genommenen Politiker. Aus diesen subjektiven Gefühlslagen leiten Journalisten Vermutungen über nicht-öffentlich ausgetragenen Konflikte und Machtkämpfe in der Partei ab. Deshalb bleiben die journalistischen Berichte, insbesondere die Reportagen nicht beschränkt auf die schlichte Beschreibung von Handlungen, so, wie sie von Journalisten beobachtet werden konnten. Die beobachtbaren Fakten werden illustriert durch weitreichende Spekulationen über die Handlungsmotive und Ziele der Protagonisten. Körpersprache und Mimik der handelnden Personen werden abgebildet, beschrieben und ausgelegt als Indizien der Gefühlswelt der beschriebenen Politiker. Die Politiker werden geschildert als Personen mit „menschlichen Regungen“. Ihr Handeln wird in dieser Darstellung nicht durch nüchterne Fakten begründet, sondern als Folge von Gefühlen, Vorlieben, Abneigungen der Politiker (zur Betonung des „Menschlichen“ in der Fernsehberichterstattung siehe Schulz 2011, S. 239).

Aus diesen Indizien wiederum versuchen die Autoren eine Charakterisierung der handelnden Personen abzuleiten. Ihnen werden durch diese Deutungen Persönlichkeiten mit bestimmten psychologischen Dispositionen zugeschrieben. Diese psychologischen Dispositionen wirken wie eine Erklärung der durch das Auge des Journalisten beobachtbaren Handlungen. Die dargestellten Spitzenpolitiker tun, was sie tun, weil es ihrem Charakter entspricht. Sie tun es, weil sie dieses oder jenes empfinden und weil sie zu diesen oder jenen Gefühlen von ihrer Persönlichkeit her neigen (Neid, Ehrgeiz, Ärger z.B.). Durch diese journalistische Deutungsarbeit erscheinen die Politiker durch ihre grundlegende Charakterisierung als bestimmte Typen mit Eigenschaften, die sich immer wieder in ihrem Handeln widerspiegeln. Der ihnen zugeschriebene „Machthunger“ oder die „Zögerlichkeit“ werden als Konstanten im Handeln dieser Politiker dargestellt. Genau diese Konstanten erlauben dann die Beschreibung der Politiker als Typen: Als der „Machthungrige“, „der Ehrgeizige“, „der Zögerliche“ und viele mehr. Wiederum soll ein Beispiel das Gesagte untermauern:

Sven Petke weiß immer Bescheid. Das ist dem 38-jährigen Generalsekretär der Brandenburger CDU wichtig. Sehr wichtig. Er weiß so genau wie niemand sonst, wer mit wem paktiert in seiner Partei und wer sich feindlich gesonnen ist. Er weiß, wer mit wem telefoniert und gibt seinen Getreuen Direktiven, mit wem der Kontakt zu meiden ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass ihm jetzt zugetraut wird, den E-Mail-Verkehr von Parteifreunden mitgelesen zu haben. Selbst wenn die Vorwürfe gegen ihn noch längst nicht bewiesen sind, völlig abwegig erscheinen sie nicht. (Beyerlein, Berliner Zeitung 09.09.2006)

Derartige Typisierungen können sich verfestigen und zu einem oft wiederholten Allgemeinplatz werden. Aus einer konkreten, von einem Journalisten gefertigten Momentaufnahme eines Politikers als „Menschen“ kann eine Darstellung seines „Charakters“ werden,

wie er sich vorgeblich immer wieder in seinen Aktivitäten zeigt. Andere Journalisten können ähnliche Beobachtungen machen und ähnliche Schlussfolgerungen daraus ziehen und so das zuerst entwickelte Bild bestätigen. Die früher entwickelten Charakterisierungen können für weitere Journalisten zugleich eine Arbeitserleichterung sein, weil sie als Textbausteine dabei helfen, mit geringerem Aufwand ein plausibles Bild von dem Politiker zu zeichnen. Wenn diese journalistischen Deutungen und Charakterisierungen überzeugen, der übernimmt sie als „Wahrheit“. In diesem Fall benutzen Journalisten die Politikertypisierung, stellen diese aber dar, als wäre sie ein unstrittiger Fakt. Alle Anzeichen dessen, dass es sich bei dieser Unterstellung von Gefühlen und Eigenschaften um unbestätigte Hypothesen handelt, sind dann in diesen Texten entfernt. Je häufiger diese Typisierungen in den Medien wiederholt werden, desto mehr verselbstständigen sie sich. Die Charakterisierung des Politikers, ursprünglich aus Informationsmangel heraus entworfen, wandelt sich von der heuristischen Hypothese zu einer Prämisse, aus der immer wieder das Handeln des charakterisierten Menschen hergeleitet wird.

Für die Medienkonsumenten gewinnt diese Typisierung an Überzeugungskraft schon aufgrund ihrer Entwicklung aus den Detailbeobachtungen. Wo sich Reportagen vorrangig auf die Vermenschlichung ihrer Hauptfiguren konzentriert und weniger der Analyse von Strukturen widmet, ist eine Psychologisierung naheliegend. Die beobachteten Politiker werden dem Leser beschrieben wie in einem literarischem Text. Der Leser soll Mimik, Körpersprache und andere Details möglichst vor seinem inneren Auge sehen können. Dadurch erscheint der so dargestellte Politiker mehr und mehr „menschlich“. Er ist in dieser Perspektive nicht mehr nur Inhaber einer Funktion. Ebenso konzentriert sich eine derartige Reportage auch nicht mehr allein auf die Wiedergabe der gerade stattfindenden Aktionen des Politikers (die Verkündung eines Verhandlungsergebnisses z.B.). Anhand seiner Detailbeobachtungen entwickelt der journalistische Autor seine Vermutungen über das tatsächliche Geschehen hinter der öffentlichen Fassade der Politiker und über die psychologischen Motive. Diese Mutmaßungen kann der Leser oder Zuschauer zum Teil auch selber nachvollziehen. Er kann die dargestellten Detailbeobachtungen als Grundlage für eigene Mutmaßungen über Gefühle und Charakter der Politiker nutzen und prüfen, ob seine Vermutungen mit denen des Journalisten übereinstimmen. Je überzeugender und genauer der Journalist einen Politiker mit seiner Mimik, Körpersprache und seinem Verhalten beschreibt, desto mehr glauben die Medienkonsumenten, eine objektive Beobachtungsgrundlage zu haben. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die von Journalisten verwendeten Typisierungen auch von den Medienkonsumenten als fundierte Tatsachenbeschreibungen verstanden werden.

Die journalistische Darstellung von Gefühlen und Charakter von Politikern erhöht außerdem den Unterhaltungswert dieser Art von Berichten. Die Medienkonsumenten werden eingeladen, sich in die Gefühlswelt der beschriebenen Politiker einzufühlen. Ein solcher



Medienbericht kann bei den Lesern und Zuschauern Gefühle auslösen, sie berühren. Im Zusammenhang mit dieser Emotionalisierung begünstigt die journalistische Politikertypisierung, dass sich die Medienkonsumenten mit einigen Figuren der Erzählung identifizieren können und dass sie andere ablehnen. Damit steigt die Anteilnahme der Zuschauer und Leser an den erzählten Ereignissen. Gleichzeitig bleiben sie auch konzentriert auf das dargestellte Personal, während ein weiterführendes Interesse an strukturellen Hintergründen des Geschehens in den Hintergrund tritt. Ebenso gerät die Vielzahl von weiteren an politischen Entscheidungen beteiligten Personen aus dem Blick. Weniger prominente Politiker entziehen sich der Wahrnehmung. Das begünstigt eine Gleichsetzung der in Medienberichten als Protagonisten beschriebenen Politiker mit ihren Parteien. Die Aktivitäten der weniger prominenten Politiker der selben Partei bleiben ausgeblendet. Der Zuschauer oder Leser kann aufgrund der fehlenden Informationen keine Differenzen ausmachen zwischen dem Handeln der medial präsenten Spitzenpolitiker und der Vielzahl der politisch Aktiven ihrer Parteien. Daher bleiben ihm tatsächlich bestehende ideologische Differenzierungen und Interessengegensätze auch häufig verborgen. Die Haltung der Partei und das Handeln ihrer Spitzenpolitiker erscheinen dem Medienkonsumenten sehr wahrscheinlich als eine Einheit. Wo Medienkonsumenten, aber auch Journalisten die wenigen medial präsenten Spitzenpolitiker mit ihren Parteien identifizieren, ist das Image dieser Spitzenpolitiker entscheidend dafür, wie eine Partei wahrgenommen wird. Entsprechend müssen sich die Spitzenpolitiker in diesem Fall um ein gutes öffentliches Image kümmern, damit sie die Erwartungen an sie erfüllen können, in der Öffentlichkeit stets an einem guten Ansehen der Partei zu arbeiten.

## **2.2 Mediale Unterstellung permanenter Machtkämpfe um knappe Spitzenämter**

Die als Typen beschriebenen Politiker können in Medienberichten zu Protagonisten dramatischer Erzählungen von Machtkämpfen und Konflikten werden. Die Struktur der innerparteilichen Hierarchie erzeugt typische Beziehungskonstellationen, in denen die medial präsenten Politiker miteinander handeln und umgehen müssen. Diese Konstellation ist dank des pyramidalen Aufbaus der Parteiorganisation potenziell konfliktiv. An der Parteit Spitze gibt es nur sehr wenige, also extrem knappe Führungsämter. Die höchste Position in der Hierarchie wird am seltensten vergeben. In den meisten Parteien kann nur einziger Mensch das Amt des Parteivorsitzenden bekleiden. Aber auch in den Parteien mit zwei Vorsitzendenposten (Grüne, Die Linke) bleibt diese Knappheit bestehen. Die Chancen für den Einzelnen, eines der höchsten Parteiämter zu besetzen, sind rechnerisch sehr klein. Gleichzeitig steht diesem knappen Angebot an Spitzenämtern eine Überzahl an Interessenten gegenüber. Die Interessenten konkurrieren miteinander um die wenigen Führungspositionen. Nicht alle Bewerber können darauf hoffen, das erstrebte Amt auch zu erhalten. Unter den vielen Bewerbern erfolgt eine Auslese. Wer ein Amt erringt, ist zugleich Sieger

in einer Art Wettbewerb. Weil Führungsämter Wahlämter sind, kann der Wettbewerb um sie offen sein. Die Parteiführung wird auf einem Parteitag gewählt. Die Konkurrenten müssen sich bei den Delegierten um deren Wählerstimme bewerben. Der Wettbewerb kann aber auch verdeckt erfolgen, wenn es zu nicht-öffentlichen Allianzenbildungen im Vorfeld des Parteitages kommt, mit denen sich Bewerber schon vorab Delegiertenmehrheiten zu sichern versuchen. In jedem Falle sind die Schicksale der Konkurrenten miteinander verknüpft. Der Sieg des einen ist die Niederlage des anderen. Dem Sieger stehen die ihm unterlegenen Konkurrenten gegenüber. Sie müssen die Erreichung ihrer Ziele – wenigstens zeitweilig – aufgeben. Sie müssen hinnehmen, dass ein anderer erreicht, was sie auch erreichen wollen. Dessen Sieg ist der Grund, warum sie selber ihr Ziel nun nicht mehr erreichen können. Diese Wechselwirkungen produzieren Schicksale und Geschichten, die wiederum als unterhaltsame Erzählungen in den Medien die Aufmerksamkeit der Medienkonsumenten erzeugen können (Meyer 1998, S. 70).

Die Konkurrenz um Führungsämter ist in einer demokratisch verfassten Partei immer nur vorläufig beendet. Amtsinhaber sind prinzipiell austauschbar. Niemand hat einen Anspruch darauf, sein Amt auf Lebenszeit behalten zu dürfen. Die Ämter sind durch Organisationsstatuten, Regeln, Satzungen sowie durch das Parteiengesetz festgelegte Stellen innerhalb einer festgelegten Organisationsstruktur. Diese Stellen sind nicht an eine Person gebunden, sie sind Teil eines abstrakten, überpersönlichen Konzepts einer arbeitsteiligen, auf die Erfüllung bestimmter Zwecke ausgerichteten Organisation. Im Falle eines Personalwechsels bleibt dieses Konzept unangetastet. Das Ausscheiden eines Amtsinhabers stellt mithin die Organisationsstruktur nicht in Frage. Es wird lediglich dessen Stelle vakant, die neu besetzt werden muss, damit die Organisation weiterhin ihre Aufgaben erfüllen kann. Genau das erleichtert es auch, Amtsinhaber auszutauschen (zur „Austauschelastizität“ durch die Einrichtung von festen Ämtern siehe Luhmann 2002, S. 91ff.). Der Austausch liegt dann nahe, wenn der Amtsinhaber die Bedingungen für eine Delegation des Amtes an ihn nicht mehr erfüllt. Solche Bedingungen werden formal festgelegt, etwa durch das Parteiengesetz oder das Statut. Die Parteimitgliedschaft, insbesondere die Führungseliten der Partei, aber auch der Apparat der hauptamtlichen Mitarbeiter können sowohl fachliche Kriterien bestimmen als auch Erwartungen an die Persönlichkeit des künftigen Amtsinhabers formulieren. Erfüllen Amtsinhaber diese Bedingungen nicht, können sie ausgetauscht werden. Der Amtsinhaber ist daher prinzipiell verletzlich, er kann sich seines Amtes nie endgültig sicher sein und muss immer damit rechnen, es zu verlieren.

Weil Führungsämter in einer Partei Wahlämter sind, erfordern sie eine Entscheidung der Partei. Diese Entscheidung treffen die Delegierten auf dem Parteitag, aber auch die führenden Vertreter der Landesverbände, die versuchen, die Delegierten ihres Landesverbandes für die eigenen Interessen einzuspannen. Jede Entscheidung ist exklusiv: Wer sich für einen Bewerber A entscheidet, entscheidet sich gegen einen Bewerber B oder C. Die-

ser Ausschluss erfolgt auch dann, wenn sich B und C gar nicht erst zur Wahl gestellt haben. Das Führungsamt existiert unabhängig von der konkreten Person des Inhabers und seiner Konkurrenten. Es muss daher nicht zwingend mit Bewerber A besetzt werden. Es doch mit A zu besetzen ist eine Entscheidung. Diese Entscheidung hält den Gedanken am Leben, dass das Amt immer auch anders besetzt hätte werden können, als man es tat (Luhmann 2006, S. 142). Eine wenigstens theoretische Alternative zum aktuellen Amtsinhaber wird deshalb immer mitgedacht. Delegierte wie auch sonstige Parteimitglieder können sich aufgrund der Auswechselbarkeit des Amtsinhabers immer vorstellen, dass es später mal einen anderen, vielleicht besseren Kandidaten geben könnte. Latent stellt sich den Entscheidern auch die Frage, ob man bei der Wahl des aktuellen Amtsinhabers überhaupt richtig entschieden hat. Wird dieser Zweifel manifest, kann der Amtsinhaber in Gefahr geraten, weil die Zweifler über seine Abwahl und seine Ersetzung durch einen Besseren nachdenken.

Die prinzipielle Austauschbarkeit des Amtsinhabers und die extreme Knappheit an Spitzenämtern in der Partei legen Beobachtern die Vermutung nahe, dass fortwährend um diese Spitzenämter Machtkämpfe geführt werden. In dieser Beobachterrolle können sich Journalisten, Bürger, aber auch Politiker wiederfinden. Wenn diese Personen darüber nachdenken, welche Beziehungen sich aus Parteihierarchie und der Knappheit der Spitzenämter zwischen den bekannteren Politikern einer Partei ergeben müssen, werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit an Konkurrenzbeziehungen denken.

Die Wahrscheinlichkeit von Machtkämpfen ergibt sich aus der Annahme von Aufstiegsambitionen bei denjenigen, die bereits in der Parteihierarchie Ämter bekleiden, aber anderen Amtsinhabern nachgeordnet sind. In einer Hierarchie bestimmen sich alle Positionen auch durch ihre Beziehung zu anderen in ihr verankerten Positionen. Alle Positionen in einer Hierarchie lassen sich vergleichen nach den Kriterien von „mehr oder weniger Macht oder Prestige“ oder „höher oder niedriger als die andere Position“. Eine Position in der Hierarchie ist darum nie neutral. Was sie ist, wie sie zu bewerten ist, ergibt sich stets aus diesem Vergleich. Aufstiegsambitionen entstehen durch diese Vergleiche, die einhergehen mit einer Bewertung der Unterschiede zwischen den Positionen. Wird das „weniger“ oder „niedriger“ als Defizit verstanden, entsteht der Wunsch, diesen Mangel zu beheben. Wer mehr Macht oder Prestige haben will, schaut also nach oben zu den höheren Positionen, die über seiner liegen. Der Aufstieg erscheint als einzige Lösung des Mangelproblems. Eine negative Bewertung des „weniger“ oder „niedriger“ ist aber nicht allein von der Persönlichkeit eines Aufstiegsinteressierten abhängig. Wenn die übergeordnete Position starken Einfluss auf die ihr untergeordneten hätte, kann diese Bewertung schon strukturell nahe liegen. Die Weisungsbefugnis des Höhergestellten oder seine Möglichkeit, gegen den Willen der Untergeordneten Tatsachen zu schaffen, können tatsächlich ernsthafte Handlungshindernisse für den Tiefergestellten darstellen. Dann gibt es gute Gründe des

Aufstiegs, nämlich den Gewinn von Autonomie und Handlungsfreiheit. Der Tiefergestellte will sich emanzipieren und deshalb aufsteigen. Stellt die Hierarchie eine Pyramide dar, in der alle Positionen eingebunden sind in ein strikte Über- und Unterordnungsverhältnis, erscheint jedes neu erreichte höhere Amt lediglich als ein Teilziel auf dem Weg zu mehr Autonomie. Das Problem der Unterordnung kann dann erst gelöst werden, wenn man ganz oben steht, also die höchste Position besetzt und niemanden mehr über sich hat.

Ein Machtkampf um höhere Positionen ergibt sich dann, wenn der Aufstiegsinteressent auf den Widerstand der ihm Übergeordneten stößt. Der Übergeordnete will seinen Vorsprung an Macht und Prestige verteidigen und einen Absturz verhindern. Daher wehrt er die Angriffe des Untergeordneten ab. Der Aufstiegsinteressent seinerseits kämpft um die Verringerung des Macht- und Prestigevorsprungs der ihm Übergeordneten und zugleich um die Vergrößerung des eigenen Vorsprungs gegenüber den ihm Untergeordneten. Die erkennbar gegensätzlichen Interessen beider Personen lassen einen Machtkampf für Beobachter wahrscheinlicher erscheinen als eine einvernehmliche Einigung über den Aufstieg des Untergeordneten um den Preis des Amtsverzichts des Übergeordneten.

Diese Machtkämpfe finden prinzipiell kein Ende. Der Personalwechsel in Spitzenämtern verändert die hierarchische Organisationsstruktur nicht. Die Ungleichheit und die Machtdifferenz bleibt konstant. Das erzeugt den Antrieb immer wieder neu, um höhere Ämter zu kämpfen. Solange die Ungleichheit besteht, gibt es diesen Kampf. Die einzelnen Personen können nur je individuell dem Nachteil einer ungleichen Machtverteilung entkommen durch ihren Aufstieg. Dafür sehen sich aber immer wieder Neue in untergeordneten Positionen, aus denen sie lieber in höhere aufsteigen möchten. Als Nachrücker bekämpfen sie nun ihrerseits jene, die vor ihnen den Aufstieg geschafft haben. Folglich gibt es in diesem Kampf um Spitzenämter keinen zentralen Konflikt, der irgendwann einmal gelöst werden könnte. Der Konflik Anlass, die fortbestehende Ungleichheit, bleibt erhalten. Die Reihe der Machtkämpfe um Aufstiege setzt sich fort. Folglich gibt es immer wieder neue Erzählungen von Konstellationen, Interessen und Machtkämpfen. Das Thema Machtkämpfe ist unerschöpflich, weil nie eine Konstellation möglich ist, in der der Kampf ein für alle Mal befriedet sein könnte.

Beobachter werden Machtkämpfe auch deshalb für wahrscheinlich halten, weil die regelmäßig wiederkehrenden Wahltermine den Wettbewerb um die knappen Spitzenämter immer wieder neu eröffnen. Zwar kann sich ein Amtsinhaber vor dem Wahltermin um die Absicherung seiner Stellung bemühen, indem er sich eine Delegiertenmehrheit erhandelt durch Gefälligkeiten seinerseits. Aber prinzipiell ist auf einem Parteitag auch die überraschende Abwahl des Amtsinhabers möglich. Nur zwischen den Wahlen kann der Amtsinhaber relative Ruhe finden. Am Wahltag selbst kann er sein Amt nur halten, wenn die Delegierten ihm auch die Stimme geben. Sie könnten ihm prinzipiell auch die Gefolgschaft aufkündigen. Diese grundlegende Entscheidungsfreiheit der Delegierten bietet Konkurren-

ten des aktuellen Amtsinhabers eine neue Chance, diesem das Amt endlich abzunehmen. Er kann sich als bessere Alternative empfehlen und seinerseits die Kooperation der Delegierten einwerben.

Sowohl der Amtsinhaber als auch sein Konkurrent können in dieser Situation nicht einfach passiv abwarten, wie sich die Delegierten entscheiden werden. Beide müssen damit rechnen, dass der jeweils andere aktiv für sein Ziel kämpfen könnte. Auch im Falle einer Bewerbung bei der Wählerschaft ist das vorstellbar. Ganz idealisiert kann man sich vorstellen, dass die Bewerber sich dem Publikum vorstellen und dieses dann entscheidet. Aber jeder Bewerber muss befürchten, dass die Konkurrenten darauf sinnen, ihre Chancen zu verbessern. Die Konkurrenten könnten heimlich unter den Wählern um Zustimmung werben, indem sie ihnen Gefälligkeiten versprechen. Sie könnten ebenso heimlich Allianzen schmieden zwischen den einzelnen Führern der Untergliederungen. Auf diese Weise könnten sie sich eine Mehrheit vorab organisieren. Die offene Bewerbung ist dann nur noch ein Schein, weil die Wahl längst entschieden ist. Wer solche Aktivitäten von seinem Konkurrenten befürchtet und wer sich hier lieber nicht auf die Integrität der anderen verlässt, sucht selber nach Möglichkeiten des Vorteilsgewinns. Der Amtsinhaber muss daher beobachten, was sein Konkurrent tut. Er muss abschätzen, welche Pläne er haben könnte. Ebenso muss er sich auf den Ernstfall vorbereiten, dass der Konkurrent seinen Sturz planen könnte. Diesem Ernstfall muss er vorbeugen. Also muss er seinen Konkurrenten auch daran hindern, solche Bündnisse zu schaffen und solche Pläne in die Tat umzusetzen. Er muss ihn bekämpfen und ihm Handlungsmöglichkeiten besser von vornherein versperren, damit er gar nicht erst zu einer Bedrohung für sein Amt werden kann. Der Konkurrent muss seinerseits darauf gefasst sein, dass der Amtsinhaber ihn möglichst nachhaltig die Chancen auf einen Personalwechsel verderben will. Er muss deshalb ebenfalls daran arbeiten, die Erfolgswahrscheinlichkeit des Amtsinhabers zu minimieren. Beide versuchen also, auf Kosten des jeweils anderen ihre Wahlchancen zu erhöhen. Beide rechnen damit, dass bei einer Eskalation dieses Machtkampfes auch wenig angesehene Mittel wie Intrige und gezielte Indiskretionen eingesetzt werden könnten, wenn es den Zielen oder auch nur der Abwehr der Gefährdung durch den Gegner dienen kann.

Diese Machtkämpfe sind auch zwischen den Wahlen wahrscheinlich. Der Konkurrent kann versuchen, den Amtsinhaber zu diskreditieren und zum Rücktritt zu veranlassen. Zudem können Skandale unverhofft die Chance verschaffen, den Amtsinhaber abzulösen (Nedelmann 1990, S. 134f.). Kommt es zu einem Skandal, verstärkt der Konkurrent seine Bemühungen um das Amt.

Beobachter werden auch deshalb über mögliche innerparteiliche Machtkämpfe spekulieren, weil die Ämterverteilung in der Partei öffentlich bekannt ist. Die Beobachter wissen, wer die begehrten Ämter besetzt. Sie haben eine Vermutung, wer von den öffentlich bekannten Spitzenpolitikern Aussichten auf die Nachfolge im Amt hätte und wer deshalb

als potenzieller Konkurrent in Frage kommt. Ebenso haben die Beobachter eine Vorstellung von der Konstellation zwischen Amtsinhaber und Konkurrenten und von den jeweiligen Grenzen und Möglichkeiten dieser Personen, ihre Ziele zu erreichen. Diese Grenzen und Möglichkeiten können Beobachter ableiten aus dem, was Medien mit ihrer personalisierenden Darstellung über die jeweiligen Fähigkeiten der Beteiligten behaupten. Eine weitere Grundlage der Annahme über die „relative Spielstärke“ (Elias 1970, S. 77) von Amtsinhaber und Konkurrenten bildet die Kenntnis über die Einflussreichweite der jeweiligen Ämter der Machtkämpfer. Als Ministerpräsidenten, Generalsekretäre oder Bundestagsabgeordnete haben sie unterschiedliche Möglichkeiten der Einflussnahme. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Popularität der Personen. Je nach Popularität ergeben sich unterschiedliche Chancen.

Die Beobachter können aus solchen – angenommenen oder von den Medien konstruierten – Verhältnissen von Personen zueinander nun auch noch ableiten, welche Herausforderungen die Beteiligten jeweils meistern müssen. Sie können spekulative Theorien darüber entwickeln, was Amtsinhaber und Konkurrenten tun müssen, um ihr Ziel zu erreichen und welchen Gefährdungen sie ausgesetzt sind.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Beobachter die Konstellation richtig einschätzen oder ob sie sich irren. Wichtig ist allein, dass sie den Verdacht hegen, dass um die Macht gekämpft wird. Für die öffentlich auftretenden Spitzenpolitiker hat das die Konsequenz, dass sie die Mutmaßungen der Beobachter ernst nehmen müssen. Sie müssen den Eindruck von Machtkämpfen zerstreuen. Dazu müssen sie die Mutmaßungen der Beobachter entkräften. Das gilt insbesondere für journalistische Beobachter, die ihren Verdacht über die Medien popularisieren können.

Der Verdacht permanenter innerparteilicher Machtkämpfe macht die Beobachter sensibel für subtile Anzeichen von solchen Auseinandersetzungen. Sie entwickeln die Neigung, alle öffentlichen Aktionen von Politikern als Indizien von Machtkämpfen zu interpretieren. Sie ahnen, dass die Parteien ihre internen Streits und Machtkämpfe möglichst von der Öffentlichkeit fernhalten wollen. Die Beobachter halten eine solche Strategie von sich aus für sinnvoll und zweckmäßig. Sie nehmen an, dass die Parteien wissen, dass Streit bei der Bevölkerung nicht wohl gelitten ist. Also müssen sie auch annehmen, dass die Parteien das Bekanntwerden von Streit und Machtkampf verhindern wollen. Daraus folgt, dass man die Symptome an der Oberfläche der öffentlichen Selbstdarstellung der Parteien interpretieren muss. Gerade der journalistische Beobachter geht mithin auch davon aus, dass er als Publikum einer öffentlichen Inszenierung auf der Vorderbühne beiwohnt und dass die „wahren“ Geschehnisse auf der Hinterbühne stattfinden. Er muss diese Idee entwickeln, weil er weiß, dass seine Quellen unzulänglich sind und dass sich die Politiker der medialen Beobachtung auch entziehen können. Also achten sie auf Details. Mimik, Gestik, Körpersprache, die Wortwahl oder die Betonung bei öffentlichen Reden werden interpre-

tiert und daraufhin abgeklopft, was sie gegen den Inszenierungswillen der Politiker verraten können über innerparteiliche Konflikte.

Die Parteivertreter müssen auf diese feinsinnige Interpretationsarbeit gefasst sein, wenn sie den Eindruck des Machtkampfes vermeiden wollen. Sie antizipieren, wie Journalisten ihr Verhalten, ihre Körpersprache und ihre Äußerungen ausdeuten könnten. Sie müssen ihre öffentlichen Auftritte genau planen und diszipliniert gestalten. Ihre Formulierungen wie auch ihr Verhalten müssen sie auf ihre Wirkung hin berechnen (Hitzler 1994, S. 146f.). Insgesamt müssen sie möglichst so auftreten, dass die Beobachter keinen Anhaltspunkt für einigmaßen plausible „Theorien“ über Machtkämpfe finden können.

Parteienvertreter können journalistische Mutmaßungen über innerparteiliche Machtkämpfe nicht ignorieren, denn diese bieten Stoff für unterhaltsame Medienerzählungen. Diese Erzählungen können ein großes Publikum finden. Streit und Machtkampf sind anschlussfähig für ihre Aufbereitung als „politisches Drama“ (zu den einzelnen dramatischen Erzählformen der Medien siehe Meyer 1998, S. 68ff.). Schon die prinzipielle dauerhafte Fortsetzung der Konkurrenz um Spitzenämter sorgt für eine dauerhafte Produktion neuer Erzählungen. Man kann immer wieder neue Ereignisse und Konstellationen erhoffen. Das Unterhaltungspotenzial der Politik ist unerschöpflich. Streit und Machtkampf unter den Spitzenpolitikern erfüllen in mehreren Hinsichten die Anforderungen an das Drama. Zunächst gibt es eine überschaubare Anzahl von Protagonisten der Handlung. Der Machtkampf findet statt zwischen einigen wenigen aussichtsreichen Konkurrenten. Größere Konflikte zwischen innerparteilichen Strömungen lassen sich reduzieren auf diese wenigen Hauptrollen. Weil man vor allem hohe Prominente als aussichtsreiche Konkurrenten und Amtsnachfolger ansieht, spielen die einfachen Mitglieder in dieser Auseinandersetzung nur eine Nebenrolle. Sie erscheinen in dieser Erzählung vor allem als die „Anhänger von...“. Die Aktionen der „Anhänger“ werden mit den Plänen und Strategien der Spitzenpolitiker identifiziert. Sie werden dargestellt als die „Führer“ ihrer Anhängerschaft. Letztere ist mit samt ihren Tuns nur ein von den Spitzenpolitikern abgeleitetes Phänomen. Damit ist das Personaltableau des „Dramas“ übersichtlich. Die Konstellation ermöglicht zudem die Identifizierung von „Helden“ und „Schurken“. Weil der Vorteil des einen der Nachteil des anderen ist, gibt es Kampf und Schicksal. Wie der Kampf letztlich ausgeht, ist ungewiss und dadurch entsteht Spannung für den Beobachter. Der Medienlogik entspricht zudem, dass diese Kämpfe in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen, die Geschichte also auch ein zumindest vorläufiges Ende hat, auf das man hinfiebern kann (Schulz 2011, S. 91; Wilke 1998, S. 151). Folglich sind Machtkampf und Streit auch unterhaltsame Ereignisse, die sich Beobachter wünschen können auf der Suche nach Zerstreung.

Die dramatisierenden Medienerzählungen können zudem die innere Anteilnahme der Medienkonsumenten stimulieren. Die Gruppe der medial präsenten Politiker teilt sich auf in Konfliktparteien. Zuschauer und Leser können sich mit einer oder mehreren Konflikt-

parteien identifizieren. Sie teilen dann mit ihren favorisierten Konfliktparteien die Ablehnung der gegnerischen Kräfte. An diese Teilung lassen sich ebenfalls moralische Qualifizierungen anschließen. Diejenigen, die man als Leser und Zuschauer als die Vertreter der „richtigen Politik“ ansieht, können als „Aufrechte“ oder in ihrem eventuellen Scheitern wenigstens als „tragische Helden“ betrachtet werden. Die Gegner der eigenen Favoriten lassen sich dann als Vertreter einer falschen Sicht darstellen. Sie erscheinen als „Schurken“ oder mindestens als „irregeleitet“, wo sie an sich als integere Personen wahrgenommen werden. Diese Zuschreibungen können nicht nur durch Leser und Zuschauer vorgenommen werden, sondern gehören auch zum Repertoire der journalistischen Kommentatoren.

Dank Konkurrenz und Gegnerschaft können Kommentatoren wie auch Medienkonsumenten Erwartungen an die Protagonisten der Erzählung hegen, insbesondere an die Vertreter der präferierten Parteien. Sie müssen sich im Kampf gegen ihre innerparteilichen und äußeren Gegner bewähren. Sie müssen sich durchsetzen und siegen, damit die „richtige Politik“ auch umgesetzt werden kann. Die in den Erzählungen dargestellten Aktionen der Spitzenpolitiker werden an diesen Erwartungen gemessen. Sie können angesichts dessen entweder als „Siegertypen“ oder als „Versager“ beurteilt werden, je nach Erfolg oder Misserfolg. Weitere Typisierungen sind denkbar, die Beschreibung als „tragischer Held“ etwa kann den Glanz eines scheiternden Politikers bewahren helfen, weil die Schuld am Scheitern bei den „hinterhältigen“ oder „übermächtigen“ Gegnern zu suchen ist. Die dramatisierenden Medienerzählungen tragen auch zur Imagebildung der bekannteren Politiker bei. Nicht jedes dieser Images wird von den Politikern als nützlich angesehen. Manches Stereotyp erweist sich später als Hindernis, wenn sich Parteivertreter um ein gutes öffentliches Ansehen für sich und ihre Partei bemühen.

Bis hierhin habe ich Personalisierung vor allem als von Politikern erlebtes Widerfahrnis beschrieben. Daraus darf nicht das Missverständnis entstehen, dass Personalisierung von Politikern nur als Nachteil erlebt wird. Denn Personalisierung ist auch eine Chance für Politiker, sich positiv in der Öffentlichkeit darzustellen bzw. ihre Ziele zu verfolgen. Sie können sich selber in personalisierter Form als positive „Helden“ oder „Aufrechte“ stilisieren, um ihrer Anhängerschaft ein Identifikationsangebot zu machen. Sie können gleichfalls versuchen, die Rollen des „guten Helden“ und des „bösen Schurken“ so zu verteilen, dass es ihnen Vorteile in der Konkurrenz mit anderen Parteien bringt. Sie teilen dann Politiker entlang der Parteigrenzen nach „gut“ und „böse“ ein. Die eigene Partei kann damit als das Sammelbecken der „Guten“ dargestellt werden, als die Kampforganisation gegen das „Böse“. In der deutschen Politik wird von den Parteien selten offen die Parteienlandschaft nach dem manichäischen Muster von „gut/böse“ klassifiziert. Diese Dichotomie wird dennoch unterschwellig genutzt, wo gegnerischen Parteien der Vorwurf gemacht wird, falschen Vorstellungen anzuhängen oder gar ideologisch verblendet zu sein. In der öffentlichen Debatte werden solche Vorwürfe und Zuschreibungen gerne zugespitzt. Besonders



in Wahlkämpfen werden Differenzierungen im Selbstbild und im Bild des Gegners verwischt zugunsten des propagierten Klischees. Kampagnen wie „Stoppt Strauß“ oder „Stoppt Stoiber“ arbeiteten wenigstens unterschwellig mit einem Bild des „Bösen“, indem sie den gegnerischen Spitzenkandidaten als eine übermächtige Gefahr für die präferierte Gesellschaftsordnung darstellten. Desgleichen ist eine solche Dichotomisierung auch nutzbar für innerparteiliche Machtkämpfe.

Keinesfalls ist Personalisierung und die Erzählung der Politik als Drama ein grundsätzliches Problem für Politiker. Vielmehr gibt es auch Versuche, die Konkurrenz zwischen den Parteien um die Wählergunst als Drama zu erzählen, um so Wähler für sich zu gewinnen. Die dramatische Erzählung mit ihrer Konzentration auf wenige Protagonisten sorgt für Überschaubarkeit der politischen Verhältnisse. Sie bietet zudem Personen an, mit denen man sich identifizieren bzw. auf die man seine Ablehnung projizieren kann. Durch die Hervorhebung von einzelnen Spitzenpolitikern können auch Vorteile in der Ausstrahlung und Medienwirkung der eigenen Kandidaten ausgespielt werden. Der Sympathischere und Mediengewandtere hat eine höhere Chance auf Popularität. Die Wahlkämpfer setzen nicht selten darauf, dass die persönliche Popularität sich auch in Wählerstimmen umsetzt. Also wird die Parteienkonkurrenz auch von den wahlkämpfenden Spitzenpolitikern als Kampf der „Guten“ gegen die „Bösen“ dargestellt. Folglich ist die dramatisierte Darstellung von Politik hauptsächlich dann ein Problem für Politiker, wenn die Medien das Drama um einen innerparteilichen Machtkampf herum aufbauen.

### **Die Erwartung der Vermeidung des Eindrucks von innerparteilichen Machtkämpfen**

Personalisierung und Dramatisierung sind die Basis für unterhaltsame Medienerzählungen mit einem hohen Aufmerksamkeitspotenzial. Was durch diese Erzählungen an Bildern der Partei geprägt wird, kann ein breiteres Publikum erreichen als die nüchterne Darstellung von komplizierten Gesetzgebungsproblemen. Deshalb sind dramatische Medienerzählungen zugleich eine Chance wie auch eine Gefahr für die Selbstdarstellung einer Partei. Parteien können die hohe Attraktivität des Dramas nutzen, wenn es ihnen gelingt, dieses auf die Auseinandersetzung der Partei mit anderen Parteien zu beziehen. Ziel dieser Selbstdarstellung ist es, sich der Öffentlichkeit als die bessere Alternative zu anderen Parteien darzustellen. Die Partei behauptet dann von sich, die Fehler und Irrtümer der Konkurrenten zu korrigieren und damit ein besseres Leben ihrer Wähler zu ermöglichen. Das Bild des Kampfes der Partei mit der „richtigen“ Politik gegen die Gruppen mit der „falschen“ Politik gelingt nur, wenn sich die Partei als Einheit darstellt. Es darf keinen größeren Streit darum geben, was als „richtige“ Politik gelten sollte. Der Gegensatz zwischen „richtig“ und „falsch“ muss eindeutig sein und er muss gleichzeitig als Gegensatz zwischen unterschiedlichen Parteien erscheinen. Kampf und Konflikt müssen zwischen diesen Großgruppen stattfinden. Verlagert er sich in den Innenraum der Partei, löst sich diese Eindeu-

tigkeit auf. Die Partei erscheint nicht mehr als die Verkörperung des unstrittig „Richtigen“. Außerdem lenken dramatische Medienerzählungen die Aufmerksamkeit auf den innerparteilichen Konflikt. Die Frontstellung gegen die konkurrierenden Parteien gerät aus dem Blick. Damit misslingt die Selbstdarstellung als die bessere Alternative.

Deshalb müssen die medial präsenten Spitzenpolitiker bei öffentlichen Auftritten alles vermeiden, was als Anzeichen innerparteilicher Machtkämpfe von Journalisten gedeutet werden kann. Diese Vermeidung ist nicht nur eine Selbstdarstellungsstrategie, sondern auch eine Norm. Die von den Medien wenig berücksichtigten Mitglieder mit hoher Abhängigkeit von Wahlerfolgen erwarten von ihren öffentlichen Repräsentanten, dass sie mit jedem öffentlichen Auftritt auch die Botschaft transportieren, dass die gegenwärtige Ämterverteilung in der Partei „richtig“ und „sinnvoll“ ist. Schließlich wird jeder öffentliche Auftritt von Politikern auf einem Parteitag durch Beobachter dahingehend gedeutet, ob er ein Anzeichen für Machtkämpfe um knappe Spitzenämter sein könnte. Der Eindruck von Ämterivalität oder von Machtkämpfen muss vermieden werden. Journalisten und politische Gegner dürfen keine Anlässe finden, öffentlich über mögliche Machtkämpfe zu spekulieren. Daher muss jeder öffentliche Auftritt, jeder Parteitagsauftritt sowohl durch Körpersprache als auch durch Wort und Tat ein Bekenntnis zu der aktuellen Ämterverteilung in der Partei darstellen. Die Parteihierarchie muss also immer als positiv und gut bestätigt werden. Jedes noch so kleine Anzeichen des Zweifels an der Hierarchie muss dagegen vermieden werden, ebenso alles, was in dieser Richtung auch missverstanden oder mutwillig falsch ausgelegt werden könnte. Jeder muss auch seinen eigenen Platz in der Hierarchie als „richtig“ bestätigen. Er darf keinen Anlass für Mutmaßungen geben, er sei mit seiner gegenwärtigen Stellung unzufrieden. Jede Spekulation über die Aufstiegsambitionen von Leuten in zweitrangiger Position würde weitere Mutmaßungen über innerparteilichen Streit und Machtkampf begünstigen. Die aus der Parteihierarchie abgeleitete journalistische Annahme von Statuskämpfen hat mithin eine disziplinierende Wirkung. Sie zwingt die medial präsenten Spitzenpolitiker einerseits zu einer selbstdisziplinierten Gestaltung ihrer Auftritte im eigenen Interesse. Andererseits setzt sie sie der sozialen Kontrolle durch einen großen Teil der Mitgliedschaft aus. Die Karriere eines Spitzenpolitikers ist daher auch davon abhängig, inwiefern er die Erwartungen an seinen öffentlichen Auftritt im Dienste der Schaffung eines positiven Images der Partei erfüllen kann oder nicht.

### **3 Die Möglichkeiten und Grenzen des Parteivorsitzenden, erfolgreich sein Amt zu verteidigen**

Die Erwartungen der aktiven Parteimitglieder an ihre medial präsenten Spitzenpolitiker und die mediale Personalisierung und Dramatisierung von Politik beeinflussen folglich auch die Möglichkeiten des Parteivorsitzenden, sein Amt zu verteidigen. Als oberster Repräsentant der Partei muss er durch sein öffentliches Auftreten dafür sorgen, dass

die Partei für Wähler attraktiv wird. Der Vorsitzende ist den allermeisten Wählern nicht direkt zugänglich. Sie erfahren in der Regel durch die Medien, was er den Journalisten zufolge tut und was für eine Person er ist. Der Vorsitzende ist für die Wähler dann oft das, was die Medien mit ihrem immer auch selektiv und nach ihren Erfordernissen gezeichneten Bild aus ihm gemacht haben (zur Selektion und Realitätsverzerrung siehe Schulz 2011). Ihr Urteil über den Vorsitzenden ist abhängig von dessen Darstellung durch die Medien. Deshalb ist der Vorsitzende auf ein positives Medienimage angewiesen. Mit ihm haben auch alle auf Wahlerfolge angewiesenen Parteimitglieder ein starkes Interesse an diesem Image. Dieses Interesse ist umso stärker, je mehr die Medienberichterstattung die Partei mit ihren Spitzenpolitikern gleichsetzt. Das Image der prominenten Führungspersonen überträgt sich auf die Wahrnehmung der Partei. In diesem Fall beeinflusst das Image der Spitzenpolitiker, wie die Wähler die gesamte Partei wahrnehmen.

Unter diesen Umständen kann ein Vorsitzender dann erfolgreich sein Amt behaupten, wenn sein Medienimage gut ist und dieses sich auf die Partei in einer Weise überträgt, dass ihr öffentliches Ansehen steigt. Gelingen schließlich so Wahlerfolge, wird der Vorsitzende dank seines guten Images zum unentbehrlichen Werbeträger. Seine Stellung ist dagegen gefährdet, wenn sein Image schlecht ist und das öffentliche Ansehen der Partei aufgrund dieses Images zu sinken scheint. Das weckt bei den aktiven Mitgliedern die Furcht, dass der in den Medien schlecht beleumdete Vorsitzende die Wahlchancen der Partei schmälern könnte. Die Lösung, den Vorsitzenden durch einen in den Medien beliebteren Kandidaten auszutauschen, erscheint in einer solchen Lage naheliegend. Allerdings haben die aktiven Mitglieder nur wenig Kenntnisse darüber, wie die Wähler tatsächlich Vorsitzenden und Partei beurteilen. Die an Wahlerfolgen Interessierten beziehen ihre Informationen aus den Medien. Diese konstruieren in Kommentaren den „Wähler“ als Großgruppe, der sie bestimmte Urteile zuschreibt. Diese Zuschreibungen fließen wiederum ein in das Urteil der aktiven Mitglieder darüber, ob der Vorsitzende noch ein geeigneter Werbeträger ist.

Die Medien können die Stellung des Vorsitzenden in der Partei zusätzlich untergraben dadurch, dass sie über den Zweifel von Mitgliedern an seiner Werbeträchtigkeit berichten. Sie können diese Berichte durch Kommentare ergänzen, in denen sie die Frage nach der Eignung des Vorsitzenden nach ihrer Wahrnehmung und vor allem öffentlich beantworten. Diese Debatten wecken den Zweifel, ob der Vorsitzende noch von der Parteimitgliedschaft gewollt wird. Sobald über Unzufriedene und Kritiker des Vorsitzenden berichtet wird, entsteht auch das Bild einer Partei, die sich aufspaltet in Anhänger und Gegner des Vorsitzenden. Zwischen beiden Gruppen ist ein Konflikt erwartbar. Der Vorsitzende wirkt, weil umstritten, nun wie einer, dessen Stellung in der Partei erst sicher ist, wenn er seine Kritiker überzeugen kann. Der von den Medien miterzeugte Eindruck des Umstrittenseins senkt den Werbewert des Vorsitzenden weiter. Sein negatives Image wird ergänzt

durch den Eindruck von Schwäche und der teilweisen Unbeliebtheit in den eigenen Reihen.

### **3.1 Übertragung des schlechten Images des Vorsitzenden auf die Partei**

Das Image der medial präsenten Spitzenpolitiker kann auf ihre jeweiligen Parteien abfärben, wenn ihre Darstellung als Repräsentanten des Willens ihrer Partei glaubwürdig wirkt. Zwei typisierte Schemen verschmelzen dann miteinander: Der Spitzenpolitiker als typische Person mit typischem Charakter und die Partei als homogene Gruppe von Menschen mit den gleichen politischen Grundüberzeugungen.

Das öffentliche Auftreten von Spitzenpolitikern kann unter zwei Bedingungen auf die Partei übertragen werden. Einerseits muss die Partei als homogene Gruppe von Gleichgesinnten dargestellt und wahrgenommen werden. Andererseits müssen die wenigen medial präsenten Spitzenpolitiker dieser Partei als Vollstrecker des Willens ihrer Mitgliedschaft beschrieben werden. Wo beide Darstellungen glaubwürdig wirken, verschmelzen Spitzenpolitiker und Partei miteinander. Die Partei ist in den Medien ohnehin nur präsent durch einige wenige Spitzenpolitiker. Was diese sagen oder tun, wird von den Wählern häufig als Ausdruck der Haltung der Partei betrachtet (Schulz 2011, S. 240). Ihr Agieren wird nicht nur als individuelles gesehen, sondern auch als Verkörperung des Kollektivcharakters der Partei. Die Partei wiederum wird von denen, die nur ihr Medienbild zur Verfügung haben, anhand des Handelns, Redens und Auftretens ihrer Spitzenpolitiker beurteilt.

Die Übertragung des öffentlichen Images von medial präsenten Spitzenpolitikern auf deren Parteien ist besonders dann wahrscheinlich, wenn diese Parteien von Journalisten als weltanschaulich homogene Gruppen beschrieben bzw. von Zuschauern und Lesern so wahrgenommen werden. Ebenso können die Repräsentanten einer Partei dazu beitragen, indem sie ihre Organisation als eine ideologische Einheit ohne besondere innerparteiliche Differenzierung darstellen. Indizien für eine derartige Selbst- und Fremdzuschreibung finden sich in der deutschen Politik. In Reden und Presseerklärungen operieren Parteivertreter mit Kollektivzuschreibungen, wenn sie Formeln wie z.B. „wir Sozialdemokraten“ oder „wir Liberalen“ verwenden. Diese Unterstellung eines Kollektivcharakters erfolgt auch dann, wenn konkurrierende Parteien abwertend als „die Sozen“ oder „die Schwarzen“ bezeichnet werden. Mit den gleichen Etiketten können Journalisten arbeiten. Sie finden sich auch in den politischen Diskussionen in Kneipe oder am Arbeitsplatz wieder. Alle diese Bezeichnungen charakterisieren die so bezeichnete Partei als eine Gruppe von Menschen mit gleichen politischen Grundüberzeugungen.

Einer Partei einen Kollektivcharakter zuzuschreiben, ist keine naive Fiktion von Menschen mit mangelnder Kenntnis der Wirklichkeit der Parteienlandschaft. Für diese Zuschreibungen gibt es auch gute Gründe.

a) Die Zuschreibung eines Kollektivcharakters unterstellt einer Partei eine konsistente politische Programmatik, die von allen ihren Mitgliedern vertreten wird. Diese Unterstellung ermöglicht es Wählern, in einer Partei auch in abstrakter Form als Organisation eine geeignete Fürsprecherin ihrer Wählerinteressen zu sehen. Wähler können annehmen, dass es tatsächlich so etwas wie eine konsistente „Sozialdemokratie“ oder den „Liberalismus“ als politische Programmatik gibt. Sie unterstellen weiter, dass alle Vertreter einer Partei diese politische Programmatik teilen und dass die Arbeit dieser Vertreter zugleich ein Bekenntnis zu dieser Programmatik darstellt. Diese Programmatik, hier verstanden als eine Vorstellung von einer „richtigen“ und „guten“ gesellschaftlichen Ordnung, soll der Partei Identität geben. Diese Identität soll im Wirken der Parteivertreter wiedererkennbar sein. Dass sich viele Menschen in dieser Partei engagieren, darf nicht als historisch zufällig erscheinen. Das Engagement soll keine Folge von Gelegenheiten sein, weil Freunde oder Familienmitglieder bereits vorher Mitglied dieser Partei waren oder weil aufgrund der örtlichen Verhältnisse andere Parteien keine Karrierechancen geboten haben. Wenig erträglich wäre der Gedanke, dass insbesondere die bekannteren Spitzenpolitiker unter anderen Umständen auch in einer anderen Partei hätten eintreten können (wenn sie z.B. andere Freunde gehabt oder sich andere Erfolg versprechende Karrierechancen angeboten hätten). Dahinter steckt auch der Wunsch, dass die in einer Partei Aktiven aus Überzeugung handeln. Als politisch aus Überzeugung Handelnde erschienen sie als verlässlich. Als Wähler nimmt man an, dass Überzeugung eine politische Beliebigkeit ausschließt. Der überzeugte Politiker tritt für bestimmte politische Ziele ein. Die mit seiner Überzeugung unvereinbaren politischen Projekte lehnt er ab oder bekämpft sie. Sein Verhalten als Politiker ist damit in Grenzen berechenbar. Wähler brauchen ein gewisses Vertrauen in die grundlegenden Überzeugungen der aktiven Politiker, damit sie eine Partei auch als Vertreter ihrer Wählerinteressen mit gutem Gewissen wählen können. Zugleich müssen sie darauf hoffen, dass nicht nur einige konkrete Personen die von ihnen präferierten Überzeugungen vertreten, sondern die ganze Partei. Denn bei vielen Wahlen, etwa bei der Bundestagswahl, wählen sie (mit der Zweitstimme) nicht einzelne Personen, sondern die Partei als Ganzes. Auf die Aufstellung der zur Wahl stehenden Listen einer Partei haben die Wähler keinen Einfluss. Damit bleibt ihr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlamentes beschränkt. Mit ihrer Zweitstimme beeinflussen sie vornehmlich die Anzahl der Sitze für die von ihnen präferierte Partei. Deshalb brauchen sie auch das Gefühl, dass jeder der Mandatsträger dieser Partei den gleichen Grundüberzeugungen folgt. Nur so können sie davon ausgehen, dass die Partei als Ganzes und ungeachtet der jeweils konkreten Person ihrer Mandatsträger auch tatsächlich die Wählerinteressen vertreten kann.

Folglich ist es für wahlkämpfende Parteien wichtig, ihren Wählern das Gefühl zu vermitteln, eine ideologisch und politisch homogene Gruppierung zu sein. Um das Vertrauen

von Wählern zu gewinnen, muss eine Partei von sich das Bild einer Gemeinschaft derer, die die gleichen politischen Ziele teilen, zeichnen.

Parteimitglieder, die sich stark mit politischen Idealen identifizieren, benötigen ebenfalls die Annahme einer konsistenten Programmatik. Diese verschafft ihnen Orientierung, welche Gruppierung die „richtige“ ist, um sich für die eigenen Ideale zu engagieren. Die Annahme der konsistenten Programmatik dient zugleich der permanenten Selbstvergewisserung, dass man auf der richtigen Seite steht bzw. dass die konkrete Politik in Gestalt von Beschlüssen oder Regierungshandeln im Kern (noch) den Idealen entspricht.

b) Die Wahrnehmung der Partei als homogene Gruppe wird begünstigt durch das Wahlsystem. Bei Wahlen treten keine Einzelpersonen an, sondern Parteien als Ganze. Eine Ausnahme bilden Direktkandidaten in den Wahlkreisen, die mit der Erststimme gewählt werden. Direktkandidaten werden in einer Personenwahl gewählt. Wo es auf die Zweitstimme ankommt, treten einzelne Kandidaten als Listenkandidaten stets als Vertreter ihrer Partei an. Daher erwarten Wähler, aber auch journalistische Beobachter, dass die sich um die Wählergunst bemühende Partei eine einheitliche Position vertritt. Vertreten Politiker einer Partei unterschiedliche Ansichten, muss die Partei dies als innerparteiliche Diskussion behandeln, die letzten Endes in eine für alle Mitglieder verbindliche Beschlussfassung münden muss. Durch eine Mehrheitsentscheidung wird eine der in der Diskussion vertretenen Haltungen bzw. ein Kompromiss zwischen den widerstreitenden Haltungen als die offizielle Position der gesamten Partei in der behandelten Frage betrachtet und auch von der Partei gegenüber der Öffentlichkeit so dargestellt. Die innerparteilichen Differenzen zu diesem Thema und die innerparteilichen Konflikte im Ringen um einen Beschluss werden aus diesen Darstellungen ausgeklammert. Vielmehr wird hervorgehoben, dass ein schwelender Streit oder eine laufende Debatte durch diesen Beschluss beendet werden konnte.

Zugleich muss eine wahlkämpfende Partei darauf achten, dass sie nach außen möglichst einheitliche Positionen vertritt, dass alle ihre Vertreter in den wichtigen Fragen die gleiche Meinung nach außen äußern. Innerparteilicher Streit kann den Eindruck der Partei als eher loser Verband einander bekämpfender Interessengruppen erzeugen. In diesem Falle könnte sich die Partei nicht als verlässliche Interessenvertretung der Wähler anbieten. Diese könnten angesichts des Eindrucks der Zerstrittenheit nie genau wissen, welche der innerparteilichen Interessengruppen sich letztlich durchsetzen würde. Damit bliebe ungewiss, welche Politik durch die Partei nach der Beendigung des Machtkampfes konkret verwirklicht werden würde. Auch kann es als ungewiss angesehen werden, ob der Machtkampf überhaupt beendet werden kann. Dann aber wirkt die Partei zu schwach, um überhaupt politische Ziele zu verwirklichen. Man traut ihr nicht zu, Mehrheiten für bestimmte Positionen zu finden. Eine Partei, die nicht aus eigener Kraft zu einer Einigung finden kann, kann auch ihre Abgeordneten nicht hinter einem konkreten Beschluss versammeln,

um ihn gegen Koalitionspartner oder Oppositionsparteien in der parlamentarischen Abstimmung durchzusetzen.

c) Die Annahme der Einheitlichkeit der Gesinnung der Parteimitglieder wird gestützt durch den organisatorischen Rahmen der Partei. Im Parteistatut ist der organisatorische Aufbau der Bundespartei festgelegt. Dieser Aufbau ist für alle Mitglieder verbindlich, allein durch die Regelung von Rechten und Pflichten der Mitglieder sowie durch die Festlegung von Kompetenzen von Parteiämtern. Ebenso sind im Statut die Bedingungen für die innerparteiliche Willensbildung sowie für die Besetzung von Wahlämtern geregelt. Das Statut bietet den Parteimitgliedern Handlungsmöglichkeiten (Wahlrecht, Antragsrecht), zieht ihrem Handeln aber auch gewisse Grenzen. Verletzungen der Regeln des Statutes können durch Parteigremien sanktioniert werden. Der organisatorische Rahmen regelt Beziehungen der einzelnen Mitglieder zu einander, indem zum Beispiel Über- und Unterordnungsverhältnisse durch die Hierarchie festgelegt werden.

d) Auf der symbolischen Ebene sorgt der pyramidale Aufbau der Parteihierarchie für die Möglichkeit wie auch die Erwartung, dass die Partei eine einheitliche Haltung zu bestimmten politischen Themen vertritt. Je höher Parteiämter angesiedelt sind in der Hierarchie, desto weniger Ämter stehen zur Verfügung. Umgekehrt proportional steigt die Reichweite der Beschlüsse dieser Ämter. Je höher das Amt, desto mehr Mitglieder sind von den Entscheidungen des Amtsinhabers betroffen. An der Spitze der Partei steht der Bundesvorsitzende (bei der Partei Die LINKE und bei den Grünen sind es zwei Vorsitzende). Der Vorsitzende gilt als der oberste Repräsentant einer Partei. Er gibt ihr ein Gesicht und Stimme. Sowohl in der Selbstdarstellung der Partei, insbesondere der Führungsgremien bzw. des Vorsitzenden, als auch in der Wahrnehmung durch Beobachter wird unterstellt, dass die öffentlichen Äußerungen des Vorsitzenden zugleich die offizielle Position der Partei darstellen. Als Stellvertreter der gesamten Partei soll der Vorsitzende den Willen seiner Partei nach außen hin ausdrücken und auch in Verhandlungen mit Bündnispartnern und Konkurrenten vertreten. Um als Stellvertreter der gesamten Partei glaubwürdig zu wirken, muss er integrieren. Dazu muss er das Bild vermitteln, dass er für alle Mitglieder spricht oder wenigstens für eine Mehrheit (Sofsky/Paris 1994, S. 161-166). Dies korrespondiert zugleich mit den Verfahren der innerparteilichen Willensbildung, denn der Vorsitzende verkündet solche Positionen, die als Ergebnis der Willensbildungen der Partei dargestellt werden. Die Partei fasst Beschlüsse, die sie dokumentiert und als offizielle auch öffentlich in den Medien verkündet. Die Beschlussfassung unterliegt den im Statut und durch das Parteiengesetz geregelten Verfahren. In Parteigremien (dazu zählt auch der Parteitag als das höchste Gremium der Partei) werden Beschlussanträge zur Diskussion gestellt und abgestimmt. Anträge, die eine Mehrheit der Stimmen der Gremiumsmitglieder erhalten, gelten anschließend als für alle Mitglieder verbindliche offizielle Position der Partei. Besonders auf Bundesebene wird diese Form der Beschlussfassung und dieses Aufgehen der vielfäl-

tigen Meinungen in einem gemeinsamen Beschluss auch für die Medien vorgeführt. Bundesparteitage sind für die Medien zugänglich. Sie berichten über die Ereignisse dort. Nicht-öffentliche Gremiensitzungen wie Vorstands- oder Präsidiumssitzungen werden vom Vorsitzenden oder einem autorisierten Sprecher gegenüber der Presse auch oft in ihrem Diskussionsverlauf beschrieben. Entscheidend ist, dass die verkündeten Beschlüsse demonstrativ als Mehrheitsentscheidungen demokratisch gewählter Parteigremien dargestellt werden. Dadurch wird das Bild hergestellt, dass der Vorsitzende die Meinung der Partei in seinen öffentlichen Äußerungen ausdrückt und vertritt. Eine Gleichsetzung von Partei und Vorsitzenden ist für alle diejenigen nahe liegend, die dieses Bild glaubhaft finden.

Zwar wird die Partei nicht unbedingt als Kollektivwesen mit Gefühlen wahrgenommen. Aber bestimmte als „typisch“ von den Medien beschriebene Merkmale ihres Repräsentanten lassen sich plausibel auch als Eigenschaften der Partei denken. Charakterisierungen wie „langweilig“ oder „progressiv“ passen auch zu Massenorganisationen. Die von Journalisten attestierte „Kompetenz“ oder „Inkompetenz“ kann in den Augen von Beobachtern auch die „Kompetenz“ oder „Inkompetenz“ der Partei widerspiegeln. Unterstützt werden diese Übertragungen dadurch, dass die Führungspersonen der Partei als von ihr gewählt und ausgesucht gelten. Die oft eher formale Wahl von Führungspersonen wird verwechselt mit einer intensiven Suche nach einem geeigneten Kandidaten. Weil eben nur eine geringe Zahl von Spitzenpolitikern in den Medien sichtbar ist, kann der Medienkonsument schnell zur Überzeugung gelangen, dass diese Gruppe auch identisch ist mit dem Reservoir an geeigneten Kandidaten für Führungsämter (Edelman 1990, S. 66). Die tatsächlichen Auswahlprozesse der Kandidaten für Spitzenämter sind informell und wenig transparent (zur Tendenz der Besetzung von Spitzenämtern durch informelle „Elitenzirkel“ siehe Mielke 2009, S. 65). Das erleichtert die Verwechslung der formalen Wahlen auf Parteitagen mit einer echten Suche. Wer glaubt, dass die Führungspersonen nach dem Willen der Mitgliedschaft ausgesucht worden ist, wird darum in den Eigenschaften dieser Führungspersonen auch die Eigenschaften sehen, die für die Mitgliedschaft selber charakteristisch sind. Der „inkompetente“ Spitzenpolitiker konnte in dieser Sichtweise trotz seiner „Inkompetenz“ in höchste Ämter aufsteigen, weil die Mitglieder das wollten. Mithin scheint die Frage der „Kompetenz“ für die Mitglieder nicht wichtig gewesen zu sein. Daraus lässt sich schon spekulativ der Schluss ziehen, dass die Partei als Ganzes nicht über „Kompetenz“ verfügt. Diese Übertragungen können dann tradiert werden und sich in Schlagworten als Klischee verfestigen: „Die können es nicht“ oder „Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen“.

Wiederum möchte ich betonen, dass solche Gleichsetzungen von Spitzenpolitiker und Partei keinesfalls nur Schicksal sind, das der Partei von außen widerfährt. Diese Form der Personalisierung wird rege genutzt. Verfügt die Partei über einen populären Kandidaten, bemühen sich viele nachrangige Politiker um eine Identifizierung mit ihm. Lokale Bun-



destagsabgeordnete oder -kandidaten lassen sich gemeinsam mit ihrem populären Bundesvorsitzenden fotografieren. Dahinter steckt die Hoffnung, dass die Popularität des Vorsitzenden auch auf den lokalen Politiker abfärben kann. Der Umweg, über den sich das „Charisma“ oder das Ansehen des Vorsitzenden auf den Lokalpolitiker übertragen kann, ist die Partei. Wo die Partei als Trägerin der Eigenschaften angesehen wird, die den Vorsitzenden auszeichnen, kann auch ihr lokaler und wenig berühmter Vertreter diesen Glanz ausstrahlen. Zumindest im Falle nicht ausschließlich individueller Vorzüge wie etwa „Kompetenz“ kann dies gelingen. Aber auch die persönliche Ausstrahlung des Vorsitzenden kann sich über den Umweg der Partei auf den Lokalpolitiker übertragen. Die Partei kann in diesem Falle als sozialer Kontakt interpretiert werden. Vorsitzender und Lokalpolitiker sind in der gleichen Partei, also haben sie miteinander Umgang. Der Lokalpolitiker hat einen privilegierten Zugang zu seinem Vorsitzenden. Er scheint ihm näher zu stehen als alle, die nicht Mitglied in der Partei sind. Das gemeinsame Foto mit dem Vorsitzenden verbildlicht diesen Kontakt. Auf dem Foto erscheinen beide Personen schon räumlich einander nahe. Die Bereitschaft des Vorsitzenden, Zeit zu opfern, um mit dem Lokalpolitiker für ein Foto zu posieren, kann ebenfalls als auch persönliche Nähe gelesen bzw. von der lokalen Partei so dargestellt werden. Wo lokale Politiker sich zugunsten ihres eigenen Images um die Nähe zu einem populären Spitzenpolitiker bemühen, werden Differenzen zwischen ihnen und den Spitzenleuten minimiert. Der Lokalpolitiker führt vor, was ihn mit dem Spitzenpolitiker verbindet, was er mit ihm gemeinsam hat. Seine eigene Individualität stellt er zurück.

Dieser Vorgang wird umgekehrt, wenn der Spitzenpolitiker ein schlechtes Image hat. In diesem Fall versucht der Lokal- oder Landespolitiker, sich von dem schlecht beleumdeten Spitzenpolitiker zu distanzieren. Unterschiede werden betont, die Eigenständigkeit der eigenen Politik gegenüber der Politik des Spitzenpolitikers wird hervorgehoben. Die Interpretation der gemeinsamen Parteizugehörigkeit als Ausweis auch gemeinsamer Haltungen und Neigungen wird bestritten. Durch Kritik am Spitzenpolitiker und durch die Betonung der Bedeutung der lokalen politischen Handlungsebene wird versucht, eine Übertragung des negativen Images auf den Lokalpolitiker zu verhindern. Schließlich wird sogar räumliche Distanz gesucht. Der Spitzenpolitiker wird nicht in die Provinz eingeladen, um Wahlkampfauftritte zu machen, man möchte nicht mit ihm fotografiert oder gesehen werden.

Damit ist schon angedeutet, was im Folgenden noch vertieft werden soll: Ein schlechtes Image eines Spitzenpolitikers kann von den an Wahlerfolgen interessierten Mitgliedern als Problem empfunden werden. Es kann die Befürchtungen wecken, dass dieses schlechte Image auf die Partei übertragen wird. Damit verbunden sind Ängste, dass das öffentliche Ansehen der Partei leidet und damit ihre Wahlchancen sinken. Wo der Spitzenpolitiker in den Medien als negative Figur beschrieben wird, wird die Gefahr von Wahlnie-

derlagen beschworen. Sobald Spitzenpolitiker und Partei miteinander identifiziert werden, entsteht Handlungsbedarf, um die Wahlchancen wieder zu verbessern. Der Spitzenpolitiker wird auch von Mitgliedern seiner Partei kritisiert. Erwartungen werden ausgesprochen, dass er sein Image verbessern müsse.

Dabei kann es sein, dass der Spitzenpolitiker auch unverschuldet ein schlechtes Image zugesprochen bekommt. Das Image ist das Produkt journalistischer Texte. Journalisten können eine Aktion des Vorsitzenden als „Fehler“ beurteilen und diesen Fehler ausführlich kommentieren. Sie können ihn als notwendige Folge der Persönlichkeit des Vorsitzenden beschreiben. Dieser hätte nicht anders handeln können, weil das gezeigte Handeln seinem Wesen entspricht. Der „Fehler“ ist dann nur das Symbol für die ihm eigene „Inkompetenz“ oder „Zögerlichkeit“. Nicht der Fehler ist dann die Nachricht, sondern das Urteil über den Vorsitzenden.

Für die aktiven Mitglieder ist die Schuldfrage aber zweitrangig. Für sie hat die Erzeugung eines guten öffentlichen Ansehens der Partei Vorrang. Falls der Vorsitzende das auch unverschuldet schlechte Image nicht korrigieren kann, entstehen in der Partei Personaldiskussionen. Die Eignung des Vorsitzenden als Werbeträger wird in Frage gestellt. Mitglieder äußern den Wunsch, einen wirksameren Kandidaten an dessen Stelle zu setzen.

### **3.2 Die Verselbstständigung innerparteilicher Personaldebatten**

Der Wunsch nach einem Personalwechsel gefährdet den Vorsitzenden. Seine Kritiker sehen in ihm einen Vorsitzenden auf Abruf, weil er nur durch Taten und Erfolge beweisen kann, dass der Zweifel an ihm unberechtigt ist. Bis dahin muss er mit Personaldiskussionen leben, die die Möglichkeit eines Alternativkandidaten immer wieder neu ins Spiel bringen. Die Gefährdung des Vorsitzenden steigt weiter an, sobald die Partei Wahlniederlagen oder sinkende Umfragewerte verkraften muss. Wer auf Wahlerfolge hofft, sucht in dieser Situation nach wirksamen Mitteln zur Verbesserung des öffentlichen Ansehens. Die Auswechslung des aufgrund seines schlechten Medienimages nicht mehr als Werbeträger geeigneten Vorsitzenden erscheint dabei als eine Möglichkeit.

Dieses Szenario wird von den Medien als Nachrichtenthema aufgegriffen. Die Medien führen ihre eigene Personaldiskussion, indem sie Grenzen und Fähigkeiten des Vorsitzenden analysieren und über denkbare Alternativkandidaten spekulieren. Dazu ist es nicht notwendig, dass prominentere Parteivertreter öffentlich über einen Personalwechsel nachdenken. Die Idee des Personalwechsels verselbstständigt sich aus drei Gründen. Durch ihre Neigung zur Personalisierung von Politik und zur Konzentration auf wenige Spitzenpolitiker schreiben die Medien den von ihnen berücksichtigten Personen zu, dass sie mit ihrem Tun oder Lassen für die politischen Ereignisse maßgeblich verantwortlich sind. Dadurch kultivieren sie auch die Vorstellung, dass ein Personalwechsel an der Parteispitze gravierende Veränderungen bewirken und die Probleme der Partei weitestgehend behe-

ben könne. Zweitens ist der Parteivorsitzende schon aus strukturellen Gründen disponibel. Als Wahlamt kann der Parteivorsitz immer wieder mit neuen Personen besetzt werden. Ein amtierender Vorsitzender kann abgewählt werden. Diese Austauschbarkeit des Personals ist möglich, weil die Organisationsstruktur der Partei nicht von der konkreten Person des jeweiligen Vorsitzenden abhängig ist. Sie „überlebt“ solche Wechsel, weil sie aus festen Stellen besteht, deren Funktionen und deren Beziehung untereinander durch ein abstraktes Konzept festgeschrieben sind. Drittens gilt der Vorsitzende als von der „Basis“ beauftragt. Das Idealbild der innerparteilichen Demokratie beschreibt den Vorsitzenden als „Diener“ der Interessen und Wünsche der Basis. Die Basis stattet den Vorsitzenden mit Macht aus, damit er seinen Auftrag im Dienste der Partei besser erfüllen kann. Der Vorsitzende ist als konkrete Person also jemand, der sein Amt vor allem auf Wunsch der „Basis“ innehat. Folglich kann er auch durch den Wunsch der „Basis“ wieder von seinem Amt entbunden werden.

Diese Sichtweisen und Idealbilder legen einen Personalwechsel dann nahe, wenn der Eindruck vorherrscht, dass der Vorsitzende die an ihn gestellten Erwartungen nicht mehr erfüllen kann. Aus diesen drei Gründen erscheint der Personalwechsel als eine typische Lösung für ein typisches Problem. Medien, die die Personaldiskussion aufgreifen, müssen diese Idee nicht weiter begründen. Sie wirkt aufgrund der genannten drei Faktoren plausibel. Der Vorsitzende muss wenigstens den Ernstfall für wahrscheinlich halten, dass die Medienkonsumenten sich dem Urteil der Medien anschließen. Diese Gefahr wirkt zurück auf die Parteimitglieder. Sobald sie damit rechnen, dass auch die Medienkonsumenten den Vorsitzenden nicht mehr für den besten aller möglichen Amtsinhaber halten, steigt ihr Bedürfnis nach einem Alternativkandidaten. Denn der so von den „Wählern“ eingeschätzte Vorsitzende verliert weiter an Attraktivität. Das diese Person an Stelle des tatsächlich besseren Alternativkandidaten in diesem Amt ist, erscheint ihnen falsch, denn von dem Besseren versprechen sie sich auch eine bessere, also attraktivere Politik. Deshalb muss der Vorsitzende jetzt nicht nur den eigenen Mitgliedern, sondern auch der Öffentlichkeit beweisen, dass er die Erwartungen an ihn erfüllen kann. Er muss sein Medienbild korrigieren, um sein Ansehen bei den „Wählern“ zu verbessern. Auf diesem Weg muss er zugleich sein Ansehen bei den eigenen Mitgliedern verbessern, indem er sich als erfolgreicher Werbeträger erweist.

Nachfolgend sollen die Gründe zur Verselbstständigung von Personaldiskussionen genauer untersucht werden. Die Neigung der Medien zur Personalisierung von Politik ist bereits beschrieben worden. In diesem Kapitel konzentriere ich mich daher auf die prinzipielle Austauschbarkeit des Vorsitzenden und auf die Idealvorstellung des Amtsinhabers als Beauftragten der Basis.

Der Gedanke des Personalwechsels wird begünstigt durch die prinzipielle Austauschbarkeit des Vorsitzenden. Der Vorsitzende ist einerseits austauschbar, weil er durch

Wahl in sein Amt gelangt. Das Amt ist nicht sein persönlicher Besitz, auf den er einen dauerhaften Anspruch hätte. Er kann das Amt nur dann beanspruchen, wenn er eine Mehrheit an Delegiertenstimmen auf einem Parteitag erhält. Voraussetzung des Amtes ist der Gewinn der Wählergunst.

Austauschbar ist ein Vorsitzender wegen des abstrakten Aufbaus der Parteiorganisation. Die Parteiorganisation ist im Parteistatut festgeschrieben. Ihre Gestalt hat sie, vorbehaltlich von Änderungen des Statuts, zunächst ganz unabhängig von den konkreten Personen in ihren jeweiligen Ämtern. Sie behält ihre Gestalt auch bei personellen Wechsels bei. Möglich wird das durch ein abstraktes Konzept von Arbeitsteilung. Dieses Konzept schreibt einzelne Aufgabenbereiche fest. Diese werden zu einer festen Stelle in einem Netz weiterer Stellen. Aufgaben und Kompetenzen einer jeden Stelle sind im Konzept festgelegt, ebenso die Beziehungen zwischen den einzelnen Stellen. Damit ist zumindest grob beschrieben, welche Stelle für welche Aufgaben zuständig ist und wie diese Stelle mit anderen zusammenwirken soll. Dank dieser unpersönlichen, formalen Festschreibung kann man unterschiedliche Personen mit der Erledigung dieser Aufgaben betrauen. Tauscht man die Stelleninhaber aus, bleibt das Konzept und die darin festgelegte Idee der Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Ämtern erhalten.

Die Vorstellung der Parteiorganisation als abstraktes Konzept der Arbeitsteilung legt weiterhin einen Leistungsgedanken nahe. Das abstrakte Konzept legt die Aufgaben fest, die der Vorsitzende erfüllen muss. Diese Aufgaben wirken wie ein Stellenprofil. Angestrebte Arbeitsergebnisse werden festgelegt. Ebenso gibt es in Umrissen eine Vorstellung davon, was der Amtsinhaber können muss, um mit seiner Arbeit erfolgreich zu sein. Dieser Leistungsgedanke provoziert eine Personaldiskussion. Der Gedanke an einen Personalwechsel ist auch dort virulent, wo oligarchische Kreise die Nachfolge in den Spitzenämtern regeln und offene Diskussionen um die Qualitäten der Spitzenpolitiker nicht zulassen. Denn anhand der durch das Organisationskonzept beschriebenen Aufgaben und Funktionen des Parteivorsitzes kann jeder Anspruch und Wirklichkeit miteinander vergleichen. Die formalen Anforderungen an einen Vorsitzenden stehen dessen tatsächlichen Taten gegenüber. Dies ermöglicht Urteile darüber, ob der jeweils amtierende Vorsitzende seine Aufgabe „gut“ oder „schlecht“ erledigt und ob er darum für sein Amt geeignet sei oder nicht. Gleichzeitig erzeugt der unpersönliche, scheinbar objektive Charakter der abstrakten Stellendefinition einen Vergleich zwischen verschiedenen Personen. Der amtierende Vorsitzende kann mit anderen denkbaren Kandidaten für dieses Amt verglichen werden hinsichtlich seiner Eignung für das Amt. Die Frage stellt sich dadurch, ob es personelle Alternativen zum aktuellen Amtsinhaber gäbe und ob jemand anderes dessen Aufgaben besser erfüllen könnte als er. Beide Vergleiche ermöglichen Urteile und die Hoffnung auf personelle Alternativen auch in Diktaturen, sobald die Führungspositionen sich versachlicht haben und die Organisationsstruktur von Staat und Partei durch personelle Wechsel nicht verän-

dert oder destabilisiert wird. Auch dort, wo personelle Alternativen durch die Machthaber von vornherein verhindert werden, bleibt die Vorstellung lebendig, dass es besser geeignete Amtsinhaber geben könnte bzw. dass der aktuelle seinen Aufgaben nicht gerecht wird. Zwar können Personaldiskussionen in Diktaturen nicht öffentlich geführt werden. Sie können aber durch Disziplinierung und Kontrolle auch nicht wirklich unterdrückt werden. Die Idee des Besseren bleibt in den Köpfen lebendig. Diejenigen, die jegliche Personaldiskussion durch Machteinsatz unterbinden, gestehen mit dieser Disziplinierung bereits ein, dass der Gedanke an Alternativkandidaten virulent ist. Schließlich sind Disziplinierungsakte nur deshalb notwendig, weil ohne sie Personaldiskussionen wahrscheinlich wären. Formale Ämterhierarchien und ihre Bindung an das Kriterium der Leistung erzeugen die Idee des Personalwechsels selbstläufig.

Dieses Problem findet sich auch in demokratischen Systemen, etwa Parteien wieder. Nach außen mag sich eine Partei als „geschlossen“ hinter dem Vorsitzenden als den vermeintlich besten versammeln. Ebenso mag eine Personaldiskussion als „Streit“ diskreditiert und unterbunden werden, weil die Diskussion das öffentliche Bild der Partei als „geschlossen“ in Frage stellt. Wenn einzelne Mitglieder einen Personalwechsel öffentlich fordern, kann das als „parteischädigend“ ausgelegt werden. Sobald jedoch eine konkrete Person als denkbare Alternative zum Amtsinhaber erscheint, ist die Personaldiskussion nicht wirklich mehr zu stoppen. Der Alternativkandidat bleibt in der Vorstellung der Mitglieder eine Option, auf die man zurückgreifen könne. Die Loyalität zum Amtsinhaber ist damit nicht mehr selbstverständlich. Man muss sich für die Loyalität entscheiden, wobei auch das Einknicken vor angedrohten Sanktionen hinreichender Grund sein kann. Aber mit dieser Entscheidung bleibt immer auch bewusst, dass es eine Alternative gibt, für die man sich auch hätte entscheiden können (Luhmann 2006, S. 142). Mitunter ist diese Entscheidung gegen den Alternativkandidaten keine endgültige gewesen, so dass man auch erneut entscheiden könnte. Es ist daher zweitrangig, ob ein Mitglied öffentlich den Alternativkandidaten in die Diskussion bringt. Wesentlich wirkmächtiger ist die Vorstellung, dass es diese Alternative als reale Option der Partei gibt, das Amt optimal bzw. besser zu besetzen als es gegenwärtig besetzt ist. Diese latente Personaldiskussion kann nur dann endgültig beendet werden, wenn der Alternativkandidat selbst enttäuscht hat und so nicht mehr als der Bessere erscheint.

In demokratischen Systemen wird die Personaldiskussion grundsätzlich befeuert durch die periodische durch Wahlen neu entschiedene Besetzung von Spitzenämtern sowie durch das Demokratieideal selbst. Politische Spitzenämter werden in einer Demokratie durch Wahlen besetzt. Wahlen werden periodisch abgehalten. Damit hat der Amtsinhaber sein Amt nur bis zur nächsten Wahl sicher. Wahlen implizieren Entscheidungen. Diese Entscheidungen können am nächsten Wahltermin überprüft und korrigiert werden. Auch wenn etwa für den Parteivorsitz in deutschen Parteien gewöhnlich nur ein Kandidat zur

Wahl steht, legt der Wahlgedanke stets nahe, dass es andere Kandidaten geben könnte. Nur dann, wenn man aus mehreren denkbaren Kandidaten einen auswählt, gibt es auch die Möglichkeit einer freien Entscheidung. Gäbe es von vornherein nur einen einzigen denkbaren Kandidaten, würde die Wahl unter der Hand in eine willenslose Anpassung an naturwüchsige und unveränderbare Gegebenheiten umschlagen. Daher muss wenigstens in der Außendarstellung der Partei, auch wenn sie nur einen einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz nominiert, das Bild einer Auslese unter vielen möglichen Interessenten entworfen werden. Der einzige Kandidat wird dargestellt als der am besten geeignetste für das Amt, als die beste Wahl. Damit bleibt der Gedanke einer Auswahl nach Eignung lebendig und der Vergleich mit anderen Personen virulent. Der einzige Kandidat muss in seinem Amt auch beweisen, dass er dem Bild des Besten auch entspricht, will er den Gedanken an personelle Alternativen unterbinden.

Die wiederholte Auslese des besten Kandidaten unter allen denkbaren Anwärtern auf das Amt stärkt zugleich den Leistungsgedanken. Anspruch auf das Amt hat nur der Beste. Es gibt keine bevorrechtigten Personen mit einem privilegierten Zugriff auf die Spitzenämter. Nur Leistung allein soll die Wahl eines Kandidaten rechtfertigen. In der Literatur finden sich mitunter höchste Ansprüche an die Führungskräfte in der Politik (wie auch in anderen Bereichen), so zum Beispiel hier:

[...] vorausgesetzt wird immer der Nachweis besonderer fachlicher Qualifikation, überdurchschnittlicher Leistungen, Persönlichkeit und Urteilskraft, soziale Kompetenz, gute Allgemeinbildung und das Wissen darüber, wie man sich in der modernen Informationsgesellschaft auf dem schnellsten Wege neues Wissen aneignen kann. (Gabriel/Neuss/Rüther 2004, S. 11)

Die normative Demokratietheorie formuliert Leistung als Bedingung für die Bestallung einzelner Personen mit Macht und Privilegien:

Die Mitglieder der gewählten Elite der Demokratie können freilich abberufen werden. Ihr Mandat gilt nur auf Zeit, denn diese Elite muss prinzipiell offen sein, sie hat eine Aristokratie der Leistung zu sein. (Besson/Jasper 1990, S. 33)

Anders als in Zwangssystemen sorgen die periodisch wiederkehrenden Wahltermine für den Gedanken, dass unliebsame Amtsinhaber auch aus ihren Ämtern entfernt werden können, wenn sie ihre Aufgaben nicht zur Zufriedenheit der Wähler erfüllen.

Die innerparteiliche Hierarchie bedeutet auch Machtgefälle. Die Mitglieder der Führung haben mehr Kompetenzen als die einfachen Mitglieder. Als Führungspersonen verfügen sie über „Macht“, wobei selten wirklich eine genaue Vorstellung davon existiert, worin diese Macht genau besteht. Es wird sich vorgestellt, dass die höchsten Parteiämter auch einen Machtvorsprung bedeuten. Dieses Gefälle wird nicht als naturwüchsig aufgefasst (allgemein zur Idee der prinzipiellen Machbarkeit von Machtverhältnissen siehe Popitz 1992, S. 13f., 20). Vielmehr behauptet das Idealbild, dass die Hierarchie geschaffen worden ist, um die Partei als Organisation arbeitsfähig zu machen. Die Hierarchie ist demnach

notwendig, um die Aktivitäten der Partei zu koordinieren. Die Vielzahl der in der Partei zusammengeschlossenen Menschen braucht für ein effektives Wirken Koordination und Anleitung. Diese Anleitung, die Verteilung von Aufgaben, wird durch Führungsämter bewerkstelligt. Führungsämter sind entsprechend als unverzichtbare Einrichtungen gedacht. Die Inhaber dieser Ämter versehen einen notwendigen Dienst an der Partei. Weil die Hierarchie also als Mittel zum Zweck gedacht wird, wird auch das Bild von der Delegation der Führungsmacht durch die „Basis“ an einzelne Personen entworfen. Imaginiert wird eine freie Entscheidung. Die „Basis“, die noch nicht „Basis“ ist, sondern eine hierarchiefreie Versammlung von Gleichen, entscheidet, sich Strukturen und Führungsämter zu geben. Anschließend delegiert sie die mit den Führungsämtern verbundenen Kompetenzen, also die „Macht“ an die Inhaber dieser Ämter. Diese Delegation ist aber keine endgültige. Die nun zur „Basis“ im Gegensatz zur „Führung“ gewordene Mitgliedschaft kann diese Delegation wieder zurückziehen. Amtsinhaber können wieder abgelöst werden. Damit bleibt die „Macht“ der Besitz der „Basis“. Versinnbildlicht ist dies in der Wahl. Die wichtigsten Führungspositionen einer Partei werden durch Wahl auf einem Parteitag besetzt. Hier wählen die Delegierten als legitime Vertreter der Parteimitgliedschaft aus dem gesamten Bundesgebiet ihre Führung. Wahlen werden periodisch erneut abgehalten. Die Wahlentscheidung kann bei der nächsten Wahl geprüft und korrigiert werden, wenn sie sich als Irrtum herausgestellt haben sollte. Damit haben scheinbar die Parteitagsdelegierten das letzte Wort in der Frage der Besetzung der Führungsämter.

Aufbauend auf dieser Idee der Delegation von „Macht“ entsteht das Bild der Führungspersonen als „Funktionäre“, als Angestellte im Dienst der Partei. Die Inhaber von Führungsämtern gelten als von der „Basis“ beauftragt mit einer Aufgabe (zu allgemeinen normativen Idee der Beauftragung der Repräsentanten durch die Repräsentierten siehe Frevel 2009, S. 100). Der Vorsitzende soll im Auftrag der „Basis“ die Partei „führen“. Das verändert den Inhalt des Leistungsgedankens. Das abstrakte Konzept der innerparteilichen Arbeitsteilung, festgeschrieben im Parteistatut und ebenfalls präsent in den auch mündlich kursierenden Vorstellungen von einer funktionierenden Parteiorganisation, formuliert unpersonliche und „objektive“ Kriterien der Eignung für das höchste Parteiamt. Wo die „Basis“ jedoch dem „Vorsitzenden“ das Amt anvertraut, verlieren diese Kriterien ihren objektiven Charakter. Der Wille der „Basis“ ist jetzt ausschlaggebend. Die „Basis“ hat das Recht, dem Beauftragten die Amtskompetenzen wieder zu entziehen, gleichgültig, ob dieser seine Arbeit nach vermeintlich objektiven Kriterien korrekt erledigt hat oder nicht (siehe Möllers 2008, S. 42f: Demokratische Willensbildung legitimiert sich durch die Gleichheit der Entscheider, nicht durch deren Vernünftigkeit). Die Idee der „Volkssouveränität“, im Falle der Partei eben die „Herrschaft“ des „Parteivolkes“, verbietet die Kritik an den Entscheidungen der Basis. Sie darf mit der von ihr verliehenen Macht tun oder lassen was sie will. Eine Kritik an ihren Entscheidungen kann als Angriff auf die innerparteiliche Demokratie aufge-

fasst und darum kritisiert werden. Die „Basis“ kann sich Belehrungen und Einmischungen verbitten und damit Kritik an „unvernünftigen Personalentscheidungen“ zurückweisen. Selbstredend können sich neben innerparteilichen Basisvertretern auch Journalisten oder Wissenschaftler zu Anwälten der Basis und der innerparteilichen Demokratie aufschwingen, indem sie die Entscheidungsfreiheit der „Basis“ als unantastbar verteidigen. Was eine dem Amt angemessene „Leistung“ und „Eignung“ ist, bestimmt laut diesem Ideal die „Basis“. „Leistung“ und „Eignung“ werden subjektiv und unbestimmt. Sie erhalten je nach Situation und Stimmung eine neue Bestimmung. Es ist für den Vorsitzenden schwer vorherzusehen, in welche Richtungen sich diese Bestimmungen entwickeln werden. Er muss darauf gefasst sein, dass aktuell als positiv bewertete Eigenheiten oder Aktivitäten später negativ bewertet werden können.

### **Schlechte Umfragewerte: Der Vorsitzende muss sich als leistungsfähiger Parteiführer bewähren**

Kämpft die Partei mit schlechten Umfragewerten, gewinnt innerhalb der Mitgliedschaft der oben beschriebene Leistungsgedanke an Gewicht. Vom Vorsitzenden erwarten die Mitglieder in dieser Situation besondere Anstrengungen, um den negativen Trend umzukehren. Sein Handeln wird daraufhin beobachtet, wie intensiv und mit welchem Erfolg er an der Verbesserung der Wahlaussichten der Partei arbeitet. Enttäuscht er die Erwartungen, verstärkt sich in der Partei der Wunsch nach seiner Ablösung. Der auf den Vorsitzenden lastende Handlungsdruck wird wiederum von den Medien dann verstärkt, wenn diese in Kommentaren die Erwartungen an den Vorsitzenden aufgreifen.

Den Parteimitgliedern mag bewusst sein, dass Umfragen keine absolut zuverlässigen Instrumente für die Erfassung der Wahlneigung der Bevölkerung sind. Man könnte also gegen die Umfragen einwenden, dass sie statistische Konstrukte sind und dass sie auf verhältnismäßig kleinen Stichproben beruhen. Diese Argumente können jedoch nicht wirklich beruhigen. Der Skeptiker kann gegen die prognostizierten Zahlen lediglich prinzipielle Argumente vorbringen. Er kann behaupten, dass diese Vorhersage nicht zuverlässig ist. Die vorhergesagte Wahlschlappe müsse demnach nicht zwingend eintreten, weil Umfrageinstitute nicht wirklich wissen können, wie sich die Bürger am Wahltag entscheiden werden. Der Skeptiker kann jedoch nicht schlüssig behaupten, dass diese Niederlage nicht eintreten werde. Er kann nur die Möglichkeit behaupten, dass die Umfrageinstitute sich irren. Damit bleibt die Wahrscheinlichkeit bestehen, dass die Umfragen das Wahlergebnis richtig vorhergesagt haben. Diese Wahrscheinlichkeit kann auch der Skeptiker nicht mit guten Argumenten bestreiten.

Mit dem durch die Medien publizierten Wert ist das Szenario in der Diskussion, dass die Partei schlecht bis katastrophal bei den kommenden Wahlen abschneiden könnte. Dieses Szenario beschreibt auch in den Augen von Skeptikern einen Ernstfall, der sich nicht



völlig ausschließen lässt. Will ein Skeptiker sich allein darauf verlassen, dass die Umfrage eine falsche Vorhersage macht, geht er eine Art Wette ein. Er wettet darauf, dass die tatsächlichen Wahlergebnisse besser sind als vorhergesagt. Aber er kann nicht ausschließen, dass er die Wette verliert. Wenn er selber abhängig ist von Wahlerfolgen, ist diese Art Wette ein zu hohes Risiko. Schließlich kann sich sein Irrtum über den doch noch gelingenden Wahlerfolg auf seine politische Karriere und seine berufliche Existenz stark auswirken. Er kann sein Amt, sein Mandat, seinen Job verlieren. Von einer solchen Entwicklung darf er sich darum nicht überraschen lassen. Vielmehr müsste er ihr vorbeugen und sich vorher absichern gegen den Verlust oder er müsste daran arbeiten, den Absturz in der Wählergunst aufzuhalten. Weil also eine Partei angesichts schlechter Umfragewerte den Ernstfall nicht sicher ausschließen kann, muss sie diesen verhindern. Sie muss aktiv werden. Diese Aktivitäten erscheinen um so dringlicher, je mehr die Arbeit der Partei bzw. die Interessen vieler Mitglieder durch mögliche Wahlniederlagen bedroht sind.

Die nicht völlig ausschließbare Möglichkeit, dass die Umfrageinstitute eine letztlich doch korrekte Vorhersage getroffen haben könnten, wecken zudem Erwartungen an den Vorsitzenden. Viele Mitglieder benötigen ein gutes Wahlergebnis, um ihre Mandate und Ämter zu behalten. Zugleich sind sie als kleinere Funktionäre und Mandatsträger in den Medien nicht präsent. Daher fehlen ihnen die Mittel, um das öffentliche Ansehen der Partei maßgeblich zu verbessern. Diese Verantwortung übertragen sie den medial präsenten Führungspersonen der Partei. Angesichts des von Umfragen entworfenen Niedergangsszenarios soll der Vorsitzende handeln. Handelt er nicht, kann das als ignorant gegenüber der Gefahr der Niederlage und gegenüber den Sorgen der kleinen und mittleren Funktionäre und Mandatsträger kritisiert werden. Der Vorsitzende würde dem Leistungsgedanken nicht mehr gerecht, weil er nicht genug tut, um den Interessen der aktiven Mitgliedschaft zu dienen.

Von dem Vorsitzenden werden zudem besondere Aktivitäten erwartet. Schließlich ist auch die Lage der Partei eine besondere, weil ihr schlechte Wahlergebnisse vorhergesagt werden. Dieser Situation muss der Vorsitzende gerecht werden durch ein Handeln, das über seine üblichen Aktivitäten hinausgeht. Bleibt der Vorsitzende bei dem, was er ohnehin immer tut, kann ihm das ebenfalls als Ignoranz ausgelegt werden (zur allgemeinen Erwartung an Politiker, in Notlagen kreativ und jenseits eingefahrener Routinen zu handeln, siehe Edelman 1990, S. 60; Nedelmann 1990, S. 132f.). Es ist für ihn daher zweckmäßig, in der Öffentlichkeit besondere Anstrengungen vorzuführen, um der Partei zu signalisieren, dass er die Sorgen der Mitgliedschaft ernst nimmt. Durch die vorgeführten besonderen Anstrengungen wiederum verleiht er den Umfragen neue Glaubwürdigkeit. Der Vorsitzende zeigt mit seinen Aktivitäten, dass er glaubt, dass die Umfragen tatsächlich eine große Gefährdung der Wahlchancen der Partei beschreiben. Wer als Parteimitglied in dem Vorsit-

zenden eine Autorität mit einer größeren Einsicht in das politische Leben erblickt, nimmt die Umfragen anschließend selber ernster.

Der Handlungsdruck auf den Vorsitzenden kann verstärkt werden durch mediale Debatten. In Leitartikeln können Journalisten aus schlechten Umfragewerten die Notwendigkeit von Aktivitäten durch die Parteiführung ableiten. Sie können das Ausbleiben von derartigen Aktivitäten kritisieren und damit das Bild einer handlungsunfähigen Partei zeichnen. Damit entstünde die Notwendigkeit, wenigstens dieses Medienbild der Partei zu korrigieren, bevor es sich verfestigt. Wenn die Medienkonsumenten die Urteile der Leitartikler plausibel finden, könnten sie zu dem Schluss kommen, dass diese Partei in der Tat keine attraktive Wahlalternative darstellt. Auf diese Weise könnte das schlechte Image dafür sorgen, dass sich die negativen Vorhersagen der Umfrageinstitute am Ende bewahrheiten.

Der Zwang zum Handeln ist für den Vorsitzenden keineswegs eindeutig. Er könnte schlechte Umfragewerte auch in öffentlichen Erklärungen relativieren. Es ist aber ungewiss, wie solche Erklärungen von der Mitgliedschaft als auch von Journalisten aufgenommen werden. Die Gelassenheit des Vorsitzenden angesichts schlechter Umfragewerte kann als Nervenstärke verstanden werden. Wie oben beschrieben, kann sie auch als Ignoranz kritisiert werden. Umgekehrt kann es als populistisch oder hysterisch beurteilt werden, wenn der Vorsitzende die Prognosen zu ernst nimmt. Wie eine solche Haltung von Mitgliedern und Journalisten bewertet wird, ist stets eine empirische Frage. Daher steht der Vorsitzende angesichts solcher Umfragewerte immer vor einem Entscheidungsproblem. Die Folgen seiner Entscheidung ist für ihn nur schwer kalkulierbar.

### **3.3 Die Ablösung des Vorsitzenden als attraktive Option der Inszenierung krisenbewältigenden Handelns**

#### **Der „Personalwechsel“ als attraktive Option**

Eine weitere Gefahr für den Vorsitzenden besteht darin, dass ein „Personalwechsel“ für die um ihre Wahlchancen fürchtenden Mitglieder ein Mittel sein kann, um gegenüber der Öffentlichkeit krisenbewältigendes Handeln vorzuführen. Die Ersetzung des in den Medien schlecht beleumundeten Vorsitzenden durch einen Alternativkandidaten kann als „Neuanfang“ der Partei inszeniert werden. Die Idee, den Vorsitzenden zu „opfern“, wird gerade im Falle schlechter Umfragewerte oder von Wahlniederlagen attraktiv. Sie bietet auch einen denkbaren Ausweg aus einer schwierigen Lage an.

Wenn Medien eine Partei aufgrund der negativen Umfrageentwicklung oder von Wahlniederlagen als „kriselnd“ beschreiben, entsteht für die an Wahlerfolgen interessierten Mitglieder Handlungsdruck. Sie müssen den Ernstfall befürchten, dass Wähler durch das Bild der „Krise“ abgeschreckt werden könnten. Der denkbaren Abwanderung der Wähler müssen sie vorbeugen, um ihre Chancen auf Mandate, Regierungsämter oder Gelder

zu wahren. Dazu müssen sie vor allem das Bild der Krise korrigieren. Denn wesentlich ist nicht, ob die mediale Krisendiagnose zutrifft oder nicht. Entscheidend ist, ob Medienkonsumenten diese Diagnosen glauben, ob sie also für Außenstehende ohne unmittelbare Einsichten in das Parteileben überzeugend wirken. Also müssen die Parteiaktivisten die Darstellung der Partei in den Medien versuchen zu beeinflussen. Sie müssen das Bild der „kriselnden Partei“ korrigieren, indem sie überzeugend den Eindruck erwecken, dass diese Krise nicht existiert oder aber erfolgreich überwunden worden ist. Dazu muss jedes krisenbewältigende Handeln auch gegenüber den Medien vorgeführt werden. Das zentrale Problem der medialen Krisendiagnose ist schließlich nicht die beanstandete Krise selbst, sondern die Vorstellung, die sich die Wähler von ihr machen könnten. Die aktive Problembearbeitung durch die Partei muss von der Partei inszeniert werden. Damit entsteht aber auch die Möglichkeit, vor allem den Anschein einer Problemlösung zu inszenieren, also nur so zu tun, als würde man die Krise tatsächlich aktiv bearbeiten und überwinden. Diese Erzeugung des Anscheins ist mitunter wirkungsvoller als die tatsächliche mühsame Arbeit an strukturellen Problemen der Parteiorganisation oder ihrer politischen Ausrichtung. Die öffentliche Vorführung eines Personalwechsels ist eine Möglichkeit, mit der man den Anschein eines tiefgreifenden Wandels der Partei erzeugen kann, ohne wirklich die Parteiorganisation oder ihr politisches Profil wesentlich anzutasten. Wenn sich in den Medien das Bild der Partei in der „Krise“ verfestigt, ist es also wahrscheinlich, dass die Idee des Personalwechsels diskutiert wird. Diese Diskussion kann auch durch die Medien selbst angestoßen werden, wenn Leitartikler an den Personalwechsel als Krisenlösung glauben.

In dieser Situation kann der Personalwechsel als Strategie der Partei genutzt werden, um der Öffentlichkeit eine energische und wirksame Lösung ihrer Probleme vorzuführen. Das Auswechseln von Spitzenpolitikern dient dabei lediglich der Inszenierung eines „Neuanfangs“. Diese Inszenierung schließt an Urteile von Parteimitgliedern oder Journalisten an, nach denen die Partei sich in einer „Krise“ befinde, die vornehmlich durch das Versagen einiger ihrer Führungspersonen verursacht worden sei. Grundlage dieser Inszenierung ist die Personalisierung von Politik, der Glaube, dass die medial präsenten Spitzenpolitiker maßgeblich verantwortlich sind für die politischen Entscheidungen und den Zustand einer Partei. Damit bietet sich die Lösung des Austauschs von Spitzenpolitikern bereits an. Diese Art der Problemlösung ist in Personaldiskussionen präsent. Die Vorstellung des Austausches von unfähigen Amtsinhabern gegen besser geeignete Kandidaten gehört zum gemeinsamen kulturellen Deutungsmuster von Politikern und Beobachtern. Eine Inszenierung des Personalwechsels greift dieses Deutungsmuster auf mit dem Ziel, einen Wendepunkt in der Entwicklung der Partei darzustellen. Auf die tatsächliche Eignung der aktuellen und künftigen Amtsinhabern kommt es dabei nicht an. Entscheidend ist die Erzeugung des Eindrucks, dass mit dem Personalwechsel eine positive Entwicklung der Partei beginnt und dass mit ihm die bisherigen Probleme der Partei gründlich ausgeräumt

worden sind. Wichtig ist vor allem, dass Journalisten und Wähler glauben, die neuen Amtsinhaber stünden für einen grundlegenden „Neuanfang“. Der Personalwechsel muss daher als Zäsur in der Entwicklung der Partei in Szene gesetzt werden. Die bis dahin diagnostizierten Probleme der Partei sollen mit dem Personalwechsel der Vergangenheit gehören. In einer Art Sündenbockmechanismus werden diese Probleme daher mit den abgelösten Amtsinhabern identifiziert, so dass deren Ablösung zugleich überzeugend als Lösung der Probleme wahrgenommen werden kann.

Basis der Inszenierung des Personalwechsels als erfolgreiche „Krisenbewältigung“ ist die Personalisierung von Politik. Der Personalwechsel wird nur dann als grundlegende Problemlösung wahrgenommen, wenn Medien und Wähler glauben, dass der Vorsitzende maßgeblich verantwortlich ist für den Zustand der Partei und für deren politische Aktivität. Personalisierung kann hier als Ressource für die Selbstdarstellung der Partei eingesetzt werden. Krisenursache und Krisenlösung wird mit konkreten Personen verbunden. Der aktuelle Amtsinhaber wird dann von der Partei als alleinige Ursache der Probleme dargestellt. Die Partei befindet sich demzufolge deshalb in der „Krise“, weil der Vorsitzende den Anforderungen seines Amtes nicht mehr gerecht wird. Diese Schuldzuweisung wird höchwahrscheinlich sehr subtil erfolgen. Eine öffentliche Abrechnung mit dem alten Vorsitzenden könnte sowohl von Parteimitgliedern als auch von Kommentatoren als illoyal und unmoralisch kritisiert werden. Deshalb werden eher indirekte Schuldzuweisungen gewählt. Schon die Darstellung der Wahl des Nachfolgers als „Aufbruch aus der Krise“ ist eine subtile Abwertung des alten Vorsitzenden (Hondrich 1999, S. 98f.).

Zu dieser Strategie gehört es ebenfalls, dass strukturelle Probleme der Partei (etwa Überalterung der Mitgliedschaft oder eine sozialstrukturelle Veränderung der Wählerschaft) möglichst in den Hintergrund gedrängt werden. Der Personalwechsel kann als Problemlösung nur überzeugen, wenn die ausgewechselten Personen als Hauptverursacher der Krise wahrgenommen werden. Deren Nachfolger im Amt werden als „Hoffnungsträger“ aufgebaut, die in der Lage sind, die Partei aus der „Krise“ zu führen. Die Lösung der Probleme der Partei liegt dann darin, diejenigen von ihren Ämtern zu entbinden, die nach dieser Darstellung ihre Aufgaben nicht mehr hinreichend erfüllen konnten, und sie durch besser geeignete Kandidaten zu ersetzen. Es ist dann die Partei, die eine personalisierende Sichtweise von Politik befördert. Personalisierung verschiebt die Aufmerksamkeit auf die Person des kritisierten Amtsinhabers und lenkt sie ab von strukturellen Problemen der Partei. Durch Personalisierung kann erfolgreich das Bild entworfen werden, dass die Partei grundsätzlich eine gut arbeitende und funktionierende Organisation sei, die allein durch die Fehler eines Einzelnen in Probleme geriet. Die Krise der Partei erscheint als individuelles Versagen und nicht als Systemfehler. Deshalb haben die Mitglieder, die an einem positiven Image der Partei arbeiten, ein Interesse an der personalisierenden Schuldzuweisung in Richtung Amtsinhaber (Nedelmann 1990, S. 138f.).

Wer als „Hoffnungsträger“ gilt und wer als Ursache der Probleme, wird freilich von den Medien mitbestimmt. In Medienkommentaren sind die Rollen des „Hoffnungsträgers“ und der „Versager“ oft schon aufgeteilt auf die Spitzenpolitiker der Partei. Oft gibt es in den Medien bereits tradierte Bilder, wer die Partei in die Krise geführt hat und wer ihr zu einem Neuanfang verhelfen könnte. Diese Bilder muss eine erfolgreiche Inszenierung des Personalwechsels berücksichtigen. Schließlich zielt sie vorrangig auf ein positives Medienecho ab. Die Hoffnung ist, dass der Personalwechsel von gutmeinenden Kommentaren begleitet wird. Dazu müssen die Leitartikler aber auch überzeugt sein, dass das neue Personal tatsächlich das ihm zugeschriebene Potenzial für den proklamierten „Neuanfang“ hat. Daher muss die Partei vermeiden, Personen als „Hoffnungsträger“ auszuwählen, die von vielen Journalisten kritisch gesehen werden. Zweckmäßiger ist es, die Personen als „Hoffnungsträger“ zu bestimmen, die in den Medien bereits als solche beschrieben worden sind. Diese Lösung ist für die Regisseure einer solchen Inszenierung nicht immer möglich. Parteiproporz nach politischen Strömungen oder nach Regionen erzwingen mitunter die Auswahl eines Kandidaten, der bei Kommentatoren nicht beliebt ist. Der Idealfall der Inszenierung aber fußt auf die Anpassung an die Personalpräferenzen der Medien, weil die Priorität der Inszenierung auf der Erzeugung eines positiven Medienechos liegt.

### **Strukturelle Zwänge zur Inszenierung eines Personalwechsels**

Das Opfern des Vorsitzenden, um einen guten öffentlichen Eindruck zu erzielen, kann dem Beobachter als unmoralisches und opportunistisches Verhalten erscheinen. Dem Sprichwort folgend, dass die Ratten das sinkende Schiff verlassen, rückt die Gefolgschaft von ihrem Vorsitzenden ab, weil sie sich davon einen Vorteil erhoffen. Sie liefern sie der öffentlichen Kritik aus und zerstören die Karriere der Repräsentanten, um die eigene zu retten. Das wirkt auf dem ersten Blick wie Verrat. Spitzenpolitiker haben gute Gründe, auch ihren engsten Verbündeten zu misstrauen. Sie müssen darauf gefasst sein, dass auch die Verbündeten im Zweifel lieber ihren Vordermann preisgeben, anstatt selber zu stürzen. Der Spitzenpolitiker isoliert sich zunehmend, schottet sich auch gegen enge Vertraute ab. Zugleich versucht er, sie klein zu halten oder gar zu entmachten, bevor sie ihm gefährlich werden können. Diese Notwendigkeit des Misstrauens scheint alle Vorurteile von Politik als ein „schmutziges Geschäft“ zu bestätigen. Moralbegriffe verdecken jedoch die strukturellen Zwänge, die eine Inszenierung eines „Personalwechsels“ in manchen Situationen erforderlich machen oder wenigstens als eine zweckmäßige Strategie erscheinen lassen.

1) Medienberichte über die „Krise“ der Partei zwingen diese zum Handeln. Denn das Bild der „Krise“ befördert die Furcht vor Wahlniederlagen. Damit sehen sich diejenigen, deren Zugang zu Ämtern, Einfluss oder Geldern von Wahlerfolgen abhängig ist, gezwungen,

ihre Chancen zu wahren durch eine positive Selbstdarstellung der Partei als aktiv an der Krisenbewältigung arbeitend.

Befürchtungen der Parteiaktivisten entstehen, weil die mediale Diagnose der Krise zugleich eine schlechte Prognose für die Erfolgsaussichten der Partei darstellt. Als Krisenphänomene beschriebene Wahlniederlagen oder politische Fehler erscheinen im Bild der Krise als nicht zufällige Ereignisse. Sie werden beschrieben als systematisch erzeugte Fehlleistungen der Partei, die bestimmten Fehlentwicklungen der Partei entspringen. Solange diese Fehlentwicklungen nicht korrigiert werden würden, müsse die Partei immer wieder scheitern. Damit wird das Scheitern der Partei zu einem Dauerzustand.

Eine solche Prognose legt die Schlussfolgerung nahe, dass die Partei für Wähler unattraktiv werden muss. Weil man nicht mehr an den Erfolg der Partei glaubt, sondern ein fortgesetztes Scheitern befürchtet, glaubt man auch nicht an die Eignung der Partei als wirksame Vertreterin der Wählerinteressen. Jede Wählerstimme für die chronisch erfolglose Partei könnte sich als Fehlinvestition erweisen. Also verzichten Wähler gleich ganz auf die Wahl oder geben ihre Stimme einer anderen Partei, von der sie sich noch am ehesten eine politische Wirkung in ihrem Sinne erhoffen. Weil diese Schlussfolgerungen plausibel sind, muss jeder auf Wahlerfolge angewiesene Parteiaktivist mit einem solchen Szenario rechnen. Er darf nicht abwarten, bis sich das Krisenbild vielleicht tatsächlich in Wahlniederlagen ummünzt. Vielmehr muss er vorbeugend daran arbeiten, dass die Wähler wieder an mögliche Erfolge der Partei glauben können. Der Parteiaktivist muss also der pessimistischen Prognose fortgesetzten und zwangsläufigen Scheiterns entgegentreten. Sein Handlungsdruck wird umso größer, je mehr Ereignisse das Medienbild der „Krise“ zu bestätigen scheinen. Berichte über weitere Wahlschlägen oder über sinkende Umfragewerte der Partei können die „Krisendiagnose“ der Medien zusätzlich plausibilisieren. Denkbar sind Effekte selbsterfüllender Prophezeiungen (Merton 1993). Die Krisendiagnose kann für eine Abwanderung der Wähler sorgen, weil diese keine Anreize für die Wahl der „kriselnden“ Partei mehr sehen. Die daraus entstehenden Stimmverluste bei späteren Wahlen werden von den Medien wiederum als Symptome der „Parteikrise“ gedeutet. Damit verfestigt sich das Bild der Partei als dauerhaft erfolglos aufgrund von Fehlentwicklungen. Dieses Bild kann die Abwanderung von Wähler noch weiter verstärken. Diese Art der selbsterfüllenden Prophezeiung ist kein Naturgesetz, womöglich ist sie nur ein Szenario. Wer aber Wahlerfolge braucht, um seine politischen oder Karriereziele zu verwirklichen, darf derartige Szenarien nicht ignorieren. Gleichmut gegenüber diesen unerwünschten Entwicklungsmöglichkeiten wäre letztlich eine riskante Wette darauf, dass der Ernstfall doch nicht eintreten werde. Wer viele Jahre an der Erringung von Mandaten, Ämtern, politischem Einfluss oder Geldern gearbeitet hat, wird tendenziell ein größeres Interesse an Sicherheiten haben. Er wird sich nicht mit vagen Hoffnungen begnügen, dass sich seine Wünsche erfüllen könnten. Vielmehr wird er sich darum bemühen, alle Risiken nach Möglichkeit auszuschließen.

Das Risiko der Wählerabwanderung durch die mediale Krisendiagnose kann er nur abwenden, indem er aktiv an einem positiven Selbstbild der Partei arbeitet. Damit ist die öffentliche Inszenierung aktiver und erfolgreicher „Krisenbewältigung“ unverzichtbar.

2) Die öffentliche Inszenierung des Personalwechsels als „Krisenüberwindung“ ist ein attraktives Mittel, um die Imageprobleme der Partei zu beheben. Mit relativ wenig Aufwand kann eine große Wirkung erzielt werden. Der Personalwechsel nutzt die personalisierte Wahrnehmung von Politik. Wenn viele Menschen glauben, dass Politik vorrangig von Spitzenpolitikern gestaltet wird, halten sie auch einen Personalwechsel für einen starken und wirksamen Eingriff in das Gefüge der Partei. Wie beschrieben, ist das Opfern von Spitzenpolitikern zugunsten eines besseren öffentlichen Ansehens der Partei allerdings nicht unproblematisch. Wer in den Verdacht gerät, Parteirepräsentanten ausschließlich aus Imagegründen auszuwechseln zu wollen, kann als „unmoralisch“, etwa als „illoyal“ oder „egoistisch“ diskreditiert werden. Der Personalwechsel ist mithin nicht in jeder Situation die geeignete Strategie des Imagewechsels. Dennoch bleibt er als Option im Denken präsent, auch wenn die Parteiaktivisten sich gegen ihn entschieden haben. Die ausgeschlossene Handlungsalternative bleibt Handlungsalternative, weil sie prinzipiell verfügbar ist. Der Personalwechsel mag als „unmoralisch“ verworfen worden sein, aber er bleibt prinzipiell möglich. Der Personalwechsel bleibt etwas, was in der Reichweite menschlicher Handlungsfähigkeit liegt. Die aktuelle Situation mag ihn vorerst unmöglich machen. Aber weil Menschen grundsätzlich fähig dazu sind, einen Personalwechsel öffentlich zu inszenieren, bleibt er als Mittel für die Bewältigung von Imageproblemen einer Partei im Denken lebendig. Die Entscheidung gegen ihn könnte bei günstiger Gelegenheit wieder rückgängig gemacht werden. Verändert sich die Lage so, dass seine Skandalisierung weniger wahrscheinlich wäre, kann der Personalwechsel doch wieder als opportune Strategie erscheinen. Denkbar ist auch, dass er zu anderen Zeiten in anderen Fällen von „Krisendiagnosen“ Anwendung findet. Weil die Option der Inszenierung des Personalwechsels im Denken präsent bleibt, wird er auch immer mit in eine Kalkulation möglicher Lösungswege für Imageprobleme der Partei einbezogen.

Es kann Gründe geben, dass man auf eine verpönte Strategie zurückgreift. Das verpönte Mittel bleibt verfügbar. Es kann als ultima ratio, als letztes Mittel in der Not doch noch angewendet werden. Das wäre der Fall, wenn die Gefährdung der Wahlaussichten durch die mediale „Krisendiagnose“ als besonders groß empfunden wird. Tatsächliche Wahlniederlagen oder schlechte Umfragewerte im Zusammenspiel mit einem sich in den Medien verfestigenden Bild der Partei in der „Krise“ können in der Mitgliedschaft starke Befürchtungen auslösen, ihre eigenen Interessen nicht mehr verwirklichen zu können. Die Bereitschaft der frustrierten Mitgliedschaft wächst, auch zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen, um ihre Chancen zu wahren. Je größer die Frustration wird und je mehr die Mitgliedschaft glaubt, dass Wähler durch die Krisendiagnose abgeschreckt werden, desto mehr

werden Parteiaktivisten auch über einen Personalwechsel als Lösung nachdenken. Nicht zuletzt wächst in einer solchen Lage der Druck auf Funktionäre und Spitzenpolitiker der „zweiten Reihe“, etwa Führungspersonen der Landesverbände, einen „Befreiungsschlag“ durchzuführen. Moralische Bedenken und Loyalitäten verlieren als Hinderungsgründe je mehr an Gewicht, je mehr Mitglieder glauben, dass die kommenden Wahlen ohne ein Eingreifen mit hoher Wahrscheinlichkeit verloren werden.

3) Wer Probleme aktiv lösen will, sucht nach geeigneten, also erfolgreichen Mitteln der Problembewältigung. Er kann dabei neue Methoden kreieren, aber er kann auch auf bewährte Handlungsmuster zurückgreifen. Ist das zu bearbeitende Problem ein typisches Problem, liegen bereits Handlungsmuster vor, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Typische Lösungen für typische Probleme sind Bestandteil des Alltagswissens der Angehörigen einer Kultur. Der Rückgriff auf einen typischen Lösungsansatz hat daher den Vorteil, dass diese Lösung auch von anderen Angehörigen dieser Kultur als „einleuchtend“ oder „vernünftig“ angesehen wird. Derjenige, der nicht einfach nur ein Problem lösen will, sondern auch einem Publikum vorführt, dass er das Problem löst, kann mit als „bewährt“ geltenden Handlungsmustern auf die Zustimmung des Publikums hoffen. Das soziologische Theorem der Typisierung (Berger/Luckmann 2004) bezieht sich zunächst auf tatsächlich problemlösendes Handeln. Typisierung erleichtert das Handeln durch Rückgriff auf Routinen und auf bewährte Verfahren. Routinen und Verfahren bringen tatsächliche Handlungsergebnisse hervor. Aber wenn es vorrangig um das Einwerben von Zustimmung des Publikums geht, kann die kulturelle Verknüpfung von typischen Problemen und typischen Lösungen als Darstellungsstrategie genutzt werden. Dann geht es nicht mehr darum, durch bewährte Handlungsmuster auch wirklich Problemlösungen zu erreichen. Sondern es wird vor allem dem Publikum vorgeführt, dass man ein Problem löst. Dabei müssen weder das „Problem“ noch die „Lösung“ tatsächlich existieren. Es genügt, dass das Publikum an die Existenz des Problems wie auch an die Eignung des Lösungsmittels glaubt. Aber auch wenn das beschriebene Problem existieren mag, kommt es bei der Vorführung nicht so sehr darauf an, dass die vorgeführte Lösung wirklich das Problem lösen kann. Sobald das Publikum schlicht überzeugt davon ist, dass die Lösung funktioniert, reagiert es auf die Vorführung mit Zustimmung. Eine erfolgreiche Inszenierung kann dafür auf tradierte Vorstellungen von geeigneten Lösungen zurückgreifen. Sie nutzt die weit verbreiteten Vorstellungen von Menschen, wie deren Meinung nach das beschriebene Problem angegangen werden muss.

Genau das bietet sich im Fall der medialen Krisendiagnose der Partei an. Weil in den Medien Politik häufig als Angelegenheit einer kleinen Gruppe von Spitzenpolitikern dargestellt wird, ist auch die Idee des Personalwechsels sehr verbreitet. Kritik von Medien an politischen „Fehlern“ werden oft durch Rücktrittsforderungen begleitet. Die jeweiligen politischen Gegner nutzen dieses Spiel, um ebenfalls Rücktritte der kritisierten Politiker zu



fordern. Ein anderes Indiz für die Hoffnung auf maßgebliche Veränderungen durch einen Personalwechsel ist die oft von Kommentatoren geführte Klage über die „zu dünne Personaldecke“ oder dem fehlenden geeigneten Führungsnachwuchs. Dieser zumindest im Wortlaut der Kommentare ersichtliche Glaube an die durchgreifende Macht einiger weniger Spitzenpolitiker wird für die Inszenierung der Problemlösung durch Personalwechsel genutzt. Weil Kommentatoren annehmen oder wenigstens in ihren Beiträgen behaupten, dass ein Personalwechsel erforderlich sei, nimmt die Partei einen Personalwechsel vor. Aus Sicht der Kommentatoren und damit möglicherweise auch der Wähler tut die Partei also „das Richtige“, beugt sich nach außen gesehen den Forderungen der Beobachter nach personellen Veränderungen. Letztlich ist dies aber doch eher ein Inszenierungsmittel, das Zustimmung der Beobachter dadurch einwirbt, dass die Inszenierung deren Weltansicht als „richtig“ bestätigt. Damit kann die Inszenierung darauf hoffen, dass die vorgeführte Problemlösung von denen, die den Personalwechsel vorher als notwendig eingefordert haben, hinterher auch als richtiger Schritt begrüßt und positiv bewertet wird.

4) Der Personalwechsel ist auch als Inszenierungsstrategie eine attraktive Option, weil er sich als „dramatischer Wendepunkt“ in der Entwicklung der Partei darstellen lässt. Eine solche Inszenierung will eine eindeutige und überzeugende Krisenbewältigung vorführen. „Dramatischer Wendepunkt“ heißt, dass sich die bisher als negativ durch Medien beschriebene Entwicklung schlagartig umkehrt. Dramatik entsteht durch die Vorführung eines entschlossenen krisenbewältigenden Handelns, das schnell zu Ergebnissen führt. Zwischen der durch Parteivertreter öffentlich eingestanden Krise und ihrer aktiven Lösung vergeht nur wenig Zeit. Der Ankündigung einer Lösung folgen sichtbare Zeichen für den Erfolg des krisenbewältigenden Eingreifens. Das Versprechen der Krisenbewältigung wird ohne großen Aufschub tatsächlich erfüllt. Die Regisseure des „Neuanfangs“ zeigen Tatkraft und Entschlossenheit. Beides mündet in sichtbaren Ergebnissen, die den Glauben der Beobachter nähren sollen, dass sich in der bisher kriselnden Partei tatsächlich vieles ganz maßgeblich geändert habe.

Der Personalwechsel durch Neuwahl von Spitzenpolitikern eignet sich für die Darstellung eines solchen „dramatischen Wendepunktes“. Wer von der Wichtigkeit der medial präsenten Spitzenpolitiker überzeugt ist, hält deren Austausch für einen starken Eingriff in die Parteiorganisation. Zwischen Nominierung und Wahl der neuen „Hoffnungsträger“ vergeht zudem wenig Zeit. Das macht eine Wahl als Inszenierung attraktiv. Die Bearbeitung struktureller Probleme einer Partei, etwa das der Überalterung der Mitgliedschaft, ist ungleich schwerer darstellbar. Das Problem der Überalterung kann nur sehr langfristig gelöst werden. Viele Jahre vergehen, bis sich erste Erfolge einstellen, falls die eingesetzten Maßnahmen überhaupt greifen. Strukturelle Probleme lassen sich nur schrittweise lösen. Das sich über Jahre hinziehende problemlösende Handeln kann nur schwer als Symbol von Tatkraft und Entschlossenheit öffentlich vorgeführt werden. Im Gegensatz dazu kann durch

eine Wahl der von Parteivertretern proklamierte Wille zur „personellen Erneuerung“ schnell verwirklicht werden. Die Ergebnisse dieser Erneuerung sind mit der Wahl alsbald sichtbar in Gestalt neuer Repräsentanten. Ihre Sichtbarkeit wird verstärkt durch die intensive Berichterstattung der Medien von den Parteitagen, auf denen die „Hoffnungsträger“ gewählt werden. Je höher die Ämter in der Hierarchie stehen, die zur Neuwahl anstehen, desto stärker ist das Medieninteresse. Dadurch, dass das Verfahren der Neuwahl in relativ kurzer Zeit abgeschlossen werden kann, kann sich das Medieninteresse erhöhen. Ereignisse, die sich in absehbarer Zeit als abgeschlossene Geschichten erzählen lassen, besitzen einen hohen Nachrichtenwert. In diesem Sinne entspricht die Wahl auch der Medienlogik. Das langfristige, sich womöglich über Jahre hinziehende Arbeiten an strukturellen Problemen verliert hingegen schnell an Attraktivität für die Medien. Andere Ereignisse ziehen deren Aufmerksamkeit auf sich. Die eher unspektakulären kleinen Arbeitsschritte schaffen zu wenig auffällige Abweichungen vom Alltag, die für die Medien von vorrangigem Interesse sind (Ackermann 1992, S. 237). Eine Wahl kann jedoch, mit ihrem Austausch wichtiger Personen, genau diese kurzfristige Aufmerksamkeit der Medien binden.

In Liveübertragungen durch das Fernsehen kann zugleich das Ritual der Wahl miterlebt werden. Einerseits ist die Wahl von Spitzenpersonal ein formaler Vorgang, der den Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechen muss. Andererseits werden Wahlen auch als Ritual zelebriert. Das Gepränge des Parteitages gibt der Wahl auch eine gewisse Weihe. Bedeutung erhält die Wahl dadurch, dass der Parteitag das höchste Gremium der Partei ist (Poguntke 2002, S. 262, 264). Delegierte kommen zusammen als legitime Vertreter der Mitgliedschaft der gesamten Bundespartei. Die Versammlung der Delegierten verkörpert den innerparteilichen „Souverän“, das „Parteivolk“, das dem Demokratieideal der eigentliche Inhaber der an die Spitzenpolitiker delegierten Macht ist. Die Wahl setzt die „Souveränität“ der Delegierten in Szene. Im Moment der Wahl haben sie das Heft des Handelns in der Hand. Führungsvertreter warten das Ergebnis der Wahl ab, für die Phase der Stimmabgabe unterbleiben Wortmeldungen und Auftritte der Führungspersonen.

Ein zweiter Grund für eine weihevollen Atmosphäre liegt in dem Arrangement des Parteitages als Veranstaltung. Die Wahlergebnisse werden öffentlich vor der Delegiertenversammlung verkündet. Die Delegierten applaudieren dem Gewählten, der herausgehoben auf der Bühne des Saales steht. Im gemeinsamen Handeln des Applauses verschmelzen die mehreren hundert Delegierten des Parteitages für diesen Moment zu einer Masse. Der Gewählte steht als Individuum einer großen Zahl an Menschen gegenüber, die ihm jenseits aller Differenzierungen nach Alter, Herkunft oder Ansichten Respekt und Anerkennung zollen. Diese ungeteilte Anerkennung wird von Zuschauern eher sinnlich erlebt und weniger begrifflich erfasst. Das massenhafte Klatschen ist lautstark und kann dadurch beeindruckend auf Zuschauer wirken. Klatschen als Geräusch wirkt eher emotionalisierend, anders als trockene und ausgefeilte öffentliche Stellungnahmen der Partei, in denen die

Wahl des Kandidaten als richtig begründet wird. Die Lautstärke des Beifalls und das gleichzeitige, gemeinsame Handeln der Delegierten als Applaudierende ist dem Zuschauer unmittelbar evident. Die Wahl wird somit zu einem sinnlichen Erlebnis. Sie schlägt sich zudem nieder in Bildern in der Presse und im Fernsehen. Diese Bilder können einen stärkeren Eindruck bei Medienkonsumenten erzeugen als die bloß als Text übermittelte Nachricht von der Neuwahl der Parteirepräsentanten.

### **3.4 Imageprobleme des Vorsitzenden aufgrund seines Umganges mit der Personaldiskussion**

Der umstrittene Vorsitzende muss auf die in Partei und Medien geführten Personaldiskussionen reagieren. Will er an seinem Amt festhalten, gerät er dank der Personaldiskussionen jedoch in Darstellungs- und Handlungsprobleme. Diese ergeben sich aus einem Zusammenspiel von Personalisierung, der prinzipiellen Austauschbarkeit der Spitzenpolitiker, dem Idealbild der innerparteilichen Demokratie und den Rollenanforderungen des Vorsitzenden. Es ist nicht eindeutig entscheidbar, welche die beste Reaktion auf die Debatten ist. Jeder denkbare Umgang damit kann wiederum Kritik provozieren, die das schlechte Image des Vorsitzenden fortschreibt. Träte das ein, schüfe er selbst weitere Gründe, ihn in Frage zu stellen. Die vom Vorsitzenden zu bewältigenden Probleme sollen im Folgenden kurz eingeführt und anschließend eingehender beleuchtet werden.

- Durch die Personaldiskussionen ist er als allgemein von der Parteimitgliedschaft anerkannter Parteirepräsentant in Frage gestellt. Der Zweifel kommt auf, ob er tatsächlich in Verhandlungen mit Koalitionspartnern und politischen Gegnern noch den Willen der „Partei“ vertritt. Ob er für seine in diesen Verhandlungen vertretenen Positionen auch eine innerparteiliche Mehrheit hat, kann angezweifelt werden (Sofsky/Paris 1994, S. 160f.). Diesen Zweifel können die Verhandlungspartner aus ehrlicher Sorge hegen, weil sie wissen wollen, ob sie sich auf die Zusagen des Vorsitzenden verlassen können. Sie können aber auch aus taktischen Gründen dessen Verlässlichkeit anzweifeln, um dessen Verhandlungsposition zu schwächen.
- Imageprobleme können auch entstehen, wenn der Vorsitzende „falsch“ auf die Personaldiskussion reagiert. Eine angemessene, also von innerparteilichen Kritikern und von Journalisten als angemessen empfundene Reaktion ist nicht leicht. Einerseits muss sich der Vorsitzende zurückhalten und darf nicht aggressiv gegen seine Kritiker vorgehen. Das Idealbild der innerparteilichen Demokratie beschreibt seine Rolle als „Diener“ der Partei. Würde der Vorsitzende seine Kritiker öffentlich angreifen, zöge er sich den Vorwurf zu, den Basiswillen zu missachten. Die Gefahr bestünde, als „autoritärer Herrscher“ sowohl in der Partei als auch in den Medien wahrgenommen zu werden. Der Vorsitzende muss in der Öffentlichkeit deshalb zu-

rückhaltend auf die Kritik reagieren. Diese Zurückhaltung kann aber auch als Verletzung der Erwartung von Führungsstärke erlebt werden. Der Vorsitzende wird dann als „schwach“ beschrieben in Leitartikeln oder tatsächlich von den Mitgliedern als „schwach“ angesehen. Diese Gratwanderung zwischen einem selbstbewussten Auftreten und einem zurückhaltenden Umgang mit der Personaldiskussion kann dilemmatisch werden, wenn jede Art der Reaktion des Vorsitzenden negativ durch andere beurteilt wird.

- Der Vorsitzende gerät unter Handlungsdruck, weil er auf Personaldiskussionen reagieren muss. Will er sein Amt nicht einfach aufgeben, muss er versuchen, den Zweifel zu zerstreuen. Er muss durch seine Aktivitäten beweisen, dass er dennoch der „Beste“ für das Vorsitzendenamt ist. Zuweilen erwarten dies auch seine Anhänger von ihm. Wenigstens muss er den Eindruck von Führungsschwäche oder mangelnder Gefolgschaft entgegentreten und Stärke demonstrieren. Durch solche Demonstrationen kann er versuchen, seine Kritiker umzustimmen oder das Bild des Vorsitzenden ohne Gefolgschaft zu korrigieren. Andererseits muss er auch Stärke zeigen, um als Verhandlungspartner wieder ernst genommen zu werden.

### **Imageprobleme**

In diesem Kapitel behandle ich die Imageprobleme, die vor allem aus dem Idealbild der innerparteilichen Demokratie entstehen. Der Vorsitzende ist in diesem Bild eine Person, die von der Basis mit der Erledigung von wichtigen Aufgaben für die Partei betraut wird. Zu diesem Zweck wird ihm das Amt mitsamt seinen Befugnissen und Privilegien anvertraut. Dieses Amt darf von dessen Inhaber nicht als dessen „Besitz“ missverstanden werden. Das Amt kann ihm wieder entzogen werden. Er darf es nur dann behalten, wenn er für die Partei etwas leistet und wenn er sich als fähig erweist, die von ihm erwarteten Leistungen auch zu erbringen.

Dieses Idealbild gehört in den Kanon der Legitimitätserklärungen, mit denen die Wahl einer Person zum Parteivorsitzenden begründet werden. Sowohl die Parteiführung selbst als auch die Mitglieder behaupten gegenüber der Öffentlichkeit, dass man den „Fähigsten“ gewählt habe, denjenigen, von dem man sich viele wertvolle Leistungen zum Wohle der Partei erwartet. Solche Erklärungen werden auch dann gegeben, wenn die Besetzung des Parteivorsitzes das Ergebnis von Machtkämpfen innerhalb einer kleinen Führungselite der Partei war (Edelman 1990, S. 66). Öffentlich möchte man jedoch den Eindruck demokratischer Legitimität erzeugen. Das ist auch notwendig, um Medienspekulationen über innerparteiliche Machtkämpfe und Interessenkonflikte vorzubeugen. Solche Spekulationen können die von der Partei öffentlich propagierten Themen überlagern durch journalistische Erzählungen eines „Dramas“. Ebenso müssen die Parteitagsdelegierten, die den Vorsitzenden wählen, den Eindruck vermeiden, sie hätten lediglich die von „oben“

vorgegebenen Personalien bestätigt. Ihre Rolle als Vertreter des „Souveräns“ erschiene sonst zweifelhaft. Als schlichte „Befehlsempfänger“ oder „Abnicker“ würden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht, auf dem Parteitag den Willen ihrer lokalen Parteigliederungen gegenüber der Führung zu vertreten. Daher müssen Differenzen zwischen Vorsitz und „Basis“ möglichst verborgen werden. Stattdessen versucht man ein Bild der „Geschlossenheit“ zu vermitteln: Der Vorsitzende gibt sich ganz als Diener des Wohls der gesamten Partei, während sich „die Mitglieder“ in Gestalt einzelner in den Medien zitierter Politiker der Partei zu dem Vorsitzenden demonstrativ bekennen als den Besten, den man für die anstehenden Aufgaben bekommen könne. Ein Beispiel für diese Selbststilisierung des Vorsitzenden als „erster Diener der Partei“ mag ein Auszug aus einer Rede Johannes Raus, des ehemaligen Landesvorsitzenden der NRW-SPD geben:

Ich tue nichts und ich unterlasse nichts, um irgendein Amt zu behalten oder irgendein Amt zu bekommen, sondern ich tue meine Pflicht und diene diesem Land. [...] Also, was ich da manchmal lese, das geht einem schon gelegentlich auch an die Nieren. Als ob man etwas tue, um das und das zu erreichen. So habe ich mein Leben nicht verstanden, so will ich es auch nicht verstehen, sondern Aufträge annehmen, wenn sie angetragen werden. (Rau 1998)

Diese Legitimierungsstrategie erzeugt aber Imageprobleme des Vorsitzenden, sobald er innerparteilich in die Kritik gerät. Können seine Kritiker überzeugend behaupten, dass sie den „Basiswillen“ repräsentieren, verliert der Vorsitzende seine Legitimation. Diejenigen, die ihn laut öffentlichen Stellungnahmen ursprünglich aus freien Stücken und aus persönlicher Überzeugung gewählt haben, wollen ihn nicht mehr oder zweifeln seine Eignung für das Amt an. Er kann sich daher nicht mehr darauf berufen, dass er sein Amt aufgrund des Wunsches der Mitgliedschaft innehat.

Die „Basis“ ist ihrerseits nur dann überzeugend „Basis“, wenn sie eine Mehrheit der Mitglieder umfasst. Kritiker des Vorsitzenden müssen folglich überzeugend darstellen, dass sie nicht als Einzelne oder als Vertreter innerparteilicher Interessengruppen handeln, sondern als Sprecher eines Großteils der Mitgliedschaft der gesamten Partei. Dabei müssen sie aufpassen, dass sie nicht ihrerseits zu sehr wirken wie Leute, die sich auf Kosten des Vorsitzenden „profilieren“ wollen. Dieser Vorwurf wird oft gegen innerparteiliche Kritiker erhoben. Ihre Kritik erscheint dann als rein karrieredienliches Instrument, sich in den Medien bekannter zu machen. Die Diskreditierung der Kritiker als „Karrieristen“ misslingt jedoch, wenn diese Unterstützung durch Parteimitglieder erhalten. Die Medien können Zitate von Mitgliedern sammeln, um zu zeigen, dass der vermeintliche „Karrierist“ den Nerv „der Partei“ trifft. Ebenso können die Medien einem Kritiker auch zum Repräsentanten des „Basiswillens“ stilisieren, auch wenn dieser das nicht so beabsichtigt hatte. Kritik am Vorsitzenden ist umso erfolgreicher, je überzeugender das Bild erzeugt wird, diese Kritik spiegele den „Basiswillen“ wider.

Der Vorsitzende, der an seinem Amt festhalten will, kann dann nur schwer einen überzeugenden „Anspruch“ auf sein Amt in der Öffentlichkeit vertreten. Je mehr er das tut,

desto wahrscheinlicher ist es, dass er von innerparteilichen Kritikern oder von Journalisten als „Egoist“ und ausschließlich an der Macht interessiert dargestellt wird. Als „Beauftragter der Basis“ und als „Diener“ der Partei und ihrer politischen Überzeugungen darf er eigentlich nicht gegen den „Basiswillen“ an seinem Amt festhalten. Die „Basis“ gilt im Idealbild der innerparteilichen Demokratie als Inhaberin der Macht. Sie bestimmt auch, welche Aufgaben der Vorsitzende in seinem Amt erfolgreich zu meistern hat. Die Einschätzung der Basis“, dass der Vorsitzende seine Arbeit nicht mehr gut erledigt, kann nur durch die „Basis“ selbst diskutiert und kritisiert werden. Der Vorsitzende muss das Urteil der „Basis“ schlicht hinnehmen. Er darf in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck machen, dass er dieses Urteil für falsch hält oder missachtet. In seinen öffentlichen Reaktionen auf die Personaldiskussion muss er deutlich machen, dass er die Macht der „Basis“ anerkennt und sich nicht über sie stellt.

Es genügt auch nicht, dass er öffentlich erklärt, dass er seine Arbeit ehrlich und gut gemeint habe. Die „Basis“ hat die Arbeit des Vorsitzenden als ungenügend beurteilt. Das heißt auch, dass die „Basis“ fürchtet, dass ihre Ziele nicht verwirklicht werden, wenn der Vorsitzende im Amt bleibt. Ein solches Scheitern kann die „Basis“ als Auftraggeber des Vorsitzenden nicht akzeptieren, da der Parteivorsitz als Amt auch über Leistung definiert ist. Auch der gutwillige Vorsitzende ist nicht mehr der „Diener“ der Mission der Partei, wenn er an dieser Aufgabe scheitert. Diese Mission erfordert dann die Abberufung des Gescheiterten. Die Auswechslung des „Unfähigen“ gegen einen „Besseren“ erscheint folglich unvermeidlich. Insofern wäre der freiwillige Rückzug des von der „Basis“ negativ beurteilten Vorsitzenden der einzige und letzte „Dienst an der Sache“, die dieser noch leisten könnte und zugleich müsste. Sieht er ein, dass sein Wirken die Basis nicht zufriedenstellt, muss er den Weg für einen Besseren frei machen und damit einen Beitrag dazu leisten, dass die Basis ihre Ziele verwirklichen kann.

Beharrt der kritisierte Vorsitzende entgegen dieser Deutungsmuster auf seinem Amt, gerät er schnell in den Verdacht, nicht an der „Sache“, sondern an der „Macht“ an sich interessiert zu sein. Seinen Bezug auf überpersönliche Ziele, also auf die Ideale und Ziele der Partei, könnte er nur glaubhaft beweisen durch seinen Rücktritt. Die Verweigerung des Rücktritts wirkt dagegen wie eine Ablehnung der im Ideal beschriebenen souveränen Rolle der Basis. Er möchte dann gegen den Willen der Basis im Amt bleiben. Der Wille der Basis ist aber laut dem Demokratieideal das, was ihm das Amt überhaupt erst ermöglicht hat. Der Vorsitzende individualisiert sich durch sein Beharren. Er löst sich von der Mission der Partei, welche durch die Basis bestimmt und als Aufgabe beschrieben wird. Diejenigen, die ihn ablösen wollen, behaupten, dass er der Mission der Partei durch seine Art der Amtsführung schade. Wenn der Vorsitzende trotz dieser Kritik auf seinem Amt beharrt, wirkt es so, als sei die Mission für ihn nunmehr zweitrangig geworden. Ihm scheint es nicht mehr um das zu gehen, was die breite Mehrheit der Parteimitglieder will. Er nimmt sich – im öf-

fentlichen Bild - das Recht heraus, eigene Maßstäbe für sein Handeln heranzuziehen, obwohl er sich der offiziellen Legitimierungsstrategie nach ausschließlich nach dem Willen der Basis oder den Zielen der Partei richten dürfte. Damit stellt er sich gegen die „Basis“ und wird erkennbar als eine Person, die ein von der Basis unabhängiges eigenes Interesse verfolgt. Mit seinem Beharren auf seinem Amt gibt er die Rolle als Vertreter der Basis auf, weil er deren Willen nicht mehr schlicht vollziehen möchte. Im Demokratieideal gilt der Wille der Basis aber ungefragt als das Gute. Die Freiheit der Basis, ihren Willen zu entwickeln und durchzusetzen, darf durch Führungspersonen nicht angetastet werden. Mithin ist die Verweigerung des Vorsitzenden, sich diesem Willen zu beugen, das schlechte Gegenstück zum „Guten“. Und weil er jetzt als Mensch mit eigenen Interessen erkennbar wird, wird der Vorsitzende auch als „Egoist“ beschrieben.

Geht der Vorsitzende in öffentlichen Auftritten aggressiv gegen seine Kritiker vor, provoziert er weitere Unterstellungen menschlicher Schwächen. Er kann nun als Mensch skandalisiert werden, der von seiner Persönlichkeit her mit Kritik nicht umgehen kann. Die „Basis“ hat das Recht, den Vorsitzenden zu kritisieren. Der Vorsitzende als Beauftragter der Basis muss sich dieser Kritik stellen und sich gegenüber seinen Kritikern rechtfertigen. Aber er darf die Kritiker ihrerseits nicht kritisieren. Zumindest darf er durch aggressive Abwehr nicht den Eindruck erwecken, dass er seine Kritiker in die Schranken weisen möchte. Ein solches Verhalten könnte als „Schwäche“ des Vorsitzenden ausgelegt werden. Er könnte als „nicht kritikfähig“ dargestellt werden. Also entsteht das Bild eines Menschen, den die legitime Kritik der Basis emotional aufwühlt und der dann auch emotional darauf reagiert. Dieses Bild zeigt einen Menschen, der charakterlich nicht stark genug ist, um die Kritik zu ertragen. Eine weitere charakterliche Schwäche ist es, dass er seine Emotionen nicht hinreichend kontrollieren kann, um sachlich mit seinen Kritikern umzugehen. Mit solchen charakterlichen Defiziten erscheint dieser Mensch erst recht ungeeignet für sein Amt. Schließlich gehört es zum Amt dazu, dass der Amtsinhaber sich vor dem „Souverän“ für seine Arbeit verantworten und sich damit auch der Kritik stellen muss. Also provoziert der Vorsitzende, der öffentlich erkennbar aggressiv gegen seine Kritiker vorgeht, den Eindruck, grundsätzlich nicht für diese verantwortungsvolle Aufgabe geeignet zu sein.

In Verbindung damit muss der sich aggressiv öffentlich wehrende Vorsitzende damit rechnen, als „Despot“ skandalisiert zu werden. Die unterstellten negativen Eigenschaften, Unbeherrschtheit und starke Geltungssucht, werden Diktatoren häufig ebenso zugeschrieben und gelten als Quelle der von ihnen errichteten Herrschaft. Die Nähe zum „Diktator“ entsteht außerdem durch die Verletzung des Idealbildes der innerparteilichen Demokratie. Wer als Vorsitzender seine Kritiker hart angreift, scheint zugleich das Recht der Basis zu dieser Kritik in Frage zu stellen. Journalisten und Gegner des Vorsitzenden können daher dessen Abwehr als „undemokratisch“ anfeinden. Plausibel wird diese Anfeindung durch das Pathos, dass dem Demokratieideal beigelegt wird in Leitartikeln oder Politikerreden.

Demokratie gilt als schlechthin positiv. Wo dieses Pathos zugleich auf eine detaillierte Diskussion von Strukturproblemen von Demokratie verzichtet, knüpft sie an das „Charisma der Vernunft“ an (an Weber anschließend Günther Roth 1987, S. 153f.). Das naive Demokratiepathos nimmt eine generelle Machtkritik in sich auf, die im europäischen Denken vertreten ist:

Eine dritte Prämisse des Macht-Verständnisses beruht auf der Konfrontation von Macht und Freiheit: Alle Machtanwendung ist Freiheitsbegrenzung. Jede Macht ist daher rechtfertigungsbedürftig. (Popitz 1992, S. 17)

Macht erscheint diesem Denken grundsätzlich problematisch. Und wo sich die Macht in den Händen weniger konzentriert, gilt sie als regelrecht verwerflich. Die eigennützige Herrschaft der wenigen über die Mehrheit erscheint als Ausbeutung und daher als moralisch falsch. In einer derartigen Herrschaft erzielt die kleine Gruppe der Machthaber ihren Vorteil auf Kosten der niedergehaltenen Mehrheit. Sie kann ihre Gewinne auch nur realisieren, weil sie die Mehrheit unterwirft. Damit hindert sie die Mehrheit aber daran, zu tun, was sie möchte und sie verweigert ihnen ihren gerechten Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum. Die Demokratie als Idee verspricht hingegen ein Leben weitestgehend frei von Zwängen durch eine Machtelite und eine gerechte Verteilung der Ressourcen (zur Idee der Demokratie als Herrschaft von Gleichen über Gleiche siehe Meyer 2009, S. 20f., Demokratie als Versprechen der Freiheit von Fremdbestimmung, siehe Möllers 2008, S. 15ff.). Diese Idee findet Anklang überall dort, wo Über- und Unterordnungsverhältnisse existieren und diese auch einhergehen mit Verzicht der Untergeordneten. Hierarchien gehen einher mit dem Traum des Abschüttelns der Herrschaft.

Diese Verbindung zwischen dem Demokratiepathos, dem Wunsch nach Befreiung von hierarchischen Zwängen und der Kritik am Vorgehen des Vorsitzenden als „undemokratisch“ kann darum für viele Menschen überzeugend wirken. Nicht zuletzt wegen der „Sensibilisierung des Freiheitsbewusstseins“ (Popitz 1992, S. 20) wirken diese Vorwürfe gegenüber dem Vorsitzenden auch emotionalisierend. Sein Verhalten kann unter diesen Umständen von vielen Menschen als „empörend“ wahrgenommen werden. Leitartikler und Parteitagsredner beschwören diese Gefühle der Empörung in ihren Kritiken am Vorsitzenden. Eine solche Situation muss der Vorsitzende vermeiden, wenn er sein Image nicht noch über die Personaldiskussion hinaus verschlechtern will.

Geht der Vorsitzende gegen seine Kritiker vor, bedient er das Misstrauen, dass jenseits der öffentlichen Vorführung von „Geschlossenheit“ Machtkämpfe und Disziplinierung herrschen. Politiker wie Journalisten teilen einen Interpretationsrahmen, innerhalb dessen politische Ereignisse immer auch im Hinblick auf die Konkurrenz um knappe Spitzenämter interpretiert wird. In dieser Lesart ist Politik ein fortwährender Machtkampf um Ämter und Einfluss. Mit der Selbstdarstellung als „geschlossen“ bemühen sich die Parteien, diese Unterstellung von Machtkämpfen abzuwehren. Aber der gegen seine Kritiker aktiv kämpfende



Vorsitzende schürt diesen Verdacht. Er erzeugt das Bild des patriarchalischen Vorsitzenden, der allzu machtbewusst sein Revier beherrscht. Damit entsteht aber auch das Bild eines Vorsitzenden, der Feinde hat und der sich hauptsächlich aufgrund seiner Begabung im Beherrschen und Ausschalten seiner Feinde im Amt hält. Es entsteht das Bild eines Vorsitzenden ohne echte Gefolgschaft. Die von manchen Parteivertretern vorgeführte Loyalität kann darum angezweifelt werden, ob sie echt ist oder nur erzwungen. Weitere Leitartikel können über deren Loyalität als Maske spekulieren. Öffentliche Vorführungen von Loyalität können unglaublich wirken oder als unglaublich dargestellt werden. Sie können kontrastiert werden mit Zitaten von Kritikern am Vorsitzenden. Damit wird das Misstrauen in den Medien lebendig gehalten, man wohne lediglich einer „Show“ bei. Darunter leidet das Image der Partei. Kritik zu verschleiern und zu verschweigen wirkt schwach und verlogen.

Zudem kann der sich wehrende Vorsitzende auch erst die Gründe schaffen, die seine Ablösung sinnvoll erscheinen lassen. Der sich hartnäckig verteidigende und gegen Kritiker kämpfende Vorsitzende kann mit seinem Handeln das Bild von ihm als autoritärer Parteiherrscher verfestigen. Wenn sich sein Image zunehmend verschlechtert, kann die Kritik am Vorsitzenden zunehmen. Mit seinem schlechten Image kann er von vielen in der Partei als Belastung empfunden werden. Wenn sein Auftreten weitere negative Medienkommentare nach sich zieht, verstößt der Vorsitzende gegen die Norm, durch sein öffentliches Auftreten negative Eindrücke zu vermeiden. Seine Abwehr kann auf diese Weise zu einer Art selbsterfüllender Prophezeiung werden. Eben weil er fortgesetzt negative Meldungen und Kommentare durch seine Abwehr hervorruft, erfüllt er zusehends tatsächlich nicht mehr die Aufgaben als Parteivorsitzender. Sein Auftrag ist es, mit seinen öffentlichen Auftritten für die Partei zu werben. Dies unterläuft er aber dann, je mehr das Ansehen der Partei unter ihrem „autokratischen“ Vorsitzenden zu leiden beginnt. Damit provoziert der Vorsitzende aber erneute Kritik und Distanzierungen. Er sorgt mit seinem Durchhaltevermögen für gute Gründe, ihn tatsächlich zum Aufgeben zu zwingen.

### **Handlungsdruck und Probleme der Selbstdarstellung**

Personaldiskussionen schaffen für den Vorsitzenden eine Bewährungssituation. Diese entsteht allein dadurch, dass die Eignung des Vorsitzenden für sein Amt und sein innerparteilicher Rückhalt angezweifelt werden. Der Zweifel kann schon durch die Distanzierung von Parteimitgliedern von ihrem Vorsitzenden entstehen. Eine offene Diskussion über „bessere“ Alternativkandidaten oder über die vermeintlichen oder tatsächlichen Fehler des Vorsitzenden sind nicht unbedingt notwendig, um den Zweifel entstehen zu lassen. Der Grund: Die von der Partei(führung) angestrebte Inszenierung von „Geschlossenheit“ und Identifikation von Partei und Führung ist außerordentlich anfällig. Die Wahl des Vorsitzenden soll, der Idee dieser Inszenierung nach, begleitet werden von den Bekenntnissen der Parteimitgliedschaft, man habe den Besten und Fähigsten zum Vorsitzenden gewählt. In-

szenierungsziel ist die Darstellung der völligen Übereinstimmung von Vorsitzendem und „Basis“: Die Mitglieder identifizieren sich mit ihrem obersten Repräsentanten, fühlen sich von diesem vollständig vertreten und auch verkörpert. Medienberichte übernehmen diese Idee der Identifikation der Mitglieder mit ihrem obersten Repräsentanten, sobald sie die Länge und Intensität des Beifalls von Parteitagsdelegierten für die Rede ihres Vorsitzenden gründlich analysieren. Entsprechend ist jede noch so kleine Kritik, jede eher zurückhaltende und differenzierende Positionierung von Mitgliedern gegenüber den Medien schon ein Bruch dieser Inszenierung. Eben weil die Harmonie so makellos inszeniert werden soll, erscheinen schon kleine Abweichungen von dieser Vorgabe als Anzeichen größerer Konflikte. In einem anderen Zusammenhang beschreibt Hondrich unter Rückgriff auf Durkheim diese wachsende Sensibilisierung für Abweichungen als Ergebnis des Wunsches nach Harmonie:

Aber gerade eine Menschheit, die auf höchste Harmonie und Gleichheit eingestimmt ist, wird eben dadurch höchste Sensibilität für die geringsten Disharmonien und Ungleichheiten zwischen den Kulturen entwickeln. (Hondrich 2001, S. 172)

Es genügt dafür bereits, dass ein Mitglied gegenüber den Medien nicht nur Lob äußert, sondern Kritik in einigen wenigen Punkten. Möglicherweise reicht bereits ein eher nüchtern und wenig überschwänglich formuliertes Bekenntnis eines Mitgliedes zu seinem Vorsitzenden, um von Kommentatoren als Zeichen eines Bruches zwischen Führung und „Basis“ interpretiert zu werden. Der Mangel an Begeisterung kann als Zeichen gelesen werden für verdeckte Unstimmigkeiten und Konflikte.

Dieser Verdacht verändert das Bild des Vorsitzenden. Seine Austauschbarkeit wird bewusst. Er ist Vorsitzender unter Vorbehalt, weil die Partei seinen Verbleib im Amt von dessen Bewährung abhängig macht. Die Personaldiskussion – medial „erfunden“ oder tatsächlich geführt – macht deutlich, dass es für diesen Verbleib im Amt Kriterien gibt, die der Amtsinhaber erfüllen muss. Diese Kriterien werden Teil des Diskurses um den Parteichef und seine Chancen auf Bewahrung seines Amtes. Leitartikel geben Ratschläge, was der Vorsitzende tun muss, um bleiben zu können. Das Bild der Personaldiskussion verändert auch die Darstellung des Verhältnisses von Führung und Partei. Wo Kritik am Vorsitzenden geübt wird, bilden Vorsitzender und Gefolgschaft keine symbiotische Gemeinschaft mehr, deren Zusammenwirken für beide Seiten den größten Gewinn garantiert. Stattdessen stehen sich Loyalität zum Vorsitzenden und das Interesse an Wahlerfolgen als zwei entgegengesetzte Optionen gegenüber. Die Mitglieder müssen sich zwischen ihnen entscheiden. Das Festhalten an der Loyalität kann Wahlchancen schmälern. Wo sich die Mitglieder dennoch für die Loyalität entscheiden, bleibt der Verdacht, dass sie den Vorsitzenden eher tapfer ertragen, als ihn aus voller Überzeugung zu unterstützen. Dieser Verdacht kann zumindest in journalistischen Spekulationen ihren Raum finden. Werden Personaldiskussionen von Kommentatoren mit derartigen Szenarien begleitet, bekommen sie einen dramatischen Anstrich. Die so dargestellte Entscheidungssituation der Mitglieder wirkt tra-

gisch, wenn sie weder illoyal sein noch die Wahlchancen der Partei gefährden wollen. Derartige Tragödien lassen sich wiederum als psychologisches Drama einzelner Protagonisten in Reportagen erzählen. Dieses Drama bildet den behaupteten Riss zwischen „Führung“ und „Partei“ ab und stellt ihn zugleich in einer emotionalisierenden Weise vor. Das Publikum kann sich vermeintlich einfühlen in die „zerrissene Partei“.

Sobald der Verdacht des Bruches zwischen „Führung“ und „Partei“ öffentlich ausgesprochen wird, in Leitartikeln oder in öffentlichen Stellungnahmen von Mitgliedern oder politischen Gegnern, muss der Vorsitzende dem aufkommenden Zweifel begegnen. Das Bild des Bruches zwischen „Führung“ und „Basis“ darf sich nicht verfestigen. Es nährt die Idee, den aktuellen Amtsinhaber durch einen „besseren“ Kandidaten ersetzen zu müssen. Leitartikler können jede kleine Störung im Harmoniebild nutzen, um über Alternativkandidaten zu mutmaßen, die innerhalb der Partei beliebter oder als fähiger angesehen sind. Damit ist die Saat für eine Personaldiskussion gelegt. Also muss der Vorsitzende durch sein öffentliches Auftreten und durch seine Aktivitäten beweisen, dass er dem Zweifel zum Trotz immer noch der beste Kandidat für sein Amt ist. Er muss den Beweis führen, dass er in seiner Partei hinreichend Unterstützung hat bzw. dass er der Partei Erfolge bescheren kann. Er tritt in Konkurrenz zu den gehandelten Alternativkandidaten und muss zeigen, dass er es besser kann als sie. Die Personaldiskussion kann letztlich nur verstummen, sobald Journalisten und Mitglieder der Meinung sind, der amtierende Vorsitzende sei der „natürliche“ Kandidat, weil die Partei keinen besseren haben könne. Nur wenn sich die Überzeugung durchsetzt, dass der Vorsitzende den Alternativkandidaten letztlich doch überlegen sei, ist die Personaldiskussion beendet.

Der Vorsitzende muss deshalb aktiv werden und mit seinem öffentlichen Auftreten auch die Erwartungen an einen Parteiführer erfüllen. Er muss Entschlossenheit, Durchsetzungskraft und Selbstbewusstsein demonstrieren. Das gilt besonders dann, wenn die Personaldiskussion von einigen innerparteilichen Gegnern oder von einigen Journalisten zum Medienthema erhoben wurde. Einige wenige Personen können durch gute Medienarbeit den Eindruck erzeugen, als sei der Vorsitzende tatsächlich in der Partei umstritten. Solchen Darstellungen muss der Vorsitzende entgegentreten, nicht zuletzt auch deswegen, weil seine Anhänger dies von ihm erwarten. Sie setzen darauf, dass ihr Vertreter sich nicht durch Medienkampagnen ohne Substanz aus dem Amt treiben lässt. Diese Erwartungen sind umso stärker, je mehr sie den Vorsitzenden für die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele brauchen.

Diese Situation ist dilemmatisch, weil der Vorsitzende widersprüchliche Erwartungen erfüllen muss. Einerseits muss er auf Personaldiskussionen zurückhaltend reagieren, um nicht als „Despot“ dargestellt zu werden. Aber diese Zurückhaltung kann von seinen Anhängern, aber auch von Leitartiklern als „Schwäche“ ausgelegt werden. Er darf zwar nicht den Willen der „Basis“ in Frage stellen, aber andererseits darf er auch seinen Anspruch auf

das Amt nicht widerstandslos aufgeben. Wo er aber um sein Amt kämpft, kann dies wiederum als tendenziell „antidemokratisch“ und „egoistisch“ verurteilt werden von innerparteilichen Gegnern und Journalisten. Damit wird die Reaktion des Vorsitzenden auf Personaldiskussion zu einer schwierigen Abwägung. Idealerweise findet er eine Reaktionsform, die weder als „despotisch“ noch als „schwach“ wahrgenommen wird. Wie konkret in einer Situation geurteilt wird, ist letztlich eine empirische Frage. Strukturell besteht zumindest die Gefahr, dass jede Reaktion des Vorsitzenden seine Imageprobleme verschärfen kann. Wenn die innerparteilichen Konflikte groß genug sind und die Bereitschaft zur öffentlichen Kritik am Vorsitzenden besteht, kann es passieren, dass der Vorsitzende mit jeder seiner Entscheidungen ein negatives Image provoziert.

### **3.5 Der Zwang zur Gegnerbekämpfung mit informellen Machtmitteln als Folge des Führertopos**

Personaldiskussionen können innerparteiliche Machtkämpfe um den Vorsitz begünstigen. Diese Debatten thematisieren die Idee, den aktuellen Vorsitzenden durch einen besseren Kandidaten auszutauschen. Weil der Vorsitzende aufgrund seines schlechten Images als Werbeträger versagt, wird die Wahl eines in den Medien besser beleumundeten Nachfolgers erwogen. In jeder Personaldiskussion werden daher immer auch denkbare Alternativkandidaten verhandelt. Die Medien, die die Personaldiskussion durch Kommentare zu einem öffentlichen Thema machen, spekulieren ihrerseits, wer von den Führungspersonen der Partei ein denkbarer und aussichtsreicher Bewerber sein könnte. Die an einem Personalwechsel interessierten Mitglieder können durch diese Spekulationen gleichzeitig erkennen, welche Person für die Medien als akzeptabler Kandidat wahrgenommen wird. Genau diese Wahrnehmung ist für diese Mitglieder wichtig, weil sie einen Nachfolger mit einem besseren Medienimage brauchen. Nur so kann der Personalwechsel ein Mittel sein, um das öffentliche Ansehen der Partei wieder zu verbessern. Sie orientieren sich bei ihrer Suche auch an dem Urteil der Medien. Damit steigt für die von den Medien erwähnten Kandidaten die Chance, den Vorsitzenden tatsächlich abzulösen. Weil sie für die Medien attraktiv wirken, wirken sie auch für die Partei attraktiv.

Der Vorsitzende wird durch derartige Personalspekulationen weiter gefährdet. Gefährdet ist er schon dann, wenn die Medien den von ihnen erwähnten Kandidaten schlicht unterstellen, dass sie in der aktuellen Situation gute Aussichten auf das höchste Parteiamt hätten. Also muss der Vorsitzende seine Konkurrenten schon vorbeugend bekämpfen, um ihnen nach Möglichkeit die Chance einer Kandidatur zu nehmen. Sobald die Medien behaupten, der Konkurrent sei geeigneter als der amtierende Vorsitzende, muss letzterer beweisen, dass er dem Kandidaten der Medien dennoch überlegen ist. Mit dem auch nur diskutierten Wettbewerb zwischen dem Kandidaten und dem Vorsitzenden wird der Zweifel am Vorsitzenden geweckt. Er könnte diese Konkurrenz verlieren, er könnte auf lange Sicht

der unterlegene Gegner sein. Diese Zweifel muss er zerstreuen, um zu beweisen, dass er der durchsetzungsstarke Parteiführer ist, als der er sich zeigen möchte. Gelingt es ihm, sich als durchsetzungsstark und überlegen zu präsentieren, kann er darauf hoffen, dass die Medien nicht mehr an die Chancen des von ihnen erwähnten Gegenkandidaten glauben.

Mediale Personalspekulationen könnten aber auch einen offenen Machtkampf antreiben. Konkurrenten des Vorsitzenden könnten sich durch die Spekulationen ermuntert fühlen, aktiver als zuvor an der Übernahme des Vorsitzes zu arbeiten. Die Personaldiskussion kann zu ihrer Gelegenheit werden, den Vorsitzenden wirksam anzugreifen. In diesem Fall ist der Vorsitzende erst recht gezwungen, öffentlich Stärke zu demonstrieren.

Als Repräsentant der Gesamtpartei darf der Vorsitzende jedoch keine offenen innerparteilichen Machtkämpfe führen. Er muss in dieser Rolle alle Parteimitglieder vertreten. Deshalb darf er sich nicht offen gegen ein Mitglied stellen bzw. zum Kopf eines Machtkampfes einer innerparteilichen Interessengruppe gegen die andere werden. Als „Führer“ soll er sich außerdem durch überzeugende Argumente und Visionen anstatt mit Machtmitteln durchsetzen (Paris 2005c, S. 98, 100). Der „Führer“ soll die Mitglieder durch Konzepte gewinnen. Die Mitglieder müssen sich zudem nach außen als „freiwillige“ Aktivisten darstellen können, weshalb jeder Eindruck des Zwanges durch die Parteiführung vermieden werden muss. Schließlich muss der Vorsitzende als medial präsente Person auch die Norm befolgen, keinerlei Anlässe für die mediale Spekulation über Machtkämpfe zu bieten. Auch deshalb muss er in der Öffentlichkeit jedes Verhalten vermeiden, dass als Machtaktion gegen einen Konkurrenten von den Medien interpretiert werden könnte.

Das führt dazu, dass ein geschickter Vorsitzender seine Kämpfe verdeckt ausficht. Er verbirgt nach außen, dass er überhaupt kämpft. In der Öffentlichkeit gibt er sich konziliant und versöhnlich, während er jenseits der Medienbeobachtung „zuschlägt“. Was vielen Kommentatoren und Bürgern als Höchstmaß an Verlogenheit und Hinterhältigkeit erscheint, ist letztlich ein Ergebnis der Figuration, die offene Auseinandersetzungen als unklug ausschließt. Im Folgenden sollen die Rollenerwartungen und ihre Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten des um seine Macht kämpfenden Vorsitzenden dargestellt werden.

Der Parteivorsitzende ist dem Ideal folgend der Repräsentant der gesamten Partei. Er ist verpflichtet, möglichst allen Mitgliedern gerecht zu werden. Möglichst alle Parteimitglieder müssen das Gefühl haben, dass sie durch ihren Vorsitzenden auch in der Öffentlichkeit oder gegenüber dem politischen Gegner vertreten werden. Also muss der Vorsitzende auch die politischen Überzeugungen der Mitgliedschaft in seinen Stellungnahmen und Forderungen aufgreifen. Nur so kann er das Bild erzeugen, dass er der Sachwalter der Mitgliederinteressen ist (siehe Gast 2011, S. 106f., der Erwartungen an Regierungschefs zitiert. Diese lassen sich auf Parteivorsitzende übertragen). Weil die Vertretung der Mitglie-

derinteressen im Detail kaum möglich ist, entsteht die Tendenz zu einer eher „präsidialen“ Haltung des Vorsitzenden. Der Vorsitzende vermeidet Extrempositionen, propagiert in der Öffentlichkeit vielmehr Kompromisse, die für möglichst viele Parteimitglieder tragbar erscheinen. Die Neigung zum Kompromiss ist je größer, je vielfältiger und gegensätzlicher die innerparteilichen politischen Strömungen sind. Keinesfalls darf der Vorsitzende „Partei“ ergreifen für eine der innerparteilichen Strömungen. Damit würde er sich in die politische Gegnerschaft zu den entgegengesetzten Anschauungen und Interessen bringen. Er wäre dann nicht mehr der Repräsentant der gesamten Partei, sondern lediglich der Anführer einer von mehreren innerparteilichen Interessengruppen. Als Vorsitzender wird von ihm jedoch erwartet, dass er die innerparteiliche Vielfalt integriert (zum Ideal der Integration der Vielfalt durch die Führung Meyer 2009, S. 149). Diese Rollenerwartungen an den Vorsitzenden bringt Walter auf den Punkt:

Im übrigen gibt es Zwänge für jeden Parteivorsitzenden. Er muss die Partei zusammenhalten, muss integrieren, moderieren, Kompromisse suchen. Er darf kein Mann eines Flügels sein, darf nicht polarisieren, niemanden wegstoßen, keinen verunsichern. Er muss auf die Empfindlichkeiten der Parteeisele Rücksicht nehmen [...](Walter 1995)

Seine Aufgabe ist es, die Partei als Ganzes zu bewahren und Spaltungen zu verhindern. Entsprechend oft wird die Formel „die Partei zusammenhalten“ auch in Politikerreden gebraucht. Politische Strömungen, die sich innerhalb der Partei nicht mehr als durchsetzungsfähig empfinden, könnten eine Parteineugründung anstreben. Dieses Szenario weckt Befürchtungen der Schwächung der Partei. Sie verliert nicht nur zahlende Mitglieder, sondern auch Wählergruppen, die durch die auswandernde Strömung gebunden werden. Also muss der Vorsitzende integrieren, indem er einen Kompromiss zwischen den innerparteilichen Strömungen sucht (zur Erwartung der Kompromissbereitschaft siehe Gast 2011, S. 108f.). Dies muss er auch tun, wenn er selber durch die Unterstützung eines bestimmten Parteiflügels in sein Amt gelangt ist. Mit der Übernahme des Vorsitzes muss er also von früheren dezidierten politischen Positionen abrücken, um auch konkurrierenden Flügeln ein Identifikationsangebot machen zu können. Der Vorsitzende wird auf diese Weise tendenziell zu einem „Präsidenten“, der mehr repräsentiert, als dass er für eine bestimmte politische Programmatik kämpft. In seinen öffentlichen Stellungnahmen nimmt er fortlaufend Bezug auf die Führungsfiguren der innerparteilichen Strömungen. Er bemüht sich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erzeugen, dass die Parteiflügel „eingebunden“ werden. In seinen öffentlichen Äußerungen macht er Konzessionen an alle einflussreichen innerparteilichen Interessengruppen. Dadurch verlieren diese Äußerungen auch an Profil. Er muss zugunsten einer für alle Interessengruppen erträglichen Formulierung auf entschiedene und sehr konkrete Haltungen verzichten. Ungelöste Streitpunkte in Detailfragen werden dann kaschiert durch allgemein und abstrakt gehaltene Absichtserklärungen. An die Partei gerichtete Reden des Vorsitzenden bekommen durch die Integrationsaufgabe einen ritualhaften Charakter. Der Redetext nimmt einerseits Rücksichten auf die Interessen der

einzelnen Gruppierungen und vermeidet den Eindruck von Ablehnung und Abwertung. Andererseits kann der Redner sein Integrationsbemühen auch dadurch vorführen, dass er Strömungen oder einzelne namhafte Strömungsvertreter namentlich nennt und öffentlich lobt. Tut er das, muss er alle maßgeblichen Personen auch vollständig nennen. Dadurch werden solche Reden langweilig. Schärfe und Profil kann der Redner dann allenfalls noch durch Angriffe auf den politischen Gegner gewinnen, weil er ihm gegenüber keine Zurückhaltung üben muss.

Auch persönliche Fehden mit Parteifreunden verstoßen gegen das Bild des Repräsentanten. Dass es innerparteiliche Feindschaften und Rivalitäten gibt, wird dank der prinzipiell hierarchischen Parteiorganisation von Mitgliedern wie Beobachtern unterstellt. Aber der Vorsitzende muss auch hier um Ausgleich bemüht sein. Der Rivale fällt in seinen Verantwortungsbereich als Repräsentant. Womöglich versammelt der Rivale auch Unterstützer hinter sich, die als weitere innerparteiliche Interessengruppe erwarten, dass sie vom Vorsitzenden ebenfalls repräsentiert werden. Also muss der Vorsitzende Feindschaft verbergen. Er darf sie nicht offen ausagieren. Machtkämpfe mit seinen Gegnern muss er verdeckt führen, so dass sie nicht als Machtkämpfe erkennbar werden. Darum kann der Vorsitzende seine Gegner auch nicht in der Öffentlichkeit offen angreifen. Er darf sich nicht demonstrativ gegen sie stellen und ihnen den kompromisslosen Kampf ansagen. Als Integrator muss er auch seinen Feinden gegenüber eine gewisse Versöhnungsbereitschaft signalisieren.

Zu den Anforderungen an das öffentliche Auftreten von Parteivorsitzenden gehört auch das Führen und Überzeugen. Das Idealbild der Demokratie und das Idealbild des Führers verschmelzen zu einem Rollenmodell. Der Vorsitzende soll weniger ein Herrscher sein, der seinen Untergebenen Befehle erteilt, die sie bei Androhung von Sanktionen befolgen müssen (zur Unterscheidung von Herrschen und Führen siehe Paris 2011). Er darf der Partei nicht von oben seinen Willen aufzwingen. Das Selbstverständnis der Mitglieder ist eines des freiwilligen Engagements. Als Freiwillige beugen sie sich nicht Befehlen. Schon strukturell fehlt dem Vorsitzendenamt an Befehlsgewalt, da das „Fußvolk“ sich den Befehlen mühelos durch Parteiaustritt entziehen könnte (das Machtkriterium der eingeschränkten Mobilität ist nicht erfüllt, siehe Popitz 1992, S. 238). Als Freiwillige empfinden sie Befehle von „oben“ als Anmaßung. Zugleich müssen sie sich nach außen hin auch weiter als Freiwillige glaubhaft darstellen können. Ihre eigenen Funktionen könnten von Mitgliedern und Beobachtern in Frage gestellt werden, sobald der Verdacht aufkommt, sie würden lediglich Anweisungen der Parteiführung exekutieren. Wahlämter der Partei, ob Abgeordnete oder Parteitagsdelegierte, implizieren oft Eigenverantwortung und Unabhängigkeit als Ideal. Diese beiden Eigenschaften sind die Bedingungen, dass Abgeordnete oder Delegierte auch mit der Interessenvertretung für andere betraut werden können. Nur wenn der Abgeordnete unabhängig von der Führung ist, kann er sich die Anliegen seiner

Wähler zu eigen machen. Folgt er in seinem parlamentarischen Handeln lediglich den Anweisungen seiner Parteiführung, können die Wähler keinen Einfluss auf ihn mehr nehmen. Wo der Eindruck aufkommt, Abgeordnete oder Delegierte seien bloß Befehlsempfänger, verlieren sie ihre Legitimität. Ihre Ämter erscheinen nun als überflüssig wie auch als Teil einer Inszenierung des Anscheins von Souveränität und Demokratie. Deshalb haben Mandatsträger und Funktionäre ein Interesse daran, in der Öffentlichkeit nicht als Befehlsempfänger dazustehen. Jede Äußerung des Vorsitzenden, die als Befehl an die unteren Ränge verstanden werden könnte, wird daher auf Abwehr treffen. Die Mitglieder, die dennoch lieber loyal und ohne Diskussion der Parteiführung folgen, bemühen sich ebenfalls um das Bild der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Sie begründen ihre Folgsamkeit mit ihrer persönlichen Überzeugung, dass die Führung das richtige tue. In dem Interesse der mittleren Funktionäre und Mandatsträger, sich als unabhängig darstellen zu können, findet ein eventueller Herrschaftsanspruch der Parteiführung eine Grenze.

Das Gegenbild zum Herrscher ist der Führer, dem die Mitglieder von sich aus folgen. Der Führer zeigt seiner Gefolgschaft neue Wege auf, wo diese selber keine Vorstellung für ihr weiteres Handeln hat:

Führen heißt, andere auf einem bestimmten, ihnen selbst nicht zugänglichen Weg zuverlässig an ein Ziel zu bringen; es vermittelt und integriert die Relevanzen des Ziels *und* der Folgenden. (Paris 2005d, S. 80)

Er entwirft Visionen und politische Konzepte, die die Verwirklichung der grundsätzlichen politischen Ziele der Partei in Aussicht stellen. Damit gibt er dem Handeln der Mitglieder Orientierung. Sie wissen nun, wie sie konkret an der Umsetzung ihrer politischen Ziele arbeiten können. Sie glauben, dass der vom Führer aufgezeigte Weg letztlich auch erfolgreich sein werde (siehe Paris 2005c, S. 100). Deshalb schließt man sich dem Führer an, folgt ihm freiwillig, weil man überzeugt von der Richtigkeit seiner Vorgaben ist. Sie profitieren von ihm, sie erkennen ihn als Vorbild an. Als Führer muss er auch Macht einsetzen und herrschen (Paris 2005d, S. 81). Er muss die Treue und das Engagement seiner Gefolgschaft auch einfordern und die vorgegebene Linie als verbindlich durchsetzen. Aber im wesentlichen sind es die Wegweisungen des Führers, die die Gefolgschaft zum Folgen und Mittun motivieren. Das Ideal des Führers erlaubt es zudem ersichtlich, die Freiwilligkeit der aktiven Parteimitglieder zu betonen. Sie können auf die Brillanz des Vorsitzenden als Führer verweisen als Grund für ihre Loyalität zu ihm. Der Führer wiederum steht nicht da als Profiteur der Hierarchie. Vielmehr ist er jemand, der dem Ideal der innerparteilichen Demokratie folgend etwas unverzichtbares und wertvolles für die Partei leistet. Seine herausgehobene Stellung verdankt er diesem Bild zufolge seinen Führungsqualitäten und nicht dem ehrgeizigen Machteinsatz zur Ausschaltung von Konkurrenten. Der Führer wirkt nahezu plebiszitär erwählt von seiner Gefolgschaft, weil diese sich ihm freiwillig anschließt. Mithin scheint die Gefolgschaft eine freie Entscheidung getroffen zu haben, welchem Führungsangebot sie folgen möchte. So wirkt der Führer als jemand, der seine Stellung vor al-



lem der Überzeugung seiner Gefolgschaft verdankt, dass er die überzeugendsten Konzepte und Wegweisungen anbieten könne.

Damit ist auch eine weitere Erwartung an die Vorsitzendenrolle benannt. Der Vorsitzende soll sich nicht durch den Einsatz von Machtmitteln durchsetzen, sondern dadurch, dass er die Mitglieder überzeugt. Diese Forderung ergibt sich aus der Verpflichtung des Vorsitzenden auf die Interessen der Mitglieder. Seinen Willen soll er deshalb nicht schlicht durchsetzen, sondern er muss seine Entscheidungen rechtfertigen als diejenigen, die den Mitgliederinteressen am besten dienen. Deshalb soll der Vorsitzende seine politischen Vorstellungen so vertreten, dass sie der Mitgliedschaft einleuchtend erscheinen (Gast 2011, S. 106). Seinen Standpunkt soll er nicht durch Absprachen und durch Ausübung von Druck auf die Stimmberechtigten durchsetzen. Vielmehr soll er in öffentlicher Rede und in Diskussionen mit einzelnen Mitgliedern so argumentieren, dass die Partei von sich aus erkennt, dass der Vorsitzende recht hat bzw. dass seine Ideen die vernünftigsten sind. Damit ist wieder die Freiwilligkeit der Mitglieder, der Delegierten oder Abgeordneten insbesondere, betont. Sie beugen sich der Vorgabe des Vorsitzenden, weil der sie überzeugen konnte. Sie unterwerfen sich den besseren Argumenten. Doch dies ist eben keine Unterwerfung. Denn letztlich tun die von den Argumenten des Vorsitzenden Überzeugten doch nur, was sie selber für richtig halten. Sie bleiben mithin souverän und unabhängig. Grundlage ihrer Entscheidungen, ihres Abstimmungsverhaltens ist nach dieser Darstellung ihre eigene Überzeugung, ihr eigenes Dafürhalten, was richtig und was falsch ist. Der Vorsitzende hat laut diesem Rollenmodell nicht von Amts wegen schon recht, sondern nur dann, wenn er die Mitglieder durch gute Argumente gewinnen kann. Die Parteiaktivisten, die sich als von der Linie des Vorsitzenden Überzeugte darstellen, betonen damit einen Vorbehalt. Dieser besagt, dass sie sich dem Vorsitzenden dann verweigern würden, wenn dessen Vorschläge unvernünftig oder dumm wären. Damit hat das Modell der Führung Vorteile für die Aktivisten, die ihre Unabhängigkeit behaupten können.

Der mit Argumenten überzeugende Führer schließt an an die Idee der Demokratie als Meinungswettbewerb. In der idealen Demokratie soll sich am Ende das bessere Argument durchsetzen. Bevor kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden durch die Politik, sollen alle Vorschläge zu einem Problem zur Diskussion gestellt werden. Diese Diskussion wird als kollektiver Lernprozess vorgestellt. Alle Teilnehmer werben für ihre Vorschläge mit Argumenten, mit denen sie zeigen, warum ihr Vorschlag gut und richtig ist (Meyer 2009, S. 20, 77ff.). In der Diskussion wird das Argument der politischen Gegner auf Schwachstellen geprüft, diese werden durch Gegenargumente aufgezeigt und korrigiert. Gleichzeitig sollen die jeweils überzeugenden Einsichten des Gegners in die eigenen Ansichten integriert werden. Vernunft kennt diesem Ideal nach keine Parteigrenzen. Am Ende sollen alle Diskussionsteilnehmer ihren jeweiligen Horizont erweitert haben: Denkfehler wurden kollektiv ermittelt und korrigiert. Neue Einsichten wurden den alten hinzugefügt. Im

Anschluss an diese Diskussion kann damit die vernünftigste Lösung in eine endgültige politische Entscheidung einfließen. Im Kern ist diese Diskussion gewaltfrei. Vorrechte gibt es nicht, das Beste, also das Siegerargument könnte auch aus den Reihen der politischen Minderheit kommen. Es herrscht nicht der Zwang der institutionalisierten Machtmittel eines Machthabers, sondern (mit Habermas gesprochen) der „zwanglose Zwang des besseren Argumentes“.

Weil es diese Diskussionen über die Rollenangemessenheit des Verhaltens des Vorsitzenden gibt, können die Erwartungen an den Vorsitzenden auch Normencharakter annehmen. Enttäuscht der Vorsitzende, weil er nicht argumentiert, sinkt sein Ansehen bei allen denjenigen, die Argumente als Grundlage seines Führungshandelns ansehen. Was dabei jeweils als „gute Argumente“ wahrgenommen wird, ist offen und eine empirische Frage. Es gibt keine verbindlichen Kriterien, wann eine Äußerung als „überzeugender Diskussionsbeitrag“ gilt. Es genügt, dass Menschen sich von der Rede des Vorsitzenden angesprochen und überzeugt fühlen. Verbindlicher ist dagegen die Vorstellung, was der Vorsitzende nicht darf. Herrschaftsgebaren und innerparteilicher Machtkampf laufen den Idealen des Meinungswettbewerbes zuwider. Zugleich ist die Vorstellung des Meinungswettbewerbes der fruchtbare Boden für die Hoffnungen auf die eine Rede, durch die der Vorsitzende seine Partei oder die Wähler mitreißen und begeistern könne. Wer fest an die Möglichkeit des Meinungswettbewerbes und an die Kraft des „besseren Argumentes“ glaubt, glaubt auch an durch eine einzige Rede ausgelöste kollektive Meinungsänderungen.

Die von der Vorsitzendenrolle bereitgestellten Handlungsmuster sind aber sehr schwache Mittel, um innerparteiliche Interessengegensätze zu bewältigen. Innerparteiliche Interessengegensätze können nicht allein durch eine Rede aufgelöst werden. Argumente genügen nicht, um persönliche Animositäten zwischen innerparteilichen Konkurrenten zu beenden. Konflikte um die „richtige“ Politik bleiben virulent, je unversöhnlicher die Grundüberzeugungen der Parteiflügel einander gegenüberstehen. Starke Gegensätze in der Vorstellung von der „richtigen“ Gesellschaftsordnung lassen sich nicht durch Argumente in ein übergreifendes Modell integrieren. Sie zwingen zu einer Entscheidung für eine konkrete Position. Diese Entscheidung schließt zugleich andere Positionen aus. Der Versuch, durch öffentliche Reden Gefolgschaft zu erzeugen, scheitert an derartigen Gegensätzen. Der Vorsitzende kann lediglich die Hoffnung hegen, dass die rivalisierenden Parteiflügel zumindest der Öffentlichkeit gegenüber „Geschlossenheit“ für den Moment vorführen. Ähnliches gilt für Konkurrenten um Ämter und Ressourcen. Die wenigen knappen Spitzenämter sind nicht teilbar. Erringt eine Person das begehrte Spitzenamt, tut er das auf Kosten seiner Konkurrenten. Diese sind von dem Amt ausgeschlossen. Wo es mehr Bewerber als Ämter gibt, erzeugt die Ämterverteilung Sieger und Verlierer. Der Sieger hat das, was der Verlierer gerne hätte. Um es zu bekommen, müsste der Sieger zur Aufgabe des Amtes gezwungen werden und seinerseits zum Verlierer werden. Zwar können die Amtsinhaber versu-

chen, durch Schaffung von Posten Stabilität zu erzeugen. Sie können die wichtigsten und gefährlichsten Konkurrenten „einbinden“, indem sie ihnen Führungsämter anbieten. Die Zahl der Führungsämter bleibt freilich begrenzt. Sie muss es bleiben, damit die Ämter ihre Exklusivität behalten. Daher kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht alle Konkurrenten in den Genuss eines Amtes. Es bleiben dann doch wieder Verlierer zurück. Eine zweite Gruppe von Verlierern entsteht in den Reihen der Unterstützer des Vorsitzenden. Ein Teil von ihnen muss ihrerseits auf diese Ämter zugunsten von dessen Feinden verzichten. Das, was die Konkurrenten gewinnen, ist ihr Verlust. Das kann zu Unzufriedenheit der Unterstützer führen. Sie können einen Anspruch auf diese Ämter reklamieren, weil sie dem Vorsitzenden als Verbündete die Macht ermöglicht haben. Aus enttäuschten Gefolgsleuten können wiederum neue Gegner werden. Je mehr sie sich um ihre Chance betrogen sehen, wichtige Ämter zu übernehmen, desto eher wenden sie sich vom Vorsitzenden ab.

Die durch die Knappheit der Ämter strukturell erzeugte Sieger-Verlierer-Konstellation schafft dauerhafte Interessenkonflikte. Diese sind zumindest latent vorhanden. Die Ungleichheit der Verteilung kann nicht durch Überzeugen alleine gelindert werden. Vorstellbar ist, dass ein charismatischer und als Autorität verehrter Vorsitzender es schafft, auch die Verlierer an sich zu binden. Aber auch der Charismatiker muss mit dem Ernstfall rechnen, dass Unzufriedenheit entsteht, die dann neue Konflikte und Machtkämpfe gebiert.

Interessenkonflikte und Rivalitäten müssen oft einfach beherrscht werden. Der Vorsitzende muss zur Sicherung seiner Machtstellung seine Gegner disziplinieren. Er muss dafür sorgen, dass sie nicht die Gelegenheit oder die Stärke gewinnen, ihm dauerhaft zu schaden. Also muss er auch Machtmittel einsetzen, um die Angreifer in Schach zu halten. Dafür kann er jedoch nur informelle Machtmittel nutzen.

#### **4 Der Parteitag als Arena der Disziplinierung innerparteilicher Gegner**

Für den um sein Amt kämpfenden Vorsitzenden bietet der Parteitag eine günstige Gelegenheit, um die über die Medien verbreitete Kritik an ihm abzuwehren. Der Parteitag bietet ihm die Möglichkeit, sich als der von der Mehrheit der Mitglieder gewünschte Vorsitzende zu präsentieren. Weil Parteitage unter Medienbeobachtung stattfinden, müssen sich die Teilnehmer disziplinieren, um einer dramatisierenden Berichterstattung aufgrund von Konflikten und Machtkämpfen vorzubeugen. Diese Disziplinierung erfasst nicht nur die prominenten Führungspersonen, sondern auch die Delegierten. Deshalb ist der Parteitag kein geeigneter Ort, um den Vorsitzenden massiv anzugreifen oder zu kritisieren. Kritik und Machtkämpfe würden die Aufmerksamkeit der permanent anwesenden Journalisten auf sich lenken. Solange eine schnelle, noch während des Parteitages erfolgreiche Lösung der Konflikte und Machtkämpfe nicht absehbar ist, bliebe in der Berichterstattung vor allem der Eindruck einer zerstrittenen Partei zurück. Das wiederum kann sich in weiterhin sinkenden

Umfragewerten und negativen Medienkommentaren niederschlagen. Also kann der Vorsitzende damit rechnen, dass sich sowohl Führungspersonen als auch Delegierte disziplinieren, um die für sie wichtigen Wahlchancen der Partei durch öffentliche Auseinandersetzungen nicht zu untergraben. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass sich alle Teilnehmer auch von sich aus bemühen werden, an der Selbstdarstellung der Partei als „geschlossen“ mitzuwirken. Nur so können sie sicherstellen, dass die Medien keinen Anlass für dramatisierende Berichte über tatsächliche oder wenigstens vermutete Kämpfe in der Partei haben. Der Vorsitzende kann deshalb darauf hoffen, dass er nur wenig Kritik hinnehmen muss. Gleichzeitig ist auch seine Wiederwahl ungefährdet, da sowohl ein sehr schlechtes Wahlergebnis als auch eine Kampfkandidatur um den Vorsitz Stoff für dramatische Medienerzählungen bieten würde. Folglich kann sich der Vorsitzende darauf verlassen, dass sich die Delegierten zu ihm bekennen werden, auch wenn das angesichts der Kritik an ihm keinesfalls euphorisch geschehen wird. Aber nach dem Parteitag kann der Vorsitzende sowohl Journalisten als auch Medien stets darauf hinweisen, dass er von „der Partei“ mehrheitlich gewählt worden ist und daher der Zweifel an seinem Rückhalt bei der Mitgliedschaft keine Grundlage habe.

#### **4.1 Der Parteitag als Ort der disziplinierten Vermeidung öffentlicher Konfliktaustragung**

Da die Regie die Inszenierung vorher einstudiert hat, kommt Spannung gar nicht erst auf. Die Inszenierung heißt „Geschlossenheit“, und den Delegierten ist die Rolle von Komparsen zgedacht.

So bleiben den neugierigen Medien oft nur die Gesten, die Posen: Wie lange hat der Ex-Kanzler dem scheidenden Vorsitzenden die Hand gedrückt? Wer beachtet wen keines Blickes? (Michal 1988, S. 21)

In diesem Kapitel will ich zeigen, wie diese umfassende Disziplin zu erklären ist. Parteitage sind öffentliche Veranstaltungen, die von den Medien beobachtet, kommentiert und dokumentiert werden (Müller 2000, S. 224). Alle Parteitagsteilnehmer wissen um den öffentlichen Charakter des Parteitages. Sie wissen damit, dass er die Chance für die Erzeugung eines positiven Medienechos bietet, gleichzeitig aber auch das Risiko negativer Kommentare birgt. Ihnen ist bewusst, dass ihr Verhalten auf dem Parteitag beobachtet und interpretiert wird und damit einen Einfluss darauf haben kann, wie der Parteitag von den Kommentatoren beurteilt werden wird. Auf einem Parteitag beschränkt sich die Beobachtung nicht nur auf die üblicherweise in den Medien präsenten Spitzenpolitiker. Weil Delegierte und Führungspersonen in einem einzigen Saal versammelt sind, können beide Gruppen auch die Aufmerksamkeit der Journalisten erlangen, sobald sie etwas tun, was für die Medien Nachrichtenwert hat. Die räumliche Konzentration dieser Personen ist die Basis für eine symbolische Verdichtung, die sowohl von der Partei als auch von den Medien vorgenommen wird. Der Parteitag wird von beiden Akteuren beschrieben als die symbolische Zusammenkunft der gesamten Bundespartei. Einerseits nimmt die gesamte Par-

teiführung teil. Jeder, der auf Bundesebene für die Partei Verantwortung trägt, ist vor Ort. Andererseits gelten die Delegierten sowohl in ihren Selbstdarstellungen als auch in den Reden der Führung und in den Medienkommentaren als die Repräsentanten der gesamten Mitgliedschaft des ganzen Bundesgebietes. Nach einem festgelegten Schlüssel werden aus allen Teilen des Landes Delegierte entsandt. Ihre Auswahl erfolgt auf lokaler Ebene. Sie beschreiben sich selbst als Vertreter der Interessen ihrer lokalen Mitgliedschaft, in deren Auftrag sie auf dem Parteitag abstimmen und diskutieren. Auf diese Weise können sowohl Parteitagsredner unterschiedlichen Ranges als auch Journalisten den Parteikongress als den Ort darstellen, an dem die Partei insgesamt zusammenkommt. Unterstützt wird diese Darstellung dadurch, dass der Parteitag auch laut Parteiengesetz als das oberste Gremium der Partei gilt (Poguntke 2002, S. 262, 264). Schließlich steht der in Abständen von ein bis zwei Jahren abgehaltene Parteitag im Gegensatz zu der Zeit zwischen ihnen, in denen der Parteivorstand anstelle der Delegiertenversammlung für die Partei Entscheidungen trifft. Dieser Gegensatz unterstreicht die Darstellung des Parteitages als symbolische Versammlung der gesamten Partei. Dem Parteivorstand ist die Entscheidungsbefugnis zwischen den Parteitagen übertragen, sie fällen ihre Entscheidungen in Stellvertretung. Idealerweise hat der Vorstand nur eine abgeleitete Befugnis. Auf einem Parteitag entscheiden hingegen nicht nur gewählte Führungspersonen, sondern die Vertreter der gesamten Mitgliedschaft. Parteitagsbeschlüsse lassen sich daher als „basisdemokratisch“ gefällte Beschlüsse öffentlich darstellen. Gleichzeitig ist in Deutschland offenbar die Idee sehr lebendig, Parteitage als eine Art souveränes „Parteiparlament“ zu begreifen (Müller 2000, S. 244).

Für die Journalisten bietet diese Selbstdarstellung einen großen Fundus an Beobachtungsmöglichkeiten. Wie im Kapitel II.2.2 beschrieben, müssen Journalisten von der Annahme permanenter Machtkämpfe um Führungsämter ausgehen, die aber von der Partei nach Kräften verborgen gehalten werden, eben weil die Medien sich für solche Konflikte interessieren. Weil sie hinter den öffentlichen Verlautbarungen der Parteivertreter eine Inszenierungsabsicht vermuten, richten sie ihre Aufmerksamkeit auf indirekte Hinweise auf Machtkämpfe. Das Bild der an einem Ort versammelten Partei legt es nahe, das Verhalten der Parteitagsteilnehmer als indirekte Beziehungsaussagen zu deuten. Was die Teilnehmer tun oder lassen, können Journalisten als unbewusste Stellungnahme gegenüber allen möglichen Akteuren der Partei interpretieren. Körpersprache, Mimik und Gestik lassen sich lesen als Zeichen der Zustimmung oder Ablehnung, des Interesses oder Desinteresses. Und da zumindest symbolisch die gesamte Partei vor Ort ist, können Journalisten das Verhalten der Teilnehmer auf die für die dramatischen Medienerzählungen nutzbaren Konfliktlinien hin beobachten. Sie achten auf den Umgang der Führungspersonen untereinander und deuten das Verhalten dieser Personen auf der Grundlage des Gegensatzes von Konkurrenz/Machtkampf versus Mannschaftsgeist. Ebenso interessant ist für Journalisten das

Verhalten der Delegierten gegenüber der Führung. Dieses Verhalten können sie auf der Basis des Gegensatzes der Einheit von Führung und „Basis“ versus Entfremdung der Führung von der „Basis“ interpretieren.

Dadurch werden die Delegierten, ansonsten eher Leute mit wenig bis gar keiner Medienpräsenz, in mehreren Hinsichten zu journalistisch interessanten Akteuren. Als Großgruppe werden sie beobachtet, wie sie als Publikum auf die Auftritte der Führungsmglieder reagieren. Anhand ihres während der Reden gezeigten Verhaltens lassen sich Behauptungen über den Grad der Zustimmung der Delegierten zu einzelnen Führungspersonen aufstellen und begründen. Körpersprache, Mimik und Gestik werden als Indizien für Begeisterung oder Langeweile, für Konsens oder Ablehnung herangezogen. In ähnlicher Weise wird das Verhalten der Delegierten bei Abstimmungen über Beschlussvorlagen und bei den Vorstandswahlen betrachtet. Schließlich können einzelne Delegierte als Parteitagsredner den Journalisten Material für die Mutmaßung über einen Bruch zwischen „Führung“ und „Basis“ liefern.

Deshalb müssen alle Teilnehmer eines Parteitages ihr Verhalten daraufhin kontrollieren, wie es von den Medien interpretiert werden könnte. Die üblicherweise an die kleine Gruppe prominenter Spitzenpolitiker gerichtete Erwartung, in der Öffentlichkeit parteidienlich aufzutreten, richtet sich nun auch an wenig prominente Führungsmitglieder und an die Delegierten. Sie alle sind verpflichtet, schlechte öffentliche Eindrücke zu vermeiden und gute zu schaffen. Weil ihr Verhalten als Beziehungsaussage gelesen werden kann, müssen alle Teilnehmer dafür sorgen, dass der Eindruck der „Geschlossenheit“ der Partei entsteht (zur Demonstration der „Geschlossenheit“ als Funktion deutscher Parteitage siehe Brosda/Schicha 2003, S. 323; Müller 2000, S. 223; Müller 2002, S. 160). Der Eindruck von tieferen Konflikten, die sich nicht innerhalb der kurzen Frist des Parteitages für die Öffentlichkeit sichtbar lösen lassen, muss dagegen vermieden werden. Machtkämpfe und Konflikte sind aus Mediensicht Themen, die einen Parteitag erst für die Gewinnung der Aufmerksamkeit der Medienkonsumenten interessant machen. Sie unterbrechen die Routine von Diskussion und Abstimmung. Die Führungspersonen müssen daher darauf achten, dass sie keinen Anlass für mediale Spekulationen über Kämpfe um Ämter bieten. Die Delegierten müssen ihrerseits Gefolgschaft gegenüber der Führung vorführen. Die prominenten Politiker dürfen nicht durch zu viel Kritik der „Basis“ an der „Führung“ als Stellvertreter und Repräsentanten der Partei in Frage gestellt werden.

Schon im Vorfeld des Parteitages bemüht sich die Parteiführung, das Bild der „Geschlossenheit“ abzusichern. Kampfkandidaturen um den Parteivorsitz werden von vornherein ausgeschlossen, weil man die damit verbundene Dramatisierung vermeiden möchte (Woyke 2005, S. 102). Mehrheiten für den einzigen Kandidaten für dieses Amt, aber auch für die Wahl der anderen Führungsmitglieder werden möglichst vorab organisiert. Das Bild der „Geschlossenheit“ soll nicht durch offene Konkurrenz um Führungsämter auf dem Par-

teitag getrübt werden (Mielke 2009, S. 65). Ähnliches versuchen die Parteitageplaner bei wichtigen Abstimmungen über Beschlüsse zu erreichen. Für die SPD der 1980er Jahre beschrieb Richard Meng diese Bemühungen:

Es ist außerordentlich selten, dass SPD-Parteitage für die jeweilige Parteiführung „gefährlich“ werden könnten: Was mehrheitsfähig ist, wird längst im Vorfeld verabredet bzw. nach klaren Gefolgschaftsorientierungen formell (und ohne ernsthafte Diskussion) beschlossen. (Meng, Richard, zitiert nach Michal 1988, S. 119)

Müller bestätigte diese Beobachtungen Mengs für die jüngere Vergangenheit:

In der Realität ist jedoch gerade bei den Volksparteien immer seltener eine offene Diskussionskultur auf den Parteitage zu beobachten. Abweichende Meinungen in zentralen Fragen werden kaum mehr im Delegiertenplenum geäußert. Flügelkämpfe auf offener Bühne und offensichtlich mangelnder Rückhalt der Parteiführung würden allzu leicht von den Medien als Spaltung der Partei interpretiert werden können. Das Bild einer gespaltenen Partei impliziert politische Handlungsunfähigkeit. (Müller 2002, S. 150)

Rudzio spricht folgerichtig davon, dass die

demokratisch besonders legitimierte(n) Parteitage meist nur in akklamierend-bestätigender Rolle auftreten. (Rudzio 2006, S. 146).

Die Disziplin der Parteitagesteilnehmer ist dabei nicht nur Selbstdisziplin. Sie werden auch diszipliniert. Der gelungene öffentliche Auftritt wird zu einer Norm, deren Verletzung als „parteischädigend“ sanktioniert werden kann. Diese Disziplin wird auf diese Weise auch zu einem Machtinstrument: Vermeintliche oder tatsächliche Normverletzer können durch Skandalisierung der Kritik ausgesetzt werden. Je höher die Sanktionsmacht der Skandalisierer ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich der skandalisierte „Normbrecher“ auch den Erwartungen „der Partei“ unterwirft. Vermeintliche oder tatsächliche Normbrecher können sanktioniert werden über Wahlergebnisse auf Parteitage, etwa wenn Delegierte einer Führungsperson ein schlechtes Wahlergebnis als „Denkzettel“ verschaffen oder sie gar ganz bei der Wahl durchfallen lassen. Möglich ist aber auch die Bestrafung des Normbrechers durch öffentlich in den Medien geäußerte Kritik. Diese Kritiken können zu einer Verschlechterung des öffentlichen Images des kritisierten Politikers führen. Umgekehrt können Parteiführer auch vorausseilenden Gehorsam erzwingen durch die Androhung der Möglichkeit schlechter Eindrücke. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn behauptet wird, dass eine innerparteiliche Diskussion in den Medien als unwillkommener „Streit“ wahrgenommen werden würde. Beispielhaft dafür steht die Äußerung einer Delegierten des Dresdner SPD-Parteitages 2009:

Es hieß immer: Stimmt zu, sonst beschädigt Ihr Euren Kanzler oder Vizekanzler. (SPIEGEL 47/2009, S. 30)

Wer trotz dieser Gefahr einen innerparteilichen „Streit“ riskiert, bietet sich den anderen Parteimitgliedern als „Schuldiger“ an, falls die Debatte tatsächlich negativ in den Medien kommentiert werden sollte. Denn dann kann die Ursache des negativen Images der Partei scheinbar eindeutig und klar in dem Verhalten des den „Streit“ anfachenden

Politikers gefunden werden. Wolfgang Michal beschrieb die Wirksamkeit der Disziplinierung am Beispiel der SPD so:

Je höher ein Parteitag angesiedelt ist, desto seltener sind „Verfehlungen“ gegen das Geschlossenheitsgebot möglich. Denn unter den Parteitagsdelegierten nimmt von unten nach oben die Zahl der Berufspolitiker rasch zu. Und viele Berufspolitiker wollen ihre Funktion nicht durch „unklugen“ Abstimmungen belasten. (Michal 1988, S. 120)

Von dieser Disziplin kann der Vorsitzende im Kampf um sein Amt profitieren, weil dank der Inszenierung der „Geschlossenheit“ stärkere Angriffe und Kritiken unterbleiben müssen.

#### **4.2 Die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung von Spitzenpolitikern**

Die erwünschte Einheit der Partei kann in der Person des Vorsitzenden eine wirkungsvolle Verkörperung finden. Diese Verkörperung nutzt das Idealbild eines Vorsitzenden. Er gilt diesem Bild zufolge als der Stellvertreter der Interessen, aber auch der Weltansicht der Mitglieder der Partei. Die Mitglieder haben den Vorsitzenden damit beauftragt, für sie zu handeln und ihre Vorstellungen einer „richtigen“ Politik umzusetzen. Nach außen hin soll er für das stehen, was allen Mitgliedern gemeinsam ist und soll ihre Grundüberzeugungen öffentlich zu Gehör bringen. Er soll nicht nur die abstrakten Konzepte versinnbildlichen, sondern auch die dem Selbstbild der Partei entsprechenden Werte (Paris 2005a, S. 37; Gast 2011, S. 95). Mit seiner Persönlichkeit, idealerweise mit seinem über die Medien vermittelten Charme und seiner Ausstrahlung soll er diesen Werten ein Gesicht geben. Der Vorsitzende soll in dieser Funktion wahrgenommen werden als ein Mensch, dem man die Herstellung der von ihm als „richtig“ vorgestellten idealen Gesellschaftsordnung auch anvertrauen bzw. zutrauen kann.

Darüber hinaus soll der Stellvertreter die Haltung der Partei zu konkreten Fragen in der Öffentlichkeit vertreten. Darin enthalten ist die Vorstellung der Partei als weltanschaulich homogene Gruppe, die auch konkrete Probleme mit einer für sie typischen Herangehensweise bearbeitet. Mithin soll der Stellvertreter dem abstrakten Modell der Partei als Gemeinschaft zu einer erfahrbaren, also in Gestalt seiner Person sicht- und hörbaren Wirklichkeit verhelfen (Sofsky/Paris 1994, S. 162). Seine Stellungnahmen sollen den Eindruck schaffen, dass die Partei mehr ist, als ein mal mehr, mal weniger loses Netz von Beziehungen zwischen einer Vielzahl von sehr unterschiedlichen Menschen. Gelingen kann dieses Bild, weil der Vorsitzende symbolisch die Vielstimmigkeit der Mitgliedschaft zu einer Einheit bündelt. Einzelne Mitglieder können keine Position formulieren, die nach außen hin als offizielle Linie der Partei wahrgenommen würde. Stets würde die Äußerung eines Mitgliedes, unabhängig von ihrer Qualität, immer nur als eine Meinung unter vielen verstanden werden. Der Meinung des einzelnen Mitgliedes kommt zunächst kein besonderer Rang zu, die anderen Mitglieder hätten das gleiche Recht, ihre Meinung zu formulieren. Beobachter müssen davon ausgehen, dass die Meinung des einen Mitgliedes von anderen



Mitgliedern bestritten und mit einer Gegenmeinung konfrontiert werden kann. Dagegen unterstellen Beobachter dem Vorsitzenden, dass die von ihm geäußerten Positionen auch für die Partei verbindlich sind (Sofsky/Paris 1994, S. 161). Sie nehmen an, dass der Vorsitzende aufgrund seines Amtes das Recht hat, der Partei solche Positionen vorzugeben. Auch können sie annehmen, dass die öffentliche Haltung des Vorsitzenden durch Beschlüsse der Parteigremien erarbeitet worden ist und er nun damit beauftragt ist, diese Haltung gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber anderen Parteien zu vertreten. Er ist zumindest der Idee nach für diese Aufgabe ausgewählt worden, für die Mitglieder zu sprechen. Als dieser Sprecher gibt er der Partei ein Gesicht. Vertreter anderer Organisationen wissen so, mit welcher Person konkret sie sprechen müssen, wenn sie mit der Partei in Verhandlung treten wollen. Sie müssen sich nicht an alle Mitglieder einzeln wenden, um die Position der Partei zu erfahren. Um mit dem Vorsitzenden verhandeln zu können, muss dieser verlässlich sein. Es muss abgesichert sein, dass seine Positionen von der Partei mitgetragen und deshalb nicht wieder kassiert werden (Sofsky/Paris 1994, S. 160f.). In der Person des Vorsitzenden können Beobachter eine Garantie dafür sehen, dass innerparteiliche Konflikte um politische Projekte durch dessen Entscheidung befriedet werden können. Man billigt ihm die Kompetenz zu, die Diskussionen durch seine Entscheidungen zu beenden und in verbindliche Beschlüsse zu überführen. Die Konflikte können damit aufgelöst oder wenigstens in die Latenz zurück verbannt werden. Die Partei wird aufgrund dieser Kompetenz des Vorsitzenden handlungsfähig, weil sie in der Lage ist, abschließend Stellung zu nehmen, anstatt endlos weiter zu debattieren. Diese Handlungsfähigkeit ist verbunden mit dem Versprechen einer verlässlichen Haltung, auf die ein Verhandlungspartner reagieren kann. Sowohl Verhandlungspartner als auch Medien und Wähler können so wissen, wofür die Partei steht. Es ist dabei zweitrangig, wie konkret der Vorsitzende solche Haltungen öffentlich proklamiert. Maßgeblich ist, dass Journalisten oder Wähler glauben, den politischen Ort der Partei einschätzen zu können. Dieser politische Ort kann an Detailaussagen zu einem bestimmten politischen Projekt festgemacht werden, aber auch an persönlichen Eigenheiten oder an der Einschätzung des Vorsitzenden als „sympathisch“ oder „ehrlich“. In beiden Fällen kann der Vorsitzende wahrgenommen werden als der Repräsentant dessen, was die Mitglieder seiner Partei wollen und sind.

Die durch den Vorsitzenden symbolisierte Einheit muss durch die Partei inszeniert werden. Die besondere Bedeutung seiner Person darf nicht nur in Presseerklärungen betont werden. Sie muss für Medien und Medienkonsumenten über Bild und Ton auch sinnlich erfahrbar werden. Von Zeit zu Zeit muss die Partei daher ihr Verhältnis zum Vorsitzenden für die Öffentlichkeit auch auf einer „Bühne“ aufführen. Diese Bühne ist der Parteitag, dem die Wahl des Vorsitzenden obliegt. Wie oben bereits beschrieben, eignet er sich auch deshalb, weil der Parteitag zumindest symbolisch die Versammlung der gesamten Bundespartei an einem Ort darstellen kann. Deshalb lässt sich auch die besondere Beziehung

der Mitglieder zum Vorsitzenden in einer nicht-abstrakten Form darstellen. Zusätzlich zu verbalen Bekenntnissen können die Delegierten auch durch ihr Verhalten zeigen, dass sie ihn als ihren Stellvertreter ansehen. Aber es kommt auch auf das Arrangement an, auf die Art und Weise, wie der Vorsitzende auftritt und wie die Bühne und der Saal gestaltet sind. Insgesamt kann der Vorsitzende nur überzeugend den Eindruck des von der Mehrheit gewünschten Repräsentanten der Partei erwecken, wenn er einen besonderen Auftritt auf dem Parteitag absolviert. Die übliche Form des Auftrittes ist eine Rede. Diese Rede muss dem von Partei und Vorsitzenden gleichermaßen angestrebten Bild von ihm als der wichtigsten Person auf dem Parteitag entsprechen. Folglich müssen die Organisatoren des Parteitages die Vorsitzendenrede als ein besonderes, herausgehobenes Ereignis gestalten. Es muss sowohl für das Publikum im Saal als auch für die Beobachter deutlich werden, dass diese Rede etwas Besonderes ist. Der Auftritt des Vorsitzenden darf kein Auftritt unter anderen sein. Er muss aus der Menge der vielen öffentlichen Reden eines Parteitages herausragen. Die Besonderheit wird zum Teil geschaffen durch die herausgehobene Platzierung der Rede in der Tagesordnung. Dadurch soll die Dramatik der Rede gesteigert und die Aufmerksamkeit von Medien und Zuhörern erhöht werden. Auch gesteht man dem Vorsitzenden freie Redezeit zu. Er darf die Länge seines Auftrittes selber bestimmen. Schließlich ist die Vorsitzendenrede eine „Grundsatzrede“ und kein Beitrag zu der Debatte um einzelne konkrete Beschlussvorlagen. Obwohl eine Vorsitzendenrede routinemäßig zu einem Parteitag gehört, ist sie nicht Teil der Parteitagsroutine von Debatte und Abstimmung. Der Vorsitzende redet noch vor der Eröffnung der Antragsdebatten. Über die Inhalte seiner Rede mag von den Delegierten anschließend gestritten werden. Aber ihre Aussagen werden nicht zur Abstimmung gestellt. Folglich sind diese der Souveränität der Delegierten als Entscheider entzogen. Der profane Kampf um Formulierungen und um Mehrheiten ist für den Moment der Vorsitzendenrede suspendiert. Die Grundsatzrede ist eher ein festlicher Akt. Der Vorsitzende kann den Festcharakter noch unterstützen, indem er möglichst das in der Rede betont, was an Werthaltungen und politischen Überzeugungen in der Partei als Konsens gilt (dies tut eine Festrede üblicherweise, siehe Paris 2005b). Schafft er auf diese Weise bei seinen Zuhörern ein Gefühl von Gemeinschaft, kann dies in starken Applaus münden, der wiederum als Bestätigung der Rolle des Vorsitzenden für die Partei dargestellt, aber auch von Medien so interpretiert werden kann.

Diese Rahmenbedingungen genügen alleine nicht, um die Vorsitzendenrede wirklich zu einem herausragenden Moment zu machen. Erstens muss der Vorsitzende auch rhetorisch überzeugen. Seine Rede muss dem Publikum gefallen. Keinesfalls darf für externe Beobachter der Eindruck entstehen, es handele sich um einen Monolog, der die Zuhörer langweilt. Desinteresse und Gelingweiltheit behindern das Bild der Einheit von Mitgliedschaft und ihrem Repräsentanten. Aber dass der Redner sein Publikum auch wirklich erreicht, lässt sich nicht planen.

Deswegen bedarf die Inszenierung des Vorsitzenden als Repräsentanten auch der Mitwirkung der Delegierten als Publikum. Die Rede soll die Gemeinschaft von Vorsitzenden und Mitgliedschaft wenigstens symbolisch darstellen. Dazu muss zwischen Publikum und Redner eine Verbindung geschaffen werden. Das Publikum darf sich nicht auf das bloße Zuhören beschränken. Es muss sich dem Redner zuwenden und es muss durch sein Verhalten die Bedeutung des Redners und der Rede unterstreichen. Die Zuhörer müssen dem Vorsitzenden die seiner Rolle zukommende Aufmerksamkeit schenken. Mit ihrer Körpersprache müssen die Delegierten diese Aufmerksamkeit zumindest überzeugend darstellen. Die beobachtenden Journalisten können nicht wissen, ob die Delegierten wirklich gebannt der Rede lauschen. Deshalb müssen sie vor allem durch die sichtbaren Anzeichen davon überzeugt werden, dass die Delegierten der Rede als solcher und auch ihren Inhalten eine besondere Bedeutung zumessen. Mit der in Körpersprache ausgedrückten „Aufmerksamkeit“ können sie den Eindruck erzeugen, dass sie sich für den Redner und seine Aussagen interessieren und dass dieser Wichtiges zu sagen habe.

Zweitens muss das Publikum seine Zustimmung zu den Aussagen des Vorsitzenden vorführen, indem es applaudiert. Schließlich kann der Vorsitzende nur dann überzeugend als Repräsentant der Partei dargestellt werden, wenn er das, was die Mitglieder für wichtig halten, als offizielle Grundsätze verkündet. Im Beifall können die Delegierten diesen Gleichklang der Überzeugungen zum Ausdruck bringen.

Drittens sollten die Delegierten im Moment des Beifalls tendenziell als Masse handeln. Damit können sie den Eindruck erzeugen, dass die Rede des Vorsitzenden sie als Gemeinschaft anspricht bzw. sie in dieser Rede verbindende Gemeinsamkeiten wahrnehmen. Aufgrund der durch den Parteitag symbolisierten Versammlung der ganzen Partei an einem Ort lässt sich diese kollektive Zustimmung als Einheit von Partei und Vorsitzendem darstellen. Im Idealfall muss die Rede jeden Delegierten erreichen, damit kein Beobachter über einen teilweisen Gefolgschaftsverlust des Vorsitzenden spekulieren kann. Sie müssen als Kollektiv der Rede des Vorsitzenden zustimmen, damit diese Rede auch als Ausdruck des Denkens der „Partei“ dargestellt werden kann. Zugleich lässt sich ein kollektiver Applaus auch als Zeichen der Gemeinschaft und der Übereinstimmung mit den beklatschten Aussagen beschreiben. Gerade weil im Moment des Beifalls alle gleichzeitig handeln und dank der Einstellung der Fernsehkameras zu einer unindividuellen Masse verschwimmen, lässt sich das Bild vorführen, dass sich die Partei als ganzes in der Rede des Vorsitzenden wiederfinde. Der Fernsehzuschauer kann diese Einheit von Partei und Vorsitzenden erleben. Er nimmt diese Einheit als ein Gefühl auf, dass durch die Bilder der applaudierenden Masse ausgelöst wird.

Es ist denkbar, dass die Delegierten dazu angehalten werden, den Vorsitzenden bei seiner Rede zu unterstützen. Sie können das auch von sich aus tun, weil sie ein eigenes Interesse an guten Fernsehbildern haben. In beiden Fällen müssen sie freilich verbergen,

dass sie dem Vorsitzenden aus diesen Gründen applaudieren. Es darf nicht erkennbar werden, dass die Delegierten auf der Basis von Kalkül und Disziplin handeln. Sie müssen dem Idealbild des unabhängigen Delegierten gerecht werden, der allein seine eigene Überzeugung zur Maßgabe seines Handelns macht. Also darf es weder äußeren Zwang geben noch die Zurückstellung von Kritik oder Zweifel am Vorsitzenden, nur um negative Medienkommentare zu vermeiden. Nur wenn sie den Anschein der Freiwilligkeit ihrer Aufmerksamkeit und ihres Beifalls wahren können, lassen sich die Medien von der Darstellung der Einheit von Partei und Vorsitzenden überzeugen.

Auch die medial bekannten Spitzenpolitiker müssen durch ihr Verhalten zu dem Gelingen der Vorsitzendenrede beitragen. In die journalistische Deutung ihres Verhaltens fließt stets mit ein, dass sie gewisse Chancen auf weitere Aufstiege besitzen. Einerseits könnten sie innerparteiliche Anhänger mobilisieren, um sich Unterstützung für eine Kandidatur oder aber auch hervorragende Wahlergebnisse zu sichern. Sie könnten mit anderen einflussreichen Parteiführern, z.B. auf der Ebene der Landesverbände, Allianzen schmieden, um Parteitagsmehrheiten für sich zu organisieren. Andererseits könnten sie sich um Popularität in der Bevölkerung bemühen, um so als „Zugpferd“ für Wahlen an Bedeutung zu gewinnen. Anders als eher unbekannte Politiker aus Ländern und Kommunen oder den hinteren Bankreihen des Bundestages besitzen die prominenten Spitzenpolitiker mehr Möglichkeiten, um sich als aussichtsreiche Bewerber für das höchste Parteiamt zu präsentieren. Sie können ihre Bekanntheit steigern, weil sie ohnehin bereits für die Medien interessant sind und deren Aufmerksamkeit erhalten. Ihre innerparteiliche Macht bietet ihnen Chancen zur Verbesserung ihrer Stellung in der Partei.

Deshalb muss ein Spitzenpolitiker auf dem Parteitag so auftreten, dass die innerparteiliche Hierarchie durch seinen Auftritt als gut und richtig bestätigt wird. Weil er in den Augen der Beobachter die Möglichkeit besitzt, die aktuelle Ämterverteilung auch wirksam in Frage zu stellen, muss er durch sein Verhalten zeigen, dass er dafür keinen Grund sieht. Sein Auftritt muss die Richtigkeit des Personaltableaus und der eigenen Stellung in der Hierarchie bestätigen. Er darf keinen Anlass für Spekulationen von Beobachtern bieten, dass er mit seiner Position unzufrieden sei oder dass er einzelne Personen in ihrem Ämtern für fehlbesetzt hält. Der Spitzenpolitiker muss wenigstens subtil zeigen, dass er dem Vorsitzenden untergeordnet ist und dass er diese Unterordnung akzeptiert. Dabei werden von ihm keine offenen Unterwerfungsgesten erwartet. Es genügt, dass er die Autorität des Vorsitzenden, des ihm Übergeordneten nicht in Frage stellt.

Für die journalistischen Beobachter sind dabei die wörtlichen Verlautbarungen von Treue und Loyalität um so weniger entscheidend, je mehr sie von einer Inszenierung des Politikerverhaltens ausgehen. Die Richtigkeit der Ämterverteilung muss dann vor allem durch das nonverbale Verhalten ausgedrückt werden. Will bzw. soll der Spitzenpolitiker

den Eindruck von Machtkämpfen vermeiden, muss er Gesten, Körpersprache, Mimik kontrollieren, damit sie keinen Anlass für Spekulationen der Beobachter bieten können.

Die Art und Weise, wie der Nachrangige dem Vorsitzenden in der Öffentlichkeit begegnet, kann als Indiz für einen innerparteilichen Machtkampf oder wenigstens für die Unzufriedenheit des Nachrangigen mit der Ämterverteilung gelesen werden. Es genügt z.B. der Eindruck von Unaufmerksamkeit oder Gelangweiltheit eines Nachrangigen während des Auftrittes des Vorsitzenden. Diese Beobachtungen können als Distanz zum oder als Ablehnung des Vorsitzenden durch den Nachrangigen interpretiert werden. In ähnlicher Weise lässt sich auch interpretieren, wie Führungspersonen sich zueinander verhalten. Sie können sich einander zu oder von einander abwenden. Sie können abseits stehen oder nahe beieinander sitzen. Der Nachrangige kann dem Vorsitzenden zur gelungenen Rede gratulieren oder aber auf seinem Platz auf dem Podium sitzen bleiben. Vielfältige Verhaltensweisen dieser Art können durch Beobachter als Beziehungsaussagen interpretiert werden (Beispiele für die öffentliche Inszenierung von Beziehungsaussagen finden sich bei Meyer 1998, S. 99f.). Eine solche Lesart findet keine echten Beweise, weil die Motive und Empfindungen der beobachteten Person verborgen bleiben. Sie bleibt Unterstellung und kann glaubwürdig bestritten werden. Dennoch sorgen diese Spekulationen für ein Thema, mit dem sich Vorsitzende und Nachrangige auseinandersetzen müssen. Sie müssen die Unterstellungen eines Konfliktes dementieren und müssen sich verstärkt um Inszenierungen der Konfliktfreiheit bemühen. Sie müssen also reagieren und sind in diesem Punkt nicht mehr frei in der Gestaltung von Folgeauftritten. Auch in diesem Fall der nonverbalen Kommunikation können die Themen des Vorsitzenden oder auch des Nachrangigen überlagert werden durch die Spekulationen um Machtkämpfe. Das kann den Erfolg der Inszenierung des Vorsitzenden bzw. der Inszenierung der „richtigen und zweckmäßigen“ Rangordnung der Partei gefährden. Daher müssen Spitzenpolitiker auch auf dieser Ebene antizipieren, welche ihrer nonverbalen Signale als Infragestellung der aktuellen Ämterverteilung gelesen werden könnten.

Außerdem muss der Spitzenpolitiker die Qualität seines eigenen Parteitagsauftrittes an die Qualität der Vorsitzendenrede anpassen. Die Inszenierung der „Geschlossenheit“ der Partei schafft eine Rangabstufung in der Bedeutung und Wirksamkeit, die Auftritten von Spitzenpolitikern zukommen soll. Je höher eine Person in der innerparteilichen Hierarchie angesiedelt ist, desto gewichtiger soll sein Auftritt sein. Der Vorsitzende als oberster Vertreter der Parteiführung sollte den bedeutendsten Auftritt absolvieren. Und umgekehrt folgt daraus für alle nachrangigen Führungsmitglieder, dass ihr Auftritt nicht glanzvoller sein darf als der des Vorsitzenden. Es gibt die Erwartung, dass nachrangige Personen sich gegenüber ihnen übergeordneten Führungsmitgliedern etwas zurücknehmen. Dies erinnert in gewisser Hinsicht an die höfische Gesellschaft nach Norbert Elias, wo es eine Rangabstufung bei der Größe der Adelssitze gab.

Folglich müssen Nachrangige vermeiden, dass sie einen besseren Auftritt als der Vorsitzende schaffen. Sie müssen ihre Auftritte wohlüberlegt gestalten und diszipliniert abwägen, welche Wirkungen ihre Rede haben könnte. Dabei müssen sie darauf achten, dass die Rangordnung der Partei nicht in Frage gestellt wird.

Die Erwartung der Disziplin und des Kalküls des Auftrittes ergibt sich daraus, dass ein Nachrangiger auch ohne schlechte Absicht einfach besser sein kann als der Vorsitzende. Auf dem Mannheimer Parteitag begründete Lafontaine seinen Vortragsstil damit, dass er frei geredet habe. Er habe also diese Rede in ihrer Intensität so nicht geplant. Auch andere Teilnehmer gestanden ihm zu, dass er sich habe „hinreißen lassen“. So meinte die damalige bayrische Landesvorsitzende Renate Schmidt, zugleich Mitglied des Parteipräsidiums:

Ich kenne den Typen. Der hat nicht gedacht, ich will jetzt Vorsitzender werden, sondern der hat nur gedacht, ich will denen jetzt zeigen, wie man eine Rede hält. (Interview Renate Schmidt)

Stimmt diese Deutung Schmidts, dann hätte Lafontaine sich einfach darum bemüht, als Redner „gut“ zu sein. Ihm wäre es vorrangig um die Qualität der Rede gegangen und weniger um die Deklassierung des Vorsitzenden. Es war also laut Schmidt eher ein professionelles Interesse des hauptberuflichen Rhetorikers, der eine Rede nach allen „Regeln der Kunst“ halten wollte. Auf dem ersten Blick wirkt diese Haltung ehrenhaft. Aber sie widerspricht dennoch der Erwartung, durch öffentliche Auftritte Imageschäden für die Partei zu vermeiden. Er hätte seine Rede weniger nach den Regeln guter Rhetorik gestalten sollen. Vielmehr hätte er die Folgen seines Auftrittes für das Erscheinungsbild der Partei abwägen müssen. Die Verpflichtung zu einem Auftritt, der dem Ansehen der Partei dient, wiegt stärker als die professionelle Orientierung.

Wenn ein Nachrangiger die bessere Rede hält oder in den Medien häufiger erscheint und dort auch besser wirkt, können Kommentatoren die jeweiligen Qualitäten der Führungspersonen miteinander vergleichen. Eine Infragestellung der innerparteilichen Rangordnung ist hier aber das Produkt der Interpretation. Die Kommentatoren ziehen den Schluss, dass die Person mit den besseren Qualitäten auch einen höheren Rang beanspruchen könnte oder innehaben sollte als die Personen mit den vergleichsweise schlechteren Voraussetzungen. Der Vergleich regt Spekulationen der Kommentatoren über vermeintliche oder tatsächliche Aufstiegsambitionen des Nachrangigen an. Die aktuelle Ämterverteilung wird als kritikwürdig dargestellt: Die Kommentatoren werfen direkt oder indirekt die Frage auf, ob die Parteimitglieder oder Delegierten wirklich die richtige Wahl mit ihren Führungspersonen getroffen haben. Erhält der Nachrangige mehr Beifall und Zustimmung von den Delegierten, bietet das Stoff für die Annahme, dass er auch in der Partei beliebter ist als der Vorsitzende. Damit kann er in Kommentaren als aussichtsreicher Alternativkandidat zum Vorsitzenden beschrieben werden. Durch solche Kommentare werden zu-

mindest mediale Personaldiskussionen angestoßen, auf die der Vorsitzende reagieren muss.

Mit der besseren Rede kann der Nachrangige zudem die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen. Dann findet der Vorsitzende mit seiner Rede nicht mehr die nötige Medienresonanz, um sich als Repräsentant der Gesamtpartei wirksam darstellen zu können. Die mediale Aufmerksamkeit, die dem nachrangigen Spitzenpolitiker zuteil wird, wird dem Vorsitzenden entzogen. Sein Auftritt könnte gar „vergessen“ werden, weil er angesichts der besseren Rede des Nachrangigen nicht mehr nachrichtenwürdig genug erscheint. In diesem Fall findet der Vorsitzende nicht mehr genug Medienecho. Die Berichterstattung konzentriert sich mehr auf den Nachrangigen.

Ältere Medienmeldungen führen zur Selektion von späteren Meldungen. Wenn ältere Meldungen eine Geschichte erzählen, die Aufmerksamkeit der Konsumenten erzeugt, ist ein Bemühen um Fortsetzung dieser Erzählung durch Anschlussmeldungen wahrscheinlich. Auf diese Weise kann die Aufmerksamkeit der Konsumenten gebunden werden. Ältere Meldungen können auf diese Weise die redaktionelle Auswahl anleiten, was neuerlich als Nachricht und berichtenswert sein soll. Meldungen, die in diese Themenkonjunkturen nicht hineinpassen, werden aussortiert, finden ihren Weg nicht (mehr) in die Berichterstattung (Frerichs 2000, S. 187). Die Inszenierung des Vorsitzenden als wichtigste Person der Partei ist in dieser Hinsicht dann gelungen, wenn er als Person ein bereits eingeführtes Nachrichtenthema ist und damit die Aufmerksamkeit der Journalisten auch bei späteren Ereignissen auf sich lenken kann. Werden jedoch die zurückliegenden Ereignisse (hier: die früheren Aktivitäten und Leistungen des Vorsitzenden) von neuen Vorkommnissen (hier: die Aktivitäten nachrangiger Politiker) überlagert, die eine hohe Aufmerksamkeit des Publikums denkbar machen, werden sie als Vergangenheit behandelt. Man nimmt nicht mehr oder nur noch kaum auf sie Bezug. Dies kann geschehen, wenn die Medien nur noch über die Rede des Nachrangigen berichten würden. Damit würden die älteren Meldungen über die Vorsitzendenrede nicht mehr für Anschlussmeldungen genutzt. Anschlussmeldungen bezögen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nunmehr auf die erfolgreichere Rede des Nachrangigen. Für die Medien kann ab diesen Zeitpunkt nur noch das interessant sein, was sich nach der Rede des Nachrangigen ereignet. In diesem Falle wäre die Inszenierung des Vorsitzenden als die wichtigste Person der Partei gescheitert.

#### **4.3 Die Neigung aufstiegsorientierter Politiker zur Risikovermeidung macht Kampfkandidaturen unwahrscheinlich**

Der umstrittene Vorsitzende kann darauf hoffen, dass die Parteitagsteilnehmer die für die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei nötige Disziplin auch zeigen werden. Denn Parteitage als öffentliche Veranstaltungen sind selten ein Ort offener Kämpfe um Spitzenpositionen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Delegierte oder gar prominente Parteiver-

treter einzelne Spitzenpolitiker dort öffentlich kritisieren, ist ebenfalls gering. Die Parteitags Teilnehmer werden jeglichen Eindruck von Streit und Machtkampf vermeiden, solange es nicht möglich ist, diese Auseinandersetzungen wirkungsvoll zu befrieden. Sowohl die Kritik an Spitzenpolitikern als auch der Machtkampf um Ämter könnten nur unter zwei Bedingungen in eine positive Selbstdarstellung der Partei als „geschlossen“ münden. Erstens müsste der kritisierte Spitzenpolitiker vor laufenden Kameras seine Kritiker durch einen gelungenen Auftritt und durch Argumente überzeugen. Dabei kommt es weniger darauf an, dass die Delegierten am Ende wirklich überzeugt sind. Wichtiger ist, dass der Prozess des Überzeugens für die Medien glaubwürdig wirkt. Journalisten dürfen keinen Anlass finden, an der nachgerade vorgeführten Überzeugung der Delegierten zu zweifeln. Eine solche Überzeugung braucht aber Zeit, in der sich die zu Überzeugenden ihre Meinung bilden und umdenken. Ein sehr kurzfristiges Umdenken könnte dagegen als „sprunghaft“ oder als „Fassade“ beargwöhnt werden und Kritiken der Medienkommentatoren hervorrufen. Damit aber der Parteitag in den Medien nicht den Eindruck der „Zerstrittenheit“ hinterlässt, muss der Streit innerhalb weniger Tage beendet werden. Angesichts dieser kurzen Frist wird ein Umdenken der Delegierten wenig glaubwürdig wirken. Je stärker die Kritik war, desto weniger glaubwürdig würde ein Umdenken wirken. Einen glaubwürdigen Meinungswechsel darzustellen wäre dann nur noch durch einen sehr ungewöhnlichen und herausragenden Auftritt des Vorsitzenden möglich.

Eine zweite und wesentlich überzeugendere Möglichkeit der Auflösung von Machtkampf und Streit ist die Personalentscheidung durch eine Wahl. Der kritisierte Spitzenpolitiker müsste abgewählt und durch einen anscheinend Besseren ersetzt werden. Der Machtkampf zwischen den Konkurrenten um Ämter müsste noch auf dem Parteitag entschieden werden. Am Ende müsste es einen klaren Sieger und einen klaren Verlierer dieser Auseinandersetzung geben. Ein solche Personalentscheidung ließe sich dann als „Zäsur“, als „Aufbruchssignal“ für die Medien wirkungsvoll inszenieren.

In beiden Fällen bedarf es jedoch eines Gegenkandidaten, der sich öffentlich bereit erklärt, an die Stelle des kritisierten Spitzenpolitikers bzw. des Amtsinhabers zu treten. Nur wenn ein Gegenkandidat existiert, kann ein Personalwechsel auch möglich werden. Eine offene Konkurrenz ist aber für den Herausforderer riskant. Der Wahlausgang ist ungewiss, er muss mit dem Ernstfall einer Niederlage rechnen. Gleichzeitig erhöht sich das Risiko des Scheiterns seiner Ambitionen, weil seine Herausforderung Machtaktionen des Amtsinhabers provoziert. Auch der Amtsinhaber möchte eine Niederlage und daher eine Kampfkandidatur vermeiden. Er muss die Chancen des Herausforderers möglichst minimieren, bei den Delegierten Anklang zu finden. Schon sein Image als denkbarer und passabler Gegenkandidat muss untergraben werden. Je größer der Amtsinhaber die Bedrohung durch den Herausforderer einschätzt, desto mehr wird er auch „unfaire“ Mittel wie z.B. Intri-



gen bedenken. Wenigstens muss der Herausforderer damit rechnen, dass der Amtsinhaber alle denkbaren Optionen prüfen wird, um sein Amt zu verteidigen.

Auf einem Parteitag ist eine Personalentscheidung in offener Konkurrenz aufgrund dieser Risiken unwahrscheinlich. Kampfkandidaturen sind seltene Ausnahmen. Der Grund dafür ist nicht, dass Politiker risikoscheu sind. Vielmehr begünstigen die Aufstiegsbedingungen in Parteien eher einen Politikertyp, der Risiken vermeidet und Sicherheit sucht. Die Risikovermeidung ist angesichts des langjährigen Aufstiegs in einer Partei zweckmäßig.

Parteikarrieren verlaufen nicht nach einem einheitlichen Muster. Selten sind es jedoch schnelle Aufstiege. Das Erreichen höchster Parteiämter nimmt in der Regel viele Jahre bis Jahrzehnte in Anspruch. Wer eine Partei-Karriere machen will, braucht deshalb eine Orientierung an langfristigen Zielen. Er muss seine Gegenwart stets im Lichte seines Fernzieles beurteilen. Diese Haltung schließt eine prinzipielle Risikofreude aus. Risiken können nur dann eingegangen werden, wenn sie gering gehalten werden. Große Risiken, die ein Verlust bisher erreichter Karrierepositionen wahrscheinlich machen, muss der Aufstiegsaspirant vermeiden. Er kann solche Risiken nur eingehen, wenn er im Ernstfall des Scheiterns bereit wäre, seine Lebenspläne kurzfristig zu ändern und von der politischen Karriere abzurücken. Sobald er den Aufstieg als ein wichtiges Lebensziel einstuft, wird er vorsichtig und abwägend agieren. Er wird sichere Möglichkeiten der Zielerreichung bevorzugen. Wo ein Aufstieg einer „Laufbahn“ ähnelt und sich der Aufsteiger seinen Aufstieg erst durch Bewährung auf den unteren Ebenen der Parteihierarchie „verdienen“ muss (Wiesendahl 2004, S. 136), erfordert die Arbeit am Fernziel methodische Disziplin. In diesem Fall wäre jeder Teilaufstieg auch die Voraussetzung für weitere Aufstiege in die nächsthöhere Ebene. Die bis dahin zurückgelegte Karriere ist eine Art Kapital, das einsetzen lässt, um sein Fernziel zu verwirklichen. Dieses Kapital darf ein Aufsteiger nicht leichtfertig riskieren, er muss danach trachten, es zu behalten. Auch darf er angesichts der Menge an Zeit und Arbeit, die er in die Teilaufstiege investiert hat, nicht leichtfertig durch Risiken Chancen auf den weiteren Aufstieg zerstören. Das schließt nicht aus, dass manche Fortschritte ohne Risikofreude nicht zu gewinnen sind. Aber allgemein ist eine zweckrational kalkulierende Haltung für den Aufstiegsaspiranten nützlicher. Er muss seine Handlungen in der Gegenwart immer auch dahingehend beurteilen, welche Chancen und Risiken sie hinsichtlich seines Fernzieles generieren. Seine Ziele erreicht er nur durch den Aufschub der Befriedigung unmittelbar auftretender Bedürfnisse. Damit entsprechen Machtmenschen nicht dem in den Medien oft gezeichneten Bild von Menschen, die durch ihren Ehrgeiz, ihren Machtwillen oder ähnliche Motive beherrscht oder getrieben sind. Der Aufsteiger kann starke Gefühle haben, aber er darf sich nicht von ihnen überwältigen und hinreißen lassen zu Handlungen, deren Folgen er nicht abschätzen kann. Er muss weniger ein impulsiver als ein leidenschaftlicher Mensch sein, also jemand, der sich an sein Fernziel bindet und dieses mit

großem Engagement, aber auch mit Methodik anstrebt (zur Leidenschaft siehe Paris 2001).

Die aufstiegsinteressierten Politiker sind deshalb eher keine risikofreudigen Abenteurer. Das schließt nicht aus, dass es unverhofft günstige Gelegenheiten gibt, die tatkräftig durch die Aufsteiger genutzt werden. Mitunter muss er das Risiko wagen, wenn alle anderen Möglichkeiten verbaut sind. Ein regelrechtes Abenteurertum gibt es aber selten. Das Sicherheitsbedürfnis überwiegt angesichts der jahrelangen Mühen. Das Etikett „Abenteurer“ oder „Spieler“ ist eher eine Zuschreibung durch die Medien. Geschichten werden erzählt, in denen ein Politiker mit hohem Einsatz und Risiko einen bemerkenswerten Erfolg errang oder eine dramatische Niederlage erlitt. Aus diesen Erzählungen einzelner Ereignisse leiten Journalisten Charakterisierungen von Politikern ab. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wurde etwa als „Kämpfer“ oder „Spieler“ beschrieben. Er galt in Medienkommentaren als jemand, der vor allem in nahezu aussichtslosen Situationen lebendig und aktiv wurde. In Anspielung an seine sportliche Aktivität in der Jugend heißt es in einem Porträt:

Schröder ist auch ein halbes Jahrhundert nach diesen Erlebnissen immer noch „Acker“, der Mann, der ein Spiel nie verloren gibt. Nie „Acker“, der Mittelstürmer, würde nicht akzeptieren, dass ihm die eigenen linken Verteidiger damit drohen, ihre Arbeit einzustellen, wenn nicht Aufstellung und Taktik angesichts eines Spielstandes von 0:6 sofort geändert würden. (Mayntz, Rheinische Post 16.09.2005)

Neben seinem Kampfgeist beschrieb der Autor Schröder als einen Politiker, der mit unkonventionellen Entscheidungen überraschte. Diesen Hang zu Überraschung erklärt der Autor zu einem Wesensmerkmal Schröders, das sich auch in dessen Politik niederschläge:

Es gehört zu Schröders Naturell, die ausgetretenen Trampelpfade niemals für die alleinigen Wege zum Ziel zu halten. Deshalb hat er sowohl die eigenen Leute als auch die Öffentlichkeit bei wichtigen Entscheidungen immer wieder überrascht. Freilich drückt die Neigung zum Überraschungsmoment eine damit zusammenhängende Eigenart aus: die Unstetigkeit. Und die ist ein wesentliches Charakteristikum seiner Politik. (Mayntz, Rheinische Post 16.09.2005)

In derartigen Stereotypisierungen bleiben die Routinevorgänge des Machterwerbs und -erhalts ausgeblendet. Die Bedeutung der Vorgänge, in denen Überraschung und Risiko eine Rolle spielte, wird überhöht. Die Karriere Schröders ist nur eines von vielen Beispielen für Politikerkarrieren, die auf jahrzehntelangem Kampf um Ämter und auf die Durchsetzung gegen viele Konkurrenten beruhte. Vom ersten Ehrenamt in der lokalen Parteiorganisation, über Ämter in der Jugendorganisation, Landtags- und Bundestagsmandate bis hin zu bundespolitisch bedeutsamen Positionen müssen die Aufsteiger immer wieder Wahlen bestehen. Stets warten Konkurrenten auf ihre Chance, jedes der errungenen Ämter ist umkämpft. Auf diesen Karrierewegen sind Kampfkandidaturen selten (Wiesendahl 2004, S. 137; Scheuch/Scheuch 1995, S. 129). Die einmal errungenen Ämter werden verteidigt durch vorab organisierte Mehrheiten der Delegierten der jeweiligen Mitgliederver-

sammlung, die über die Besetzung dieses Amtes entscheidet. Die offene Konkurrenz wird nach Möglichkeit vermieden. Die Karrierewege von Spitzenpolitikern zeigen, dass diese dem „Abenteuer“ aus dem Weg gehen.

Weil sie das Risiko meiden und Berechenbarkeit suchen, sind aufstiegsorientierte Politiker eher ordnungsaffin. Das gilt auch dann, wenn sie die formale Ordnung (Satzungen, Statuten) vor allem für die Legitimierung der eigenen Machtansprüche instrumentalisieren oder dann, wenn sie die Ordnung durch Tricks zur Fassade machen. Instrumentalisierung und Korruption sind Möglichkeiten, die die Ordnung bietet. Beide Machtstrategien benötigen die Ordnung. Ihr Einsatz mag der Ordnung langfristig schaden, aber die Aufsteiger setzen diese Strategien jedoch nicht vorrangig mit der Absicht der Beseitigung der Ordnung ein. Für den aufstiegsorientierten Politiker ist die Ordnung ein Mittel, um die Ungewissheiten bei der Eroberung und Verteidigung seiner Macht zu minimieren. Satzungen und Statuten binden das Handeln der Mitgliedschaft, sie geben Regeln vor, deren Einhaltung sich einklagen lassen. Satzungsstricks und juristische Lücken im Regelwerk, mit denen Politiker zuweilen überraschende und überwältigende Erfolge über ihre Gegner erzielen können, beruhen in ihrer Wirkung darauf, dass die Regeln als bindend akzeptiert werden. Nicht zuletzt reduzieren formale Ordnungen die Möglichkeit dessen, was andere künftig tun werden, weil sie generell den Handlungsspielraum von Parteimitgliedern begrenzen. Damit werden Ordnungen strategiefähig. Sie erlauben dem Aufsteiger die Entwicklung von Szenarien dessen, was seine Gegner planen könnten. Zugleich gibt ihm die Ordnung seinerseits Optionen für die Auseinandersetzung an die Hand, die er auf Zweckmäßigkeit hin prüfen kann. Formale Ordnungen helfen dabei, unübersichtliche Situationen zu vermeiden, weil sie nur eine Auswahl an denkbaren Ereignissen zulassen.

Wer Risiken vermeidet, vermeidet auch Situationen der Beschleunigung von Ereignissen. Als aufstiegsorientierter Politiker ist es zweckmäßig, Vorgänge eher zu verlangsamen, als ihr Tempo zu erhöhen. Wer Risiken und Chancen kalkuliert, bevor er handelt, braucht Zeit für die Analyse der jeweiligen Situation. Für ihn ist es besser, wenn er die Situation kontrolliert. Diese Kontrolle kann durch Beschleunigung verloren gehen. Die Beteiligten sind gezwungen, auf die sich verändernde Lage zu reagieren, ohne viel Zeit zur Auswahl einer geeigneten Strategie zu haben. Die Ereignisse geben dann das Handlungstempo vor und erzeugen unmittelbaren Handlungsdruck (Eckert/Willems 2002, S. 1468). Dadurch verlieren die Beteiligten den gestaltenden Einfluss auf die Situation. Diese wird in ihrer Entwicklung unvorhersehbar. Eine solche Beschleunigung ist daher für Politiker mit Langfristzielen eher abträglich. Sie werden darum auch eskalierende Konflikte und Machtkämpfe vermeiden.

Der aufstiegsorientierte Politiker darf sein Handeln zudem nicht ausschließlich aus persönlichen Überzeugungen ableiten. Er muss sich mit den Verhältnissen auseinandersetzen, um seine Chancen wie auch die Risiken möglichst realistisch abschätzen zu kön-

nen. Zweckmäßig ist für ihn eine Abwägung zwischen der Treue zu den eigenen Überzeugungen und dem Kompromiss. Will er sein Fernziel nicht gefährden, muss er im Falle ungünstiger Bedingungen auf die Umsetzung seiner politischen Vorstellungen verzichten. Dies ist besonders dann notwendig, wenn die von ihm vertretenen Haltungen unpopulär sind oder weder in der Bevölkerung noch in der Partei eine Mehrheit finden können. Das Scheitern eines unpopulären Projektes, das in den Medien heftig kritisiert wird, kann das Scheitern der Karriere nach sich ziehen. Fürchtet die eigene Partei, dass sich aufgrund dieses Projektes Wähler von ihr abwenden könnten, kann sie sich von dem Aufsteiger distanzieren, um nicht länger mit ihm assoziiert zu werden.

Der Aufsteiger stellt sich daher auch selten an die Spitze einer Bewegung, welche die gegebenen Verhältnisse umwälzen will. Er ist kein Anführer, der sich für Gegner und Anhänger sichtbar in die Auseinandersetzung begibt. Er ist nicht derjenige, der das Tempo einer Bewegung vorgibt durch beispielhafte öffentliche Aktionen. Als Anführer müsste sich der Aufsteiger sichtbar exponieren. Er würde mit der von ihm angeführten Bewegung identifiziert werden. Wer einen großen Einfluss des Anführers unterstellt, schreibt ihm nahezu allein zu, dass die Bewegung überhaupt existiert und agiert. Also würde sich der Anführer auch zum Ziel der Angriffe derer machen, die diese Bewegung abwehren wollen. Das birgt das Risiko von Niederlagen. Folglich ist es für einen Aufsteiger ratsamer, sich nicht zu sehr gegen den Zeitgeist zu positionieren. Es ist zweckmäßiger, sich den kurzfristigen Themenkonjunkturen anzupassen, aber ohne sich auf diese wechselnden Themen und Standpunkte öffentlich festzulegen. Er muss flexibel bleiben, weil sich Themen und politische Projekte über die für den Aufstieg benötigten Jahre verändern können. Diesen Veränderungen muss er sich immer wieder anpassen. Die beste Vorkehrung gegen wechselnde Themengebiete ist die Formulierung interpretationsoffener vager Standpunkte. Diese Interpretationsoffenheit ermöglicht dem Aufsteiger glaubwürdige Meinungsänderungen. Die neu eingenommene Haltung kann der Politiker als Konkretisierung seiner ursprünglichen Äußerungen darstellen. Auch muss der Aufsteiger offenbleiben für wechselnde Zweckbündnisse. Die Karriere von einzelnen Personen entwickelt sich über die Jahre, deren Beliebtheit verändert sich. Der Aufsteiger muss damit rechnen, dass die gegenwärtig maßgeblichen Autoritäten der Partei später in Ungnade fallen können und ihren Einfluss verlieren. Also muss er in der Lage sein, sich umzuorientieren und sich denen anzuschließen, die anstelle der ehemaligen Autoritäten für seine Karriereziele nützlich sein könnten. Eine zweckmäßige Lösung ist die Formulierung von Positionen, mit denen er sich nicht demonstrativ gegen andere stellt. Dieser Weg wird gewiss nicht immer eingeschlagen, mitunter ist sogar die Provokation der bessere Weg, um sich als neues Gesicht in den Medien bekannt zu machen. Die wahrscheinlichere Variante ist die Formulierung ausgleichender Positionen, die sich „gleich weit“ von allen anderen in der Partei vertretenen Haltungen entfernt befindet. Aus dieser Position der „Mitte“ heraus erscheint keine der anderen Haltungen schlechter

als eine konkurrierende. Das erlaubt eine glaubwürdige Hinwendung zu den Vertretern anderer Haltungen und eröffnet so die Möglichkeit für wechselnde Zweckbündnisse.

Trotz aller Wechselhaftigkeit können aufstiegsorientierte Politiker auch neben dem Ziel des Aufstiegs ein politisches Projekt verfolgen. Die Umsetzung dieses Projekts stellen sie aber solange zurück, wie es der eigenen Karriere schadet. Sie warten auf die passende Gelegenheit, um dann ihre Pläne zu verwirklichen. Durch ihren jahrelangen Aufstiegsweg lernen sie das Warten und den Bedürfnisaufschub ohnehin.

Wer jahrelang eher vorsichtig und abwartend an seinem Aufstieg gearbeitet hat, wird daher gerade auf einem Parteitag eine offene Auseinandersetzung vermeiden. Der Amtsinhaber wird möglichst im Vorfeld des Parteitages sicherstellen wollen, dass es nicht zu einer Kampfkandidatur kommt. Sein Konkurrent könnte sich nur dann öffentlich als Gegenkandidat anbieten, wenn ihm vorab eine Mehrheit der Delegiertenstimmen zugesichert werden würde. Falls es diese Mehrheit nicht gibt oder falls der Konkurrent die Mehrheitsverhältnisse nicht abschätzen kann, wird er seine Ambitionen eher verbergen. Er wird auf weniger riskante Gelegenheiten warten, um den Amtsinhaber abzulösen. Nach außen wird er vermeiden, als der Initiator einer Ablösung des Amtsinhabers wahrgenommen zu werden. Für ihn ist es zweckmäßig, sich als treuer Gefolgsmann darzustellen, damit er seine Karriereziele auch dann verfolgen kann, wenn der Amtsinhaber seine Stellung behaupten kann. Die Arbeit an dessen Ablösung wird der Konkurrent vorrangig im Verborgenen betreiben (Sofsky/Paris1994, S. 151). Er wird den Gegnern des Amtsinhabers über subtile Signale seine Bereitschaft für eine Gegenkandidatur anzeigen und sich so gleichzeitig die Möglichkeit des Rückzuges bewahren, falls sich nicht genügend Unterstützer finden. Aus diesen Gründen kann der Amtsinhaber damit rechnen, dass er auf einem Parteitag sehr wahrscheinlich nicht zu einer Kampfkandidatur herausgefordert wird.

#### **4.4 Taktieren: Risikovermeidung durch die Vermeidung von öffentlichen Selbstbindungen an Haltungen, Bündnissen oder politischen Projekten**

Der potenzielle Konkurrent des umstrittenen Vorsitzenden wird angesichts der Risiken einer Kampfkandidatur auf ein offenes Bekenntnis zu seinen Ambitionen verzichten. Erst, wenn er sich seiner Siegchancen sicher wäre, würde er auch öffentlich sagen, dass er den Amtsinhaber ablösen möchte. Diese Sicherheit lässt sich jedoch nicht einfach herstellen. Auch viele Delegierte sind an langfristigen Zielen orientiert, deren Erreichung sie nicht durch Aktionen mit ungewissem Ausgang gefährden wollen. Sie vermeiden es ebenfalls, sich offen zu ihrem Wunsch nach einem Personalwechsel zu bekennen. Diese Vorsicht ist zweckmäßig. Einerseits müssen sie dem Risiko von Machtaktionen des angegriffenen Vorsitzenden aus dem Weg gehen. Dieser könnte seinen Einfluss nutzen, um seine Gegner in den Reihen der Delegierten an weiteren Karriereschritten zu hindern. Andererseits müssen diese Delegierten auch in der Lage bleiben, ihre Ziele unter dem alten Vorsit-

zenden weiterzuverfolgen, falls dieser sich längerfristig durchsetzen kann. Deshalb binden sie sich nicht an die Person des potenziellen Herausforderers, solange sie keine Gewissheit haben, dass er die Kampfkandidatur nicht auch gewinnen wird. Sie belassen es bei subtilen Andeutungen, dass sie den Konkurrenten für den besseren Vorsitzenden halten. Damit sinkt wiederum die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Konkurrent als Gegenkandidat zum Vorsitzenden zur Verfügung stellt. Er kann sich auf seine Unterstützer nicht verlassen. Weil diese ein öffentliches Bekenntnis vermeiden und sich damit die Möglichkeit des Rückzugs offenhalten, muss er damit rechnen, dass sie im Ernstfall als Unterstützer wegbrechen. Mit ihrer Zurückhaltung machen sie deutlich, dass sie dem Risiko eines Konfliktes lieber aus dem Wege gehen. Der Herausforderer kann daher nicht sicherstellen, dass diese Delegierten ihn dann unterstützen, wenn er vom Vorsitzenden und dessen Anhängern bekämpft wird. Die Delegierten ihrerseits bleiben schon deshalb vorsichtig, weil auch sie befürchten müssen, dass sie den Angriffen allein ausgesetzt sein könnten. Sie müssen annehmen, dass andere Delegierte mit Langfristzielen ebenso unkalkulierbare Risiken vermeiden und daher keine öffentlichen Festlegungen treffen. Bündnispartner, die die Abwehr der Angriffe erleichtern können, sind daher schwer zu finden. Nur der, der auch offen für das gemeinsame Projekt eintritt, würde im Konfliktfall dem Kampf nicht aus dem Wege gehen.

Von dieser verbreiteten Vorsicht profitiert der kritisierte Vorsitzende, wenn er den Parteitag für die Verteidigung seines Amtes nutzt. Er kann damit kalkulieren, dass seine Gegner sich nur schwer organisieren können ohne die Gewähr eines Erfolges.

Die hier beschriebene Vermeidung der Festlegung auf ein politisches Projekt soll im Folgenden Taktieren genannt werden. Es ist eine Methode, die sich auch für andere Situationen und für andere Ziele verallgemeinern lässt. Wer Ziele verfolgt, die viele Jahre für ihre Verwirklichung brauchen, muss von Veränderungen ausgehen. Sowohl die einflussreichen Personen in der Partei können wechseln als auch die Themen und politischen Projekte. Führungspersonen können abgewählt werden, sich zurückziehen oder ihre Beliebtheit einbüßen. Themen und Projekte können sich als unzeitgemäß oder als unpopulär herausstellen. In diesen Fällen ist es zweckmäßig, sich von diesen Personen, Themen oder Projekten rechtzeitig trennen zu können. Das folgende Kapitel widmet sich dem Taktieren, seinen Gründen, seinen Vorteilen und Nachteilen.

#### **4.4.1 Vermeidung von öffentlichen Festlegungen**

Unsere Politiker sind vorsichtig, sie wollen sich nicht festlegen, sie halten sich alle Optionen bis zuletzt offen [...] (Ulrich, DIE ZEIT, 06.11.2007, zit. nach Bülow 2010, S. 81)

Öffentliche Äußerungen von Politikern sind verbindlich. Die Verbindlichkeit entsteht, weil die Adressaten vom Politiker erwarten, dass er auch tut, was er sagt. Der Politiker soll „ehrlich“ sein. Seine Worte sollen in Übereinstimmung mit seinem Verhalten stehen (Koe-

nen 2004, S. 207). Diese Erwartung der Ehrlichkeit wird überall dort gehegt, wo die Adressaten auf die Verlässlichkeit und Kooperation des Politikers angewiesen sind. Das betrifft Konstellationen, in denen die Adressaten ihre eigenen Ziele nur durch die Mitarbeit des Politikers verwirklichen können und in denen der Politiker zugleich eine prinzipielle Handlungsfreiheit besitzt, die durch die Adressaten nicht eingeschränkt werden kann. Koenen zufolge handelt es sich vorrangig um unterstellte, idealisierte Handlungsspielräume, die den Politikern aus einer personalisierenden Perspektive zugeschrieben werden. Gerade weil man annimmt, dass Einzelne die Macht für folgenreiche Entscheidung besäßen, müsse ihr Handeln an Moral und Recht gebunden sein (Koenen 2004, S. 213). Ehrlichkeit erwarten die Adressaten in unterschiedlichen Zusammenhängen: Bürger erwarten sie von der von ihr gewählten Regierung. Politiker erwarten sie untereinander, wenn sie entweder als Partner in Zweckbündnissen oder als Mitglieder der selben Organisation aufeinander angewiesen sind. Entsprechend ist „Öffentlichkeit“ und das, was als verbindliche „öffentliche“ Äußerung gilt, auch je nach Kontext unterschiedlich bestimmt.

Die Adressaten versuchen, den Politiker zu binden, indem sie kontrollieren, ob dessen Tun oder Lassen mit seinen Worten übereinstimmt. Vom Politiker fordern sie öffentliche Bekundungen von Handlungsabsichten bzw. öffentliche Bewertungen von Ereignissen oder Situationen. Ebenso verlangen sie ihm Rechenschaft über sein Tun oder Lassen ab. Widersprüche zwischen Reden und Handeln werden skandalisiert und sanktioniert. Der Erfolg von Skandalisierung und Sanktion hängt von den Handlungschancen der Adressaten ab. Die Bindungswirkung einer Politikeräußerung ist nur so hoch, wie die Adressaten in der Lage sind, Diskrepanzen zwischen Wort und Tat zu „bestrafen“.

Politiker können sich der Verbindlichkeit ihrer Äußerungen durch Taktieren entziehen. Unter Taktieren verstehe ich die Vermeidung einer öffentlichen Festlegung auf eine Haltung, ein Bündnis oder ein politisches Projekt, um sich die Flexibilität zu erhalten, sich an neue Situationen anpassen zu können. Der Taktierer vermeidet starke öffentliche Bekenntnisse, um die Erwartungen des Publikums seiner öffentlichen Äußerungen gering zu halten. Er beschränkt sich auf eine vieldeutige, unkonkrete und dadurch interpretationsoffene Sprache. Der Taktierer vermeidet die Benennung konkreter Handlungen und Positionen. Er vertieft sich nicht in Detailprobleme eines politischen Problems. Er beschränkt sich auf allgemeine programmatische Aussagen mit hoher Abstraktion. Lieber betont er allgemeine Werte, als dass er Programme und politische Einstellungen in konkrete Taten übersetzt. Oder er zieht sich auf Andeutungen und Metaphern zurück. Von Andeutungen kann er sich schnell wieder distanzieren. Metaphern bleiben interpretierbar.

Vage Formulierungen sind mit vielfältigen, durchaus auch widersprüchlichen Deutungen kompatibel. Eine Festlegung des Politikers ist dann erschwert. Wer ihn auf seine Äußerungen verpflichten will, muss dessen vage Formulierungen erst mit konkreten Inhalten erfüllen. Aber dieses Auffüllen der Leerformeln ist erkennbar Deutungshypothese. Der

Politiker kann bestreiten, dass diese Deutung wirklich zutreffend ist. Er kann dann seine eigene Deutung dagegenhalten. Dabei hat er die Freiheit, eine ihm opportun erscheinende Deutung auszuwählen.

Der Taktierer bewahrt sich dadurch die Freiheit, Haltungen, Bündnisse und Projekte in einer veränderten Lage aufgeben zu können, wenn sie ihn an der Nutzung unverhofft sich eröffnender Chancen hindern oder wenn sie ihn unter den neuen Bedingungen Nachteile einbringen. Eine bisher vertretene Haltung kann durch neue Entwicklungen plötzlich in der Bevölkerung unpopulär werden, ein Festhalten an ihr kann dann Wahlerfolge gefährden. Durch die Veränderungen von Kräfteverhältnissen können sich dem Taktierer neue Bündnispartner anbieten, die aber in Konflikt mit den bisherigen Bündnispartnern liegen. Zugleich will der Taktierer sich von seinen bisherigen Haltungen, Bündnissen und Projekten nicht eindeutig distanzieren, um sie dann aufrechterhalten zu können, wenn diese sich letzten Endes doch als nützlicher erweisen. Taktieren geschieht in ungewissen Situationen, in denen der Taktierer eine Veränderung für sehr wahrscheinlich hält, die Richtung und die Auswirkung der Veränderung aber noch nicht abschätzen kann.

#### **4.4.2 Verbindlichkeit und soziale Kontrolle als Gründe des Taktierens**

Zur Verpflichtung wird eine öffentliche Äußerung aufgrund der Norm der Glaubwürdigkeit und Widerspruchsfreiheit. Erwartet wird, dass Menschen eine erkennbare Meinung oder Lebenshaltung haben. Diese Meinung sollen sie nicht ohne gute Gründe ändern. Meinungsumschwünge werden nur als Ergebnisse von Lernprozessen als glaubwürdig anerkannt. Sie dürfen nicht spontan und für andere überraschend erfolgen. Auch soll die Person ihre Meinung gegenüber anderen Menschen vertreten und sich nicht den in verschiedenen sozialen Kontexten jeweils vorherrschenden Mehrheitsmeinungen anpassen. Meinungen sollen auch dann vertreten werden, wenn diese Vertretung Nachteile bringt. Zugleich soll das Handeln der Person zu seiner gegenüber anderen vertretenen Meinung passen. Wort und Tat sollen übereinstimmen. Sind diese Bedingungen erfüllt, gilt diese Person als ein Mensch mit Prinzipien. Prinzipienfestigkeit bietet die Gewähr, dass diese Person in ihrem Verhalten und Denken verlässlich ist. Man weiß, woran man bei ihr ist.

Im Falle von Politikern wird diese Norm noch weiter moralisch aufgeladen durch die Idealvorstellungen der Demokratie. Dieser Vorstellung nach ist der Politiker lediglich mit der Macht vom „Volk“ beliehen worden. Diese Macht soll er nutzen, um die Interessen des „Volkes“ zu verwirklichen. Durch die Macht, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen, erhält der Politiker zusätzliche Handlungsfreiheit. Er übt über die Gesetzgebung Herrschaft über das ihn beauftragende „Volk“ aus. Die Inhalte der Gesetze, denen sich das „Volk“ unterwerfen muss, werden durch den Politiker bestimmt. Sein Spielraum erweitert sich auch dann, wenn von ihm kreative und originelle Lösungen von Problemen erwartet werden, deren Bewältigung durch die Anwendung überpersönlicher formaler Regeln und



Verfahren nicht möglich ist (Kaufmann 1995, S. 83). Dadurch entsteht die Gefahr, dass der Politiker seine Macht bzw. seine Freiheiten missbraucht, um vor allem eigene Interessen zu verfolgen. Dieser Missbrauch gilt dem Ideal nach als verwerflich. Weil sein Umgang mit seiner Macht und seinen Spielräumen besonders folgenreich sein kann, sind die Erwartungen an die moralische Integrität des Politikers hoch. Entsprechend groß kann auch die Skandalisierungsbereitschaft der Adressaten von Politikeräußerungen sein, wenn der Politiker gegen diese Normen verstößt. Politikeraussagen werden umso verbindlicher, je größer die Gefahr der Skandalisierung von Normbrüchen ist und je folgenreicher diese Skandalisierung für ihn sein kann. Skandalisierung wirkt am stärksten in der medienvermittelten Öffentlichkeit.

Im Gegensatz zum Alltagsgespräch unterliegen öffentliche Stellungnahmen von Politikern einer viel stärkeren sozialen Kontrolle. Die Kontrollmöglichkeiten entstehen durch die massenmediale Verbreitung und Dokumentation von öffentlichen Politikeräußerungen. Dadurch wird der Vergleich von Äußerungen sowie von Wort und Tat vereinfacht. Die dokumentierten Äußerungen sind reproduzierbar. Interviews und Presseerklärungen können jederzeit nachgedruckt, Videoaufzeichnungen im Fernsehen oder Internet wiederholt abgespielt werden. Dies erlaubt den Vergleich zwischen früheren und späteren Äußerungen oder auch zwischen Worten und Taten des Betreffenden. Der sich öffentlich äussernde Politiker kann immer wieder mit seinen Äußerungen konfrontiert werden. Die mediale Dokumentation und Speicherung macht es möglich, auch vor sehr langer Zeit getätigte Äußerungen eines Politikers aus den Archiven hervorzuholen. Zudem kann prinzipiell jedermann Agent der sozialen Kontrolle werden. Die Massenmedien transportieren die Politikerworte zu einem Millionenpublikum. Die Zahl derer, die die gefallenen Worte bezeugen können, ist daher stets sehr hoch. Außerdem kann jedermann eine öffentliche Stellungnahme eines Politikers in Archiven und Datenbanken nachrecherchieren. Die Kommunikationsmöglichkeiten des Internet haben diese Kontrollmöglichkeiten erheblich verstärkt. Politikeräußerungen, die im Internet kursieren, sind schnell verbreitbar, schnell über Suchmaschinen auffindbar und sie lassen sich tendenziell nicht mehr aus dem Netz entfernen.

Die zu verschiedenen Zeitpunkten und Gelegenheiten gefallenen Äußerungen von Politikern lassen sich daher jederzeit miteinander vergleichen. Treten Widersprüche zwischen den Äußerungen selbst oder zwischen Wort und Tat auf, können sie als Inkonsistenz oder gar Verlogenheit skandalisiert werden. Die Beweisführung kann öffentlich über die Medien vorgenommen werden vor einem breiten Publikum. Nebensächlich ist dabei, inwiefern Politiker wirklich an das Ideal der Glaubwürdigkeit und Prinzipienfestigkeit glauben. Diese Norm und die durch die Massenmedien gebotenen Möglichkeiten der sozialen Kontrolle bieten politischen Gegnern, Medien und Bürgern die Chance zur Skandalisierung. Diese Skandalisierung drängt den Politiker zur Verteidigung seiner Äußerungen und Handlungen. Ein andauernder Skandal kann das öffentliche Ansehen eines Politikers be-

schädigen. Er kann infolge der öffentlichen Empörung zum Rücktritt von seinem Amt gezwungen werden. Daher kann der Skandal um Widersprüche immer auch eine zweckmäßige Waffe im Machtkampf um Ämter und Wählerstimmen sein (Nedelmann 1990, S.134f.; Giesen 2009, S. 131f.).

Diese Gefahr einer Skandalisierung verleiht öffentlichen Politikerstellungen den Charakter eines Bekenntnisses. Wer sich zu etwas bekennt, offenbart seine bislang verborgenen Meinungen oder Gefühle gegenüber einem anderen. Indem er sich offenbart, verändert er sein Verhältnis zu seiner Meinung und seinem Gefühl. Er erklärt diese zu einem Teil seiner Identität. Diese Meinung und dieses Gefühl werden als wesentlicher Teil der eigenen Persönlichkeit beschrieben. Zugleich verpflichtet sich der Bekennende, Meinung und Gefühl zur Maßgabe seines Handelns zu machen. Als Stütze dieses Versprechens dient der Zeuge, gegenüber dem sich der Bekennende offenbart. Der Zeuge kann von ihm Konsequenz einfordern, wenn seine Selbstdisziplin wankt. Umgekehrt ist das Bekenntnis auch ein Werben um Anerkennung dieser Identität durch die Zeugen.

Diesen Bekenntnischarakter bekommen öffentliche Politikeräußerungen ganz unabhängig davon, ob der Politiker tatsächlich etwas bekennen möchte oder nicht. Seine Worte werden von den Adressaten als Bekenntnis wahrgenommen und entsprechend moralisch aufgeladen. Aber auch der Politiker ahnt wenigstens, dass seine Äußerungen durch ihre Veröffentlichung einen anderen Charakter bekommen haben.

Öffentliche Stellungnahmen gewinnen ihren Bekenntnischarakter durch die Konstellation, die durch die Öffentlichkeit entsteht. Sowohl der sich erklärende Politiker als auch sein Publikum wissen um die Möglichkeiten der sozialen Kontrolle. Beide Seiten sind sich der medialen Dokumentation bewusst. Sie wissen, dass Widersprüche in den Äußerungen und Taten des Politikers skandalisiert werden können. Sie wissen voneinander, dass jede Seite darum weiß. Dieses wechselseitige Wissen verleiht der öffentlichen Stellungnahme eine besondere Bedeutung. Sie ist nicht nur eine Darstellung der politischen Position des Politikers. Sie ist zugleich ein Versprechen, der Norm der Glaubwürdigkeit und Widerspruchsfreiheit zu genügen. Wer sich als Politiker öffentlich äußert, weiß, dass seine Äußerungen stets geprüft und mit seiner weiteren Amtsführung verglichen werden. Er spricht seine Zuhörer auch in ihrer Rolle als soziale Kontrolleure und potenzielle Skandalisierer an. Er liefert sich deren Kontrolle aus. Beide Seiten, Politiker und Publikum antizipieren die mögliche spätere Kritik an eventuellen Widersprüchen des Politikers. Die Äußerung muss daher schon jetzt vor dieser Kritik bestehen können. Sie wird an dieser Kritik gemessen. Die Kritik enthält den Keim der Skandalisierung. Daher dient die öffentliche Stellungnahme auch der vorweggenommenen Versicherung, dass das Publikum die geäußerten Worte ernst nehmen könne. Unterstützt wird das durch den Rahmen von öffentlichen Stellungnahmen. Häufig sind sie verbunden mit einem feierlichen Ernst. Der sich öffentlich erklärende Politiker nimmt eine ernsthafte Pose ein. Er macht den offiziellen Charakter seiner

Äußerung kenntlich. Die öffentliche Stellungnahme ist eine Amtshandlung. Auf vieldeutige Scherze wird verzichtet.

Mit seiner öffentlichen Stellungnahme behauptet oder verspricht der Politiker eine Übereinstimmung von Wort und Tat. Nimmt man dieses Versprechen ernst, dann erscheinen öffentliche Politikeräußerungen stets als Absichtserklärungen. Jede Äußerung lässt sich ausdeuten hinsichtlich dessen, wie der Politiker das Besprochene bewertet. Solche Bewertungen lassen sich auch aus beiläufigen Äußerungen extrahieren. Ironische oder witzige Anmerkungen können in Bewertungen übersetzt werden. Diese Bewertungen enthalten zumindest implizite Handlungsmaximen. Was für gut befunden wird, muss erhalten oder gefördert werden, das schlechte gehört verändert. Wer Politikeräußerungen als programmatische deutet, will aber noch mehr wissen. Ihn interessiert, wer was genau tun sollte und welche Rolle er selbst darin zu spielen hat.

### **Abgestufte Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeit öffentlicher Äußerungen variiert je nach der institutionellen Arena, in denen ein Politiker sich äußert. Diese Arenen können sein: Die medienvermittelte Öffentlichkeit als solche, der Innenraum eines Gremiums oder einer Organisation oder die informelle Gruppe von Leuten, zu denen regelmäßige Kontakte gepflegt werden. Der Grad der Verbindlichkeit einer Politikeräußerung ist gebunden an dem Zugang der Medien zu dieser Arena sowie an die Art des Publikums, das der Politiker anspricht. Die verschiedenen Publika unterscheiden sich dadurch, wen und wieviele Personen es ein- oder ausschließt. Die Verbindlichkeit einer Äußerung wird kleiner, je spezifischer ein Publikum ist, je weniger Leute angesprochen werden und je weniger die Massenmedien über solche Äußerungen berichten können oder wollen.

Stellungnahmen in der medienvermittelten Öffentlichkeit haben den stärksten Verpflichtungscharakter. Das betrifft Äußerungen von Politikern, die diese als Inhaber von Ämtern und im Bewusstsein der massenmedialen Dokumentation dieser Erklärung tätigen. Es gibt verschiedene Formen derartiger Stellungnahmen. Einerseits kann der Politiker direkt gegenüber den Medien eine Erklärung abgeben, in Form von Pressekonferenzen oder schriftlichen Pressemitteilungen. Dann adressiert er direkt die nationalstaatliche, kontinentale oder Weltöffentlichkeit und damit tendenziell jeden interessierten Bürger, der diese Äußerungen via Medien empfangen kann. Andererseits kann er sich im Rahmen einer Veranstaltung (Verbandstage, Kirchentage usw.) oder einer Sitzung des Parlaments äußern. Diese zweite Form wird dann zu einer öffentlichen Stellungnahme, wenn diese Wortmeldungen von den Medien dokumentiert werden. Obwohl der Politiker vorrangig das anwesende Publikum (Abgeordnete, Delegierte, Tagungsteilnehmer usw.) anspricht, spricht er auch zu denen, die sich über die Medien über solche Auftritte informieren. Dass seine

Worte die medienvermittelte Öffentlichkeit erreichen, ist dem Politiker bewusst und wird auch gezielt genutzt, um sich gegenüber der Öffentlichkeit zu äußern.

Als Gremienmitglied wendet er sich vorrangig an die anderen Gremienmitglieder, während Nichtmitglieder nicht angesprochen werden. Die Gesamtheit der Gremienmitglieder bilden eine Teilöffentlichkeit, gegenüber der sich der äussernde Politiker als verlässlich und kooperativ erweisen soll. Die Gremienöffentlichkeit erzeugt zwei Rechtfertigungspflichten. Es gibt einerseits Repräsentanten des Gremiums, die eine hierarchisch höhere Stellung einnehmen (Parteivorsitzende z.B.). Diese Repräsentanten üben gegenüber dem Gremium Macht aus. Diese Machtausübung müssen sie als normkonform bzw. nutzbringend gegenüber den Beherrschten rechtfertigen. Andererseits gelten die Gremienmitglieder unterhalb des Vorsitzes als Gleiche unter Gleichen. Gleichberechtigung heißt, dass keines der einander gleichen Mitglieder Sonderrechte beanspruchen darf. Jedes Gremiumsmitglied muss sich den gemeinsamen Beschlüssen unterwerfen. Diese Beschlüsse bestimmen, was als gemeinsames Interesse des Gremiums gilt. Jedes Mitglied muss diese Beschlüsse auch nach außen vertreten, darf sie nicht konterkarieren. In dieser Hinsicht müssen sich Gremiumsmitglieder vor den anderen rechtfertigen, inwiefern sie das gemeinsame Interesse befördert oder verletzt haben. Vorschläge und Stellungnahmen des Gremiumsmitgliedes müssen zeigen, dass sie den gemeinsamen Nutzen mehren, den gemeinsamen Zielen dienen.

Die Verbindlichkeit von Äußerungen in „nichtöffentlichen“ Gremiensitzungen ist beschränkt auf die Mitglieder dieses Kreises. Gremienmitglieder interpretieren die Äußerungen einer Person aus ihrem Kreis als Amtshandlung und als Absichtserklärungen. Sie prüfen die Äußerungen dahingehend, wie der Sprecher das Besprochene beurteilt und welche Handlungsmaximen er daraus ableitet. Gegenüber dem Sprecher bauen sich Erwartungen auf, dass er zu seinen Äußerungen stehen und sich ihnen gemäß verhalten solle. Verbindlichkeit über die Zeit wird durch die Protokollierung von Diskussionsverlauf und Beschlüssen des Gremiums geschaffen. Damit ergeben sich auch für die Äußerungen von Gremienmitgliedern die Möglichkeiten von Vergleichen. Diese sind jedoch eingeschränkt, weil keine wortgenaue Protokollierung der Aussagen jedes Einzelnen erfolgt. Oft beschreibt ein Protokoll nur knapp die Themen der Sitzung und die Beschlüsse. Damit werden die Äußerungen der Gremienmitglieder bereits flüchtiger. Behauptungen, was einer konkret gesagt hat, sind nicht mehr so einfach nachzuweisen.

Noch schwächer ist die Verbindlichkeit von Gremienmitgliedern gegenüber der medienvermittelten Öffentlichkeit. Der Ausschluss der Medien aus der Gremiumssitzung sorgt für einen prinzipiell eingeschränkten Zugang zu den Äußerungen der Gremiumsmitglieder. Journalisten und Bürger können diese nur noch über Mittelspersonen in Erfahrung bringen. Der mündliche Bericht von Sitzungsteilnehmern wird zur Grundlage aller Informationen über den Sitzungsverlauf. Journalisten erhalten Zugang zu den Ereignissen der Sitzung

nur, wenn sie gute Kontakte zum ausgewählten Kreis der Sitzungsteilnehmer haben. Die Sitzungsteilnehmer kontrollieren damit den Informationsfluss in die nationalstaatliche Öffentlichkeit. Allerdings ist das keine umfassende Kontrolle, weil jeder Sitzungsteilnehmer offen oder anonym gegenüber Journalisten berichten kann. Wenn die Medien diese Informationen nutzen, spekulieren sie auf die Glaubwürdigkeit ihres Augenzeugen. Diese beruht auf dessen Eigenschaft als Eingeweihter. Dessen Berichte lassen sich jedoch grundsätzlich als Gerüchte oder Falschdarstellungen in Zweifel ziehen. Weder der Augenzeuge noch der zitierende Journalist können die Richtigkeit des Berichts nachweisen. Gerade, weil der Bericht über den Sitzungsverlauf nur durch eine Kette von Mittelspersonen die Öffentlichkeit erreicht, ist der Zweifel immer glaubwürdig. In dieser Kette von mündlicher Überlieferungen sind vielfältige Fehlerquellen denkbar. Damit ist, anders als bei der öffentlichen Stellungnahme, die Situation eines allen in gleicher Form vorliegenden, mithin scheinbar objektiven Textes nicht mehr gegeben. Ohne diesen Text kann die Öffentlichkeit das Gremiumsmitglied nicht mehr auf ein bestimmtes Verhalten oder eine bestimmte Position festlegen. Das Gremiumsmitglied kann sich außerhalb des Gremiums anders verhalten als innerhalb, ohne dass diese Diskrepanz öffentlich sichtbar werden muss. Öffentliche Behauptungen der Diskrepanz kann er bestreiten. Zudem kann er eine konkurrierende Version des Sitzungsverlaufs in der Öffentlichkeit propagieren. Dazu kann er die selbe Glaubwürdigkeit als exklusiver Sitzungsteilnehmer in Anspruch nehmen wie jene Berichte, die Widersprüche behaupten.

Die schwächste Verbindlichkeit herrscht in informellen Gruppen ohne eine durch Satzungen festgelegte Struktur. Die Gruppenmitglieder begegnen einander nicht als Inhaber von durch formale Regelungen festgelegten Funktionen. Als Teil einer informellen Gruppe richtet der Politiker seine Worte nur an einen kleinen Kreis von Personen. Diese Worte werden selten protokolliert. Massenmedien werden für gewöhnlich ausgeschlossen. Die informelle Gruppe bildet eine Teilöffentlichkeit, wenn sie ein Zweckbündnis zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist. Die Gruppenmitglieder erwarten voneinander das Engagement der anderen im Dienste dieser Ziele. Daher werden Äußerungen der Mitglieder auch als Versprechen verstanden, sich in dieser oder jener Weise für die Gruppenziele einzusetzen. Wo Protokolle fehlen, fehlt es den Mitgliedern allerdings an Möglichkeiten, Versprechen und tatsächliches Handeln zu vergleichen bzw. einen diesbezüglichen Widerspruch nachzuweisen. Sie können sich allein auf die Zeugenschaft der anderen Mitglieder stützen. Die subjektive Erinnerung der Zeugen kann jedoch keine so starke Geltung beanspruchen wie die Dokumentation von Äußerungen durch Protokolle oder durch die Massenmedien.

Der Grad der Verbindlichkeit öffentlicher Äußerungen ist auch abhängig von dem Amt eines Politikers. Je größer der Wirkungsbereich eines Amtes ist, desto mehr Bedeutung wird der Äußerung des Amtsinhabers zugemessen. Das korrespondiert mit der durch

Bürger oder Medien wahrgenommenen Verantwortung des Politikers. Mitgliedern der nationalen Regierung wird eine höhere Verantwortung zugeschrieben als Kommunalpolitikern. Dem Kommunalpolitiker wird nur ein kleiner, lokal begrenzter Gestaltungsspielraum zuerkannt. Für viele politische Entwicklungen (etwa die Entwicklung der Abgabenlast), die Menschen bewegen, ist er daher nicht verantwortlich. Diese vollziehen sich ohne sein Zutun und er könnte an ihnen nichts ändern. Äußerungen von Kommunalpolitikern werden daher von nur wenigen Menschen als verbindlich angesehen. Sie haben über diesen lokalen Wirkungskreis hinaus für die Medien kaum Nachrichtenwert.

Anders ist das bei Mitgliedern der Regierung des Nationalstaates. Diesen schreibt man eine umfassende Verantwortlichkeit für das Ganze zu. Ihr Kompetenzbereich ist tendenziell alles, was innerhalb der nationalen Grenzen (vermeintlich oder tatsächlich) politisch geregelt werden kann. Die Äußerungen etwa des Regierungschefs werden deshalb stets bewertet in ihrem Verhältnis zur Amtsführung und den daran geknüpften Erwartungen. Die Äußerungen lassen Schlüsse zu, was der Regierungschef gut oder schlecht findet, also lassen sich auch Schlüsse daraus ziehen, was er politisch tun will. Der Mensch, der etwa Bundeskanzler ist, hat nur sehr wenig Möglichkeiten, nicht Kanzler zu sein, denn als Regierungschef ist er Kanzler aller Staatsbürger. Für diese ist er verantwortlich. Was er tut, hat Folgen für sie. Seine Äußerungen haben einen hohen Nachrichtenwert und werden von tendenziell allen Bürgern eines Staates als wichtig und maßgeblich eingestuft.

An der Stellung des Amtes in der gesellschaftlichen Hierarchie ist auch der Grad der Verbindlichkeit von scheinbar nebensächlichen, „privaten“ Äußerungen geknüpft. Damit meine ich alle Äußerungen, die der Amtsinhaber dezidiert als „Privatperson“ trifft. Je höher ein Amt angesiedelt ist, desto weniger werden die Äußerungen des Amtsinhabers als rein „private“ wahrgenommen.

Die „privaten“ Äußerungen eines Regierungschefs werden eher als politisches Bekenntnis interpretiert als die eines Kommunalpolitikers. Der Regierungschef beeinflusst durch seine Politik das Leben tendenziell aller Bürger seines Staates. Jeder private Bekannte oder Freund des Regierungschef ist zugleich eine Person, die dessen Regierungsgewalt unterworfen ist. Es fehlen daher Menschen, die in dem Regierungschef eine ausschließlich private Person sehen können. Nur solche Personen würden „Privatmeinungen“ des Regierungschef nicht als zugleich politische Statements lesen. Aber die der Macht des Regierungschefs unterworfenen Bürger interpretieren auch nebensächliche Äußerungen des Regierungschefs als Hinweise auf dessen politische Präferenzen.

Wo Politik als die praktische Umsetzung von Weltanschauungen oder Ideologien verstanden wird, werden in allen Politikeräußerungen Hinweise auf dessen Vorstellungen einer idealen Welt vermutet. Weltanschauungen sprechen auch nebensächlichen Elementen eine gewisse Bedeutung zu. Dies tun sie, weil sie die „Welt“ als „Ordnung“ bzw. „Un-

ordnung“ in einem umfassenden Modell beschreiben. Basis dieses Modells ist ein Wertekanon, von dem aus die gesellschaftliche Gegenwart als wünschenswert oder veränderungsbedürftig beurteilt wird. Das Weltbild soll die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen der gesellschaftlichen Wirklichkeit sichtbar machen und damit erklären, warum die „Welt“ gut oder schlecht beschaffen ist und welche Veränderungen sie braucht. Der Anspruch, Zusammenhänge aufzudecken, führt dazu, dass auch scheinbar nebensächliche Elemente in Weltbildern eine Rolle spielen können: Als Probleme, Symptome von Problemen oder als Anzeichen des Fortschritts in die richtige Richtung. Die Vorstellung eines umfassenden Zusammenhanges führt auch zu einer weitreichenden normativen Aufladung auch randständiger Erscheinungen.

Aus der Sicht von Weltanschauungen können auch beiläufige Politikeräußerungen Hinweise bieten für die jeweilige normative Verortung des Politikers. Scherze und Geschmacksurteile oder Aussagen über sein Privatleben lassen sich lesen als Konkretisierungen allgemeiner Werthaltungen des Politikers. Im Falle eines Regierungschefs haben solche Werthaltungen Folgen für alle Bürger des Staates. Daher lesen diese jede Äußerung des Regierungschefs als Hinweis auf mögliche Regierungsziele.

Anders als der Regierungschef wird der Kommunalpolitiker in seinen Äußerungen eher als Privatperson wahrgenommen, weil er vielen Beschlüssen der nationalstaatlichen Ebene ebenso unterworfen ist wie alle anderen Bürger des Staates. Ihm fehlen die Einflussmöglichkeiten auf dieser Ebene. Seine „privaten“ Worte werden daher nicht als Programm für die Gestaltung der nationalen Ebene gelesen werden. Er könnte seine „Privatmeinung“ nicht in Gesetze umformen und damit verbindlich für alle Bürger des Staates machen. Daher können seine „privaten“ Äußerungen auch nicht als verbindliche Bekundung einer Handlungsabsicht gelesen werden.

#### **4.4.3 Taktieren als Methode: Handlungsorientierung des Taktierers**

Taktieren ist kein Ergebnis charakterlicher Defizite. Es ist eine Methode, mit Ungewissheiten umzugehen. Ein Politiker kann die Vorteile des Taktierens nur dann für sich nutzen, wenn er methodisch denkt und handelt. Dieses Denken und Handeln kann sich über die Jahre als Routine einüben. Taktieren muss in einer konkreten Situation daher nicht zwangsläufig aus bewusstem Kalkül erfolgen.

Taktierer brauchen einen starken „Realitätssinn“. Damit soll keinem naiven Realismus das Wort geredet werden. Es geht vielmehr um eine Haltung, die zwischen „Wunsch“ und einer diesem gegenüber widerständigen „Wirklichkeit“ unterscheidet. Im „Wünschen“ ist der Mensch frei. In der „Wirklichkeit“ findet er Handlungsbedingungen vor, die er nicht alle verändern kann. Diese Bedingungen muss er akzeptieren. Jeder Plan, jede Handlung, die erfolgreich sein will, muss auf diese Bedingungen abgestimmt sein. Wer sie ignoriert, scheitert zwangsläufig an den „Tatsachen“. Der Taktierer muss also seine „Wünsche“ zu-

gunsten der „Wirklichkeit“ zurückstellen. Er muss der „Wirklichkeit“ Priorität einräumen. Darum darf er sich nicht mit Kritik an einer unerwünschten „Wirklichkeit“ aufhalten, sondern er muss sich ihr anpassen, um erfolgreich taktieren zu können. In dieser Hinsicht handelt der Taktierer pragmatisch. Er bewertet die „Wirklichkeit“ nicht als gut oder schlecht. Auch entwickelt er keine Visionen für die langfristige Veränderung der „Wirklichkeit“, um eine wünschenswerte Welt zu schaffen. Die „Wirklichkeit“ ist für ihn lediglich Grundlage eines nüchternen Kalküls der Möglichkeiten.

Aus dem „Realitätssinn“ folgt eine hohe Aufmerksamkeit des Taktierers für die jeweilige konkrete Situation. Er muss sie auf ihre Chancen und Risiken hin analysieren. Dazu muss er wissen, wie diese Situation strukturell bestimmt ist und welche Handlungsmöglichkeiten sich durch diese Strukturen eröffnen. Zu dieser Strukturierung zählt die „Definition der Situation“. Der Taktierer sollte wissen, wie die an der Situation Beteiligten die Situation interpretieren („Womit haben wir es hier zu tun?“), was sie erreichen wollen und was sie voneinander erwarten. Hinzu kommen die Aspekte der Situation, die auch jenseits der Interpretation der unmittelbaren Teilnehmer das Handeln begrenzen oder ermöglichen können: Machtverhältnisse, institutionelle Regeln und Ressourcen.

Das Handeln der anderen Personen muss der Taktierer beobachten. Er muss analysieren, welche Optionen seine Interaktionspartner haben und welche Interessen sie verfolgen. Die Folgen ihres Tuns für seine eigenen Ziele muss er mit bedenken. Auch muss er antizipieren, wie die Interaktionspartner in naher Zukunft handeln könnten. Nur so kann der Taktierer der Überraschung durch das Handeln der anderen vorbeugen. Er bleibt handlungsfähig, wenn er auf die verschiedensten Handlungsmöglichkeiten seiner Interaktionspartner vorbereitet ist. Deren prinzipielle Willensfreiheit birgt stets die Möglichkeit einer Veränderung des bislang beobachteten Handelns. Eingeschliffene Routinen können plötzlich aufgegeben werden. Die Interaktionspartner können neue Handlungsstrategien entwerfen, neue Pläne entwickeln, neuen Zielen nachstreben oder selber unverhoffte Chancen nutzen. Dadurch wird die Beobachtung der Interaktionspartner zu einer permanenten Überwachung. Der Taktierer muss stets mit Veränderungen rechnen, daher darf er sich nicht mit einem einmal erarbeiteten Informationsstand zufriedengeben, sondern muss sein Wissen beständig erneuern, anpassen, korrigieren und immer wieder auf seine Aktualität hin überprüfen. Prognosen über das Verhalten der anderen, die aus beobachteten Gewohnheiten gewonnen wurden, müssen stets unter Vorbehalt formuliert werden. Der Taktierer muss beständig bereit sein, seine Annahmen über die Interaktionspartner zu verändern.

Er muss grundsätzlich offen bleiben für Veränderungen der Situation. Auf diese Veränderungen muss er sich schnell einstellen können. Dazu ist es nötig, dass er eine angemessene Handlung als Reaktion wählt, um auch unter veränderten Bedingungen die eigenen Ziele erreichen zu können. Plötzlich und unverhofft sich eröffnende Chancen muss er



schnell erkennen und nutzen. Dazu muss er seine ursprünglichen Pläne spontan ändern oder ganz aufgeben können. Ohne dass er seine langfristigen Ziele aus den Augen verliert, muss er Zwischenziele aufgeben oder sich neue, der Situation angemessene stecken. Bewährte Handlungsstrategien muss er aufgeben können, um neue zu entwerfen.

Entsprechend muss der Taktierer auf moralische oder ideologische Prinzipien verzichten. Er darf sie zumindest nicht zur Prämisse seines Handelns in konkreten Situationen machen. Wo er dennoch Überzeugungen hat, muss er in der Lage sein, sie für den Moment zurückzustellen. Wer jede seiner Handlung mit seinen Überzeugungen in Deckung bringen will, wird unflexibel. Absolute Prinzipientreue in jeder beliebigen Situation kann mit taktischen Erfordernissen konfliktieren. Der Taktierer muss sich seine Anpassungsfähigkeit erhalten, indem er Prinzipien lockerer handhabt. Diese nüchterne Lockerheit bedeutet jedoch nicht, dass er gänzlich prinzipienlos sein müsste. Eine pragmatische Anpassung an die jeweiligen Gelegenheiten verträgt sich mit ideologischen Überzeugungen. Der Taktierer mit einer ideologischen Grundüberzeugung hat jedoch seine Priorität auf die Realisierung von Fernzielen gelegt. Er verzichtet dagegen auf die Umsetzung einer „reinen Lehre“, die mehr als Vorschrift für die Lebensführung wirken würde, indem sie das Verhalten reguliert. Eine solche Verhaltensregulierung hätte vor allem symbolischen Wert, weil sie durch ein stets prinzipiengeleitetes Verhalten die unbedingte Treue zur eigenen Überzeugung sichtbar macht. Der Präzedenzfall dieser Demonstration ist die Prinzipientreue auch in Situationen, in der sie Nachteile erzeugt. Der pragmatische Ideologe hat diese Symbolik aufgegeben zugunsten einer auf Erfolg konzentrierten Handlungsweise. Für ihn zählt die letztendliche Durchsetzung seiner Überzeugung gegen gegnerische Strömungen mehr als die Bekenntnisfestigkeit jenseits der politischen Machtperspektive. Taktieren lässt daher nicht zwingend auf einen Mangel an Überzeugung schließen. Gleichwohl ist Taktieren auch das Mittel der Wahl reiner Opportunisten.

Der Verzicht auf eine absolute Prinzipientreue gilt beim Taktieren auch für die Beziehung zu den Interaktionspartnern. Der Taktierer muss immer mit der Möglichkeit rechnen, dass er in veränderter Lage Menschen braucht, die er gegenwärtig für unwichtig oder ablehnenswert hält. Mit wem er welche Beziehungen unterhält, darf daher nicht prinzipiell vorentschieden sein. Er darf Beziehungen zu anderen Menschen nicht grundsätzlich ausschließen, wenn er im Falle des Bedarfs in der Lage sein will, mit ihnen Zweckbündnisse zu bilden. Also muss er auch gegenüber Leuten, die er wegen ihrer Weltanschauung ablehnt, offen und kompromissbereit bleiben. Konflikte muss er vermeiden, falls Konflikte auftreten, muss er verhindern, dass sie zu aggressiv geführt werden. Nur so können beide Konfliktpartner später ein pragmatisches Arrangement miteinander finden. Wo der Taktierer bereits Zweckbündnisse eingegangen ist, muss er darauf achten, dass die gemeinsamen Projekte ihn nicht zu sehr einschränken. Die Projekte dürfen nicht zu konkret werden. Vage Bestimmungen und die Formulierung allgemeinsten Ziele ermöglichen hingegen eine

Uminterpretation der Projekte und ihre Anpassung an veränderte Situationen. Nicht zuletzt muss sich der Taktierer bemühen, sich Ausstiege aus den Zweckbündnissen offenzuhalten.

Der Taktierer wahrt seine Chancen am besten, wenn er kontrolliert und diszipliniert agiert. Er darf nicht impulsiv agieren. Er muss seine Gefühle bezähmen, er darf nicht durch Gefühlsausbrüche zu ungewollten öffentlichen Festlegungen getrieben werden. Antipathie oder Sympathie dürfen nicht zu Vorentscheidungen über mögliche Bündnisse oder deren Ausschluss führen. Kontrolliert und diszipliniert muss der Taktierer auch sein, wenn er sein Handeln wählt. Er muss stets erst die Situation analysieren, bevor er tätig wird. Sein Handeln muss überlegt sein. Auch wenn er sich schnell auf neue Situationen einstellt, handelt er nicht überstürzt. Bevor er handelt, wartet er ab, um sich zunächst ein Bild von der Lage zu machen.

Die Haltung und Denkweise des Taktierers lässt sich mit den ironischen Worten eines Bundestagsabgeordneten zusammenfassen:

Zunächst sollte man die meisten Ecken und Kanten abschleifen, die Ideale als Illusionen abschreiben, Enthusiasmus und Engagement schnell gegen puren Realitätssinn und Pragmatismus eintauschen. Und weiter: Wenn man die Karriereleiter hinaufwill, sollte man sich eher zurückhalten, wenn strittige Entscheidungen anstehen. Zeichnet sich dann aber eine Lösung ab oder will die Fraktionsspitze mehrheitlich einen bestimmten Kurs durchsetzen, dann ist es vorteilhaft, sich in gut gewählten Worten dieser Mehrheitsmeinung anzuschließen. (Bülow 2010, S. 78)

#### **4.4.4 Vorteile des Taktierens**

##### **Bewahrung der Möglichkeit pragmatischer Arrangements**

Zur Modellierung des Taktierens gehört auch die Beschreibung von Situationen, in denen es sich als erfolgreiche Strategie bewährt. Es gibt Konstellationen, in denen die Vermeidung von öffentlichen Festlegungen zweckmäßiger ist als andere Verhaltensweisen.

Eine Leistung des Taktierens ist die Bewahrung der Möglichkeit pragmatischer Arrangements. Pragmatische Arrangements werden gebildet, wenn Politiker trotz gegenseitiger Abneigung, trotz ideologischer Differenzen oder trotz der Interessengegensätze Zweckbündnisse schließen. Solche Zweckbündnisse können sehr vielfältig sein: Eine projektbezogene informelle Absprache im kleinen Kreis, die Zusammenarbeit in Gremien, in denen dank der Proporzregeln auch Konkurrenten und Gegner miteinander zu gemeinsamen Beschlüssen finden müssen, die zeitweilige Zusammenarbeit von Parteien in Koalitionsregierungen. Solche Zweckbündnisse können mitunter ideologisch überhöht werden als quasinatürliche und damit unausweichliche Zusammenschlüsse, die sich aus gemeinsamen Idealen, Werten, Interessen oder der gemeinsamen Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus ergeben (das „Rot-grüne Projekt“, oder die Schwarz-gelbe Koalition als Regierung des „bürgerlichen Lagers“). Diese programmatische Außendarstellung verdeckt jedoch,

dass derartige Zweckbündnisse stets Kompromisslösungen darstellen. Die Macht, die man mit dem Bündnispartner teilen muss, würde man lieber alleine ausüben. Zweckbündnisse entstehen aus der Einsicht, dass die eigenen Mittel nicht für die Umsetzung der eigenen Ziele genügen. Sie sind ein Zeichen der Abhängigkeit von der Kooperation der Bündnispartner. Dieser Einsicht in die Grenzen der eigenen Macht folgend verliert die Reinheit der eigenen ideologischen Grundlagen an Priorität. Wo die eigene Macht nicht ausreicht, wird eine starke Orientierung an den Möglichkeiten und Grenzen einer Situation gebraucht: Welche Chancen bietet die Situation, die eigenen Ziele zu erreichen? Wie viel von den eigenen Zielen kann verwirklicht werden, auf was muss man verzichten? Mit welchem Bündnispartner kann man die meisten seiner Teilziele verwirklichen? Das erfordert eine flexible Anpassung an die Situation und damit auch einen Verzicht auf ideologische Stringenz. Feindseligkeiten und Machtkämpfe zwischen den Bündnispartnern werden zeitweilig ausgesetzt, ohne dass sie gänzlich verschwinden müssen. Die Bündnispartner müssen jedoch von sich aus vermeiden, dass ihre im Verborgenen stattfindenden Aktionen dem Bündnis nicht die Grundlage entziehen. Das Bündnis besteht nur solange, wie der jeweilige Bündnispartner nicht übermäßig übervorteilt wird oder sich übervorteilt fühlt. Kluge Bündnispolitik kann nicht umhin, auch immer den gemeinsamen Vorteil zu realisieren, damit der eigene möglich wird.

Taktieren als das Vermeiden von Festlegungen hält die Möglichkeiten offen, sich pragmatisch mit politischen Gegnern innerhalb und außerhalb der eigenen Gruppe zu arrangieren. Das Arrangement kann jedoch nur gelingen, wenn die Taktierer die Radikalisierung der Gegnerschaft vermeiden. Dadurch entgehen die Taktierer dem Problem, dass eine Zusammenarbeit mit den einstigen Gegnern von der Öffentlichkeit als unwahrhaftig, widersprüchlich oder ideologisch nicht verträglich kritisiert werden kann. Die möglichen Bündnispartner dürfen nicht zu einseitig als die Verkörperung des „Bösen“ dargestellt werden. Deshalb nimmt manche Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung (etwa in Wahlkämpfen) auch theatralische Züge an. Die Radikalität des Streits wirkt gespielt und als Wahlkampfmanöver durchsichtig. Genau diese Offensichtlichkeit des Wahlkampfgeplänckels erlaubt nach der Wahl aber auch eine Distanzierung von diesem als übertrieben wahrgenommenen Kampf gegen den politischen Gegner. Die anschließend einziehende Nüchternheit im Umgang miteinander korrespondiert mit der verbreiteten Meinung, dass die Parteien nach der Wahl zur Sacharbeit zurückkehren sollten. Die Zuspitzung der Gegnerschaft erscheint damit von vornherein als Ritual.

Diese im Ritual gebändigte Feindschaft pflegt der Taktierer gegenüber allen denkbaren Bündnispartnern. Denn wo das Taktieren auf die Möglichkeit denkbarer pragmatischer Arrangements zielt, ist es ein vorbeugendes Handeln. Der Taktierer will sich die Hintertüren nicht von vornherein versperren. Jeder seiner Gegner könnte im Ernstfall als Bündnispartner gebraucht werden. Ohne genau zu wissen, wie z.B. eine Wahl ausgeht, will er sich

offenhalten für eventuell notwendig werdende Zweckbündnisse. Er ist damit keiner, der die Verwirklichung seiner Interessen allein an eine Handlungsoption bindet. Er kalkuliert mit der Ungewissheit von Wahlausgängen und arbeitet daher mit einem Alternativplan für den Fall einer Niederlage oder eines nur unvollständigen Sieges. Taktieren ist das Bemühen, auch im Falle eines nicht optimalen Wahlausganges handlungsfähig zu bleiben. Grundlage dieser Handlungsfähigkeit ist, dass er nach der Wahl mit jedem potenziellen Bündnispartner ohne Gesichtsverlust das Gespräch suchen kann.

### **Gründe des pragmatischen Arrangements: Begrenzte Macht, Ohnmacht**

Das Taktieren als Vermeidung von öffentlichen Festlegungen kann für Machtunterlegene eine geeignete Strategie sein, um Sanktionen zu vermeiden. Dies trifft vor allem auf die in einer Hierarchie weiter unten angesiedelten Personen zu. Die Führung erwartet von ihnen Gefolgschaft. Je strikter die Hierarchie und je stärker die Erwartung an Gefolgschaft ist, desto sorgfältiger müssen die Machtunterlegenen ihre öffentlichen Auftritte planen. Ein von der Führung nicht gebilligter Auftritt kann Sanktionen nach sich ziehen. Diese Sanktionen können die eigenen Chancen auf Karriere oder auf die Verfolgung von Sachzielen maßgeblich beschädigen. Beispielhaft steht dafür die Abstrafung von Fraktionsmitgliedern, die gegen die gemeinsame Fraktionslinie im Parlament stimmen (siehe die Erfahrungen von Politikern wie z.B. Farthmann 1996, S. 200; Lattmann 1984, S. 158ff.; Bülow 2010, S. 119ff.). Der Abweichler wird in Fraktionssitzungen und auch öffentlich von Fraktionskollegen kritisiert. Zudem besteht die Gefahr von Racheakten der Führung. Sie sorgt für einen Verlust des Listenplatzes oder behindert den weiteren Aufstieg des Abweichlers in der Fraktion. Derartige Machtaktionen zielen auf die Disziplinierung des tatsächlichen wie auch des potenziellen Abweichlers. Wer mit der Linie der Führung unzufrieden ist, muss daher zumindest Disziplin vorspielen. Er taktiert, indem er seine Kritik „hinter vorgehaltener Hand“ äußert, ohne öffentlich für sie einzustehen. Der Machtunterlegene muss solange auf ein öffentliches Bekenntnis gegen die Führung verzichten, wie deren Durchsetzungskraft noch gewährleistet ist. Nach außen hin gliedert sich der Taktierer in die Disziplin ein. Der taktierende Abweichler vermeidet jede offene Rebellion. Damit signalisiert er aber auch, dass er für seine Kritik nicht um jeden Preis kämpfen wolle. Die verdeckt geäußerte Kritik enthält immer schon die Ankündigung des Rückzugs im Falle drohender Sanktionen. Damit richtet sich der Machtunterlegene in der Disziplin ein.

Davon zu unterscheiden sind jene Abgeordnete oder Delegierte, die in öffentlichen Reden Kritik an der Führung üben und dennoch taktieren. Diese nehmen vor allem eine rebellische Pose ein. Die Inszenierung der rebellischen Pose erfolgt durch vielfältige Hinweise, dass Kritik geübt werde: Formulierungen, wie „Das muss mal so deutlich gesagt werden“, betonen vor allem die Haltung, mit der etwas vorgetragen wird. Wo die Aufmerksamkeit auf die Haltung gelenkt wird, kann dem Publikum die inhaltliche Belanglosigkeit der

Kritik entgehen. Der sich als Rebell gerierende Kritiker hält sich Rückzugsmöglichkeiten offen durch den Mangel an inhaltlicher Konsequenz. Die öffentliche Kritik kann sich auf Details konzentrieren, ohne die Grundlinie des kritisierten Gesetzes oder Antrages in Frage zu stellen. Der Kritiker kann das Vorhaben als solches angreifen, aber Forderungen nach Verzicht darauf unterlassen. Lautstark trägt der Kritiker seine Einwände vor, ohne diesen jedoch Taten folgen zu lassen (zur Kritik ohne Konsequenz siehe Paris 1998, S. 131; zu „persönlichen Erklärungen“ im Bundestag als Beispiel folgenloser Kritik siehe aus Abgeordnetensicht Bülow 2010, S. 18). Auch kann der Kritiker seine Kritik als Sachdiskussion darstellen und damit die Protagonisten des kritisierten Vorhabens wie auch die es tragenden Interessengruppen und Machtverhältnisse unerwähnt lassen.

### **Taktieren als Instrument der schwachen Zentralgewalt**

Das Taktieren ist aber nicht nur geeignet für die Machtunterlegenen. Auch Führungspersonen können taktieren, wenn ihnen die Macht fehlt, ihre Vorstellungen per Befehl zu verwirklichen. In vielen Bereichen haben die Inhaber politischer Spitzenämter nur begrenzte Macht. Die Parteiführungen der deutschen Bundesparteien haben nur wenig Weisungsbefugnisse gegenüber den weitgehend selbständig entscheidenden Landesverbänden (zu Parteien als „lose verkoppelte Anarchie“ siehe Wiesendahl 1998, S. 243ff.; Lösche/Walter 1992, S. 379-386). Daneben gibt es in den Parteien überregionale Interessengruppen, die ebenfalls eigenständige Machtfaktoren werden können (Wiesendahl 2011, S. 85-94). Die Führungsgremien der Bundespartei werden deshalb nach Proporz besetzt. Landesverbände und Strömungen sollen bei der Verteilung von Spitzenämtern nach ihrem Gewicht berücksichtigt werden. Diese Personalpolitik ist ein Tauschhandel. Das Spitzenamt ermöglicht der Machtgruppe Einfluss auf die Bundespartei. Im Gegenzug unterstützen sie die Parteispitze, stellen für sie Mehrheiten auf Parteitagen sicher und setzen die von der Spitze verfolgte Politik in der Mitgliedschaft durch. Diese Form der Einwerbung von Gefolgschaft durch Ämterverteilung ist ein pragmatisches Arrangement. Es erfordert einerseits eine nüchterne Anerkennung und Berücksichtigung der realen Kräfteverhältnisse zwischen den Gruppen und andererseits eine grundsätzliche Offenheit für deren Veränderungen. Die Parteispitze kann durch Taktieren beweglich bleiben.

Für die Herstellung pragmatischer Arrangements ist es günstig, auf die offene Austragung von Gegnerschaften zu verzichten. Man legt sich nicht auf die Ablehnung des Konkurrenten fest und bindet seine Identität nicht an den Sieg über den Gegner. In einem innerparteilichen Machtkampf um die Parteiführung hätten die Konkurrenten verschiedene Möglichkeiten des Taktierens. Diejenigen, die den Parteivorsitz erst noch erringen müssen, können sich nach außen hin loyal geben und „hinter vorgehaltener Hand“ gegen die amtierende Führung agitieren. Die Parteiführung kann ihrerseits in der Öffentlichkeit so tun, als würde sie diese verdeckten Angriffe nicht wahrnehmen. Die Führung würde damit auf eine

Enthüllung der Aktivitäten ihrer Gegner verzichten. Diese „Enthüllung“ wäre allerdings ein Schauspiel, da beide kämpfenden Gruppen voneinander wissen. Lediglich der überraschten Öffentlichkeit erschiene der nun sichtbare Machtkampf als „Enthüllung“. Eine solche „Enthüllung“ würde in einer Art Skandalisierung der Gegner münden. Diese würden zur Zielscheibe von Empörung. Weil sie heimlich die Ablösung des Parteichefs planen, arbeiten sie hinterlistig. Indem sie nicht zu ihren Zielen stehen, sondern offiziell Loyalität vorspielen, täuschen sie vorsätzlich ihren Vorsitzenden wie auch die Partei und die Öffentlichkeit. Eine solche Vorgehensweise verletzt in vielfältiger Hinsicht moralische Normen. Wo sie ehrlich sein sollen, lügen sie und sie verraten die, denen sie treu sein sollten. Ihre Handlungen lassen sich als verwerflich diskreditieren. Die Verletzung hochstehender moralischer Normen wie Ehrlichkeit und Treue lassen sich psychologisieren und als Folge charakterlicher Defizite darstellen. Wo man es aber mit grundsätzlich verworfenen Personen zu tun hat, ist eine künftige Zusammenarbeit mit ihnen ausgeschlossen. Sie ließe sich weder der Öffentlichkeit noch der eigenen Partei gegenüber schlüssig begründen. Der Verwerfliche muss vielmehr konsequent bekämpft werden. Deshalb ist es für die Führungsspitze eine geeignete Strategie, die verdeckten Angriffe öffentlich nicht zum Thema zu machen. Das erhält ihr die Beweglichkeit, einst mit den innerparteilichen Gegnern ein Zweckbündnis zu bilden, falls veränderte Umstände dies opportun erscheinen lassen.

Mit dem Verzicht auf die „Enthüllung“ verdeckter Angriffe auf ihn bietet der Vorsitzende seinen Gegnern die Möglichkeit, ihr Gesicht wahren zu können. Dies ist eine weitere Technik, die die Herstellung pragmatischer Arrangements erleichtert. Dabei geht es weniger um die Schonung der persönlichen Gefühle des Gegners. Vielmehr soll das Angebot eines Zweckbündnisses für den Gegner und seine Unterstützer attraktiv bleiben. Dazu darf das Bündnis nicht wie eine Unterwerfung des Gegners erscheinen. Wo dessen Eintreten in ein Zweckbündnis mit dem ehemals bekämpften Vorsitzenden als „Einknicken“ interpretiert wird, wird das Zweckdienliche des Bündnisses in Frage gestellt. Das Bündnis wird jetzt nicht mehr verstanden als die Vereinbarung souveräner Partner, die einander Vorteile zu bieten haben. Die Unterscheidung von „Sieger“ und „Verlierer“ legt nahe, dass die Gewinne dieses Bündnisses einseitig beim „Sieger“ verbleiben. Die Legitimität dieses Bündnisses und der es tragenden Kompromisse wird dadurch brüchig. Die Anhänger des Gegners können befürchten, dass ihr Repräsentant vom Vorsitzenden dominiert werde und daher keine Aussichten auf Vertretung ihrer Interessen habe. Die Kosten der „Unterwerfung“ erscheinen zu hoch. Die Gefahr steigt, dass der Gegner und dessen Anhänger eine offene Opposition für gewinnträchtiger halten. Deshalb ist eine Vermeidung öffentlicher Kampfansagen bündnispolitisch für die Parteispitze sinnvoller als die nach außen getragene konsequente Bekämpfung aller innerparteilichen Feinde.

Der Verzicht auf eine deutliche öffentliche Kampfansage an die innerparteilichen Gegner nutzt auch bei einer allgemeinen Befriedung innerparteilicher Kämpfe. Dadurch

kann die Macht des Zentrums stabilisiert werden. Inszenierungen der Geschlossenheit können wieder gelingen. Das Zentrum kann sich in der Öffentlichkeit wieder widerspruchsfrei als Repräsentant der gesamten Organisation darstellen. Das Interesse an der Entmachtung des Zentrums sinkt.

Die Befriedung gelingt durch eine Auflösung der Konfliktfronten. Verhindert werden soll, dass sich diese Fronten dauerhaft verhärten. Dazu muss das Zentrum seinen Gegnern die Möglichkeit offenhalten, sich von dieser Gegnerschaft folgenlos distanzieren zu können. Die Gegner des Zentrums dürfen nicht auf diese Rolle festgelegt werden. Auch wenn das Zentrum sie bekämpft, muss es ihnen Rückzugswegen offenhalten. Aus der Untersuchung des Terrorismus als einen eskalierenden Konflikt leitet Neidhardt die folgende Erkenntnis ab:

Wichtig ist darüber hinaus, dass sie auf der Gegenseite die Ausgangsstellen nicht verstopft. Der Aussteiger, der die Konfliktfront verlässt, muss in der Etappe verschwinden können, ohne anhaltend [...] gebrandmarkt zu sein; man muss ihm subjektiv befriedigende Alternativen zur Militanz [in dem hier gemeinten Zusammenhang die Radikalisierung der Gegnerschaft, M.L.] offenhalten. (Neidhardt 1981, S. 247)

Die Gegner müssen die Möglichkeit haben, ohne Gesichtsverlust auf die Seite des Zentrums überzulaufen. Zugleich darf die Aufgabe des Kampfes nicht durch Androhungen von Strafe erschwert werden. Nur wenn die Gegner die Aussicht haben, bei Rückkehr in die Gefolgschaft zum Zentrum auch wieder Chancen auf Verwirklichung ihrer Ziele zu haben, werden sie ihre Gegnerschaft aufgeben. Wo das Zentrum dagegen mit allzu großem Furor seine Gegner bekämpft, treibt sie diese in die Solidarisierung. Nur in den eigenen Reihen finden die Gegner noch Anerkennung, Unterstützung und Profilierungschancen. Die Gegnerschaft zum Zentrum wird damit existenziell für sie und zum Teil ihrer Identität. Sie wird zum Selbstzweck, weil sie zur Bedingung für die soziale Integration der Gegner wird. Das begünstigt wiederum eine dauerhafte Spaltung der Organisation.

Das Taktieren ist auch im Fall der Befriedung innerparteilicher Konflikte keine risikolose Herrschaftstechnik. Das Offenhalten von Rückzugswegen kann viele Mitglieder zu verdeckten Angriffen gegen das Zentrum ermutigen. Die Aussicht, straflos und gleichsam als Proberhandeln gegen das Zentrum arbeiten zu können, kann die Disziplin der Organisation untergraben.

Allerdings ist auch eine solche Amnestierungsstrategie hinsichtlich ihrer Wirkungen ambivalent. Sie erleichtert nicht nur den Ausstieg aus eskalierenden Konflikten; sie wirkt auch einladend zur Teilnahme, insofern sie durch annoncierten Sanktionsverzicht die Risikolosigkeit des eigenen Handelns verspricht. (Neidhardt 1981, S. 247)

Daraus ergibt sich die stets nur in der konkreten Situation beantwortbare Frage, wie weit Taktieren nützlich ist und ab wann der offene Kampf den Machtinteressen des Zentrums mehr nützt.

Ein weiterer Nachteil des Taktierens für das Zentrum ist es, dass es von Medien und eigener Anhängerschaft als „konturlos“ und „schwach“ wahrgenommen werden kann. Der

ausbleibende Kampf enttäuscht alle, die sich eindeutige Machtverhältnisse zugunsten des Zentrums wünschen. Die Anhänger des Zentrums können dadurch den Glauben an die Führungsstärke des Zentrums verlieren. Dieser Glaubensverlust wird flankiert durch den Zweifel von Medien und politischen Gegnern in konkurrierenden Parteien. Wo deshalb Gefolgschaft verloren geht, steht das Zentrum vor dem Problem, zwischen Bündnispolitik und stabiler eigener Anhängerschaft als Machtbasis eine Balance zu finden.

### **Aufrechterhalten des Anscheins der „Normalität“ durch Stellungnahmen „hinter vorgehaltener Hand“**

Eine Form der Vermeidung von Festlegungen auf konkrete Haltungen und Handlungen ist die Äußerung der eigenen Standpunkte „hinter vorgehaltener Hand“. Eine Person teilt anderen seinen Standpunkt mit, aber sie tut es nicht öffentlich. Mediale Dokumentation und Verbreitung seiner Äußerung vermeidet sie, zumindest bittet sie um Diskretion. Ihre Äußerung soll nicht kursieren. Sie ist ausdrücklich nur an den kleinen Kreis der unmittelbar anwesenden Personen gerichtet. Der Sprecher wendet sich bewusst nicht an die Allgemeinheit. Daher fallen diese Äußerungen auch in informellen Situationen, in den Pausen oder geselligen Runden jenseits des Sitzungsbetriebes. Diese Beschränkungen sind notwendig, weil die geäußerte Meinung von der abweicht, die der Sprecher offiziell als Inhaber eines Amtes oder Mandats vertritt. Dieser Zwiespalt soll nicht offenbar werden. Die Diskretion des nichtöffentlichen Gespräches schützt vor der Enthüllung dieses Widerspruchs und vor der Kritik an ihm.

Die Bitte um Diskretion verhindert nicht, dass die „hinter vorgehaltener Hand“ ausgetauschten Standpunkte dennoch weiter erzählt werden können. Manche dieser inoffiziellen Standpunkte werden später sogar in Medienberichten zitiert. Damit werden sie letzten Endes doch wieder öffentlich. Dieses Kursieren dieser Äußerungen kann gegen die Absicht des Sprechers geschehen. Er kann es aber auch gezielt aus strategischen Gründen anstreben. Jeder Sprecher muss im Falle diskreter Mitteilungen an andere immer mit der Gefahr rechnen, dass diese die Äußerungen weitertragen. Er hat kaum Mittel, den Umgang seiner Zuhörer mit den ihnen anvertrauten Standpunkten zu kontrollieren. Er kann den Verrat nicht skandalisieren, weil damit auch offenbar würde, dass er in seinen Haltungen widersprüchlich ist. Seine Kontrollmöglichkeiten gegenüber seinen Zuhörern finden eine Grenze, wenn diese das Gehörte ihrerseits im diskreten Rahmen an einige wenige Personen mitteilen. Das Weitersagen „hinter vorgehaltener Hand“ sorgt dafür, dass dieser Vorgang geheim bleibt.

Die Bitte um Diskretion schützt also nicht vor dem Weitersagen. Wo sie dennoch ausgesprochen wird, kann sie nicht als Vorkehrung gegen die Indiskretion begriffen werden. Sie dient vielmehr der Markierung des Geäußerten als „privat“. Ein „hinter vorgehaltener Hand“ geführtes Gespräch wird damit als Privatgespräch deklariert. Diese Deklaration



soll Rechtfertigungsansprüche abwehren. Sie arbeitet mit der Unterscheidung zwischen öffentlicher Rolle und Privatperson. Menschen gehen nicht in ihren öffentlichen oder beruflichen Rollen auf. Ihre Existenz umfasst mehr als nur die von den Rollenvorschriften festgelegten Merkmale. In der Privatsphäre kommen die Eigenschaften und Wünsche der Menschen zum Tragen, die in ihrer öffentlichen Rolle ausgeblendet bleiben oder die durch die berufliche Disziplin unterdrückt werden. In Rolle und Beruf muss der Mensch sich formalisierten Rollenanforderungen unterwerfen. Als Privatmensch kann er seinen individuellen Impulsen folgen, kann er seine Gefühle und Meinungen zur Maßgabe seines Handelns machen. Diese Differenz korrespondiert mit der Auffassung, dass der von Rollenzwängen freie Privatmensch unmittelbarer und wahrhaftiger sei. In der Privatsphäre und als Privatmensch sagt man, was man wirklich denkt. Zugleich ist die Privatsphäre der Freiraum, der es erlaubt, rückhaltlos ehrlich zu sein (zu diesem verbreiteten und für die Neuzeit charakteristischen Verständnis der Differenz von Rolleninhaber und Privatperson siehe Tänzler 2007, S. 120f.). Die Unterscheidung von Privatsphäre und Rolle rechtfertigt eine Zwiespältigkeit der Person. In der Privatsphäre kann ausgesprochen werden, was man öffentlich besser nicht sagen sollte. Als Rollenträger muss man dagegen die eigene Wahrhaftigkeit verleugnen, weil es die Erfordernisse des Berufes oder des Amtes erzwingen. Die Stärke des Zwanges kann auf Machtverhältnisse oder aber auf „höhere Ziele“ zurückgeführt werden. Vor allem die Unterwerfung des Individuums unter „höhere Ziele“ eignet sich zur Rechtfertigung der Rollendisziplin.

Wenn also Politiker ihre Äußerungen als private deklarieren, nehmen sie für sich die Freiheit des Privatmenschen zur Ehrlichkeit in Anspruch. Damit versuchen sie, ihre Äußerungen vor Kritik zu schützen. Private Äußerungen dürfen nicht wie öffentliche Stellungnahmen bewertet werden. Erhofft wird, dass man auch dem Politiker eine private Meinung zubilligt, die er nicht öffentlich diskutieren und rechtfertigen muss. Eine abweichende Meinung ist solange zulässig, wie der Politiker den Erfordernissen seines Amtes oder Mandates genügt. Wer seine Äußerung als „privat“ bezeichnet, deutet auch an, dass er sie nicht zur Maßgabe seiner Amtsführung machen will. Daher darf die Privatmeinung auch nicht zur Grundlage der öffentlichen Bewertung seiner Amtsführung gemacht werden.

Worin bestehen die Vorteile eines solchen Verhaltens bzw. für welche Zwecke eignet es sich als Erfolg versprechende Methode? Wer „hinter vorgehaltener Hand“ eine Meinung kommuniziert und diese als „privat“ deklariert, vermeidet zunächst die wortgenaue Protokollierung seiner Äußerung. Weil die Äußerung als „privat“ gilt, darf sie von den Zuhörern, vor allem von Journalisten als Vertreter der Öffentlichkeit, nicht technisch aufgezeichnet werden. Die Aufzeichnung würde die Inszenierung der „Vertraulichkeit“ und der Beschränkung der Mitteilung auf einen kleinen Kreis stören. Ohne wortgenaue Protokollierung bleibt jedoch unsicher, was der Politiker wirklich gesagt hat. Seine Äußerung, nur in der Erinnerung von oder der Kolportage durch Ohrenzeugen präsent, lässt sich nicht mehr

problemlos interpretieren. Stets kann der Politiker die verwendeten Zitate bestreiten und behaupten, dies nicht oder ganz anderes gesagt zu haben. Damit kann er Versuche zurückweisen, ihn auf diese inoffiziellen Äußerungen zu verpflichten. Dies gilt auch dann, wenn er seine „Privatmeinung“ gezielt in die Öffentlichkeit lanciert, indem er sie Journalisten mitteilt. Auch in diesem Fall wird „Vertraulichkeit“ des Gesprächs zwischen Politiker und Journalisten inszeniert. Zu dieser Vertraulichkeit gehört, dass der Politiker das Gespräch gesucht hat. Dies darf der Journalist in seinem Bericht nicht offenlegen. Die Komplizenschaft des Journalisten bei der gezielten Lancierung einer inoffiziellen Meinung gelingt auch durch einen Tauschhandel, den der Politiker dem Journalisten anbietet. Der Journalist bekommt als exklusive Information die inoffizielle Meinung des Politikers mitgeteilt. Exklusive Informationen kann ein Journalist als sein persönliches Kapital bei seinen medialen Auftraggebern einsetzen. Aber die Exklusivität dieser inoffiziellen Meinung bleibt nur gewährleistet, wenn ihr inoffizieller Charakter gewahrt bleibt. Dazu muss der Journalist in seinem Bericht in Zeitung oder Fernsehen den Eindruck erzeugen, als sei die zitierte Meinung des Politikers eher gegen dessen Willen in die Medien gelangt. Er darf keinesfalls durch wortgenaue Protokolle oder durch die detaillierte Beschreibung der Gesprächssituation die inoffizielle Meinung des Politikers in eine quasi-offizielle umwandeln. Offizielle Stellungnahmen, die durch Pressemitteilungen allgemein zugänglich gemacht werden, sind jedoch nicht mehr exklusiv und damit auch nicht mehr Marktvorteil einzelner Journalisten. Daher muss der Journalist Verschwiegenheit und Diskretion eintauschen gegen seinen Marktvorteil. Das bietet dem Politiker aber die Chance, die Richtigkeit des Berichtes über seine inoffizielle Meinung zu bestreiten. Weil der Journalist auf Beweise und Protokolle für die Echtheit seiner Zitate verzichten musste, ist er auch angreifbar. Der Politiker kann dessen Bericht als reines Gerücht zurückweisen. Auf diese Weise kann er sich einer Festlegung auf die inoffizielle Meinung zu entziehen versuchen.

Wesentlich für diese Form des Taktierens ist, dass der Politiker seine bislang öffentlich vertretene Haltung aufrecht erhält, aber gleichzeitig eine gegenteilige Haltung kommuniziert. Auf die öffentlich vertretene Haltung ist er verpflichtet. Sein Handeln und Reden wird darauf hin beobachtet, ob es mit dieser Haltung im Einklang steht. Dagegen ist die als „privat“ deklarierte Äußerung erheblich weniger verbindlich. Diese kann er wieder zurückziehen, falls das nützlich erscheint. Auf diese Weise kann ein Sprecher sich zu riskanten Projekten (etwa Gesetze ohne erkennbare Mehrheit oder die unsichere Wahl von Personen) bekennen, ohne auf sie verpflichtet zu werden. Er kann als „Privatmensch“ Sympathien für sie äußern. Er muss jedoch nicht für diese Projekte öffentlich werben oder kämpfen und er muss seine Sympathie für sie nicht öffentlich rechtfertigen. Wenn diese Projekte scheitern, kann sich der Sprecher ohne Gesichtsverlust von ihnen distanzieren. Dazu muss er keine öffentlichen Erklärungen geben. Es genügt, einfach dieses Thema nicht mehr anzusprechen. Dank des rein „privaten“ Charakters seiner Sympathie wird er öffent-

lich nicht mit diesem Risikoprojekt verbunden. Daher wird er auch nicht mit seinem Scheitern verbunden. Folglich ist die als „privat“ deklarierte Haltung eines Politikers eine Form, wie er eine Festlegung auf riskante und ungewisse Projekte vermeiden kann. Auch hält diese Art des Taktierens die Möglichkeit offen, sich auf die Seite der Erfolgreichen zu stellen. Setzt sich das riskante Projekt durch, gewinnt das unsichere Gesetz überraschend doch eine Mehrheit, kann der Sprecher sich auf die von ihm früh ausgesprochene Sympathie und Unterstützung berufen. Scheitert das Projekt, kann er dessen Protagonisten ohne Kommentar einfach fallen lassen.

Das Kommunizieren einer als „privat“ verstandenen Meinung, die im Gegensatz zu der öffentlich vertretenen steht, ist nützlich sowohl für Spitzenpolitiker als auch für Politiker ohne große Machtposition. Spitzenpolitiker können sogenannte „Testballons“ starten, indem sie die öffentliche Reaktion auf verschiedene politische Projekte ausprobieren. Niedrigrangige Politiker können sich mit der Beibehaltung ihrer öffentlich vertretenen Haltung dem herrschenden Meinungsbild anpassen, um Konflikte mit Parteiführung, Regierung oder Fraktionshierarchie zu vermeiden. Gleichzeitig können sie über ihre „privaten“ Äußerungen ihre Chancen für Projekte sondieren, die bei den politischen Spitzen bislang auf Ablehnung stoßen.

Das Taktieren durch inoffizielle Meinungsäußerungen bietet außerdem die Möglichkeit, einander Normalität vorzuspielen. Mit „Normalität“ meine ich, dass es keine Überraschungen gibt. Die schon vorher und längerfristig öffentlich vertretenen Haltungen werden auch weiterhin vertreten und sichern damit die Berechenbarkeit

Es wird so getan, als gäbe es die inoffizielle Meinung nicht. Die inoffizielle Meinung wird dem Anderen „hinter vorgehaltener Hand“ mitgeteilt. Die Diskretion dieser Mitteilung wird betont und damit zugleich die Bitte um Stillschweigen. Entsprechend ist das Mitgeteilte nicht nur „privat“. Es lässt sich auch als Geheimnis darstellen. Das bietet weitreichende Inszenierungsmöglichkeiten. Man tut so, als hätte niemand diese Mitteilung einer inoffiziellen Meinung bemerkt und als habe der Schutzschirm der „vorgehaltenen Hand“ tatsächlich unerwünschte Hörer und Zuschauer ferngehalten. Auf dieser Basis gibt man sich so, als hätte es weder eine inoffizielle Meinung noch ihre Mitteilung an andere gegeben. Damit hält man das Bild aufrecht, dass man ausschließlich das meint, was man bislang auch öffentlich vertreten hat. Die inoffizielle Meinung wird regelrecht in ihrer Existenz negiert. Vorgegeben wird, dass man auch privat denkt, was man öffentlich sagt. Von scheiternden Projekten, die man „hinter vorgehaltener Hand“ unterstützte, kann man sich damit noch stärker distanzieren. Man zieht sich nun nicht einfach aus dem Projekt zurück. Vielmehr behauptet man, grundsätzlich nie etwas mit diesem Projekt zu tun gehabt zu haben.

Diese Inszenierung kann nur gelingen, wenn sowohl das Publikum des Politikers als auch dessen Politikerkollegen mitspielen. Wenn alle so tun, als hätte es die inoffiziellen Meinungen nicht gegeben, verschwindet das Thema der inoffiziellen Meinung aus der Dis-

kussion. Es wird regelrecht undiskutierbar, sobald die Existenz dieser inoffiziellen Meinungen kollektiv verleugnet wird. Die Mechanik dieser Konstellation will ich am Beispiel zweier Politiker verdeutlichen, die sich für dasselbe Amt interessieren, das aber nur einer von beiden erhalten kann. Beide Konkurrenten können wählen, ob sie in einen offenen Machtkampf miteinander treten oder ob sie sich mit einer lediglich inoffiziellen Kommunikation ihrer Ziele als auch ihrer Ablehnung des Konkurrenten begnügen. Die Wahl erfolgt nach Abwägung von Vor- und Nachteilen der jeweiligen Strategie. Ein offener Machtkampf erhöht die Verbindlichkeit der öffentlich geäußerten Stellungnahmen. Wer jemanden öffentlich zum Gegner erklärt, muss zu dieser Gegnerschaft stehen. Er muss den Konflikt mit dem Konkurrenten auch dauerhaft führen, plötzliche Friedensschlüsse wirken hingegen unglaubwürdig. Zugleich macht er den Sieg über den Gegner zu einem Teil seiner Identität. Identität und Gegnerschaft verschmelzen umso mehr, je polarisierender der Machtkampf wird. Je mehr im Wahlkampf betont wird, welche Vorteile man dem Wahlvolk biete und welche Nachteile die Wahl des Konkurrenten bedeuten, desto abhängiger werden die Rivalen von ihrem Sieg. Wer seinen Gegner als Schadensfall für Land oder Partei ansieht, muss diesen Schaden unbedingt vermeiden. Wer ihn nicht vermeiden kann, hat hingegen versagt. Außerdem muss er auch nach seiner Niederlage die Gegnerschaft aufrechterhalten und den Konkurrenten kompromisslos bekämpfen.

Beide Konkurrenten können aber zu dem Schluss kommen, dass eine solch starke Verpflichtung auf eine offen bekundete Gegnerschaft nachteilig wirken könnte. Denkbar sind Situationen, in denen sich die einstigen Konkurrenten doch miteinander verbünden, z.B. gegen einen dritten Konkurrenten. Die Möglichkeit von Zweckbündnissen könnten sie durch Taktieren schon während des Machtkampfes gegeneinander aufrechterhalten. Beide vermeiden die offene Auseinandersetzung und werben nur inoffiziell für die eigene Person. Auch wenn beide Seiten von den Ambitionen und Aktionen der jeweils anderen Seite wissen, können sie nach außen hin so tun, als wüssten sie davon nichts. Damit tun sie so, als gäbe es den Machtkampf eigentlich gar nicht. Dieser hinterlässt in der öffentlichen Darstellung nur wenig konkrete Spuren. Medienberichte, die einen Machtkampf behaupten, müssen sich auf Hörensagen stützen. Das schränkt die Glaubwürdigkeit der Berichte ein. Für die beiden Konkurrenten ist diese Situation von Vorteil. Jedem von ihnen bietet sich dadurch die Möglichkeit, sich pragmatisch und flexibel den Ergebnissen des Machtkampfes anzupassen. Der scheiternde Aspirant kann sich nach seiner Niederlage ohne Gesichtverlust mit dem Sieger arrangieren. Ebenso kann sich ein Konkurrent frühzeitig aus der Konkurrenz verabschieden, wenn er merkt, dass er keine Mehrheiten bekommen wird. Auch dieser Ausstieg aus dem Machtkampf gelingt ohne Gesichtverlust, weil er gar nicht erst offiziell wurde. Die ausschließlich inoffizielle Existenz eines Machtkampfes kann diesen entradikalisieren. Das Taktieren bietet den Kontrahenten die Möglichkeiten eines Aus-

stiegs und vermeidet so die strikte Bindung an Sieg oder Niederlage. Das wiederum verschafft den Siegern des stillen Machtkampfes Möglichkeiten der Befriedung der Partei.

Diese Inszenierung kann alle Beteiligten einschließen, sie muss nicht beschränkt sein auf den, der eine inoffizielle Meinung kommuniziert. Auch diejenigen, die sich an dieser inoffiziellen Meinung stören oder die ahnen, dass die anderen nicht öffentlich sagen, was sie eigentlich meinen, können an der Bewahrung des Bildes der Normalität mitwirken. Diese Inszenierung hat den Vorteil, dass die inoffiziellen Diskussionen bestritten werden können. Die jenseits der öffentlichen Beobachtung geführten Debatten und Machtkämpfe können als „Erfindung der Medien“ dargestellt werden. Trotz der Kritik und des Machtkampfes „hinter den Kulissen“ kann nach außen hin das Bild einer geschlossenen Partei vermittelt werden.

#### **4.4.5 Nachteile des Taktierens: Bündnisschwäche und Misstrauen**

Im Gerangel um Positionen, im Absichern des Mandats und des Einflusses auf die politische Realität in den drei notwendig verbundenen Ebenen - Kommune, Land, Bund - , in der Auseinandersetzung um Macht also, haben alle Berufspolitiker das Misstrauen bis zur Konsequenz der Verlassenheit gelernt. Man sichert sich ab nach allen Seiten und in jeder Beziehung, so man vermag. (Lattmann 1977, S. 11)

Taktieren schwächt die Bündnisfähigkeit der Taktierer. Einerseits vermeidet der Taktierer von sich aus eine Festlegung auf das Zweckbündnis. Andererseits schürt gerade diese Haltung das Misstrauen, dass auch der Bündnispartner sich nur sehr vorläufig auf die Allianz einlässt.

Besonders die Parteimitglieder sind auf Zweckbündnisse angewiesen, denen dank ihrer untergeordneten Stellung in der Parteihierarchie das nötige Monopol an Machtmitteln fehlt, um ihre Ziele durch Anordnung oder Machtkampf verwirklichen zu können. Je weniger Einfluss ein Mitglied innerhalb der Partei hat, desto mehr ist die erfolgreiche Verfolgung seiner Interessen abhängig vom Tun oder Lassen seiner Parteifreunde. Das einflusschwache Mitglied kann auf den günstigen, aber unwahrscheinlichen Zufall warten, dass die anderen Mitglieder sich so verhalten, dass es seinen Interessen nützt. Es kann seine Chancen aber auch durch Zweckbündnisse mit anderen Mitgliedern zu erhöhen versuchen.

Die Stärke des Bündnisses beruht auf dem gemeinsamen Handeln der Partner. Sie sind dadurch aber auch voneinander abhängig. Zweckbündnisse sind fragil, denn sie erfordern Vertrauen. Die Bündnispartner müssen sich aufeinander verlassen können. Nur wenn alle Bündnispartner sich wie vereinbart verhalten, können die eigenen Ziele erreicht werden. Damit zieht die Furcht in das Bündnis ein, dass die Partner das Abkommen aufkündigen können. Diese Befürchtungen werden insbesondere durch die Zweckorientierung der Bündnispartner geschürt. Zwecke können auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Daher besteht für die Bündnisse stets die Gefahr, dass Bündnispartner sie aufgeben, weil

sich bessere Gelegenheiten ergeben haben oder weil Nachteile drohen. Besonders Politiker, die ihre Ziele über viele Jahre verfolgen, müssen flexibel bleiben. Sie dürfen sich nicht zu sehr an bestimmte Partner und Projekte binden. Sie müssen offen bleiben für die sich über Jahre vollziehenden Veränderungen in den Kräfteverhältnissen, in dem Tableau an einflussreichen Personen und den Themenkonjunkturen. Diesen Veränderungen müssen sie sich anpassen, um ihre jeweiligen Handlungschancen zu nutzen. Ideologischer Purismus oder eine prinzipielle Loyalität zu bestimmten Personen würden dagegen Möglichkeiten der Verfolgung eigener Interessen verbauen. Man müsste Personen mit sinkender Bedeutung die Treue halten oder Projekte weiterverfolgen, die keine Mehrheiten in Bevölkerung oder Partei finden können.

Wer aber taktiert, um auch in wechselnden Konstellationen die eigenen Chancen zu wahren, geht Zweckbündnisse nur unter Vorbehalt ein:

Da man mithin bald Diesen und bald Jenen "braucht", und da man vor allem niemals weiß, ob man nicht Diesen oder Jenen auch einmal "brauchen" wird oder auch wieder einmal "brauchen" wird, tut man gut daran, seine eigenen Ambitionen möglichst flexibel zu halten oder zumindest flexibel zu formulieren. (Hitzler 1994a, S. 282)

Wo die Bündnispartner diesen Vorbehalt der anderen spüren, bleiben sie jedoch misstrauisch gegeneinander. Sie rechnen vorbeugend mit dem Rückzug der anderen Partner und behalten sich daher selber vor, aus dem Bündnis auszusteigen. Das erschwert die Organisation von Personen zur gemeinsamen Verfolgung der Interessen. Das wechselseitige Misstrauen untergräbt die Möglichkeiten, auch größere Risiken in der Auseinandersetzung mit der Parteiführung einzugehen, weil man nie weiß, ob die Bündnispartner in der Stunde der Gefahr bündnistreu bleiben werden.

Dieses wechselseitige Misstrauen ist in dieser Konstellation jedoch eine rationale Vorkehrung, um Nachteile zu vermeiden. Wenn niemand sich festlegen will, steht jedes Bündnis unter Vorbehalt. Beispiel: Ein Delegierter A möchte einen Delegierten B für ein gemeinsames Vorgehen gegen den amtierenden Vorsitzenden gewinnen. B wünscht sich die Ablösung des amtierenden Vorsitzenden ebenfalls. B kann A aber keine feste Zusage geben, weil er sich die Möglichkeit des pragmatischen Arrangements mit dem amtierenden Vorsitzenden nicht verbauen möchte. Er weiß ja nicht, ob das gemeinsame Vorhaben gelingt. Also will er flexibel bleiben für den Fall, dass der amtierende Vorsitzende im Amt bleibt. Er will seine weitere politische Arbeit nicht ausschließlich auf Basis der Hoffnung planen, der Vorsitzende werde tatsächlich abgelöst. B lässt sich also nur zurückhaltend auf das Werben von A ein. Die Folge dieser Zurückhaltung ist, dass A der Bündnistreue von B nicht traut. A muss schließlich immer damit rechnen, dass B das Bündnis zugunsten besserer Optionen aufkündigt.

Dabei ist vorstellbar, dass B in informellen Gesprächen seine Bündnistreue beteuert. Dann aber würde die aktive Organisation der Ablösung des Vorsitzenden zum Testfall. Jetzt müsste B auch offen als dessen Gegner in Erscheinung treten. Womöglich vermeidet

B dies, indem er A die offenen Initiativen überlässt, ihm aber seine Unterstützung und Solidarität verspricht. Dann weiß A aber nicht, ob B im Ernstfall auch wirklich solidarisch sein wird. Gerade weil er seine Solidarität noch nicht durch Taten, die wie Bekenntnisse wirken, bewiesen hat, bleibt A misstrauisch.

A muss immer mit dem Zerfall des gemeinsamen Bündnisses rechnen. Er darf sich durch diesen Zerfall aber nicht überraschen lassen, sondern er muss darauf vorbereitet sein. Er braucht für den Fall, dass B sich aus dem Bündnis verabschiedet, einen Alternativplan. Bildlich gesprochen darf A nicht alles auf eine Karte setzen. Er muss angesichts der Gefahr des Zerfalls des Bündnisses seine Chancen wahren, seine Interessen auch ohne dieses Bündnis verfolgen zu können. Daraus folgt, dass sich auch A nicht zu sehr auf dieses Bündnis festlegen darf. Auch A verfolgt sein eigenes Projekt der Ablösung des Vorsitzenden dann nur noch unter Vorbehalt. Dieser Vorbehalt ist für A zweckmäßig. A könnte sein Projekt nur erfolgreich vorantreiben, wenn er sich der Unterstützung von B sicher sein könnte. Diese Sicherheit hat er aber nicht. Daher muss er immer etwas Distanz zu seinem eigenen Projekt halten. A muss offenbleiben für die Lösung, sein eigenes Projekt aufzugeben. Nur dann kann man sich wieder anderen, mehr Erfolg versprechenden Projekten zuwenden.

Aber diese Distanz des A verhindert wiederum, dass B sich an das gemeinsame Bündnis binden mag. Denn nun muss auch B davon ausgehen, dass A bei günstiger Gelegenheit oder bei Gefahr das Bündnis aufkündigt. Schließlich weiß B, dass es für A am vernünftigsten ist, sich nicht zu stark an das eigene Projekt zu binden. Dass A auch im Gefahrenfall sein Projekt weiterverfolgt, hält er darum für unwahrscheinlich. Daher erscheint ihm A nicht als verlässlicher Bündnispartner. Und weil ihrer beider Bündnis informell wäre, gäbe es auch keine Instanz, um diese Bündnistreue einzuklagen. Beide Bündnispartner hätten keine Machtmittel, den jeweils anderen zur Loyalität zu zwingen.

Auf diese Weise verselbständigt sich das wechselseitige Misstrauen. Sowohl A als auch B bezweifeln die Verlässlichkeit des anderen. Sie wissen beide, dass jeder an der Verlässlichkeit des anderen zweifelt. Sie wissen auch, dass sich der jeweils andere genau deswegen die Aufkündigung des Bündnisses vorbehält. Dadurch wird das Misstrauen zu einer Notwendigkeit, auf das zu verzichten riskant wäre.

Das Misstrauen kann aber auch entstehen, ohne dass B von vornherein taktieren möchte. B wird das Misstrauen vernünftig finden, sobald er annimmt, dass A ihm schon aus Vorsicht ein Taktieren und damit mangelnde Bündnistreue unterstellt:

Ego muss Alter letztlich schon deshalb misstrauen, weil Ego Alter unterstellt, das dieser ihm misstraut – und umgekehrt. (Bette/Schimank 1999, S. 325)

A kann nicht wissen, ob B ehrlich ist oder nur so tut, als wolle er das Bündnis. Um vor unangenehmen Überraschungen sicher zu sein, bereitet A sich auf den Fall vor, dass B doch taktiert und sich bei günstiger Gelegenheit aus dem Bündnis zurückzieht. A bleibt

misstrauisch gegenüber B. Weil B von diesem Szenario ausgehen muss, um sich seinerseits gegen Eventualitäten abzusichern, wird auch er jetzt misstrauisch gegenüber A. Entsprechend bestimmt das Misstrauen auch das Handeln von A und B. Beide legen sich nicht fest auf das gemeinsame Projekt. Im Endergebnis wird also die Haltung, sich nicht festzulegen, durch das wechselseitige Misstrauen verstärkt.

Natürlich ist es denkbar, dass A und B einander versprechen, auch im Ernstfall zum gemeinsamen Bündnis zu stehen. Eine Garantie böte ein solches Versprechen indes nicht:

Ein solches Versprechen des anderen könnte gerade, je ehrlicher es wirkt, als besonders raffiniertes Täuschungsmanöver ausgelegt werden. (Bette/Schimank 1999, S. 325)

Die Gefahr bzw. die Befürchtung, Opfer einer Täuschung zu werden, erwächst aus den Risiken eines Vorgehens gegen den Vorsitzenden. Der Betrogene steht immer vor dem Risiko, die Kosten des gemeinsamen Projekts alleine tragen zu müssen. B könnte in einem offenen Machtkampf mit dem angegriffenen Vorsitzenden plötzlich die Seite wechseln. Der in der Konfrontation mit dem Vorsitzenden verwickelte A stünde nun ohne die zugesagte Unterstützung da. Dieser Gefahr muss A vorbeugen. Dies gelingt ihm, indem er B nicht zu sehr vertraut und er sich selber nicht zu stark exponiert. B muss natürlich in gleicher Weise fürchten, getäuscht zu werden. Das wird ihn ebenso bestärken, Rückzugsmöglichkeiten immer offen zu halten.

Jedes Zweckbündnis steht unter diesem Vorbehalt und ist stets gefährdet. Zweckbündnisse zur Durchsetzung von bestimmten Parteitagsbeschlüssen sind jedoch nicht so labil wie Bündnisse zur Ablösung von Führungspersonen. Wenn man gemeinsam einen von allen Bündnispartnern angestrebten Beschluss durchsetzen will, überwiegen die Gewinne. Das gemeinsame Engagement ist risikolos. Aber wenn man in die Hierarchie eingreift, riskiert man Machtaktionen der angegriffenen Amtsinhaber. Dem unsicheren Gewinn des Austausches des Vorsitzenden steht die handfeste Gefahr von Sanktionen gegenüber. Das Offenhalten von Rückzugsmöglichkeiten ist schon deswegen nötig, um die Sanktionen zu vermeiden. Die Aussicht auf Ablösung des Vorsitzenden als Gewinn bleibt hingegen unsicher. Man weiß nicht, ob man erfolgreich sein wird und ob man nicht anschließend vom Bündnispartner übervorteilt wird. Nach Popitz sind die aktuellen Amtsinhaber im Vorteil, sie können sich leichter organisieren, um ihre Ämter auch zu verteidigen. Der Zusammenhalt der Amtsinhaber verschafft ihnen Legitimität. Für sie ist der Nutzen ihrer gegenseitigen Hilfe evident. Indem sie den Anspruch des anderen auf sein Amt anerkennen, erkennt dieser ihren Anspruch ebenfalls an. Das zu erreichende Ergebnis ist naheliegend: Die Verteidigung der Macht. Es ist nicht abstrakt und utopisch wie der von den Aufbegehrenden erhoffte Zustand (Popitz 1992, S. 191, 194ff.).



## **Teil III: Der überraschende Sturz Rudolf Scharpings in Mannheim als Folge der Dynamik innerparteilicher Machtkämpfe**

### **1 Darstellungs- und Handlungsprobleme Scharpings vor und auf dem Parteitag**

#### **1.1 Der Inszenierungserfolg als Beziehungsprodukt**

Politische Machtkämpfe ergeben sich aus den Beziehungen der Akteure zu einander. Diese Beziehungen bestimmen, worum gekämpft wird. Sie sind dynamisch und verändern sich durch das Handeln der Akteure. Zwar bestimmt die formale Parteihierarchie die Position der Akteure in der Partei. Personalwechsel werden durch formale Wahlverfahren geregelt. Aber welche Chancen und Risiken sich für Amtsinhaber und ihre Gegner ergeben, lässt sich nicht aus dem organisatorischen Aufbau und den Verfahren ableiten. Diese entstehen durch das Handeln der wechselseitig voneinander abhängigen Akteure. Mit seinem Handeln beeinflusst ein Akteur sowohl die Handlungsoptionen als auch -grenzen als auch die zu lösenden Handlungsprobleme der anderen Akteure. Ein Akteur kann derartige Handlungsprobleme und -beschränkungen eines anderen Akteurs absichtlich herbeiführen. Sie können aber auch als unbeabsichtigte Nebenfolgen des Tuns oder Lassens des Akteurs entstehen. Chancen auf den Aufstieg eines Akteurs können sich als unverhoffte Gelegenheit ergeben. Die Bedrohung eines Amtsinhabers kann sich als unvorhergesehene Konsequenz der sich verändernden Beziehungen zwischen den Akteuren einstellen. Machtkämpfe um Spitzenämter können demnach Ausdruck eines Interessenkonfliktes zwischen dem Amtsinhaber und seinen Konkurrenten sein. Sie entstehen dann, wenn beide Seiten das Ziel haben, das Amt zu halten oder zu erringen. Diese Machtkämpfe können aber auch aus den Handlungsproblemen entstehen, die einem Akteur durch seine konkrete Situation aufgegeben sind. In diesem Fall bekämpfen die Gegner einander nicht aufgrund einer Feindschaft untereinander. Sie greifen zu Machtmitteln, um die für sie negativen Entwicklungen der Beziehungen zu den anderen Akteuren zu korrigieren. Dabei kann sich das Interesse der Machtkämpfer vorrangig darauf richten, die aus ihrer Situation entstandenen Handlungsprobleme zu lösen. Mit welchen Mitteln gekämpft werden kann und muss, ist ebenfalls abhängig von der konkreten Konstellation der Akteure.

Häufig ist der Kampf um Spitzenämter auch ein Kampf um Medienbilder. Die Inhaber höchster Parteiämter sind in den Medien präsent. Wie sie dort dargestellt werden und wie sie sich dort darstellen können, ist abhängig von einer ganzen Reihe von Faktoren.

1) Journalisten und Medienkonsumenten beurteilen das von ihnen Beobachtete mit Hilfe von kollektiven Deutungsmustern. Dabei neigen Journalisten dazu, die vermuteten Deutungsmuster ihres Publikums zu übernehmen, um sich dessen Aufmerksamkeit zu sichern. In medialen Debatten kursieren Stereotype darüber, wie man sich einen „guten“

Politiker und eine „gute“ Politik vorstellen müsse. Es gibt verbreitete Ansichten darüber, wann sich ein Politiker „falsch“ oder „richtig“ verhält und welche Anforderungen er erfüllen müsse, damit seine Arbeit positiv beurteilt werden kann. Jegliche Inszenierung von Politik für die Medien muss diese Stereotypen berücksichtigen, wenn sie für Journalisten und Medienpublikum überzeugend wirken soll. Wie Politiker sich darstellen, ist mithin abhängig von derartigen Deutungsmustern. Aus ihnen folgt häufig, welche Rollen Politiker bei ihrer Selbstinszenierung einnehmen müssen und wie sie diese Rollen mit konkreten Handlungen ausfüllen können.

2) Der Begriff Rolle beinhaltet bereits, dass diese Deutungsmuster auch auf die Beziehungen der beobachteten Politiker untereinander abheben. Rollen sind stets eingebunden in Rollengefüge (Popitz 2006). Sie beschreiben daher auch die Beziehung eines Rolleninhabers zu den Inhabern anderer Rollen. Rollen sind nicht individuell. Sie werden erst durch die wechselseitige Verflechtung mit anderen Rollen definiert. Entsprechend kann ein sich inszenierender Politiker nur dann für sein Publikum eine Rolle glaubwürdig verkörpern, wenn seine Rolle auch durch die mitgedachten Beziehungsmuster bestätigt wird. Ein Parteiführer ist nur dann ein Parteiführer, wenn diejenigen, die er führen soll, ihm auch tatsächlich folgen, weil sie seine Autorität anerkennen. Er kann sich nur dann glaubwürdig als Führer öffentlich darstellen, wenn seine Gefolgschaft sich ebenfalls öffentlich als solche präsentiert. Die erfolgreiche Selbstinszenierung gerade von Spitzenpolitikern ist mithin abhängig von der Mitwirkung derer, die ihn in seiner Rolle bestätigen müssen, damit sie das Medienpublikum überzeugt. Nicht eine Person als Individuum wird inszeniert. Vielmehr muss sich ein Beziehungsgefüge inszenieren, eine erfolgreiche Inszenierung beruht daher auf einem gemeinsamen Handeln der unterschiedlichen Rolleninhaber in einer Partei.

Diese inszenatorische Zusammenarbeit lässt sich durch die formale Hierarchie nicht absichern. Diese Hierarchie lässt ihren Mitgliedern sehr großen Handlungsspielraum. Sie kann zwar festlegen, wer welches Amt innehat. Aber die für die überzeugende Darstellung des Spitzenpolitikers nötige Mitwirkung der ihm Untergeordneten kann sie nicht erzwingen. Gefolgschaft lässt sich nicht anordnen, da sie freiwillig und aus eigener Einsicht der Folgenden heraus stattfinden muss. Gleiches gilt für das Vertrauen der Geführten in die Kompetenz des Führers oder in dessen Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen. Wo diese Freiwilligkeit notwendig ist für die glaubwürdige Selbstdarstellung eines Spitzenpolitikers, ist dessen Inszenierungserfolg immer prekär. Er kann sich nie wirklich sicher sein, ob die Nachrangigen kooperieren werden. Diese Kooperation ist aus vielen Gründen gefährdet: Sie kann absichtlich verweigert werden. Sie kann aber auch an der Unfähigkeit der Nachrangigen scheitern, sich der Inszenierung passend zu verhalten. Die Nachrangigen können die Inszenierung auch durch die Verfolgung ihrer eigenen Ziele untergraben, ohne dass sie einen Imageschaden des Spitzenpolitikers beabsichtigen.

Für Spitzenpolitiker können sich aufgrund dieser Abhängigkeit von der Kooperation Darstellungsprobleme bereits dann ergeben, wenn sich die Beziehungen zwischen ihnen und anderen innerparteilichen Akteure verändern. Weil diese Beziehungen grundsätzlich veränderlich sind, müssen sich Spitzenpolitiker häufig mit Darstellungsproblemen auseinandersetzen. Aufgrund der Vielzahl miteinander verflochtener innerparteilicher Akteure lassen sich die Entwicklungen der Beziehungen und somit auch der Darstellungsprobleme nicht hinreichend vorhersehen. Sie treten oft auch unverhofft auf. Auch gut geplante und weitsichtige Inszenierungskonzepte können daher einen Erfolg nicht wirklich absichern. Wo die innerparteiliche Stellung eines Spitzenpolitikers vom Inszenierungserfolg abhängig ist, ergeben sich immer wieder unvorhergesehene Risiken, aber auch Chancen für die Verwirklichung seiner Ziele.

Auch wenn der Medienblick sich oft auf die Spitzenpolitiker konzentriert, werden dennoch Erwartungen formuliert für das Verhalten der nicht-prominenten Parteimitglieder gegenüber ihren medienbekannten Spitzenvertretern. In den Medien kursieren Deutungsmuster für das, was als „Vertrauen“ oder „Gefolgschaft“ gelten kann und was nicht. Das Verhalten der nicht-prominenten Mitglieder wird anhand dieser Deutungsmuster beurteilt. Daraus leiten Medienkommentatoren Schlüsse ab über die Glaubwürdigkeit der Inszenierung der Spitzenpolitiker. Dabei geht es den Kommentatoren weniger um die Aufdeckung des Show-Charakters, sondern um die Frage, ob der öffentlich auftretende Spitzenpolitiker die von ihm selbst beanspruchte Rolle (etwa als visionärer Führer, Krisenlöser etc.) tatsächlich hat, ob sie ihm also auch von der „Partei“ zugebilligt wird.

Die Selbstinszenierung eines Spitzenpolitikers muss vor mehreren Publika gleichzeitig bestehen. Sie wendet sich an das Medienpublikum, um dort gute Eindrücke zur Einwerbung von Wählerstimmen zu erzeugen. Gleichzeitig bildet die eigene Mitgliedschaft aber auch ein Publikum für sich mit eigenen Erwartungen und Vorstellungen von den Rollen, die durch die Spitzenpolitiker öffentlich verkörpert werden sollen. Die Parteimitgliedschaft lässt sich weiter ausdifferenzieren in weitere Publika mit je eigenen Interessen, zum Beispiel in Parlamentsfraktionen, Landesverbände oder Parteigremien. Die Erwartungen dieser Publika sind davon abhängig, welche Folgen das öffentliche Auftreten der jeweiligen Spitzenpolitiker für ein innerparteiliches Publikum haben kann. Die Erwartungen der unterschiedlichen Publika können gegensätzlich sein, was den Inszenierungserfolg des Spitzenpolitikers wiederum gefährden kann. Unterschiedliche Erwartungen verschiedener Publika innerhalb und außerhalb der Partei schaffen wiederum Handlungsprobleme für die Spitzenpolitiker, die nicht immer optimal lösbar sind.

Das folgende Kapitel soll am Beispiel der Darstellungs- und Handlungsprobleme Rudolf Scharpings im Vorfeld des Mannheimer Parteitages zeigen, wie sich der Inszenierungserfolg und damit auch der Erfolg im Kampf um das Amt aus den Beziehungen der verschiedenen Akteure zu einander ergeben kann. Zugleich zeigt das Kapitel, wie die

Gründe für einen Machtkampf entstehen. Deutlich wird auch, dass die Konstellation der Akteure über geeignete Inszenierungsstrategien und die Möglichkeit ihrer Verwirklichung mitbestimmt. Rudolf Scharping war im Herbst 1995 mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert: Die SPD litt unter schlechten Umfragewerten und Wahlniederlagen, die dem Vorsitzenden angelastet wurden. Scharping wurde durch Gerhard Schröder in einen über die Medien ausgetragenen Machtkampf verwickelt, der ihn als schwach und wenig durchsetzungsfähig erscheinen ließ. Sein schlechtes Medienimage trieb eine Debatte um seine Eignung als oberster Werbeträger der Partei an. Einige im Wahlkampf befindliche Landesverbände sahen in der Person Scharpings eher ein Wahlkampfhindernis. Scharpings Umgang mit diesen Problemen war wiederum erneute Quelle negativer Kommentare in den Medien.

## **1.2 Die Diagnose einer Krise der SPD in Partei und Medien**

Dem Sturz Rudolf Scharpings auf dem Mannheimer Parteitag gingen Monate voraus, in denen sowohl die Medien als auch Vertreter der SPD selbst ein Bild der Krise der Sozialdemokratie zeichneten. Ich beschränke mich bei der Darstellung dieser Krisendiagnose auf die zweite Jahreshälfte 1995. Diagnostiziert und beklagt wurden folgende Probleme:

a) Verschiedenen Umfragen zufolge schien die SPD im Herbst 1995 zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren (Günsche, Die Welt 11.09.1995; Süddeutsche Zeitung 16.09.1995; SPIEGEL 39/1995, S. 16; Die Welt 05.10.1995; Süddeutsche Zeitung 14.10.1995; Berliner Zeitung 14.10.1995; Günsche, Die Welt 09.11.1995). Medien und Partei nahmen daher einen „Abwärtstrend“ in den Umfragen wahr. Tatsächlich waren die Umfragewerte für die SPD wenig erfreulich. Mit nur 32 Prozent wurde schon im September 1995 das SPD-Ergebnis der Bundestagswahl 1994 (36,4 Prozent) deutlich unterschritten. Diese negative Entwicklung schien sich in den Folgewochen fortzusetzen. Im Oktober 1995 ermittelte das Umfrageinstitut Forsa nur noch 28 Prozent SPD-Wähler. Die als symbolträchtig angesehene Marke von 30 Prozent war damit unterboten. Anfang November, kurz vor Beginn des Mannheimer Parteitages, war dieser Wert nochmals gesunken und lag bei 27 Prozent.

Die Zahlen der Umfrageinstitute sind keineswegs eindeutig. Die mir vorliegenden Quellen bieten zwar keinen vollständigen Überblick über alle Zahlen aller demoskopisch arbeitenden Institute für den Herbst 1995. Dennoch zeigen bereits einige wenige Indizien, dass die Rede von einem „Einbruch der Wählergunst“ sowie dem „Abwärtstrend“ verallgemeinernde Interpretationen voraussetzte. Denn einerseits schwankten die Zahlen je nach Institut. Zum gleichen Zeitpunkt, als Forsa von 28 Prozent ausging, maß das ZDF-Politbarometer eine SPD-Wahlneigung von 32 Prozent. Es hing also von dem konkreten Umfrageinstitut ab, ob man behaupten konnte, die 30-Prozent-Grenze sei unterschritten worden

oder nicht. Ebenso gibt es ein Indiz dafür, dass auch ein eindeutiger Trend nicht ohne weiteres behauptet werden konnte. Im September folgte auf einen Wert von 32 Prozent eine Woche später ein Wert von 34 Prozent. Diese wenig klaren Umfragewerte wurden jedoch weder relativiert noch differenziert betrachtet. Sie wurden vielmehr häufig verallgemeinert zu leicht fassbaren Aussagen, die dann noch dramatisch zugespitzt worden sind. Dafür stand beispielhaft die Rede von einem „Abwärtstrend und der Sturzgefahr ins Bodenlose“ (Binder, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 12.11.1995). Besonders der „Sturz ins Bodenlose“ suggerierte eine unaufhaltsame Entwicklung, die sich schnell und überwältigend vollzog und die die Existenz der Partei letztlich in Frage stellte.

b) Den schlechten Umfragewerten für die SPD standen sehr gute Werte für CDU/CSU gegenüber. Die Union schien laut den Umfragen an Zustimmung nach und nach zu gewinnen. Während im September eine Zustimmung der Wähler zu diesen beiden Parteien von insgesamt 43 Prozent gemessen wurde, konstatierte eine Umfrage im November eine Wahlneigung von 48 Prozent. Im Falle einer Bundestagswahl hätte die Union mit einem solch hohen Wert auch ohne den Koalitionspartner FDP regieren können (siehe die Quellen unter a). Die starke Differenz zwischen den Werten der Union und denen der SPD legte den Schluss nahe, dass die SPD im Herbst 1995 keine ernsthafte Gefahr für die Kohl-Regierung darstellte.

c) Personalquerelen zwischen Führungspersonen der SPD: Schon im Herbst 1994 begann eine Auseinandersetzung zwischen Rudolf Scharping und Gerhard Schröder, die auch über die Medien ausgetragen wurde und sie sich bis zum Herbst 1995 hinzog. Hintergrund dieses Machtkampfes war die Rivalität beider Politiker in der Frage der Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998. Schon kurz nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1994 hatte Scharping erklärt, auch 1998 wieder Spitzenkandidat der SPD sein zu wollen (Urschel 2002, S. 151). Auch wenn Gerhard Schröder seine Ambitionen nicht öffentlich machte, so blieb der Eindruck bestehen, dass er seinen Anspruch auf die Kanzlerkandidatur aufrechterhielt. Seine Angriffe auf Scharping wurden von verschiedenen SPD-Vertretern in diese Richtung gedeutet (Voscherau in SPIEGEL 44/1995, S. 26-29; Wortmeldung Kuhbier auf dem Parteitag, Parteitagsprotokoll S. 118; Scharping in Reitz/Schrotthofer, FOCUS 46/1995). Zudem wurde in Medien und Partei die Diskussion geführt, welcher der beiden Aspiranten der aussichtsreichere Herausforderer Helmut Kohls sei. Beispielsweise forderte im Juli 1995 der bayerische Generalsekretär Albert Schmid die Kanzlerkandidatur Schröders (SPIEGEL 31/1995, S.62-64). In den Umfragen des ZDF-Politbarometers wurde regelmäßig danach gefragt, welchem der beiden Kandidaten eher zugetraut wurde, Kohl doch noch zu besiegen. Dadurch blieb das Szenario einer Kanzlerkandidatur Schröders im Gespräch, er blieb als Konkurrent Scharpings im Bewusstsein. Dies legte auch die Deutung des Machtkampfes zwischen Schröder und Scharping als eines Kampfes um die Kanzlerkandidatur nahe. Ein weiteres Indiz: Scharping plante ur-

sprünglich, sich auf dem Mannheimer Parteitag bereits als künftigen Kanzlerkandidaten ausrufen zu lassen (SPIEGEL 32/1995, S. 37). Besonders aus Parteigliederungen des Schröderschen Landesverbandes Niedersachsen wurde dieser Vorstoß Scharpings mit Anträgen beantwortet, den Kanzlerkandidaten über eine Mitgliederbefragung bestimmen zu lassen (Parteitagsprotokoll S. 1063-1067). Unter diesem Druck gab Scharping sein Vorhaben auf (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995, S. 3).

Schröder profilierte sich in dieser Auseinandersetzung vor allem als Provokateur, der sich in den Medien als unkonventioneller und moderner Politiker darstellte. Diesen Gegensatz betonte er durch öffentlich geäußerten Spott gegenüber Scharping und anderen Führungspersonen sowie durch politische Haltungen, die mit der offiziellen Beschlusslage der Partei nicht im Einklang standen.

Schröder sicherte sich die Schlagzeilen und Fernsehauftritte, indem er über antiquierte Parteidogmen lästerte, sich über langweilige Funktionäre und mittelmäßige Bundestagsabgeordnete lustig machte und eben den Chef der eigenen Partei durch den Kakao zog. (Walter 2009, S. 221f.)

Scharping gelang es nicht, Schröder zu disziplinieren. Ebenso misslang es ihm, die mediale Öffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen. Er konnte bei Medienauftritten keine ähnlich sympathische Ausstrahlung entwickeln wie Schröder. Außerdem musste Scharping als Parteivorsitzender in seinen öffentlichen Äußerungen auf die unterschiedlichen Parteimitglieder wie auch auf die Beschlusslage der Partei Rücksicht nehmen (Walter 2009, S. 222). Das verstärkte das Image Scharpings als langweilig, bieder und der sozialdemokratischen Funktionärsbürokratie verhaftet. Scharpings Ansehen litt unter dieser Auseinandersetzung. Auch die Absetzung Schröders als wirtschaftspolitischer Sprecher der Partei am 31. August 1995 verschaffte ihm nicht die erhoffte Ruhe. Einer Umfrage zufolge hielt mehr als die Hälfte der Parteimitglieder diesen Schritt Scharpings für einen Fehler (Günsche, Die Welt 11.09.1995).

In der Partei stieß dieser Streit zwischen Scharping und Schröder auf Kritik. Der Streit wurde als Belastung für den Berliner Landtagswahlkampf bezeichnet (v. Fallois, Berliner Zeitung 18.09.1995). Nach der Niederlage der SPD in Berlin am 22. Oktober 1995 behaupteten sowohl Berliner Funktionäre als auch Vertreter anderer Landesverbände, dass diese Wahlniederlage das Ergebnis des schlechten öffentlichen Bildes der Partei aufgrund der „Personalquerelen“ einiger Führungspersonen gewesen sei (Hamburger Abendblatt 23.10.1995, S. 9; v. Fallois, Berliner Zeitung 30.10.1995; Sommerfeld, Berliner Zeitung 15.11.1995). Aber auch die schlechten Umfragewerte der SPD auf Bundesebene führten Kritiker auf diesen Streit zurück. Auf dem Mannheimer Parteitag warfen Delegierte den Streitenden vor, mit ihrem Verhalten die Arbeit der „Basis“ zu ruinieren und das Ansehen der Partei zu beschädigen (Parteitagsprotokoll).

d) Mitgliederschwund und politische Orientierungslosigkeit: Zu den beklagten Krisenphänomenen wurden auch die wachsende Zahl der Parteiaustritte sowie die mangelnde

Erkennbarkeit der politischen Linie der Partei gezählt. Die Parteiaustritte wurden von Kommentatoren durch Resignation und Verärgerung von Mitgliedern über den Zustand der Partei erklärt (Günsche, Die Welt 09.11.1995; Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1995). Etliche Vertreter der Partei wie auch Journalisten monierten, dass die SPD zu den wichtigen „Zukunftsfragen“ keine klare Haltung und auch sonst keine attraktiven Konzepte habe (Feddersen, Berliner Zeitung 12.09.1995; Mumme, Die Welt 25.09.1995; Binder, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 12.11.1995). Vertreter des linken Flügels der SPD beklagten, dass der Personalstreit zwischen Scharping und Schröder eine Folge der nicht ausgetragenen sachpolitischen Differenzen sei (Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.09.1995). Die Position der Partei sei auch deswegen unkenntlich geworden, weil man die inhaltlichen Konflikte zugunsten eines scheinbaren Konsenses zurückgestellt habe (Gaschke, DIE ZEIT 46/1995).

Diese Krisenbeschreibungen wurden durchaus auch mit Erkenntnissen aus Soziologie und Parteienforschung untermauert. Journalisten als auch Parteivertreter erklärten die Probleme der politischen Orientierung auch durch die strukturellen Probleme der SPD. Die Partei habe ein sehr breites Spektrum sozialer Milieus integrieren müssen. Daher sei es nicht leicht gewesen, stärker konturierte und konkrete Politikangebote zu machen, mit denen sich die verschiedensten Wählersegmente der Partei auch identifizieren könnten (Günsche, Die Welt 11.09.1995; Walter, DIE ZEIT 38/1995).

### **1.3 Scharpings Medienimage als vermeintliche Hauptursache aller Probleme**

Mit der Diagnose einer schweren Krise der SPD verschlechterten sich für Rudolf Scharping die Möglichkeiten, als Parteivorsitzender in der Partei als auch in den Medien respektiert zu werden. Der Vorsitzende hatte seit dem Frühjahr 1994 ohnehin mit einem schlechten Medienecho zu kämpfen. Im Herbst 1995 lasteten ihm die Medien zusätzlich die Schuld an der Parteikrise an. Der Vorsitzende wurde von vielen Journalisten nahezu alleine für die Fehlentwicklungen seit der verlorenen Bundestagswahl verantwortlich gemacht. Sie griffen damit zu einer personalisierenden Erklärung der Krise. Die Probleme der SPD wurden beschrieben als Folgen des Handelns oder Nicht-Handelns von Scharping. Die Schwierigkeiten waren in diesen Darstellungen das Ergebnis seines Versagens. Der Anteil anderer Akteure an der Krise spielte in solchen Erklärungen eine untergeordnete Rolle.

Die Schuldzuweisungen der Medien erzeugten auf zwei Ebenen einen Rechtfertigungsdruck. Einerseits musste Scharping das negative Medienbild zurückweisen und dem ein positives Selbstbild gegenüberstellen. Er musste sowohl die Öffentlichkeit als auch die Partei davon überzeugen, dass er nicht für die Krise der Partei verantwortlich war.

Andererseits mussten SPD-Politiker sich gegenüber den Mitgliedern und auch gegenüber der Öffentlichkeit dafür rechtfertigen, dass sie den vermeintlich Hauptschuldigen

wieder im Amt bestätigen wollten, anstatt einen geeigneteren Vorsitzendenkandidaten zu benennen. Dieser Rechtfertigungsdruck entstand allein schon aus Gründen der Selbstdarstellung der Partei in der Öffentlichkeit. Denn angesichts personalisierender Schuldzuweisungen mussten SPD-Politiker annehmen, dass der „Versager“ Scharping für die Wähler unattraktiv erscheinen musste. Von einem „Versager“ konnten sich die Wähler keine bessere Politik erhoffen. Sobald Wähler die Schuldzuweisungen der Medien glaubten, konnten sie in Scharping keine überzeugende Alternative zum regierenden CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl mehr sehen. Diese Wähler würden es auch nicht verstehen, warum die SPD sich keinen besseren Vorsitzenden sucht. Damit würde das Ansehen der ganzen Partei leiden. Einer solchen Entwicklung hätten die SPD-Politiker tatsächlich durch eine Ablösung Scharpings zuvor kommen können. Das negative Medienbild Scharpings musste in der SPD folglich den Wunsch stimulieren, Scharping besser früher als später durch einen attraktiveren Kandidaten zu ersetzen, der in den Medien eine positive Resonanz finden würde.

Die Neigung zu der einfachen Lösung, der Ablösung Scharpings, war aber nicht die Folge der mangelnden Integrität der Akteure. Denn Rechtfertigungen von SPD-Politikern gegenüber den Medien, die auf Differenzierungen und genauer Analyse beruht hätten, wären sehr wahrscheinlich gescheitert und hätten kaum Niederschlag in den Medienberichten gefunden. Zwar gab es durchaus informierte Berichte, die auch strukturelle Ursachen als Erklärung für die Krise heranzogen. Aber gerade dort, wo eine personalisierende Erklärung aufgebaut wurde, fehlte den Journalisten schon die Bereitschaft zu einer genaueren Analyse. Eine personalisierende Erklärung politischer Phänomene arbeitet mit der Rückführung aller Ereignisse auf das Tun oder Lassen einiger weniger durch die Medien allgemein bekannte Politiker. Sie schreibt diesen Einzelpersonen einen großen und maßgeblichen Einfluss auf die Geschehnisse zu. Strukturelle Gründe werden nicht betrachtet, auch die Anteile nachrangiger und medial unbekannter Politiker am untersuchten Geschehen werden nicht reflektiert. Die sich aus der Konstellation verschiedener Akteure ergebenden Handlungsmöglichkeiten und -grenzen bleiben unterbelichtet. Dagegen wird die Verantwortung der vermeintlich einzig ausschlaggebenden Protagonisten überbetont.

Die folgende Analyse aus der Frankfurter Sonntagszeitung, erschienen zwei Tage vor Beginn des Mannheimer Parteitages, erfüllte diese Kriterien:

**Den Streit** über die Trennung von Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur oder Bündelung in einer Person **hatte Scharping selbst losgetreten**. Bei seiner ersten Bewerbung hatte er vor zwei Jahren zunächst die Losung ausgegeben, dass die Position des SPD-Vorsitzenden für ihn nicht zwingend mit der des Kanzlerkandidaten verbunden sein müsse. [...] Niedersachsens Ministerpräsident Schröder dagegen bewarb sich mit der klaren Perspektive: Vorsitz und Kanzlerkandidatur in einer Hand. Urwahl durch Parteimitglieder oder „geborenes Zugriffsrecht“ blieben ungelöst [...] Diesen gordischen Knoten wollte Scharping – trotz vereinbarten Stillhalteabkommens – nach Rückkehr aus dem Sommerurlaub durchschlagen. Er erweckte den Eindruck, als sei er mit seiner Wiederwahl in Mannheim auch bereits zum Kanzlerkonkurrenten gekürt. Der Kraftakt geriet zum Desaster. Schröder widersprach. Er



erhielt öffentlich Zuspruch von Bayerns SPD-Vize Albert Schmid. Beide wurden deswegen unnötig abgestraft.

Der zunächst schwelende Führungsstreit im Frühjahr ist erst dann offen zum Ausbruch gekommen, **als unter Scharping für Partei und Fraktion die Themenherrschaft zunehmend verloren ging**. Die Träume von einem neuen Anfang unter dem neuen Partei- und Fraktionsvorsitzenden waren rasch zerstoßen. Auftakt hierzu war **sein steuerpolitischer Schnitzer** bei der Präsentation seines Regierungsprogramms im Frühjahr vorigen Jahres. **Unter Scharpings Führung** bot die Partei immer deutlicher ein Bild inhaltlicher Zerrissenheit und Ratlosigkeit. Die SPD driftete auseinander. Zu entscheidenden Fragen gab es zu meist nur unverbindliche Positionen oder mehrdeutige Patchwork-Antworten. Abstimmungspannen im Bundestag beim Kindergeld und bei der Kohlesubventionierung offenbarten krasse handwerkliche Mängel. **Die Fraktion schien Scharping endgültig zu entgleiten**, als Haushalts- und Verteidigungspolitiker der Koalition zustimmten, den Wehretat durch die Aufstockung sozialer Mittel um eine bescheidene Summe zu erhöhen. (Binder, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 12.11.1995, Hervorhebungen von mir)

Binders Text greift zu Beginn eines der zentralen Krisenelemente auf, den öffentlichen Streit zwischen Scharping und Schröder. Scharping selbst sah sich eher in einer passiven Rolle. Er beschrieb sich als Opfer, das die Angriffe Schröders erleiden musste (siehe Kapitel III.2.3). Nach Binder war dieser Streit jedoch die Konsequenz der Fehler Scharpings. Bei der Mitgliederbefragung 1993, die ihn in das Vorsitzendenamt brachte, habe Scharping aus taktischen Gründen auf einen Anspruch auf die Kanzlerkandidatur verzichtet. Folglich sei die Frage der Kanzlerkandidatur auch nach der Wahl Scharpings ungeklärt geblieben. Schröders Wunsch zu kandidieren sei auf diese Weise stets legitim geblieben. Der Autor behauptete, dass der Machtkampf vermieden hätte werden können, hätte Scharping von Anfang an zu seinem Interesse an der Spitzenkandidatur gestanden.

Diese Erklärung des Streits als Konsequenz der taktischen Winkelzüge Scharpings wirkt zunächst durchaus plausibel. Freilich begnügte sich Binder nicht mit einer schwachen These, dass Scharpings Verhalten diesen Streit begünstigt hätte. Er griff zu einer starken These mit der Behauptung, Scharping habe den Streit „selbst losgetreten“. Mit dieser Formulierung erweckte er den Eindruck, als habe Scharping diesen Machtkampf aktiv herbeigeführt. Er habe ihn dann nicht nur durch kurzfristige Manöver begünstigt, sondern direkt angestiftet. Zwar relativierte Binder diesen Eindruck in den nachfolgenden Zeilen. Sein Einstieg in den Artikel schrieb Scharping aber eine aktiv auslösende Rolle zu. Gleichzeitig schien laut Binder Scharpings fehlendes Bekenntnis zur Kanzlerkandidatur auch die Hauptursache des Streites gewesen zu sein. Andere Ursachen benannte Binder nicht. Vor allem kümmerte sich der Autor nicht darum, inwieweit die beiden Kontrahenten Schröder und Scharping durch ihre konkreten Beiträge zum Streit ihre Auseinandersetzung befeuert haben.

Damit blieb auch die Rolle Schröders unterbelichtet. Dass Schröder von Anfang an die Kanzlerkandidatur wollte, beschrieb Binder eher als konsequentes öffentliches Auftreten. Eine Streitursache sah Binder in Schröders Offenheit nicht. Schröders aktive Beiträge

zum Streit verschwieg er. Dabei hatte Schröder den Machtkampf durchaus aktiv und von sich aus geführt:

Er bestimmte das Tempo, und er wählte die Arena für den Zweikampf: Schröder benutzte die Medien, was Scharping, selbst wenn er das Temperament dazu besessen hätte, nicht in gleichem Maße möglich war. (Walter 2009, S. 221)

Weil Binder darauf nicht einging, entstand der Eindruck, dass der Streit nicht durch Schröders Verhalten zustande kam. Schröder schien keine Verantwortung für den Streit zu tragen. Aus Binders Darstellung ließ sich keine Forderung gegenüber Schröder ableiten, er möge zurückhaltender agieren oder nicht über die Medien Kritik an Scharping üben. Vielmehr schrieb Binder allein Scharping eine aktive Rolle bei dieser Auseinandersetzung zu. Seine Fehler hätten diesen Streit provoziert. Er allein hätte ihn demzufolge auch verhindern können und müssen. Zumindest habe er sich nicht beklagen dürfen, dass er die Personaldebatte ertragen musste, weil er sie selber zu verantworten hatte und in der Lage gewesen wäre, sie gar nicht erst aufkommen zu lassen. Schon diese Beschränkung auf Scharping als einzigen Verursacher des vielfach kritisierten Personalstreits war stark personalisierend. Kritik und Ärger von Parteimitgliedern hätten sich Binder zufolge auch allein gegen Scharping richten müssen.

Binder fragte auch nicht nach denkbaren strukturellen Ursachen. Es wäre durchaus plausibel gewesen, in der Konkurrenz zwischen Schröder und Scharping einen Kampf zwischen verschiedenen innerparteilichen Interessengruppen zu sehen. Binder prüfte diesen Gedanken nicht. Dadurch erweckte er den Anschein, dass die Konkurrenz eher durch die persönlichen Interessen der beiden Männer begründet war.

Im Anschluss an diese Darstellung zeichnete Binder ein umfassenderes Bild des Versagens von Rudolf Scharping. Zunächst führte er weitere Gründe an, warum der Machtkampf ausbrechen musste. Der Streit wurde begünstigt durch den „Verlust der Themenherrschaft“, durch „ein Bild inhaltlicher Zerrissenheit und Ratlosigkeit“ sowie durch „Abstimmungsspannen“. Damit dehnte Binder seine Analyse auf ein weiteres Element des häufig gezeichneten Krisenbildes aus: Den Verlust an politischer Orientierung. Auch dieses Problem sah Binder als von Scharping verursacht an. Zwar nannte er keine konkreten Handlungen Scharpings, die diese Orientierungslosigkeit ausgelöst hätten. Aber das Problem sei unter der „Führung von Scharping“ entstanden, der als Partei- und Fraktionsvorsitzender die Verantwortung für Erscheinungsbild wie auch die Beschlusslage beider Organisationen trug. Ungeklärt bleibt in Binders Text, welchen Anteil Scharping persönlich an den beschriebenen Fehlern von Fraktion und Partei hatte. Aber in jedem Falle konnte es sich nur um ein Führungsveragen Scharpings handeln, die diese Probleme ermöglicht haben. Zwei Szenarien waren denkbar. A) Scharping könnte als Partei- und Fraktionsvorsitzender unmittelbar für diese Fehler verantwortlich gewesen sein durch seine fehlerhaften Entscheidungen. In diesem Falle hätte er die Probleme durch Inkompetenz verursacht. B)

Möglich war auch, dass Scharping zwar die richtigen Entscheidungen getroffen und die richtigen Konzepte hatte, sich aber damit in Partei und Fraktion nicht durchsetzen können. Dann hätte es ihm an Durchsetzungsfähigkeit und Gefolgschaft gefehlt. Beide Szenarien ließen Scharping als Führer in schlechtem Licht erscheinen. In beiden Fällen wären seine individuellen Schwächen das Problem gewesen. Kein Szenario hätte ihn als Führer geeignet erscheinen lassen. Damit zwang sich dem Leser bereits eine Lösung des Problems auf: Partei und Fraktion brauchten einen neuen, einen besseren Führer.

Die Kritik an Scharping und die Rückführung der Krise auf seine Person wurde auch unterstützt durch die undifferenzierte Rede von „Führung“. Partei und Fraktionen waren nach Binders Darstellung keine eigenständig handelnden Organisationen, sie werden und wurden geführt. In welchem Umfang es einem Partei- und Fraktionsvorsitzenden prinzipiell gelingen kann, beide Akteure zu steuern, hinterfragte Binder aber nicht weiter. Der Spielraum der Führung wurde nicht weiter ausgelotet. Das Machtgefüge in beiden Organisationen wurde nicht untersucht. Der Leser erfuhr nichts darüber, welche konkreten Kompetenzen an die Vorsitzendenämter geknüpft waren und welche Grenzen ihre Macht finden musste. Damit blieb der Begriff „Führung“ offen für verschiedenste Assoziationen der Leser des Artikels. Diese konnten diesen Begriff auch mit Idealvorstellungen von sehr weitreichender Macht dieser Ämter verbinden. Je mehr Leser an eine hohe Steuerungsmacht von Partei- und Fraktionsvorsitz glaubten, desto mehr musste ihnen das im Artikel angedeutete Führungsversagen Scharpings als dessen individuelle Unfähigkeit erscheinen. Gegen solche Überinterpretationen des Versagens ging Binder nicht vor, er begünstigte sie durch seinen Verzicht auf relativierende Darstellung von Machthemmnissen des Vorsitzenden.

Schließlich wirkte auch personalisierend, dass Scharping in dieser Darstellung der Entstehung von Orientierungslosigkeit und schlechtem öffentlichen Erscheinungsbild ganz allein als Individuum auftrat. Fraktion und Partei wurden als abstrakte Organisationen benannt. Die angesprochenen „Haushalts- und Verteidigungspolitiker“ traten ebenfalls nur als anonyme Masse auf, weil ihnen keine Namen zugeordnet wurden. Insgesamt fehlte bei Binder eine Darstellung des Handelns weiterer hochrangiger Persönlichkeiten aus Partei- und Fraktionsführung. Wer von diesen Personen maßgeblich mitverantwortlich war für die Schwierigkeiten, blieb unerwähnt. Der Vorsitzende konnte jedoch die Politik der Partei und der Fraktion nicht alleine vollzogen haben. Einerseits musste er Stäbe gehabt haben, die seine Entscheidungen vorbereitet haben. Andererseits gab es sowohl in Partei als auch Fraktion weitere einflussreiche Personen, die eigene Machtzentren bilden konnten. Für die Partei ist das offenkundig, da die Landesverbände gegenüber der Bundespartei nicht weisungsgebunden sind. Besonders den regierenden Landesverbänden kam über ihre Sitze im Bundesrat auch reale politische Gestaltungsmacht zu. Die SPD stellte im Herbst 1995 10 Ministerpräsidenten und regierte in 4 weiteren Ländern mit (Walter 2009, S. 213). Die

Landesverbände konnten die Parteipolitik über ihre Bundesratsstimmen maßgeblich beeinflussen. Deren eventueller Anteil an den Problemen von Partei und Bundestagsfraktion thematisierte Binder jedoch nicht. Deshalb richtete er seine Kritik ausschließlich an Scharping, der in diesem Artikel als allein Schuldiger an der Parteikrise dastand.

#### **1.4 Gestiegene Leistungserwartungen an Scharping aufgrund schlechter Umfragewerte der SPD**

Angesichts der vielstimmig beschworenen Krise wurde Scharping auch offen zum Handeln aufgefordert. In den Wochen vor dem Parteitag äußerten einige SPD-Politiker die Erwartung an Scharping, durch besondere Anstrengungen das schlechte öffentliche Ansehen der Partei zu verbessern. Sie formulierten diese Erwartungen mitunter als Ultimatum. Nur wenn der Vorsitzende damit Erfolg habe, sei er einer Wiederwahl würdig. Seine Wiederwahl wurde in diesen Äußerungen von den Leistungen Scharpings abhängig gemacht. Diese öffentlich vorgeführte Erwartungshaltung schloss an das Ideal des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis an. Diesem Ideal zufolge delegiert die Basis die knappen Spitzenämter nur an die fähigsten Bewerber. Nur der bekommt ein Amt, der herausragende Leistungen zum Wohle der Partei versprechen kann. Wer in seinem Amt bestätigt werden will, muss folglich auf tatsächliche Leistungen verweisen können.

Dieses Vorsitzendenideal schränkte die Möglichkeiten Scharpings ein, auf die Krise und die Handlungserwartungen an ihn zu reagieren. Wollte er neuerliche Kritik an seiner Amtsführung vermeiden, musste er zumindest in öffentlichen Stellungnahmen die Berechtigung solcher Forderungen der „Basis“ anerkennen. Das bedeutete aber auch, dass er mindestens symbolisch die Leistungserwartungen erfüllen musste. Keinesfalls durfte er diese Erwartungen als unberechtigt oder irrelevant abtun.

Die Nutzung des Ideals des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis und die daraus resultierenden Inszenierungsprobleme möchte ich mit einigen Beispielen zeigen.

Zunächst will ich zeigen, inwiefern die Ultimaten an Scharping dieses Ideal aufgegriffen haben. Zuvor eine methodische Anmerkung: Die Quellen lassen nicht erkennen, ob die Fordernden über reale Machtmittel bzw. Pläne verfügten, um Scharping im Falle des Versagens tatsächlich aus dem Amt zu treiben. Es bleibt offen, ob sie mit diesen Ultimaten ernsthafte Sanktionsabsichten verbanden oder ob es sich nur um Drohgebärden handelte. Für die Interpretation dieser Forderungen kommt es allein darauf an, wie sich diese Forderungen in der Öffentlichkeit auslegen ließen und welche Folgen diese Auslegungen für das mediale Bild des Vorsitzenden haben würden.

Die schlechten Umfragewerte im Herbst 1995 sind von vielen SPD-Mitgliedern als zentrales Problem beklagt worden. Da eine Partei Wahlerfolge braucht für ihre Existenz, ist diese Gewichtung nachvollziehbar. Von der Parteiführung erwartete man daher, dass sie das öffentliche Ansehen der Partei verbesserte. Diese Erwartung wurde auch für Schar-

pings Auftritt auf dem Mannheimer Parteitag geäußert (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995). Der ehemalige Büroleiter Scharpings im Parteivorstand beobachtete in der Partei folgende Erwartungshaltungen:

Das sind viele auch hingegangen mit dem Gefühl, der Scharping muss jetzt mal eine überzeugende Vorstellung hier abliefern, sonst ist Schluss. (Interview Torsten Oltmanns)

Ob diese hier zitierten Drohungen öffentlich geäußert oder auf anderem Wege der Parteiführung zu Gehör gebracht worden sind, ist nicht bekannt. Offenkundig ist dagegen der Forderungscharakter. Signalisiert wurde, dass man Scharping nicht selbstverständlich wiederwählen wolle auf dem Parteitag. Vielmehr wurde diese Wiederwahl abhängig gemacht von der Qualität seiner „Vorstellung“. Was mit „Vorstellung“ konkret gemeint war, wurde nicht genauer benannt. Die wie auch immer geartete Vorstellung sollte jedenfalls „überzeugend“ sein. An dieses Kriterium wurde die weitere Unterstützung des Parteichefs geknüpft. Er musste sich daher auf dem Parteitag bewähren und die Erwartungen der Mitglieder erfüllen. Bis zu dieser Bewährung hatten diese seine Wiederwahl unter Vorbehalt gestellt. Diese Drohungen wurden nicht relativiert. Die Forderung nach einer „überzeugenden Vorstellung“ wurde offenbar selbstbewusst vorgetragen. Man stellte nicht in Frage, dass man das Recht hatte, derartiges zu fordern. Die Verknüpfung von Leistungserwartungen mit der Frage der Weiterbeschäftigung dessen, der etwas leisten soll, erinnert an das Verhältnis von Chef und Angestellten. Der Chef entscheidet über die Weiterbeschäftigung des Angestellten und stellt auch die Bedingungen dafür. Ebenso traten diejenigen auf, die die „Weiterbeschäftigung“ Scharpings als Vorsitzender von dessen Leistung abhängig machten. Worin diese Leistung bestehen sollte, bestimmten sie und nicht der Vorsitzende. In dieser Hinsicht passt diese Interviewpassage zum Idealbild des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis. Auch hier wird die Basis im übertragenen Sinne als „Vorgesetzte“ der Parteiführung gedacht.

Dieses Bild findet sich in einer anderen Quelle wieder:

Ganz ungeniert diskutieren die von Dauerquerelen genervten Abgeordneten [des Bundestages, M.L.] inzwischen, was passiert, wenn Scharpings letzte Offensive misslingt und die SPD im Meinungstief steckenbleibt. „Es gibt nur noch wenige, die ihn als Parteichef halten wollen“, berichtet eine frühere Scharping-Anhängerin. „Wenn er bis November die Kurve nicht kriegt, ist es vorbei“, assistiert ein Kollege. (Schrotthofer, FOCUS 42/1995)

Zitiert wurde ein Abgeordneter, der die Leistungserfüllung als Voraussetzung für die Wiederwahl des Vorsitzenden noch einmal deutlich machte. Von Scharping wurde erwartet, dass „er die Kurve kriegt“. Diese Redewendung meint, dass ein Projekt, das man bislang nicht kontrolliert und erfolgreich bewältigt, letzten Endes doch noch gelingt. Das war auch eine Beschreibung der Gegenwart. Sie besagte, dass Scharping bis zu diesem Zeitpunkt die Erwartungen nicht erfüllt habe. Dem Vorsitzenden wurde nach den Worten des Abgeordneten eine Frist gesetzt, sich zu bewähren und zu zeigen, dass er es doch kann. Gelänge ihm das bis Fristende nicht, „ist es vorbei“. Nach den Worten des zitierten Abge-

ordneten war Scharping zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender auf Vorbehalt. Man dachte das Szenario seines Scheiterns mit und hielt es auch für wahrscheinlich. Auf diesen Fall bereitete man sich vor. Die Reaktion darauf hatte man schon ausgewählt. Diejenigen, die ihn jetzt schon nicht mehr „als Parteichef halten wollen“, würden ihm dann endgültig ihre Unterstützung entziehen und ihn nicht mehr wiederwählen bzw. ihren politischen Einfluss auf die Parteitagsdelegierten dafür nutzen, um Scharpings Abwahl durchzusetzen.

Die Metaphorik des zitierten Originaltones bediente das Idealbild der Parteimitgliedschaft als Inhaber einer Macht, die lediglich an Führungspersonen verliehen wird. Die Abgeordneten wollten vielfach Scharping als Parteichef „nicht mehr halten“. Von ihrem Halten war es also abhängig, ob Scharping im Amt blieb oder nicht. Es waren die haltenden Hände der Abgeordneten bzw. der Parteimitglieder, die Scharping den Vorsitz ermöglichten. Scharping war damit abhängig von den Trägern der Macht. Sie hätten ihn fallengelassen, wenn sie ihn nicht mehr hätten halten wollen. In diesem Fall wäre er „gestürzt“, er wäre nicht mehr „oben“ in der Hierarchie. Er konnte nur einer von „denen da oben“ sein, solange „die da unten“ ihn oben halten wollten. Die Metapher des Haltens und Fallenlassens wurde nach der Abwahl Scharpings in ähnlicher Weise erneut benutzt:

„Wie tief sind wir denn gesunken, dass wir ihn fallenlassen wie eine heiße Kartoffel“, schluchzt eine Genossin aus Nordrhein-Westfalen. (Günsche, Die Welt 17.11.1995)

Die auf das Idealbild des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis bezogenen Forderungen schränkten Scharpings Möglichkeiten ein, in der Öffentlichkeit um sein Amt zu kämpfen. In drei Hinsichten veränderte dieser Diskurs die Handlungsoptionen Scharpings.

1) Scharping musste bei öffentlichen Auftritten die Rolle des demokratisch gesonnenen Parteifunktionärs spielen, der sich vorrangig als Delegierter und Diener seiner Mitgliedschaft begreift. Keinesfalls durfte er den Eindruck erwecken, dass er die Anliegen der „Basis“ ignoriert oder sich über die Kritik der Mitglieder einfach hinwegsetzt. „Basis“ war dabei freilich eine Zuschreibung, die sich Scharpingkritiker zunutze machten, indem sie sich als Sprachrohr der Mitgliedschaft darstellten. Wichtig war nicht ein tatsächliches Mandat der Mitgliedschaft, sondern die Darstellung der Forderungen und der Kritik als Meinung der „Basis“. Zur Rolle des demokratisch gesonnenen Parteiführers gehörte auch ein Verzicht auf starke Angriffe auf die Kritiker. Kritik und Forderungen der „Basis“ als der Auftraggeberin der Führung waren legitim. Auch durfte Scharping von seinen Kritikern nicht Loyalität als Selbstverständlichkeit einfordern. Derartige Äußerungen hätten ihm als „autoritär“ oder „undemokratisch“ ausgelegt werden können. Er musste in Wort und Tat die Forderungen der „Basis“ als legitim anerkennen. Also musste er auch den Eindruck erzeugen, dass er auf diese Forderungen zumindest teilweise eingeht. Scharping war in seinem Auftreten an das Idealbild gebunden. Die Bindung wurde hergestellt dadurch, dass der Diskurs um die innerparteiliche Demokratie öffentlich geführt wurde und auch einfluss in die

Beurteilungen des öffentlich sichtbaren Handelns von Politikern durch Journalisten. Diese Beurteilungen konnten wiederum die Wähler in ihrer Wahrnehmung von Parteien und ihren Repräsentanten beeinflussen. Von dem Urteil der Wähler ist eine Partei spätestens an einem Wahltermin abhängig. Daraus resultierte der Druck, sich in die Rolle des demokratischen Funktionärs fügen zu müssen. Insgesamt konnte Scharping nur mit einem eher defensiven Verhalten Wohlwollen ernten. Ein allzu offensiver Anspruch auf das Amt musste hingegen weitere Kritik von Parteimitgliedschaft und Medien provozieren.

2) Die öffentlich erhobene Forderung nach besonderen Anstrengungen angesichts der Krise verschob den Maßstab dafür, was letztlich als aner kennenswerte Leistung gelten konnte. Damit stieg auch die Gefahr der Enttäuschung durch das tatsächliche Handeln Scharpings. Eine realistische Einschätzung seiner Möglichkeiten, die Krise der Partei zu überwinden, unterblieb in solchen Zusammenhängen. So blieb es fraglich, ob Scharping mit den Mitteln eines Parteitages den Erwartungen an ihn gerecht werden konnte. Der Parteitag bot ihm neben dem Redenhalten kaum mehr Möglichkeiten. Eine gewöhnliche Parteitagsrede des Vorsitzenden, die in besserer Lage der SPD als „gut“ gelobt worden wäre, konnte angesichts der hohen Erwartungen nunmehr als „ungenügend“ oder „schlecht“ eingestuft werden.

3) Da diese Erwartungen öffentlich geäußert worden sind, konnten sie auch eingehen in die Art und Weise, wie von Medien und Medienkonsumenten über Scharping geurteilt wurde. Die Forderung, die Wiederwahl Scharpings von Leistung abhängig zu machen, war für jeden plausibel, der das meritokratische Prinzip von Privilegien gegen Leistungen auch ganz allgemein guthieß. Journalisten und Medienkonsumenten konnten die im Vorfeld des Parteitages erhobenen Leistungsmaßstäbe übernehmen und ihrerseits Scharping nun daran messen, ob ihm die Verbesserung des Images der SPD gelänge oder nicht. Damit musste Scharping nicht nur die Delegierten von seinen Fähigkeiten überzeugen. Er musste sich auch in den Augen der Öffentlichkeit bewähren. Deshalb musste Scharping auch in der Öffentlichkeit gegen die Gefahr der Enttäuschung ankämpfen.

Die in den Medien geäußerten Erwartungen hatten einen weiteren Effekt, denn sie machten sichtbar, dass einige Parteimitglieder daran zweifelten, dass Scharping die erwarteten Leistungen auch erbringen könne. Dieser öffentliche Zweifel sorgte für ein Inszenierungsproblem: Die Wiederwahl Scharpings auf dem Parteitag hätte nur dann auch die Öffentlichkeit überzeugen können, wenn für außenstehende Beobachter ein Meinungsumschwung der Zweifler nachvollziehbar geworden wäre.

Zunächst will ich zeigen, inwiefern die Leistungserwartungen das Bild des Zweifels von Parteimitgliedern an Scharping begünstigten:

Die NRW-SPD schreibt das Drehbuch für den Parteitag: In Mannheim soll Scharping den Pazifisten Oskar Lafontaine und den selbsternannten Wirtschafts-Modernisierer Gerhard Schröder öffentlichkeitswirksam in die Schranken weisen. [...]

Viele Spitzengenossen zweifeln freilich, ob der Zauderer Scharping die offene Machtprobe wagen wird. Seine Bemühungen um eine personelle Erneuerung der Parteispitze lassen wenig Kampfesmut erkennen. (Schrotthofer, FOCUS 42/1995)

Scharping wurde „beauftragt“, den Handlungsspielraum seiner Konkurrenten zu beschneiden. Er „soll“ dies tun, also erwartet man das von ihm. Zugleich fehlte jeder Hinweis darauf, dass die Fordernden auch an den Erfolg Scharpings glauben. Sie machten keine Vorhersage darüber, dass Scharping seine Konkurrenten tatsächlich bezähmen werde. Sie beließen es schlicht bei der Erwartung und verzichteten auf Prognosen über das Parteitagsgeschehen. Dieser Verzicht ist auffällig. Zwar ist es einsichtig, dass niemand den tatsächlichen Verlauf des Parteitages vorhersehen konnte. Dennoch gibt es nicht selten optimistische Bekenntnisse von Politikern zum umstrittenen Spitzenpersonal, um den in den Medien entstandenen Eindruck von Streit und Machtkampf zu korrigieren. Ein Beispiel für derartige Bekenntnisse stammte von Johannes Rau aus dem September 1995:

SZ: Ist Rudolf Scharping der richtige Vorsitzende zur falschen Zeit oder ist er der falsche Vorsitzende zur richtigen Zeit?

Rau: Ich glaube, dass wir jetzt alle im eigenen Interesse Rudolf Scharping zu helfen haben. Ich bin überzeugt davon, er hat die Gestaltungskraft und er hat das Stehvermögen. (Süddeutsche Zeitung 19.09.1995)

So, wie Rau seine Antwort formulierte, schien er keinen Zweifel zu kennen. Die Interviewer der Süddeutschen Zeitung konfrontierten ihn mit der in Medien und Partei längst ausgebrochenen Personaldiskussion um die Eignung Scharpings. In ihrer Frage beschrieben sie den Diskussionsgegenstand: Ist Scharping der richtige oder der falsche Vorsitzende? Nach Raus Worten existierte diese Alternative nicht. Er behauptete, dass Scharping die notwendigen Fähigkeiten für sein Amt besitze. Diese Aussage schränkte Rau durch keinerlei Relativierungen ein. Er nannte keine Argumente, die wenigstens theoretisch gegen eine Eignung Scharpings sprachen. Deshalb erweckte Rau den Eindruck, über die Frage der Journalisten nicht nachzudenken. Er signalisierte, dass er keinen Grund sah, die in dieser Frage angesprochene Diskussionen aufgreifen zu müssen. Er begründete seine Haltung nicht mit Argumenten, er machte sich auch nicht die Mühe, gegenteilige Auffassungen zu widerlegen. Vielmehr formulierte er ein unbedingtes Vertrauen in Scharpings Können. Dieses Vertrauen schien ihm zu genügen.

Diejenigen, die von Scharping einen besonderen Parteitagsauftritt forderten, traten ganz anders in den Medien auf. Sie verbargen ihren Zweifel nicht, sondern trugen ihn offensiv in die Öffentlichkeit. Sie unterließen ein solch starkes Bekenntnis zu Scharping wie das von Rau. Mit ihrem Vorbehalt machten sie deutlich, dass sie nicht mehr bedingungslos daran glaubten, dass Scharping der beste Kandidat für den Parteivorsitz sei. Sie glaubten an die Möglichkeit seines Scheiterns, also schlossen sie nicht aus, dass er sich als unfähig



erweisen könnte. Man wollte ihm erst die Stimme geben, wenn Scharping diese Ungewissheit durch Erfolge hätte widerlegen können. Bis dahin mochte man sich nicht gerne festlegen auf jemanden, von dem man nicht sicher wusste, ob er den Anforderungen seines Amtes auch wirklich gewachsen war. Man hielt sich durch diesen Vorbehalt die Möglichkeit offen, Scharping die Unterstützung zu entziehen, falls diese Unterstützung sich als Fehler erwiesen hätte.

Mit diesem öffentlichen Zweifel boten diese SPD-Politiker Journalisten Belege für deren Behauptungen einer Personaldiskussion in der SPD an. Der von ihnen geäußerte Vorbehalt gegen Scharping konnte nun als Beweis verwendet werden, dass Scharping in der Partei tatsächlich umstritten war. Führungspersonen der SPD, die gegenüber der Öffentlichkeit die Geschlossenheit der Partei und eine mehrheitliche Unterstützung für Rudolf Scharping behaupten wollen, konnten mit den Worten der Zweifler konfrontiert werden. Der Zweifel konnte von Führungspersonen nicht abgestritten werden. Sie mussten daher mit diesem Zweifel umgehen bzw. auf ihn eingehen und Argumente finden, wie er überwunden werden könnte.

Ein zweites Problem war, dass die Überwindung dieses Zweifels der Inszenierung eines Prozesses der Meinungsänderung bedurfte. Es reichte für Scharping und seine Unterstützer keineswegs aus, einfach auf dessen sichere Wiederwahl zu spekulieren. Sie mussten in diesem Fall damit rechnen, dass in Medienkommentaren weiterhin der innerparteiliche Rückhalt Scharpings in Frage gestellt würde. Ein vorstellbares Verstummen der Zweifler auf dem Parteitag hätte vor allem Misstrauen der Beobachter ausgelöst. In zwei Richtungen waren Erklärungen für dieses Verstummen möglich: Einerseits konnten die Zweifler durch Druck zum Schweigen gebracht worden sein, andererseits durch Versprechungen und Gefälligkeiten. In beiden Szenarien blieb die Gefahr virulent, dass die Zweifler bei günstiger Gelegenheit ihre Kritik an Scharping fortsetzen würden. Zugleich musste ein Beobachter davon ausgehen, dass die Zweifler insgeheim weiter an der Eignung ihres Vorsitzenden zweifelten. Nur ein öffentlich vorgeführter Umdenkprozess der Zweifler hätte daher eine glaubwürdige Darstellung einer neuen Geschlossenheit der Partei und einer neuen Unterstützung für ihren Vorsitzenden möglich gemacht. Um einen solchen Prozess zu inszenieren, hätte Scharping den Zweiflern entgegenkommen und ihre Erwartungen erfüllen müssen. Die Zweifler hätten öffentlich bekunden müssen, dass sie ihre Erwartungen nunmehr erfüllt sehen und daher Scharping als ihren Wunschvorsitzenden betrachten. Die gesamte Inszenierung konnte aber nur erfolgreich sein, wenn es Scharping überdies gelungen wäre, das öffentliche Image als „Versager“ und „Langweiler“ abzustreifen. Denn solange er von den Medien so bewertet wurde, blieben die Bedenken der SPD-Mitglieder, dass ihr Vorsitzender dank seiner schwachen Ausstrahlung die Wahlaussichten der Partei eher schmälerte.

## 1.5 Die Angst der Mitglieder vor Wahlniederlagen als Folge des schlechten Images Scharpings

Ein ähnliches Inszenierungsproblem entstand durch die Distanzierung der wahlkämpfenden Landesverbände Berlin, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein von dem Bundesvorsitzenden. Im Oktober 1995 sollte in Berlin, im März 1996 in den drei anderen Bundesländern ein neuer Landtag gewählt werden. In ihren Wahlkampagnen betonten die Landesverbände ihre Eigenständigkeit gegenüber der Bundespartei und ihrer Führung. Offen vertraten wichtige Repräsentanten die Haltung, man solle auf Wahlkampfauftritte der Bundesführung verzichten. Der Grund für diese Distanzierung war die Befürchtung, dass die Wähler in den Ländern die Landesparteien zu sehr mit der Bundes-SPD und ihren Problemen identifizieren. Man fürchtete, dass Wahlkampfauftritte der Bundesführung die eigenen Wahlaussichten eher verschlechtern würden. Die Distanzierung der Landesverbände verstärkte jedoch das Bild der Zerstrittenheit der SPD und ließ sich als Kritik an der Bundespartei-Führung, insbesondere an dem Parteivorsitzenden lesen. Solange die Landesverbände dessen Wahlkampfauftritte ablehnten, konnte Scharping nicht glaubwürdig behaupten, dass die Partei geschlossen hinter ihm stünde. Auch diese Kritiker musste er erst davon überzeugen, dass er als Parteivorsitzender in der Lage war, das Ansehen der SPD insgesamt wieder zu verbessern. Dieser Überzeugungs- und Meinungsänderungsprozess hätte ebenfalls öffentlich vorgeführt werden müssen.

Im September 1995 beklagten führende Vertreter des Landesverbandes Berlin, dass der Streit zwischen Scharping und Schröder sich negativ auf den Wahlkampf auswirken würde:

Die Berliner wollen den Wahlkampf möglichst unabhängig von den Bonner Genossen fortsetzen. Für den Neuköllner Abgeordneten Hermann Borghorst wächst „durch die Spannungen in der Führung das Stimmungstief vor Ort.“

Er betont, dass sich die Sozialdemokraten durch das Aufzeigen von Berliner Themen wieder profilieren könnten, auch ohne Stippvisiten der Bundesprominenz. [...]

Drastisch urteilt Heike Liessfeld, Abgeordnete aus Spandau, über die Querelen: „Die spinnen in Bonn.“ Die Stimmung an der Basis sei mies, weil der Wähler zwischen Berliner und Bonner SPD wenig zu unterscheiden vermag. Nun „müssen wir unsere eigene Linie fahren, ohne die Bonner.“ (v. Fallois, Berliner Zeitung 18.09.1995)

Umfragen sagten der Berliner SPD starke Verluste voraus. Die Sorge wuchs, dass die Wahl verloren gehen könnte (Das geschah am Wahltag am 22. Oktober 1995 tatsächlich). Diese Prognosen erklärten Landespolitiker durch das schlechte Ansehen der Bundespartei. Gleichzeitig blendeten sie die Möglichkeit aus, durch eigene Fehler zu den ungünstigen Wahlaussichten beigetragen zu haben. Vielmehr präsentierten sich die Berliner SPD-Vertreter als Leidtragende der Fehler der Bundesführung. Sie sprachen von einem „Stimmungstief vor Ort“ bzw. von einer „miesigen Stimmung an der Basis“ als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Schröder und Scharping. Mit der Rede von der „Basis“ wurde der Opferstatus unterstrichen. Die „Basis“ umfasste die „einfachen Mitglieder“, also diejeni-

gen, die keine wichtigen Führungsämter bekleideten und deshalb auch keinen Medienzugang hatten. Denen stand die Bundesführung gegenüber, die aufgrund der Prominenz ein großes Medienecho fand. Das mediale Bild der Bundesführung war schlecht und zugleich durch die Führung auch selbst verschuldet. Die einfachen Mitglieder ohne Medienzugang konnten das negative Bild der SPD in den Medien nicht korrigieren und mussten es daher verärgert erdulden.

Das Verhalten der Bundesführung sahen die Berliner SPD-Vertreter deshalb als Problem an, weil die Wähler zwischen Bundes- und Landespartei nicht unterscheiden können würden. Die Wähler könnten ihr schlechtes Urteil über Scharping und Schröder auch auf die Landespartei übertragen. Deshalb wollte der Landesverband die Wahlkampagne darauf ausrichten, die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gegenüber der Bundespartei deutlich zu machen. Die Wähler sollten von dem Verhalten der Bonner Parteiführung keine Rückschlüsse auf die Berliner SPD vornehmen. Die Berliner SPD habe eigene Themen, die mit denen der Bundesführung nicht identisch seien. Mit dem Verweis auf den Streit von Führungspersonen auf Bundesebene wollte man zugleich auch zeigen, dass der Berliner Landesverband nicht unter derselben Problemlage litt wie die Bundespartei.

Während der Landesverband Berlin allgemein über die Fehler der Bundesführung sprach, beschrieb Scharpings eigener Landesverband Rheinland-Pfalz diesen ganz konkret als Problem:

[...] trotzdem müsse man leider konstatieren, **dass der SPD-Vorsitzende im kommenden Wahlkampf eher eine Belastung als eine Hilfe sei**. Der, der das sagte, sagte es in einem Vier-Augen-Gespräch und auch aus der Mainzer Staatskanzlei sind hinter verschlossenen Türen ähnliche Bemerkungen zu hören. [...]

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat es mit ihrem einstigen Vorzeige-Genossen nicht leicht. In einem halben Jahr stehen Wahlen ins Haus, und auch wenn die Landes-SPD mit 43 Prozent derzeit noch vergleichsweise herausragende Umfrage-Ergebnisse hat, ergreift die Genossen in Mainz doch langsam die Panik. Wenn nur zwei, drei, vielleicht vier Prozentpunkte verloren gehen vom derzeitigen Hoch (schließlich steht die SPD bundesweit bei 30 Prozent, und 13 Prozentpunkte mehr sind schwer zu halten), dann könnte die Mehrheit verloren sein. [...]

„Wir müssen mit unserem eigenen Profil den Wahlkampf gewinnen“, sagt ein Mainzer Sozialdemokrat, und weist gleichzeitig darauf hin, dass sich mancher Genosse wünscht, man könne Wahlkampf im luftleeren Raum machen. Da das aber unmöglich ist und die schlechte Lage der Bundes-SPD in den nächsten Monaten auch in Rheinland-Pfalz eine Bürde sein wird, denken Pessimisten über eine Große Koalition nach. (Kahlweit, Süddeutsche Zeitung 02.10.1995, Hervorhebungen von mir.)

Scharping wurde als „Belastung“ verstanden. Er würde den Wahlkampf folglich schwerer machen. Die Gefahr einer Niederlage würde wachsen. Angesichts dieser Bedrohung stellten sich etliche im Landesverband Rheinland-Pfalz gegen ihren einstigen Ministerpräsidenten. Dieser hatte es noch vor wenigen Jahren immerhin geschafft, die regierende CDU im Land abzulösen. Aber angesichts befürchteter Verluste zählten die Verdienste Scharpings nicht mehr. Also ging man auch in Rheinland-Pfalz auf Distanz zu Scharping

und betonte die Eigenständigkeit des Landesverbandes. Wie in Berlin wollte man auch in diesem Bundesland verhindern, dass Bundes- und Landes-SPD gleichgesetzt würden. Zudem ließen auch die rheinland-pfälzischen Wahlkämpfer erkennen, dass sie Scharpings Außenwirkung als so negativ einschätzten, dass dessen Auftritte eine Niederlage eher wahrscheinlich machen würden. Die Distanzierung blieb nicht auf Berlin und Rheinland-Pfalz beschränkt. Auch die anderen im Wahlkampf stehenden Landesverbände distanzieren sich von Scharping (SPIEGEL 39/1995a, 25.09.1995; Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.11.1995).

Das zentrale Problem der Landesverbände war das schlechte Image Scharpings. Zwischen den Zeilen schwang in den Aussagen Berliner und Mainzer SPD-Politiker mit, dass der Vorsitzende nicht als geeigneter Wahlkämpfer angesehen wurde. Man traute ihm nicht zu, dass er für die SPD Wähler gewinnen könnte. Vielmehr befürchtete man, dass Scharpings Wahlkampfbeiträge Wähler eher verschrecken könnten. Er war einer der Beteiligten des öffentlichen Personalstreits, der den Landespolitikern zufolge die Ursache der schlechten Wahlaussichten war. Als Mitverursacher dieser Lage wäre Scharping daher kaum eine Attraktion im Wahlkampf gewesen. Damit ist auch gesagt, dass man in Scharping keinen geeigneten Repräsentanten der SPD und ihrer Vorzüge sah. Genau diese Rolle hätte er aber als Bundesvorsitzender der SPD haben müssen. Er hätte in der Öffentlichkeit die politische Programmatik der SPD verkörpern sollen. Seine Rolle wäre es gewesen, für das Positive in der SPD zu werben. Doch indem die Wahlkämpfer in den Ländern lieber auf Scharpings Auftritte verzichten wollten, ließen sie auch durchblicken, dass sie in ihrem Bundesvorsitzenden keinen zugkräftigen Werbeträger für die Partei sahen (In Berlin fanden trotz dieses Wunsches dennoch Wahlkampfauftritte von Scharping statt. Siehe Berliner Zeitung 18.10.1995).

Das mediale Image Scharpings litt schon seit dem Frühjahr 1994 unter dem Spott und der Kritik von Kommentatoren (Walter 2009, S. 221). Hauptangriffspunkt des in Medien geäußerten Spotts waren seine Eigenheiten als Person. Er war weder ein begeisterter Redner noch besaß er eine besondere Sympathie weckende Ausstrahlung. Im Umgang mit Medien wirkte er linkisch und ungeschickt. Franz Walter urteilt:

Er wirkte zu hölzern und zu steif, konnte vor Kameras nicht brillieren. (Walter 2009, S. 223)

Seine Art des Auftretens und Redens wurde von Satirikern verspottet und imitiert. Schon vor der Bundestagswahl 1994 behaupteten Medienberichte, dass Parteimitglieder sich Sorgen machten, ob mit diesem Spitzenkandidaten tatsächlich Wahlen gewonnen werden könnten.

Bei seinen Auftritten wird selbst den treuesten SPD-Anhängern nicht richtig warm ums Herz. Steif und dröge agiert Rudolf Scharping vor der Kamera; sonor pfälzert er, „weder feurig noch fesselnd“ („Süddeutsche Zeitung“), vom Rednerpult; seines altmodischen Qua-

si-Vollbarts wegen karikiert ihn das Satire-Magazin „Titanic“ als Ziege, und die „Zeit“ bescheinigte ihm, er wirke „stets etwas hölzern, nie so ganz locker“.

Inzwischen gilt auch unter Genossen als ausgemacht: Dem SPD-Chef und Kanzlerkandidaten fehlt das nötige Quentchen jener eventuell wahlentscheidenden Ausstrahlung, die man gemeinhin Charisma zu umschreiben pflegt. Der Mann kommt nicht richtig an. (FOCUS 28/1994)

Der Mangel an Ausstrahlung war auch im Herbst 1995, vor dem Mannheimer Parteitag, ein Thema für die Medien.

Längst schon seufzen die Genossen gequält, wenn Rudolf Scharping mit schleppendem Gang ein Mikrofon ansteuert- um – das Kinn in die Hand gestützt, den Blick ins Unendliche gerichtet – mit gurgelnder Stimme Willy-Weisheiten aus sich herausbröckeln zu lassen. [...] dem bubengesichtigen Rudolf Scharping, der nicht einmal 50 ist und auf Plakaten den kraftstrotzenden Hochleistungs-Radrennfahrer darstellt, verrutschen die gravitätischen Posen allzuoft zur Parodie. (Leinemann, SPIEGEL 44/1995, S. 33)

Diese Zeilen zeichneten das Bild einer zerbrochenen Beziehung zwischen den Mitgliedern und ihrem Vorsitzenden. Die Mitglieder litten unter dem Auftreten Scharpings, das unfreiwillig komisch wirkte, „zur Parodie verrutscht(e)“. Der Vorsitzende rief bei seinen Mitgliedern keine Begeisterung mehr hervor. Vielmehr war der Vorsitzende mit seiner Art den Mitgliedern peinlich. Sie schämten sich für seine Auftritte. Verbunden damit war die Angst, dass Wähler durch die unfreiwillige Komik des Spitzenkandidaten abgeschreckt werden könnten.

Die Frage war, wollen wir so weiter machen, geführt von einer Witzblatfigur, die vermeintlich zu blöd ist, einen Satz in einer Minute auszusprechen, und weiter in den Abgrund rauschen. (Interview Torsten Oltmanns. Oltmanns beschreibt hier nicht seine Haltung zu Scharping, sondern die Haltung vieler Parteimitglieder.)

Der zitierte SPIEGEL-Artikel zeigt zugleich, dass die Medien das schlechte Image Scharpings mit erzeugten. Zwar waren Scharpings Eigenheiten keine Erfindung der Journalisten. Aber Berichte wie der zitierte Artikel hoben diese Eigenheiten durch die Gestaltung ihrer Artikel hervor. Erst ihre Beschreibung von Scharpings Verhaltensweisen machten diese auch einem breiterem Medienpublikum bekannt. Dass der Artikel (ähnlich anderen) besonders diese Verhaltensweisen zum Thema machte, beruhte wiederum auf einer Entscheidung seiner Autoren und auch auf der Entscheidung der Redaktion des SPIEGELS. Diese Entscheidung bekam ein besonderes Gewicht angesichts des gleichzeitigen Verzichts der Darstellung von politische Differenzen zwischen Scharping und seinen Kritikern. Solche Auseinandersetzungen um konkrete politische Projekte oder allgemeinen politischen Konzepten blieben ausgespart in der Darstellung des SPIEGELS. Das Unbehagen der anonymen Masse der „Genossen“ schien sich deshalb vor allem auf die Äußerlichkeiten zu richten. Die Frage, ob Scharpings mangelnder Rückhalt in der Partei vielleicht eher auf politischen Differenzen oder Interessengegensätzen beruhen könnte, diskutierte der Artikel nicht.

Das Zitat aus dem SPIEGEL bildete die Eingangssequenz des Artikels. Das erste, womit der Leser konfrontiert wurde, war eine detaillierte Beschreibung des Menschen

Scharping und der Art seines öffentlichen Auftretens. Diese Beschreibungen wurden mit Wertungen verbunden. Diese Wertungen wurden nicht sehr offen formuliert.

Nach Darstellung des Artikels bemühte sich Scharping um eine würdevolle Haltung in der Öffentlichkeit. Dazu nahm er „gravitatische Posen“ ein. Die Wirkung dieser Posen sollten unterstützt werden durch Zitate von Aussprüchen Willy Brandts. Damit versuchte Scharping, sich das Charisma des in der SPD verehrten ehemaligen Vorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt zu borgen. Auch andere Beobachter attestierten Scharping den Versuch der Nachahmung von Brandts Art des Auftretens (Rosenbaum 1993, S. 262). Der beabsichtigte feierliche Ernst misslang nach Meinung des SPIEGEL-Autors, denn die von Scharping bemühten Posen seien zu einer „Parodie verrutscht“. Als Parodie verkehrten diese Posen Scharpings Ziel in ihr Gegenteil, sein Auftreten bekam etwas unfreiwillig Komisches. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Betonung von Gegensätzen durch den Autor. Einerseits habe sich Scharping als dynamischer Sportler dargestellt, andererseits als würdevoller Staatsmann. Beides, so musste der Leser schlussfolgern, konnte nicht zusammenpassen. Außerdem sei Scharping mit fünfzig Jahren relativ jung. Und die Anmerkung, er sei eigentlich „bubengesichtig“, ließ Scharpings Versuch eines würdevollen Erscheinens als unangemessen erscheinen. Dahinter steckte das Bild, dass Würde eine gewisse Reife, hier offenbar verstanden als Alter, voraussetzt. Dabei genügt aber das biologische Alter noch nicht. Die Reife muss einhergehen mit einem erwachsenen Habitus. Wer „bubengesichtig“ ist und damit noch jung oder gar unerwachsen wirkt, kann diese Würde nicht verkörpern. Dank solcher Schlussfolgerungen wurde die Beschreibung der Verhaltensweisen Scharpings zur Kritik an ihm. Die Autoren beschrieben nicht einfach nur, wie der Parteivorsitzende sich in der Öffentlichkeit verhielt. Vielmehr behaupteten sie zugleich das Scheitern der Selbstinszenierung. Nach der Darstellung der Autoren war Scharping jemand, der durch seine Art des Auftretens seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wurde.

Angesichts solcher Medienberichte war die Sorge der Landespolitiker verständlich, dass Scharping in der Wahrnehmung der Wähler nicht gut abschnitt. Die wahlkämpfenden Landesverbände nahmen das schlechte Image Scharpings sehr ernst. Besonders drastisch urteilte die damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis über den Bundesvorsitzenden:

In der vergangenen Woche, berichtet die „Welt am Sonntag“, habe Simonis bei einem Essen im internen Kreis Scharping als „Autisten“ kritisiert, der nicht auf Menschen zugehen könne. Er trage Verantwortung für die Sprachlosigkeit der Führung. Zudem versuche der SPD-Chef, Brandt nachzuahmen - „bis dahin, wie der die Zigarette hielt“. Scharping versuche, „eine ihm fremde Rolle zu spielen“, so Simonis. [...]

Schon im Sommer hatte sie Scharping und Schröder mit Schuljungen im Sandkasten verglichen. Ihr Zorn rührt von der Furcht her, die Bonner Parteiquerelen könnten sie entscheidende Stimmen beim Wahlkampf im Frühjahr kosten [...] (Berliner Zeitung 18.09.1995a)

Für diese Äußerung wurde Simonis von Parteimitgliedern heftig kritisiert. Ihre drastischen Worte wurden als Mangel an Solidarität mit dem angeschlagenen Vorsitzenden wahrgenommen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995; Zwischenfrage Jörg Tauss, Parteitagsprotokoll S. 149). Doch weder die Kritik an Simonis noch die fortwährenden Ermahnungen zu mehr Loyalität konnten die Furcht beseitigen, dass Scharpings mangelnde Ausstrahlung die Wahlkämpfe eher belasten würde. Die Sorge um die Mandate in den Landesparlamenten überwog:

[...] damit verbanden sich Existenzängste von vielen, die gesagt haben, wir haben die nächsten Wahlen, [...] wir wollen den gar nicht haben als Wahlkämpfer, das wird ja fürchterlich, wenn der da eine Rede halten muss. (Interview Torsten Oltmanns)

Die Distanzierung der wahlkämpfenden Landesverbände war nicht der mangelnden Loyalität, sondern der Konstellation geschuldet. Innerhalb der Landesverbände gab es starke Interessen an guten Wahlergebnissen, weil man seine Landtagsmandate und Regierungsämter nicht verlieren wollte. Die Landesverbände mussten sich von Scharping distanzieren, weil sie abhängig von dessen medialem Image waren. Die Konzentration der Medien auf wenige prominente Persönlichkeiten sorgte dafür, dass die SPD auch in den Ländern oft nur über die Führungspersonen der Bundesebene wahrgenommen wurde. Da die Bundesführung in den Medien eher schlecht wegkam, mussten die Landesverbände ihre Ämter und Mandate verteidigen durch eine stärkere Abgrenzung von der Bundespartei.

Wie die Kritik an Simonis` Äußerungen zeigt, gerieten sie dadurch aber in eine schwierige Situation. Die Distanzierung verstieß gegen die Norm der Vermeidung öffentlichen Streits (siehe Kapitel II.2). Die öffentliche Distanzierung war zugleich Kritik am Bundesvorsitzenden. Diese Kritik fand ihren Weg in die Medien. Also trugen die Landesverbände mit dazu bei, dass die SPD nach außen als zerstritten und uneinig erschien. Ebenso belegte diese Distanzierung die Vermutungen von Journalisten, nach denen Scharping in der Partei der Rückhalt fehlte. Jeder, der Scharpings schwindende Unterstützung durch die eigene Partei behaupten wollte, konnte seine These nun mit den Distanzierungen der Landesverbände plausibilisieren. Andere Scharpingkritiker hätten solche Äußerungen aufgreifen und für die Legitimierung ihrer eigenen Kritik nutzen können. Damit verschärfte die Landesverbände die Debatte um die Eignung Scharpings als Vorsitzender und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 1998. Auch der Eindruck der SPD in der Krise konnte sich dank der Distanzierung verstärken. Die wahlkämpfenden Landesverbände setzten sich folglich der Gefahr aus, von wenigstens zwei innerparteilichen Interessengruppen kritisiert zu werden. Einerseits musste die Distanzierung alle die an einem Bild der Geschlossenheit der Partei interessierten SPD-Politiker verärgern. Andererseits war es wahrscheinlich, dass die Scharpinganhänger innerhalb der Partei das Vorgehen der wahlkämpfenden Landesverbände als illoyal empfanden.

Freilich konnten die Landesverbände auf diesen öffentlich vollzogenen Loyalitätsbruch nicht verzichten. Die Distanzierung von der Bundespartei-Führung konnte nur dann Erfolg haben, wenn man sie auch öffentlich proklamierte. Nur dann konnten die Wähler erkennen, dass die Landesverbände eine von „Bonn“ (dem Sitz der Bundesführung) unabhängige Kampagne starten würden. Außerdem konnten die Wahlkämpfer nur so mitteilen, dass sie den von den Wählern abgelehnten Eigenschaften der Führungspersonen in Bonn ebenso kritisch gegenüberstanden wie die Wähler selbst.

### **1.6 Forderungen des Rücktritts Scharpings als dessen letzter Dienst an der Sache**

Oben habe ich gezeigt, dass Scharping in vielfältiger Weise für die Schwierigkeiten der SPD in den Umfragen verantwortlich gemacht wurde. Die Krise wurde als Folge seiner Führungsfehler dargestellt. Sein schlechtes Image und seine fehlende Ausstrahlung sahen andere als schwerwiegendes Hindernis für Wahlerfolge an. Folgerichtig wurden im Herbst 1995, angesichts des negativen Trends in den Umfragen und der befürchteten Landtagswahl-niederlagen, auch Rücktrittsforderungen laut. Diese Stimmen mahnten, dass eine Trendwende nur durch einen Rücktritt des Vorsitzenden gelingen könnte. Daraus leiteten sie die Pflicht Scharpings ab, der Partei einen letzten Dienst zu erweisen, indem er sein Amt aufgibt. Dieser Forderung konnte sich jeder Journalist oder Zeitungsleser anschließen, der ebenfalls in Scharping die Ursache aller Probleme sah. Die selben Leute mussten Scharpings Beharren auf den Vorsitz interpretieren als Zeichen dafür, dass Scharping mehr an seine eigene Karriere als an das Wohl der Partei dachte. Die Unterstellung eines rein egoistischen Machtinteresses hatte zwei negative Folgen für Scharping. Einerseits stand Scharping unter Rechtfertigungsdruck. Er musste öffentlich bekunden, dass er sein Amt nicht aus privaten Gründen behalten wollte. Also musste er sich auch darstellen als jemand, der seine Arbeit selbstlos verrichtete. Andererseits schrieben Journalisten sein schlechtes Image fort, weil sie Scharpings Beharren auf den Vorsitz als Starrsinnigkeit und Uneinsichtigkeit interpretierten.

Nur sehr wenige Parteimitglieder machten mit derartigen Rücktrittsforderungen auf sich aufmerksam. Sie verliehen ihrer Forderung aber Wirkung dadurch, dass sie an das Ideal des Vorsitzenden als Diener einer Sache anschlossen. Dem Ideal der innerparteilichen Demokratie folgend darf ein Parteivorsitzender sein Amt nicht als Selbstzweck betrachten. Ein Parteiführer soll dem Ideal nach jemand sein, der sich in den Dienst der Partei und ihrer politischen Ziele stellt. Dieser Dienst soll ihm wichtiger sein als die persönlichen Vorteile seiner politischen Karriere. Seine Entscheidungen soll er ableiten daraus, was für Partei und ihre Mission in einer bestimmten Situation notwendig ist. Er soll stets das tun, was für Partei und Mission gut ist, auch wenn das den eigenen individuellen Interessen entgegensteht oder er Nachteile dadurch erleidet. Es wäre demnach legitim, von ei-



nem Spitzenfunktionär auch das Opfer eines Rücktritts zu verlangen, wenn es der Mission und der Partei dient. Zugleich sollte der Spitzenfunktionär die Notwendigkeit eines solchen Opfers auch von sich aus einsehen.

Mit dem Anschluss an dieses Ideal statteten sich die Scharpinggegner mit starker Legitimität aus. Die Rücktrittsforderung erfolgte ihrer Selbstdarstellung nach nicht aus einer individuellen Gegnerschaft zu Scharping. Die eigenen Interessen der Scharpinggegner verschwanden hinter der Beschwörung der Notlage der Partei und der Notwendigkeit der Rettung der SPD. Sie beschrieben den Rücktritt Scharpings als allgemeines Erfordernis, also als eine objektive, von individuellen Standpunkten unabhängige Einsicht. Die Scharpinggegner stellten sich dar als Leute, die diese Einsicht lediglich vermitteln und die aus Sorge um das Schicksal der Partei die nötigen Eingriffe anmahnten. Gleichzeitig war das Ideal des Vorsitzenden als Diener der Sache anschlussfähig für Journalisten und Medienkonsumenten. Das Ideal erlaubte einfache moralische Urteile, weil es Norm und Abweichung deutlich trennte. Der Parteifunktionär musste alles tun, was der Partei dient. Er durfte nicht am Amt als Selbstzweck interessiert sein. Anhand dieser Vorgaben konnten Journalisten und Medienkonsumenten das Handeln Scharpings im Herbst 1995 leicht bewerten.

Dass der Rücktritt als Verpflichtung gegenüber der Partei beschrieben wurde, zeigt das folgende Beispiel des Geschäftsführers des Landesverbandes Niedersachsen, Klaus Schumacher. Diesem Landesverband gehörte auch Gerhard Schröder an. Mithin konnte man annehmen, dass Schumacher ein Unterstützer Schröders in der Frage der Kanzlerkandidatur war. Weil Scharping an seinem Anspruch auf die Spitzenkandidatur festhielt, konnte Schröder nur bei einem Rücktritt oder einer Abwahl Scharpings auf seine Chance hoffen. Es war also in hohem Maße wahrscheinlich, dass Schumacher den Rücktritt deswegen forderte, um Schröder den Weg zu ebnen. Dennoch gelang es Schumacher, einen Rückzug Scharpings als Notwendigkeit darzustellen, die sich aus der Notlage der Partei ergab. Diese Schlussfolgerung konnte selbst dann plausibel wirken, wenn man Schumacher eher partikulare Interessen unterstellte.

Der niedersächsische SPD-Landesgeschäftsführer Klaus Schumacher hat Parteichef Scharping nahegelegt, noch vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus zurückzutreten. Dies wäre ein „mutiger Schritt“, sagte Schumacher im Saarländischen Rundfunk. Ein Rücktritt könne vielleicht dazu beitragen, noch vor der Wahl in Berlin am 22. Oktober ein Zeichen zu setzen „und somit noch einiges für die SPD zu retten“. (Süddeutsche Zeitung 07.10.1995)

Schumacher bezog sich allein auf die schlechten Prognosen für die Berlin-Wahl:

[...] für die Oktober-Wahl in Berlin sagen Demoskopien eine schlimme Niederlage voraus. (SPIEGEL 41/1995, 22ff.)

Andere denkbare Gründe, wie etwa seine eventuelle Unterstützung für Schröder oder etwa politisch anders gelagerte Vorstellungen, sprach Schumacher nicht an. Auf eine Kritik an Scharping verzichtete er. Personalvorschläge für die Nachfolge Scharpings unter-

ließ er ebenfalls. Auch warb er nicht für die Verwirklichung von konkreten politischen Projekten im Zuge der Scharpingablösung. Er stellte den Rücktritt nicht dar als notwendigen Schritt hin zur Verwirklichung solcher Projekte, denen der Vorsitzende bisher im Weg gestanden habe. In seiner Rücktrittsforderung konzentrierte sich Schumacher allein auf die schlechten Wahlaussichten in Berlin und auf die Möglichkeit, in diese Entwicklung noch eingreifen zu können. Er gab sich als besorgter Fürsprecher eines in Bedrängnis geratenen Landesverbandes.

Schumacher schlug den Rücktritt Scharpings vor, „um somit noch eines für die SPD zu retten“. Er glaubte nicht mehr an einen Wahlsieg, aber er meinte, die Stimmenverluste ließen sich durch den Rücktritt Scharpings begrenzen. Das Mittel der Schadensbegrenzung für Berlin war nach Schumacher der Rücktritt Scharpings. Dieser Rücktritt war aber nicht nur als Vorschlag gedacht. Er war laut Schumacher unabdingbar. Wenn noch etwas zu retten ist, ist nicht alles verloren. Man kann wenigstens einen Teil vor dem Untergang bewahren. Aber dafür muss man aktiv werden und eingreifen. Keinesfalls darf man passiv abwarten, was geschieht. Es musste also etwas getan werden, damit die Berliner SPD nicht zu starke Verluste erleiden müsse. Im Umkehrschluss der Schumacherschen Worte hieß das: Träte Scharping nicht zurück, konnte es in Berlin wirklich sehr schlecht für die SPD ausgehen.

Scharpings Amtsverzicht sollte laut Schumacher ein „Zeichen setzen“. Der Rücktritt sollte also etwas kommunizieren, er sollte eine Botschaft sein. Adressaten der Botschaft waren die Berliner Wähler, die sich Umfragen zufolge zunehmend von der SPD abwandten. Auf die Entscheidung der Wähler gegen die SPD wollte Schumacher Einfluss nehmen. Die schlechten und sich stetig verschlechternden Umfragewerte konnten nur verbessert werden, wenn Wähler davon überzeugt werden konnten, doch noch für die SPD zu stimmen. Man musste daher auf die Wähler zugehen, indem man ihnen Gründe lieferte, warum die SPD wählbar sei. Der Scharpingrücktritt sollte einen Grund bieten. Hinter dieser Botschaft verbarg sich Schumachers Annahme, dass die Wähler vor allem wegen der Person Scharpings sich gegen die SPD entschieden. Also sah Schumacher in Scharping, bezogen auf die schwindenden Wahlchancen, das Hauptproblem der SPD. Der Vorsitzende war das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu achtbaren Wahlergebnissen. Stimmt diese Deutung, dann ist es unwesentlich, ob Schumacher selber Scharping als Problem der Partei ansah oder nicht. Es war ebenso unwichtig, ob Schumacher persönlich von einem Rücktritt einen Nutzen gehabt hätte. Wirklich wichtig war dann nur, dass (nach Schumachers Darstellung) die Wähler Scharping derart stark ablehnten, dass sie der SPD ihre Stimme nicht mehr geben mochten. Wer in Partei und Medien ebenfalls davon überzeugt war, dass Scharping eher Wähler abschreckte, konnte Schumachers Rücktrittsforderung nur plausibel und sinnvoll finden.

Besonders die Vorstellung eines Vorsitzenden als Diener einer Sache konnte eine Verpflichtung Scharpings zum Rücktritt plausibilisieren. Als Parteivorsitzender sollte er mit besonderen Anstrengungen daran arbeiten, das öffentliche Ansehen der Partei zu verbessern. Wer ein solches Spitzenamt innehat, trägt Verantwortung für das Wohlergehen der Partei. Er muss daher seine Möglichkeiten und seine Kräfte für das Parteiwohl auch einsetzen. Ein Rücktritt gehört zu den Handlungsoptionen, die ein Amtsinhaber hat. Diese Option sollte Scharping nutzen. Er hätte sie auch nutzen müssen, weil sein Rücktritt das Mittel war, um die befürchtete Wahlniederlage in Berlin nicht ganz so schlimm ausfallen zu lassen, wie es zum Zeitpunkt der Äußerung Schumachers prognostiziert wurde. Wenn Scharping wirklich am Wohlergehen der Partei interessiert sei, hätte er einen Rücktritt wenigstens prüfen müssen. Falls sich nach den Überlegungen herausstellt hätte, dass dieser Rücktritt tatsächlich das Ansehen der Partei verbessern könnte, hätte er diesen Schritt auch gehen müssen. Er hätte sich dann nicht im Amt behaupten wollen dürfen, wenn dieses Beharren die Folge gehabt hätte, dass weitere Wählerstimmen bzw. Wahlen verloren gehen. Als oberster Repräsentant der Partei war er verantwortlich für sie. Seine Möglichkeiten, der Partei aus der Krise zu helfen, musste er folglich einsetzen, auch wenn es eben ein Rücktritt und damit die letzte Amtshandlung gewesen wäre. Seine eigenen Karrierepläne musste er in diesem Fall zurückstellen.

In einer weiteren Quelle wurde ein Rücktritt Scharpings zum moralisch richtigen Handeln erklärt:

„Wenn die Ergebnisse der Berlin-Wahl am 22. Oktober schlecht sind, muss Scharping sofort gehen“, sagen Gegner der Langzeit-Lösung. Dann könne der Posten des Parteivorsitzenden bereits beim Mannheimer Bundesparteitag im November neu besetzt werden. Nur so ließe sich der freie Fall überhaupt noch stoppen. [...]

„Spätestens, wenn wir in der Wählergunst bei 20 Prozent aufklatschen, gebietet der Anstand den Rücktritt“, sagt ein resignierter Parteivorständler. (Köpf/Schrotthofer, FOCUS 41/1995)

Hier wurde behauptet, dass der Rücktritt ab einem gewissen Tiefpunkt in den Umfragen eine Frage des „Anstandes“ sei. Anstand ist eine Form des Umgangs mit anderen Menschen. Man ist immer gegenüber anderen anständig. Wer anständig ist, behandelt andere gut. Damit ist Anstand eine positive Verhaltensqualität. Es ist richtig, anständig zu sein und falsch, es nicht zu sein. Wenn der Anstand den Rücktritt gebietet, muss er auch erfolgen. Träte Scharping nicht zurück, verhielte er sich falsch. Der Fehler des ausbleibenden Rücktrittes läge darin, viele Parteimitglieder unter den Folgen schlechter Umfrageentwicklungen leiden zu lassen. Dieses Leiden, also der Verlust an Mandaten oder idealisierend gesprochen, der Verlust an politischer Gestaltungsmöglichkeit, könnte vermieden werden, wenn sich der Vorsitzende für ein anständiges Verhalten entscheiden würde. Das Leiden der Mitgliedschaft war darum auch unnötig, weil es vermeidbar war. Menschen unnötig leiden zu lassen, ist leicht als „falsch“ oder gar verwerflich diskreditierbar. Die Dramatik des Leidens konnte ausgedehnt werden über die Parteigrenze hinaus. Nicht nur

Politiker sind von den Wahlniederlagen betroffen, hieß es dann, sondern die Niederlage der Sozialdemokratie ist ein Schaden für alle die Bürger, die eigentlich auf eine starke Vertretung ihrer Interessen angewiesen sind. Ein Beispiel aus einem etwas anderem Zusammenhang illustriert diese Moralisierung politischen Handelns:

Lustig wird öffentlich und offen über alles gestritten, so als ob es nicht darum ginge, das Vertrauen der Menschen in unserem Land zu gewinnen, sondern darum, einen Wettbewerb über die meisten und besten Medienauftritte zu gewinnen. [...]

Für mich persönlich geht das insbesondere an die Adresse von Heide Simonis und Gerhard Schröder.

Ihr schadet damit dem Ansehen der Partei, aber auch in ganz massiver Weise den elementaren Lebensinteressen der Menschen in unserem Lande. (Wortmeldung Brigitte Wucherpfennig, Parteitagsprotokoll S. 69)

Dieses Zitat stammt aus der „Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden“ am ersten Tag des Parteitages. Die Rednerin sprach nicht über notwendige Rücktritte. Gleichwohl knüpfte sie an die kursierenden Bilder von Führungspersonen als Diener einer Sache an, die sowohl dem Ansehen der Partei als auch bestimmten politischen Missionen verpflichtet sind. Die Moralisierung wird darin erkennbar, dass die Delegierte Fehler in der Amtsführung der Spitzenpolitiker mit vermeidbaren Folgen für Partei und Bürger verknüpfte. Das war keine nüchterne Analyse fachlicher Mängel der politischen Arbeit, sondern eine Kritik am falschen Handeln, dass sich vor allem dem egoistischen Motiv der Profilierung in den Medien verdankte. Die Rednerin wartete nicht mit Vorschlägen zur Verbesserung der Handlungsmethoden auf, sie kritisierte die Einstellung der Spitzenpolitiker als falsch.

Über diese Moralisierung hinaus wurde durch dramatisierende Formulierungen ein großer Handlungsdruck beschworen. Dazu greife ich noch einmal auf die zuletzt interpretierte Rücktrittsforderung zurück.

„Wenn die Ergebnisse der Berlin-Wahl am 22. Oktober schlecht sind, muss Scharping sofort gehen“, sagen Gegner der Langzeit-Lösung. Dann könne der Posten des Parteivorsitzenden bereits beim Mannheimer Bundesparteitag im November neu besetzt werden. Nur so ließe sich der freie Fall überhaupt noch stoppen. (Köpf/Schrotthofer, FOCUS 41/1995)

Die Diagnose des „freien Falls“ beschrieb eine Entwicklung, die rasant vonstatten ging. Diese Entwicklung hatte einen eindeutigen Endpunkt, den völligen Bedeutungsverlust der Partei. Etwas, was fällt, hört erst dann auf zu fallen, wenn es auf dem Boden aufschlägt, oder, wie im selben Artikel formuliert, „aufklatscht“. In gleicher Weise wurde der „freie Fall“ der Partei gedacht. Hält man diesen nicht auf, verschlechtern sich die Umfragergebnisse immer weiter, bis niemand die SPD noch wählen mag. Die SPD hätte damit ihre Bedeutung als politische Kraft verloren, weil sie ohne jede echte Chance auf eine Regierungsmehrheit bliebe. In den Worten eines Leitartiklers gefasst, las sich das 1995 so:

Umfragen der Demoskopien offenbaren inzwischen einen anderen Trend: Seit Mitte Mai sackt die SPD vom 36-Prozent-Sockel der vorigen Bundestagswahl in hohem Tempo der 30-Prozent-Marke entgegen. Darunter wirkt der Anspruch, noch Volkspartei zu sein, einigermassen komisch, wird die Absicht, mit kleineren Partnern zu koalieren, zur Illusion. (SPIEGEL 27/1995)

Die Partei als Organisation zur Verwirklichung sozialdemokratischer Politik hätte bei fortgesetztem Abwärtstrend ihre Existenzberechtigung verloren. Eine solche Entwicklung wurde von den zitierten Parteivertretern prophezeit. Das einzige Mittel, sie aufzuhalten, wäre nach deren Worten der Amtsverzicht von Rudolf Scharping gewesen. Scharpings Abgang wurde angesichts der dramatischen Entwicklung als unausweichlich dargestellt. Zudem war der Handlungsdruck wegen der Gefahr des absoluten Bedeutungsverlustes der Partei außerordentlich groß. Wer sich dieser Diagnose anschloss, konnte nicht tatenlos zusehen. Er musste alles unternehmen, um diesen „freien Fall“ aufzuhalten. Das galt insbesondere für die Parteiführung, die mehr als andere Mitglieder Verantwortung zu tragen hatte für das Wohlergehen der Partei. Wer diese Dramatik so empfand, konnte Scharping kaum noch akzeptable Gründe zubilligen, im Amt zu bleiben.

Scharping beharrte jedoch auf seinem Anspruch auf das Vorsitzendenamt und gab sich kämpferisch:

SPD-Chef Rudolf Scharping hat gestern unmittelbar vor Tagungen der SPD-Spitzengremien aus Partei und Fraktion in Berlin noch einmal seinen Führungsanspruch bekräftigt und innerparteiliche Kritik zurückgewiesen. Er sagte, die SPD gehe einen klaren Weg und „ich werde dabei sein“. In der Politik müsse man auch schwere Zeiten durchstehen. (Günsche, Die Welt 10.10.1995).

Diese kämpferische Haltung vertrat Scharping im Herbst 1995 wiederholt. Er betonte seinen Durchhaltewillen und seine Standhaftigkeit und bekundete fortwährend, dass er sich nicht durch die permanente Kritik zermürben lassen wolle. Dieser von Scharping öffentlich behauptete Kampfgeist provozierte weitere Kritik. Vor allem in den Medien wurde Scharpings Umgang mit der Debatte um seine Eignung als Parteivorsitzender als falsch kritisiert. Die Kritikpunkte der Kommentatoren sind das Thema des nächsten Abschnitts.

### **1.7 Kritik an Scharpings Umgang mit der Debatte um seine Eignung als Parteivorsitzender**

Scharping reagierte auf die Personaldiskussionen wie auch auf die Beschreibung der schlechten Lage der SPD offensiv, indem er sein Durchhaltevermögen betonte. Seine Botschaft lautete stets, dass er die schwierigen Phasen überstehen wolle und werde. Diese Haltung wurde in den Medien als falsch oder naiv kritisiert. Die journalistische Kritik festigte damit das schlechte Image Scharpings. Seine Eignung für das Amt wurde durch die Kritiker in Frage gestellt. Das ohnehin negative mediale Bild Scharpings wurde um einige weitere schlechte Eigenschaften seiner Person ergänzt. Konkret wurde ihm folgendes vorgeworfen: Scharping habe sich gegen die Einsicht in die Probleme der Partei gesperrt und versucht, sie zu verdrängen. Seine Selbstdarstellung als zuversichtlicher und unerschütterlicher Kämpfer sei vor allem eine Inszenierung für die Öffentlichkeit gewesen. Seine vorgeführte Selbstsicherheit sei durch seine realen Misserfolge als Wahlkämpfer und Parteivorsitzender ad absurdum geführt worden. Die Schwierigkeiten der Partei habe Scharping

nicht mit der richtigen Arbeitseinstellung angepackt. Er habe keine Konzepte für die Bekämpfung der Ursachen der Krise entwickelt. Manche Journalisten beschrieben Scharping als Menschen mit Defiziten, der für einen Parteivorsitzenden zu realitätsblind und zu naiv war. Seine fehlende Erkenntnis des realen Ausmaßes der Probleme hätten ihn zu einer tragischen Figur gemacht, der die Situation nicht mehr beherrschte, sondern ihr Spielball wurde.

Durch diese Kritiken verschlechterten sich Scharpings Möglichkeiten weiter, sich auf dem Parteitag als starker und fähiger Parteiführer darzustellen. Kritiker in und außerhalb der Partei fanden in den Medienbeschreibungen Scharpings weitere Belege, um Scharpings Eignung für das Vorsitzendenamt in Zweifel zu ziehen. Die Journalistenkritik an Scharping bot Anlass und Stoff für eine Debatte, ob Scharping auf die Krise der SPD angemessen oder nicht reagierte. Damit blieb die Person Scharpings auch Medienthema. Dieses Medienecho auf Scharpings Selbstdarstellungsversuche als krisenfest war auch Zeichen des Fehlschlags seines Versuches, sein schlechtes öffentliches Image zu korrigieren. Dieses wurde vielmehr verfestigt. Das untergrub jedoch die Chance, von den wahlkämpfenden Parteimitgliedern als geeigneter Vorsitzendenkandidat akzeptiert zu werden. Die um ihre Wahlaussichten fürchtenden Landesverbände hatten das vorrangige Interesse, dass Scharpings Imageproblem behoben werden würde. Scharping hatte nur dann eine realistische Chance, bei diesen Landesverbänden wieder Akzeptanz zu finden, wenn er sein öffentliches Image hätte erheblich verbessern können. Diese Chance war durch die Medienkritiken an Scharpings Umgang mit der Krise stark geschmälert worden.

Im Folgenden soll diese Medienkritik an Scharpings Reaktionen auf die Krise der Partei dargestellt werden. Dabei will ich das Bild nachzeichnen, dass die Journalisten von Scharping entwickelten. Bevor es an die Untersuchung der Zeitungstexte geht, möchte ich zwei Beispiele für Scharpings Selbstdarstellungen als unerschütterlich geben:

Scharping selbst hatte am Dienstag in einer 25minütigen Rede vor der Fraktion erklärt, dass er den Angriffen auf seine Person und seine Führungsfähigkeiten trotzen werde. „Falls irgend jemand glaubt, den Vorsitzenden wie ein Stück Fleisch unterm Sattel weichreiten zu können, dessen Hintern wird sich wundern.“ (Günsche, Die Welt 21.09.1995)

Scharping selbst bekräftigte in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ seinen Führungsanspruch. Er sagte: „Ich will der letzte Kandidat und der erste SPD-Kanzler sein.“ Kritik an seinem Führungsstil wies er zurück: „Da wird der Eindruck wichtiger als die Substanz. Da bleibe ich lieber bei der Meinung, dass Rückgrat wichtiger ist als die Krawatte.“ Über den Streit in seiner Partei sagte Scharping: „Manche haben eine zu starke Neigung, die notwendige sachliche Debatte auch personalpolitisch zu führen. Dadurch wird sie unfruchtbar, mit Prestige und anderem Kram belastet.“ (Lambeck, Die Welt 04.10.1995)

Scharping trat seinen Kritikern mit kämpferischer Haltung entgegen. Dieses Kämpfertum richtete sich nicht gegen konkrete Gegner. Namen nannte Scharping nicht. Vielmehr gab der Vorsitzende sich als starke Persönlichkeit, die die Angriffe seiner Feinde aushalten könne. In ähnlicher Weise wehrte er die Kritik an seinem öffentlichem Erscheinungsbild ab. Er betonte seine Verlässlichkeit als Mensch mit Haltung und Prinzipien, eben

„Rückgrat“. Diese Eigenschaften seien letztlich wichtiger als ein gutes Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit. „Rückgrat“ war seiner Äußerung nach das Gegenstück zu dem rein äußerlichen Merkmal der „Krawatte“. Eine Krawatte kann man austauschen oder ablegen nach Belieben. Ein „Rückgrat“ muss man dagegen als unaustauschbares Merkmal besitzen, es muss eine Eigenschaft der Persönlichkeit sein. „Rückgrat“ gehört zur „Substanz“, die „Krawatte“ ist nur ein hinzugefügtes Element, das über den Charakter einer Person wenig aussagt. Die Metapher „Rückgrat“ führt zurück auf Scharpings Thema der Stärke und des Durchhaltevermögens. Wer „Rückgrat“ hat, vertritt seine Haltungen auch in Situationen, wo ihm das Nachteile einbringt. Der Politiker mit „Rückgrat“ ist kein Opportunist. Er ist aber auch stark genug, um die durch seine Treue zu sich selbst ausgelösten Anfeindungen auch auszuhalten. Scharping gab sich folglich als jemand, der unbeirrt von persönlichen Angriffen und von Kritik an seiner Politik bei seiner Meinung blieb.

Mit dem Bild des unter dem Sattel weichgerittenen Fleisches unterstellte Scharping seinen Kritikern die Absicht, ihn durch permanente Angriffe zermürben zu wollen. Dieses Bild greift die Legende auf, dass die mongolischen Reiter im Mittelalter ihr Fleisch genießbar gemacht hätten, indem sie es unter den Sattel legten. Durch die permanente Einwirkung des Gewichts des Reiters über hunderte Kilometer hätten sie das zähe rohe Fleisch weich und damit genießbar machen können. Scharping verglich die Kritik an ihm mit dieser vermeintlichen Technik der Fleischzubereitung. Er sah sich in der Rolle des Fleisches, dessen Zähigkeit überwunden werden sollte. Die fortgesetzte Kritik an ihm diene seiner Beschreibung zufolge dem Ziel, die Widerstandskraft Scharpings gegen diese Angriffe zu verschleifen. Scharpings Gegner hätten demnach darauf spekuliert, dass Scharping freiwillig sein Amt aufgeben würde, sobald der Leidensdruck für ihn zu hoch werden würde.

Mit seiner Äußerung vor der Fraktion wollte Scharping jedoch zeigen, dass er sich durch die fortwährende Kritik nicht aus dem Amt treiben lasse. Er behauptete, dass die Hoffnung seiner Gegner trügerisch sei, weil sie seine Widerstandskraft unterschätzten. Die Anstrengungen der Scharpinggegner würden nicht ihn, sondern letzten Endes sie selbst schwächen. Sie würden sich durch ihr Bemühen, Scharping zu zermürben, selbst verschleifen. Auch das brachte Scharping mit seinem Vergleich des weichgerittenen Fleisches zum Ausdruck. „Dessen Hintern werde sich wundern“, prognostizierte Scharping jedem, der an diese Zermürbungstaktik glaubte. Im Bild des weichgerittenen Fleisches ist es der Hintern des Reiters, der das Gewicht des Reiters auf das Fleisch überträgt. Auch wenn der Hintern durch den Sattel geschützt ist, muss er doch widerstandsfähiger sein als das von ihm bearbeitete Fleisch. Scharping sagte jedoch, dass er selber so zäh sei, dass in dieser Konfrontation von Hintern und Fleisch nicht das Fleisch, sondern der Hintern leiden werde. Damit stellte Scharping sich als besonders zäh dar. Dank dieser Zähigkeit meinte er, den Angriffen seiner Gegner gewachsen zu sein. Diese Selbstdarstellung war jedoch nicht nur Selbstvergewisserung. Scharping richtete diese Worte vor allem an das Publikum

des Machtkampfes zwischen ihm und Schröder. Die Bundestagsabgeordneten waren selbst größtenteils nicht in diese Auseinandersetzung involviert, aber sie wurden dank der Medien Zeuge des Machtkampfes. Daher war es wahrscheinlich, dass auch die Abgeordneten darüber nachdachten, ob Scharping für eine Machtprobe mit Schröder auf Dauer stark genug sei. Mit seinem Auftritt vor der SPD-Bundestagsfraktion versuchte Scharping die Zweifel an seiner Kampfkraft zu entschärfen, indem er sich als zäh und unterschätzt gab. Diese Pose der Unerschütterlichkeit wurde zur Zielscheibe medialer Kritik an Scharping.

### **a) Der Vorwurf der Inszenierung von Stärke und Durchhaltevermögen**

Einige Zeitungsartikel beschrieben Scharpings Pose als Inszenierung, mit der der Vorsitzende der Öffentlichkeit lediglich weismachen wollte, dass er unerschütterlich sei:

Mit abgeschwollenen Tränensäcken, das angeknipste Lächeln eine Spur sicherer als sonst, skizziert der Mann mit der Graubrot-Aura seine Gedanken unbeschwert, als stünde er einer harmonischen Partei vor, die einen überzeugenden Gegenentwurf zur Kohlschen Republik anzubieten weiß. (SPIEGEL 39/1995b, S. 30)

Diesen Zeilen zufolge hatte sich Scharping bemüht, die äußerlichen Anzeichen von Müdigkeit und Stress zu beseitigen. Die Tränensäcke sind abgeschwollen worden, um einen entspannteren Eindruck hinterlassen zu können. Unterstellt wurde außerdem, dass das Lächeln Scharpings nicht echt war, sondern „angeknipst“. Wer sein Lächeln „anknippen“ muss, lächelt nicht, weil er sich so fühlt. Dieses Lächeln war nicht spontan, also stand es nicht für eine echte Gefühlsregung. Damit war Scharpings Lächeln nicht authentisch, sondern eine Verstellung. Er produzierte dieses Lächeln durch eine Willensanstrengung. Es wurde genau in dem Moment „angeknipst“, wo Scharping vor sein Publikum trat, um einen Vortrag zu halten (in dem Artikel wird über einen Vortrag Scharpings über Wirtschaftspolitik vor Unternehmern berichtet). Das „angeknipste“, also durch Willensanstrengung kontrollierte Lächeln war ein Mittel, um der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen. Wer lächelt, ist in der Lage zu lächeln. Er ist also nicht gestresst und von Sorgen geplagt, an denen er mitunter verzweifelt. Dem Lächelnden können die Kümernisse des Alltages nichts anhaben. Scharpings Botschaft lautete also, der Lesart des Artikels folgend: Die Krise der SPD (hier: Disharmonie und fehlende politische Konzepte) lässt ihn nicht verzweifeln und seine Ruhe verlieren.

Ein anderer Artikel arbeitete sich ebenfalls an dem Lächeln Scharpings ab:

Dass sich nach weiteren Niederlagen bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz im nächsten Frühjahr erneut die Führungsfrage stellen wird, lacht Scharping im vertrauten Kreis angestrengt weg: „Ich habe bisher die Stürme überstanden und bin stehengeblieben. Da werden sich noch viele wundern.“ (SPIEGEL 43/1995, S.25)

Die erwarteten Niederlagen bei den Landtagswahlen könnten Scharping in Gefahr bringen, mutmaßte der Artikel. Aber diese Gefahren habe Scharping nicht an sich heran-



kommen lassen, weil er sie „angestrengt weglachte“. Das Lächeln, mit dem Scharping seine Unbeschwertheit und seine Zuversicht signalisieren wollte, kostete aber Anstrengungen, um es zu produzieren. Denn eigentlich war die Situation Scharpings nicht zum Lachen. Er musste damit rechnen, dass sein Rücktritt bei Wahlniederlagen gefordert werden könnte. Seines Amtes konnte er sich nicht wirklich sicher sein. Diese laut Autor realen Gefahren schien Scharping jedoch beiseite zu schieben durch sein demonstratives Lächeln. Aber in einer Situation zu lächeln, wo man sich eigentlich Sorgen machen müsste, kostet Kraft. Ein „angestregtes Lächeln“ konnte folglich nicht authentisch sein.

In einem anderen SPIEGEL-Artikel wurde der Vorwurf der Inszenierung noch drastischer erhoben.

Trotzig kehrt er die Abwehr innerer Zweifel nach außen. Mit klobigen Durchhaltevokabeln wie „Gradlinigkeit“ und „Berechenbarkeit“ stopft er die Risse im eigenen inneren Gefüge. Und mit einem erbarmungswürdig bettelnden Lächeln, dessen Kindlichkeit der Bart nur notdürftig verdeckt, behauptet er ein ums andere Mal „persönlich“ sein beschwingtes Wohlbefinden. (Leinemann, SPIEGEL 44/1995a, S. 33)

Zunächst diagnostizierte der Autor Probleme Scharpings auf der psychologischen Ebene. Er sprach von „inneren Zweifeln“ und von „Rissen im eigenen inneren Gefüge“. „Innere Zweifel“ sind Zweifel, die zu einem persönlichen Problem geworden sind. Sie unterscheiden sich von Zweifeln an bestimmten Wissensgehalten oder Projekten, die allein auf der fachlichen Ebene erhoben werden. Mit solchen Zweifeln kann man sich beschäftigen, ohne sie auf sich als Person zu beziehen. Die Wissensgehalte oder Projekte sind umstritten, weil es Gegenargumente gibt. Es ist zumindest möglich, solche Gegenargumente nüchtern zu prüfen und die umstrittenen Aussagen und Projekte zu überarbeiten. Ein „innerer Zweifel“ setzt dagegen nicht nur an Konzepten und Projekten an, sondern auch an der damit befassten Person. Diese Person zweifelt an sich selbst, sie ist sich nicht sicher, ob sie das richtige tut oder ob sie mit ihrem Handeln erfolgreich sein kann. Wer innere Zweifel hat, leidet unter ihnen.

Ähnlich lässt sich die Metapher der inneren Zerrissenheit lesen. Wer innerlich zerrissen ist, lebt in Widersprüchen. Er ist nicht im „Reinen mit sich selbst“. Wer Identität als ein kohärentes und widerspruchsfreies Sinngebäude begreift (eben ein „inneres Gefüge“, also eine Ganzheit), muss innere Zerrissenheit als Problem wahrnehmen. Es gibt dann Elemente des Selbst, die sich nicht in diese Identität integrieren lassen. Wenn diese Integration in die Ganzheit misslingt, gerät die Identität in Gefahr.

Folgt man dieser Interpretation, dann unterstellte der Autor Scharping erhebliches Leiden an sich selbst. Er unterstellte weiter, dass Scharping kräftig darum bemüht war, sein Leiden zu verbergen und der Öffentlichkeit vorzuführen, dass es ihm psychisch sehr gut gehe. Scharping betonte, so der Autor, wiederholt sein „Wohlbefinden“. Man kann diese Mitteilung Scharpings als Reaktion auf die Mutmaßungen der Medien darüber lesen,

wie sich Parteikrise und permanente Kritik am Vorsitzenden auf den Menschen Scharping ausgewirkt haben müssen.

Den Inszenierungscharakter des betonten „Wohlbefindens“ unterstrich der Journalist durch seine weitere Wortwahl:

Mit klobigen Durchhaltevokabeln wie „Gradlinigkeit“ und „Berechenbarkeit“ stopft er die Risse im eigenen inneren Gefüge.

Scharping betonte gegenüber Medien und Partei, dass er durchhalten wolle und könne. Derartige Äußerungen waren nach Meinung des Autors vor allem Parolen, „klobige Durchhaltevokabeln“, also eher bloße Worte als eine tatsächliche Beschreibung des Tuns von Scharping. Die fortwährende Betonung des Durchhaltewillens diente dazu, die „Risse zu stopfen“. Gestopfte Risse werden unsichtbar gemacht. Risse zu stopfen ist lediglich oberflächliche Kosmetik, die die Ursachen der Risse nicht wirklich bearbeitet. Schließlich musste die häufige Rede von Durchhalten und Stehvermögen auch Misstrauen schüren. Die Aufforderung zum Durchhalten ist überall dort notwendig, wo der Wunsch aufzugeben wach wird. Durchhalten ist eine Kraftanstrengung. Um durchzuhalten, muss man die unmittelbaren kurzfristigen Wünsche unterdrücken und sich disziplinieren. Man muss sich selbst zwingen, mit dem weiter zu machen, was man eigentlich nicht gerne macht. Hingegen kann man nicht von Durchhalten sprechen, wenn eine Tätigkeit ausschließlich Freude und überhaupt keine Unlust bereitet. Indem der Autor unterstellte, dass Scharpings Stärke-Bekundungen vor allem kompensatorischer Natur waren, bediente er das Misstrauen gegenüber „Durchhalteparolen“.

## **b) Der Widerspruch zwischen Scharpings vorgeführter Selbstsicherheit und realen Misserfolgen und Problemen**

Scharpings Pose der Unerschütterlichkeit wurde auch als unglaubwürdig beschrieben, da sie im Gegensatz zu den vielfältigen Problemen stand, die Scharping wie auch die SPD zu bewältigen hatten. Vielleicht mochte der eine oder andere Journalist Scharping eine gewisse mentale Stärke zubilligen. Jedoch wurde dessen Optimismus, „die Stürme zu überstehen“, als unrealistisch empfunden angesichts schlechter Umfragewerte, drohender Wahlniederlagen und der permanenten Kritik am Parteivorsitzenden auch aus den eigenen Reihen.

Das Leben in der Krise scheint Scharping auf wundersame Weise gegen alle Selbstzweifel zu immunisieren. Obschon frische Umfragen ihn mit niederschmetternden 16 Prozent als unpopulärsten der möglichen Kanzlerkandidaten seiner Partei ausweisen, redet er sich beharrlich ein: „Die Genesung ist im Gang.“

Dank seiner Fähigkeit zur Autosuggestion entkoppelt Scharping die Dauerdepression und die Gründe dafür. (SPIEGEL 39/1995b, S. 30)

Scharpings Optimismus wurde in diesen Zeilen als grundlos beschrieben. Der Vorsitzende behauptete eine Besserung der Lage, eine „Genesung“. Für diese Besserung sah

der journalistische Autor aber keinen Beleg. Vielmehr schien die Lage Scharpings unverändert schlecht zu sein, wenn er durch eine Umfrage als der mögliche Kanzlerkandidat der SPD bezeichnet wurde, der bei seinen eigenen Mitgliedern am wenigsten Zuspruch fand. Wer Scharpings Zuversicht in Sachen Genesung mit den Zeitungsmeldungen über ihn verglich, konnte keine Indizien einer positiven Entwicklung finden. Scharpings Behauptung einer „Genesung“ wurde so zu einem vagen Versprechen, dass sich später die Heilungserfolge zeigen würden. Ein genesender Kranker sieht nicht sofort wieder gesund aus. Er kann noch den Eindruck von Krankheit machen, obwohl der Prozess der Gesundung bereits begonnen hat. Erst schrittweise zeigen sich die Erfolge dieses Prozesses. Allerdings blieb selbst bei gutwilliger Interpretation offen, woraus Scharping diese Zuversicht schöpfen konnte. Daher konnte seine Pose der Unerschütterlichkeit nicht wirklich überzeugen oder Zweifel ausräumen. Solange Scharping keine echten, für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren Erfolge vorweisen konnte, konnte man dessen Zuversicht auch als Konsequenz seiner Weltfremdheit ansehen. Genau diese Unterstellung nahm der Artikel vor, indem er behauptete, dass sich Scharping diese Aussicht auf Besserung vor allem einredete. Er erlag also einer Fiktion.

Der SPIEGEL ging in einem weiteren Artikel auf diese Gegensätze ein. Scharping wurde beschrieben als ein Mann, der „wie hinter einer Glaswand durch die Welt“ ging. Ihm fehlte der Bezug zur Lebenswirklichkeit:

Das ist am Dienstag vergangener Woche vor der Fraktion in Bonn nicht anders als am Tag nach dem Berliner Debakel seiner Partei. Nur hat Scharping diesmal gewonnen – mit 190 von 240 Stimmen haben ihn die SPD-Bundestagsabgeordneten wieder zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Scharping, der strahlt wie von innen beleuchtet, findet das „den Umständen entsprechend außerordentlich befriedigend“. In der Presse aber kann er später lesen, dass er wieder einen „Dämpfer“ und einen „Denkzettel“ erhalten hat.

Die Umstände sind nicht so, dass sie „Befriedigung“ zuließen. Rudolf Scharping hat in der öffentlichen Wahrnehmung einen Punkt erreicht, wo offenbar nichts mehr, gar nichts, für ihn spricht. Was immer er tut oder lässt, sagt oder verschweigt, zeigt oder verbirgt – alles entlarvt seinen Niedergang. Es sei schlimmer noch, schreibt der ihm wohlgesinnte Martin E. Süskind in der Süddeutschen Zeitung: „Er läuft in Gefahr, die SPD in den Untergang zu führen.“ (Leinemann, SPIEGEL 44/1995, 32)

Der Artikel baute einen starken Kontrast auf zwischen Scharpings Selbstdarstellung und den Reaktionen der Medien auf das Wahlergebnis der Fraktionsvorstandswahlen. Scharping behauptete gegenüber den Medien, dass sein Wahlergebnis „außerordentlich befriedigend“ gewesen sei. Er bemühte sich, sein eigentlich nicht glanzvolles Ergebnis (50 Gegenstimmen) als Erfolg darzustellen. Dabei übersah Scharping nach Meinung des SPIEGEL-Autors jedoch, dass er mit dieser Sichtweise alleine stand. Was Scharping als Erfolg ansah, beschrieben die Medien ganz gegenteilig als „Denkzettel“. Die Beurteilung des Wahlergebnisses als „Denkzettel“ stünde laut Leinemann symptomatisch für die insgesamt negative Wahrnehmung Scharpings in den Medien. Sie interpretierten längst jedes

Tun oder Lassen als weiteres Anzeichen des zu erwartenden endgültigen Scheiterns von Scharping. Es gelang ihm nach Meinung des SPIEGEL-Autors längst nicht mehr, die Journalisten von seiner Interpretation solcher Ereignisse zu überzeugen. Bezogen auf die Außenwirkung war Scharping längst gescheitert. Er schaffte es nicht, die Negativdarstellungen von SPD und Vorsitzenden aufzubrechen und ins positive zu wenden. Gleichzeitig schien Scharping dieses Scheitern aber nicht mehr zu realisieren. Er gab sich weiterhin optimistisch, obwohl längst auch wohlmeinende Journalisten nur noch Misserfolge konstatierten. Daher beschrieb der SPIEGEL Scharpings aufgesetzten Optimismus auch als befremdlich. Scharping wurde als weltfremd dargestellt. Ein Vorsitzender, der die Misserfolge nicht wahrnahm, konnte jedoch auch nicht die kompetente Führungsperson sein, als die er sich der Öffentlichkeit präsentierte. Zur Kompetenz gehörte eben auch, die tatsächlichen Probleme zur Kenntnis zu nehmen und sie mit durchdachten Lösungen zu bewältigen. Doch derjenige, der sich den Tatsachen verschließt, kann diese Probleme auch nicht mehr lösen. Diese Bewertung des SPIEGEL stellte folglich die Fähigkeit Scharpings zur Bewältigung der SPD-Krise ganz grundsätzlich in Frage.

Die „Welt“ konstruierte in ähnlicher Weise einen dramatischen Gegensatz zwischen Scharpings Optimismus und der Wahrnehmung seiner Person durch Medien und Partei.

Scharping selbst, ein "Autist" nach Ansicht von Heide Simonis, bleibt von allen Zweifeln an seiner Führungsfähigkeit unberührt. Er will die Fraktions- und die Parteiführung in seiner Hand behalten und sieht sich schon heute als Kanzlerkandidat 1998. Sein Hauptargument: „Wenn jemand glaubt, es könne der SPD gut bekommen, alle zwei Jahre neue Leute zu verschleifen, da kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit.“ (Günsche, Die Welt 19.09.1995)

Einerseits sah die „Welt“ einen stetigen Fall des Vorsitzenden, weil dessen „Kurswert“ immer weiter sank – „Scharpings Kurswert sinkt von Tag zu Tag“ lautete der Titel des Artikels. Andererseits gab sich Scharping trotz alledem unbeirrt optimistisch. Seine Zuversicht wirkte angesichts seines fortwährenden Ansehensverlustes grotesk.

Die Metapher des „sinkenden Kurswertes“ suggerierte, dass immer weniger Menschen ihre Hoffnungen auf Scharping setzten. Ob Mitglieder oder Wähler, immer weniger Leute glaubten daran, dass Scharping Erfolg haben würde. Ihn zu wählen bzw. mit ihm Wahlkämpfe zu bestreiten, erschien ihnen folglich als Fehlinvestition. Auf diesem Wege würde man alles verlieren. Diese Befürchtung schien sich nach Darstellung der „Welt“ immer stärker durchzusetzen. Damit wurde eine dramatische Entwicklung behauptet, ein Trend, der sich immer mehr verstärkte und anscheinend durch nichts aufgehalten wurde. Der Negativtrend schien in der Darstellung des Artikels ungebrochen und ungebremst auf ein endgültiges Scheitern des Vorsitzenden hinzusteuern. Scharpings Optimismus erschien laut der Darstellung dieses Artikels völlig grundlos zu sein. Es wurde kein Ereignis und keine Aktion beschrieben, die sich als Auslöser oder wenigstens kleines Indiz einer Trendwende deuten ließen. Die Leser konnten daher nicht ergründen, woraus Scharping seine Zuversicht eigentlich ableitete. Was ließ ihn eigentlich, gegen den medialen Anschein, dar-

auf hoffen, dass er einst doch noch Erfolg haben würde? Die Leser mussten Scharpings Optimismus als vollkommen unbegründet und daher befremdlich realitätsfern wahrnehmen.

### **c) Der Vorwurf der mangelnden Leistungsbereitschaft und der fehlenden Konzepte**

Scharpings öffentlicher Umgang mit der Kritik an seiner Person und mit der Krise der SPD wurde von einigen Journalisten auch als Anzeichen mangelnder Leistungsbereitschaft gelesen. Diese Autoren griffen indirekt auf das Idealbild des Vorsitzenden als Beauftragten der Basis zurück. Von hohen Parteifunktionären wird demnach erwartet, dass sie in ihrem Amt besondere Leistungen zum Wohl der Partei erbringen. Wer ein Spitzenamt anstrebt oder innehat, muss daher auch den Willen zu außerordentlichen Leistungen mitbringen. Dieser Wille wurde Scharping in einigen Artikeln abgesprochen. Die Journalisten kritisierten an Scharping zwei Defizite. Er verdrängte seine Misserfolge als Vorsitzender, anstatt die Verantwortung dafür zu übernehmen. Zweitens unternahm er nur ungenügende Anstrengungen, um die Probleme der Partei aktiv zu lösen.

Im ersten Schritt gehe ich auf das Problem der fehlenden Verantwortungsübernahme ein. Dazu greife ich ein oben bereits untersuchtes Zitat wieder auf und stelle es in den weiteren Kontext:

Den Mann, der die SPD unverdrossen ins tiefe Tal geführt hat, scheinen solche Rückschläge nicht mehr zu treffen. Scharping gibt sich fest überzeugt, dass er in dieser Woche wieder zum Fraktionschef und drei Wochen später wieder zum Parteivorsitzenden gewählt wird. Dann hat er, theoretisch, zwei Jahre lang Ruhe. Die Dinge so selektiv wahrzunehmen, ist er mittlerweile geübt.

Dass sich nach weiteren Niederlagen bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz im nächsten Frühjahr erneut die Führungsfrage stellen wird, lacht Scharping im vertrauten Kreis angestrengt weg. (SPIEGEL 43/1995, S.25)

Der Autor nahm eine psychologisierende Perspektive ein, indem er behauptete, dass Scharping die Probleme massiv verdrängte. Diese Verdrängung war, in Anlehnung an die Ideen der Psychoanalyse, ein Mittel, um sich vor schmerzhaften Auseinandersetzungen mit den Problemen zu schützen. Die Psychoanalyse betrachtet die Bewältigung von Neurosen auslösenden frühkindlichen Erlebnissen als einen leidvollen Prozess. Der Patient müsse sich seinen kindlichen Ängsten erneut stellen, um sie abschütteln zu können. In der Regel würde der Neurotiker jedoch versuchen, die Probleme ins Unbewusste zu verdrängen, um den mit dieser Konfrontation verbundenen Schmerz zu vermeiden. Wer verdrängt, blende die Probleme aus seiner bewussten Wahrnehmung aus. Dies entlaste den Patienten zwar scheinbar, aber die Probleme blieben ungelöst und wirkten im Unbewussten fort.

Schon mit dem Rückgriff auf die Ideenwelt der Psychoanalyse hatte der Autor Scharping als eher pathologischen Charakter beschrieben. Scharping agiere wie ein Neurotiker. Als dieser gehe er den Problemen aus dem Wege. Allein eine solche Psychologisierung

legte den Lesern die Schlussfolgerung nahe, dass Scharping seinem Amt nicht mehr gewachsen sei. Eine solche Pathologie konnte angesichts der mit dem Parteivorsitz verbundenen Aufgabenfülle und Verantwortung kaum die Hoffnung auf eine Besserung der Lage rechtfertigen.

Der Autor beließ es nicht bei einer schlichten Unterstellung eines neurotischen Charakters. Er schloss zudem an die durch das Idealbild des Vorsitzenden gebundenen Erwartungen besonderer Leistungen an. Damit stellte er die Legitimität Scharpings als höchsten Parteifunktionär in Abrede. Indem der Autor auch sagte, welche Leiden Scharping durch Verdrängen vermeiden wollte, schlug er die Brücke zur idealen Vorsitzendenrolle. Laut dem Autor vermied Scharping nicht die Auseinandersetzung mit Verletzungen und Ängsten, die etwa durch einen Mangel an Zuneigung oder durch die Angriffe seiner Kritiker entstanden sind. Vielmehr verschloss er sich jedem Selbstzweifel bezüglich seiner (laut Autor fehlenden) Arbeitserfolge. Diese hatte der Autor in seinem Artikel am Beispiel einer Vorstandssitzung thematisiert, in der die Kandidaten für den Parteivorstand nominiert worden sind. Diese Nominierung misslang insofern, als dass die Scharpingkritiker Gerhard Schröder und Heide Simonis sehr wenig Stimmen bekamen. Simonis brauchte einen zweiten Wahlgang, um überhaupt nominiert zu werden. Das Bild von Eintracht und Geschlossenheit des Vorstands war getrübt. An diese Darstellung schloss der Autor die oben zitierte Passage an, eingeleitet mit dem Satz:

Den Mann, der die SPD unverdrossen ins tiefe Tal geführt hat, scheinen solche Rückschläge nicht mehr zu treffen.

Scharping verdrängte nach Meinung des Autors seine Misserfolge als Parteivorsitzender. Er verschloss die Augen davor, dass er keine wirklich befriedigenden Arbeitsergebnisse vorzuweisen hatte. Vielmehr hatte er gravierende Fehler gemacht, mit der Folge, dass die Partei sich in einem „tiefen Tal“ wiederfand. Derartige „Rückschläge“ wurden für ihn jedoch nicht zu einer Anfechtung. Scharping gab sich in der Öffentlichkeit überzeugt, dass er die SPD auch weiterhin führen werde. Diese Zuversicht konnte er nur durch Ausblendung seiner Misserfolge aufrecht erhalten. Er nahm sie nicht als seine Fehler wahr. So konnte er auch verhindern, dass sie für ihn zu einem persönlichen Problem wurden. Selbstzweifel und Leiden am Misserfolg wurden durch Verdrängung abgeblockt:

Die Dinge so selektiv wahrzunehmen, ist er mittlerweile geübt.

Hinter der Diagnose von Verdrängung als ungenügende Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit steckte handfeste Kritik an Scharping. Schon „Verdrängung“ ist ein Fehler, die Welt wird nur noch „selektiv“ gesehen, nur noch so, wie man sie gerne sehen möchte. Aber zwischen den Zeilen bemängelte der Autor auch die Einstellung Scharpings zu seinem Amt. Als Vorsitzender trug dieser eine immense Verantwortung für das Schicksal der Partei. Seine Entscheidungen hatten weitreichende Wirkungen. Dem Autor zufolge war es Scharpings Amtsführung, die die Partei in das „tiefe Tal“ abrutschen ließ. Wer durch seine

Entscheidungen so weitreichende Folgen bewirkt, muss auch mehr Verantwortungsbe-  
wusstsein zeigen. Die Folgen seines Tuns oder Lassens dürfen ihm nicht egal sein. Er  
müsste sie zur Kenntnis nehmen und Fehler selbstkritisch analysieren. Nur dann könnte  
der Vorsitzende auch die negativen Entwicklungen wieder korrigieren. Der Artikel formu-  
lierte zugleich die Annahme, dass jemand, dem seine Arbeit und der Arbeitserfolg am Her-  
zen liegt, mehr unter Misserfolgen leiden würde. Denn wer diese „Rückschläge“ nicht ver-  
drängt, würde durch sie „getroffen“ werden. Sie würden ihn auch emotional belasten. Da  
Scharping aber verhinderte, dass seine Misserfolge ihn betroffen machen konnten, schien  
ihm letztlich die nötige Arbeitseinstellung zu fehlen. Seine Verdrängung war letztlich ein  
Selbstschutz auf Kosten der Möglichkeit, die eigene Arbeit als Vorsitzender zu überdenken  
und zu verbessern.

Somit legte der Artikel den Schluss nahe, dass Scharpings Prioritätensetzung für alle  
am Wohlergehen der Partei Interessierten nicht akzeptabel sein konnte. Scharping verletzte  
die Erwartungen an den Vorsitzenden, wie sie im Idealbild des Spitzenfunktionärs als  
Beauftragten der Basis niedergelegt sind. Demnach müsse der Vorsitzende durch beson-  
dere Leistungen zeigen, dass er des Amtes würdig ist. Er müsse aber auch von sich aus  
den Willen zur Leistung haben, da die auftraggebende Basis nicht jeden seiner Arbeits-  
schritte kontrollieren kann. Führungsarbeit erfordert Kreativität, mitunter Spontaneität. Die  
Arbeitsaufgaben des Führers lassen sich nicht standardisieren. Der Führer braucht Frei-  
räume, um seine Arbeit machen zu können (Kaufmann 1995, S. 83). Das Vertrauen der  
Auftraggeber kann der Führer als Beauftragter nur dann gewinnen, wenn er ein eigenes  
starkes Interesse an einer guten Führungsarbeit erkennen lässt. Doch diesen Willen zur  
Leistung und dieses verinnerlichte Interesse an guter Vorsitzendenarbeit schien Scharping  
dem Artikel zufolge vermissen zu lassen.

Der zweite von einem Journalisten erhobene Vorwurf gegen Scharping lautete, dass  
er nur ungenügende Problemlösungsversuche unternahm. Angesichts der diagnostizierten  
Krise der SPD hätte es besonderer Anstrengungen und besonderer Mittel bedurft, um die  
Lage der Partei zu verbessern. Scharping ließ jedoch nicht erkennen, auf welche Weise er  
der Krise begegnen wollte. Sein öffentliches Auftreten beschränkte sich, der Kritik zufolge,  
auf die Betonung seines Durchhaltevermögens:

Wenn er nur genügend Ausdauer zeige, so redet sich Rudolf Scharping ein, werde sich der  
Abwärtstrend schon irgendwann wenden. Da macht er sich was vor. Eine blamable Nieder-  
lage bei den Berliner Wahlen, für die nicht nur Ingrid Stahmer, sondern auch er den Kopf  
hinhalten muss, ist nach den jüngsten Meinungsumfragen kaum noch abzuwenden. Und für  
die Urnengänge im Frühjahr sieht es nicht besser aus. (Pragal, Berliner Zeitung 07.10.1995)

Der Autor beschrieb eine Situation, in der es dringenden Handlungsbedarf gab. Vier  
Landtagswahlen waren in den nachfolgenden Monaten zu bestehen. Nach Meinung des  
Autors drohten bei allen vier Wahlgängen „blamable Niederlagen“. Die Wahlen würden  
nicht nur knapp verloren gehen wie etwa die Bundestagswahl 1994. Vielmehr waren deutli-

che Verluste zu erwarten. Diese Verluste wären peinlich, sie würden das öffentliche Ansehen der SPD noch stärker beschädigen. Diese Gefahr einer Serie von Wahlniederlagen hätte, so deutete der Autor an, den Vorsitzenden zu besonderen Kraftanstrengungen veranlassen müssen. Genau dies ließ Scharping jedoch vermissen, weil er sich lediglich darauf beschränkte, „nur genügend Ausdauer zu zeigen“. „Ausdauer“ war jedoch ein zu schwaches Mittel, um die Probleme erfolgreich zu bewältigen.

Der Autor bewertete Scharpings Rezept als mangelhaft. Einerseits kennzeichnete er den Lösungsweg „Ausdauer“ als Illusion. Scharping habe sich lediglich „eingeredet“ und „sich etwas vorgemacht“, dass Ausdauer helfen würde. Was man sich einredet, beruht jedoch auf Wunschvorstellungen und geht an der Wirklichkeit vorbei. In der Wirklichkeit, die der Artikel meint, würde Ausdauer keineswegs für die Trendwende genügen.

Andererseits sah der Autor in Scharpings Behauptung einer Trendwende eine schlichte Hoffnung, die sich nicht auf Pläne und methodische Krisenbearbeitung stützte. Mit dem Wort „irgendwann“ charakterisierte der Autor das Scharpingsche Beharren als schlichte Hoffnung. „Irgendwann“, so glaube Scharping, würde der „Abwärtstrend“ enden. Scharping hatte freilich die Besserung der Lage nicht wortwörtlich auf „irgendwann“ datiert. Der Autor sorgte durch seine Formulierungen aber für den Eindruck, als hätte Scharping von „irgendwann“ gesprochen oder wäre wenigstens in ähnlicher Weise unkonkret geblieben. „Irgendwann“ ist sehr unbestimmt, einen genauen Zeitpunkt für die Trendwende konnte Scharping daher nicht benennen. Scharpings Zuversicht bezog sich entsprechend nur auf die Trendwende selbst. Sie würde passieren. Unklar blieb jedoch, wann und wie das geschehen würde. Das klingt nicht nach einem ausgearbeiteten Plan von aufeinander folgenden Arbeitsschritten, mit dem das öffentliche Ansehen der SPD wieder aufpoliert werden könnte. Detaillierte Pläne hätten auch die Angabe von halbwegs konkreten Datumsangaben erlaubt.

Die von Scharping bekundete „Ausdauer“ ließ sich ebenfalls als Symptom der Planlosigkeit lesen. Wer Ausdauer zeigt, bleibt stabil und ändert gerade nichts. Er stellt sich einer sich ändernden Umwelt entgegen mit dem Anspruch, sich durch diesen Wandel selbst nicht verändern zu lassen. Er übersteht „Stürme“ (siehe Scharping-Zitat oben) unbeschadet, also ohne dessen verändernde Einwirkung. Ausdauer klingt zudem nach einer Disziplinübung, bei der es darum geht, jegliche eigene Schwäche und den Wunsch nach leichten Erfolgen zu bezwingen. Stabilität und Disziplin sind aber das Gegenteil von Veränderungen. Die Bekundung von „Ausdauer“ konnte von Lesern daher auch als Zeichen mangelnder Bereitschaft zum aktiven Eingriff gelesen werden. Eingriffe verändern etwas, der Verzicht darauf bewahrt lediglich den Status quo. Ebenso fehlt bei „Ausdauer“ im Sinne von Aushalten von Widrigkeiten die Assoziation zu Analyse und methodischer Problembearbeitung. Der „Ausdauernde“ zeigt seine Stärke, indem er den Ereignissen trotzt. Er behauptet sich gegen die von außen einströmenden Kräfte. Darin liegt die Priorität des Aus-



dauernden. Aber nichts deutete im Falle dieser Bekundungen von Ausdauer darauf hin, dass Scharping die Probleme der Partei sorgfältig analysierend und anschließend methodisch bewältigen wolle. Die Bekundung von „Ausdauer“ proklamierte eher das Ziel der Selbstbehauptung als dass sie den Weg zur Besserung der Lage als Abfolge methodischer Arbeitsschritte konkret beschrieb.

Insgesamt vermittelte der Autor den Eindruck, dass Scharpings Art des Umgangs mit der Krise ungenügend sei. „Ausdauer“ war keine Lösung. Sie war eine Illusion und zum Scheitern verurteilt. Wer diese Kritik des Artikels dann im Lichte der Erwartungen besonderer Leistungen und Anstrengungen las, die an einen Vorsitzenden gerichtet werden, muss diesen Konzeptmangel als untragbar empfunden haben. Einerseits erschien Scharping in diesem Artikel als jemand, der die Parteikrise gewiss nicht bewältigen würde. Andererseits zeigte er sich damit aber auch den Anforderungen an sein Amt nicht gewachsen.

Der SPIEGEL-Journalist Jürgen Leinemann warf Scharping überdies vor, vor allem am Machterhalt interessiert gewesen zu sein. Leinemann behauptete, dass

Scharping, wie alle seine quengeligen Mit-Enkel, sich tatsächlich einzureden pflegt, es gehe ihm vornehmlich um DIE SACHE.

Dass ihnen das Projekt Sozialdemokratie zu wichtig sei, um es durch persönliche Eitelkeiten zu gefährden, beteuern unentwegt jene Spitzen-Egomanen der Partei, die so rastlos dabei sind, es zu ruinieren.

Tatsächlich kennt diese Generation von Politikern, deren Leben seit Juso-Zeiten auf die Parteilaufbahn verengt blieb und die keinen Fußbreit Abstand zu sich selbst und zu ihrem Tun zu finden gelernt hat, aber nur eine einzige Sache, um die sie kämpft wie um ihre Existenz – ihre eigene Karriere. [...]

Jetzt pocht er vor einer zunehmend gelangweilten Öffentlichkeit auf seine Machtansprüche. Überleben ist zum Selbstzweck geworden. (Leinemann, SPIEGEL 44/1995, S.33)

Dieser Vorwurf ließ sich als folgerichtig einordnen in die bereits dargestellten Kritiken. Dem Vorsitzenden wurde angelastet, dass ihm der nötige Leistungswille und das Verantwortungsbewusstsein für die Folgen seiner Amtsführung fehlte. Auch schien sein wesentliches Ziel zu sein, den „Sturm zu überstehen“, sich also zu behaupten. Diese Kritiken konnten den Verdacht schüren, dass es Scharping letztlich doch nur darum ging, sein Amt gegen die Konkurrenten zu verteidigen. Sein Interesse für die Partei und die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder erschien in den zitierten Artikeln kaum vorhanden zu sein.

Zugleich ist der Vorwurf des Selbstzwecks auch ein Beispiel dafür, wie Personaldiskussionen Imageprobleme verstärken können. Scharpings Umgang damit, dass er umstritten war, wurde ihm negativ ausgelegt. Der von ihm fortwährend betonte Kampfeswille wurde als Interesse am Machterhalt gedeutet.

#### **d) Der Vorwurf, Scharping sei den Ereignissen, die er gestalten solle, ausgeliefert**

Rudolf Scharpings öffentlich bekundete Zuversicht ließ sich auch als Weltfremdheit lesen, die ihn letztlich zu einer tragischen Figur machte. Weil Scharping dieser Lesart folgend nicht begriff, dass er die Unterstützung der Partei verloren hatte, verlor er auch die Kontrolle über die Partei und über die Ereignisse. Er wurde zum „Spielball“ des Geschehens, musste die Ereignisse als Widerfahrnis erleben, gegen das er machtlos war. Sein Handeln musste wirkungslos bleiben, weil es auf falschen Vorstellungen beruhte. Damit war sein Scheitern vorgezeichnet trotz seines Kampfes um das Amt. Dieser Kampf hatte aufgrund von Scharpings falschen Vorstellungen tragischen Charakter: Das Bemühen, das Richtige zu tun, musste trotzdem in der Niederlage enden. Diese Tragödie deutete folgende Passage an:

Kurze Zeit später versichert er [Scharping, M.L.], die Parteiführung stehe ohne Ausnahme hinter ihm. Und außerdem sei er der Kanzlerkandidat der SPD 1998.

Der Mann träumt. In der Partei ist längst klar: Der neue Chef heißt Oskar Lafontaine. (Köpf/Schrotthofer, FOCUS 41/1995)

Scharping behauptete in der Öffentlichkeit, dass die Mehrheit der Parteimitglieder ihn unterstützte. Für die Autoren war diese Behauptung aber kein Versuch Scharpings, die Öffentlichkeit über das tatsächliche Ausmaß der Kritik am Vorsitzenden hinweg zu täuschen. Sie sahen in ihm keinen Propagandisten, sondern unterstellten Scharping, dass er „träume“. Wer träumt, entfernt sich von der Wirklichkeit. Der Träumer erliegt seinen Illusionen, er hält seine Träume für die Wirklichkeit. Die Autoren stellten Scharping damit als jemanden dar, der die Planungen, ihn durch Lafontaine zu ersetzen, tatsächlich nicht bemerkte. Scharpings Zuversicht, sein Amt zu verteidigen, gründete auf einen Irrtum. Die Autoren prognostizierten einen dramatischen, weil plötzlichen Einbruch der Wirklichkeit in Scharpings Leben. Seine Ablösung als Vorsitzender würde ihn überraschen. Die Folge würde eine schlagartige Desillusionierung Scharpings sein:

Die große Unbekannte bei der Rechnung ist der Gescholtene. Wird er abtreten? Und wann? Noch ist Scharping überzeugt, dass „Rückgrat wichtiger ist als die Krawatte.“ Also wird er tapfer weitermarschieren, bis ihn jemand von der Strecke holt. (Köpf/Schrotthofer, FOCUS 41/1995)

Als tragische Figur dargestellt, konnte Scharping Mitleid erwecken. Er wirkte umgeben von Verlogenheit und Intrige. Die „Genossen“ redeten nicht offen über ihren Wunsch, Lafontaine zum Vorsitzenden zu machen. Sie gaben sich öffentlich als Unterstützer des insgeheim abgelehnten Scharping:

Die Weichen für einen Wechsel sind offenbar längst gestellt, obwohl sich führende Sozialdemokraten aus den Ländern noch brav um ihren jetzigen Vorsitzenden scharen. (Köpf/Schrotthofer, FOCUS 41/1995)

Die Autoren suggerierten ein Drama, dessen zentrale Figur Scharping das Opfer von Verrat werden würde. Ein anderer Kommentar nannte dieses Szenario einen „Königsmord“

und suggerierte damit ein auch im theatralischen Sinne spannendes Drama um den Parteivorsitz:

Es gebe keine Alternative zu Scharping. Der verstehe sich meisterlich aufs Krisendurchstehen. Jetzt sei Geschlossenheit gefragt. [...] Die Frage ist - ganz im Ernst - jedoch, wie lange der jetzt vorgeführte Schein der Wirklichkeit standhalten wird. Diese wird nämlich nicht dadurch weniger dramatisch, dass in den Kreisen der SPD-Großfürsten offenbar noch mit dem Königsmord gezögert wird. (Zschaler, Berliner Zeitung 10.10.1995)

Verrat und falsche Loyalitätsadressen sind moralisch verwerflich. Scharpings vorhergesagter Sturz würde das Ergebnis der Böswilligkeit und moralischen Defizite seiner Gegner sein. Entsprechend ließen sich „gut“ und „böse“ leicht trennen. Zumindest in der konkreten Konstellation wirkte das Opfer in diesem Artikel unschuldig.

Aber das so angeregte Mitleid mit Scharping schwächte diesen als Vorsitzender weiter. Der Bemitleidete wirkte schwach und hilflos, er war ein Opfer. Als Vorsitzender hätte er aber eine Person sein müssen, die durch ihre besondere Autorität und Kraft Anerkennung erwerben kann. Der Vorsitzende hätte jemand sein müssen, der eben deshalb das höchste Parteiamt innehat, weil er der Mehrheit der Mitglieder aufgrund seiner Persönlichkeit überlegen ist (Popitz 1992, S. 110; Sofsky/Paris 1994, S. 24). Denjenigen, den man bemitleidet, hält man jedoch nicht mehr für überlegen. Das Verhältnis kehrt sich um. Die Bemitleidenden erfahren sich nunmehr als überlegen, weil das Opfer auf ihr Mitgefühl angewiesen zu sein scheint. Wenn Scharping Mitleid erntete bei Lesern und Journalisten, hatte er folglich die Anerkennung als besonders geeignete Führungsperson verloren.

Scharpings Eignung als Parteiführer war außerdem in Frage gestellt dadurch, dass er den Autoren zufolge dem Drama ausgeliefert war. Scharping kontrollierte die Ereignisse nicht mehr, er gab nicht mehr die Richtung vor, allenfalls glaubte er noch, dies zu tun. Tatsächlich, so die Autoren, wurde Scharping von dem Geschehen getrieben. Also führte er die Partei auch faktisch nicht mehr. Weder bestimmte er die Beschlusslage der Partei, noch gelang es ihm, Gefolgschaft einzuwerben. Er hatte die Macht über das Handeln der Parteimitglieder verloren, aber auch über deren Gefühle. Sie taten nicht mehr, was er als Parteivorsitzender vorgab und sie empfanden auch keine Anerkennung mehr für ihn als Persönlichkeit. Ein Parteivorsitzender ohne Macht und ohne Anhänger war jedoch nicht länger geeignet für sein Amt. Seine Eignung stellten die Autoren indirekt auch durch die Diagnose des „Träumens“ in Frage. Wenn Scharping nicht bemerkte, dass man seinen Ablösung plante, hatte er offenbar nicht den nötigen Überblick. Ihm fehlten wichtige Informationen, um seine Führungsarbeit erfolgreich gestalten zu können. Die Stimmung in der Partei schätzte er falsch ein. Dank dieser Fehleinschätzungen konnte er nur noch falsche Entscheidungen treffen. Schließlich wirkte das „Träumen“ Scharpings naiv und gutgläubig. Wer dem Vorsitzenden qua Amt eine besonders große Verantwortung (für die Partei, im Falle der Regierungsübernahme für den Staat) zuschrieb, musste Scharping allein wegen der hohen Wahrscheinlichkeit fortgesetzter Fehlentscheidungen ablehnen.

## **1.8 Argumentative Schwächen: Warum sich eine Wiederwahl Scharpings grundsätzlich nicht gut begründen ließ**

Scharpings Kampf um ein besseres Medienbild und um die Zustimmung der Partei wurde erschwert durch argumentative Schwächen bei zwei Themen. Einerseits ließ sich die von Scharping vertretene personelle Kontinuität im Vorsitz angesichts der Krise nur schwer begründen. Andererseits konnte Scharping angesichts der Misserfolge der jüngeren Vergangenheit, insbesondere der Niederlage bei der Bundestagswahl 1994, kaum überzeugend darlegen, warum er der Garant künftiger Erfolge sein werde.

Diese argumentativen Schwächen entstanden auch aus konzeptionellen Defiziten Scharpings. Er bot weder der Öffentlichkeit noch der Partei durchdachte Strategien an, die einen Erfolg wenigstens wahrscheinlich machen würden. Diesen Mangel hätte Scharping prinzipiell durch konzeptionelle Arbeit beheben können. Die Begründungsschwierigkeiten hätte er damit nicht vollständig beseitigt. Die Krise der SPD schürte in der Partei die Furcht vor wiederholten Wahlniederlagen wie auch vor dem Untergang der SPD als Volkspartei. Solche Ängste konnten die Mitglieder lähmen oder in die Resignation treiben, wenn nicht jemand begründete Hoffnungen auf eine Besserung der Lage weckte. Für Scharping war das Wecken solcher Hoffnungen aber teilweise gar nicht möglich. Denn mit seiner Person verbanden sich angesichts der Krise der SPD Unsicherheiten in der Mitgliedschaft, die sich durch Konzepte und Argumente alleine nicht auflösen ließen.

### **1.8.1 Eine Krisenbewältigung durch personelle Kontinuität war unplausibel**

Scharping konnte seine Wiederwahl nicht als sinnvoll begründen, weil die personelle Kontinuität in der „Krise“ nicht als überzeugende Krisenlösung wahrgenommen worden ist. Da die SPD sich nach Auffassung von Medien und Partei in der „Krise“ befand, bestand auch die Notwendigkeit aktiven Eingreifens. Die Krise wurde als das Resultat eines fehlerhaften Zustandes der Partei verstanden. Daher musste dieser Zustand verändert werden. Die Ursachen der Krise mussten ermittelt und anschließend methodisch beseitigt werden.

Aus der Erwartung von verändernden Eingriffen ergab sich für Scharping ein gravierendes Inszenierungsproblem. Indem Scharping seinen Anspruch auf sein Amt aufrecht erhielt, plädierte er für eine personelle Kontinuität im wichtigsten Parteiamt. Eine solche Kontinuität konnte als ein „weiter so“ verstanden werden, also als Verzicht auf Aktivitäten und Veränderungen. Das Fehlen von Veränderung und Aktivität konnte den Eindruck hinterlassen, dass die Krise sich weiter ungebremst entfalten müsse, weil deren Ursachen fortbestehen. Scharping musste daher zeigen, warum der Verzicht auf Personalwechsel sinnvoll und Teil der Krisenlösung sei. Er musste ebenfalls zeigen, dass diese personelle Kontinuität keinesfalls gleichzusetzen sei mit einem inaktivem „weiter so“. Diese Form der Krisenbewältigung musste er der Öffentlichkeit und der Partei auch vorführen, um zu zeigen, dass man an einer Verbesserung der Lage der Partei arbeite. Schließlich mussten Partei-

mitglieder, Journalisten und Wähler auch Kenntnis davon bekommen, dass die Krise der Partei nunmehr bald überwunden sei. Nur auf diese Weise hätte man das öffentliche Bild der kriselnden Partei korrigieren können. Dazu hätte man Aktivitäten auswählen müssen, die in den Augen von Parteimitgliedern und Medien glaubwürdig gewirkt hätten.

Ein Personalwechsel im Vorsitzendenamt hätte aber erheblich bessere Aussichten gehabt, von Parteimitgliedern wie auch der Öffentlichkeit als überzeugende Krisenlösung wahrgenommen zu werden. Der Personalwechsel wäre ein deutlich sichtbarer Eingriff in die Struktur. Er hätte vor allem diejenigen überzeugen können, die dem Parteivorsitz einen umfangreichen Einfluss auf die Geschicke der Partei zuschrieben. Scharpings Beharren auf sein Amt war dieser Lösung unterlegen. Diese argumentative Unterlegenheit hätte Scharping durch besondere Anstrengungen auf anderen Gebieten mit einem ähnlichen Inszenierungswert wie ein Personalwechsel kompensieren müssen. Je mehr Scharping auf seinem Amt beharrte, desto mehr hätte er Aktivitäten und Veränderungen propagieren müssen, die trotzdem den Eindruck einer Besserung der Lage der Partei erzeugen hätten können. Besonders auf dem Parteitag hätte der Vorsitzende mit überzeugenden Aktivitäten glänzen müssen. Sowohl Scharping als auch die Parteiführung hatten öffentlich versprochen, dass der Parteitag ein Wendepunkt in der Entwicklung der Partei sein würde (Günsche, Die Welt, 10.11.1995; Reitz/Schrotthofer, FOCUS 46/1995).

Diese Erwartungen waren jedoch kaum zu erfüllen. Einerseits bot ein Parteitag nur begrenzte Inszenierungsmöglichkeiten. Scharping konnte sich dort lediglich mit einer Rede um einen starken öffentlichen Eindruck bemühen. Scharping war aber kein feuriger Redner, der zu begeistern verstand. Die Aussicht auf eine überraschende rhetorische Meisterleistung des Vorsitzenden war daher ausgesprochen gering.

Andererseits war es auch wenig wahrscheinlich, dass Scharping auf dem Parteitag mit bahnbrechenden Konzepten und Vorschlägen die öffentliche Meinung für sich gewinnen hätte können. Eingebunden in die Vielfalt innerparteilicher Interessengruppen und zur Konzilianz und Integration durch das Vorsitzendenamt verpflichtet, wäre es ihm nicht möglich gewesen, mit radikalen politischen Ideen aufzuwarten (Walter 2009, S. 222). Schließlich rächte sich dort auch das konzeptionelle Defizit Scharpings, weil er kaum methodische Ansätze zur Krisenbewältigung öffentlich propagierte.

Im Vorfeld des Mannheimer Parteitages wurde Scharping von den Medien mit diesen Erwartungen konfrontiert. Es wurde dabei auch deutlich, dass er keine besonderen Argumente anzubieten hatte:

FOCUS: Mehr als die Hälfte der Parteitagsdelegierten hält Sie als Vorsitzenden für ungeeignet. Wie wollen Sie Ihre Genossen noch überzeugen?

Scharping: Mit einer klaren politischen Linie. Und Sie wissen ja: Wahlen sind zuverlässiger als Umfragen. [...] Es haben wohl auch nicht alle das Ergebnis der Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz 1993 innerlich verarbeitet und akzeptiert. Das wird mit dem Parteitag in Mannheim zu Ende sein.

FOCUS: Warum?

Scharping: Weil es klare Entscheidungen in der Sache und zu den Personen geben wird.  
(Reitz/Schrotthofer, FOCUS 46/1995)

Die Interviewer wiesen Scharping auf eine kurz zuvor veröffentlichte Umfrage hin, nach der die Mehrheit der Parteitagsdelegierten lieber Lafontaine als Vorsitzenden sähe (Saarbrücker Zeitung, 09.11.1995). Dieser Umfrage zufolge hatte Scharping die Unterstützung der Delegierten längst verloren. Hätte er dennoch mit einem guten Ergebnis im Amt bestätigt werden wollen, hätte er seine Kritiker von der Richtigkeit dieser Wahl überzeugen müssen. Er hätte ihnen ein Angebot machen oder Argumente liefern müssen, die die Lafontaine-Unterstützer unter den Delegierten doch noch umstimmen hätte können. Die Antwort Scharpings auf die Frage, welches Angebot er den Delegierten machen wolle, fiel aber dünn aus. Er zog sich auf die Phrase von der „klaren politischen Linie“ zurück. Weder erklärte er, worin diese Linie bestehen sollte, noch wurde ersichtlich, inwiefern diese Linie „klarer“ sein würde als das, was die SPD zuvor vertreten hatte. Im weiteren Verlauf des Interviews sprach Scharping zwar auch über konkrete politische Themen (Steuern, Wirtschaftspolitik usw.). Keine seiner Positionen war jedoch neu oder überraschend. Es fehlte im Zusammenhang mit diesen Aussagen jedes Argument, warum diese Politik vor allem nur mit einem Vorsitzenden Scharping erfolgreich vertreten werden konnte.

Dafür sparte Scharping nicht mit Versprechungen. Er behauptete, dass der Machtkampf mit Schröder um Vorsitz und Kanzlerkandidatur durch den Parteitag beendet werden würde. Dazu spielte er auf Schröder als den Unterlegenen der Mitgliederbefragung von 1993 an. Ein Ende des Machtkampfes band er an „klare Entscheidungen [...] zu den Personen“. Dem informierten Leser fehlte jedoch jedes Argument dafür, warum Schröder auch bei einer Wiederwahl Scharpings seine Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur aufgeben hätte sollen. Es blieb auch offen, wie Scharping es bewirken wollte, dass seine Spitzenposition in der Partei auch von Schröder und Unterstützern „akzeptiert“ werden würde.

### **1.8.2 Die Unglaubwürdigkeit des Versprechens künftiger Erfolge aufgrund der Niederlage der Bundestagswahl 1994**

Scharpings Kampf um seine Wiederwahl als Vorsitzender und um die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 1998 war belastet durch die Wahlniederlagen der letzten beiden Jahre. Erfolge konnte Scharping dagegen kaum vorweisen. Die Niederlagen ließen ihn als prädestinierten Verlierer erscheinen. Gute Gründe für die Hoffnung auf einen Sieg über Helmut Kohl konnte Scharping angesichts dieser Bilanz nicht aufbieten. Diese argumentative Schwäche wurde durch ein Zitat von Gerhard Schröder gut illustriert:

Denn, so Schröder, „irgendwann werden sich die Leute ja mal fragen, welche Wahlen denn die SPD mit Scharping als Vorsitzenden gewonnen hat“.

Schröders Spott trifft den Punkt. So schlecht wie unter Rudolf Scharping ging es der SPD schon lange nicht mehr. Hessen, Bremen, Nordrhein-Westfalen - nirgends erreichte die SPD ihre Ziele. (SPIEGEL 27/1995, S. 28)

Zwar konnte die SPD in allen drei Bundesländern weiterregieren. Misserfolge waren diese Wahlen dennoch. In allen drei Bundesländern musste die Partei Verluste hinnehmen. In NRW ging die absolute Mehrheit nach vielen Jahren verloren. Die Bremer SPD fuhr das schlechteste Ergebnis seit dem Krieg ein. Die Hessen-SPD stellte nicht mehr die stärkste Fraktion im Landtag. Die Serie von Misserfolgen konnte bei den Mitgliedern die Befürchtungen wecken, dass Scharping auch bei künftigen Wahlen eher keine glückliche Hand haben werde. Diese Befürchtungen konnte Scharping nicht durch einen Verweis auf Erfolge, die seine Leistungsfähigkeit belegten, entkräften. Scharping konnte lediglich um das Vertrauen seiner Partei werben, dass er sich letztlich gegen den Anschein doch noch als erfolgreicher Parteiführer bewähren würde. Auf diese Bewährung konnten Scharpingunterstützer aber lediglich hoffen. Scharping konnte ihnen keine Gewissheit vermitteln, dass sie ihm auch wirklich gelingen würde. Für jeden, der an Wahlerfolgen interessiert war, war die Wiederwahl Scharpings daher eine riskante Spekulation auf einen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Wer auf Scharping setzte, musste weiter mit der Furcht leben, dass die in Medien verbreitete Skepsis am Vorsitzenden Recht behielt. Für diese Befürchtungen gab es dank der Umfragen und der Misserfolge bei Wahlen auch gute Gründe. Die Hoffnung auf eine Umkehr des Trends ließ sich hingegen durch nichts stützen. Wer aber einen Wahlausgang nicht einfach passiv abwarten, sondern Niederlagen mit Strategien vorbeugen wollte, konnte sich mit Hoffnung und Versprechungen ohne jede Gewähr nicht zufrieden geben. Der Verlust von Mandaten und politischen Ämtern war zu gravierend. Es war unvernünftig, seine politische Existenz als Abgeordneter oder Landesminister von einem Kandidaten abhängig zu machen, der kaum Erfolgsaussichten bieten konnte. Wesentlich zweckmäßiger wäre die Wahl eines Kandidaten gewesen, der wenigstens aufgrund seiner Popularität Wahlerfolge wahrscheinlich erscheinen ließ.

Im Kampf mit Schröder um die Kanzlerkandidatur war die verlorene Bundestagswahl 1994 das größte Hindernis für Scharping, um sich als aussichtsreicher Herausforderer von Helmut Kohl präsentieren zu können. In Medien und Partei gab es die Meinung, dass Scharping diese Niederlage durch eigene Fehler verschuldet habe. Als Wahlkämpfer habe er sich damit selbst diskreditiert. Scharpings Fehler erschienen den Kritikern umso gravierender, da die SPD noch zu Beginn des Wahlkampfes gute Aussichten auf einen Wahlsieg gehabt hatte.

In der SPD gab es 1994 die Annahme, die Partei habe eine realistische Chance, den regierenden Bundeskanzler Helmut Kohl nach 12 Jahren Opposition endlich abzulösen. Diese Annahme stütze sich auf das Empfinden, dass in der Bevölkerung eine Wechselstimmung herrschte. Man glaubte, dass eine Mehrheit der Wähler von Kohl enttäuscht war und ihn endlich abwählen wollte. Die steigende Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren hatte Ängste vor Arbeitsplatzverlust geschürt. Dieser Pessimismus schlug sich in sinkenden Um-

fragewerten für die regierende Koalition nieder. Die SPD lag eine Zeit lang in den Umfragen vor der Koalition (Potthoff/Miller 2002, S. 365; Berliner Zeitung 07.03.1994; Berliner Zeitung 25.01.1994; Berliner Zeitung 03.01.1994).

Letztlich holte Kohl in den Umfragen wieder auf (Berliner Zeitung, 28.04.1994) und gewann die Bundestagswahl. Das Wahlergebnis ließ sich dennoch als Bestätigung für die Annahme einer realistischen Chance der SPD auf einen Sieg lesen. Denn die Niederlage der Sozialdemokraten war denkbar knapp. Bis zu dieser Wahl verfügte die Koalition aus CDU, CSU und FDP über 134 Bundestagssitze mehr als SPD und Grüne (Potthoff/Miller 2002, S. 365f.). Nach der Wahl hatte die Koalition nur noch 10 Abgeordnete mehr als Rot-Grün (SPIEGEL 42/1994). Diese Mehrheit kam vorrangig durch Überhangmandate zustande. Berücksichtigt man alleine die Anzahl der Sitze auf der Basis des Zweitstimmenergebnisses, dann hatte die Koalition lediglich zwei Sitze mehr als Rot-Grün erringen können. Die Verluste der regierenden Koalition waren erheblich. Das ließ sich interpretieren in Richtung Wechselstimmung. Union und FDP hatten offenbar massiv an Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

Zugleich legte der knappe Vorsprung von Schwarz-Gelb den Gedanken nahe, dass nicht sehr viel zum Sieg für Rot-Grün gefehlt hätte. Die Ablösung Kohls hatte in greifbarer Nähe gelegen. Anders als bei einer sehr deutlichen Niederlage bzw. einem sehr deutlichen Übergewicht der Wahlsieger blieben damit Szenarien möglicher anderer Wahlausgänge plausibel. Man konnte darüber spekulieren, unter welchen Umständen es der SPD gelungen wäre, die wenigen zum Sieg fehlenden Stimmen doch noch zu erringen.

Der Gedanke, dass es eine realistische Chance auf einen Wahlsieg gegeben hatte, wurde gestützt durch die Annahme, die Wahlkampagne der SPD sei fehlerhaft gewesen. Die Niederlage der Partei führte mancher nicht auf die Stärke Helmut Kohls zurück, sondern auf die eigenen Fehler:

Kohl gewann 1994 nicht, weil er so gut war, sondern weil wir so viele Fehler gemacht hatten. (Lafontaine 1999, S. 38)

Viele dieser Fehler wurden dem Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Scharping angelastet. Drei Fehler Scharpings fanden ein besonders starkes Echo in den Medien.

1) Im März 1994 unterlief Scharping ein Fehler bei der Vorstellung des SPD-Steuerkonzeptes. Die SPD wollte anstelle des Solidaritätszuschlages eine Ergänzungsabgabe einführen, die nur „Besserverdienende“ zu zahlen hätten. Allerdings legte er in einer Pressekonzferenz die Einkommensgrenze so niedrig an, dass damit ein Durchschnittsverdiener bereits zu den „Besserverdienenden“ zählte. Der Eindruck entstand, Scharping habe brutto und netto verwechselt. Die Presse reagierte mit Hohn und Spott (Berliner Zeitung 23.03.1994). Scharpings Ansehen in der Öffentlichkeit sank:

Da wir diese Grenze noch nicht festgelegt hatten, geriet Rudolf Scharping ins Schleudern. Dies wurde ihm dann ungerechterweise so ausgelegt, als hätte er brutto und netto verwechselt.



selt. Danach wandelte sich das öffentliche Meinungsbild. Diejenigen, die vorher seine Eigenschaften – eine gewisse Langsamkeit, Beständigkeit und Verlässlichkeit – gut beurteilt hatten, kamen jetzt zu dem Ergebnis, er sei langweilig, ideenlos und hätte wenig Temperament. Zudem machte Rudolf Scharping im Verlauf der Wahlkampagne eine Reihe von Fehlern. (Lafontaine 1999, S. 36)

2) Im Mai 1994 geriet Scharping in die Kritik durch seine Reaktion auf die Wahl des CDU-Politikers Roman Herzog zum Bundespräsidenten. Die SPD hatte den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau nominiert. Da die FDP mit Hildgard Hamm-Brücher eine eigene Kandidatin aufgestellt hatte, hatte keiner der Kandidaten Aussicht auf die absolute Mehrheit. Nach zwei Wahlgängen hatte es daher kein Ergebnis gegeben. Nach dem zweiten Wahlgang regten einige SPD-Politiker an, mit den Stimmen der SPD die FDP-Kandidatin zu unterstützen. Scharping war jedoch nicht bereit, Johannes Rau zu einem Rückzug zu bewegen. Herzog gewann die Wahl. Am Folgetag kritisierte Scharping die Bundespräsidentenwahl:

SPD-Chef Rudolf Scharping warf Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) vor, sein „macht-politisches Kalkül“ bei der Wahl des Staatsoberhauptes über den Mehrheitswillen in der Bevölkerung gestellt zu haben. Der FDP hielt Scharping vor, sie habe sich „der Union ausgeliefert“ und nichts anderes getan, als „Selbstmord zu begehen“. (Berliner Zeitung 25.05.1995)

Scharpings Äußerungen wurden in den Medien wiederum negativ bewertet und als „unnötiges Nachtreten“ kritisiert. Auch aus der SPD kam Kritik und die Warnung, dass man sich mit solchen Äußerungen die „Sympathien in der Bevölkerung“ verscherze (so etwa Rudolf Dreßler in: Berliner Zeitung 25.05.1994).

Mancher Rundumschlag Scharpings erzeugte Empörung in der Presse, insbesondere als er den DFB-Bundestrainer Berti Vogts in einer Fernsehsendung als „Auslaufmodell“ bezeichnete. Solche Äußerungen kamen vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft 1994 nicht gut an.

Dass Scharping bei dieser Gelegenheit den Kohl-Freund Berti Vogts als Bundestrainer kritisierte („Ich kann mir bessere vorstellen“) führte zu publizistischem Wellenschlag. Bild meldete, dass der SPD-Kanzlerkandidat über Vogts sogar gesagt habe, er sei „ein Auslaufmodell - wie Kohl“.

Die aufwogende Empörung war von verlogenen Ehrenerklärungen für den Fußball-Lehrer Vogts geprägt. Die Nation, die beschlossen hat, Vogts bis zur WM still zu erdulden, äußerte sich in Gestalt von Jürgen Möllemann: „Harter Arbeiter und erfahrener Ex-Profi“. (SPIEGEL 21/1994, S. 21)

3) Im Juni 1994 verlor die SPD die Europawahl. Scharping unterlief bei der Kommentierung der Wahlniederlage ein Versprecher, der Spott provozierte:

Zur Ironie der Wahlniederlage gehört ein peinlicher Versprecher, eine Freudsche Fehlleistung, die Scharping im nachhinein fast ebenso sehr ärgert wie das kärgliche Europa-Ergebnis: „Dies war“, sprach der Kandidat, „in der ersten Runde eine Niederlage - weitere werden folgen.“ (SPIEGEL 25/1994, S. 18)

Die unfreiwillige Komik dieses Zitats beruhte auf dem Missverständnis, Scharping habe weitere Niederlagen anstatt weiterer Chancen der SPD in den nächsten Wahlkämp-

fen angekündigt. Dieser Versprecher unterstützte das zunehmend schlechte Image Rudolf Scharpings, der mittlerweile bei öffentlichen Auftritten als ungelentk wahrgenommen wurde. Der journalistische Spott gipfelte in einer Comicserie des Satiremagazins „Titanic“. Hier wurde Scharping als „stinkendlangweilige Ziege“ karikiert (Greser/Lenz/Schmidt et al. 1994).

Die Scharping angelasteten Fehler konnten von Zeitungslesern und Mitgliedern als die Ursache der knappen Wahlniederlage verstanden werden. Gleichzeitig blieb die Idee lebendig, dass ein fehlerfreier Wahlkampf den Wahlsieg der SPD ermöglicht hätte. Als Schröder kurz nach der Wahl im Fernsehen behauptete, „ich hätt’s gepackt“ (Urschel 2002, S. 151), wirkte dies (trotz mancher Kritik an ihm) nicht absurd oder vermessen. Schröder war zuvor vom Moderator Thomas Gottschalk gefragt worden, ob er sich einen Wahlsieg zugetraut hätte. Schröders Kommentar ließ sich zudem auch als Kritik am Spitzenkandidaten Scharping verstehen. Schröders Botschaft lautete, dass er als Spitzenkandidat die SPD zum Wahlsieg geführt hätte. Laut Schröder war also die Person des Spitzenkandidaten wahlentscheidend gewesen. Die knappe Niederlage wurde nicht von der Wahlkampagne der SPD allgemein verursacht, denn mit Schröder wäre die Wahl anders ausgefallen. Die Nominierung Scharpings zum Kanzlerkandidaten war nach dieser Sichtweise ein Fehler gewesen.

Mit dieser Hypothek belastet musste Scharping um seine Wiederwahl zum Vorsitzenden werben. Gleichzeitig wollte er auch möglichst frühzeitig wieder zum Kanzlerkandidaten der SPD bestimmt werden. Angesichts fehlender Wahlerfolge war aber fraglich, ob Scharping sowohl die Öffentlichkeit als auch die eigene Partei von seiner Person überzeugen konnte. Skeptikern wird ein erneutes Scheitern Scharpings wahrscheinlicher erschienen sein als dessen Erfolg über Kohl. Um erfolgreich für sich zu werben, hätte Scharping gute Gründe anbieten müssen, warum er trotz seines Scheiterns und trotz seines schlechten Images bei der nächsten Bundestagswahl gewinnen könnte. Diese Erwartungen waren aber nicht leicht zu erfüllen. Die Niederlagen blieben unumstößliche Tatsache. Das Versprechen eines künftigen Wahlerfolges blieb dagegen Hypothese, die erst durch die Wahlen selbst bestätigt werden konnte. Diese Ungewissheit des künftigen Wahlausganges konnte auch durch elaborierteste Konzepte nicht ausgeräumt werden. Es musste vielen daher vernünftiger erschienen sein, sich bei ihrer Entscheidung über den Spitzenkandidaten lieber an den „Tatsachen“ der Vergangenheit als an den bislang fiktiven Zukunftsversprechen zu orientieren. Daher konnte Scharping eine pessimistische Einschätzung seiner Erfolgsaussichten nicht ausräumen.

## 1.9 Die Verselbstständigung der Personaldiskussionen

### 1.9.1 Die Forderung nach einer Trennung der Ämter des Partei- und Fraktionsvorsitzes

Sowohl in der SPD als auch in den Medien wurde offen über eine Ablösung Scharpings durch Schröder oder Lafontaine nachgedacht. Dass diese Personaldiskussion keine Marginalie war, zeigte die von prominenten SPD-Politikern erhobene Forderung nach einer Trennung der Ämter des Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Scharping bekleidete beide Ämter. Kritiker behaupteten, Scharping sei mit dieser Ämterhäufung jedoch überfordert. Sie schlugen vor, dass er den Parteivorsitz abgeben solle, um sich dann ausschließlich auf die Oppositionsarbeit im Bundestag zu konzentrieren.

Bei diesen Kritikern handelte es sich auch um bekannte und einflussreiche Führungspersonen der SPD. Schon im September 1995 bemühte sich Oskar Lafontaine um die Aufteilung der Ämter von Fraktions- und Parteivorsitz. Scharping sollte nach Lafontaines Vorstellung den Parteivorsitz abgeben (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1995). Dieses Ansinnen lehnte Scharping in einem Gespräch mit Lafontaine ab (Lafontaine 1999, S. 41f.). Lafontaine trug diese Idee noch einmal in der Vorstandssitzung am 16. Oktober 1995 vor (Breuer, Die Welt, 18.10.1995). Auch hier bekam er für diese Idee keine Unterstützung. Letzten Endes stimmte auch er in dieser Sitzung für die Nominierung Scharpings als einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz. Die Idee der Ämtertrennung wurde indes auch von anderen Spitzenpolitikern öffentlich vertreten. Kurz vor dem Mannheimer Parteitag sprachen sich Heide Simonis (Ministerpräsidentin Schleswig-Holstein), Wolfgang Jüttner (Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover), Renate Schmidt (Vorsitzende des Landesverbandes Bayern) oder Richard Dewes (Innenminister Thüringens und designierter Landesvorsitzender) für eine Ämtertrennung aus (Dietrich, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995; Saarbrücker Zeitung 09.11.1995; Süddeutsche Zeitung, 13.11.1995; SPIEGEL 45/1995, S. 38).

Mit der Behauptung, Scharping sei mit der Ämterhäufung überfordert, schloss die Diskussion um die Ämtertrennung an an die Idee der Leistung als Kriterium für die Vergabe von hohen Parteiposten.

Zugleich sprach sich Frau Simonis für eine Entlastung Scharpings aus. „Wenn der Vorsitzende alles alleine macht, passiert genau das, was im Moment geschieht: Er rennt wie ein Hund in der Kegelbahn hin- und her, muss von einem Termin und einem Thema zum anderen sausen und kommt bei keinem mehr richtig zum Überlegen.“ Das könne nicht gut gehen. In den Medien werde er „nur noch als Überarbeiteter“ wahrgenommen. (Günsche, Die Welt, 09.11.1995)

Der journalistische Autor behauptete, Simonis habe Scharping entlasten wollen. Entlastung ist etwas positives, weil jemandem Mühen abgenommen werden. Mit Entlastungen will man dem Entlasteten das Leben leichter machen. Wer den anderen entlasten will, möchte, dass es dem Entlasteten gut geht. Falls Simonis tatsächlich von „Entlastung“ ge-

sprochen hatte, hatte sie damit ihre guten Absichten betont. Dennoch ist Simonis` Aussage von Scharping und anderen als Kritik am Vorsitzenden verstanden worden (z.B. Zwischenfrage Jörg Tauss, Parteitagsprotokoll S. 149). Dafür gab es gute Gründe. Scharping erschien in diesen Worten als jemand, der die Anforderungen seiner Ämter nicht mehr erfüllen konnte, weil er überarbeitet war. Er hatte zu viele Aufgaben, so dass einige deshalb unerledigt bleiben mussten. Weil es zu viele waren, war er nicht mehr souveräner Kontrolleur und Gestalter seiner Arbeitsabläufe. Er wurde von seinen Arbeitsaufgaben, von seinem Pensum stattdessen beherrscht. Die Überfülle an Terminen nahm ihm die Möglichkeit, sich seinen Aufgaben angemessen zu widmen. „Er kommt bei keinem mehr richtig zum Überlegen“, also konnte er sich auf diese Termine nicht mehr mit der nötigen Gründlichkeit vorbereiten. Wo diese Gründlichkeit fehlt, passieren Fehler, die geleistete Arbeit kann nicht mehr richtig gut werden. Simonis zeichnete einerseits das Bild von Scharping eines bedauernden getriebenen Menschen. Aber andererseits beschrieb sie den Vorsitzenden auch als jemanden, der nicht mehr zu herausragenden Leistungen in der Lage war. Er machte seine Arbeit schlecht. Eine Ämtertrennung schien nach Simonis der Weg zu sein, um die Qualität der Arbeit wieder zu steigern. Eine Beibehaltung der Ämterhäufung Scharpings schien hingegen unvernünftig zu sein. Es war ihren Worten zufolge nicht sinnvoll, diese Situation der Überforderung und der unzulänglichen Aufgabenerledigung aufrechtzuerhalten. Simonis formulierte das zwar eher als Sorge um den gestressten Rudolf Scharping. Ihre Worte legten aber auch eine eher „ökonomische“ Ausdeutung nahe: Wer besondere Leistungen von den Inhabern eines Spitzenamtes erwartete, musste daher zu dem Schluss kommen, dass eine Ämtertrennung unvermeidlich war. Die vermeintliche Sorge von Simonis wurde zum Teil der Personaldiskussion um den Parteivorsitz.

### **1.9.2 Gründe der Verselbstständigung der Personaldiskussion**

Scharpings schlechtes Image wurde in Medien und in der Partei als die Ursache schlechter Umfragewerte der SPD ausgemacht. Scharpings Image schien die Wahlchancen der Partei zu gefährden. Daher wurden auch öffentlich Szenarien eines personellen Wechsels im Vorsitzendenamt diskutiert. Journalisten spekulierten über vermeintliche Bestrebungen in der SPD, Scharping durch Schröder oder Lafontaine auszutauschen. SPD-Politiker dachten in der Öffentlichkeit über solche Wechsel nach bzw. hielten diese Szenarien zumindest für realistisch.

Diese Personaldiskussionen verstärkten wiederum das negative öffentliche Bild der SPD. Die Partei wirkte wegen dieser Diskussionen zerstritten und in gegeneinander kämpfende Lager von Schröder-, Lafontaine- und Scharping-Unterstützern zerfallen. Zugleich wurde Scharpings Rolle als oberster Repräsentant seiner Partei weiter untergraben. Er galt als umstritten. Der Eindruck entstand, dass er in seiner Partei nicht mehr genug Unterstützer finden konnte, weil die Unzufriedenheit unter den Parteimitgliedern zuzunehmen schi-

en. Für Scharping folgte daraus, dass er sich nicht mehr als der allgemein anerkannte oberste Repräsentant der Partei darstellen konnte. Damit konnte er bei öffentlichen Auftritten oder in Verhandlungen mit politischen Gegnern auch nicht mehr glaubwürdig als Vertreter des Mehrheitswillens seiner Partei auftreten. Man konnte sein Verhandlungsmandat in Frage stellen mit dem Hinweis darauf, dass viele Parteimitglieder offenbar mit Scharpings Tun und Reden nicht mehr einverstanden waren (zum Erfordernis, dass der Stellvertreter das Mandat der ihn Delegierenden haben muss, siehe Sofsky/Paris 1994, S. 161).

Scharping hätte seinen Anspruch auf das Vorsitzendenamt nur dann erfolgreich verteidigen können, wenn er die Personaldiskussion unter Kontrolle bekommen hätte. Das war in seiner Lage aber nicht mehr möglich. Die Debatte hatte eine Eigendynamik bekommen, die Scharping nicht mehr beherrschen konnte. Sie ließ sich weder durch Argumente noch durch Sanktionen stoppen. Dafür gab es zwei wesentliche Gründe:

a) Scharping war Umfragen zufolge in der Bevölkerung unpopulär. Seine Konkurrenten Lafontaine und Schröder waren beliebter als der Parteivorsitzende. Deshalb musste man auch annehmen, dass die SPD mit Lafontaine oder Schröder als Parteivorsitzende oder Spitzenkandidaten auch erfolgreicher bei Wahlen sein würde.

b) In der Wahrnehmung der Medien schienen Scharpings Konkurrenten Schröder und Lafontaine die für einen Erfolg der SPD notwendigen positiven Eigenschaften zu haben, die Scharping fehlten. Schröder und Lafontaine wurden in den Medien als positiver Gegensatz zu Scharping dargestellt. Damit bot sich ein Personalwechsel als effektivste und schnellste Lösung der Imageprobleme der SPD an.

#### **a) Der populäre Alternativkandidat als stets greifbare Option der Imageverbesserung der Partei**

Angesichts des öffentlich ausgetragenen Machtkampfes zwischen Scharping und Schröder konzentrierten sich die Medien vor allem auf den Vergleich zwischen diesen beiden Personen. Mit Lafontaine wurde zwar gerechnet. Bezogen auf den Kampf um die Kanzlerkandidatur schienen die Journalisten eher von einer Entscheidung zwischen Scharping und Schröder auszugehen. Die Frage der SPD-Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998 spielte schon 1995 eine große Rolle in den Medien. In unregelmäßigen Abständen publizierten die Printmedien Ergebnisse von Umfragen, nach denen Gerhard Schröder von den Befragten als der aussichtsreichere SPD-Kandidat für die Bundestagswahl 1998 eingestuft wurde. Schröder wurde eher als Scharping zugetraut, Kohl tatsächlich auch zu schlagen.

Auf die Frage, wer bei der nächsten Bundestagswahl Helmut Kohl eher besiegen könne, Rudolf Scharping oder Gerhard Schröder, entscheiden sich 29 Prozent für Rudolf Scharping und 53 Prozent für Gerhard Schröder. Innerhalb der SPD-Anhängerschaft gibt es, was diese Frage betrifft, zwei etwa gleich große Gruppen. 41 Prozent meinen: Scharping, 42 Gerhard Schröder. (Süddeutsche Zeitung 16.09.1995)

Andere Umfragen erbrachten ähnliche Ergebnisse (Süddeutsche Zeitung 14.10.1995; Günsche, Die Welt, 09.11.1995). Deutlich mehr Befragte glaubten an den Erfolg Schröders gegen Kohl als an den Erfolg Scharpings. Die Befragten äußerten sich darüber, wem die Wähler eher zuneigen würden. Wer Wahlen gewinnen will, muss berücksichtigen, welche Personen bei den Wählern besser ankommen. Die wahlkämpfende Partei muss sich den Wählerwünschen anpassen, um ihre Stimmen einzuwerben. Wer diese Umfragen erst nahm, musste es für unvernünftig halten, weiter auf Scharping als Spitzenkandidat zu beharren.

Dass Schröder laut Umfragen populärer als Scharping war, erzeugte eine Diskussion, die sich durch Disziplinierung nicht stilllegen ließ. Es wäre vielleicht möglich gewesen, die Parteimitglieder zum öffentlichen Schweigen in der Frage der Kanzlerkandidatur zu verpflichten. Die Idee, Schröder anstelle Scharpings gegen Kohl aufzustellen, wäre jedoch in den Köpfen lebendig geblieben. Dank der Umfragen hätte jeder gewusst, dass es zu Scharping eine aussichtsreichere Alternative gab. Scharping war folglich nicht mehr die Person, auf dessen Kandidatur alles zwangsläufig hinauslaufen musste. Stattdessen mussten sich auch die Scharping-Anhänger aufgrund des Überangebots an möglichen Kanzlerkandidaten explizit für Scharping entscheiden. Diese Entscheidung hätte dafür gesorgt, dass die ausgeschlossene Alternative stets im Bewusstsein bleibt (Luhmann 2006, S. 142). Man hätte sich für Scharping und damit gegen Schröder entschieden. Aber Schröder wäre trotz dieser Entscheidung stets eine denkbare Option für die SPD geblieben. Ein Festhalten an Scharping hätte nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass man Schröder letztlich doch noch zum Spitzenkandidaten macht. Schröders durch Umfragen behauptete Popularität ließ diese Option weiterhin attraktiv erscheinen. Besonders für den Ernstfall eines weiteren Absturzes der SPD in den Wahlumfragen hätte diese Alternative wieder an Attraktivität gewonnen. Schröder wäre also eine denkbare Lösung, um aus dem Umfragetief wieder herauszukommen. Das Szenario einer „Rettung in der Not“ durch Schröder blieb daher immer in den Köpfen präsent. Dieses Szenario würde vor allem für diejenigen besonders attraktiv, die dank sinkender Umfragewerte um ihre Parlamentssitze fürchten.

Daher hätte es auch nicht geholfen, die Parteimitglieder zu disziplinieren, indem man ihnen öffentliche Personaldiskussionen untersagt. Schon die Medien konnten diese Diskussion mit Blick auf die Umfragewerte führen. Sie konnten die Frage aufwerfen, warum man angesichts des schlechten Ansehens der SPD Schröder als Spitzenkandidat nicht aufstellte. Schon damit hatte die Partei sich gegenüber der Öffentlichkeit in einem Begründungszwang wiedergefunden. Sie hatte, um allein den Gedanken an einen Spitzenkandidaten Schröder zurückzuweisen, die Personaldiskussion führen müssen. Sie hatte begründen müssen, warum dem Anschein und den Umfragen zum Thema Kanzlerkandidatur zum Trotz Scharping dennoch der bessere Kandidat sei. Das bedeutete auch, dass

sich die Verteidiger Scharpings sowie er selber mit den Befunden zu Schröders Popularität auseinander setzen mussten.

Das wird deutlich in einem SPIEGEL-Interview mit Scharping:

SPIEGEL: Wir haben eine Forsa-Umfrage gelesen. Da steht: Wenn Scharping gegen Kohl antritt, geht es 42 zu 23 Prozent für Kohl aus. Wenn Schröder antritt, gewinnt er mit 41 zu 36.

Scharping: O Forsa! Mich bekümmern solche Umfragen zur Zeit überhaupt nicht, weil sie nichts über das Morgen, sondern immer nur etwas über das Gestern sagen. (SPIEGEL 36/1995, S. 34)

Zunächst zeigt sich, dass der SPIEGEL bzw. die zitierte Umfrage die These von Schröder als besseren Kandidaten noch stärker machen. In dieser Fassung erscheint Schröder nicht einfach nur als der vergleichsweise bessere Kandidat. Die Journalisten bauten vielmehr einen starken Gegensatz zwischen den Kandidaten Schröder und Scharping auf. Ein Kanzlerkandidat Schröder wäre laut der Umfrage Wahlsieger, der Kanzlerkandidat Scharping aber der Wahlverlierer. Ein Festhalten an Scharping würde dann die sichere Niederlage bedeuten. Eine Niederlage wollte die Partei jedoch ausschließen. Der Weg, sie zu vermeiden, war laut dieser Umfrage der Verzicht auf Scharping. Angesichts der prognostizierten Niederlage eines Spitzenkandidaten Scharping sei dessen erneute Nominierung geradezu unvernünftig gewesen.

Scharping war durch diese Umfragewerte gezwungen, seinen Anspruch auf die Kanzlerkandidatur zu rechtfertigen. Er tat das, indem er die Prognosefähigkeit von Umfragen prinzipiell in Abrede stellte. Sein Einwand war korrekt, tatsächlich konnten diese Umfragen keine sichere Vorhersage darüber machen, wie sich die Wähler drei Jahre später entscheiden würden. Aber dieser Einwand konnte Scharping nicht entlasten. Zwar mochten auch Parteimitglieder und Wähler einsehen, dass Umfragen generell unsicher sind. Aber die in diesen Umfragen angesprochene Möglichkeit, dass die Wähler Scharping eher ablehnten, konnten sie auch nicht ausschließen. Scharpings Argument zielte auf eine prinzipielle Unsicherheit von Umfragen. Umfragen bieten keine Gewissheit, dass die von ihnen ermittelten Tendenzen auch tatsächlich so zutreffen. Allerdings konnte der Umfragekritiker Scharping auch nicht mit Gewissheit behaupten, dass die Umfrageinstitute irren. Daher blieb der Gedanke lebendig, dass die Umfragen zumindest mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit recht haben könnten. Die Umfragen beschrieben damit wenigstens den Ernstfall, der eintreten könnte. Es blieb denkbar, dass die SPD die Bundestagswahl wegen ihrer Entscheidung für Scharping verlieren würde. Auf diesen Ernstfall musste aber jeder Wahlkämpfer vorbereitet sein. Angesichts der denkbaren Niederlage musste er alles unternehmen, um diesen Ernstfall auszuschließen. Eine Option dafür war, von vornherein auf den unsicheren Kandidaten Scharping zu verzichten. Scharping konnte daher mit seinem Einwand die Befürchtungen nicht ausräumen, dass er eher eine Belastung für die Partei darstellen könnte.

Die Medien hatten den Zweifel an der Eignung Scharpings wiederholt auf diese Weise geschürt:

SZ: Die nordrhein-westfälische SPD will dafür sorgen, dass Gerhard Schröder in Mannheim mit einem guten Ergebnis wieder in den Vorstand kommt. Wollen Sie damit noch die Troika retten, weil es die SPD mit Scharping allein niemals schaffen kann?

Rau: Ich kann Journalisten sehr gut verstehen, die die Fragen immer so formulieren, dass sie Scharping abwerten. Aber ich kann sie so nicht beantworten.

(Süddeutsche Zeitung 19.09.1995)

Die Interview-Frage spielte mit dem Zweifel, ob es Scharping allein gelingen hätte können, eine Mehrheit für die SPD einzuwerben. Dazu erinnerte sie an den Bundestagswahlkampf 1994. Im August 1994 hatte Scharping Schröder in sein Wahlkampfteam aufgenommen. Seitdem hatte die SPD mit dem Trio Scharping, Schröder und Lafontaine geworben. Scharpings Schritt folgte nach Meinung von Journalisten der Einsicht, dass er im Verbund mit Schröder mehr Stimmen einwerben konnte als alleine (Urschel 2002, S. 149). Die Interview-Frage suggerierte, dass Schröders Wiederwahl in den Parteivorstand auf dem Mannheimer Parteitag 1995 einem ähnlichen Kalkül folgen würde. Damit hatte die Zeitung zwischen den Zeilen auch die Frage gestellt, ob Scharping überhaupt der geeignete Spitzenkandidat sei, wenn er alleine nicht attraktiv genug war, um gegen Kohl bestehen zu können.

Rau versuchte der Frage auszuweichen, um die Diskussion um Scharpings Eignung zu vermeiden. Aber selbst, wenn er sich um eine Widerlegung des unterstellten Kalküls bemüht hätte, hätte er den Zweifel an Scharping nicht ausräumen können. Der Zweifel entstand allein schon aus der weiterhin vorhandenen Möglichkeit, Schröders Popularität für die Einwerbung von Wählerstimmen zu nutzen. Schröder war denkbarer Kanzlerkandidat. Nur deshalb, weil es diese Möglichkeit eines Austausches von Scharping gegen Schröder gab, machte die Frage der Süddeutschen Zeitung überhaupt Sinn. Und solange diese Austauschmöglichkeit angesichts Schröders Popularität gab, mussten SPD-Spitzenpolitiker sich die Frage gefallen lassen, warum sie weiter auf den weniger beliebten Scharping setzten. Das zeigt auch ein weiteres Beispiel:

SZ: Neuesten Umfragen zufolge hat ja auch der Parteichef selbst einen Tiefpunkt in der Wählergunst erreicht. Dennoch besteht an Scharpings Wiederwahl auf dem Mannheimer Parteitag kein Zweifel. Gilt da nur noch das Prinzip Hoffnung?

Thierse: Nein. Man kann ja erst dann auswählen, wenn andere zu Gegenkandidaturen bereit sind. Doch jene, die über sich meinen, sie seien besser als Rudolf Scharping, stellen sich nicht zur Wahl [...]

SZ: ... und alles bleibt beim alten?

(Saarbrücker Zeitung 11.11.1995)

Thierse wurde mit dem Verweis auf Umfragen sehr deutlich mit der fehlenden Beliebtheit Scharpings bei den Wählern konfrontiert. Zugleich kritisierte die Saarbrücker Zeitung mit ihrer Frage das Festhalten an Scharping als unvernünftig. Sie formulierte diesen



Vorwurf als provokante Frage: „Gilt da nur noch das Prinzip Hoffnung?“. Die Fragesteller unterstellten, dass das Beharren auf Scharping allein von der Hoffnung getragen sei, er könnte doch noch wieder populär werden. Aber für diese Hoffnung gab es angesichts der Umfragen keinen Anlass. Die Interviewfrage behauptete also eine kontrafaktische Hoffnung, die darauf setzte, dass das bislang Unmögliche doch noch möglich werden könnte. Mit dieser Hoffnung sperrte sich der Hoffende gegen die Schlussfolgerung, die die Umfragen nahelegten. Den Umfragen zufolge wäre ein Personalwechsel das Vernünftigste, so suggerierte es die Zeitung. Dass die SPD dennoch an ihrem unbeliebten Vorsitzenden festhielt, konnte sich dann nur noch durch die Hoffnung auf einen Umschwung in der öffentlichen Meinung erklären. Aber eine solche Hoffnung wirkte passiv. Gehofft wird dort, wo die Herstellung von Gewissheit aufgrund fehlender wirksamer Methoden nicht mehr möglich ist. Der Hoffende kann die Entwicklung letztlich nur abwarten.

Thierses Einwand, dass die Konkurrenten Scharpings nicht gegen jenen kandidieren würden, konnte genauso wenig überzeugen wie Scharpings Kritik an Umfragen als solchen. Dass Schröder und Lafontaine nicht den Mut fanden zu kandidieren änderte nichts an deren Popularitätsvorsprüngen gegenüber Scharping. Damit blieben sie immer Option für die Partei, im Falle sich verschlechternder Wahlaussichten als „Retter“ in Parteivorsitz oder Kanzlerkandidatur installiert zu werden.

Die oben zitierte erste Umfrage enthält ein weiteres Indiz für die Unvermeidlichkeit der Personaldiskussion: Eine relevant große Gruppe von SPD-Mitgliedern sah in Schröder den besseren Kanzlerkandidaten. Hier noch einmal die genannte Passage:

Auf die Frage, wer bei der nächsten Bundestagswahl Helmut Kohl eher besiegen könne, Rudolf Scharping oder Gerhard Schröder, entscheiden sich 29 Prozent für Rudolf Scharping und 53 Prozent für Gerhard Schröder. Innerhalb der SPD-Anhängerschaft gibt es, was diese Frage betrifft, zwei etwa gleich große Gruppen. 41 Prozent meinen: Scharping, 42 Gerhard Schröder. (Süddeutsche Zeitung 16.09.1995)

Die Gruppe der Schröder-Befürworter war in etwa genauso groß wie die Befürworter Scharpings. Also gab es laut dieser Umfrage keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse in der Partei. Hätte man trotz dieser unklaren Mehrheitsverhältnisse Scharping wieder zum Kanzlerkandidaten gekürt, wären 42 Prozent der Parteimitglieder von dieser Kandidatur nicht überzeugt gewesen. Diese Gruppe hätte die Nominierung Scharpings außerdem für falsch gehalten, weil sie geglaubt hätten, dass die Partei sich die Chance des Sieges über Kohl selbst verbaut hätte. Sie hätte den Verzicht auf Schröder als den besseren Kandidaten als leichtfertigen Fehler interpretiert. Die Schröder-Befürworter hätten angesichts der Umfragen befürchtet, dass man mit Scharping scheitern werde. Die Entscheidung der Partei für Scharping trotz solcher Bedenken hätte den Unmut der Schröder-Befürworter hervorgerufen. Der Unmut von 42 Prozent der Parteimitgliedern, also von sehr vielen Menschen, hätte sich auch sehr massiv äußern können. Angesichts der Unmutsäußerungen von sehr vielen Mitgliedern hätte der frisch nominierte Kanzlerkandidat in der Öffentlichkeit

ein schlechtes Bild abgeben. Scharping hätte den Eindruck erweckt, nur der Kandidat einer großen innerparteilichen Interessengruppe zu sein. Die Partei hätte deshalb eine offene Personaldiskussion führen müssen, die ihr Ende in einen Mehrheitsbeschluss über den Kandidaten hätte finden müssen. Nur dann hätte sie auch nach außen hin glaubwürdig darstellen können, dass der so gekürte Kandidat von dem Gros der Partei auch gewollt werde. Eine Nominierung Scharpings vor dem Hintergrund einer solch großen Gruppe an Schröder-Befürwortern musste jedoch den Zweifel an Scharpings innerparteilichen Rückhalt aufrecht erhalten.

### **b) Gerhard Schröders Persönlichkeit als Möglichkeit der Kompensation der Schwächen Scharpings**

In den Medien galt Scharping als langweilig, wenig visionär und in unzeitgemäßen Parteitraditionen verhaftet. Seine Konkurrenten Schröder und Lafontaine schienen den Medien zufolge alle positiven Eigenschaften zu haben, die Scharping fehlten. Daher erschienen sie als eine gute Alternative zum amtierenden Vorsitzenden. Einige Mediendarstellungen hoben den Gegensatz zwischen Scharping einerseits und seinen Konkurrenten andererseits hervor. Sie suggerierten, dass die durch das schlechte Image Scharpings verursachten Probleme der Partei durch einen Personalwechsel leicht und schnell gelöst werden könnten. Diese Idee war zweifach riskant für Scharping: Einerseits bestand die Möglichkeit, dass die Parteimitglieder einen Personalwechsel tatsächlich als mögliche Lösung der Schwierigkeiten der SPD verlockend fanden. Andererseits konnten einflussreiche SPD-Politiker einen Personalwechsel inszenieren, um der Öffentlichkeit gegenüber eine aktive und wirksame Krisenbewältigung vorzuführen. Eine solche Inszenierung musste umso erfolgreicher sein, je mehr Medienkonsumenten tatsächlich daran glaubten, dass die Ersetzung Scharpings durch Schröder oder Lafontaine die Probleme der Partei lösen könnte.

Aufgrund des öffentlich ausgetragenen Machtkampfes standen in den Medien vor allem Vergleiche zwischen Schröder und Scharping im Vordergrund. In diesen Vergleichen schnitt Schröder stets besser ab als Scharping. Dies hatten die oben bereits zitierten Umfragen schon gezeigt. Schröders Popularitätsvorsprung in den Umfragen wurde jedoch in Kommentaren ergänzt mit einer Gegenüberstellung der Eigenschaften beider Konkurrenten.

Umfragen der Demoskopien offenbaren inzwischen einen anderen Trend: Seit Mitte Mai sackt die SPD vom 36-Prozent-Sockel der vorigen Bundestagswahl in hohem Tempo der 30-Prozent-Marke entgegen. Darunter wirkt der Anspruch, noch Volkspartei zu sein, einigermaßen komisch, wird die Absicht, mit kleineren Partnern zu koalieren, zur Illusion.

Der Schuldige ist bei den Wählern ausgemacht: Scharping. Nur 25 Prozent wollen den Vorsitzenden noch im Amt sehen, 40 Prozent der vergangene Woche von Emnid Befragten hielten Schröder für den besseren Parteivorsitzenden. Selbst unter den Wählern der eigenen Partei liegt Scharping (38 Prozent) nur knapp zwei Punkte vor seinem Kritiker. Der Spötter

aus Hannover gilt allgemein als der Ideenreichere, Durchsetzungsfähigere, Profiliertere. (SPIEGEL 27/1995, S. 29)

Der Artikel stellte einen zunehmenden Ansehensverlust der SPD in der Bevölkerung fest. Er bot dazu eine Erklärung an: Die Wähler wandten sich wegen Scharping von der Partei ab. Sie würden mehrheitlich lieber Gerhard Schröder als Vorsitzenden sehen. Diese Präferenz schienen die Befragten auch begründet zu haben. Im Vergleich zu Scharping sei Schröder „ideenreicher, durchsetzungsfähiger, profilierter“. In diesen Hinsichten hielt ihn die Mehrheit der Befragten also für den Besseren. Dieses Urteil der Befragten wirkte zunächst milde. Aufgezählt wurden nur positive Eigenschaften, die bei Schröder stärker ausgeprägt waren, aber Scharping auch zugebilligt werden konnten. Schröder als der Bessere hätte deshalb auch Parteivorsitzender sein sollen. Das knüpfte zunächst an das Ideal der innerparteilichen Demokratie an. Die Spitzenämter sind den Besten vorbehalten und nicht den einfach nur Guten. Scharping hätte damit wenigstens noch der Gute sein können. Die „Wähler“ machten ihn jedoch für den Absturz der Partei in den Umfragen verantwortlich. Folglich verfügte er offenbar nicht über genug Ideenreichtum, Durchsetzungsfähigkeit und Profil, um Wähler zu gewinnen. Also hatte Scharping nicht einfach nur schwächere Ausprägungen dieser Eigenschaften im Vergleich zu Schröder. Vielmehr wurde Scharping ein Mangel an diesen Eigenschaften bescheinigt, ihm fehlte die Menge an Ideenreichtum, Durchsetzungsfähigkeit und Profil, die notwendig gewesen wäre, um die SPD zu einer attraktiven Partei machen zu können.

In anderen Darstellungen wurde ein stärkerer Gegensatz zwischen Scharping und Schröder hergestellt. Bezogen auf den Machtkampf zwischen beiden hieß es in der Berliner Zeitung:

Der Konflikt, um den es hier geht, wird in der Wahrnehmung von den gegensätzlichen Temperamenten der beiden Kontrahenten bestimmt. Der Kontrast ist ja auch augenfällig: Hier der bräsige, biedere Partei- und Fraktionsvorsitzende, der kaum die eigenen Leute mitreißt und noch weniger das wahlberechtigte Publikum. Und dort der schillernde, mit allen irritierenden wie interessanten Reizen ausgestattete böse Bube, der, jedenfalls was das Geschäft der wirkungsvollen Selbstvermarktung angeht, voll auf der Höhe der Zeit ist. (Zschaler, Berliner Zeitung 01.09.1995)

Der Autor beschrieb die beiden Konkurrenten als „gegensätzliche Temperamente“. Sie unterschieden sich also stark voneinander. Was der Eine war und hatte, war und hatte der Andere gerade nicht. Aus dieser Gegensatz-Behauptung ergab sich der Wertungscharakter der Eigenschaften, die der Autor Scharping zuschrieb. Schröder wurde als „schillernd und interessant“ dargestellt, Scharping als „bräsig und bieder“. Als „bräsig und bieder“ beschrieben war Scharping damit langweilig, weil eben nicht „schillernd und interessant“. Der schillernde und interessante Schröder weckte dagegen Neugierde und Aufmerksamkeit. Weil er „interessant“ war, wandten sich ihm die Leute zu. Weil er „schillernd“ war, ging von ihm ein Reiz aus. Ihm zuzuschauen faszinierte, es war ein sinnlicher Genuss ähnlich wie das Betrachten von schillernden Seifenblasen. Schröder wusste also zu gefal-

len, er beherrschte „das Geschäft der wirkungsvollen Selbstvermarktung“. Alles das konnte Scharping aber nicht bieten. Er machte niemanden neugierig und seinen Auftritten beizuwohnen war anscheinend kein Genuss. Er konnte, so der Autor, weder Partei noch Wähler „mitreißen“. Scharping gelang es nicht, Gefühle bei seinen Zuhörern zu wecken, weil er langweilig war. Aber damit hatte er auch Schwierigkeiten, Wähler von sich zu überzeugen bzw. überhaupt wahrgenommen zu werden. Ihm fehlte die Fähigkeit der Selbstvermarktung.

Diese Charakterisierung eines Gegensatzes findet sich auch in anderen Quellen:

Scharping war verglichen mit Schröder langweilig

urteilte rückblickend der Parteienforscher Franz Walter (Walter 2009, S. 222). Einen Mangel an professionellem Umgang Scharpings mit den Medien konstatierte folgender Artikel und auch hier verglich der Autor Scharping mit seinen Konkurrenten:

Rudolf Scharpings Verhältnis zu Fernsehen und Zeitungen ist gestört. Er erlebt sie als Instrumente seiner Konkurrenten und Gegner.

Gerhard Schröder genießt die Anwesenheit der Journalisten als Beweis seiner Wichtigkeit. Je mehr, desto wichtiger. Oskar Lafontaine spielt mit ihnen. Und Johannes Rau besticht sie mit fröhlichen Belanglosigkeiten. Nie, weder im Clinch mit der Regierung noch mit den eigenen Genossen, gelang Scharping ein politischer Coup mit Hilfe der Medien. (Sommerfeld, Berliner Zeitung 22.09.1995)

Als Vergleiche zwischen den Fähigkeiten von Spitzenpolitikern bedienten diese Texte das Idealbild der innerparteilichen Demokratie. Diesem Ideal zufolge wird nur Bewerbern mit herausragenden Leistungen ein legitimer Anspruch auf das Spitzenamt zuerkannt. Erwartet wird von ihnen, dass sie in ihren Ämtern besondere Leistungen erbringen. Diese Leistungsabhängigkeit der Amtsinhaber impliziert Vergleiche zwischen verschiedenen Bewerbern, aber auch zwischen dem Amtsinhaber und seinen Konkurrenten. Eben das taten diese Texte. Sie stellten die Fähigkeiten Scharpings und Schröders bzw. Lafontaines gegenüber. Sie arbeiteten heraus, dass der Amtsinhaber Scharping in diesem Vergleich schlechter abschnitt als seine Konkurrenten. Dem Idealbild gemäß hätte der amtierende Vorsitzende daher auch gegen den besseren Bewerber ausgetauscht werden müssen.

In einem Gastkommentar für den SPIEGEL zog der Parteienforscher Joachim Raschke diese Konsequenz:

Das wichtigste ist die Benennung des Matadors, der 1998 Kohl aus dem Amt treiben soll. Für den Kanzlerkandidaten hat die Partei nur zwei Bewerber, die sich auf öffentliche Kommunikation und Offensive verstehen (und dabei den nötigen Sachverstand haben): Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder. (Raschke, SPIEGEL 45/1995, S. 65)

Ich komme zu einer Zeile aus dem ersten Kommentar zurück:

Der Kontrast ist ja auch augenfällig [...] (Zschaler, Berliner Zeitung 01.09.1995)

Wenn die Unterschiede zwischen Schröder und Scharping „augenfällig“ waren, drängten sie sich auf. Es bedurfte keiner langwierigen Analyse, um diese Unterschiede zu entdecken. Dass Schröder der „bessere“ war, war dieser Sicht nach sowohl für Parteimitglieder als auch für die Öffentlichkeit unmittelbar sichtbar. Daher konnten auch beide Publikula auf den gleichen Gedanken kommen, die Krise der Partei durch eine Ablösung Scharpings zu lösen. Wer diese Diagnose als Parteistrategie ernst nahm, konnte davon ausgehen, dass eine Ablösung Scharpings bei den „Wählern“ als überzeugende Lösung der Probleme der SPD wahrgenommen werden würde. Ebenso hätte diese Lösung auch die Parteimitglieder überzeugen können, die Schröder für den Besseren hielten. Das legte eine Inszenierung eines Personalwechsels nahe, mit der der Öffentlichkeit und der Partei vorgeführt würde, dass man die Schwierigkeiten der SPD aktiv und wirksam anpacke. Scharping wäre auf diese Weise zum Sündenbock gemacht worden, um den Eindruck von „Neuanfang“ und „Aufbruch“ der SPD zu erzeugen.

## **1.10 Die Notwendigkeit des Austragens des Machtkampfes mit Gerhard Schröder**

### **1.10.1 Schröders Angriffe als Inszenierungsproblem Scharpings**

Scharping hätte den Machtkampf mit Schröder konsequent bis zum Ende führen müssen, um seinem Konkurrenten eine Niederlage zu bereiten. Dieser Machtkampf war nötig, um sich sowohl gegenüber der Partei als auch den Medien als durchsetzungsstarker Vorsitzender präsentieren zu können. Schröders Angriffe ließen ihn jedoch schwach erscheinen. Dieses mediale Bild der Schwäche weckte Zweifel in der Parteimitgliedschaft, ob Scharping von Wählern als überzeugende Wahloption wahrgenommen werden würde. Diese Zweifel hätte Scharping nur dann beseitigen können, wenn er Schröder auf Dauer die Möglichkeit zu weiteren Angriffen auf ihn genommen hätte. Dies hätte nur durch eine Disziplinierung Schröders im Zuge eines Machtkampfes gelingen können. Das Idealbild des Vorsitzenden als durch Argumente Überzeugenden vereitelte einen solchen Machtkampf jedoch. Scharping konnte daher weder vor noch auf dem Mannheimer Parteitag glaubwürdig als Kandidat auftreten, der sich in der Partei auch gegen Widerspruch durchsetzen könne.

FOCUS: Selbst auf Parteifreunde wirkten Sie bisher unzugänglich. Viele halten Sie für kommunikationsunfähig.

Scharping: Da wird vieles übertrieben – und manche verstecken sich dahinter. Aber ich habe eingesehen, dass man in der Politik auch Eindrücke korrigieren und dafür sichtbare Zeichen setzen muss. Es haben wohl auch nicht alle das Ergebnis der Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz 1993 innerlich verarbeitet und akzeptiert. Das wird mit dem Parteitag in Mannheim zu Ende sein.

FOCUS: Warum?

Scharping: Weil es klare Entscheidungen in der Sache und zu den Personen geben wird.

(Reitz/Schrotthofer, FOCUS 46/1995)

Nach Scharpings Worten sollte der Parteitag die Personaldebatten in der SPD beenden. Vor allem die Kritik an Scharping sollte verstummen. Scharping kündigte an, dass mit dem Parteitag die Zweifel an seiner Führungsrolle ausgeräumt sein werden. Er sprach davon, „Eindrücke zu korrigieren“. Damit bezog er sich auf die in der Frage der Interviewer angesprochene Kritik an ihm als „kommunikationsunfähig“. Diese Zuschreibung beschrieb er als „Eindruck“. „Kommunikationsunfähigkeit“ war seiner Meinung nach lediglich eine verbreitete, aber falsche Wahrnehmung seiner Person. Durch den Parteitag wollte er eine Wahrnehmung schaffen, die ihm seiner Meinung nach mehr entsprach. Ein Mittel des Zurechtrückens der falschen „Eindrücke“ war die „klare Personalentscheidung“, also seine Wiederwahl als Vorsitzender. „Klar“ konnte diese Personalentscheidung aber nur sein, wenn Scharping eine deutliche Mehrheit an Delegiertenstimmen auf sich vereinigen würde. Würde Scharping hingegen mit einer hohen Zahl an Gegenstimmen gewählt, könnten die Medien ein solches Wahlergebnis als „Denkzettel“, als eine Art Bestrafung für schlechte Leistungen deuten. Eine solche Umdeutung des Wahlergebnisses wollte Scharping augenscheinlich ausschließen. Eine „klare Personalentscheidung“ sollte eine sein, die keinen Anlass zu skeptischen Medienkommentaren bieten würde. Eine überwältigende Mehrheit der Delegiertenstimmen auf dem Parteitag hätte zudem den Vorteil gehabt, die Mediendebatten des Herbstes 1995 auszubremsen. Der so wiedergewählte Vorsitzende könnte von Journalisten nicht mehr als „umstritten“ beschrieben werden. Innerparteiliche Kritiker Scharpings hätten dann nur noch eine verschwindend kleine Minderheit der Parteimitglieder repräsentiert. Zudem würde den Kritikern angesichts des Votums des Parteitages die Legitimation fehlen, den Vorsitzenden weiterhin als ungeeignet zu kritisieren. Mit fortgesetzter Kritik würden sich die Kritiker gegen den Mehrheitsbeschluss des Parteitages als höchstes Parteigremium stellen. Ihre Legitimation wäre umso mehr in Frage gestellt, je mehr der Parteitagsbeschluss als repräsentativ für den Willen der gesamten Bundespartei dargestellt worden wäre. Ein gutes Wahlergebnis für Scharping hätte außerdem journalistischen Spekulationen über einen möglichen erzwungenen Rücktritt Scharpings nach denkbaren Wahlniederlagen im Frühjahr 1996 die Grundlage entziehen können.

Scharpings Worte gaben das Inszenierungsziel des Vorsitzenden preis, dem es deutlich auch um eine Verbesserung seines Images in der Öffentlichkeit ging („Eindrücke korrigieren“). Eine solche Imagekorrektur war jedoch auch für die Partei wichtig, selbst dann, wenn viele Mitglieder weiterhin skeptisch gegenüber Scharping blieben. Scharpings schlechtes Image galt vielen als Belastung ihrer Wahlkampagnen. Eine Verbesserung von Scharpings Ansehen konnte daher die Hoffnung auf einen Aufschwung in den Meinungsumfragen wecken. Eine erfolgreiche, also von den Medien nur wenig in Frage gestellte Darstellung der Einheit zwischen Vorsitzendem und Partei konnte helfen, den Anteil rein dramatisierender Berichterstattung über Scharpingkritiker und -gegner sowie über Loyalität

und „Verrat“ zu senken. Das hätte die Chance der SPD erhöht, auch wieder mehr mit politischen Botschaften in den Medien aufzutreten.

Der öffentlich über die Medien ausgetragene Machtkampf zwischen Schröder und Scharping war jedoch ein ernstes Hindernis für diese Inszenierung. Diese hätte Journalisten nur dann überzeugen können, wenn sie auch den Eindruck gewonnen hätten, dass Schröder nach dem Parteitag seine Angriffe auf Scharping einstellen würde. Angesichts der hohen Aggressivität der Schröderschen Attacken glaubten einige Kommentatoren nicht an ein freiwilliges Einlenken Schröders. Um sich erfolgreich als allgemein akzeptierter Parteiführer darstellen zu können, hätte Scharping Schröder in einen konsequent zu Ende geführten Machtkampf die Möglichkeit zu weiteren Angriffen nehmen müssen. Solange Schröder grundsätzlich in der Lage war, weiter gegen den Vorsitzenden öffentlich Stimmung zu machen, blieb Scharping nach Meinung dieser Kommentatoren ein Vorsitzender auf Abruf.

Diese Annahme fußte auf mehreren Eindrücken von Journalisten:

- Schröder schien die Führungsrolle Scharpings nicht zu akzeptieren, damit blieb Scharping in der Partei umstritten. Indirekt bestritt Schröder mit seinen Angriffen, dass die aktuelle Ämterverteilung in der SPD vernünftig war. Schröder war der Deutung der Medien zufolge der Meinung, dass mit Scharping eben nicht der Beste das höchste Parteiamt innehatte. Dieser Zustand musste folglich verändert werden.
- Schröder schien mit Scharping verfeindet zu sein und würde daher auf jeden Fall den Vorsitzenden weiter öffentlich angreifen.
- Schröder attackierte Scharping offenbar, um diesen auf Dauer zum Rücktritt zu treiben. Daher war Scharping durch Schröder bedroht. Die Möglichkeit bestand, dass Scharping in diesem Machtkampf unterlag. Eine Niederlage Scharpings war auch deshalb wahrscheinlich, weil Scharping der unterlegene Kontrahent in diesem Kampf zu sein schien.

Einige Journalisten mahnten deshalb einen konsequenten Machtkampf Scharpings gegen Schröder an. Nur eine Niederlage Schröders würde dessen Angriffe beenden können.

Der Machtkampf war nicht nur ein Thema der Journalisten. Scharping hätte ihn konsequent bis zum Ende führen müssen, um seine Stellung in der Partei zu festigen. Solange er in den Medien als schwach und durch Schröders Angriffe gefährdet galt, musste er von Parteimitgliedern auch als ungeeigneter Parteirepräsentant und Spitzenkandidat eingestuft werden. Sie mussten fürchten, dass Scharping aufgrund seiner Bedrohung durch Schröder von den Wählern als unattraktiver Kandidat wahrgenommen werden würde. Als schwacher Vorsitzender bot er Wählern keine Verlässlichkeit, dass er auch seine Politik würde umsetzen können. Für die Wähler blieb angesichts der permanenten Angriffe

Schröders ungewiss, ob Scharping das auf Dauer durchhalten könne. Angesichts dieses Szenarios musste es vielen SPD-Politikern unvernünftig erscheinen, an einem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten festzuhalten, der von den Wählern aufgrund seiner Schwäche hochwahrscheinlich abgelehnt werden würde. Scharping konnte diese Skeptiker nur dann von seiner Eignung als Werbeträger für die Partei überzeugen, wenn er die Bedrohung durch Schröder wenigstens in einer für die Medien überzeugenden Weise beseitigte.

Ein harter Machtkampf gegen Schröder war aber hoch riskant. Das Ideal des Vorsitzenden als Führer verlangte, dass dieser durch Reden und Argumente die Mitgliedschaft von der Richtigkeit seiner Positionen überzeugte. Reine Machttaktionen kommen dagegen schnell in den Ruf, „autoritär“ oder „undemokratisch“ zu sein. Um derartige Kritik zu vermeiden, musste Scharping auf einen harten Machtkampf letztlich verzichten.

### **1.10.2 Der Eindruck Scharpings als schwach und gefährdet durch die Angriffe Schröders**

#### **a) Schröders indirekte Kritik an der Ämterverteilung in der SPD**

In der Lesart der Journalisten akzeptierte Schröder die Ämterverteilung in der SPD nicht. Die Kommentatoren unterstellten Schröder, dass er Scharping für eine Fehlbesetzung im Amt halte, weshalb er sich nicht an die Weisungen des Vorsitzenden gebunden fühlte.

Offensichtlich hatte sich Scharping vom Amt des Parteivorsitzenden der SPD eine zu selbstverständliche und schnelle Autorität versprochen. Jetzt erkennt er, dass der ehemalige Jusovorsitzende Schröder, ein Mann, der schon damals im öffentlichen Leben stand, einfach nicht akzeptieren mag, dass jemand aus der zweiten oder dritten Juso-Reihe wie Scharping plötzlich Vormann dieser Partei geworden ist. (Sommerfeld, Berliner Zeitung 21.08.1995)

In diesem Kommentar wurde indirekt das Grundproblem eines Parteiführers angesprochen: Der Vorsitzende ist kein Vorgesetzter seiner Parteimitglieder, der deren Unterordnung durch seine Weisungsbefugnis erzwingen könnte. Autorität bekommt er nicht automatisch durch sein Amt. Er hat sie erst, wenn die Mitglieder ihm Autorität zuschreiben, weil sie ihn dank herausragender Fähigkeiten für überlegen halten (Popitz 1992, S. 110; Sofsky/Paris 1994, S. 24). Der Führer soll als Vordenker Probleme lösen, deren Bewältigung sich die Mitgliedschaft selber nicht zutraut. Erst, wenn sie an diesen Nutzen durch den Führer glauben, billigen sie ihm zu, Vorgaben für das Handeln der Mitgliedschaft machen zu dürfen (Paris 2005c, S. 98ff.). Schröder verweigerte Scharping jedoch die Anerkennung als Führer. Er hielt ihn nicht für überlegen, daher akzeptierte er die Rolle Scharpings als Richtungsweiser nicht. Als Motiv für Schröders Nicht-Akzeptanz nannte der Autor des Artikels den Umstand, dass Scharping in den 1970er Jahren nur eine untergeordnete Rolle bei den Jusos gespielt habe. Für Schröder sei Scharping nur „jemand aus der zweiten oder dritten Juso-Reihe“ gewesen. Jemand, der so wenig Bedeutung bei den Jusos



hatte, konnte der schon in jungen Jahren einflussreiche Ex-Juso-Bundesvorsitzende Schröder offenbar nicht als überlegen wahrnehmen.

Der journalistische Zweifel an Schröders Akzeptanz der innerparteilichen Ämterverteilung kommt auch in anderen Quellen zum Ausdruck.

SPIEGEL: Wie wollen Sie jetzt schaffen, was Ihnen nach der Bundestagswahl nicht gelang: so stark zu werden, dass niemand mehr an Ihrer Führungsrolle zweifelt? (SPIEGEL 36/1995, S. 34)

Die an Scharping gerichtete Frage des SPIEGEL formulierte den Zweifel daran, dass Scharping als „Parteichef“ in der Partei unumstritten sei. Vordergründig erfragten die Journalisten, wie Scharping die Anerkennung seiner „Führungsrolle“ erreichen wolle. Aber damit konstatierten sie bereits, dass Teile der Partei Scharping nicht als denjenigen ansahen, der die Richtung von Beschlüssen und Aktivitäten der Partei festlegen sollte. „Dass niemand mehr an Ihrer Führungsrolle zweifelt“, war dem SPIEGEL zufolge ein Zustand, der erst hergestellt werden musste.

Auch der SPIEGEL ging davon aus, dass die „Führungsrolle“ auf der Akzeptanz der Geführten fußen müsse. Solange Mitglieder an dieser Rolle zweifeln, kann der Vorsitzende nicht führen, weil die Zweifler seinen Vorgaben nicht folgen mögen. In diesem Zusammenhang ließ sich das Wort „Führungsrolle“ lesen als Beschreibung der konkreten Rolle Scharpings für die Partei. „Führungsrolle“ meinte folglich nicht eine abstrakt durch die Parteisatzung vorgenommene Rollenzuweisung. Laut Satzung bekleidete Scharping das höchste Parteiamt. Ihm wurden qua Amt einige Amtskompetenzen zugestanden. Aber Führerschaft lässt sich nicht durch Satzungen absichern. Sie kann sich erst in den Beziehungen zwischen den Parteimitgliedern sowie zwischen den verschiedenen Amtsinhabern verwirklichen. Führt Scharping tatsächlich die Partei? Das war die Frage, die in der Behauptung von dessen „umstrittener Führungsrolle“ steckte. Gefragt wurde danach, was Scharping tat und wie dieses Tun von den Parteimitgliedern bewertet wurde. Scharpingkritiker sahen in Scharpings öffentlichen Verlautbarungen keine Richtungsvorgabe, aus der sie als Geführte einen Nutzen ziehen hätten können. Sie sahen für sich keinen Gewinn in Scharpings Handlungen und Worten. Damit war Scharping für diese Kritiker kein Führer. Sie vermissten die für einen Führer notwendigen Leistungen und Fähigkeiten. Also bestritten die Kritiker aber auch den Sinn der aktuellen Ämterverteilung in der Partei. Dem Ideal nach sollte der Vorsitzende auch derjenige sein, der der Partei den Weg weist und damit führt. Aber wenn man Scharping nicht in dieser Rolle sah, war er offenbar eine Fehlbesetzung im Amt. An diesem Punkt des Interviews wurde der Name Schröder zwar nicht genannt. Da das Interview aber insgesamt der Person Schröders breiten Raum gab, ließ sich die Frage als auf Schröder bezogen verstehen.

Auch innerhalb der SPD wurde der Zweifel an der „Führungsrolle“ des Vorsitzenden als Problem gesehen. Beispielhaft dafür stand die Forderung eines Delegierten auf dem Mannheimer Parteitag, der Hierarchie wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Ein Orchester lebt von vielen hervorragenden Solisten, die sich vorher, und zwar in der Probe und nicht im Konzert, verständigt haben, nach wessen Noten und unter welchen Dirigenten sie spielen. Wer soll denn in der SPD noch gut spielen, wenn sich viele einbilden, gleichzeitig als Dirigenten wirken zu können. Wir haben mit diesem Parteitag die große Chance, uns auf die entsprechenden Noten – im übertragenen Sinne – und auf den Dirigenten zu einigen. Wenn wir das getan haben – und das erwarten die, die mich hierher geschickt haben –, können wir ein Konzert veranstalten, bei dem einer dirigiert und die Solisten ihren Part spielen. (Wortmeldung Gerlach, Parteitagprotokoll S. 105f.)

Gerlach verglich die Partei mit einem Orchester. Ein Orchester ist eine hochgradig arbeitsteilige Organisation, die nur dann musizieren kann, wenn die Aufgabenverteilung eindeutig festgelegt ist. Sobald sich einige Musiker nicht mehr an die ihnen zugewiesene Aufgabe halten, produziert das Orchester nur noch Misstöne. In dieser Lage sah Gerlach die SPD. Einige „Solisten“ maßten sich die Rolle des „Dirigenten“ an. Pro Orchester konnte es aber nur einen „Dirigenten“ geben. Solange dessen einmalige Stellung als Chef des Orchesters nicht anerkannt wurde von den „Solisten“, war das Orchester nicht arbeitsfähig. Mit diesem Bild beschrieb Gerlach den Machtkampf zwischen Schröder und Scharping als kontraproduktiv. Ein Solist hat aufgrund seiner musikalischen Leistungen und Fähigkeiten eine herausgehobene Stellung in einem Ensemble. Sein Part bekommt die besondere Aufmerksamkeit des Publikums, während das Orchester die Darbietung des Solisten unterstützt. Unschwer ließ sich im Bild der „Solisten“ die Gruppe der prominenten Führungsmglieder der Partei erkennen. Führungspersonen wie Lafontaine oder Schröder stachen durch ihre Bekanntheit und ihre Stellung aus der Masse der SPD-Funktionäre heraus. Der Vorsitzende galt Gerlach als „Dirigent“. Sein Vorwurf lautete, dass die Partei-„Solisten“ sich unberechtigt in der Rolle des „Dirigenten“, also des Vorsitzenden sahen. Dieser Zustand müsse beendet werden, so Gerlach. Die Partei müsse wieder zurückkehren zu einer Arbeitsteilung, in der der Vorsitzende wieder von allen Mitspielern in seiner Funktion als „Dirigent“ akzeptiert werde.

Eine andere Quelle arbeitete mit einem ähnlichen Bild, um das Problem der fehlenden Anerkennung der Hierarchie durch Schröder darzustellen.

Die NRW-SPD schreibt das Drehbuch für den Parteitag: In Mannheim soll Scharping den Pazifisten Oskar Lafontaine und den selbsternannten Wirtschafts-Modernisierer Gerhard Schröder öffentlichkeitswirksam in die Schranken weisen. [...] Viele Spitzengenossen zweifeln freilich, ob der Zauderer Scharping die offene Machtprobe wagen wird. Seine Bemühungen um eine personelle Erneuerung der Parteispitze lassen wenig Kampfesmut erkennen. (Schrotthofer, FOCUS 42/1995)

Einige Delegierte erwarteten von Scharping, er möge Schröder und Lafontaine „in die Schranken weisen“. Dieser Ausdruck ließ darauf schließen, dass sie in Schröders und Lafontaines Aktivitäten der letzten Zeit eine Übertretung der ihnen angestammten Grenzen sahen. Wer in die „Schranken verwiesen“ wird, wird mit Grenzen konfrontiert. Eine Schran-

ke ist ein Hindernis, dass den Aktionsradius begrenzt. Die Schranke grenzt ein Territorium ab, innerhalb dessen sich der Verwiesene bewegen kann. Über die Schranke hinweg kann er sich jedoch nicht entfalten. Wer in die „Schranken gewiesen“ wird, wird in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeengt. Sie werden ihm aber nicht vollständig beschnitten. Man lässt ihm Aktionsspielräume für ein bestimmtes Gebiet innerhalb der Schranken. Wer in die „Schranken gewiesen“ werden muss, hat zuvor einen zu großen Aktionsradius für sich beansprucht. Das „in die Schranken weisen“ soll eine Fehlentwicklung korrigieren und einen optimalen Zustand wiederherstellen. Diesem Bild zufolge hatten Schröder und Lafontaine ihre angestammten Aktionsfelder überschritten. Mit ihren Aktivitäten und Äußerungen hatten sie sich mehr Kompetenz angemahnt, als ihnen qua Amt eigentlich zustand. Daher sollte der Vorsitzende die ursprüngliche Kompetenzaufteilung wieder durchsetzen. Damit wurde zugleich gesagt, dass für die Zuteilung von Kompetenzen der Vorsitzende zuständig sei. Als Parteichef stand es ihm zu, die Aufgaben der einzelnen Führungspersonen festzulegen. Deshalb wurde auch von ihm die Korrektur des problematischen Zustandes der Partei erwartet. Schröder und Lafontaine gestand man dagegen nicht zu, dass sie ihre Aufgabenfelder eigenhändig bestimmten.

Allerdings betonte die hier zitierte Quelle, dass wichtige Parteimitglieder („Spitzenge-nossen“) nicht an die Durchsetzungsfähigkeit Scharpings glaubten. Auf diesen Zweifel komme ich an anderer Stelle zurück.

## **b) Die Unwahrscheinlichkeit des freiwilligen Einlenkens Gerhard Schröders**

Etliche Journalisten nahmen an, dass Schröder seine Angriffe auf Scharping keinesfalls von sich aus eingestellt hätte. Ein Einlenken Schröders hielten sie nicht für wahr-scheinlich oder glaubwürdig:

Die Schwäche des Vorsitzenden reizt den Konkurrenten aus Hannover, den offenen Konflikt zu riskieren. In immer kürzeren Abständen tauschen die beiden Spitzenmänner, mit Oskar Lafontaine einst zur Troika vereint, Gemeinheiten aus: echte Parteifeinde eben.

Der eine, Scharping, mit einer bei Willy Brandt unvollkommen abguckten, steifen Würde, die Autorität bedeuten soll. Der andere, Schröder, arrogant, flapsig und frech, immer sein Vorbild Helmut Schmidt-Schnauze vor Augen und ein stiller Bewunderer des Tat- und Machtmenschen Helmut Kohl.[...]

Das Geplänkel an der SPD-Spitze war lange eine Art Polit-Unterhaltung. Doch über Schröders Prinzip Frechheit amüsiert sich niemand mehr: "Die Lage ist ernster, als es aussieht", befindet Fraktionsmanager Peter Struck.

Der Machtkampf muss wohl bis zum Ende ausgetragen werden. Die Friedens- und Kompromissbereitschaft beider Kontrahenten scheint erschöpft. Die Krisenstimmung in der Partei, die zuletzt in Bremen und sogar in Nordrhein-Westfalen schmerzlich verlor, verlangt nach einem Schuldigen. Rudolf Scharping könnte für diese Rolle die Idealbesetzung abgeben. (SPIEGEL 27/1995, S. 28f.)

Laut dieses Artikels war der Streit zwischen Schröder und Scharping nicht mehr auf-lösbar. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Konkurrenten wurde als „ernst“ einge-stuft. Sie war damit ein echtes Problem und nicht mehr nur eine Story der Medien. Ernst

war die Auseinandersetzung deswegen, weil beide Konkurrenten nicht mehr bereit waren, aufeinander zuzugehen, um den Konflikt beizulegen. Es fehlte an „Friedens- und Kompromissbereitschaft“ bei beiden. Die Aussichten auf eine gütliche Einigung standen damit schlecht. Scharping und Schröder standen sich nunmehr als „Parteifeinde“ unversöhnlich gegenüber. Feindschaft ist nicht zwingend der Anlass eines Konflikts, vielmehr wird sie durch die fortgesetzte Auseinandersetzung erzeugt. Die wiederholten Angriffe und die gesteigerte Aggressivität des Angreifers erzeugen feindselige Gefühle bei dem, der sich verteidigt. Der Zweck des Abwehrkampfes verändert sich, nunmehr will und muss der Verteidiger den Angreifer besiegen um jeden Preis (dazu Sofsky 1996, S. 142f.). Damit werden beide einander zu Feinden als Personen, die man „vernichten“ will. Der Konflikt zwischen Schröder und Scharping ließ sich plausibel als eine solche „Feindschaft“ deuten. Schröders permanente Attacken hatten Scharping zu einem dauerhaftem Abwehrkampf gezwungen.

Eben weil der Konflikt „offen“ geführt worden war, sorgte er auch für die Rollenfestlegung beider Streitenden als „Feinde“. Der Machtkampf war öffentlich über die Medien ausgetragen worden. Parteimitglieder und Wähler haben diese Auseinandersetzungen verfolgt und sich ein Bild von dem Verhältnis zwischen Scharping und Schröder machen können. Dem hier zitierten Artikel zufolge haben Mitglieder und Wähler beide Politiker nur noch als „Feinde“ wahrnehmen können. Sie mussten daher unterstellen, dass beide aufgrund ihrer Ablehnung des jeweils anderen einander nicht mehr ohne Aggressionen begegnen konnten. Daraus folgte auch, dass diese wechselseitige Ablehnung das Handeln der Kontrahenten bestimmen würde. Also würde es auch weitere Auseinandersetzungen geben.

Daher erschien es unwahrscheinlich, dass der Scharping“feind“ Schröder von sich aus zur Einsicht gelangen könnte, die SPD habe mit Scharping den bestmöglichen Vorsitzenden. Dazu war Schröder in der Vergangenheit zu aggressiv gegen Scharping vorgegangen. Eine eventuelle öffentliche Erklärung Schröders, auf weitere Angriffe zu verzichten und den Vorsitzenden loyal zu unterstützen, hätte lediglich das Misstrauen von Mitgliedern, Medien und Wählern geschürt. Man hätte hinter dem zur Schau gestellten Gesinnungswandel eher eine opportunistische Strategie vermutet: Der Angreifer geht in Deckung und tarnt sich, weil die Gelegenheit für weitere Angriffe gerade schlecht ist. Weil Schröder laut Quelle als „Feind“ des Vorsitzenden eingestuft wurde, musste man auch annehmen, dass er bei günstiger Gelegenheit Scharping erneut angreifen würde.

Die Schlussfolgerung der Quelle lautete daher: „Der Machtkampf muss wohl bis zum Ende ausgetragen werden.“ Der Konflikt zwischen Schröder und Scharping konnte also nur befriedet werden, wenn es am Ende eines solchen konsequenten Machtkampfes einen klaren Sieger geben würde. Sieger wäre derjenige gewesen, der die Situation hätte kontrollieren und den Gegner an weiteren Schlägen hätte hindern können. Verloren hätte dagegen derjenige, der keine Aussichten mehr gehabt hätte, seinem Gegner zu schaden.

Die Quelle äußerte diese Einschätzung, ohne sich auf die Lage Scharpings konkret zu beziehen. Aber der Leser konnte daraus ableiten, dass Scharping nur dann noch eine Chance auf Durchsetzung und Akzeptanz seiner Führungsrolle in der Partei hatte, wenn er Schröder eine Niederlage beibrachte. Scharping hätte dieser Lesart folgend seinem Konkurrenten durch ein hartes Durchgreifen die Mittel nehmen müssen, dank derer Schröder öffentlich Stimmung gegen den Vorsitzenden machen konnte.

### **c) Die Wahrnehmung Scharpings als unterlegener Gegner**

Schröders Angriffe wurden in einem anderen Zeitungsartikel als Teil eines „Kampfes um die Macht in der SPD“ interpretiert:

Rudolf Scharping und Gerhard Schröder kämpfen offen und öffentlich seit Wochen mit harten Bandagen um die Macht in der SPD. (Günsche, Die Welt 02.09.1995a)

Schröder spottete und kritisierte also weder aus reiner Angriffslust noch aus Antipathie heraus. Vielmehr versuchte er in der Lesart des Autors ein Ziel damit zu erreichen. Schröder wollte auf diese Weise die „Macht in der SPD“ erringen und dazu musste er zuerst den amtierenden Vorsitzenden aus dem Amt drängen. Schröders über die Medien vorgetragene Angriffe waren dem Autor zufolge sein Mittel, um Scharping zu stürzen oder zum Rücktritt zu zwingen. Der Autor folgte mit dieser Sichtweise der durch die hierarchische Struktur der Parteiorganisation naheliegenden Annahme, dass Spitzenämter aufgrund ihrer Knappheit Gegenstand von innerparteilichen Machtkämpfen sind (zu der Plausibilität dieser Annahme siehe Kapitel II.2.2).

Wer diese Unterstellung der Quelle plausibel fand, musste auch die Notwendigkeit eines konsequenten Machtkampfes von Scharping gegen Schröder sehen. Der Kampf war notwendig, damit Scharping seine eigenen Chancen auf den Vorsitz und die Kanzlerkandidatur wahren konnte. Scharping durfte nicht abwarten, bis Schröders Angriffe Wirkung erzielten und die Chancen Scharpings ruinierten. Er musste von sich aus Schröder vorbeugend angreifen, um dessen Ausgangsposition zu schwächen. Scharping musste verhindern, dass Schröder weitere Gelegenheiten zum Angreifen bekam. Ebenso musste er dafür sorgen, dass Schröder seine Angriffsmittel, den Mediengriff und die Prominenz, nicht mehr nutzen konnte. Dazu hätte er die Bedeutung Schröders für die Partei schmälern müssen. Schröder hätte seine herausragende Stellung als Mitglied von Parteivorstand und Präsidium verlieren müssen. Ein anderer Weg wäre gewesen, ihn zu diskreditieren und damit seinen Ruf sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu beschädigen. Das war die Lösung, die Scharping für den Mannheimer Parteitag wählte (zu dieser Strategie ausführlich Kapitel III.2.2 und III.2.3).

Allerdings wirkte Scharping laut dieser Quelle nicht gerade kampfstark. Die Quelle beschrieb ihn als schwach und Schröder unterlegen:

Rudolf Scharping und Gerhard Schröder kämpfen offen und öffentlich seit Wochen mit harten Bandagen um die Macht in der SPD. Je steiler Schröders Popularitätskurve bei Umfragen ansteigt, desto hektischer klagt Scharping seinen Führungsanspruch ein. Er findet kein Rezept, seinen Widersacher – wie es einst Helmut Kohl mit Franz Josef Strauß vorexerzierte – gleichzeitig einzubinden und ins Leere laufen zu lassen.

Auch die Entbindung Schröders vom Amt des wirtschaftspolitischen SPD-Sprechers löst das Grundproblem nicht: Scharping muss einer Partei, die seit 13 Jahren auf den Oppositionsbänken sitzt, das Gefühl vermitteln, dass er der geeignete Kandidat sei, um sie wieder an die Schalthebel der Macht zu bringen – mit einem Konkurrenten im Nacken, der es nach eigener Ansicht und laut Umfragen auch nach Meinung der Mehrheit des Wahlvolkes besser könnte. Das Handicap, das Scharping mit sich herumschleppt, ist ähnlich wie bei Ollenhauer: Er hat – wie es ein altgedienter Sozialdemokrat drastisch formuliert – das „Charisma einer Schweißsocke“. (Günsche, Die Welt 02.09.1995a)

Der Autor beschrieb Scharping als von den Ereignissen getriebenen Menschen. Scharping beherrschte den Kampf nicht, sondern er reagierte mit „hektischem Einklagen seines Führungsanspruches“ auf Schröders größere Popularität. Wer hektisch agiert, ist nicht souverän. Er ist gehetzt und stark in Anspruch genommen von seiner Situation und ihren Handlungsanforderungen. Der Hektische handelt schnell und überstürzt. Ihm fehlt daher die Zeit, seine nächsten Schritte in Ruhe zu überlegen. Wer überstürzt und unüberlegt handelt, macht mit hoher Wahrscheinlichkeit Fehler. Das Tempo der Auseinandersetzung bestimmt nicht der Hektische, sondern dessen Gegner. Der schafft neue Situationen und damit Handlungsprobleme, auf die der Hektische nur noch reagiert. Der Hektische ist in der Defensive und damit beschäftigt, die Gründe der Hektik zu beseitigen, weil er erst dann genügende Handlungsfreiheit gewinnen kann, um eigene und taktisch überlegte Vorstöße gegen den Gegner zu wagen.

Die vorgeblich ansteigende Popularität Schröders war für Scharpings Chancen auf die Kanzlerkandidatur eine Bedrohung. Dieser Popularitätsanstieg wurde laut dem Autor durch Scharpings Gegenwehr nicht gebremst. Scharpings Kampf gegen Schröder blieb erfolglos, denn „er findet kein Rezept gegen seinen Widersacher“. Ohnehin war Scharping wegen seiner fehlenden Ausstrahlung („Charisma einer Schweißsocke“) seinem in den Medien beliebten Konkurrenten unterlegen. Der Schluss drängte sich auf, dass Scharpings Prognose schlecht war. Scharpings Position in der Partei verschlechterte sich, weil er angesichts der höheren Popularität seines Konkurrenten sich nicht mehr überzeugend als den besseren Vorsitzenden und Spitzenkandidaten darstellen konnte. Die Leser mussten zu dem Urteil kommen, dass Scharping nicht mehr die Durchsetzungsfähigkeit besaß, seinen Konkurrenten zu disziplinieren.

Die im vorangegangenen Kapitel zitierte Quelle beschrieb Scharping ebenfalls als schwach und sah in dieser Schwäche auch eine besondere Gefährdung des Vorsitzenden:

Die Schwäche des Vorsitzenden reizt den Konkurrenten aus Hannover, den offenen Konflikt zu riskieren. In immer kürzeren Abständen tauschen die beiden Spitzenmänner, mit Oskar Lafontaine einst zur Troika vereint, Gemeinheiten aus: echte Parteifeinde eben. [...] Die Krisenstimmung in der Partei, die zuletzt in Bremen und sogar in Nordrhein-Westfalen

schmerzlich verlor, verlangt nach einem Schuldigen. Rudolf Scharping könnte für diese Rolle die Idealbesetzung abgeben. (SPIEGEL 27/1995, S. 28f.)

Scharping war angreifbar, weil er ein schlechtes Image hatte und in der Partei umstritten war. Laut Quelle gab es einen Bedarf, die Probleme der Partei einer einzelnen Person anzulasten und diese dann als „Schuldige“ zu verstoßen. In dieser Situation konnten Schröders Angriffe große Wirkung entfalten. Wer selber an Scharping zweifelte, konnte Schröders Vorstöße auch plausibel und richtig finden. Wer über Scharping-Karikaturen und Imitationen durch Kabarettisten lachte, fand Schröders Spott womöglich ebenfalls lustig. Das Bild der „Witzfigur“ Scharping wurde durch Schröders in den Medien unterhaltsam und souverän vorgetragenen Spott noch verstärkt. Der als von vielen als linkisch empfundene Scharping konnte dem in den Augen der Medien wenig entgegensetzen. Diese Schwäche Scharpings, so die Quelle, wollte Schröder für weitere Attacken auf den Vorsitzenden ausnutzen. Je schwächer Scharping der Öffentlichkeit vorkam, desto größer wurde die Gefahr für ihn, von Schröder angegriffen zu werden.

### **1.10.3 Scharping musste den Machtkampf führen, um die Zweifel an seiner Eignung als oberster Repräsentant der Partei auszuräumen**

Scharpings vermeintliche Schwäche konnte den Zweifel sowohl der Parteimitglieder als auch der Wähler an ihm schüren. Dank dieses Zweifels sank die Attraktivität Scharpings als Bewerber für den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur weiter. Wer als Parteimitglied angesichts der fortgesetzten Attacken Schröders an Scharpings Durchsetzungsfähigkeit zweifelte, musste sich auch fragen, ob Scharping wirklich wiedergewählt werden sollte. Es blieb ungewiss, ob Scharping den Machtkampf mit Schröder überstehen würde. Denkbar war, dass Scharping auf lange Sicht dem mediengängigeren Konkurrenten unterlag. Damit wäre Scharping aber ein Vorsitzender auf Abruf gewesen, einer, von dem man nicht sicher weiß, ob er seinen Auftrag auch auf Dauer erfüllen könnte. Wer mit einem solchen Szenario rechnete, muss ein Votum für Scharping als „Fehlinvestition“ eingeschätzt haben. Auf einen Vorsitzenden zu setzen, der möglicherweise bald gestürzt oder zum Rücktritt gezwungen werden würde, war riskant. Ein solches Risiko war angesichts der vielfältigen Imageprobleme Scharpings und der Personaldiskussionen um seine Eignung aber hoch.

Der Zweifel der Parteimitglieder an dem Nutzen eines Vorsitzenden Scharping konnte durch weitere strategische Überlegungen noch verstärkt werden. Die Medien-Darstellung der Schwäche Scharpings im Kampf gegen Schröder konnte zu dem negativen Szenario führen, dass sich die Wähler als Medienkonsumenten diesem Urteil mehrheitlich anschlossen. Dann aber könnten die Wähler auch ihrerseits den Sinn ihrer Stimmabgabe für die SPD anzweifeln. Sie würden ebenfalls die Befürchtung hegen, dass Scharping mitsamt der von ihm vertretenen Politik an Schröder scheitern könnte. Der gefährdete Vorsitzende bot für sie keine Gewähr, dass die mit ihm verbundene Politik letztlich auch wirklich ver-

wirklicht werden würde. Ein Votum für Scharping wäre damit auch für die Wähler eine „Risikoinvestition“ mit ungewissem Ergebnis. Daraus folgte ein weiteres Szenario: Wenn Wähler für sich feststellten, dass Scharping kein attraktives und wählenswertes Angebot darstellte, konnten sie auch annehmen, dass andere Wähler ebenfalls an dem Nutzen der Stimmabgabe für Scharping zweifelten. Je mehr sie annahmen, dass andere Wähler Scharping lieber nicht wählen wollten, desto sinnloser musste die Wahl Scharpings erscheinen. Es würde – dieser Überlegung folgend – auch immer unwahrscheinlicher, dass Scharping eine Mehrheit der Wähler für sich gewinnen könnte. Schon deshalb war es möglich, dass Wähler eine Stimme für Scharping als vergeudete Stimme einstufen und daher von einer Wahl der SPD lieber Abstand nehmen würden.

Für Parteimitglieder, die ein solches Szenario angesichts des medialen Images Scharpings für wahrscheinlich hielten, war eine Unterstützung Scharpings abwegig. Auf Scharping als obersten Repräsentanten und prominentesten Werbeträger der Partei zu setzen, schien „unökonomisch“ angesichts der vorstellbaren Zweifel der Wähler. Mit der Wiederwahl Scharpings zum Vorsitzenden würde die SPD das Risiko eingehen, auf einen Spitzenmann zu setzen, der bei den Wählern als potenzieller Verlierer im Konflikt mit Schröder angesehen wurde. Bei diesen Parteimitgliedern musste angesichts solcher Überlegungen der Wunsch wachsen, einen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten zu bekommen, der auch bei den Wählern als „Siegertyp“ wahrgenommen werden würde.

An dieser Stelle könnte man einwenden, dass die Wiederwahl Scharpings ohnehin sicher war, weil es keinen Gegenkandidaten für den Parteivorsitz gab. Inwiefern hätten die Zweifel von Parteimitgliedern dem Vorsitzenden gefährlich werden können? Solche Zweifel mögen die Empfänglichkeit für die Rede Lafontaines erhöht haben, der dank seines Vortragsstils die Souveränität ausstrahlte, die Scharping fehlte. Der Zweifel an Scharping mochte zudem in Mannheim die Bereitschaft geschwächt haben, sich gegen die eigentlich satzungswidrige Kampfkandidatur zu stellen. Die ohnehin schwelende Personaldiskussion wurde durch einen solchen Zweifel weiter befeuert.

Um diese Zweifel seiner Mitgliedschaft zu überwinden, hätte Scharping überzeugend zeigen müssen, dass er durchsetzungsfähig war. Glaubwürdig wäre das aber nur gewesen, wenn es Scharping letztlich gelungen wäre, Schröder zu disziplinieren.

#### **1.10.4 Gefahren eines harten Machtkampfes gegen Schröder**

Ein bis zur Niederlage Schröders fortgesetzter Machtkampf war für Scharping aber zu riskant. Einerseits fehlten ihm als Bundesvorsitzenden die Zwangsmittel. Der Vorsitzende hatte gegenüber Schröder und anderen Mitgliedern der Parteiführung keine Weisungsbefugnis. Es gab auch kaum Sanktionsmöglichkeiten, um Widersetzlichkeit zu bestrafen. Andererseits durfte Scharping seinen Ausspruch auf Folgsamkeit nicht zu aggressiv in der Öffentlichkeit vertreten. Der ideale Führer sollte seine Gegner und Gefolgsleute durch Re-



den und Argumente von der Richtigkeit seiner Position zu überzeugen, anstatt durch Gewaltmittel zu herrschen. In der Idealvorstellung von innerparteilicher Demokratie bildeten die Mitsprache der Mitglieder und Mehrheitsentscheidungen die Legitimationsgrundlage von Parteibeschlüssen wie auch den meisten Personalentscheidungen. Mehrheitsbeschlüsse sollten laut dem Ideal durch freiwillige Zustimmung der Mitglieder zustande kommen. Diese musste daher zuvor von einem Beschluss überzeugt werden. Wer dagegen versuchte, seinen Willen strikt auch gegen Widerstände und Widersprüche durchzusetzen, konnte als „undemokratisch“ skandalisiert werden.

Ein zu deutlicher Angriff auf Schröder hätte von Gegnern und Journalisten in diesem Sinne schnell als das „Ausschalten unliebsamer Kritiker“ oder gar als Zeichen von Schwäche gedeutet werden können. Dem Sprichwort „Getroffene Hunde bellen“ folgend hätte man eine starke Reaktion Scharpings als Indiz dafür interpretieren können, dass Schröders Kritik berechtigt war. Zu guter Letzt gab es genügend Personen in der Partei, die auf die Popularität Schröders hofften bzw. die sich in ihren Interessen durch Schröder vertreten sahen. Diese Parteimitglieder hätten sich deshalb gegen eine frontale Ausgrenzung Schröders gewehrt. Diese Risiken des Machtkampfes lassen sich an einem Beispiel belegen.

Scharping hatte im Sommer 1995 tatsächlich versucht, Schröder eine Niederlage beizubringen, die seine weitere Parteikarriere in Frage stellte. Am 31. August 1995 entband Scharping Schröder von seiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD. Zuvor hatte Schröder in einem Interview behauptet, dass es in der Wirtschaftspolitik nicht auf die Unterscheidung sozialdemokratisch oder konservativ ankomme, sondern auf die von modern und unmodern. Darin hatte Scharping eine erneute Provokation Schröders gesehen, die eine nachdrückliche Sanktion erfordere (Urschel 2002, S. 156ff.).

Die Entlassung Schröders fand den Beifall einer ganzen Reihe von SPD-Politikern (Günsche, Die Welt 02.09.1995b). Aber der Schritt des Vorsitzenden wurde auch kritisiert (Anda/Kleine 2002, S. 188). Nicht jeder in der SPD sah darin einen Beleg für eine neue Stärke des Parteichefs. So wurde ein Kommentar Lafontaines kolportiert, nach dem der Schröderrauswurf „eine verzweifelte Machtdemonstration des angezählten Vorsitzenden“ gewesen sei (Anda/Kleine 2002, S. 189). Diese Kritik enthielt den Vorwurf rein autoritären Verhaltens des Vorsitzenden. Der Rauswurf war der Kritik zufolge vorrangig als Vorführung der Macht des Vorsitzenden gedacht. Diese Macht zu demonstrieren sei aber nur deshalb notwendig geworden, weil sie längst bezweifelt wurde, da der Vorsitzende „angezählt“ gewesen sei. Der Schröderrauswurf war nach dieser (bei Anda/Kleine nicht weiter belegten) Meinung Lafontaines eher ein Zeichen der Unsicherheit Scharpings und weniger eines von echter Durchsetzungsfähigkeit. Zudem schien die Maßnahme Scharpings vor allem dem eigenen Machterhalt zu dienen und keinen sachlichen Erwägungen zu folgen. Schließlich habe Scharping beweisen wollen, dass er noch über genügend Autorität verfüge, also als

Vorsitzender auch weiterhin geeignet sei, die Partei zu führen. Wer sich dieser Kritik angeschlossen, musste den Eindruck haben, dass das persönliche Machtinteresse bei Scharping mehr wog als die Lösung der Probleme der Partei.

Ein anderer Kritiker warf Scharping ebenfalls Eigennutz vor:

Scharping, so analysiert ein SPD-Abgeordneter, habe mit diesem Schritt Schröder zum Sündenbock gestempelt – und wieder einmal von seinem eigenen Versagen abgelenkt. (Gün-sche, Die Welt 02.09.1995a)

Auch nach dieser Sichtweise hatte Scharping vor allem persönliche Interessen verfolgt. Er wollte sich der Kritik an seinem „eigenem Versagen“ entziehen und dieses Schröder anlasten. Schröder sollte damit zum „Sündenbock“ werden, also die Kritik der Mitglieder an den Problemen der SPD auf sich ziehen.

In der Presse fanden sich Kritiken, die Scharpings Aktion als Angriff auf einen eigensinnigen und unbequemen Politiker deuteten. Der Parteivorsitzende hielt diesen Stimmen zufolge einen fehlerhaften Zustand aufrecht, anstatt die von Schröder eingebrachten richtigen und notwendigen Denkanstöße aufzugreifen. Der Kolumnist Böhme schrieb nach der Entlassung Schröders:

Wieder wäre es an der Zeit, eine abgeschlafte, einfallslose Regierung abzulösen. Aber woher Programm, Strategie und Charisma nehmen, wo doch das Diktat der Ollenhauerschen Sekundärtugenden herrscht, Außenseiter und Aufsässige in die Ecke gestellt werden. Hauptsache, die Mannschaft bleibt zusammen, siegen muss sie nicht auch noch. (Böhme, Berliner Zeitung 09.09.1995)

Der SPD warf Böhme vor, vor allem an ihrem Erhalt als Organisation interessiert zu sein. Dieses Interesse vertrug sich laut Böhme nicht mit programmatischer und strategischer Diskussion. Letztere wäre nötig, um die Fähigkeit zu erlangen, die Regierung Kohl abzulösen. Aber die Ablösung Kohls schien nur noch zweitrangig zu sein, denn „Hauptsache, die Mannschaft bleibt zusammen“. Das Zusammenbleiben der „Mannschaft“ bedeutete: Veränderungen sollten nicht vorgenommen werden. Die „Mannschaft“ sollte in der bisherigen Form erhalten bleiben. Die „Mannschaft“ konnte hier die konkreten Personen in ihren Ämtern meinen, aber auch die althergebrachten Vorstellungen („Programm, Strategie“) davon, wie die Mannschaft und die Rollenverteilung in ihr zu organisieren ist. Diese gewohnten Vorstellungen genügten aber laut Böhme nicht mehr, um den CDU-Bundeskanzler wirklich zu gefährden. Mehr noch, der SPD fehlten überhaupt maßgebliche programmatische Ideen, wie die Eingangssequenz der Kolumne nahelegte:

Es ist wieder still geworden auf dem Hinterhof der deutschen Opposition. Still, weil der vorlaute Gerhard Schröder eines auf die Nase gekriegt hat. Still aber auch, weil der Anführer Rudolf Scharping vorläufig wieder allein das Sagen hat und es mit dem Sagen bei ihm nicht so weit her ist. (Böhme, Berliner Zeitung 09.09.1995)

Scharping hätte zwar „das Sagen“, also die Macht, der Partei eine Richtung vorzuziehen. Aber mit dem „Sagen ist es nicht so weit her“, weil es an Inhalten fehlte. Dieser Schluss drängte sich auf, da Böhme in den oben zitierten Zeilen „Programm und Strategie“

anmahnte. Diese beiden wichtigen Dinge fehlten, obwohl Scharping die Partei führte. Mit hin stand der Vorsitzende weder für überzeugende Programmatik noch für eine zweckmäßige Strategie. Er stand lediglich für die Bewahrung des überkommenen Zustandes der Partei, für das „Zusammenbleiben der Mannschaft“. Der Vorwurf der Konservierung wurde verstärkt durch die Behauptung, dass „Außenseiter und Aufsässige in die Ecke gestellt werden“. „Außenseiter und Aufsässige“ passen nicht in die „Mannschaft“, denn sie wollen Veränderung. Sie vertreten andere, eigene, neue Standpunkte. Sie geben sich mit dem Status quo nicht zufrieden. „Außenseiter“ weichen vom Durchschnitt ab und fallen durch Andersartigkeit auf. „Aufsässige“ ordnen sich der Mehrheit oder der Vorgabe des Vorsitzenden nicht unter, sondern kämpfen für ihre Positionen auch dann, wenn sie sich damit Ärger einhandeln. Von beiden Typen können daher Innovationen ausgehen. In dieser Rolle verortete Böhme Schröder, der aber von Scharping „in die Ecke gestellt“ worden war. Folglich beurteilte Böhme Scharpings Handeln als Machtaktion, die allein darauf zielte, einen unbequemen Kritiker mundtot zu machen und somit die fälligen Veränderungen der SPD zu verhindern. Mit dieser Lesart stand Böhme nicht alleine (siehe Zschaler, Berliner Zeitung 01.09.1995).

Ohnehin wurde die Wirksamkeit der Scharpingschen „Machtdemonstration“ von einigen Kommentatoren bestritten:

Doch es wäre ganz verkehrt, diesen vorbeugenden Gegenputsch bereits für das Ende jenes Machtkampfes zu nehmen, welcher der SPD nun schon bedenklich lange Stoff für den Streit mit sich selbst statt mit dem politischen Gegner liefert. (Zschaler, Berliner Zeitung 01.09.1995)

Scharping hatte gehofft, sich mit der Entlassung Schröders wieder Respekt zu verschaffen und den Eindruck von Schwäche zu korrigieren. In dem bereits zitierten SPIEGEL-Interview gab er sich überzeugt, dass er seine Durchsetzungsfähigkeit damit hinlänglich bewiesen habe:

SPIEGEL: Wie wollen Sie jetzt schaffen, was Ihnen nach der Bundestagswahl nicht gelang: so stark zu werden, dass niemand mehr an Ihrer Führungsrolle zweifelt?

Scharping: Ich finde diese Frage nach der gerade getroffenen Entscheidung etwas kurios.

SPIEGEL: Es reicht ja nicht, einen SPD-Rivalen abzuservieren. Wie wollen Sie Kohl ablösen? (SPIEGEL 36/1995, S. 34)

Scharping verwies auf die Entlassung Schröders, umschrieben als „die gerade getroffene Entscheidung“. Er deutete an, dass die Frage des SPIEGEL letztlich längst beantwortet sei durch den Schröderrauswurf. Deshalb sagte er, dass er die Frage des SPIEGELS „kurios“ findet. Eine „kuriose“ Frage ist nicht vernünftig. Dass sie gestellt wird, ist verwunderlich oder amüsant, es gibt keine guten Gründe, sie zu stellen. Der behauptete Informationsmangel der „kuriosen“ Frage existierte laut Scharping nicht wirklich. Gute Gründe hätte es nur gegeben, wenn die „Führungsrolle“ des Vorsitzenden tatsächlich nicht allgemein in der Partei akzeptiert worden wäre und es offen wäre, wie Scharping sich als

„unumstrittener“ Parteiführer behaupten wolle. Scharping meinte jedoch, dass er mit der Entlassung Schröders längst die nötigen Maßnahmen ergriffen hätte, um seine Position in der Partei zu festigen. Schon die in der Frage des SPIEGEL enthaltene Diagnose sei damit falsch.

Die Fragesteller zeigten sich jedoch nicht überzeugt. Sie suggerierten durch andere (zuvor bereits gestellte) Fragen, dass Schröder auch weiterhin gegen Scharping agieren werde bzw. dass die Personaldiskussion mit dem Schröderrauswurf nicht erledigt sei:

SPIEGEL: Schröder bleibt Schröder, und Scharping bleibt Scharping. Was berechtigt Sie zu der Annahme, dass die Diskussion um den Kanzlerkandidaten damit erledigt ist? Oder rechnen Sie Schröder nicht mehr zur Führung der SPD? (SPIEGEL 36/1995, S. 34)

Nach Scharpings Worten sei seine Durchsetzungsfähigkeit dank der Entlassung Schröders evident. Die Fragesteller zeigten jedoch allein durch ihre Frage nach der „Diskussion um den Kanzlerkandidaten“ und der Möglichkeiten ihrer Beendigung, dass sie diese Evidenz nicht sahen. Weil sie weiterhin Informationsbedarf hatten, fragten sie nach. Der durch die Frage behauptete Informationsbedarf war zugleich ein Zweifel daran, dass Scharping mit seiner Aktion gegen Schröder tatsächlich den Machtkampf gewonnen habe. Die Kanzlerkandidatur blieb umstritten auch nach der Schröderentlassung, denn sonst hätte man nicht nachfragen müssen. Bereits in dieser Frage steckte die Annahme, Schröder wäre durch diesen Schritt Scharpings keinesfalls völlig entmachtet. Diesen Zweifel bekräftigten die Interviewer durch eine weitere Frage:

SPIEGEL: Ihre letzte Kugel ist aus dem Lauf. Was geschieht, wenn Schröder keine Ruhe gibt? (SPIEGEL 36/1995, S. 34)

Die Fragesteller beschrieben die Schröderentlassung als das letzte Mittel, dass dem Vorsitzenden zur Verfügung gestanden hätte. Mit dem Bild der „letzten Kugel“, die Scharping damit verschossen hätte, deuteten sie an, dass Scharping keine weiteren Machtmittel mehr besessen hätte. Aber mit einer weiteren Frage machten die Fragesteller deutlich, dass sie glaubten, dass Schröder weiter angreifen würde. Sie entwickelten das Szenario, dass „Schröder keine Ruhe gibt“. Dieses Szenario hielten die Fragesteller für wahrscheinlich genug, um Scharpings Umgang damit zu erfragen.

Eine andere Quelle beschrieb dieses Szenario konkreter:

Ob nun endlich – zumindest bis zum Parteitag im November in Mannheim - Ruhe einkehren wird, hängt nach Ansicht des SPD-Abgeordneten Norbert Gansel in erster Linie davon ab, „ob Schröder seine Talente bändigen kann“. Die Aussichten dafür sind ziemlich gering. Schröder schießt auch nach dem Vollzug der Scheidung weiter. [...] Der niedersächsische Scharping-Rivale hat nach wie vor zwei machtvolle Positionen, die es ihm gestatten, in der ersten Reihe der Bundespolitik weiter mitzumischen: Er ist Ministerpräsident, der qua Amt auch Rederecht im Bundestag hat. Und er ist SPD-Präsidiumsmitglied. Der Verlust des Sprecheramtes ist für ihn leicht zu verschmerzen. (Günsche, Die Welt 02.09.1995a)

### **1.10.5 Scharpings Rolle des „Führers“ gestattet ihm nur schwache Mittel des Machtkampfes gegen Schröder**

Scharping konnte auf dem Mannheimer Parteitag nur mit uneffektiven Mitteln gegen Schröder vorgehen. Die Rollenerwartungen an den idealen Führer verhinderten einen konsequent und mit ganzer Härte geführten Machtkampf gegen Schröder. Daher nutzte er vor allem Appelle, die unter dem Beifall der Delegierten Schröder zu einem gemäßigeren Auftreten und zu mehr Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden aufforderten. Gleichzeitig sollten die Appelle Schröder aber auch als den Hauptschuldigen diskreditieren, der aufgrund seiner egoistischen Profilierungssucht das öffentliche Bild der Partei maßgeblich beschädigt habe.

Mit diesen Mitteln konnte Scharping Schröder zwar in die Defensive drängen. Aber sein kurz vor dem Parteitag in den Medien gegebenes Versprechen, die Personaldiskussion zu beenden, konnte er damit nicht einlösen. Medienberichte spekulierten weiterhin darauf, dass Schröder trotz Scharpings Rede und der Kritik von Delegierten weiterhin angegriffen werde. Seine Machtbasis als Ministerpräsident in Niedersachsen wurde durch Appelle nicht berührt. Schröder konnte auch weiterhin in den Medien Kritik an Scharping üben. Damit blieb das Szenario eines Scheiterns Scharpings an seinem populäreren Konkurrenten lebendig.

Einen Tag vor dem Parteikongress hatte Scharping in den Medien Scharping angekündigt, dass die Personaldiskussion mit seiner Wahl auf dem Mannheimer Parteitag beendet werden würde. Ohne Namen zu nennen, versprach Scharping auch die Beendigung des Machtkampfes mit Gerhard Schröder.

Scharping: [...] Es haben wohl auch nicht alle das Ergebnis der Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz 1993 innerlich verarbeitet und akzeptiert. Das wird mit dem Parteitag in Mannheim zu Ende sein.

FOCUS: Warum?

Scharping: Weil es klare Entscheidungen in der Sache und zu den Personen geben wird.

(FOCUS 46/1995)

Scharping behauptete, dass einige seinen Sieg bei der Mitgliederbefragung noch nicht akzeptiert hätten. Dies dürfte vorrangig auf den erklärten Konkurrenten Schröder gemünzt gewesen sein. Scharping unterstellte Schröder ein psychologisches Problem. Schröder würde das Ergebnis der Mitgliederbefragung nicht als Tatsache annehmen können. Mithin weigere er sich, einzusehen, dass seinerzeit eine Mehrheit der Partei für einen Vorsitzenden Scharping gestimmt hatte. Weil er nicht an Scharpings Mehrheit glaube, glaube er an die Möglichkeit, selber eine Mehrheit für sich einwerben zu können. Aber mit der Wiederwahl Scharpings zum Parteivorsitzenden, so Scharping, würde auch Schröder einsehen müssen, dass die Partei mehrheitlich Scharping als Vorsitzenden wünscht. Der Vorsitzende versprach mithin, dass Schröder nach dem Parteitag seine Angriffe auf ihn einstellen werde.

Aber schon vor dem Parteitag regte sich in den Medien Zweifel, dass es Scharping allein durch Appelle gelingen könnte, Schröder zu bezwingen:

Scharping hat sich den Mannheimer Parteitag der SPD im November als Arena für den „Showdown“ gesucht. „Kommen Sie nach Mannheim“, antwortet er auf alle Fragen. Er kann sich der Zustimmung der wichtigsten Parteibezirke und meisten Parteitags-Delegierten ziemlich sicher sein. Zu offensichtlich hat Schröder die Prinzipien von Solidarität und Parteidisziplin verletzt. Jetzt hat Schröder nur noch die Wahl, sich zu stellen oder zurückzustecken.

Aber auch für Scharping reicht es nicht, Schröder mit drei oder vier kräftig beklatschten Sätzen in die Schranken zu weisen. Der Parteichef wird ihm zum Beispiel bei der Wahl zu einem wichtigen Parteigremium eine Niederlage bereiten müssen. Und selbst dann kann Schröder als Ministerpräsident aus Hannover weiter wider den Stachel löcken. (Sommerfeld, Berliner Zeitung 21.08.1995)

Die Quelle zitierte Scharpings frühzeitige Ankündigungen, auf dem Parteitag die Verhältnisse klären zu wollen. Diese Ankündigung war der Ausgangspunkt für eine Analyse der Aussichten Scharpings, sein Ziel auch tatsächlich erreichen zu können. Der Autor sah freilich wenig Chancen für den Vorsitzenden. Für diese Prognose stellte er „Wort“ und „Tat“ als Gegensätze gegenüber. Er vermutete, dass Scharping hauptsächlich mit Worten gegen Schröder vorgehen würde und dass Taten, also wirklich Verhältnisse ändernde Eingriffe ausbleiben würden. Der Autor ging davon aus, dass Scharping Schröder auf dem Parteitag kritisieren werde. Diese Kritik würde seiner Ansicht nach den Beifall der Delegierten finden, weil diese Schröders Kapriolen ebenfalls missbilligten. Der Erfolg solcher Kritik wäre jedoch darauf beschränkt, Scharping darin zu bestätigen, dass er die Stimmung der Delegierten trifft. Schröders Möglichkeiten zu weiteren Angriffen würden darunter freilich nicht leiden. Die Schröder-Kritik Scharpings wäre lediglich Appell geblieben, eben rein sprachliche Aktion, nur „beklatschte Sätze“, die den Kritisierten nicht in die „Schranken verweisen“ könnten. Das hätte Scharping am ehesten durch eine „Niederlage Schröders bei Gremienwahlen“ erreichen können, also durch Aktivitäten, die Schröders Position in der Partei auch ganz praktisch beeinflusst hätten. An derartige Taten glaubte der Autor aber nicht, er nahm an, dass es bei Worten bleiben würde. Überdies sah er auch in einer solchen Niederlage Schröders keine Lösung des Konflikts, weil Schröders Machtbasis sein Ministerpräsidentenamt war. Dieses Amt hätte es Schröder weiterhin erlaubt, „wider den Stachel zu löcken“, also seine Angriffe auf Scharping fortzusetzen. Der Leser dieses Artikels musste zu dem Schluss kommen, dass der Machtkampf in Mannheim nicht beendet werden konnte und Scharping auch im Falle seiner Wiederwahl weiter gefährdet blieb.

Nach Scharpings Rede auf dem Parteitag wurden in den Medien ähnliche Prognosen formuliert. Scharping hatte am ersten Tag in Mannheim in seiner Rede das Profilierungsgebaren einiger kritisiert, die öffentlich über die Partei lästerten, um sich die Aufmerksamkeit der Medien zu sichern (Parteitagsprotokoll S. 52). Dafür bekam er, wie in der oben zitierten Quelle vorhergesehen, auch kräftigen Beifall. Flankiert wurde Scharpings Rede durch einen Initiativantrag des Parteivorstandes, in dem die Mitglieder der Führung zu

mehr Solidarität untereinander aufgefordert wurden. Das Papier verurteilte zudem jede Profilierung im Dienste der eigenen Karriere auf Kosten der Partei und ihres öffentlichen Ansehens (Initiativantrag 1 „Zu einer neuen Reformpolitik aufbrechen – mit einer einigen und starken SPD“, Parteitagsprotokoll S. 1062f.). Dieser Initiativantrag wurde auf dem Parteitag mit großer Mehrheit angenommen.

Dennoch schätzten einige Journalisten die Lage Scharpings trotz Beifall und Abstimmungserfolg pessimistisch ein:

Doch auch gesetzt den Fall, die Generalaussprache funktionierte tatsächlich wie ein Überdruckventil: Was wäre „bereinigt“? Scharpings Herausforderer Schröder wird im Leitantrag des Vorstandes in barscher Weise abgekanzelt. Das mag einer Mehrheit der Delegierten ein Bedürfnis sein. Kaum zu erwarten ist jedoch, dass der Niedersachse jetzt mit hängenden Ohren um Verzeihung bittet und Besserung gelobt. Es widerspräche seinem politischen Naturell, käme fast einer Selbstaufgabe gleich, wenn er sich jetzt zur Zufriedenheit Scharpings „einbinden“ ließe. (Fuhr, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1995)

Der Kommentar unterstellte als Ziel des „Leitantrages“ (gemeint ist der oben erwähnte Initiativantrag 1) und Scharpings die „Einbindung“ Schröders. Wer eingebunden wird, soll an der Arbeit einer bestimmten Gruppe beteiligt werden. Ist der Eingebundene beteiligt, wird er Teil der arbeitenden Gruppe. Er verantwortet durch seine Mitarbeit die Ergebnisse dieser Gruppe nach außen. Also kann er sie nicht mehr kritisieren, sondern muss ihr Wirken verteidigen. Opposition gegen diese Gruppe ist nicht mehr möglich, ohne die eigene Beteiligung zu desavouieren. „Einbindung“ ist mithin ein Mittel, Kritik durch die Integration des Kritikers zu entschärfen.

Zwischen den Zeilen unterstellte der Kommentar ein weiteres Ziel: Schröder sollte durch den Initiativantrag veranlasst werden, „um Verzeihung zu bitten“, also die Erklärungen und Schuldzuweisungen des Initiativantrages für sich übernehmen und dessen Deutung auch nach außen hin vertreten. Wer „um Verzeihung bittet“, signalisiert, dass er Fehler gemacht hat. Darüber hinaus zeigt er auch, dass seine Kritiker mit ihren Vorwürfen recht haben. Er übernimmt die Deutung der Kritiker, deren Urteil darüber, was richtig und falsch ist. Entscheidend ist dabei nicht, dass er diese Deutungen verinnerlicht. Aber mit der Bitte um Verzeihung geht er auch die Pflicht ein, die Lesart seiner Kritiker selber öffentlich zu vertreten. Wer nachfragt, soll von ihm nunmehr Erklärungen und Urteile hören, wie man sie von seinen Kritikern kennt.

Einbindung und die Übernahme der Deutungen hätten eine Disziplinierung Schröders bedeutet. Er hätte einerseits die Opposition gegen Scharping und Teile der Parteiführung aufgeben müssen. Andererseits hätte er sich selbst als den Hauptschuldigen des Streits im Herbst 1995 darstellen müssen. Aber diese Disziplinierung musste dem Kommentar zufolge scheitern. Als Strategie war sie auf die Kooperation Schröders angewiesen. Nur wenn Schröder von sich aus eine solche Demutsgeste gezeigt hätte, wäre die Disziplinierung gelungen. Laut dem Kommentar stand dem aber der Charakter Schröders im Wege. Demut und Aufgabe der Kritik passten nicht zur Persönlichkeit Schröders. Das wäre

ihm nur gelungen, wenn er seine Identität ebenfalls aufgegeben hätte. Dies war jedoch nicht zu erwarten. Vielmehr musste man davon ausgehen, dass sich Schröder selber treu bliebe.

Der Kommentar diagnostizierte ein zweites Problem des Initiativantrages: Er war als Instrument der Disziplinierung Schröders nicht hinreichend durchdacht. Der Antrag bediente vor allem die „Bedürfnisse der Delegierten, Schröder abzukanzeln“. Damit reagierte der Antrag aber mehr auf die emotionale Situation der Delegierten als auf die Konstellation des Machtkampfes zwischen Scharping und Schröder. Diese Konstellation hätte zu Überlegungen veranlassen müssen, wie man Schröder tatsächlich dazu hätte zwingen können, seine Angriffe aufzugeben. Dazu hätte eine Abwägung gehört, wie wirksam der Antrag tatsächlich sein könnte und welche Mittel man zusätzlich einsetzen müsste. Der Antrag zielte jedoch nur auf das kurzfristige Befriedigungserlebnis der Delegierten, die auf diese Weise ihren Ärger über Schröder öffentlich machen konnten. Diese Befriedigung konnte womöglich auch den Blick dafür verstellen, dass die Bekundung des Ärgers ohne echte Folgen blieb.

Folgerichtig beurteilte der Kommentar den Initiativantrag als Misserfolg. Eine Beendigung des Machtkampfes zwischen Scharping und Schröder war nicht erreicht worden. Scharping hatte seine Stellung in der Partei nicht festigen können:

Scharping wird in Mannheim ohne Zweifel als Parteivorsitzender wiedergewählt werden. Ein Zugewinn an politischem Gewicht ist damit kaum verbunden. (Fuhr, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1995)

## **2 Scharpings Strategie der Diskreditierung Schröders auf dem Mannheimer Parteitag**

Parteitage sind inszenierte Ereignisse. Sie dienen nicht nur der Erarbeitung von Beschlüssen, sondern auch der Erzeugung guter öffentlicher Eindrücke. Weil sie von einer Vielzahl von Journalisten unablässig beobachtet werden, unterliegen die Parteitagsteilnehmer der Disziplin, eine dramatisierte Medienberichterstattung zu vermeiden. Sie müssen mit ihrem Verhalten dafür sorgen, dass die Journalisten keine Anhaltspunkte für Berichte über innerparteiliche Machtkämpfe bekommen. Diese Disziplin können Spitzenpolitiker nutzen, um ihre Deutung von Ereignissen als für die Partei bindend durchzusetzen. Dabei kommt es weniger auf die Herstellung von protokollierten Parteitagsbeschlüssen an. Wichtiger ist, dass die Parteitagsteilnehmer die von den Spitzenpolitikern vor laufenden Fernsehkameras geäußerten Deutungen nicht kritisieren oder bestreiten. Zweitens müssen die Teilnehmer die Deutung der Spitzenpolitiker durch Beifall und Zustimmung unterstützen und übernehmen, weil sie nur so das erstrebte Bild der „Geschlossenheit“ der Partei erzeugen können. Für die prominenten Parteirepräsentanten bietet das auch die Chance, Kritik an ihnen zu unterdrücken, weil sie auf die Selbstdisziplin der Parteitagsteilnehmer hoffen können. Die Disziplin der Parteitagsteilnehmer begünstigt mithin, dass sich Spitzenpolitiker erfolgreich und nach ihren Vorstellungen inszenieren können.



Der Mannheimer SPD-Parteitag 1995 bietet ein plastisches Beispiel für den Versuch der Selbstinszenierung eines Parteivorsitzenden mit Hilfe der Disziplin der Teilnehmer. Rudolf Scharpings Ziel war es, sich als der von der Mehrheit der Partei gewollte Vorsitzende darzustellen. Dieses Ziel war nicht leicht zu erreichen, unter anderem wegen der vielfachen medialen und innerparteilichen Kritik an Scharping als den Verursacher der Parteikrise und wegen der öffentlichen Angriffe Gerhard Schröders auf ihn. Scharping wollte besonders den ersten Tag in Mannheim nutzen, um einerseits das Medienbild der innerparteilichen Kritik an ihm zu korrigieren und um andererseits seinem Konkurrenten Gerhard Schröder weitere Angriffe auf ihn zu erschweren. Zwar galt auch Lafontaine als Konkurrent Scharpings, aber dieser schien sich der Disziplin unterzuordnen, da er noch wenige Tage vor dem Parteitag in einem SPIEGEL-Interview erklärt hatte, die Wiederwahl Scharpings zu unterstützen. Daher richteten sich die Anstrengungen Scharpings auf den wesentlich unbotmäßigeren Schröder. Als Vorsitzender unterlag er jedoch der Erwartung, sich vorrangig mit Hilfe von Argumenten und Visionen Gefolgschaft zu verschaffen. Diese Erwartungen folgten aus der Vorstellung, dass Parteivorsitzende als „Integrator“ und „Führer“ auftreten sollen. Der Vorsitzende sollte demnach die unterschiedlichen innerparteilichen Strömungen miteinander versöhnen. Als „Führer“ sollte er neue Wege zur Verwirklichung der „richtigen“ Politik aufzeigen, so dass die Mitglieder aus eigener Einsicht und Überzeugung den vorgeschlagenen Weg mittragen würden. Diese medial kursierenden, aber auch in der Parteimitgliedschaft präsenten Idealbilder zwangen Scharping zu einem Verzicht auf einen offenen Machtkampf.

Scharping verwandte daher eine Strategie der moralischen Diskreditierung Schröders, die nach außen hin rollentreu wirkte. Er griff Schröder nicht direkt an, sondern verbarg seine Kritik an ihm hinter allgemeinen Aussagen und hinter einer Pose der Gemeinwohlorientierung. In seiner Rede sprach Scharping über „richtiges“ und „falsches“ Verhalten in Bezug auf die „Partei“, die als hohes Gut nicht beschädigt werden dürfe. Geschickt konstruierte er eine starke Täter-Opfer-Dichotomie. Dabei griff er auch auf Personalisierung und Dramatisierung zurück, indem er die Schwierigkeiten der SPD als von Einzelnen verursacht beschrieb. So erklärte er die Krise der Partei zu einer Folge des Egoismus derer, die durch öffentliche Auftritte der Partei schaden, nur um die eigenen Karriereziele zu verwirklichen. Damit trennte er scharf zwischen „Gut“ und „Böse“, zwischen aktiven Tätern und den lediglich passiv erleidenden Opfern. Diese starke Grenzziehung forderte von den Zuhörern eine eindeutige Parteinahme. Diese wurde erleichtert, indem Scharping sein und Schröders Image für sich nutzte. Die Deutung Schröders als „Schurke“ lag angesichts seiner offenen Bekenntnisse zu seinem Machtwillen nahe. Dagegen konnte der als „langweilig“ und „bieder“ geltende Scharping sich plausibel als „ehrlich“ und stets dem Wohl der Partei verpflichtet darstellen. Zugleich bot diese Selbstinszenierung Scharpings als passives Opfer der Angriffe Schröders die Chance, das Medienbild der innerparteilichen Schuld-

zuweisung an Scharping zu korrigieren. Scharping konnte für seine verdeckten Angriffe auf Schröder auf Beifall der Delegierten hoffen. Schröder war in der SPD nicht sehr beliebt, seine öffentlichen Attacken auf den Vorsitzenden wurden von vielen kritisiert. Diesen Beifall der Delegierten hätte Scharping gegenüber den Medien als Übereinstimmung der Mitgliedschaft mit seiner Erklärung der Parteikrise darstellen können. Diese sinnlich erlebbare Übereinstimmung von „Partei“ und Vorsitzendem hätte er auch nutzen können, um die Behauptungen zurückzuweisen, die Mitglieder gäben ihm die Schuld an den schlechten Umfragewerten.

Scharpings Versuch der Diskreditierung Schröders und der gleichzeitigen Rehabilitation seiner Person ist ein Beispiel dafür, wie Parteitage als öffentliche Ereignisse die Selbstinszenierung von Spitzenpolitikern begünstigen. Gleichzeitig lässt sich dieses Kapitel auch ganz allgemein als Beispiel dafür lesen, mit welchen Strategien Politiker ihr Image öffentlich zu konstruieren versuchen.

## **2.1 Die Notwendigkeit der Disziplinierung der Gegner durch das Parteitagsritual**

### **2.1.1 Disziplinierung statt Überzeugung und Begeisterung**

Vor dem Parteitag äußerten Parteimitglieder die Hoffnung, Scharping könnte mit einem großen Auftritt die Krise der Partei beenden. Diese Hoffnung war jedoch unrealistisch. Parteitagsauftritte beschränken sich auf Reden. Mit einer guten Rede kann man den Delegierten als auch den Medienkonsumenten zwar gefallen. Der gute Redner kann sich also persönlich als unterhaltsamer oder begeisternder Redner auszeichnen. Wäre Scharping dies gelungen, hätte er sein schlechtes öffentliches Image als „dröge“ tatsächlich etwas korrigieren können. Innerparteiliche Interessenkonflikte können durch Parteitagsreden jedoch nicht aufgelöst werden. Argumente oder geschickte Formulierungen genügen nicht, wo die Interessen von Einzelnen oder Gruppen grundsätzlich unvereinbar miteinander sind. Solche unüberbrückbaren Gegensätze gab es in der SPD des Jahres 1995. Das will ich anhand einiger weniger Beispiele kurz zeigen. Die Aufzählung ist nicht vollständig. Die Gesamtheit aller innerparteilichen Konflikte ist damit nicht ausgelotet.

Der Machtkampf um den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998 war recht kompromisslos. Scharping bestand trotz Kritik an seiner Amtsführung auf seiner Wiederwahl als Parteivorsitzender. Damit verband er das Ziel, sich auch möglichst früh als SPD-Kanzlerkandidat für 1998 nominieren zu lassen. Auf der anderen Seite hatte Schröder seine Ambitionen auf die Spitzenkandidatur noch nicht aufgeben.

Schröder, der sich für 1998 Chancen ausrechnete, wehrte sich gegen eine frühzeitige Festlegung. Scharping bestand dagegen hartnäckig darauf, dass er mit der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden in Mannheim gleichzeitig auch „der geborene Anwärter auf die Kanzlerkandidatur“ sei und er „das in Anspruch nehme“. (Potthoff/Miller 2002, S. 366f.)

Nur unter dem Druck etlicher Untergliederungen der Partei ließ Scharping von dem Vorhaben ab, sich schon auf dem Mannheimer Parteitag als Kanzlerkandidat bestätigen zu lassen. Die Ankündigung Scharpings, dies tun zu wollen, war zuvor mit Anträgen beantwortet worden, den nächsten Kanzlerkandidaten durch eine Urwahl der Mitglieder zu bestimmen. Diese Anträge wurden nicht abgestimmt, um den Preis des Verzichts Scharpings auf eine frühzeitige Bestätigung als Herausforderer Kohls. Damit war aber deutlich geworden, dass Scharping weiterhin Kanzler werden wollte. Dies musste Schröder verstärkt herausfordern. Er konnte nur bei einem Sturz Scharpings eine Chance auf eine Kanzlerkandidatur erhalten. Also musste man damit rechnen, dass er verstärkt und energischer einen Machtkampf mit dem Vorsitzenden führen würde, um sein Ziel zu erreichen.

Auch Lafontaine stieß bei Scharping mit seiner Forderung nach Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz auf Widerstand. Lafontaines Motive für diesen Vorstoß sind zumindest den Quellen nicht zu entnehmen. Lafontaines eigene Begründung lautete, dass die anstehende Arbeit von Scharping nicht mehr allein bewältigt werden könne. In den Medien spekulierte mancher unterdessen über Lafontaines Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur. Scharping lehnte Lafontaines Vorstoß ab. Sein Ziel konnte auch Lafontaine nur noch erreichen durch Bekämpfung von Scharping. Falls Lafontaine ernsthaft überzeugt war, dass Scharping überfordert sei, musste er diesen aus dem Amt drängen, um die aus der Überforderung folgenden Risiken für die SPD zu minimieren.

Scharping hatte mit seiner Hartnäckigkeit seine Gegner herausgefordert. Das hieß aber auch, dass Scharping seine Konkurrenten unter Kontrolle behalten und sie disziplinieren musste. Weder deren Ambitionen noch deren durch ihre Interessen angestiftete Ablehnung Scharpings hätten sich durch eine Rede aufheben lassen. Daher konnte Scharping nur erfolgreich sein, indem er seine Konkurrenten daran hinderte, ihre Ziele aktiv weiterzuverfolgen. Er musste also seinen Willen gegen den Widerstand von Lafontaine und Schröder durchsetzen.

Es gab auch politische Gegensätze, die durch eine Rede allein nicht zu überbrücken waren. Scharping war der Kandidat des rechten Parteiflügels der SPD (Rosenbaum 1993, S. 237, 252; Leif/Raschke 1994, S. 69, 146). Ein starker Gegensatz zwischen dem Scharpinglager und einem Teil seiner Gegner bestand allein schon in der Frage, welche Koalitionsoptionen für die Bundestagswahl 1998 im Wahlkampf thematisiert werden sollten. Scharping bevorzugte eine Koalition der Mitte und lehnte Rot-Grün ab (Leif/Raschke 1994, S. 69ff.). Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine bevorzugten Rot-Grün. Die Durchsetzung eines auf Rot-Grün ausgerichteten Wahlkampfes erzwang geradezu einen kompromisslosen Machtkampf gegen Scharping. Das Ziel Rot-Grün konnte nur gegen Scharping verwirklicht werden. Die Anhänger von Rot-Grün hätte Scharping durch eine Rede nicht für sich gewinnen können, nur mit einer starken Änderung seiner Haltung zu dieser Farbkonstellation wäre dies gelungen. Ein solches Entgegenkommen ließ sich aber der Scharpin-

grede nicht entnehmen. Damit blieb dieser Konflikt ungelöst, die Frontstellung wurde durch Scharpings Rede nicht weiter beeinflusst.

Unüberbrückbare Interessengegensätze sind durch Argumente allein nicht aufzulösen. Sie sind Machtfragen. Interessengegensätze können zwar durch Kompromisse zwischenzeitlich befriedet werden. Aber die Bereitschaft zu Kompromissen hängt ab von der relativen Stärke einer Interessengruppe gegenüber einer anderen. Oftmals kann sich eine Gruppe ihre Ziele nur gegen den Widerstand gegnerischer Gruppen verwirklichen. Von der Art schien Scharpings Interesse an der Verteidigung seines Amtes zu sein. Für seine Gegner gab es auch ganz grundsätzliche Einwände gegen seine Wiederwahl, weil sein Rückzug die notwendige Bedingung für die Verwirklichung ihrer Ziele war. Deshalb musste Scharping damit rechnen, dass seine Gegner ihn fortgesetzt bekämpfen würden. Auf die Wirkung seiner Rede konnte er nicht bauen, er musste vielmehr daran arbeiten, seinen Gegnern weitestmöglich die Mittel zu nehmen, weiter an Scharpings Rückzug arbeiten zu können. Dazu musste Scharping Machtmittel einsetzen. Diese konnten aufgrund der Rollenexpectationen an den „Führer“ und „Integrator“ jedoch nur informeller Natur sein und keine mit dem Vorsitzendenamt verbundenen Sanktionsmittel.

### **2.1.2 Der Zweifel am innerparteilichen Rückhalt Scharpings als strukturelles Problem**

Der Machtkampf mit Schröder wurde nicht nur durch dessen Streben nach der Kanzlerkandidatur angeheizt. Begünstigt wurden Schröders Angriffe auch durch einen weit verbreiteten Zweifel in Partei und Medien, ob Scharping tatsächlich mehrheitlich von den Mitgliedern als geeigneter Repräsentant ihrer Interessen gewünscht wurde. Solange dieser Zweifel bestand, wurde auch über mögliche Alternativen zu Scharping nachgedacht oder gar darüber öffentlich diskutiert. Zwar war Schröder innerhalb der SPD sehr unbeliebt. Aber weil er den Medien zufolge als in der Bevölkerung beliebt galt, erschien er als eine Möglichkeit der Partei, wirkungsvoll um Wählerstimmen zu werben. Diese Option wurde umso attraktiver, je stärker Mitglieder und Medien an Scharpings Rückhalt zweifelten. Diesen Zweifel konnte Scharping nicht durch Argumente oder eine Rede ausräumen. Der Zweifel war das Produkt einer strukturellen Offenheit der Situation. Um seine eigene Stellung zu festigen, musste Scharping vielmehr entweder einen Sieg in einer offenen Konkurrenz mit seinem Kontrahenten erringen oder dessen Möglichkeit, ihn in seinem Amt zu beerben, erheblich einschränken. Auch dieses Problem ließ sich letztlich nur durch Machteinsetz lösen. Die Problematik des strukturell verankerten Zweifels wird im folgenden Kapitel kurz dargestellt.

Der Zweifel an Scharpings Rückhalt in der Partei ging zurück auf das Verfahren der Mitgliederbefragung 1993, bei der Rudolf Scharping die Mitbewerber Schröder und Wiczorek-Zeul überrunden konnte. Weil man aber auf eine Stichwahl zwischen dem Erst- und

Zweitplatzierten verzichtet hatte, war nie wirklich klar, ob auch wirklich die absolute Mehrheit der Parteimitglieder Scharping als Parteivorsitzenden wollte. In der Folge bestritten Schröder und andere Scharpinggegner immer wieder den Anspruch Scharpings auf den Vorsitz. Gerade weil eigentlich unklar war, wem die Mehrheit der Partei mehr vertraute, suchte Schröder fortwährend die Auseinandersetzung. Dadurch eskalierte der Machtkampf zwischen Scharping und Schröder. Auf der anderen Seite mussten die Scharpingunterstützer damit leben, dass sie diesen Zweifel nie endgültig ausräumen konnten.

Scharping konnte bei der Mitgliederbefragung von allen drei Bewerbern das beste Ergebnis für sich verbuchen. Aber mit nur 40,3 % aller Stimmen verfehlte er die absolute Mehrheit. Fast 60 Prozent entfielen auf Schröder und Wieczorek-Zeul (Rosenbaum 1993, S. 205f.). Ohne Stichwahl blieb das Ergebnis der Mitgliederbefragung daher interpretierbar. Scharpings 40 Prozent ließen sich so lesen, dass er nicht einmal die Hälfte der SPD-Mitglieder auf seiner Seite hatte. Die Stimmen für Schröder und Wieczorek-Zeul konnten auch interpretiert werden als Nein-Stimmen gegen Scharping. Wer die Ergebnisse so interpretierte, sah eine überwältigende Mehrheit in der Partei, die Scharping als Vorsitzenden ablehnte (Walter 2009, S. 221). Zugleich blieben Schröders Chancen auf den Vorsitz unausgelotet. Schröder und Wieczorek-Zeul galten 1993 als Kandidaten der Parteilinken. Folglich konnte man das Ergebnis der Mitgliederbefragung auch so lesen, dass Wieczorek-Zeul die Stimmen abzog, die sonst Schröder bekommen hätte (Leif/Raschke 1994, S. 16). Nur eine Stichwahl zwischen Scharping und Schröder hätte diese Spekulationen entkräften können, weil dann einer der beiden auf jeden Fall die absolute Mehrheit der Stimmen hätte erringen müssen, um Vorsitzender zu werden. Der Gedanke blieb in der Diskussion, dass Schröder bei einer solchen Scharping hätte schlagen können (Herres/Waller 1998, S. 156; Anda/Kleine 2002, S. 143).

### **Zweifel als Verlust der Gewissheit der Stabilität von sozialen Konstellationen**

Zweifel bestimmt nicht nur die je individuellen Gefühle. Es geht mir vor allem um soziale Konstellationen, in denen Zweifel entstehen und in denen er auch Folgen für die Beziehungen der Beteiligten entwickeln kann.

Der Zweifel, den ich meine, bezieht sich auf die Stabilität oder Veränderbarkeit von sozialen Konstellationen (die folgenden Überlegungen stützen sich auf Berger/Luckmann 1995). Mit einer sozialen Konstellation von Personen sind Handlungsmöglichkeiten und -grenzen verbunden. Bestimmte Handlungen sind möglich, manche sind unmöglich. Bleibt die Konstellation stabil, bleiben auch Handlungsmöglichkeiten und -grenzen stabil. Stabilität bzw. die Annahme der Stabilität erzeugt Gewissheit, denn die Beteiligten wissen, was sie tun können und was ihnen verwehrt bleibt. Dieses Wissen macht eine stabile Konstellation auch längerfristig berechenbar. Ein Beispiel für solche Gewissheit begünstigenden

stabilen Konstellationen können Machtverhältnisse sein, wie sie z.B. Popitz beschrieben hat (Popitz 1992, S. 221-227).

Eine solche Stabilität wird nicht zwingend positiv erlebt. Es kommt dabei auf die Wünsche und Ziele der einzelnen Beteiligten an. Für manche ist der Status Quo befriedigend, andere könnten aber resignieren, weil die Konstellation die Verwirklichung ihrer Ziele dauerhaft unterbindet. Ein Beispiel dafür ist die verbreitete Klage über die „dünne Personaldecke“ der Parteien. Wer das beklagt, sieht keine Hoffnung darin, dass neues Personal eine verfahrenere Situation durch eine bessere Politik retten könne. Das Unbehagen an einer stabilen Konstellation sowie die Veränderungswünsche untergraben die Gewissheit ihrer Stabilität nicht notwendig. Menschen sind in der Lage, in sehr konkreten Bildern und Begriffen von auch unmöglichen Dingen zu träumen. Utopische Tagträumereien stellen die Gewissheit über Konstellation daher solange nicht in Frage, wie sie ohne eine echte Chance ihrer Verwirklichung bleiben. Das gleiche gilt für die Ängste derer, die um die Stabilität fürchten.

Die Gewissheit verliert sich erst dort, wo sich einigen oder allen Beteiligten eine echte Chance auf einen verändernden Eingriff in die Konstellation eröffnet. Für einzelne oder für alle ergeben sich plötzlich neue Handlungsoptionen. Vom plötzlichen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung bis hin zu kleineren Verschiebungen in den persönlichen Beziehungen der Beteiligten können die Gründe dafür reichen. Je nach Wünschen der Beteiligten kann das als Befreiung oder Bedrohung empfunden werden. Gleichwohl stellen diese neuen Handlungschancen alle Beteiligten vor eine Entscheidungssituation. Weil diese Chancen real sind und keine Utopie, stellt sich jedem die Frage, ob er sie nutzen wolle oder nicht. Zugleich stellt sich jedem die Frage, ob er die Konstellation so erhalten will, wie sie ist, oder ob er ihre Veränderung wünscht. Diese Entscheidung müssen alle treffen, ganz gleich, ob sie ein positives oder negatives Verhältnis zu dieser Konstellation haben. Derjenige, dem an dieser Konstellation liegt, muss sich nun aktiv für ihren Erhalt entscheiden und einsetzen. Denn nun ist diese Konstellation nicht mehr einfach und unbestritten gegeben. Wer sie verändern möchte, muss sich entscheiden, die eigene Verantwortung für die Veränderung wahrzunehmen. Er muss sich entscheiden zwischen dem Verharren im Gewohnten oder ganz ungewohnten eigenen Handlungen.

Wo die Beteiligten sich entscheiden müssen, entsteht Zweifel. Denn mit Auflösung der Gewissheit gibt es nicht mehr nur den einen richtigen Weg, sich zu verhalten. Virulent wird der Zweifel in solchen Konstellationen, die nicht ohne weiteres wieder zu stabilen, unverrückbaren Zuständen gerinnen. In solchen offenen Konstellationen sind die eigenen Wahlen revidierbar. Beispielhaft dafür stehen Entscheidungen für einen Lebenspartner in der modernen Gesellschaft. Von seinem Partner kann man sich jederzeit wieder trennen, da weder Tradition noch soziale Kontrolle eine lebenslange Verbindung erzwingen (Beck 1983). Damit muss man sich immer wieder für seinen Partner entscheiden, wenn man eine

stabile Beziehung wünscht. Die Entscheidungssituation wird in solchen Konstellationen also permanent. Das hat Folgen. Eine Entscheidung sorgt aber immer für den Ausschluss von Handlungsoptionen. Die ausgeschlossenen Optionen bleiben im Gedächtnis präsent (Luhmann 2006, S. 142). In einer offenen Konstellation wie der modernen Partnerschaft stehen diese ausgeschlossenen Optionen aber immer wieder zur Wahl. Das Wissen um diese permanent verfügbare Option sorgt darum für Zweifel, ob man wirklich richtig entschieden hat und ob man nicht daher seine Entscheidung noch mal überdenken sollte. In diesem Sinne erzeugen Konstellationen Zweifel, wenn sie durch ihre Offenheit permanent neu zur Entscheidung zwingen.

Dabei ist klar, dass Zweifel oder Gewissheit nicht notwendig aus der Struktur der Konstellation folgen müssen. Es genügt schon, dass die Leute glauben, die Situation sei stabil oder veränderlich. Sie werden dann (dem Thomas-Theorem folgend) entsprechend ihrer Meinung über die Konstellation handeln.

Wo dieser Zweifel auftritt, ob lediglich angenommen oder strukturell begründet, kann er für Prozessdynamik sorgen. Schon die Entscheidungssituation sorgt für ein Handlungsproblem, das die Aufmerksamkeit und die Energien der Beteiligten binden kann. Darüber hinaus kann der Zweifel den Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern des Status Quo antreiben. Die Gegner des Status Quo können den Zweifel nutzen, um die Befürworter in die Defensive zu treiben. Der öffentlich erhobene Zweifel am Status Quo macht offenkundig, dass es allein eine Frage des Willens ist, ob man die Konstellation aufrechterhält oder nicht. Die Befürworter geraten unter Rechtfertigungsdruck, der zugleich eine Wiederholung ihrer Entscheidung ist. Wo die Entscheidungssituation laufend wiederholt wird, gibt es auch die fortdauernde Möglichkeit, sich anders als einst zu entscheiden. Auf der anderen Seite sehen sich die Gegner des Status quo durch die greifbare Möglichkeit seiner Veränderung ermutigt, den offenen Machtkampf mit seinen Befürwortern zu suchen. Damit sind freilich nicht alle Möglichkeiten der Entwicklung dieser Konstellation ausgeschöpft. Die hier behandelten lassen sich aber im Vorfeld des Mannheimer Parteitages nachweisen.

### **Folge des Zweifels: Festhalten an Scharping wird zu einer permanenten, begründungsbedürftigen Entscheidung**

Die Uneindeutigkeit der Mitgliederbefragung von 1993 stellte für die Befürworter Scharpings eine Herausforderung dar. Das Problem bestand darin, dass Scharpinganhänger keine Gewissheit darin fanden, dass Scharping der mehrheitlich von der Partei gewollte Vorsitzende ist. Denn die gegen Scharping gerichteten Interpretationen des Mitgliedsentscheides waren nicht grundlegend bestreitbar. Sie waren mit den Zahlen verträglich und damit eine plausible Hypothese, die man durch Fakten nicht endgültig widerlegen konnte. Daraus folgte, dass die Legitimität Scharpings als mehrheitlich gewollter Vorsitzender letztlich auch zur Hypothese wurde. Die Annahme, Scharping habe die Unterstützung

der großen Mehrheit der Partei, war durch die bekannten Fakten keinesfalls besser gedeckt als die gegenteilige Behauptung. Also gab es jetzt im Grunde zwei konkurrierende Hypothesen. Scharpinganhänger, die an den Sieg Scharpings 1993 glaubten, mussten sich letztlich für eine der beiden Hypothesen entscheiden. Ohne handfeste Beweise war dies aber eine aus freiem Willen heraus getroffene Entscheidung. Sie verwies weniger auf womöglich gute Gründe, Scharpings Legitimität anzuerkennen, als vielmehr auf eben diesen freien Willen, aus dem heraus diese Entscheidung fiel. Damit war auch spürbar, dass die Aussage, Scharping habe die Mehrheit hinter sich, eine Aussage unter Vorbehalt war. Man musste stets ihre denkbare Korrektur gefasst sein. Das hieß auch, dass man sich bei einer Widerlegung dieser These anders positionieren müsste. Die Entscheidung für Scharping konnte revidiert oder wiederholt werden mit der nächsten Wahl. Aber auch jenseits von Wahlen konnte man sich gegen Scharping entscheiden, indem man zu ihm auf Distanz ging.

### **Ungewisse innerparteiliche Mehrheitsverhältnisse schürten den Machtkampf um den Parteivorsitz**

Der Zweifel an dem innerparteilichen Rückhalt Scharpings sorgte für eine fortwährende Eskalation des Machtkampfes zwischen Schröder und Scharping. Dieser artete letztlich in einen öffentlichen Schaukampf aus. Diese Eskalation verdankte sich mindestens zwei Ursachen. Einerseits versuchte Scharping sich die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998 frühzeitig zu sichern. Da Schröder seinerseits an seinem Anspruch auf diese Kandidatur festhielt, war der Machtkampf unausweichlich. Beide beanspruchten kompromisslos ein Amt, das nur einer Person letztlich zufallen konnte. Jeder Konkurrent musste nun danach trachten, seinen Anspruch gegen den Anderen durchzusetzen. Dies konnte nur in einem Kampf auf Sieg und Niederlage geschehen. Das Streben nach früher Festlegung war aus dieser Sicht ein Fehler Scharpings.

Andererseits hatte die Mitgliederbefragung 1993 hinreichend Zweifel hinterlassen, ob Scharping in einer direkten Konkurrenz mit Schröder auch wirklich die absolute Mehrheit der Stimmen hätte erringen können. Die Kräfteverhältnisse zwischen dem Scharping- und dem Schröderlager waren demzufolge eigentlich unklar. Niemand wusste wirklich sicher, welcher der Konkurrenten die Mehrheit der Partei hinter sich hatte. Damit erfüllte die durch die Mitgliederbefragung geschaffene Situation wenigstens eine Bedingung der Eskalation von Konflikten. Nach Neidhardt fördert die

die Unbestimmtheit der Situation im Hinblick auf Kampfstärken und Konfliktausgänge (Neidhardt 1981, S. 245)

die Bereitschaft der Konfliktgegner, sich auf einen Kampf einzulassen. Solange man nicht weiß, wie stark der Gegner wirklich ist, kann man die Hoffnung auf einen Sieg hegen. Also sucht man die weitere Auseinandersetzung. Schröder und seine Anhänger konnten



aus mehreren Gründen an ihre fortbestehende Chance glauben. Der auffällige Mangel der Mitgliederbefragung, auf eine Stichwahl zu verzichten, ließ ein permanentes Gedankenspiel zu, dass alles hätte auch anderes kommen können. Schröders Niederlage erschien in dieser Lesart im Grunde als Produkt eines Formfehlers. Ohne diesen Formfehler, so konnte man sich trösten, hätte Schröder doch gewonnen. Die entfallene Stichwahl sorgte für die Idee, dass Scharping in einem direkten Vergleich mit Schröder wahrscheinlich verloren hätte. Mit der Vermeidung einer Stichwahl schienen die Organisatoren der Mitgliederbefragung einem wirklichen Realitätstest aus dem Wege gegangen zu sein. Indem Scharping nicht mehr in die Stichwahl musste, hat er sich nicht wirklich bewährt als der, der die Mehrheit der SPD-Mitglieder überzeugen konnte. Deshalb waren die innerparteilichen Kräfteverhältnisse nach wie vor unklar. Die Deutlichkeit hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse, die eine Wahl eigentlich bringen soll, fehlte. Scharping wirkte trotz der Mitgliederbefragung und der damit verbundenen basisdemokratischen Legitimierung nicht wie der überlegene Sieger. Sein Sieg wirkte nicht zwingend, sondern eher vorläufig und als das Produkt günstiger Umstände. Damit stand eine Bewährung Scharpings als der Kandidat mit dem größten innerparteilichen Rückhalt noch aus. Entsprechend war es für Schröder und Anhänger naheliegend, diese erneute Bewährungsprobe zu provozieren. Die Hoffnung Schröders auf einen Sieg in der nächsten Runde erschien realistisch, wurde zumindest durch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung nicht widerlegt. Daher war der fortgesetzte Machtkampf eine verlockende und wie auch permanent zur Wahl stehende Option.

Bestärkt wurden diese Gedankenspiele dadurch, dass die Mitgliederbefragung im Verdacht stand, Instrument zur Verhinderung Schröders gewesen zu sein. Der SPIEGEL behauptete schon 1993, dass eine Kungelrunde aus wichtigen Führungsleuten der Partei die Mitgliederbefragung ersann, um Schröder als Kanzlerkandidaten auszuschließen (SPIEGEL 19/1993, S. 29). Jenseits ihres Wahrheitsgehaltes konnten solche Berichte zum Gesprächsthema werden und damit die Idee eines Komplotts gegen Schröder popularisieren. 1994 verliehen die Politikwissenschaftler Thomas Leif und Joachim Raschke der Annahme eines Komplotts wissenschaftliche Dignität durch eine plausible Rekonstruktion der Motive von Johannes Rau und anderen Führungsmitgliedern der SPD, einen Vorsitzenden Schröder zu verhindern. Ebenso plausibel wirkte ihre Interpretation des Verfahrens der Mitgliederbefragung als Schröder-Verhinderungs-Instrument (Leif/Raschke 1994, S. 14ff). Wenn aber die Niederlage Schröders vor allem durch Absprache und Kungelei zustande kam, waren Revancheforderungen des Verlierers sehr naheliegend. Schließlich hatte dieser Komplott die wahren Kampfstärken der Gegner gar nicht erst erkennbar werden lassen. Damit stand die eigentliche Bewährungsprobe der Konkurrenten noch aus, weil die Mitgliederbefragung gar kein echter Wettbewerb um die innerparteilichen Mehrheiten gewesen war.

Es ist klar, dass Schröder und seine Anhänger nach dieser Lesart ihre Niederlage nicht akzeptieren konnten:

Er gab sich nicht geschlagen, zweifelte wohl auch keine Sekunde daran, dass eigentlich ihm und nicht dem drögen Westerwälder die Krone zustand. (Walter 2009, S. 221)

Auch Appelle an die Solidarität mit dem gewählten Vorsitzenden konnten nicht mehr helfen. Freilich möchte ich hier nicht über die Befindlichkeiten Einzelner spekulieren. Von Interesse ist hier, dass auch loyale „Parteisoldaten“ einem solchen Zweifel nicht entkommen könnten. Gedankenexperimentell könnte man sich Schröder als jemand vorstellen, der stets loyal zu den Parteibeschlüssen gestanden hätte. Dann hätte er seinen Ärger über Scharping und seine eigenen Machtambitionen bezähmt und Scharpings Sieg akzeptiert. Aber auch dadurch hätte Schröder die Option des fortgesetzten Machtkampfes nicht eliminieren können. Zu seiner Loyalität hätte er sich entscheiden müssen. Womöglich hätte er diesen Standpunkt auch noch argumentativ rechtfertigen müssen. Diese Position wäre in jedem Falle angreifbar und bestreitbar gewesen. Die Möglichkeit, sie zu revidieren, stand stets im Raum. Spätestens bei einer öffentlichen Diskussion der Ergebnisse der Mitgliederbefragung hätten die Unterstützer Scharpings ihre Entscheidung überprüfen oder wenigstens verteidigen müssen. Ob ihnen das dann gelingen konnte, war prinzipiell unsicher.

## **2.2 Scharpings Versuch der Disziplinierung Gerhard Schröders auf dem Mannheimer Parteitag**

Teilweise wurde der Mannheimer Parteitag so geplant, dass er die Wirkung haben sollte, Schröder zu disziplinieren. Für seinen Disziplinierungsversuch nutzte Scharping die Regeln des öffentlichen Auftretens, denen auch Schröder unterworfen war. Auf dem Parteitag gab es die breit geteilte Erwartung von Parteitagsteilnehmern, dass die medial präsenten Führungspersonen durch ihre Reden für einen guten Eindruck der SPD in der Öffentlichkeit sorgen sollten. Gleichzeitig sollten sie jeden schlechten Eindruck vermeiden. Das zwang jeden Redner zur Zurückhaltung. Diese Zurückhaltung nutzte Scharping für seine Zwecke aus. Einerseits gab er der Kritik an Schröder Raum. Zentral war dabei der Vorwurf, Schröder habe sich egoistisch auf Kosten des Ansehens der Partei in den Medien profiliert. Andererseits konnte Scharping darauf vertrauen, dass sich Schröder nicht mit letzter Konsequenz gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wehren würde. Schröder musste sich angesichts der öffentlichen Beobachtung bezähmen, um die Kritik an ihm nicht noch durch weitere Angriffe auf Scharping zu bestätigen. Ein allzu selbstbewusstes und aggressives Auftreten hätte sowohl Delegierten als auch Journalisten als Fortsetzung des Machtkampfes gegolten. Die Schuld an den darauf folgenden negativen Schlagzeilen hätte man in Parteikreisen mit hoher Wahrscheinlichkeit allein Schröder zugeschrieben.

Wie war diese Strategie der Disziplinierung im Einzelnen angelegt?

1) Scharping nutzte seine zu Beginn des Parteitages gehaltene Rede zu einer massiven Kritik an Schröders Verhalten in der Öffentlichkeit. Dabei nannte Scharping keinen Namen, sondern kritisierte lediglich ein bestimmtes Verhaltensmuster, die nach seiner Darstellung egoistische Profilierung von Einzelnen auf Kosten der Partei als Ganzes. Dieser Egoismus war nach Scharping die Hauptursache für das schlechte Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit. Einzelne hätten demnach die eigentlich gute Arbeit der Partei durch ihre Rücksichtslosigkeit und durch ihr Karriereinteresse beschädigt. Scharping brauchte den Namen Schröders dabei nicht zu erwähnen, da aufgrund des bis in den Frühherbst 1995 andauernden öffentlichen Machtkampfes zwischen Schröder und ihm allen klar sein musste, wer mit diesen Anklagen gemeint war.

Mit dieser Diagnose bediente Scharping die personalisierte Politikwahrnehmung der Medien. Strukturelle Probleme der Partei blendete er aus. Das Schicksal der Partei wurde nach seiner Darstellung maßgeblich von wenigen einzelnen bestimmt. Es war folglich auch leicht, die Ursachen der Krise zu ermitteln. Ebenso drängte sich eine Lösung der Krise auf, wenn man sie sich als von Einzelnen verursacht vorstellte. Die Verursacher mussten abgestraft oder wenigstens aus ihren Ämtern entfernt werden. Erleichtert wurde diese schablonenartige Diagnose noch durch den von Scharping aufgebauten Kontrast zwischen „Täter“ und „Opfer“. Die wenigen Personen, die das Schicksal der Partei bestimmten, ließen sich eindeutig einer dieser beiden Kategorien zuordnen. Dabei entwickelte Scharping in seiner Rede einen nahezu manichäischen Gut-Böse-Gegensatz. Ein „Täter“ war ausschließlich Täter. Er war weder ein Opfer noch jemand, der vielleicht aus guten Absichten gehandelt haben mag. Ebenso einseitig beschrieb er die Opferrolle. Beide Personengruppen entbehrten jeder Ambivalenz oder Tragik.

In seiner Rede beschrieb sich Scharping als Opfer der Umtriebe unmoralischer Karrieristen. Scharping spielte seine eigene, auch aktive und nicht unerheblich aggressive Rolle im Machtkampf mit Schröder herunter und stellte sich so dar, als hätte er vor allem die Handlungen des Konkurrenten erdulden müssen. In diese Linie fügten sich Redepassagen, die die eigene Betroffenheit und das eigene Leiden aufgrund von Hinterhältigkeiten Schröders hervorhoben. Zwar übte Scharping auch Selbstkritik, vermied dabei aber den Eindruck, er hätte seinerseits aktiv Schröder bekämpft. So wirkte der Konflikt zwischen Schröder und Scharping als einseitiger Kampf zwischen einem unverkennbaren Täter und einem unbezweifelbarem Opfer. Dem Täter wiederum schrieb Scharping ein egoistisches Profilierungsgebaren zu, dem es vor allem um mediale Aufmerksamkeit gegangen sei und der dabei den Imageschaden der Partei billigend in Kauf genommen habe. Hierin steckte das Deutungsangebot, dass Schröder die SPD-Krise verursacht hat.

Diese einseitige Schuldzuweisung konnte plausibel werden, weil Scharping hierfür geschickt die Images von sich und von Schröder ausnutzte. Scharping wurde nicht selten als „bieder“ und „langweilig“ beschrieben. Mancher hielt ihn gar für naiv und wenig durch-

setzungsfähig. Diese Eigenschaften waren jedoch förderlich für eine Selbstdarstellung als argloser und aufrichtiger Politiker. So konnte er einerseits gegen Schröders lockere und gewinnende Ausstrahlung in den Medien nicht bestehen, wirkte dafür aber als fleißiger Arbeiter ohne Hinterhältigkeiten einigermaßen glaubwürdig. Die von ihm gewählte Rolle des Opfers harmonierte daher mit diesem Image. Sie passte letztlich sogar zu der depressiven Ausstrahlung seines Vortragsstiles seiner Rede, den die Linguisten Paeschke und Sendlmeier ausgemacht zu haben meinten (Paeschke/Sendlmeier 1997).

Schröder seinerseits sollte als rücksichtsloser Egoist erscheinen. Der 1994/1995 zwischen Scharping und Schröder ausgefochtene Machtkampf sollte so als das alleinige Werk Schröders wahrgenommen werden. Schröder war in diesem Spiel der Täter, von dem alles ausging und dem es allein um seine persönliche Profilierung ging. Dazu konnte Scharping auf die weit verbreitete Abneigung der Partei gegen Schröder aufbauen. Ebenso war allgemein bekannt, dass Schröder seinen Anspruch auf die Kanzlerkandidatur nicht aufgegeben hatte. Darüber hinaus wirkte Schröder hemdsärmelig und zupackend. Diese Eigenschaften verschafften ihm das Image des „Machers“. Gleichzeitig ließen sie aber auch die Unterstellung eines robusten, bisweilen rücksichtslosen Machtkampfes plausibel erscheinen. Schröder hatte nie einen Hehl aus seinen Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur gemacht. Sein Machtanspruch und seine Freude an der Macht verbarg er nicht. Auch deshalb wirkten Unterstellungen einer gewissen Karriereversessenheit und des Egoismus durchaus glaubwürdig.

2) Der Scharpingrede folgte eine zeitlich unbegrenzte Aussprache, in der die Delegierten Gelegenheit bekommen sollten, ihren Ärger über den Zustand der Partei auszusprechen. Diese Absicht einer rückhaltlos offenen und harten Debatte wurde mehrfach öffentlich von Führungspersonen in den Medien bekannt gegeben. Damit signalisierte man der Öffentlichkeit, dass die Partei sich ihren Problemen in einer unbequemen Auseinandersetzung stellen werde und dass man andererseits die Verärgerung und die Sorgen der Mitgliedschaft ernst nehme. Zugleich konnten diese öffentlichen Ankündigungen von den Delegierten auch als Ermunterung gelesen werden, ihren Unmut auch wirklich in dieser Debatte vorzutragen. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die von Scharping vorgenommene scharfe Trennung zwischen „Opfer“ und „Täter“, lässt sich vermuten, dass er den Ärger der Delegierten zu kanalisieren versuchte. Denn wer Scharpings Darstellung glaubwürdig fand, würde seine Kritik weniger an ihn, sondern an den „Täter“ richten. Damit wäre hauptsächlich Schröder die Zielscheibe der Kritik geworden.

3) Der Parteivorstand legte dem Parteitag einen Initiativantrag vor, in dem mit starken Worten die Solidarität untereinander angemahnt und die Profilierung Einzelner zu Lasten der Gesamtpartei verurteilt wurde. Zwar verzichtete das Papier ähnlich wie Scharping in seiner Rede ebenfalls auf die Nennung von Namen. Es verurteilte jedoch deutlich ein einseitiges Karrierestreben einzelner sowie den undisziplinierten Umgang von Führungs-

leuten untereinander. So war es auch ohne Namensnennung kein Problem, Schröder als Adressaten dieses Appells zu erkennen. So wurde also der Ärger der Delegierten in diesem Papier aufgenommen und zum Thema gemacht. Zugleich wurde ihnen eine Deutung angeboten, die die Probleme der SPD in den Jahren 1994 und 1995 scheinbar erklärte, indem sie sie auf fehlende Disziplin und moralische Integrität zurückführte. Gleichzeitig wurde die Deutung von Schröders Verhalten als parteischädigend zur offiziellen Beschlusslage der Partei.

Im Verbund konnten diese drei Elemente der moralischen Diskreditierung Schröders als alleiniger „Täter“ durchaus Wirkung erzielen. Diese beruhte auf den Regeln des öffentlichen Auftretens. Zwei mit Öffentlichkeit verbundene Erwartungen bewirkten eine gewisse Zurückhaltung Schröders auf dem Mannheimer Parteitag.

Einerseits musste Schröder darauf achten, dass er durch seine Verhalten und seinen Auftritt keine weiteren negativen Schlagzeilen provozierte. Andererseits galt alles, was ein Spitzenpolitiker auf der Parteitagsbühne sagte, als eine offizielle Verlautbarung des Rolleninhabers. Diese Verlautbarungen wurden als Versprechen angesehen, dass der Politiker dann auch in Wort und Tat mit Leben füllen musste. Würde er später im Widerspruch zu diesen Aussagen handeln oder reden, könnte das als Abweichung, Vertrauensbruch oder Täuschung skandalisiert werden. Die öffentlich getätigten Aussagen können also das Verhalten des Redners binden.

Tatsächlich zu beobachten war, dass Schröder die indirekte öffentliche Verurteilung seiner Person hinnahm. Er gab sich in seiner Rede am ersten Tag des Parteitages kämpferisch und beschrieb sich selbst als überzeugt von seinem Politikstil. Damit erzeugte er auf dem ersten Blick den Eindruck, dass er keinen Grund für Selbstkritik sah. Auf dem zweiten Blick fiel auf, dass er auf Gegenangriffe verzichtete. Weder kritisierte er die Politik der Partei als falsch oder erfolglos. Noch arbeitete er sich an der Parteiführung und insbesondere an Scharping ab. Schröders häufige Angriffe auf Scharping in den Jahren 1994 und 1995 ließen den Schluss zu, dass er Scharping eher für ungeeignet für Kanzlerkandidatur und Parteivorsitz hielt. Konsequenterweise hätte Schröder auch in Mannheim Scharpings Arbeit in diesen Ämtern offen kritisieren und eine personelle Veränderung in diesen Positionen fordern müssen. Diese Debatte sprach er jedoch nicht an.

Das zeigt, dass Schröder sich der Disziplin des Parteitages beugte. Er durfte sich nur sehr eingeschränkt gegen die Vorwürfe und die Charakterisierung seiner Person als unmoralisch wehren. Heftige Gegenangriffe auf Scharping hätten das vom Vorsitzenden entworfene Bild des sich zum Schaden der Partei egoistisch Profilierenden eher bestätigt. Schröder hätte mit erneuter Kritik an Scharping ein großes Medienecho erzeugt, auch dank seiner Popularität. Dieses Medienecho wäre ihm jedoch zur Last gelegt worden, weil ein solcher offener Konflikt als Sensation die Aufmerksamkeit für die Beschlüsse des Parteitages völlig absorbiert hätte. Hätte Schröder versucht, Scharpings Angriffe als gezielte

Strategie zu skandalisieren, wäre er selber in die Kritik geraten. Auch für die Person Schröders waren Verdächtige von Strategien und Intrigen plausibel gewesen. Damit hätte sich Schröder ähnlich lautenden Vorwürfen gegenüber gesehen. Schröder musste deshalb auf aggressive Verteidigung verzichten.

Eine zweite Wirkung der Strategie Scharpings kann hier nur hypothetisch angenommen werden, weil es sich um eine langfristige Wirkung handelte, die aber durch die Abwahl Scharpings außer Kraft gesetzt wurde. Indem Schröder sich nur halbherzig gegen die Vorwürfe wehrte, akzeptierte er sie letzten Endes. Nur eine detaillierte Kritik dieser Vorwürfe und des sie festschreibenden Initiativantrages hätte an diesem Bild etwas geändert. So wurde sowohl die Diagnose der Illoyalität mancher Führungspersonen als auch die Forderung nach Beendigung des öffentlichen Zanks zwischen diesen zur offiziellen Beschlusslage. An dieser Beschlusslage musste sich das künftige Verhalten Gerhard Schröders messen lassen. Es hätte zumindest die Möglichkeit bestanden, Schröder bei wiederholten öffentlichen Sticheleien auf diesen Beschluss hinzuweisen. Der Beschluss hätte zugleich eine Art rote Linie gezogen, anhand derer man den Grad der Abweichung vom Parteikonens hätte beurteilen können. Die durch den Initiativantrag vorgenommene formale Bestimmung des erwünschten Verhaltens hätte also genutzt werden können für eine ebenfalls genaue Bestimmung dessen, was als abweichendes Verhalten zu verurteilen wäre.

Ebenso bindend hätte sich langfristig der Verzicht auf eine Kritik an Scharping und auf eine Forderung der personellen Veränderung ausgewirkt. Verbindlich sind nicht nur die öffentlichen Aussagen, ebenso verbindlich kann auch das sein, was man nicht sagt oder tut. Schröder hätte seine Kritik an Scharping auf dem Parteitag äußern müssen. Dass er es nicht tat, konnte man als Einverständnis werten, diesen Kandidaten auch erneut zum Vorsitzenden zu wählen. Sein Schweigen zu der Personalfrage ließ sich als Verzicht auf eine Personaldebatte auslegen. Dass Schröder selber nicht erklärte, sich für den Parteivorsitz zu bewerben, konnte gedeutet werden als Zustimmung, dass es nur einen Kandidaten geben solle. In dieser Zurückhaltung Schröders konnte man also das unausgesprochene Versprechen sehen, dass Schröder die Wahl Scharpings und zugleich seine eigene Rolle in der zweiten Reihe hinter Scharping akzeptieren würde. Im Grunde hatte Schröder sich durch sein Schweigen zu diesem Thema einverstanden damit erklärt, einem Vorsitzenden Scharping loyal zu folgen.

Wahrscheinlich glaubten nur wenige, dass Schröder ernsthaft einen Vorsitzenden Scharping für eine gute Lösung hielt. Sein Schweigen war womöglich eher dem Umstand geschuldet, dass eine Kampfkandidatur Schröders an seiner Unbeliebtheit bei den Delegierten gescheitert wäre. Damit hätte er sich womöglich jede weitere Aussicht auf Vorsitz oder Kanzlerkandidatur verbaut. Er musste also schon aus strategischen Gründen auf die Thematisierung der Personalfrage verzichten. Diese Zwickmühle macht aber den disziplinierenden Charakter des Parteitagsrituals deutlich. Schröder hätte später auf diesen Ver-

zucht festgelegt werden können. Eventuelle spätere Kritik am Vorsitzenden hätte mit Verweis auf auch Schröders schweigende Zustimmung zur Kandidatur Scharpings als eine Art Wortbruch kritisiert werden können. Man hätte ihm vorhalten können, dass er seine Kritik und seinen Führungsanspruch in Mannheim hätte laut äußern müssen. Da er dies nicht getan habe, hätte er auch später kein Recht mehr auf die Kritik am Vorsitzenden. Mehrfach war im Vorfeld des Parteitages auch während der Generaldebatte selber geäußert worden, dass diejenigen, die sich für besser als Scharping hielten, auch kandidieren müssten. Wahrscheinlich war man sich eher sicher, dass niemand dieses Risiko eingehen würde. Der Effekt dieser Forderung bestand aber in der langfristigen Selbstbindung der Konkurrenten an diesen Verzicht auf eine Gegenkandidatur. Denn nun konnte man die Konkurrenten immer wieder daran erinnern, dass sie hätten in Mannheim kandidieren müssen, falls sie einen Führungsanspruch zu haben glaubten. Wer aber dort nicht antrat, dessen späterer Führungsanspruch wäre dann auch nicht mehr gerechtfertigt gewesen.

## **2.3 Die Rekonstruktion der Strategie der Diskreditierung Schröders**

### **2.3.1 Elemente der Strategie Scharpings**

#### **a) Die Inkonsistenz der Selbstdarstellung als Opfer**

In seiner Parteitagsrede am 14. November 1995 stellte sich Scharping vorrangig als Opfer der Angriffe und Fehltritte anderer dar. Diese Selbstdarstellung nutzte er zugleich, um diese anderen als „Täter“, also alleinige Verursacher der von den Medien diagnostizierten „Krise“ der Partei zu beschreiben. Je argloser er als Opfer erleiden musste, was der andere ihm antat, um so verwerflicher erschien das Verhalten des „Täters“:

Wo einem Unheil widerfährt, muss es Ursachen und Verursacher, bösen Willen und Heimtücke, eben: Täter geben - am besten jemand, der die Situation von langer Hand vorbereitet und strategisch eingefädelt hat. So wird das Widerfahrnis in menschliche Handlungen rückübersetzt und in handlichen moralischen Kategorien erklärbar. Auf der Kontrastfolie der abgründigen Durchtriebenheit des Intriganten erscheint das Opfer in seiner ganzen Unschuld und Arglosigkeit, das sich des Mitgefühls aller guten Menschen sicher sein kann. (Paris 1998a, S. 195)

Diese Darstellung sollte die Kritik der Delegierten auf Gerhard Schröder lenken. Dazu beschrieb sich Scharping als jemand, der den öffentlichen Angriffen und dem Spott Schröders nahezu wehrlos ausgesetzt war. Der Machtkampf war laut Scharping einseitig von Schröder ausgegangen. Als hilfloses Opfer schien Scharping von sich aus keinen Anteil an dieser Auseinandersetzung gehabt zu haben. Diese strikte Trennung zwischen Opfer und Täter erlaubte eine klare Verurteilung des Täters und eine Solidarisierung mit dessen unschuldigem Opfer. Auf diese Weise sollte Schröder die alleinige Schuld an der schlechten Lage der SPD zugeschoben werden. Dabei konnte sich Scharping darauf verlassen, dass alle Delegierten über Schröders Angriffe auf den Parteivorsitzenden Bescheid

wussten. Schröder hatte in den Medien häufig angedeutet, dass er sich für den besseren Parteiführer hielt. Auch verspottete er Scharping öffentlich. Dadurch war Schröder angreifbar. Zugleich wirkte Scharpings Selbstdarstellung als Opfer Schröderscher Rücksichtslosigkeit glaubwürdig. Die Opferrolle passte gut zu Scharpings öffentlichem Image als bieder, langweilig und unbedarft. Für viele war diese Opferhaltung überzeugend. So haben viele Kommentatoren die Niederlage Scharpings auf den Mannheimer Parteitag für zwangsläufig gehalten. Sie hielten seine Abwahl für eine logische Folge der persönlichen Schwächen und der politischen Fehler Scharpings. Die Kommentatoren glaubten, dass Scharping seinen Konkurrenten Schröder und Lafontaine unterlegen war. Der Parteienforscher Franz Walter urteilte:

Scharping hatte einfach zu früh zu viel auf einmal gewollt, und er war längst nicht abgebrüht und beweglich genug, um es mit Lafontaine oder Schröder aufzunehmen. (Walter 2009, S. 223)

Unbestritten hatte Scharping Fehler gemacht und er hatte auch Nachteile gegenüber seinem Konkurrenten. Aber weder war seine Niederlage zwangsläufig, noch war er so hilflos und arglos, wie es in solchen Beschreibungen den Anschein hat. Tatsächlich gab es andere Erzählungen, die ihn als machtbewussten Politiker, der aktiv für seine Ziele kämpfte, beschrieben. Auch die vernichtende Kritik in den Medien, die schlechten Umfragewerte und der häufige Spott haben ihn nicht resignieren lassen. Er ist mit dem Ziel nach Mannheim gefahren, um seine Wiederwahl zu kämpfen. Manchen Journalisten zufolge war er durchaus in der Lage, Machtkämpfe für sich zu entscheiden. Das lässt sich belegen am Beispiel des Kampfes um die Kanzlerkandidatur im Jahre 1993. Dort konnte sich Scharping gegen Lafontaine durchsetzen (Rosenbaum 1993). Seine Selbstdarstellung als Opfer stand im Widerspruch zu den Berichten über Kampfeswillen und sein Machtbewusstsein.

Mithin war seine Selbstdarstellung als Opfer nicht konsistent, sondern der Versuch, Delegierte und Medien glauben zu machen, er habe Schröders Rücksichtslosigkeiten nicht abwehren können. Im Folgenden möchte ich diese Behauptungen begründen. Zuerst zeige ich, dass Scharping sich als Opfer auf dem Parteitag inszenierte. Anschließend mache ich die Diskrepanz sichtbar zwischen diesem Bild und den Erzählungen über den Machtpolitiker Scharping. Schließlich suche ich nach Hinweisen, dass die Selbstdarstellung als Opfer tatsächlich Teil einer gegen Schröder gerichteten Strategie gewesen sein könnten.

## **b) Selbstdarstellung Scharpings als Opfer**

In seiner Rede zu Beginn des Parteitages sprach Scharping auch über seine Gefühle in einer für ihn schwierigen Zeit.

Genossinnen und Genossen, ich habe einiges erlebt, von dem ich nicht geglaubt habe, dass ich es erleben würde. Ich habe öffentlich dazu gesagt, das seien Dinge, die würden mich zwar nicht aus dem Pantoffel schmeißen, aber es sei saumäßig schwer gewesen. Das war untertrieben. Ich habe mich manchmal gefragt: Wie lange sollst Du Dir den gut gemeinten Rat des Schulterklopfens oder In-den-Arm-Nehmens Deiner Freunde, wie lange die Frage Dei-



ner Kinder anhören: Warum macht man so etwas? [...] Immer neue Hürden und vor den neuen Hürden immer neue Backsteine in den Rucksack, das ist schwierig. (Rede Scharping, Parteitagprotokoll S. 66f.)

In dieser Passage stellte Scharping sich dar als einer, der vor allem Angriffe von anderen erleidet. Er ist jemand, dem andere etwas angetan haben. Diese Anderen schaden ihm, sie machen ihm zumindest das Leben schwer:

Immer neue Hürden und vor den neuen Hürden immer neue Backsteine  
in den Rucksack [...]

Die Bewältigung des Alltags wurde in dieser Lesart Scharpings zu einer permanenten Herausforderung. Aus dem Handeln seiner Gegner entstanden ihm Hindernisse. Ihre Überwindung kostete ihn Kraft. Jeder Schritt war beschwerlich. Dafür stand das Bild der „Hürden“ und der „Backsteine im Rucksack“. Dieses Bild suggerierte körperliche Anstrengung. Jeder Schritt war auch ein Kampf mit sich selbst, gegen die eigene Neigung, vor den „Hürden“ zu kapitulieren. Laut Scharping begnügten sich die anderen nicht mit einem bestimmten Belastungsniveau. Sie vergrößerten die Beschwerlichkeiten immer mehr. Sie trieben den Vorsitzenden an die Grenze seiner Möglichkeiten. Weil immer größere Hindernisse aufgebaut wurden, musste er jetzt mehr Kraft für jeden einzelnen Schritt aufwenden als früher. „Saumäßig schwer“ sei das gewesen, aber selbst dieser Ausdruck scheint ihm dann zu schwach für sein Leiden. Es war ein Leiden, das Freunde und Familie alarmierte. Es weckte ihre Aufmerksamkeit, denn sie sprachen Scharping darauf an, gaben ihm „gute Ratschläge“. Zudem erschien ihnen das Leiden irrational. Sie sahen in diesem beständigen Kampf keinen Sinn, noch erfüllte es für sie ein Ideal von Selbstaufgabe und Selbstdisziplin im Dienste höherer Ziele. Deshalb erhielt Scharping nach seiner Schilderung auch keine Bewunderung für seine Anstrengungen, sondern man fragte ihn, wozu er das auf sich nehme:

[...] die Frage Deiner Kinder anhören: Warum macht man so etwas?

Freunde und Kinder, das sind die Menschen, die es gut mit ihm meinen. Besonders die Kinder standen für jene, die vor allem am Menschen Rudolf Scharping interessiert und für die seine Ämter zweitrangig waren. Ämter kann man erwerben und wieder verlieren, die Vater-Kind-Beziehung bleibt stets bestehen. Wenn die Kinder hier nach dem Sinn des immer schwieriger werdenden Kampfes ihres Vaters fragten, zeigten sie ihre Sorge um den Menschen jenseits des Amtes. Der Mensch litt, weil andere es dem Vorsitzenden immer schwerer machten. Wo aber der Mensch als solcher unter dem Amt leidet, geht es an die Substanz. Wer durch die Mühen seiner Rolle so leidet, der ist zu einer Rollendistanz nicht mehr imstande. Er kann das Leiden am Kampf auch in Arbeitspausen nicht mehr ablegen.

Auf dem ersten Blick wirkt das vielleicht wie die Klage über eine sehr schwere Aufgabe. Aber zwei Gründe sprechen dafür, dass Scharping sich hier als Opfer darstellte. Zum einen musste Scharping nicht besonders explizit werden. Die Delegierten wussten

bei dieser Passage, über welche Schwierigkeiten ihr Vorsitzender sprach. Neben der allgemeinen Kritik an seiner Person waren das vor allem die über die Medien vermittelten Angriffe Gerhard Schröders. Daher musste Scharping in seiner Rede keine Namen nennen. Zum zweiten hat er sich selber als passiv erdulden Menschen beschrieben. In seiner Rede erschien er an keiner Stelle als Täter, als einer, der ebenfalls schlägt oder wenigstens zurückschlägt. Er stellte es so dar, als ob er einseitig diese Angriffe hinnehmen musste. Er benannte keine eigenen Aktionen, schon gar keine, die sich gegen seine Kritiker und Feinde richteten. In diesem Sinne gab Scharping sich als Opfer, weil er hier klar trennte zwischen Tätern und ihm selbst als ausschließlich Erleidenden.

Die Rolle als derjenige, der das Handeln anderer erdulden musste bzw. der durch die Handlungen anderer geschädigt wurde, wurde durch eine weitere Passage in Scharpings Rede noch deutlicher gemacht:

Es gibt doch wirklich genug, die sich an der SPD reiben: Schäuble, Rexrodt und wie sie alle heißen. Müssen wir auch noch dazugehören?

Können wir nicht eine einfache Regel beherzigen? Sie lautet: Was ich meinem Genossen oder meiner Genossin nicht ins Gesicht sagen kann oder will, das erzähle ich über ihn oder sie auch nicht in Hintergrundgesprächen. (Rede Scharping, Parteitagsprotokoll S. 52 f).

Die Anspielung auf die Scharpingkritiker war deutlich. Auch hier musste Scharping keine Namen nennen. Allerdings wirkt diese Passage zunächst nicht wie eine Selbstdarstellung als Opfer. Scheinbar stellte Scharping eine allgemeine moralische Regel für den Umgang mit Kritik untereinander auf. Wer etwas kritisieren möchte, solle dies offen und ehrlich äußern. Hinzu kam eine Unterscheidung zwischen ingroup und outgroup. Es ging um Kritik an „meinen Genossen oder meiner Genossin“. Weil alle Genossen sind, ist diese Kritik eine parteiinterne Angelegenheit und sollte auch intern geregelt werden. Der „Genosse“ ist auch derjenige, dem man zu einer gewissen Loyalität verpflichtet ist. Schließlich ergibt sich die Anrede „Genosse“ aus der gemeinsamen Arbeit für eine sozialdemokratische Politik. Die Anrede „Genosse“ drückt aus, dass diese Gemeinsamkeit das Wesentliche ist gegenüber allen politischen Differenzen. Hier wurde der SPD-Mythos der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes für eine „Vision“ beschrieben (Lösche 1996, S. 21). Auch in einer früheren Rede hatte Scharping die Gemeinsamkeit durch den Dienst an der sozialdemokratischen Vision als Verbindendes und die politischen Differenzen Überstrahlendes beschworen (Rosenbaum 1993, S. 220). Vor diesem Hintergrund sei es laut Scharping verwerflich gewesen, die Kritik an den eigenen Mitstreitern zuerst Außenstehenden, nämlich Journalisten auf „Hintergrundgesprächen“ mitzuteilen. Die Außenstehenden empfänden keine grundsätzliche Loyalität gegenüber den SPD-Mitgliedern. Daher hätten sie weniger Hemmungen, auch Meldungen zu veröffentlichen, die der SPD schaden.

Hinter diesem allgemeinen Appell, die Interessen der SPD stärker zu schützen vor den Angriffen von außen, steckte dann aber doch noch eine Opferbeschreibung Scharpings. Sie war geschickt verpackt. Die von Journalisten medial verstärkte Kritik einiger Par-

teimitglieder traf nicht nur die Partei allgemein, sondern auch ihren Vorsitzenden. Als oberster Repräsentant musste er zu solchen Kritiken öffentlich Stellung nehmen. Er musste die Position der Partei verteidigen und erkennbar machen. Seine Aufgabe war es, ein positives und überzeugendes Bild der SPD und ihrer Politik in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Daher musste er auch Falschdarstellungen korrigieren. Obschon Scharping diese Aufgaben nicht direkt nannte, waren sie als Erwartung der Mitgliedschaft an ihren Vorsitzenden präsent. Die Delegierten werden daher verstanden haben, dass eine öffentliche Kritik von Parteimitgliedern an der SPD auch Scharping persönlich vor Schwierigkeiten gestellt hatte. Schließlich hatte er zu solchen Kritiken nicht schweigen können. Er musste vor allem dann reagieren, wenn diese Kritiken unmittelbar dem Ansehen der Partei schaden. Um welche Art der Kritik es ging, wurde in Scharpings zweiter Wortmeldung am 14. November 1995 deutlich:

Und das schließt aus, dass Leute von uns, die Zugang zu den Medien haben, das persönliche Profil dadurch entwickeln, dass sie die eigene Partei immer für ein bisschen rückständig, ein bisschen zurückgeblieben oder anderes erklären. (Wortmeldung Scharping, Parteitagprotokoll S. 166)

Damit spielte Scharping direkt an auf eine provokante Äußerungen Schröders zur Wirtschaftspolitik. Dieser hatte gegenüber der Presse gesagt:

Es geht nicht mehr um sozialdemokratische oder konservative Wirtschaftspolitik, sondern um moderne oder unmoderne. (Anda, Kleine 2002, S. 186)

Hiltrud Schröder, damals noch Ehefrau des Scharpingkonkurrenten, schilderte in ihren Erinnerungen eine symptomatische Situation, in der Gerhard Schröder in Anwesenheit von Journalisten gegen die SPD stichelte:

Der Abend klang an der Hotelbar aus. Mit Unmengen Weißwein und fulminanter Scharping-Schmäh. Die gipfelte in dem Satz: „In der Bonner Fraktion regiert ein Kartell der Mittelmaßigkeit.“ Gerhard hatte vor der ersten Bestellung betont, das Gespräch wäre vertraulich. Einen Tag später stand natürlich trotzdem alles in der Zeitung. (Schröder 1997, S. 228)

Zum Opfer im übertragenen Sinne wurde Scharping durch die Handlungszwänge, die ihn durch Schröders Medienauftritte auferlegt wurden. Das Problem an Schröders Kritik war, dass Scharping überrascht wurde von ihr. Er erfuhr sie nicht direkt dann, wenn er Schröder persönlich traf, sondern erst aus der Zeitung. Entscheidend war aber zweitens die Öffentlichkeit der Kritik. Schröders im Fernsehen oder gegenüber einer Zeitung getätigten Äußerungen konnte jeder hören und lesen. Dadurch wurde dessen Kritik potenziell zu einer Angelegenheit des ganzen Landes. Sie war nicht mehr eine Sache, die man intern regeln konnte. Jetzt musste sich Scharping als Vorsitzender nicht mehr nur dem Kritiker Schröder und seinen innerparteilichen Unterstützern stellen. Er musste sich darüber hinaus auch gegenüber Journalisten verteidigen und damit letztlich potenziell gegenüber der gesamten deutschen Öffentlichkeit. Immer bestand die Gefahr, dass die Medienkonsumenten dem Kritiker recht geben hätten können. Dieser Gefahr musste der Vorsitzende vorbeugen, um einen Ansehensverlust der Partei zu vermeiden. Auch hätten die politi-

schen Gegner solche Schröder-Äußerungen für Angriffe auf die SPD und ihren Vorsitzenden nutzen können.

Schröder brachte Scharping durch seine medial vermittelte Kritik in eine unangenehme Lage. Scharpings Ansehen litt, weil die Leser der Kritik hätten recht geben können. Es litt, weil Schröders Verhalten zu weiterer öffentlicher Kritik Anlass geben konnte. So hätte kritisiert werden können, dass er als Vorsitzender führungsschwach sei, weil er Schröders öffentliche Alleingänge nicht verhindern konnte. Auch hätten Scharpings Rechtfertigungsversuche auf Schwachstellen abgesehen und dann angegriffen werden können. Darum musste Scharping bei seinen Versuchen, die Schröderkritik zu entkräften, immer genau aufpassen, was er sagte, um nicht neue Angriffspunkte zu bieten. Genau das war jedoch eine große Herausforderung. Schließlich musste der Vorsitzende möglichst schnell und unmittelbar auf eine mediale Attacke Schröders reagieren. Er hatte daher nur sehr wenig Zeit, um sich seine Reaktion genau zu überlegen und um alle ihre Folgen zu kalkulieren. Unter diesen Umständen war es sehr schwer, eine für die Journalisten und Medienkonsumenten überzeugende Antwort auf die Kritiken zu finden. Schröders öffentliche Kritik brachte den Vorsitzenden also immer wieder in starken Zugzwang. Hinzu kam der Stress, der aus der Ungewissheit herrührte, ob die Abwehr der Schröderschen Kritik auch gelingen würde oder ob sie in den Medien ein unkontrollierbares Eigenleben entfaltet. Genau das war das Moment des passiven Erleidens, wodurch Scharping (in seiner Darstellung) zum Opfer wurde. Scharping wusste nicht, wann und wie Schröder wieder einen öffentlichen Angriff starten würde. Er war stets gezwungen, schnell zu reagieren. Dadurch bestimmte nicht er, sondern Schröder Thema und Zeit des Handelns des Vorsitzenden. Diese Rechtfertigungszwänge widerfuhren ihm, er kontrollierte sie nicht.

Passend zur Opferrolle Scharpings skizzierte jener die Rolle Schröders als Täter, der das Opfer leiden ließ und dem es ausgeliefert war. Schröders Agieren erschien angesichts der Probleme, die er verursachte, verwerflich. Das musste Scharping an diesem Punkt seiner Rede nicht weiter begründen. Diese Schlussfolgerung musste sich den Delegierten förmlich aufdrängen. Schließlich erzeugte Schröder die Probleme Scharpings völlig ohne Not. Jeder im Saal wusste, dass Schröder nicht dazu gezwungen war, seine Kritik öffentlich zu äußern. Als prominenter Politiker und Mitglied des Parteipräsidiums hätte er in der Partei Gehör und Aufmerksamkeit finden können. Als medienerfahrener Ministerpräsident konnte er auch wissen, welche Schwierigkeiten die öffentliche Austragung von partei-internen Auseinandersetzungen hervorbringen würden. Darum hätte er es in der Hand gehabt, diesen Schaden zu vermeiden. Dass er es nicht tat, warf ein schlechtes Licht auf ihn. Offenbar nahm Schröder die negativen Folgen seiner öffentlichen Kritik wissentlich in Kauf. Das konnte man so lesen, als hätte er diesen Schaden direkt herbeigewünscht. So verband sich Schröders eigentlich überlegenes Agieren in den Medien mit dervon Schar-

ping unterstellten schlechten Absicht. Auf diese Weise wurde in den Worten Scharpings aus dem zupackend handelnden Schröder ein Täter, der anderen schadete.

### **c) Widerspruch zwischen Scharpings Opferrolle in Mannheim und anderen Beschreibungen als kampfstarker Machtpolitiker**

#### **Scharping als aktiv um seine Macht kämpfender Politiker**

Die Selbstdarstellung Scharpings als Opfer steht im Widerspruch zu den Beschreibungen mancher Beobachter, die seine Machtambitionen wie auch seine machtpolitischen Möglichkeiten hervorhoben. Diese Diskrepanz zwischen Selbstdarstellung und der Beobachterwahrnehmung als harter Machtpolitiker legt die Deutung nahe, dass Scharping sich in Mannheim ganz gezielt als Opfer beschrieb. Dadurch gewann er einen strategischen Vorteil gegenüber Schröder. Bevor ich auf diese Vorteile eingehe, möchte ich nachweisen, dass Scharping in anderen Zusammenhängen als erheblich kampfkraftiger wahrgenommen wurde, als er es die Delegierten in Mannheim glauben machen wollte.

Es stimmt zwar, dass Schröder Scharping öffentlich angriff und verspottete und damit zum schlechten öffentlichen Bild des Parteivorsitzenden erheblich beitrug. Scharping hatte also tatsächlich vieles zu erdulden. Aber seine Selbstbeschreibung als ausschließliches Opfer, dass selber keinen Anteil am Machtkampf habe, war unvollständig. Dieses Bild unterschlug Scharpings Aktivitäten gegen Schröder und andere Konkurrenten. Es ließ ihn harmloser erscheinen, als er tatsächlich war. Dieses Bild von Scharping als ehrlicher und darum an der Bosheit der Konkurrenz scheiternder Mensch hat sich bis heute in vielen Beschreibungen seiner Person erhalten. Dieses selektive Image trug dazu bei, dass viele Kommentatoren Scharpings Machtwillen und seine Fähigkeiten zur Durchsetzung im Laufe der Jahre immer mehr unterschätzten. Scharpings Aufstieg an die Spitze der Bundes-SPD erschien aus dieser Perspektive rätselhaft. Es blieb fraglich, warum ein eher naiver bis trotteliger Mensch im harten Geschäft der Politik hatte bestehen und Karriere machen können.

Dieses Rätsel vermochten diejenigen Beobachter zu vermeiden, die Scharping einen starken Machtwillen bescheinigten. Sie beschrieben ihn als jemand, der für seine Ziele zu kämpfen bereit war. Ihrer Ansicht nach war er durchaus in der Lage, Machtkämpfe für sich zu entscheiden. Persönliche Verletzungen seiner Gegner hätte er dabei in Kauf genommen. So skrupulös, wie er es in seinen moralischen Appellen auf dem Mannheimer Parteitag vorgab, war er nach Meinung dieser Kommentatoren nicht. Für diese Sichtweise auf Scharping gibt es mehrere Belege.

Sein Ehrgeiz und sein Machtwille konnten ausgeprägter kaum sein. 1993 wollte Scharping alles: den Vorsitz seiner Partei und die Kanzlerkandidatur. Als er diese Ziele erreicht hatte, ging er gleich einen Schritt weiter und dirigierte von der Mainzer Staatskanzlei aus die Bundestagsfraktion der SPD [...] (Walter 2009, S. 219)

Als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz wurde ihm ein „autoritärer Führungsstil“ bescheinigt. Man sagte ihm nach, dass er Kritik nicht gerne hörte. Zugleich sei er bemüht gewesen, die Möglichkeit von Konkurrenz in Landtagsfraktion und Landespartei von vornherein auszuschließen:

Neben Scharping – das galt für Partei und Fraktion – konnte niemand wachsen. Geräuschlos, aber effektiv tat er alles, damit es nur eine Nummer eins gab. (Leif/Raschke 1994, S. 40)

Matthias Micus charakterisierte den Machtwillen Scharpings noch drastischer:

Die Sammlung von Posten [zeitweilig gleichzeitig: Vorsitzender SPD-Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Kreisvorsitzender im Rhein-Lahn-Kreis. M.L., siehe Micus auf der selben Seite] symbolisiert gleichzeitig einen Grundaspekt der Scharpingschen Durchsetzungsstrategie: Er strebte nach der ganzen Macht, nach einem Zusammenschluss aller Führungsämter und der Konzentration aller Führungsressourcen in seiner Person. Einmal an der Spitze angekommen, praktizierte er einen autoritären Führungsstil, duldet niemanden neben sich und versuchte auf diesem Weg, potenzielle zukünftige Konkurrenten gar nicht erst aufkommen zu lassen. (Micus 2005, S. 126)

Die zitierten Autoren sahen in Scharping eine Person mit hoher Bereitschaft, die eigenen Ziele auch gegen Widerstände durchzusetzen. Ihre Charakterisierung Scharpings widersprach damit dem Bild, das dieser in seiner Mannheimer Parteitage von sich entwarf. Auf dem Parteitag beschrieb er sich als jemanden, der unverschuldet in die Machtkämpfe um Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur hineingeraten sei. Seine Rolle in diesen Machtkämpfen stellte er als rein passiv dar. Er behauptete, er hätte lediglich die Schläge Schröders eingesteckt, ohne selber aktiv zu kämpfen. Damit beförderte er die Deutung, man habe ihm einen Machtkampf von außen aufgezwungen, den er von sich aus nie geführt hätte. Aber den Autoren zufolge war Scharping jemand, der Konkurrenten möglichst schon vorbeugend bekämpfte, damit sie erst gar nicht eine Chance hatten. Konkurrenten zu bekämpfen, noch bevor sie ihm überhaupt als solche gefährlich werden können, zeugt von einer offensiven Haltung und von einem aktiven Kampf um die eigenen Machtchancen. Wer die Risiken bekämpft, bevor sie eigentlich entstehen, reagiert nicht nur, sondern agiert und gestaltet.

Scharping galt überdies als diszipliniert, als jemand, der sich stark unter Kontrolle hatte. Diese Eigenschaft sahen manche politische Weggefährten oder Gegner im Übermaß bei ihm ausgeprägt (Rosenbaum 1993, S. 262, 286). Auch diese Selbstbeherrschung stand im Widerspruch zur Opferrolle. Das Opfer kontrolliert die Situation nicht, allenfalls kann es darum ringen, sein Gesicht und seine Würde nicht zu verlieren. Es kann nur noch dem Zerfall entgegenwirken. Aber wo ein Opfer ausschließlich erleidet, was ihm andere antun, hat es kaum noch gestaltenden Einfluss. Das Opfer orientiert sein Verhalten nicht an in einer Situation möglichen Vorteilen. Scharping scheint in seiner Selbstbeherrschung jedoch sehr kalkuliert zu haben, wie er wirkt und wo er einen Vorteil gewinnen kann.

Ein bemerkenswertes Beispiel der taktisch motivierten Selbstbeherrschung Scharpings gab Peter Glotz in seinen Tagebüchern:

Am Abend sitzen wir bei dem Saarländer zusammen und trinken, acht oder neun Vorstandsmitglieder. Das Ziel ist klar: Wir wollen Scharping dazu bringen, Lafontaine als Kanzlerkandidat zu akzeptieren.[...] Nach ein paar Stunden sind wir alle angetrunken, Scharping ausgenommen. [...] Scharping bleibt kalt, vorsichtig. Da weiß ich: Der will auch alles, der sagt es nur nicht. (Glotz 1996, S. 84f.)

### **Mitgliederbefragung 1993: Scharping setzte sich gegen Lafontaine durch**

Scharping konnte im Kampf um die innerparteiliche Macht durchaus taktisch geschickt agieren. Dabei ging er letztlich wenig zimperlich vor und nahm persönliche Verletzungen seiner Konkurrenten in Kauf.

Beispielhaft dafür steht der Machtkampf um die Kanzlerkandidatur, in dem sich Scharping 1993 gegen Lafontaine durchsetzen konnte. 1993 sollte eine Mitgliederbefragung über den Nachfolger Engholms im Parteivorsitz entscheiden. Scharping war nach Meinung seines Biografen Rosenbaum von Beginn an entschlossen, im Falle seines Sieges bei der Mitgliederbefragung auch die Kanzlerkandidatur zu erobern (Rosenbaum 1993, S. 209). Er wiederholte jedoch nicht Gerhard Schröders Fehler, die Ambitionen auf beide Ämter permanent öffentlich zu bekunden. Während Schröder sich mit seinem öffentlich demonstrierten Machtwillen viel Kritik einhandelte (Anda/Kleine 2002, S. 131f.), bekannte Scharping sich lediglich zu seiner Kandidatur für den Parteivorsitz. In der Frage der Kanzlerkandidatur für 1994 vermied er dagegen jede Festlegung (Rosenbaum 1993, S. 193; Anda/Kleine 2002, S. 134). Dank dieser Zurückhaltung beim Thema Kanzlerkandidatur gewann Scharping auch die Unterstützung Lafontaines. Lafontaine wollte 1994 noch einmal als Herausforderer Helmut Kohls bei der Bundestagswahl antreten (Urschel 2002, S. 145). Er und einige andere Führungspersonen der SPD glaubten, dass Scharping sich auf eine Doppelspitze mit Lafontaine einlassen könnte (Rosenbaum S. 208ff.). Bei der Mitgliederbefragung konnte Scharping besonders im Saarland und in Nordrhein-Westfalen eine hohe Zustimmung einwerben. Dies wurde von Beobachtern als Indiz für die Hoffnung Lafontaines auf eine Kanzlerkandidatur gelesen (Thörmer/Einemann 2007, S. 91). Der saarländische Fraktionsvorsitzende Reinhard Klimmt warb vor der Abstimmung offen für Scharping mit dem Argument, dass dies gleichzeitig eine Entscheidung für einen Kanzlerkandidaten Lafontaine sei (Anda/ Kleine 2002, S. 135; siehe auch Klimmths Erklärungen mit gleicher Tendenz nach der Mitgliederbefragung, zitiert in Rosenbaum 1993, S. 208).

Auf Fragen nach der Kanzlerkandidatur antwortete Scharping ausweichend und in Andeutungen. Diese Äußerungen waren durchaus interpretierbar als Indizien für Scharpings Wunsch, auch der kommende Kanzlerkandidat zu werden (Rosenbaum S. 209). Aber Scharping vermied jede Eindeutigkeit, die die Hoffnungen der Saar-SPD hätte zerstören können. Zwar betonte er das Recht des Parteivorsitzenden auf den ersten Zugriff auf

die Kanzlerkandidatur. Zugleich ließ er aber wissen, dass in der Mitgliederbefragung allein die Wahl des neuen Vorsitzenden anstünde und dass über die Kanzlerkandidatur in einem Extra-Verfahren zu entscheiden sei. Einen Automatismus schloss er aus:

SPIEGEL: Gesetzt den Fall, Sie würden zum Parteivorsitzenden gewählt. Werden Sie dann sofort Ihren Anspruch auf die Kanzlerkandidatur erheben?

SCHARPING: Nein. Zuerst müssen die Inhalte, dann die Personalien geklärt werden. In diesen Kontext gehört auch die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur. (SPIEGEL 23/1993, S. 41)

Urschel (2002) zeichnet Scharpings Taktieren in dieser Frage nach:

In der „Hannoverschen Allgemeinen“ gibt Scharping eine Zusicherung ab, die in Saarbrücken gründlich missverstanden wird. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident [Scharping, M.L.] äußert die Auffassung, er sehe „keine zwanghafte Verbindung“ darin, dass der Parteivorsitzende auch Kanzlerkandidat werden müsse. [...] Selbst als dessen Anhänger [die Anhänger Lafontaines, M.L.] den Slogan ausgeben, „Wer Oskar will, muss Rudolf wählen“, lässt sich Scharping nicht zu einem klärenden Wort herab. (Urschel 2002, S. 145)

Folgerichtig warb Lafontaine in seinem Landesverband mit Nachdruck um Stimmen für Scharping. Er tat dies mit dem Hinweis, dass jede Stimme für Scharping eine Stimme für ihn als Kanzlerkandidat sei (Leif/Raschke 1994, S. 20). Die Werbung Lafontaines zahlte sich für Scharping aus. Scharping verdankte seinen Sieg gegen Schröder maßgeblich auch der Saar-SPD. Ein Drittel seiner Stimmenvorsprünge gewann er allein im Saarland (siehe die detaillierte Aufschlüsselung der Ergebnisse in Thörmer/ Einemann 2007, S. 91ff.) Nur wenige Tage nach der Mitgliederbefragung am 13. Juni 1993 machte Scharping klar, dass er die Kanzlerkandidatur wolle. Es folgte ein kurzer Machtkampf mit Lafontaine, der seinen Anspruch auf dieses Amt nicht aufgeben mochte. Am 20. Juni 1993 rang Scharping ihm die Kanzlerkandidatur in einem Gespräch in Saarbrücken ab (Rosenbaum S. 209, 211ff.). Beobachter erkannten in diesem Vorgang eine gewisse Härte Scharpings, die mit den von ihm oft beschworenen Werten der Solidarität und es fairen Umgangs miteinander nicht im Einklang stand:

Scharping musste nur sein – wie man in Süddeutschland sagt - „dummes Geschwätz von gestern“ vergessen, bei dem er eine zweite Mitgliederbefragung zur Kanzlerkandidatur für notwendig gehalten hatte, falls Lafontaine dies wünsche. (Leif/Raschke 1994, S. 18)

Scharping hält sich alles in allem für besser als Lafontaine. Was zählt da die „20jährige un- gebrochene Freundschaft“ mit dem Saarländer, die er wieder und wieder beschwört? (Rosenbaum 1993, S. 210)

Dieses Beispiel zeigt, dass Scharping in der Lage war, seine Ziele auch gegen andere durchzusetzen. Dabei nahm er auch wenig Rücksichten auf die Empfindlichkeiten seiner Gegner. Keineswegs war Scharping in Machtkämpfen so sensibel und passiv, wie er sich in seinen Auftritten auf dem Mannheimer Parteitag gab.

### **Scharpings aktive Rolle im Machtkampf mit Schröder im Herbst 1995**

Scharpings Selbstdarstellung als Opfer der verwerflichen Angriffe Schröders suggerierte, dass Scharping stets nur einstecken musste, ohne sich wirklich gegen seinen Peini-



ger wehren zu können. In seiner Wehrlosigkeit wirkte Scharping zwar nicht souverän, aber immerhin unschuldig. Scharpings Selbstbeschreibung als erzwungen passiv war daher zweckmäßig. Denn in einem Machtkampf, den beide Kontrahenten aktiv gegeneinander führen, gibt es keine eindeutige Aufteilung der Rollen von Schuldigen und Unschuldigen. Eine alleinige Schuldzuweisung an Schröder wurde jedoch erleichtert durch den Anschein von reiner Unschuld, den sich Scharping gab. Die Dominanz Schröders und seine erfolgreichere Präsenz in den Medien haben diesen Anschein unterstützt. Schröder erschien als der, der Scharping vor sich her trieb:

Er bestimmte das Tempo und er wählte die Arena für den Zweikampf. (Walter 2009, S. 221)

Dieses Zitat stammt aus einer rückblickenden Beschreibung der SPD-Geschichte in den 1990er Jahren. Sinnvoll wird diese Darstellung dadurch, dass der Leser bereits weiß, dass Scharping 1995 an Lafontaine scheiterte. Die Niederlage Scharpings erscheint in dieser Darstellung zwangsläufig. Umschlagpunkte, an denen alles hätte auch anders kommen können, beleuchtete der Autor nicht. Möglicherweise führte ihm die Lebensweisheit die Feder, dass die Ereignisse sich nicht durch Was-wäre-wenn-Szenarien korrigieren lassen. Problematisch ist daran, dass Umschlagpunkte und Kontingenzen rückblickend aus der Geschichte getilgt werden. Dadurch entsteht ein unrealistisches Bild von Scharping. Die Verzerrungen des Bildes entstanden nicht durch fehlende Fakten. Es kommt aber darauf an, die eigentlich breit bekannten Tatsachen miteinander zu vergleichen. Die Gegenüberstellung von Scharpings Selbstdarstellung als Opfer einerseits und sein auch aktives Vorgehen gegen Schröder andererseits relativiert die Deutung von Scharping als lediglich passive Figur.

Diese Relativierung meint nicht, dass Scharping Schröder auf dessen Terrain (öffentliche Auftritte) hätte schlagen können. Vielmehr wurde erkennbar, dass Scharping sein Image als unterlegen nutzte, um Schröder in Bedrängnis zu bringen.

Die Scharpingsche Selbstdarstellung als Opfer verdeckte, dass er Schröder aktiv bekämpft hat. Am 31. August 1995 setzte Scharping recht kurz entschlossen Schröder als wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD ab. Der Parteivorsitzende teilte Schröder seinen Entschluss per Mobiltelefon mit. Schröder, Ministerpräsident in Niedersachsen, befand sich gerade auf Sommerreise durch sein Bundesland, begleitet von vielen Journalisten. Scharpings Anruf erreichte ihn auf einem Deich. Der Moment wurde nach Bekunden der Journalisten durch ein Foto festgehalten, dass Schröder auf dem Deich mit dem Mobiltelefon am Ohr zeigt (Das Bild ist z. B. in Urschel 2002, S. 158 zu sehen).

Glaut man Hiltrud Schröder, der ehemaligen Ehefrau Schröders, dann hatte Scharping diesen Zeitpunkt gezielt ausgesucht:

Vor zwei Wochen hatte Scharping meinen Mann als wirtschaftspolitischen Sprecher der Partei entlassen und vorerst aus dem Rennen geboxt, per Autotelefon. Gerhard erreichte die Kündigung in Neuharlingersiel. Er war gerade mit einem Dutzend Bonner Journalisten auf

Sommerreise durch Niedersachsen. Scharping hatte den Zeitpunkt klug gewählt. Die Presse konnte die Schmerzen des Rivalen hautnah abmalen. Und Gerhard war wirklich ziemlich angeschlagen. (Schröder 1997, S. 224)

Hiltrud Schröder sah in dieser telefonischen Kündigung eine mediale Bloßstellung des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Diese von der Autorin nicht weiter begründete Behauptung lässt sich plausibilisieren: Schröder wurde durch die Kündigung Scharpings überrascht. Wenigstens für den Moment gelang es ihm nicht, diese Überraschung zu überspielen. Er konnte sich nicht in einen von Medien unbeobachteten Bereich zurückziehen, um den Schock des Rauswurfes zu verarbeiten, ohne sein öffentliches Gesicht zu verlieren. Im Sinne Goffmans fehlte ihm die Hinterbühne, um den Schock zu verdauen und um danach wieder lächelnd die Show auf der Vorderbühne fortzusetzen (Goffman 2007). Darum wirkte er kurzzeitig nicht mehr so souverän wie bei seinen anderen Medienauftritten. Zudem war die Routine des durchgeplanten und gut vorbereiteten und entsprechend auch berechenbaren Politikerbesuchs durchbrochen. Der Rauswurf Schröders als ungewöhnliches Ereignis, als Abweichung vom Üblichen, sorgte für einen hohen Nachrichtenwert der Szene auf dem Deich (Ackermann 1992, S. 237). Zugleich versprach sie eine berichtenswerte Fortsetzung der Geschehnisse in naher Zukunft. Schröder musste auf diesen Rauswurf reagieren. Das bot weiteren Stoff für die Berichterstattung. Geschichten mit erwartbarer baldiger Fortsetzung und Vollendung haben einen hohen Nachrichtenwert (Luyendijk 2007, S. 107). Für Schröder war die mediale Beobachtung zudem eine Herausforderung. Alle seine Handlungen und Äußerungen würden daraufhin interpretiert und kommentiert werden, wie Schröder diesen Rückschlag verkraften würde. Diese Kommentare könnten wiederum Anlass für weitere Angriffe seiner Gegner bieten.

Die Autorin, die Scharping in ihrem Buch oft hart kritisierte, billigte Scharping das strategische Geschick zu, einen für Schröder besonders schwachen Moment auszuwählen, in dem er ihn wirksam treffen konnte. Scharping erscheint in dieser Darstellung als jemand, der seine Angriffe auf den Konkurrenten mit nüchterner Überlegung plant, um größtmögliche Wirkung zu erzielen. Nach Hiltrud Schröders Einschätzung hatte Scharping aktiv den Konflikt zwischen ihm und Schröder gestaltet und wenigstens zwischenzeitlich auch zu seinen Gunsten entschieden.

Hiltrud Schröder behauptete, der Rauswurf Schröders habe diesen ernsthaft getroffen. Sie beschrieb ihn als „wirklich ziemlich angeschlagen“. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die Formulierung, Scharping habe seinen Konkurrenten „vorerst aus dem Rennen geboxt“. Boxen ist aggressiv. Wer boxt, geht nicht zahm mit seinem Gegner um, er verteilt harte und gezielte Schläge. Hinter einem solchen Schlag steckt Wucht und Energie. Wer den Schlag führt und ihn auch landen kann, ist der aktive gestaltende Part. Der Gegner erleidet diesen Schlag, wenn der Schlag sitzt. Er bekommt ihn ab und spürt dessen Wirkung. Wenn Scharping also Schröder „aus dem Rennen geboxt“ hat, dann hatte er dies als ein aktiver Kämpfer getan, der aggressiv gegen seinen Gegner vorging und nicht abwartete

und selber etwas erlitt. Er nutzte seine Gelegenheit, zuzuschlagen. Dieses Zuschlagen war zielführend, weil es Schröder „vorerst aus dem Rennen“ warf. Der Schlag Scharpings beeinflusste das Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Politikern. Er sorgte für einen (wie man heute weiß, nur zwischenzeitlichen) Vorteil des aktiv schlagenden Kämpfers Scharping, denn Schröder war „vorerst aus dem Rennen“, konnte also nicht weiter mitkonkurrieren.

Der Schröder-Biograf Reinhard Urschel vermutete hinter der Absetzung sogar eine Absicht Scharpings, Schröder als Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur 1998 aus dem Weg zu räumen (Urschel 2002, S. 156-160). Scharping war es in einer Präsidiumssitzung im Spätsommer 1995 nicht gelungen, einen eindeutigen Beschluss über seine erneute Kanzlerkandidatur 1998 herbeizuführen. Laut Urschel suchte Scharping deshalb nach einem Anlass zur Entmachtung Schröders. Ein Interview Schröders in der Zeitung „Die Woche“ schien diesen zu bieten. Hier hatte Schröder einen für viele Parteimitglieder provokanten (oben bereits zitierten) Satz gesagt:

Es geht nicht mehr um sozialdemokratische oder konservative Wirtschaftspolitik, sondern um moderne oder unmoderne. (Anda/Kleine 2002, S. 186)

Quellenkritisch gesehen sind weder Hiltrud Schröder noch Reinhard Urschel neutrale Zeugen. Hiltrud Schröder lässt ihre heftige Abneigung gegen Scharping in ihrem Buch häufig erkennen. Daher ist denkbar, dass sie Scharpings machtpolitische Ambitionen und Fähigkeiten im Dienste einer Dämonisierung des Feindes übertreibt. Urschel arbeitet mit Hypothesen, indem er einzelne Indizien so interpretiert, als hätte es einen Plan Scharpings für den Schrödderrauswurf gegeben. Damit können beide Quellen für sich genommen meine Behauptung nicht beweisen. Sie tragen aber bei zu einem Gesamteindruck, der Scharpings Selbstdarstellung als passiv widerspricht und der auch im Kontrast zu späteren Beschreibungen Scharpings durch Journalisten steht.

### **2.3.2 Scharpings Selbstdarstellung als Opfer als Versuch der Personalisierung von „Gut“ und „Böse“**

#### **a) Dramatisierung des innerparteilichen Machtkampfes durch Scharping**

Rudolf Scharping stellte sich in seiner Parteitage Rede als Opfer der verwerflichen Angriffe Schröders dar. Dazu betonte er seine eigene passive Rolle in dieser Auseinandersetzung. In der Darstellung Scharpings wurde der Machtkampf allein von Schröder betrieben, während er selber nur auf dessen Angriffe reagierte. Zwar ist Schröders Rolle für einen Politiker eigentlich gewinnbringender, weil er bei aller Rücksichtslosigkeit tatkräftig und durchsetzungsfähig wirkte. Von Führungspersonen werden solche Eigenschaften oft erwartet. Scharpings Selbstdarstellung als passiv Erleidender ließ ihn nicht als führungsstark erscheinen. Dennoch war seine Selbstbeschreibung als Opfer nützlich. Sie erlaubte eine Personalisierung des Gut-Böse-Gegensatzes. Die Unterscheidung zwischen „gut“ und

„böse“ sollte mit der Unterscheidung von konkreten Personen zusammenfallen. Auf der einen Seite standen die rundherum guten Personen, auf der anderen die zweifelsfrei und ausschließlich Bösen. Eine solche Personalisierung legte den Delegierten eine einfache und nahezu zwangsläufig moralische Beurteilung des Verhaltens der SPD-Führungsleute nahe. Ohnehin hatte sich in der Partei erheblicher Unmut über die öffentlichen Machtkämpfe der Parteispitzen angestaut. Viele Delegierte äußerten die Erwartung, dass die Führungsleute sich disziplinierten. Scharpings Versuch der Personalisierung von „Gut“ und „Böse“ sollte diesen Unmut und diese Erwartungen allein auf Schröder lenken. Schröder bot eine gute Zielscheibe für den Ärger der Delegierten, da er bei vielen in der Partei nicht sehr beliebt war. Auf diese Weise hätte es gelingen können, Schröder durch den Parteitag zurechtzuweisen oder gar durch die Abwahl aus dem Parteivorstand real zu entmachten. Ohne die unerwartete Kampfkandidatur Lafontaines gegen Scharping hätte dieser Versuch durchaus erfolgreich sein können. Zwar hätte Scharping, von dem viele 1995 enttäuscht waren, ein eher schlechtes Wahlergebnis erzielt. Die bundespolitischen Hoffnungen Schröders hätte er aber massiv behindern können, wenn die Delegierten dessen Verhalten als verwerflich und unmoralisch verurteilt hätten.

Als Interpret von Quellen kann ich nicht entscheiden, ob Scharping wirklich bewusst die Selbststilisierung als Opfer einsetzte, um seine Ziele zu erreichen. Denkbar ist auch, dass die Selbstsicht als Opfer eine charakterliche Disposition Scharpings war. Aber eine strategische Wirkung hatte diese Stilisierung auch jenseits aller Absichten. Das lässt sich zeigen an einem anderen Beispiel. Lafontaine beklagte in seinen Erinnerungen die Opferrolle Scharpings, mit der jener Lafontaine und Schröder die alleinige Schuld zuwies an seinem Scheitern in Mannheim (Lafontaine 1999, S. 44). Tatsächlich hatte Scharping sich auch nach seiner Abwahl als Opfer stilisiert. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses sagte er:

Oskar, manches hat bitter weh getan. Aber wir müssen jetzt die Kraft finden, die Schmerzen der Vergangenheit hinter uns zu lassen, denn wir haben eine Aufgabe, die wichtiger ist als wir selbst. (Parteitagprotokoll S. 508)

Ohne allzu direkt zu werden, behauptete er, dass jemand Schmerzen erlitten habe. Da ein Parteitag kein Ort der körperlichen Gewalt ist, sprach er von seelischen Schmerzen. Er sagte nicht, wer diese Schmerzen erlitten habe. Bei den Zuhörern dürfte aber die Gewissheit entstanden sein, dass Scharping über seine eigenen Gefühle sprach. Schließlich hatte er gerade vor wenigen Minuten eine unerwartete Niederlage hinnehmen müssen. Es gehört zum Bild der Niederlage, dass sie schmerzt. Dieses Bild ist in der Berichterstattung über den Parteitag kultiviert worden (z.B. Schumacher 47/1995, S. 26). Immerhin konnte Scharping geschickt Größe demonstrieren durch seinen Aufruf, zugunsten der „großen Aufgaben“ zurückzustecken und die Schmerzen zu überwinden. Dennoch schien Scharping damit und mit anderen Äußerungen den Eindruck erweckt zu haben, er sei das Opfer

übler Machenschaften geworden. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk bekräftigte Scharping Jahre später seine Selbstsicht als Opfer:

Burchardt: Auf der anderen Seite ist es ja so gewesen, dass Sie in dieser Rolle, in dieser Dreierrolle dann auch nicht mehr allzu lange verharren konnten, weil Oskar Lafontaine bei dem berühmten Mannheimer Parteitag 1995 mit einer fulminanten Rede, die offenbar Schlusspunkt einer parteiinternen Intrige war, aus dem Amt gewählt worden ist.

Scharping: Sie wollten eigentlich sagen geputscht oder geworfen oder so. Wäre ja auch alles zutreffend gewesen. Richtig ist, das war von langer Hand vorbereitet, es war sorgfältig diskutiert und war alles andere als eine spontane Aktion.

(Deutschlandfunk 31.07.2008. Der Interviewer meinte hier sicherlich nicht, dass Lafontaine aus dem Amt gewählt worden sei, sondern Scharping.)

Lafontaine arbeitete sich in seinem Buch ausführlich an diesen Vorwürfen ab (Lafontaine 1999). Dass er sich diese Mühe machte, ist Hinweis darauf, dass Scharpings Version der Mannheimer Ereignisse vielen Leuten glaubwürdig und nicht absurd erschienen sein könnte. Nur weil viele Leute sich grundsätzlich vorstellen konnten, dass Scharping gezielt durch Schröder und Lafontaine gestürzt worden ist, entstand die Notwendigkeit, sich zu rechtfertigen. Und weil die Vorgänge in Mannheim nicht sehr transparent waren, konnte Lafontaine diese Vorwürfe noch nicht einmal endgültig ausräumen. Jeder, der nicht unmittelbar an den kleinen Runden der Führungsleute beteiligt war, konnte lediglich *glauben*, was Lafontaine sagte. Beweise, die jeden Zweifel beseitigen, konnte er nicht vorbringen. Scharpings Selbstdarstellung als Opfer hatte für Lafontaine Handlungsprobleme hinterlassen, die noch lange nach dem Mannheimer Parteitag wirksam waren.

Lafontaine kritisierte Scharpings Selbstdarstellung als Opfer. Seine Kritik fügte sich ein in das Bild einer strikten Rollenaufteilung zwischen den „Guten“ und den „Bösen“:

Obwohl Rudolf Scharping mich ultimativ aufgefordert hatte zu kandidieren, gelang es ihm, sich in der Folgezeit als Märtyrer darzustellen. Die Medien stürzen sich auf solche Geschichten. Wenn ein aufrechter Parteivorsitzender von bösen Buben, an der Spitze Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, durch gezielte Intrigen und Absprachen weggeputscht wird, so ist das viel spannender als eine Geschichte, deren Pointe lautet: Rudolf Scharping wurde abgewählt, weil die Partei in einem Tief war und weil er den Parteitag falsch eingeschätzt hatte. Auch 1998 sollte Rudolf Scharping noch einmal in die Märtyrerrolle schlüpfen. (Lafontaine, 1999, S. 44)

Die strikte Rollenteilung von Guten und Bösen findet sich im Bild des „Märtyrers“. Der ehemalige Jesuitenschüler Lafontaine dürfte dabei in erster Linie an die Märtyrer in der Zeit der Christenverfolgung im Römischen Reich gedacht haben. Diese frühchristlichen Märtyrer waren Opfer der Gewalt ihrer Verfolger. Als christliche Märtyrer waren sie nicht aktive Kämpfer, die selber Gewalt gegen ihre Verfolger ausgeübt haben (wie das gegenwärtig im Bild des islamischen Märtyrers der Fall ist). Sie waren passiv und erduldeten die ihnen durch die Staatsmacht angetane Gewalt. Ihre Aktivität bestand allein in ihrem Bekenntnis. Die Gewalt ging immer von ihren Verfolgern aus. Damit ist die Rollenteilung zwischen Gewalttäter und Opfer auch streng geschieden. Ein Märtyrer ist nicht einfach einer, der in einer gewalttätigen Auseinandersetzung zufällig unterliegt und deswegen als Opfer

erscheint (zur Schwierigkeit der Bestimmung von Opfer-Täterrollen in gewalttätigen Auseinandersetzungen siehe Meuser 2003, S. 181). Deshalb kann die vom Märtyrer erlittene Gewalt auch von den Verfolgern nicht als legitime Gegengewalt gegen die Gewalt des Märtyrers gerechtfertigt werden. Der Märtyrer erfährt diese Gewalt allein wegen seines Glaubens, also wegen dem, was er ist. Daher ist ein Märtyrer jemand, der die ganz einseitig von seinen Peinigern ausgehende Gewalt erleiden muss. Zugleich ist die Gewalt der Verfolger immer unverhältnismäßig, sie ist angesichts der Passivität des Märtyrers eine Überreaktion. So ist die Gewalt, die der Märtyrer erleidet moralisch leicht als schlecht zu beurteilen. Gut und Böse sind deutlich getrennt, ohne jede Ambivalenz.

Lafontaine warf Scharping vor, sich in diesem Sinne als Opfer stilisiert zu haben. Es gab die „bösen Buben“, die Scharping „durch gezielte Intrigen und Absprachen weggeputscht“ haben. Mit „Intrigen“ sind Lügen assoziiert, also ein unaufrichtiger Umgang miteinander. Ein Putsch wiederum bezeichnet einerseits eine abrupte, rücksichtslose und andererseits unberechtigte und illegitime Machtübernahme. Weil das Wort „Putsch“ meistens kombiniert auftritt als der „Militär-Putsch“, klingt auch Gewalt an. Schröder und Lafontaine, so monierte letzterer, erschienen in dieser Version als unmoralische Machtmenschen. Ihr Opfer, der „aufrechte Parteivorsitzende“, war erkennbar der „Gute“ im Spiel. Die Selbststilisierung Scharpings als „aufrecht“ passte wiederum zum Bild des Märtyrertums. Wer aufrecht ist, ist ehrlich und ein Mensch mit Prinzipien. Wer Prinzipien hat, ist ein bekenntnisfester Mensch, der zu seinen Prinzipien auch dann steht, wenn er dadurch Nachteile erleidet. Jemand, der „aufrecht“ ist, ist ehrlich, er lügt nicht, er sagt nicht Dinge, nur um strategisch zu täuschen. Seine Worte sind verlässlich, man kann dem Aufrichtigen also vertrauen. Vom „aufrechten Parteivorsitzenden“ muss man auch nicht befürchten, hereingelegt zu werden.

Lafontaines Vorwurf einer überzogenen Selbststilisierung Scharpings als „Märtyrer“ könnte durchaus ein Kniff des Autors sein, um Scharping zu diskreditieren. Aber auch andere Quellen beschrieben Scharping als jemanden, der wiederholt zu stark polarisierenden Selbstbeschreibungen als Opfer griff:

Heute empört es Rudolf Scharping, dass der SPIEGEL ihn als Pechvogel charakterisiert habe. Dabei war er es selbst, der sich zum Opfer stilisierte, dem nichts gelang, das sich aber brav fügte und mit unfassbarer Selbstüberwindung den Stellvertreter machte. Erst hinter Lafontaine, dem Usurpator. Dann hinter dem Machtmenschen Schröder, der das wurde, was er sich erträumt hatte: Bundeskanzler. Der Mann, der Helmut Kohl bezwang. (Knaup/Leinemann/Neubacher u.a., Spiegel 35/ 2001, S. 29)

Die Gründe für seine Niederlagen suchte er stets außerhalb. Er fühlte sich verkannt, manchmal verfolgt. Zu den Verfolgern zählte Lafontaine [...] Oder eben Schröder, der ihn in jenem bitteren Sommer 1995 regelrecht zermürbt hatte. Solche Erfahrungen mit den politischen Freunden stabilisierten ein Weltbild, in dem sich der aufrechte Scharping von Missgünstigen umstellt sieht. (Geis, DIE ZEIT 36/ 2001)

## **b) Personalisierung durch Scharpings Parteitagsrede**

Scharpings Selbstdarstellung ist ein Beispiel für die Personalisierung von Politik. An ihm lässt sich exemplarisch zeigen, wie Personalisierung gelingt, wie die Figuren und Rollen im politischen Drama sozial konstruiert werden. Scharpings in Mannheim vollzogene Personalisierung war kein singuläres Ereignis. Personalisierung ist ein permanenter Prozess. Scharpings Selbstinszenierung erzeugte die Personalisierung nicht ursächlich und erstmalig. Sie verstärkte sie nur und lenkte sie in andere Richtungen, indem er versuchte, einige Rollen im Drama umzuschreiben.

Ein wichtiges Element der sozialen Konstruktion der Personalisierung von Gut und Böse war die Parteitagsrede Scharpings, die dieser gleich zu Beginn am 14.11.1995 hielt. In dieser Rede sprach Scharping nicht nur über allgemeine Grundlinien sozialdemokratischer Politik. Er sprach auch über sich selbst. Die Passage über sein Gefühlsleben, in der er sich als jemand darstellte, der unter den ständigen Angriffen litt, ist weiter oben schon besprochen worden. Diese Worte dienten der Selbststilisierung als Opfer, also der Skandalisierung des unmoralischen Verhaltens von Gerhard Schröder. Darüber hinaus gab es auch Passagen, die ein positives Selbstbild entwarfen und die dazu dienten, den Gegensatz von Gut und Böse herauszuarbeiten. Eine solche Passage war ausgerechnet diejenige, in der Scharping Selbstkritik übte. Das fiel auch etlichen Journalisten auf:

Und so verdeckte der Applaus, dass Scharpings Selbstkritik fast durchweg positive Eigenschaften enthielt. (Vetter, Saarbrücker Zeitung 15.11.1995)

Rudolf Scharping hat in Mannheim erklärt, er habe „kein Problem damit, eigene Fehler einzuräumen“. Getan hat er etwas anderes. Er hat versucht, den Schwarzen Peter den anderen zuzuschieben. Zugegeben hat er nur, er habe „zu viel gemacht, zu wenig bewirkt, zu sehr auf Konsens geachtet“ und „den Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit überschätzt“. Was für ehrenhafte Fehler! Scharping, der unermüdliche Arbeiter. Scharping, der um innere Harmonie Bemühte. Scharping, der von intriganten Genossen Enttäuschte. (Hamburger Abendblatt 17.11.1995a)

Diese These möchte ich im Folgenden erhärten. Dazu untersuche ich die im Hamburger Abendblatt zitierte selbstkritische Passage der Rede Scharpings:

Es ist ganz sicher richtig: Zuviel gemacht, zu wenig bewirkt, zu sehr auf Konsens geachtet, manchmal Dinge versucht auszudrücken, hinter denen keine volle persönliche Überzeugung steht, den Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit überschätzt. (Rede Scharping, Parteitagprotokoll S. 52)

Zwar bemühte sich Scharping an dieser Stelle um Selbstkritik. Aber im Grunde statete er sich dennoch mit positiven Eigenschaften aus. Das wird deutlich anhand der Aussage, er habe „zu sehr auf Konsens geachtet.“ Konsens kann falsch sein. Konsens ist schädlich, wo er Konflikte verdeckt, anstatt sie auszutragen. Aber eigentlich ist Konsens etwas positives, zumindest ist diese Orientierung an Konsens mehr ein Selbstlob als Selbstkritik. Schließlich suggerierte die Rede vom Konsens, dass der Konsenssuchende kein Egoist ist, denn er ist ja bereit, auch seinem Gegenüber Raum zu geben. Er ist bereit, auf den anderen zuzugehen und von seinen Forderungen ein Stück weit abzuweichen.

Mit diesen wenigen Worten beschrieb sich Scharping mithin als jemand, dessen Umgang mit anderen eher angenehm und begrüßenswert ist. Schon hier wurde der Kontrast deutlich zu Schröder, der mit Scharping „nicht schön“ „umsprang“, wie Franz Walter schrieb (Walter 2009, S. 223). Konsens ist eine Beziehungsqualität. Und wer sagt, dass er „auf Konsens achtet“, beschreibt seine ideale Vorstellung, wie diese Beziehung beschaffen sein sollte. Eine gelungene Beziehung ist die, in der für alle Seiten vertretbare Lösungen gefunden werden. Wer einen Konsens miteinander hat, der kooperiert auch miteinander. Man arbeitet zusammen an einem gemeinsamen Projekt. Scharping teilte den Delegierten also mit, dass er diese Form von Kooperation wünscht.

Indem er aber betonte, dass er auf diesen Konsens „geachtet“ habe, beschrieb er auch eine Aktivität. Einerseits ist der Konsens ein Wunschbild. Aber andererseits legte der Redner mit seiner Formulierung nahe, dass er diesem Ideal nicht für sich im Stillen anhing. Der Konsens als Beziehungsideal sei für ihn eine Handlungsorientierung, die Maßgabe seines Umgangs mit anderen. „Achten“ ist eine Tätigkeit. Sie richtet sich auf etwas. Achten beschreibt eine Wahrnehmung. Das, worauf man achtet, sieht man bewusst. Zugleich beschreibt „Achten“ aber auch eine Handlungskontrolle. Wer auf sein Handeln achtet, hält sich bereit, steuernd einzugreifen, wenn es nicht den eigenen Wünschen entspricht. Scharping sagte, dass er „auf Konsens geachtet“ habe. Also habe er sein eigenes Handeln daraufhin beobachtet, ob es einen Konsens schaffen könnte. Er habe sein Handeln gewissermaßen überwacht und durch diese Überwachung an seiner Norm ausgerichtet. Diese Norm des Konsenses war also eine Form der Handlungssteuerung. Demnach stellte sich Scharping dar als jemand, der genügend Selbstdisziplin habe, um unerwünschte Handlungen zu vermeiden zugunsten des angestrebten Konsenses.

Selbstdisziplin und Konsensorientierung ließen Scharping als einen verlässlichen Partner erscheinen. Jener kontrollierte alle Impulse, die einen Konsens zerstören könnten. Weil er sich selbst beherrschte, muss niemand ihn beherrschen. Man musste mit ihm keinen unbedingten Kampf führen, in dem sich jeder um jeden Preis durchsetzen will. Diesem Bild nach suchte Scharping von sich aus bereits die Verständigung. Er sei also bereit, wenigstens teilweise nachzugeben. Man müsse ihn nicht dazu zwingen. Von so einem müsse man folglich nicht fürchten, übervorteilt zu werden.

Dieses positive Selbstbild Scharpings relativierte seine Selbstkritik. Selbstkritik übte er durch sein Eingeständnis, dass diese Konsensorientierung nicht in jeder Situation richtig war. Aber auch in diesem Fehler war der gute Wille zum Ausgleich zu erkennen. Denn wer den Konsens will, mag manchmal Fehler machen, aber er ist nicht bösen Willens, sondern voller guter Absichten.

Zugleich vermied Scharping negative Assoziationen. Rhetorisch geschickt formulierte er seine Selbstkritik eher positiv, vermied negative Etiketten für sich selbst. Das erreichte er, indem er verschwieg, was er statt der Konsenssuche richtigerweise hätte tun sollen.



Was nützlicher als Konsens gewesen wäre, kann man erschließen. Die Konsensorientierung ist dann falsch, wenn andere eine Einigung verweigern. Dann entsteht eine Situation, in der man – zumal als Parteivorsitzender – sich gegen die Verweigerer schlicht durchsetzen muss. Wo der Konsens verweigert wird, bleibt also nur der Konflikt. Wenn aber der Konflikt die einzige Lösung ist, wirkt das Festhalten an der Konsensorientierung wie Konfliktscheu. Konfliktscheu steht einem Parteivorsitzenden, der einen Führungsanspruch erhebt, nicht gut an. Hätte Scharping nun gesagt, was er anstelle des Konsenses hätte tun sollen, hätte er wahrscheinlich die Enttäuschung der Zuhörer provoziert. Die Zuhörer hätten sich gefragt, warum er die in dieser Situation richtige Handlung unterließ. So hätte der Fehler, das Unterlassen für die Zuhörer im Vordergrund gestanden. Indem Scharping diese Unterlassung verschwieg, zeichnete er ein nahezu ausschließlich positives Bild von sich.

Ein positives Selbstbild findet sich auch in den anderen Passagen seiner Selbstkritik. Zwar ließ die Passage „den Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit überschätzt“ den Redner zunächst als naiv erscheinen. Schließlich habe er den Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit auch dort angenommen, wo er nicht vorhanden war. Deshalb habe er mehr auf eine solche vertrauensvolle Zusammenarbeit gebaut, als er es hätte tun dürfen. Damit sei er an der Realität gescheitert, die er nicht in vollem Umfange zu erkennen vermochte. Diese Selbstdarstellung hätte die Kritik provozieren können, dass der Vorsitzende seine Mitmenschen zu rosig gesehen habe.

Aber auch diese Selbstkritik transportierte letztendlich ein positives Bild von Scharping. Denn er stellte sich dar als jemand, der an das Gute im Menschen geglaubt habe, der zumindest den anderen erst einmal keine bösen Absichten unterstellte. Zu so einem Menschen kann man seinerseits eine offene Beziehung aufbauen. Scharping beschrieb sich als jemand, der seinen Mitmenschen ohne Argwohn und Misstrauen begegnet. Wer glaubt, dass sein Gegenüber ihn austricksen und täuschen will, trifft Vorkehrungen, damit er nicht Opfer einer Intrige wird. Er hütet sich, mehr als nötig an Informationen und von sich selbst preiszugeben. Zugleich sucht er nach Möglichkeiten, seinem Gegenüber mit einer Gegenintrige zuvorzukommen. Wer seinem Gegenüber misstraut, sorgt dafür, dass man ihm wiederum misstraut. Scharping ließ die Delegierten jedoch wissen, dass er vielleicht naiv, aber eben nicht grundsätzlich misstrauisch sei. Von ihm müsse darum keiner befürchten, ausgetrickst zu werden. Er hege keine heimlichen Pläne zur Übervorteilung seines Gegenübers. Auch zeige seine Hoffnung auf „vertrauensvolle Zusammenarbeit“, dass er ehrlich sei. Vertrauen fußt auf gegenseitiger Ehrlichkeit. Weil Scharping nicht an der Vertrauensbasis zweifle, sondern sie von vornherein unterstelle, sei er schon von sich aus ehrlich. Unter dem Strich bot sich Scharping mit seiner vermeintlichen Selbstkritik als verlässlicher Partner an. Ein solches Angebot ist für all jene attraktiv, die in einer Sphäre des permanenten Misstrauens einen Halt suchen.

Die Hoffnung auf „Konsens“ und auf „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ sorgte zudem für einen impliziten Vorwurf an die ungenannten Anderen. FAZ-Autor Günter Bannas notierte am 15.11.1995:

Die Selbstkritik, die Scharping in seiner Rede anführte, richtete sich nicht bloß an ihn selbst, sondern zeigte stets zugleich auch auf andere. (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995)

Bannas begnügte sich allerdings mit Andeutungen, ohne seine These weiter zu begründen. Ich möchte die Begründung nachliefern. Durch die Betonung der Orientierung auf Konsens und Vertrauen wurde die scheinbar schonungslose Selbstkritik vor allem zu einer Kritik an den Konkurrenten. Zu einem Fehler wurden die Orientierungen auf Konsens und Vertrauen ja erst durch die moralisch verwerflichen Handlungen der Anderen. Scharping scheiterte nur, weil die Anderen den Konsens ausschlugen und Vertrauen zerstörten oder gar nicht erst zuließen. Sie waren damit die Urheber der Probleme, nicht Scharping. Geschickt hatte Scharping ein Gefälle in der moralischen Bewertung hergestellt. Nach Scharpings Worten betrafen seine kritikwürdigen Fehler vor allem seine Versäumnisse als Machttaktiker. Er hätte, räumte er ein, seine Konkurrenten realistischer einschätzen müssen. Aber diese Schwäche als Machttaktiker änderte nichts an dem Bild des moralisch integren Vorsitzenden. Ein Verzicht auf Kalkül mag zudem vielen Menschen sehr sympathisch erschienen sein. Der Verzicht korrespondierte mit dem populären Wunsch nach Ehrlichkeit in der Politik. Seinen Konkurrenten aber schrieb Scharping moralische Defizite zu: Sie blockierten Konsens und unterhöhlten Vertrauen. Damit wirkten die Konkurrenten in Scharpings Darstellung viel kritikwürdiger als der Redner selbst. Er habe lediglich beim Handwerk der Machtpolitik Fehler gemacht, sei aber ein verlässlicher Mensch. Dagegen erschienen die Konkurrenten aufgrund ihrer moralischen Defizite schon vom Charakter her fragwürdig.

Letztlich profitierte Scharping sogar von dem selbst erhobenen Vorwurf der Naivität. Denn wäre er naiv, würde niemand ihn für einen listenreichen Strategen halten. Als Mann ohne Ranküne hätte er eher eine passive Rolle in Machtkämpfen. Der Machtkampf wurde, dieser Lesart folgend, ausschließlich von den anderen betrieben. Ihm, Scharping, sei er nach seiner Selbstdarstellung lediglich widerfahren. Von sich aus habe er keinen Machtkampf begonnen. Er habe, so suggerierte es die Rede Scharpings, seinen Konkurrenten durch Konsens und Vertrauen Raum geben wollen, anstatt sie zu verdrängen. Eine öffentliche und für das Ansehen der SPD schädliche Personaldebatte wäre so vermieden worden. Dass es aber dazu kam, war nach Scharpings Worten ausschließlich die Schuld der anderen.

Scharpings Selbstkritik unterstützte in einer weiteren Hinsicht die Etikettierung konkreter Personen als „gut“ und „böse“. Er beschrieb einige seiner Handlungen als kritikwürdig. Gleichzeitig unterließ er jede Reflexion der Folgen seiner Taten oder Unterlassungen.

Was sein Tun oder Nichttun angerichtet hatte, blieb unerwähnt. Es wurde also nicht klar, warum die kritisierten Handlungen ein Fehler gewesen waren und welchen Stellenwert sie in einer allgemeinen Analyse der Probleme der SPD hätten einnehmen müssen. Scharping schwieg sich dazu aus, wie stark seine Fehler zu der Krise der SPD beigetragen haben mögen. Damit war es für die Zuhörer auch schwer einzuschätzen, wie kritikwürdig diese Handlungen letztendlich wirklich waren. Sicher ist die Hoffnung auf eine solche konsequente Selbstkritik von Spitzenpolitikern naiv. Spitzenpolitiker, die öffentlich einen großen Teil der Schuld für die Probleme auf sich nehmen würden, erleichtern es, sie zum Sündenbock zu machen. Die politischen Organisationen könnten auf diese Weise Funktionsprobleme auf diesen Sündenbock abwälzen und damit die Vorstellung aufrechterhalten, dass die Organisationen an sich in erwünschter Weise funktionieren. Suggestiert würde, dass die Funktionsprobleme nicht strukturell verursacht wären, sondern dem Fehlverhalten einzelner Politiker geschuldet sind (Nedelmann 1990, S. 138f.). Dieses Fehlverhalten läge mit der radikalen Selbstkritik auch offen zutage. Deshalb dürfte jeder Spitzenpolitiker bemüht sein, solche Sündenbock-Zuschreibungen zu verhindern. Jede Selbstkritik dürfte darum eher oberflächlich bleiben. Daher verwundert es nicht, dass Scharpings Selbstkritik ihn eigentlich besser dastehen ließ. Der Mangel an konsequenter Reflektion in Scharpings Selbstkritik erscheint deshalb eher banal. Dennoch informiert dieser Mangel über das Bild, das Scharping von sich zeichnen wollte. Scharpings Selbstkritik machte die Folgen seines Handelns nicht zum Thema. Das galt für Sachfragen, aber auch für die Beziehungsebene. Die Rede schwieg zu der Frage, welche Eingriffe Scharping in den Machtkampf mit Schröder vorgenommen hatte. Scharpings Rede erweckte den Anschein, dass der Konfliktcharakter der Beziehung zu Schröder ausschließlich letzterem zu verdanken sei. Die triviale, aber richtige psychologische Erkenntnis, dass zu einer Beziehung und ihren Problemen immer zwei gehören, wurde in Scharpings Rede völlig ausgeblendet. Sofern die Zuhörer diese Darstellung überzeugend fanden, blieb für sie nur der Schluss, dass Gerhard Schröder die Entstehung und Eskalation des Konflikts allein zu verantworten hatte. Scharpings oberflächlich bleibende Selbstkritik unterstützte damit eine einseitige Schuldzuweisung an Schröder.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Rhetorik von Scharpings Selbstkritik weniger einen schlechten Eindruck von ihm selbst erzeugte. Vielmehr vermittelte seine Rede eine Gegenüberstellung von moralischer Integrität Scharpings einerseits und von den moralischen Defiziten bei seinen Konkurrenten andererseits. Damit war der Boden für eine klare Freund-Feind-Unterscheidung bereitet. Diese Freund-Feind-Unterscheidung konnte die Folge haben, dass Probleme der SPD im Jahre 1995 allein Gerhard Schröder angelastet werden. Sofern diese harte Polarität zwischen Scharping als dem Getroffenen und Schröder als dem rücksichtslosen Machtkämpfer verfangen hätte, hätte Scharping zwei Ziele erreichen können: Die Identifikation der Delegierten mit ihm, da er für die Werte

der Partei stand und die Ablehnung oder Abstrafung Gerhard Schröders, weil er die gemeinsamen Werte gefährdete.

### **c) Die Selbstkritik des Vorsitzenden als Aufforderung an andere, ebenfalls Selbstkritik zu üben**

Einerseits sollte die Selbstkritik Scharpings ein Signal an die verärgerten Delegierten sein, dass der Parteivorsitzende die schlechte Stimmung erkannt habe und ernst nähme. Andererseits sorgte Scharping mit seiner Selbstkritik für die Erwartung der Delegierten, dass auch andere Vertreter der Parteiführung dem Beispiel des Vorsitzenden folgen sollten. Es war jedoch unwahrscheinlich, dass Gerhard Schröder sich auf diese Selbstdemütigung einlassen würde. Damit ließ sich kalkulieren: Wenn Schröders Stolz ihn daran hindere, mit der nötigen Demut vor die Delegierten zu treten, könnte das deren Ablehnung steigern. Damit könnte das Ziel, den Unmut der Delegierten über die SPD-Krise und das Verhalten der Führungsleute allein auf Gerhard Schröder zu lenken, umso sicherer erreicht werden. Für diese These gibt es einige Indizien.

So kündigte Scharping kurz vor dem Parteitag an, dass er in seiner Rede in Mannheim Selbstkritik üben wolle. Über diese Ankündigung wurde in der Zeitung berichtet. Offensichtlich wollte Scharping mit dieser Ankündigung die Delegierten wie auch die Journalisten darauf vorbereiten, was sie am 14.11.1995 in Mannheim erwarten würde:

In den letzten Vorbereitungssitzungen von Vorstand und Präsidium am Sonntag und am Montag in Mannheim wurde die Tagesordnung soweit wie möglich gestrafft, um genügend Zeit für die erwarteten Unmutsäußerungen der Delegierten zu schaffen. Es werde eine „uningeschränkte, harte und offene Diskussion ohne Zeitlimit“ geben, sagte der Parteivorsitzende Rudolf Scharping nach der Vorstandssitzung. Er schließe „einen turbulenten Tag ausdrücklich nicht aus“. In seiner Rede werde er auch Selbstkritik üben, obwohl er sich nicht sicher sei, dass er „als einziger Selbstkritik üben müsste“. (Süddeutsche Zeitung 14.11.1995)

Offenbar handelte es sich hier um eine offizielle Verlautbarung des Parteivorsitzenden. Das erschließt sich aus dem ersten Satz der oben zitierten Passage:

In den letzten Vorbereitungssitzungen von Vorstand und Präsidium am Sonntag und am Montag in Mannheim wurde die Tagesordnung soweit wie möglich gestrafft, um genügend Zeit für die erwarteten Unmutsäußerungen der Delegierten zu schaffen.

Dieser Satz wirkt, als hätte der Autor lediglich die Tatsachen dokumentiert. Er beschrieb, was die SPD-Führung tat. Der Satz wurde so formuliert, als sei der Tatsachencharakter der dargestellten Aktivitäten unbestritten. Die Gültigkeit der Aussage wurde nicht relativiert oder diskutiert. Daher erschien sie als unbezweifelbar richtig. Der zitierte Satz könnte ergänzt werden mit dem Geltungsanspruch „es ist wahr, dass ...“, ohne den Sinn des Satzes maßgeblich zu verändern. Für den Leser entstand der Eindruck, hier handele es sich um harte Fakten.

Dieser – eher unbewusst erhobene – Geltungsanspruch war aber nicht konsistent. Der Anspruch, reine Tatsachen zu dokumentieren, wurde konterkariert durch zwei Hinwei-

se. Erstens sagte der Autor, die berichtete Straffung der Tagesordnung geschah „in den letzten Vorbereitungssitzungen von Vorstand und Präsidium“. Diese Gremien tagen nicht öffentlich. Der beobachtende Journalist konnte die Aktion des Straffens der Tagesordnung nicht wirklich im Vollzug beobachten. Allenfalls konnte er nach der Sitzung die neu gestaltete Tagesordnung von einem Sitzungsteilnehmer bekommen und sie dann mit der ursprünglichen Fassung vergleichen. Daraus hätte er dann eine Straffung erschließen können. Der Geltungsanspruch seiner Aussage wäre aber schwächer, wenn er die Beschlüsse der Spitzengremien lediglich aus Indizien erschlossen hätte. Eine derartige Schlussfolgerung konnte aber nicht mehr als unbezweifelbare Tatsachenbeobachtung gefasst werden.

Zweitens ist die im Artikel beschriebene Straffung der Tagesordnung mit einer Absicht verbunden. Er schrieb, man habe die Tagesordnung gestrafft,

[...] um genügend Zeit für die erwarteten Unmutsäußerungen der Delegierten zu schaffen.

Mit der Einklammerung durch „um ... zu“ wurde die Absicht benannt, die mit der Straffung der Tagesordnung verfolgt werden soll. Die mit bestimmten Handlungen verbundenen Absichten konnten aber keine Beobachtungstatsache sein. Selbst wenn der Autor an den Sitzungen der Parteiführung teilgenommen hätte, hätte er die mit den beobachtbaren Vorgängen verbundenen Absichten selber nicht beobachten können. Ziele und Handlungsabsichten sind subjektiv und der Beobachtung prinzipiell unzugänglich. Sie müssen entweder aus Indizien indirekt erschlossen werden oder die Handelnden teilen sie mit. In beiden Fällen muss der Geltungsanspruch relativiert werden.

Die von dem Journalisten gewählte Ausdrucksweise war also nicht konsistent. Aber genau diese Inkonsistenz kann man als Hinweis verstehen, dass es sich bei diesen eigentlich nicht beobachtbaren Straffungen der Tagesordnung und den mit ihnen verbundenen Absichten um eine Verlautbarung der Parteispitze gehandelt hatte. Entsprechend hatte der Autor in diesem Artikel nicht die Vorgänge selber, sondern deren Beschreibung durch die Parteispitze bzw. durch den Parteivorsitzenden dokumentiert. Offenbar hatte Scharping im Anschluss an die Sitzungen der Spitzengremien mit Journalisten gesprochen, möglicherweise im Rahmen einer Pressekonferenz. Ein Beleg dafür, dass es sich um eine offizielle Verlautbarung handeln könnte, ist eine Agenturmeldung, die am 14.11.1995 in der Saarbrücker Zeitung veröffentlicht wurde. Hier gab es ein wörtliches Zitat einer Äußerung Scharpings:

Die Sorge der engeren Parteiführung vor einer Abrechnung durch die Delegierten nach monatelangen Streitigkeiten sowie das Ringen um inhaltliche Geschlossenheit prägten am Montag die letzten Sitzungen der SPD-Spitzengremien. [...]

Scharping sagte, er werde in seiner Eröffnungsrede auch eigene Fehler ansprechen. „Ich bin aber nicht ganz sicher, ob ich der einzige bin, der Selbstkritik zu üben hat.“ (Saarbrücker Zeitung 14.11.1995, Quelle: dpa/ ap)

Wenn die Vermutung einer offiziellen Verlautbarung zutrifft, kann man auch über die mit so einer Verlautbarung verbundene Kommunikationsabsicht nachdenken. Für eine

Kommunikationsabsicht spricht, dass offizielle Verlautbarungen reflexive Vorgänge sind. Sie sind selten spontan. Der Verzicht auf Spontaneität wird erzwungen durch die Folgen von Äußerungen hochrangiger Politiker gegenüber Journalisten. Ein Parteivorsitzender wird stets als Repräsentant der politischen Linie der von ihm geführten Partei wahrgenommen. Seine Äußerungen werden von Medien und ihren Nutzern deshalb schon wegen seines Amtes als offizielle Stellungnahmen der Partei behandelt. Jedes Wort, jede selbst private Äußerung des Parteivorsitzenden hat darum für die Medien Nachrichtenwert. Schließlich lassen sich die noch privatesten und trivialsten Wortmeldungen eines Spitzenpolitikers mit hermeneutischem Scharfsinn zu einer politischen Botschaft uminterpretieren (zur medialen Inszenierung von Politikern als Privatmenschen siehe Meyer 1998, S. 95). Die verbreitete Vagheit offizieller Politikerstellungen leistet dieser Überinterpretation Vorschub, weil die Journalisten die oft dürftigen Aussagen generell zwischen den Zeilen lesen müssen, um nachrichtenswürdige Informationen zu gewinnen. Diese Vagheit ist wiederum der Tatsache geschuldet, dass Äußerungen von Spitzenpolitikern vielfältig interpretiert werden. Innerparteilich wird geprüft, ob sie die Position der Partei zutreffend wiedergeben. Vermeintliche Fehldarstellungen durch Spitzenpolitiker lösen Kritik aus, auch weil Mandatsträger und Funktionäre für diese Äußerungen von der Bevölkerung oder den eigenen Parteifreunden in Haftung genommen werden. Andererseits suchen politische Gegner die öffentlichen Äußerungen nach Angriffspunkten ab. Das alles sorgt dafür, dass bei offiziellen Verlautbarungen viel Mühe darauf verwandt wird, Formulierungen zu finden, die von den Interpreten nicht wiederum als Waffe gegen den Sprecher verwendet werden können.

Weil jede in den Medien kolportierte Wortmeldung ohnehin interpretiert wird, versucht man, diese Interpretation von vornherein in eine bestimmte Richtung zu steuern. Mindestens zwei Strategien lassen sich unterscheiden. a) Man wählt vage und vieldeutige Formulierungen. Es sind vielfältige Interpretationen möglich, so dass es für journalistische und politische Interpreten unmöglich ist, den Spitzenpolitiker eindeutig auf eine konkrete Position festzulegen. Das ermöglicht bei Bedarf schnelle Positionswechsel, ohne die eigenen öffentlichen Wortmeldungen Lügen zu strafen. b) Man sucht nach prägnanten und einprägsamen Formulierungen, die eine bestimmte Deutung breit durchsetzen sollen.

Offizielle Verlautbarungen haben also immer eine Kommunikationsabsicht. Im Falle der Vorbereitungssitzungen der SPD-Spitzengremien kurz vor dem Mannheimer Parteitag dürfte dies auch gegolten haben. Hinzu kommt, dass Scharping, obwohl wegen seiner mangelnden Telegenität fortgesetzt in der Kritik, nicht naiv war hinsichtlich der Wirkungen seiner Äußerungen in den Medien. Im Bundestags-Wahlkampf 1994 hatte er selber leidvolle Erfahrungen damit gemacht, wie bestimmte Äußerungen durch Medien und Kommentatoren missinterpretiert werden können. In seiner Parteitagsrede vom 14.11.1995 kritisierte er Schröders auf Medienpräsenz abzielende Profilierung durch provokative Äußerungen quer zur offiziellen Linie der SPD:

Ich weiß wohl: Profilierung gegen die eigene Partei bringt die größten Schlagzeilen, für die SPD aber auch die größten Niederlagen. (Rede Scharping, Parteitagsprotokoll S. 52)

Diese Kritik zeigt, dass er sich sehr wohl bewusst war, wie man mediale Resonanz erzeugt. Die Vermutung ist daher naheliegend, dass die Äußerung Scharpings, er werde auf dem Parteitag Selbstkritik üben, kein Zufall war, sondern Absicht. Mit dieser Ankündigung wollte Scharping etwas erreichen. Dafür spricht auch die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Ankündigung der Selbstkritik und ihrem quantitativen Anteil an der Rede Scharpings. Ganze zwei Sätze widmete der Vorsitzende der Selbstkritik, während seine gesamte Rede 55 Minuten dauerte. Dass Scharping die Journalisten auf diese eigentlich sehr kurze Passage seiner Rede gesondert hinwies, muss darum einen besonderen Zweck gehabt haben.

Offenbar wollte Scharping durch diese Vorankündigung der Selbstkritik mehrere Dinge erreichen. Einerseits wollte er schon vor dem Parteitag zeigen, dass er den Forderungen, selbstkritisch eigene Fehler einzuräumen, nachkommen werde. Solche Forderungen scheint es gegeben zu haben, wenn man der FAZ glaubt:

Es war Rudolf Scharping gesagt worden, Selbstkritik müsse er üben, wenn er den Parteitag bestehen wolle. (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1995)

Denkbar ist, dass Scharpings Ankündigung aber auch Wohlwollen bei den Delegierten erzeugen sollte. Die Bereitschaft Scharpings zur Selbstkritik ließe sich schließlich auch als Bereitschaft auslegen, die Kritik an ihm ernst zu nehmen und daraus zu lernen. Zugleich konnte sie generell als ein Zeichen dafür gesehen werden, dass der Vorsitzende den Unmut der Parteibasis erkannt habe und darauf reagieren wolle. Eigene Fehler einzuräumen, könnte der erste Schritt bei der Bewältigung der Probleme sein. Darüber hinaus sollte diese Ankündigung womöglich Erwartungen wecken. Sie sollte dafür sorgen, dass der kurzen selbstkritischen Passage die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird. Die Aufmerksamkeit konnte erreicht werden, indem die Selbstkritik schon vorab und über die Medien zu einem wichtigen Teil der Parteitagsrede Scharpings erklärt wurde. Auch mochte Scharpings Ankündigung Neugierde wecken, was er konkret in seiner Rede sagen würde. Damit hätte Scharping eine grundsätzliche gespannte Erwartungshaltung gegenüber seinem Parteitagsauftritt erzeugt oder wenigstens befördert. Eine mögliche Implikation der öffentlichen Ankündigung kann aber auch sein, dass die Scharpingsche Selbstkritik schon vor dem Parteitag zum Gesprächsthema wurde.

In der am 14.11.1995 auf Scharpings Rede folgenden Aussprache ergriffen viele Delegierte das Wort, die in ernster Sorge um den Zustand der SPD waren und die den Führungspersonen einen Anteil an dieser Krise zuschrieben. Diese Krisendiagnose und diverse Vermutungen von Krisenursachen werden gewiss Gesprächsthema unter den Delegierten des Mannheimer Parteitages gewesen sein. Wo bei einzelnen Personen Schuld vermutet wurde, wird man sich entsprechend auch über deren Umgang mit diesen Problemen

und mit der eigenen Schuld unterhalten haben. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Idee der Selbstkritik der Führungsleute, wiewohl sicher ohnehin von vielen Delegierten erhofft, durch Scharpings Vorankündigung noch mehr Anklang gefunden hat. Jene, die solche Selbstkritik grundsätzlich für geboten hielten, dürften sich bestätigt gefühlt haben. Andere werden womöglich dadurch erst auf den Gedanken gekommen sein, dass die Führungsleute Selbstkritik zu üben haben. Auch ist es vorstellbar, dass Delegierte eine Selbstkritik nun auch von anderen Personen erwarteten. Das legen die monatelangen und in den Medien ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Schröder und Scharping nahe. Kurz: Scharpings Vorankündigung seiner Selbstkritik auf dem Parteitag könnte bei den Delegierten den Wunsch geweckt bzw. verstärkt haben, dass die Parteiführung insgesamt ihre Fehler öffentlich einräumt. Schließlich zeigte die Aussprache am 14.11.1995, dass viele Delegierte nicht nur Scharping als Vorsitzenden für die Lage der SPD haftbar machten, sondern die gesamte Parteispitze. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann hatte Scharping erreicht, dass nunmehr auf Schröder der Druck lastete, ebenfalls öffentlich Demut zu beweisen, indem er Fehler einräumt.

Ein weiteres Indiz für eine strategische Instrumentalisierung der Selbstkritik ist die vorsichtige, eher implizite Aufforderung an andere, ebenfalls Selbstkritik zu üben. Scharping beließ es nicht bei der Ankündigung, er wolle auf dem Parteitag eigene Fehler einräumen. Er verknüpfte diese Ankündigung mit dem Hinweis, dass auch andere einen Anlass zur Selbstkritik hätten. Das zeigt ein wiederholter Blick auf bereits oben zitierte Quellen.

Scharping sagte, er werde in seiner Eröffnungsrede auch eigene Fehler ansprechen. „Ich bin aber nicht ganz sicher, ob ich der einzige bin, der Selbstkritik zu üben hat.“ (Saarbrücker Zeitung 14.11.1995)

In seiner Rede werde er auch Selbstkritik üben, obwohl er sich nicht sicher sei, dass er „als einziger Selbstkritik üben müsste.“ (Süddeutsche Zeitung, 14.11.1995)

In seiner Parteitagsrede wiederholte er diesen Hinweis. Unmittelbar im Anschluss an die eigene Selbstkritik sagte Scharping:

Genossinnen und Genossen, sollte sonst noch jemand zu den Schwierigkeiten der vergangenen Monate beigetragen haben, dann wird er oder sie sich sicher äußern. (Rede Scharping, Parteitagsprotokoll S. 52)

Diese Wiederholung spricht dafür, dass Scharping diese Verknüpfung ganz bewusst vorgenommen hatte. Diese Aussage schien eine Art Sprachregelung zu sein, eine Formulierung, die sich bei Bedarf öfters wiederholen ließ. Als Teil der Parteitagsrede war diese Verknüpfung sehr wahrscheinlich nach reichlicher Überlegung vorgenommen worden. Parteitagsreden, die von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden, werden langfristiger vorbereitet, um die gewünschte Wirkung zu erzielen und alle Angriffspunkte für Fehlinterpretationen auszuschließen. Dazu passend sagte Scharpings damaliger Büroleiter im Erich-Ollenhauer-Haus:



Scharping hat auch sehr intensiv in den Monaten vorher an der Rede gearbeitet, hat auch sehr viel Leute in die Rede mit einbezogen. (Interview Torsten Oltmanns)

Diese Verknüpfung hatte strategische Effekte. Sie machte deutlich, dass Scharpings Selbstkritik und mithin sein Handeln als Vorsitzender einen Kontext hatte. Der Vorsitzende war umgeben von anderen Menschen, er hatte nicht allein die Politik der SPD der letzten Jahre bestimmt. Das Bild der Partei wurde 1994/1995 nicht allein durch Scharping und dessen Auftreten geprägt. Auch andere Persönlichkeiten sind im Namen der SPD öffentlich in Erscheinung getreten. Scharpings Verknüpfung war ein Hinweis darauf, dass die Zuhörer das Handeln des Parteichefs nicht isoliert betrachten sollten. Noch in der Ankündigung der Selbstkritik kurz vor dem Parteitag war dieser Hinweis auf den Anteil anderer Spitzenleute an der Krise verdeckt durch Ironie. In der Parteitagsrede jedoch legte Scharping seiner Zuhörerschaft einen Vergleich nahe. Die Delegierten sollten den Anteil des Vorsitzenden mit dem der anderen Führungspersonen vergleichen und erst dann ein Urteil fällen. Die Formulierung

sollte sonst noch jemand zu den Schwierigkeiten der vergangenen Monate beigetragen haben

ist suggestiv. Sie propagiert die Idee, dass mehr Leute als nur der Vorsitzende Probleme verursacht haben könnten. Weil Scharping es hier bei einer Andeutung beließ und keine Namen nannte, musste sich jeder Zuhörer selber fragen, wer vielleicht mit verantwortlich war. Das dürfte freilich keine naive Selbstbefragung gewesen sein. Schröder war eine der zentralen Figuren der Krise 1995 gewesen. Bei breiten Kreisen der Partei stand der Niedersachse ohnehin in der Kritik. Das wurde am 14.11.1995 in der Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden auch erkennbar. Über seine Mitschuld am schlechten Ansehen der Partei hatten viele Delegierte kaum einen Zweifel. Die Diagnose war längst gestellt und die Schuldigen schon ausgemacht. Scharpings nach außen hin vorsichtiger Hinweis, auch andere könnten an den Problemen mitschuldig sein, sollte daher keinen offenen Erkenntnisprozess initiieren, bei dem ein gesichertes Wissen über Krisenursachen und -verursacher erst am Ende möglich würde. Vielmehr forderte er die Delegierten dazu auf, die Frage nach Schröders Mitschuld offen zu stellen, nachdem sich der Parteichef bereits von sich aus in aller Öffentlichkeit selbstkritisch geprüft hatte. Scharping versuchte also, die Selbstkritik zur Norm für weitere Führungspersonen zu erheben. Er weckte die Erwartung, dass die, die von den Delegierten als Mitschuldige angesehen worden sind, dem Beispiel des Parteichefs folgen sollten. Vorausgesetzt, dass Scharpings suggestiver Satz bei den Delegierten verfiel: Nun war eine neue Erfolgsbedingung für die Reden der Scharping-Konkurrenten entstanden. Für gut konnten diese nur noch befunden werden, sofern auch sie mit Selbstkritik nicht sparten.

Hinzu kommt, dass Scharping, wie oben gezeigt, in seiner Selbstkritik seine Fehler eigentlich relativiert hatte. Implizit hatte er herausgestellt, dass die anderen weitaus größere Fehler gemacht haben als er selbst. Er hatte für seine Person zwar machttaktische

Schwächen eingestanden. Gleichzeitig beschrieb er die anderen jedoch als moralisch fragwürdige Personen, die weder Konsens noch Vertrauen schätzten. Durch diese Relativierung der eigenen Fehler hob Scharping die scheinbare Vorsicht seiner Formulierung auf. Auf dem ersten Blick sprach er lediglich von der Möglichkeit, dass auch andere wegen ihrer Mitschuld einen Anlass zur Selbstkritik hätten. Nach außen hin gab er sich diplomatisch, weil er direkte Schuldzuweisungen vermied. Berücksichtigt man jedoch die Botschaft seiner Selbstkritik, erscheint die Vorsicht vorgeschoben. Sein Appell lässt sich so übersetzen: Wenn er angesichts eigentlich kleinerer Fehler schon öffentlich Selbstkritik übe, dann müssten die mit den wirklich unverzeihlichen moralischen Defiziten dies erst recht tun.

#### **d) Gerhard Schröders Stolz als Teil seiner von Scharping erzeugten „Täter“-Rolle**

Mit dieser Anlage der Rede Scharpings war die Personalisierung von Gut und Böse keineswegs zwingend. Ein geschickter Rhetoriker wäre durchaus in der Lage gewesen, die geforderte Selbstkritik zu üben, ohne als die Verkörperung des Bösen zu erscheinen. Ein Parteitagsauftritt, der die Kritik der Delegierten aufnahm und durch die Art der Kritik am Ende die Sympathie der Kritiker gewinnen könnte, ist planbar. Hilfreich dafür sind Topoi, die durch Film, Fernsehen und Literatur tradiert sind. Film und Literatur kennen die Figur des Schurken, der am Ende doch nicht durch und durch verdorben ist, sondern sich der gemeinsamen Werte besinnt. In vielen Geschichten wird der egoistische und skrupellose Bösewicht in der Stunde der Not doch noch zum Guten, indem er etwa einem Schwachen aus der Patsche hilft oder ihn gegen noch bössere Gangster verteidigt. Die spätere Umkehr des Bösewichts ist ein dramaturgisches Mittel, um beim Publikum Rührung zu erzeugen. Die Beliebtheit solcher Topoi, gemessen am kommerziellen Erfolg solcher Geschichten, legt es nahe, sie als Vorlage für eine letztlich Sympathie bringende Selbstkritik zu verwenden. Auch das „ernste Fach“ bietet dafür gute Vorlagen. Tragödien leben davon, dass ihre Helden guten Willens verhängnisvolle Fehler begehen. Die Psychoanalyse sorgte für vielfältige Vorbilder, die eigene Wut und den eigenen Hass umzukehren in eine positive Aufarbeitung der Gründe für den Ärger. Schlussendlich bietet sie auch Schemen, wie man öffentlich über die eigenen Gefühle reden und dadurch das Wohlwollen des Publikums gewinnen kann.

Schröder wählte für seinen Auftritt bei der Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden einen anderen Weg. Nur sehr zurückhaltend räumte er Fehler ein, aber in der Hauptsache verteidigte er sein Tun selbstbewusst. Zugleich provozierte er mit seinem Abgang nach der Rede die Delegierten. Schon zu Beginn seiner Rede machte Schröder deutlich, dass er nur wenig Anlass für Selbstkritik sah:

Das Fehler gemacht worden sind, auch von mir, ist keine Frage. Aber einen Vorwurf akzeptiere ich nicht, nämlich den, ich hätte mit meiner Art, politisch zu arbeiten, der Partei geschadet. (Wortmeldung Gerhard Schröder, Parteitagprotokoll S. 95)

Zum Ende seiner Rede griff er das Thema Selbstkritik noch einmal auf. Er tat es in einer Weise, die viele Delegierte offenbar eher verärgerte. So verzichtete Schröder darauf, in Verbindung mit „Fehlern“ auch „ich“ zu sagen. Er vermied auf diese Weise das direkte Eingeständnis, selber Fehler gemacht zu haben. Er räumte nur ein, dass überhaupt Fehler gemacht worden seien. Wer sie konkret zu verantworten hatte, sagte er nicht. Dieser sehr schwachen Selbstkritik ließ er dann das Bekenntnis folgen, sich selbst im Grunde treu zu bleiben, seine Art Politik zu machen nicht zu ändern:

[...] Bei den Fehlern, die gemacht worden sind, kann Besserung versprochen werden. In Bezug auf die Art und Weise, politisch zu arbeiten – es tut mir leid, werde ich es nicht schaffen. (Wortmeldung Gerhard Schröder, Parteitagprotokoll S. 99)

Schon an dieser Stelle, so die Schröder-Biografen Anda und Kleine, gab es Missfallensbekundungen unter den Delegierten:

Die Delegierten sind verblüfft über soviel Respektlosigkeit. „Eine unglaubliche Dreistigkeit, diese Rede“, entfährt es einem Bezirksvorsitzenden. (Anda/Kleine 2002, S. 193f.)

Schröder fuhr jedoch fort mit einer zweideutigen Bemerkung über seine Karriereambitionen:

Gleichwohl, liebe Genossinnen und Genossen, werdet Ihr Euch entscheiden müssen. Ich kandidiere nämlich. (Wortmeldung Gerhard Schröder, Parteitagprotokoll S. 99)

Nach diesen Worten ging Schröder zu seinem Platz in den Präsidiumsbankreihen zurück, während sich im Saal Unruhe ausbreitete, denn niemand wusste genau, wofür Schröder kandidieren wollte:

[Heiterkeit und Beifall – Zurufe: Wofür?]

Vorsitzender Ulrich Maurer: Genossinnen und Genossen, fasst Euch!

[Anhaltende Zurufe: Gerhard, wofür?]

Schröder: Liebe Genossinnen und Genossen, zum Vorstand, damit das klar ist.

[Heiterkeit]

(Parteitagprotokoll S. 99)

Für diese Klarstellung musste er zum Rednerpult zurückgehen. Anschließend suchte er seinen Platz im Parteitagspräsidium wieder auf. Auf dem Weg dahin machte eine wegwerfende Handbewegung in Richtung der Delegierten und grinste (ZDF 14.11.1995a, Timecode 16.26.30.00 bis 16.28.09.00). Das wirkte offenbar provozierend auf die Delegierten, wie sogar die Schröder-nahen Autoren Heinz Thörmer und Edgar Einemann meinen:

Übel nahm die Mehrheit der Parteitagsdelegierten, dass er [Schröder] mit ihren Gefühlen spielte, als er seine Kandidatur-Bemerkung machte: „Ich kandidiere ... (lange Pause) ... für den Parteivorstand natürlich!“ Und viele sahen, als er zu seinem Platz zurückging, die wegwerfende Handbewegung. Mit anderen Worten: Der Schlussgag der Schröderschen Rede war witzig und schön für die Presse – auf große Teile des Parteitages wirkte sie wie ein rotes Tuch. (Thörmer/Einemann 2007, S. 93)

Andere Beobachter registrierten ebenfalls das Missfallen vieler Delegierter (Graw 1998, S. 151f.; Anda/Kleine 2002, S. 193f.). Dieser Auftritt Schröders bildete einen starken Kontrast zu der Rede Scharpings. Während Scharping zumindest dem Wortlaut nach

selbstkritisch eigene Fehler bekannte, sorgte Schröder mit demonstrativem Selbstbewusstsein für einen Eklat. Zwar hatte Scharpings Rede bei den Delegierten keine Begeisterung ausgelöst. Schröders Auftreten machte aber das Gelingen der Scharpingschen Personalisierung von Gut und Böse wahrscheinlicher. Schröder war ersichtlich nicht gewillt, sich auf Initiative von Scharping auf dem Parteitag öffentlich zu demütigen. Scharping und seine Unterstützer hatten mit diesem Stolz Schröders rechnen können. Es gab im Vorfeld des Mannheimer Parteitages immer wieder Reaktionen und Verhaltensweisen Schröders, die nahe legten, dass er eine von Scharping auferlegte öffentliche Selbstdemütigung nicht mitmachen würde. In vielen seiner Verhaltensweisen erschien Schröder trotzig und stolz. Die sehr wahrscheinliche Verweigerung Schröders ließ sich deshalb durchaus strategisch nutzen. Mit seinem Stolz, so könnte das Kalkül gelautet haben, würde Schröder die von Scharping geweckte Erwartung der Delegierten, sich seinen Fehlern zu stellen, enttäuschen. Schröders Stolz hatte zudem Scharping besser aussehen lassen, weil Scharping im Gegensatz zu seinem Konkurrenten bereit gewesen war, diese Selbstkritik auf sich zu nehmen.

Die vorliegenden Quellen erlauben selbstredend kein Psychogramm Gerhard Schröders. Behauptungen über dessen Charaktereigenschaften müssen deshalb spekulativ bleiben. Dennoch gibt es Hinweise auf einen gewissen, gar trotzigen Stolz Schröders, mit dem ein geschickter Strategie durchaus rechnen konnte. Im Vorfeld des Mannheimer Parteitags mutmaßte ein Journalist über die fehlende Neigungen Schröders, sich einem Vorsitzenden Scharping zu beugen:

Scharpings Herausforderer Schröder wird im Leitantrag des Vorstandes in barscher Weise abgekanzelt. Das mag einer Mehrheit der Delegierten ein Bedürfnis sein. Kaum zu erwarten ist jedoch, dass der Niedersachse jetzt mit hängenden Ohren um Verzeihung bittet und Besserung gelobt. Es widerspräche seinem politischen Naturell, käme fast einer Selbstaufgabe gleich, wenn er sich jetzt zur Zufriedenheit Scharpings „einbinden“ ließe. (Fuhr, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1995)

Nach Ansicht des Autors war Schröders Verhalten und seine Reaktion vorhersehbar. Sofern das stimmt, wäre auch eine Strategie denkbar, die auf dieser vorhersehbaren Reaktion Schröders aufbaut und ihm eine Falle stellt. Für diesen Stolz gibt es verschiedene stützende Belege. Nach seiner Entlassung als wirtschaftspolitischer Sprecher durch Scharping ließ Schröder die Journalisten wissen:

Wenn ich so werde, wie Scharping mich haben will, lässt meine Frau sich scheiden. (Anda/Kleine 2002, S. 182)

Schröders ehemalige Ehefrau Hiltrud Schröder berichtete zudem, dass er dies trotzig gesagt haben soll (Schröder 1997, S. 225). Trotz bezeichnet kein festes Bekenntnis zu bestimmten Prinzipien. Bekenntnisfestigkeit würde absehen von der Person der Kritiker wie auch der Anhänger. Trotz ist eine Art, eine Beziehung zu gestalten. Er bezieht sich immer auf einen anderen, dem man nicht entgegenkommen will. Man beharrt auf der eigenen Position oder auf den eigenen Willen, gerade weil der andere möchte, dass man die-

sen Willen oder diese Position aufgibt. Das Beharren ergibt sich nicht aus Prinzipien, ist keine Konsequenz aus einer bestimmten Einstellung oder Weltsicht. Ein auf Prinzipien und Überzeugungen gestütztes Beharren geschähe unabhängig von den konkreten Personen, ob Kritiker oder Unterstützer. Prinzipienfestigkeit ist blind für die konkreten Beziehungen und ihrem jeweiligen Zustand. Prinzipienfestigkeit motiviert Beharren auch dann, wenn dadurch erst ein Streit entsteht und eine möglicherweise harmonische Beziehung in die Krise gerät.

Der Trotz ist jedoch vor allem Abgrenzung gegen einen anderen. Der Widerspruch ist nur sinnvoll, weil er die Position des Anderen negieren will. Sachliche Gründe scheiden für den Widerspruch aus. Es geht nur darum, sich von dem anderen zu unterscheiden. Das eigene Ich wird behauptet, dazu ist die Abgrenzung notwendig. Also bezieht sich Trotz immer auf den anderen, was auch abhängig macht von den Bewegungen des anderen, dem man trotzt.

Ein Beispiel trotziger Selbstbehauptung gegenüber dem Rivalen Scharping ist das Erlebnis des Journalisten Jürgen Leinemann mit Schröder im Wahljahr 1994:

Er schien ganz aufgeräumt, bat mich neben sich und wollte wissen, wie mir seine Rede gefallen habe. Die war nicht so aufregend gewesen, aber das sagte ich nicht. Allerdings wagte ich anzumerken, dass ich es nicht übertrieben gefunden hätte, wenn ihm ein halber Satz – „zur Not ohne Namensnennung“ – zur bevorstehenden Bundestagswahl eingefallen wäre, „vielleicht so in dem Sinne: Wir wollen ja schließlich in Bonn auch was ändern“.

Plötzlich wurde es totenstill am Tisch. Schröder erstarrte, bekam einen roten Kopf und brüllte: „Ich bin Dir wohl nicht devot genug, was? Ich soll dem Scharping wohl in den Arsch kriechen?“ (Leinemann 2004, S. 329)

Einerseits zeigte sich in Schröders Reaktion eine starke Weigerung, sich anzupassen an die Wünsche des Vorsitzenden. Schröder empfand bereits rein rhetorische Konzessionen an den Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten als „devot“, also als unterwürfig. Er unterstellte seinem Gesprächspartner den Rat, er möge unterwürfiger sein. Das löste bei ihm heftige Aggressionen aus. Sowohl Leinemann als auch Hiltrud Schröder berichteten übereinstimmend, dass Schröder daraufhin dem Journalisten die Freundschaft kündigte (Leinemann 2004, S. 329; Schröder 1997, S. 254).

Andererseits wird sichtbar, wie sehr die trotzige Selbstbehauptung Schröders an die Person Scharpings gebunden war. Zunächst war Schröders Ausbruch eine Ablehnung eigener Unterwürfigkeit. Unterwürfigkeit hieße, sich anzupassen. Man sagt und tut nicht mehr, was man denkt bzw. was man möchte, sondern achtet darauf, was der andere will. Man richtet sein Tun nach den Wünschen des anderen aus. Das erfordert die Unterdrückung der eigenen Wünsche und Prinzipien dort, wo sie nicht mit denen des anderen übereinstimmen. Die eigene Individualität ist nicht mehr erkennbar, weil man flexibel den Wünschen des Vorsitzenden folgt. Auch unterliegt man dem Zeithrhythmus des Chefs. Die eigene Anpassung muss dann erfolgen, wenn der Chef seine Wünsche äußert. Man muss

also stets bereit sein, sich erneut anzupassen, also die eigenen Haltungen und Taten zu korrigieren und umzustellen auf neue Wünsche des anderen.

Die heftige Reaktion Schröders war aber mehr Abwehr als eine souveräne Selbstbehauptung der eigenen Individualität. Indem er die Freundschaft zu Leinemann aufkündigte, reagierte er überzogen. Die vorgebliche Zumutung war keine. Scharping war in der geschilderten Situation gar nicht selber mit diesem Anpassungsverlangen an Schröder herangetreten. Schröders Abwehr bekämpfte mithin einen vermeintlichen Anpassungsdruck. In der von Leinemann beschriebenen Begegnung gab es diesen Anpassungsdruck vor allem in Schröders Wahrnehmung. Das deutet darauf hin, dass Schröder dieses Problem verinnerlicht hatte und es auch dann bearbeitete, wenn faktisch kein äußerer Anlass dazu gegeben war. Die starke Abwehr zeigt, dass Schröder das Problem des Anpassungsdrucks nicht einfach beiseite schieben konnte.

Zudem ist die Schrödersche Selbstbehauptung der eigenen Individualität stark auf den Parteivorsitzenden bezogen. Schröders angestrebte Unabhängigkeit von den Wünschen des Vorsitzenden war daher längst eingeschränkt. Seine aggressive Abwehr war eine schon spiegelbildliche Reaktion auf das tatsächliche oder vermeintliche Anpassungsverlangen Scharpings. Damit war Schröder in seinen Reaktionen sehr wohl bereits abhängig von den Impulsen seines Konkurrenten. Weil schon die vermeintliche Forderung nach Anpassung starken, schwer bis gar nicht kontrollierbaren Ärger und Abwehr hervorrief, reagierte Schröder hier vor allem auf äußere Anlässe. Er wählte selber nicht mehr souverän aus, was er tun wollte. Stattdessen war er seinen Gefühlen ausgeliefert und unterlag somit auch den äußeren Anlässen. Seine eigenen Positionen und Wünsche hatte er folglich nicht mehr souverän und unabhängig einfach verwirklicht. Vielmehr stieg er auf den Streit mit Scharping ein, sobald Scharping mit vermeintlichen oder tatsächlichen Aktionen in diesen eingriff. Zu bedenken ist dabei, dass dies kein einseitiges Verhältnis gewesen ist, in dem der eine durch seine Aktionen den anderen zu Reaktionen zwang. Denn umgekehrt hatten Schröders Aktionen die gleiche Wirkung auf Scharping.

Schröders Überreaktion auf Leinemanns Bemerkung lässt sich als Indiz für eine Konflikteskalation werten. In solchen Prozessen verstärkt jede Handlung eines Beteiligten den Konflikt, denn sie provoziert eine unmittelbare Antwort als Gegenschlag. Dieser wird seinerseits mit einem solchen beantwortet. Die Konfliktgegner sind stark aufeinander bezogen. Die Bekämpfung des jeweils anderen hat unmittelbare Priorität. Um dessen Niederlage herbeizuführen, muss jeder Schlag des Gegners durch einen stärkeren Schlag überboten werden (Sofsky 1996, S. 140f.; Willems 1997, S. 477f.). Dadurch wird der Konflikt schwer kontrollierbar, aber andererseits kann man diese Reiz-Reaktions-Ketten auch ausnutzen. Im Rahmen einer List kann man die heftige Reaktion des Konfliktgegners provozieren. Nützlich ist das dort, wo sich der Provozierte durch seine Reaktion selber desavouiert oder die Kontrolle über die Situation verliert, weil er unmittelbar zurückschlägt, an-

statt den nächsten Schritt sorgfältig abzuwägen (Paris 1998b, S. 59, 63f.). Dass der Gegner reagieren wird, ist vorhersehbar, jedenfalls umso wahrscheinlicher, je länger der Konflikt dauert und sich verselbständigt hat. Das traf für die Auseinandersetzung zwischen Schröder und Scharping zu. Diese hatte sich bereits über viele Monate hingezogen. Schröders heftige Reaktion auf Leinemann, aber auch etliche seiner öffentlichen Bemerkungen legten nahe, dass er provozierbar war. Scharping oder seine Unterstützer konnten also damit rechnen, dass Schröder auch auf dem Parteitag auf Scharpings Aktionen reagieren würde. Trotz und Abwehr legten eine konträre Reaktion Schröders nahe: Er würde das Gegenteil von Scharping tun. Daher ist es denkbar, dass die öffentlich auf dem Parteitag von Scharping geübte Selbstkritik den Stolz und das demonstrative Selbstbewusstsein Schröders mit provoziert haben. Bestärkt wurde Schröders Neigung zur trotzigem Abgrenzung über das Gegenteil durch die kaum verhohlene Kritik, die Scharping in seiner Rede an Schröder übte.

#### **e) Scharpings Ausnutzung seines mediale Images für eine glaubwürdige Selbstinszenierung als Opfer**

Die Personalisierung von Gut und Böse kann nur unter bestimmten Bedingungen gelingen. Einerseits müssen die Zuschreibungen von guten und schlechten Eigenschaften für die Delegierten und für die Öffentlichkeit überzeugend sein. Andererseits muss eine Personalisierung überhaupt überzeugen. Sie darf nicht als Inszenierung erkennbar werden. Das Publikum muss das Gefühl haben, als handle es sich bei den Darstellungen um die wirklich zentralen politischen Vorgänge. Drittens muss die Personalisierung auf Erfordernisse der Organisation, also der Partei, antworten.

#### **Ausnutzung des medialen Images**

Die für den Mannheimer Parteitag geplante Personalisierung von Gut und Böse konnte wirksam werden, weil sie die medialen Images von Scharping und Schröder ausnutzte. Scharpings vielkritisierte Eigenschaften der Langweiligkeit und Biederkeit ließen seine Selbstdarstellung als Opfer recht glaubwürdig wirken. Seine einseitige Zuweisung der Täterschaft zu Schröder konnte sich auf dessen ambivalentes Image stützen. Schröder galt einerseits als „Macher“, aber auch als machtversessen und rücksichtslos. In den richtigen Kontext gesetzt, sorgte eine Gegenüberstellung dieser Images für eine glaubwürdige Darstellung Scharpings als Opfer und Schröders als Täter.

Eine Personalisierung politischer Konflikte ist nur überzeugend, wenn die einzelnen Personen ihre Rolle glaubhaft ausfüllen. Das Publikum darf nicht den Eindruck haben, dass die Politiker die „Schurken“ und „Helden“ nur als Theaterrollen spielen. Es muss vielmehr das Gefühl haben, dass die Politiker als Menschen mit allen ihren Charaktereigenschaften wirklich durch und durch Held oder Schurke sind:

Die Personalisierung verwandelt die Politik in ein Kampfspiel zwischen Persönlichkeiten, die mehr sind als Repräsentanten gesellschaftlicher Kollektiva. Als Schurken und Naive, als Zyniker und als Retter aus der Not sind sie Topoi; als erkennbare und unverwechselbare Individuen werden sie glaubwürdig. Eines besteht nicht ohne das andere. (Stölting 1996, S. 68)

Allerdings kennen zu wenige Menschen die Spitzenpolitiker persönlich, um die Übereinstimmung zwischen Charakter und der Rolle als Held oder Schurke wirklich überprüfen zu können. Viele suchen den Kontakt zu den wenigen Spitzenleuten. Diese müssen genau haushalten, für welche Kontakte sie ihre knappe Zeit investieren. In der Regel beschränken sie sich auf Termine mit anderen Hochstehenden in den verschiedensten Hierarchien. Damit haben auch die eigenen Parteimitglieder selten die Chance auf intensivere Kontakte zu ihren Spitzenfunktionären. Das gilt für die Delegierten des Mannheimer Parteitages ebenso. Zwar gab es unter den Delegierten eine ganze Reihe an Spitzenfunktionären. In vielen Fällen werden Parteitagsdelegierte durch die lokalen Untergliederungen der Partei bestimmt (Rudzio 2006, S. 140).

Diese Distanz begünstigt eine Personalisierung. Der unmittelbare Kontakt zu den Spitzenfunktionären wird ersetzt durch die medialen Images dieser Leute. Diese Images sind zwar Stereotypen. Aber weil die Medien nicht nur politische Programmatik transportieren, sondern auch die Illusion von Nähe herstellen, können diese Images für eine realistische Beschreibung der Personen gehalten werden. Vor allem das Fernsehen erzeugt den Eindruck von Nähe und Intimität durch Kameraführung und Tontechnik. Die Kamera fängt Körpersprache und Mimik des abgefilmten Politikers ein (Meyer 2003, S. 14; Stölting 2002, S. 398). Aber auch die Printmedien wirken mit an dem Gefühl, die Spitzenpolitiker als Menschen zu erleben. Reportagen gehen häufig über die Berichterstattung über Gesetzgebungsvorgänge und politische Konflikte hinaus, indem sie die handelnden Politiker als Menschen mit Gefühlen und mit einer Biografie beschreiben. Die eher literarische Darstellung von Mimik, Körpersprache oder dem Tonfall von Äußerungen wird nicht selten verknüpft mit einer psychologisierenden Deutung des Handelns der Person. Weil vieles davon eigentlich nur spekulative Interpretation ist, aber kaum jemand diese durch eigene Anschauung überprüfen kann, erscheint die mediale Darstellung realistisch. Aus der Ferne erscheint der Typus als das Reale (Berger/Luckmann 2004, S. 33f.).

Auf diese medialen Images von Scharping und Schröder stützte sich Scharpings Personalisierung von Gut und Böse. Diese Images betonten an beiden Personen Eigenschaften bzw. schrieben ihnen Eigenschaften zu, die gut zu den Rollen des „Opfers“ und des „Täters“ passten. Scharping konnte mit diesen Images spielen, weil er sie kannte. Als Spitzenpolitiker verfolgte er die Berichterstattung über sich und die anderen Führungsleute. Auch wurde er in Interviews mit seinem Image häufiger konfrontiert, wie diese Frage von Journalisten an Scharping zeigt:

Staatstragend, steif bis langweilig, aber zuverlässig – so lauteten Kommentare nach Ihrem Showlaufen im Ruhrgebiet. (SPIEGEL 23/1993, S. 40)



Dank der massenmedialen Verbreitung konnte Scharping sicher sein, dass die Delegierten sein Image kannten. Zunächst wirkte dieses Image als Vorurteil gegen Scharping, das eher die Gefolgschaft der Partei untergrub. Man war von Scharpings Fähigkeiten nicht überzeugt:

Also Scharping war zu dem Zeitpunkt eine Lachnummer auch schon in der Öffentlichkeit. In der Partei dürfte man dann mit zusammengebissenen Zähne hingenommen haben, dass Witze über die eigene Führungsperson gemacht werden. (Interview Jonas Schulz)

Dennoch konnte Scharping dieses negative Image nutzen als Skript für seine Opferrolle. Die eigentlich kritisierten Eigenschaften machten seine Selbstdarstellung als Opfer glaubwürdig. Die Glaubwürdigkeit gelang dabei vor allem durch die Gegenüberstellung der Rollen von Opfer und Täter. Durch diese Konstellation ließen sich Scharpings eigentlich negative Eigenschaften positiv umdeuten. Die Scharping häufig vorgeworfenen Eigenschaften der Langweiligkeit, Biederkeit und Zögerlichkeit passen nicht zur Täterrolle, also konnte er in dieser Beziehung nur noch das Opfer sein. Die Aufteilung von Opfer und Täter war ein Appell an das Mitgefühl wie auch an die Moral. Das Opfer sollte bemitleidet und die Übergriffe des Täters als moralisch verwerflich verurteilt werden. Die von Scharping beschriebene Täter-Opfer-Konstellation suggerierte Eindeutigkeit im moralischen Urteil.

Schon 1994 veröffentlichte das Satiremagazin „Titanic“ eine Comicreihe mit dem Titel „Die roten Strolche“, in der sie sich über die SPD, aber insbesondere über den Kanzlerkandidaten Scharping lustig machen. Scharping wurde dargestellt als „stinkendlangweilige Ziege“:

Man sieht's am Bart und an den Zähnen,  
und wenn er spricht, dann muss  
man gähnen.

So mancher, der nicht schlafen kann,  
der hört sich Zieges Reden an.

(Greser/Lenz/ Schmidt u.a. 1994, S. 12)

In dem Comic wurde der Wahlkampf der SPD (hier dargestellt als Kampf um das Amt des Oberförsters im Wald) als rundherum unbedarft verhöhnt. Dem Herausforderer Kohls unterstellte man zudem Zögerlichkeit und eine fehlende politische Position. Dies wurde deutlich in den Wahlplakaten, mit der „Ziege“ im Comic für sich warb:

Es ist nicht ausgeschlossen, dass ZIEGE möglicherweise der bessere FÖRSTER sein könnte!

Versucht ZIEGE zu wählen!!

(Greser/Lenz/Schmidt u.a. 1994, S. 22)

Diese von vielen so empfundenen Nachteile Scharpings traten in der Auseinandersetzung mit Schröder noch deutlicher hervor. Vor laufender Kamera hatte Schröder mehrfach angedeutet, dass er sich für den besseren Parteiführer hielt. Darüber hinaus machte er Scharping gezielt lächerlich, wohl wissend, dass dieser Spott für die Journalisten einen

hohen Nachrichtenwert besaß. Schröders Angriffe trugen zu einem schlechten Image Scharpings bei:

Scharping war verglichen mit Schröder langweilig [...] Scharping hatte zu viel Bart. Er wirkte zu hölzern und zu steif, konnte vor Kameras nicht brillieren [...] (Walter 2009, S. 222f.)

Schröder gewann zudem die Aufmerksamkeit der Medien durch fortgesetzte Provokationen gegenüber bestimmten Ideologiebeständen der SPD. So konnte er nach außen hin als moderner und unkonventioneller Politiker erscheinen, der nicht starr an Parteitraditionen festhielt. Als Parteivorsitzender musste Scharping in die Partei hinein integrierend wirken. Daher konnte er nicht mit lockeren Sprüchen Parteibeschlüsse und sozialdemokratische Grundsätze in Frage stellen. Es war daher leicht, ihn als „Traditionalisten“ und damit im Grunde öffentlich als konservativ und unmodern darzustellen (Walter 2009, 222f.).

Auf dieses eigentlich unvorteilhafte Bild bezog sich Scharping in seiner Parteitagssrede, in der er sich einseitig als Opfer von Schröders Angriffen beschrieb. Nach seiner Darstellung lag die Schuld eindeutig bei Schröder, während er selber dessen Spott erleiden musste. Diese Einseitigkeit erschien durch das Image Scharpings glaubhaft. Die Scharping zugeschriebene Zögerlichkeit passte gut zu dem Bild des passiv erleidenden Opfers. Eben weil Scharping nicht als sonderlich zupackend galt, konnte man sich ihn auch nicht vorstellen als jemanden, der seinerseits in Machtkämpfen offensiv gegen seine Gegner vorgeht. Wer zögerlich ist, reagiert mehr, als dass er agiert. Aber wer nur reagiert, gestaltet die Situation nicht aktiv, sondern passt sich den Gestaltungen anderer an.

Für eine überzeugende Täterrolle fehlten im Scharpingimage zudem Leidenschaft und Aggressivität. Wer aggressiv ist und mit heftigen Leidenschaften kämpft, kann als Täter glaubhaft wirken. Ohne Aggression kann man nicht den Kampf mit seinen Gegnern suchen und führen. Zum Täterbild gehört der Normbruch. Unbeherrschte, weil starke Leidenschaften bieten eine willkommene Erklärung, warum jemand Normen bricht. Wo das personalisierte Drama zur Psychologisierung neigt, sind Leidenschaften unverzichtbar als Antriebe des Kampfes. Scharping erschien in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch vielmehr als ein wenig emotionaler, nüchterner Mensch. Das wurde erkennbar in der Darstellung Scharpings als langweiliger Redner:

Bei seinen Auftritten wird selbst den treuesten SPD-Anhängern nicht richtig warm ums Herz. Steif und dröge agiert Rudolf Scharping vor der Kamera; sonor pfälzert er, „weder feurig noch fesselnd“ („Süddeutsche Zeitung“), vom Rednerpult; seines altmodischen Quasi-Vollbarts wegen karikiert ihn das Satire-Magazin „Titanic“ als Ziege, und die „Zeit“ bescheinigte ihm, er wirke „stets etwas hölzern, nie so ganz locker“. (FOCUS 28/1994)

Die passende Metapher ist „feurig“. Wo das Feuer in der Rede fehlt, fehlt das Temperament des Redners. Die Rede ohne Feuer ist eine Rede ohne starke Gefühle. „Feuer“ symbolisiert Energie, die den Redner erfüllt und die zugleich andere anstecken kann. Für ein solches „Feuer“ braucht es aber auch Temperament. Zumindest müssen die Zuhörer

den Eindruck haben, dass die vom Redner vermittelten Empfindungen echt sind und nicht nur gespielt. Erst dann lassen sie sich von diesen Empfindungen mitreißen. Aber die ohne „Feuer“ gehaltenen Reden Scharpings lassen die Zuhörer meist „kalt“. Hinzu kommt die Mutmaßung starker Selbstdisziplin. Wer „nie so ganz locker“ ist, kommt nicht aus sich heraus. Er zeigt seine Gefühle nicht und lebt sie auch nicht aus. Diese Emotionslosigkeit Scharpings, sei sie der Selbstdisziplin oder dem blanken Mangel an Temperament geschuldet, fügte sich in das Opferbild. Scharping erschien nicht als von starken Gefühlen getriebener Mensch. Wo starke Gefühle fehlen, bilden auch Neid oder Eifersucht keine maßgeblichen Handlungsantriebe. Selbst, wenn man Scharping solches zubilligt hätte, hätten der Mangel an Temperament oder die starke Selbstdisziplin verhindert, dass Neid und Eifersucht zum Handlungsantrieb hätten werden können. Auf dieser Basis konnte Scharping glaubhaft machen, dass er den Machtkampf mit Schröder von sich aus nicht aktiv angeheizt habe.

Auch weitere negative Eigenschaften des medialen Images stützten Scharpings Selbstbild als Opfer. Langweiligkeit gepaart mit Biederkeit konnten nun auch als Arglosigkeit gelesen werden. Wer bieder ist, ist nicht durchtrieben genug, um seinen Gegner geschickt auszutricksen. Der Biedere ist konventionell, er bricht nicht aus den geltenden Regeln aus und rebelliert nicht gegen sie. Er identifiziert sich mit der durch diese Regeln bewahrten Ordnung. Entsprechend vertrauenswürdig wirkt der Biedere. Das wurde Scharping auch zugute gehalten:

Rudolf Scharping ist kein Typ für flotte Sprüche, markige Begriffe und eine mitreißende Rhetorik: Er ist der seriöse, präzise Schaffer mit enormen Leistungskapazitäten und dem Flair eines Verhandlungsgenies. Ein verlässlicher Politiker, angetrieben von einem Gerechtigkeitsimpuls, der nur mit den Hebeln der Macht umgesetzt werden kann. (Leif/Raschke 1994, S. 27)

Diese Interpretation der Biederkeit und Langeweile als „Verlässlichkeit“ und „Ehrlichkeit“ wurde unterstützt durch Schröders Vorwurf des Traditionalistentums des Vorsitzenden. In seiner Parteitage Rede wehrte Scharping sich gegen diese Gegenüberstellung von „Modernisierern und Traditionalisten“:

Lasst uns endlich aufhören, dieses unsinnige Gegeneinander von Traditionalisten und Modernisierern auch noch selbst vorzunehmen. (Rede Scharping, Parteitageprotokoll S. 53)

Scharping beklagte vor allem, dass er von Schröder öffentlich als altmodisch dargestellt worden sei. Innerparteilich konnte dieses Image aber nützlich sein. Nicht jedes Parteimitglied fühlte sich durch Schröders Modernisierungsimagen gut vertreten. Traditionsbewusstsein muss nicht prinzipiell schlecht sein. In seiner Parteitage Rede nahm Scharping denn auch eine positive Umwertung des Traditionsbewusstseins vor. Zu Unrecht werde der als „Traditionalist“ beschimpft, der fordere,

dass sich Politik auf grundlegende Werte stützt, die dem Zeitgeist nicht geopfert werden dürfen. (Rede Scharping, Parteitageprotokoll S. 53)

Ein Bekenntnis zu „grundlegenden Werten“ konnte jedoch in der Partei erfolgreich sein. Die moralisierende Metapher ist hier der „Zeitgeist“. Dieser verändert sich laufend. Wer sich dem Zeitgeist anpasst, muss sich ebenfalls ständig ändern. Aber dieser permanente Wechsel wirkt auf Dauer prinzipienlos und opportunistisch. Mithin warf Scharping Schröder opportunistische Wechselhaftigkeit vor. Sich selbst bescheinigte Scharping Prinzipientreue auch dann, wenn das Bekenntnis zu den „grundlegenden Werten“ unbequem wurde, weil sie nicht mehr in den „Zeitgeist“ passten. Für alle jene, die an diesen Werten festhalten wollten, erschien Scharping als verlässlicher Partner. Schröder hingegen erschien in Scharpings Darstellung als jemand, der um seines Vorteils willen sich prinzipienlos dem „Zeitgeist“ anpasste. Von so einem musste man zu Recht befürchten, dass er seine Bündnispartner bei nächster Gelegenheit verrät. Verrat war zudem eine grobe Verletzung des zentralen Parteimythos der „Solidarität“ (Lösche 1996, S. 21).

Scharpings Selbstbeschreibung als Opfer wurde unterstützt durch seinen Vortragsstil. Er sprach die Passagen seiner Rede, in denen er seine Gefühle beschrieb (siehe Zitat oben, Parteitagsprotokoll S. 66f.), leise und mit sehr tiefer Stimme (ZDF 14.11.1995b, Minute 01:51 bis 02:33). Damit stand diese Passage in starkem Kontrast zu den zuvor kämpferisch laut vorgetragenen politischen Botschaften des Parteivorsitzenden. Statt des Vorsitzenden sprach nun ein Mensch mit verletzten Gefühlen. Dieser Kontrast erzwang die Aufmerksamkeit der Zuhörer. Das Absenken von Tonhöhe und Lautstärke bremste das Aufputschen der Delegierten durch Lautstärke und appellhafte Aussagen. Der krasse inhaltliche wie auch emotionale Umschwung sorgte für einen starken Eindruck dieser Passage. Der Off-Sprecher des ZDF kommentierte anschließend, während Bilder des applaudierenden Publikums gezeigt wurden:

Da entstand für einen kurzen Moment sogar so etwas wie ein kollektives Innehalten der Partei. (ZDF 14.11.1995b, Minute 02:33 bis 02:39)

Das hatte sogar auf solche Zuhörer Wirkung, die die Rede Scharpings eigentlich langweilig fanden. Das damalige Präsidiumsmitglied Renate Schmidt kritisierte Scharpings Rede als „langweiligen und dröge Rede“,

die nur in einer einzigen Passage, wo es um ihn selbst ging, wirklich eine Rede war, die einem unter die Haut ging. (Interview Renate Schmidt)

Diese Kritik enthält das Zugeständnis, dass Scharpings Aussagen über seine Empfindungen doch wirkungsvoll waren. In diesen Passagen stimmten offenbar ausnahmsweise Vortragsstil und Inhalt überein. Die Linguisten Paeschke und Sendlmeier untersuchten die Wirkung der Rede Scharpings und spielten sie zu diesem Zweck ausgewählten Probanden als Tonbandaufnahme vor. Die Höreindrücke der Probanden wurde registriert. Erklärt wurden sie durch den Vortragsstil der Rede, der unter anderem durch Sprechgeschwindigkeit, Tonhöhe, Betonung, Sprechrhythmus usw. bestimmt wurde. Nach Paeschke und Sendlmeier hatten die Probanden die Scharpingrede als resignativ

empfundene. Dieser Eindruck herrschte auch dort vor, wo die Rede durch politische Appelle aufrütteln sollte. Die Autoren erklären dies durch Scharpings Fehler im Vortragsstil: Falscher Einsatz der Stimme, falsches Sprechtempo und falsche Betonung (Paeschke/Sendlmeier 1997). Diese resignative Grundstimmung verfrug sich jedoch umso besser mit den Passagen, in denen Scharping auf seine Gefühle einging, in denen er sich also als Opfer Schröders darstellte. Während seine politischen Appelle wegen dieser Grundstimmung nicht überzeugen konnten, wirkte die Selbstdarstellung als verletzt und schlecht behandelt authentisch. Scharpings Vortragsstil mit seinen Nachteilen war ein individuelles Merkmal seiner Person. Sein Vortragsstil machte ihn als „erkennbares und unverwechselbares Individuum“ (Stöltzing 1996, S. 68) sichtbar und damit wirkte seine Rolle als Opfer glaubwürdig, weil sie zu seinen ihm zugeschriebenen Charaktereigenschaften passte.

Scharping konnte also als Opfer überzeugen, weil man in ihm einen Menschen zu sehen meinte, der als Opfer prädestiniert war. Umgekehrt schien Schröder prädestiniert für die Täterrolle. Schröders Image machte diese Zuschreibung glaubwürdig. Zumindest in-nerparteilich hatte Schröder keinen guten Ruf. Erhard Eppler warf Schröder vor, er sei ein

sozialdemokratischer Politiker, bei dem man nicht weiß, wofür er morgen und erst recht übermorgen steht. (SPIEGEL 35/1996, S. 56).

Jürgen Hogrefe, Porträtist des Kanzlers Gerhard Schröder, benannte einige Etiketten, die Schröder angehängt wurden:

Als „machtgeil“ haben sie ihn gerügt, „unsolidarisch“, „flegelhaft“, „heimtückisch“, „maßlos“ und „durchgeknallt“. Sie hielten das nicht für Vorurteile, sondern für gesicherte Erkenntnisse. (Hogrefe 2002, S. 153)

Dieses Bild von Schröder war freilich ambivalent. Was den einen als Makel erschien, konnten andere wiederum als Vorzug deuten. So bewertet der Politikwissenschaftler Langguth die fehlende programmatische Festigkeit Schröders eher positiv, seine Vorzüge seien unter anderem

sein unideologisches, manchmal populistisches Auftreten, sein modernes „Macher“-Image (Langguth 2009, S. 198)

In den Medien hatte Schröder mit seinem unkonventionellen Stil Erfolg:

In der Wahrnehmung der Wähler nämlich war Schröder keinesfalls nur der Modernisierer und Repräsentant der Mitte, sondern immer auch der ordnungspolitisch bedenkenlose soziale Interventionist, der Aufkäufer maroder Betriebe, der bodenständig gebliebene Sohn einer Kriegerwitwe und zuweilen auch der hemdsärmelige Macho, der BMW- wie Mantafahrer gleichermaßen beeindruckte. (Walter 2009, S. 238)

Gleichwohl bot das Image Schröders genügend Material, um aus ihm einen überzeugenden Schurken zu formen. Egal, ob man Schröders positives oder negatives Image betrachtete, in beiden Bildern erschien er als tatkräftiger und zupackender Politiker. In der von Scharping beschriebenen Täter-Opfer-Konstellation konnte Schröder demnach nur die

Rolle des Täters innehaben. Schröder war der, der den Machtkampf offensiv vorantrieb, passend zu seinem Image als „Macher“. Er war derjenige, der dabei die Spielregeln verletzte. Seine programmatische Wendigkeit, ob nun als Opportunismus oder Pragmatismus bewertet, machte ihn zu einem wenig verlässlichen Partner. Dabei muss man bedenken, dass nicht jede politische Gegnerschaft zu Scharping in eine völlige Verachtung seiner Person münden musste. Der Wunsch nach seiner Ablösung als Parteichef ist nicht zwingend einhergegangen mit dem Wunsch, ihn zu verletzen und zu demütigen. Das zeigte z.B. das vielstimmige Eingeständnis von Delegierten des Mannheimer Parteitages, dass die Art der Abwahl Scharpings „menschlich schwierig“ gewesen war (ARD 16.11.1995b, ab Minute 7:30). Daher ist denkbar, dass auch Anhänger der Politik Schröders dessen Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Menschen Rudolf Scharping nicht akzeptierten.

### **3 Vor der Rede Lafontaines - Die Stabilität der Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit auf dem Mannheimer Parteitag**

#### **3.1 Die Kampfkandidatur um den Parteivorsitz als unwahrscheinliches Ereignis**

Im Vorfeld des Mannheimer Parteitages wurde der Wunsch vieler Parteimitglieder, Scharping als Parteivorsitzenden abzulösen, nicht sehr offensiv vertreten. Bis zur Rede Lafontaines am 15.11.1995 fehlte ein solches Engagement auch auf dem Parteitag selbst. Es gab keine Initiative, Scharping abzuwählen. Niemand reichte einen Antrag auf dem Parteitag ein, in dem ein Personalwechsel ausdrücklich gefordert wurde. Kein Delegierter trat offen für einen bestimmten Kandidaten als Alternative zu Scharping ein. Zwar wurde durchaus in Wortmeldungen auf dem Parteitag über die Möglichkeit von Kampfkandidaturen gesprochen. Niemand sprach sich jedoch klar und eindeutig für einen der Scharpingkonkurrenten als besseren Vorsitzenden aus. Angesichts des verbreiteten Wunsches nach einem Wechsel im Parteivorsitz verwundert diese Beobachtung. Zudem wirft die deutliche Mehrheit der Delegierten, die Lafontaine dann am 16.11.1995 für sich gewinnen konnte, rückblickend moralische Fragen auf. Warum haben die Wähler Lafontaines ihren Wunsch nicht vorher offen vertreten? Das lange Schweigen dieser Delegierten und deren dann etwas plötzliche Verhaltensänderung wirkt wie Charakterschwäche. Das Schweigen der Scharpinggegner war aber nicht moralischen Defiziten geschuldet. Diese Zurückhaltung wurde durch die Konstellation erzeugt.

Die Zurückhaltung der Scharpinggegner erklärt sich aus deren Bemühen, ihre Möglichkeiten für pragmatische Arrangements mit einem Vorsitzenden Scharping zu bewahren. Hätten sie sich aktiv um eine Ablösung Scharpings bemüht, hätten sie sich auch deutlich als Scharpinggegner zu erkennen gegeben. In diesem Fall hätten sie Sanktionen durch den Parteichef befürchten müssen. Dieser hätte seine Gegner bekämpfen müssen, um seine Macht zu verteidigen. Eine solche Forderung nach Abwahl des Vorsitzenden kann

nur mit breiter Unterstützung durch viele andere Delegierte durchgehalten werden. Auf diese Unterstützung konnte sich jedoch niemand wirklich verlassen. Jeder Delegierte musste damit rechnen, dass seine Partner taktieren, um die eigenen Chancen zu wahren (zum Taktieren als Methode siehe Kapitel II.4.4.). Ein offener Machtkampf mit dem Parteivorsitzenden hätte die Möglichkeiten der Scharpinggegner beschränkt oder zerstört, ihr eigenen Ziele zu verfolgen. Deshalb vermieden die Scharpinggegner ein eindeutiges öffentliches Bekenntnis zur Ablösung Scharpings. Auf diese Weise blieb ihnen die Option erhalten, sich mit Scharping zu arrangieren. Die Bereitschaft für ein solches pragmatisches Arrangement wäre auch notwendig gewesen, wenn die Gefahr von Sanktionen nicht bestanden hätte. Hätten die Scharpinggegner aktiv die Ablösung Scharpings betreiben wollen, hätten sie mit einem hohen Risiko des Scheiterns dieser Bemühungen leben müssen. Die Wahrscheinlichkeit wäre hoch gewesen, dass der Sieger dieser Auseinandersetzung am Ende doch Scharping geheißen hätte. Auch deshalb wäre es rational gewesen, sich einen Rückzugsweg offen zu halten.

Andererseits blieb eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag so lange unwahrscheinlich, wie es keinen Gegenkandidaten gab. Die Scharpingkonkurrenten Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine erklärten sich nicht zu einer Kandidatur bereit. Lafontaine hatte seinerseits die vom Parteivorstand vollzogene Nominierung Scharpings als einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz unterstützt. Schröder, der bei der entsprechenden Sitzung des Parteivorstandes am 16.10.1995 nicht anwesend war, hätte kaum Aussichten auf einen Sieg gehabt. Er war zwar für die Medien interessant und nach Umfragen auch in der Bevölkerung populär. Aber in der eigenen Partei war er eher unbeliebt. Somit wäre Lafontaine der einzige Kandidat mit echten Chancen gewesen. Für Lafontaine war eine Kandidatur auf dem Parteitag zu riskant. Ein offenes Bekenntnis als Herausforderer des amtierenden Vorsitzenden widersprach Lafontaines Orientierung an Sicherheit.

Aus diesen Gründen war eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag unwahrscheinlich. Etliche SPD-Politiker gingen daher davon aus, dass ein Rückzug Scharpings frühestens erst nach den Landtagswahlen im März 1996 möglich sei:

Also es haben sehr sehr viele Apparatschiks, Funktionäre das für sehr unwahrscheinlich gehalten, dass auf dem Parteitag was passiert, weil man wusste, es müsste dann auf dem Parteitag jemand aufstehen und müsste offen sagen, ich will es jetzt aber werden. Die Befürchtung war ja gerade, dass genau das nicht passiert, sondern dass im Prinzip der Laden weiter trudelt. Und die Strategen sind davon ausgegangen, dass der eigentliche Bruchpunkt nach der Schleswig-Holstein-Wahl kommen würde, weil man davon ausgegangen ist, dass die SPD da eins vor dem Koffer kriegt und man dann einen Anlass hätte und die Dinge ihre eigene Dynamik entfalten. (Interview Torsten Oltmanns)

Als „Strategen“ lassen sich die Politiker verstehen, die ihre Ziele planvoll und methodisch verfolgen. Eine Strategie ist ein Plan. Dieser Plan fußt auf der Überlegung, welche Handlungsmöglichkeiten man in einer gegebenen Situation besitzt und wie man diese Situation zu seinen Gunsten verändern kann. Strategen kalkulieren daher ihre Chancen

der Zielerreichung. Ihr Handeln richten sie nach diesem Kalkül aus. Sie agieren nicht emotional. Die moralische Beurteilung der vorgefundenen Situation ist zumindest für das kurzfristige Handeln kein Maßstab. Die eigenen Wünsche beherrscht der Strategie und folgt ihnen nicht unmittelbar. Er stellt die Wunschbefriedigung zunächst zurück, um sicherzustellen, dass der Wunsch auch wirklich realisiert werden kann. Dazu will der Strategie allen Eventualitäten vorbeugen und denkbare Risiken ausschalten (Hitzler 1994, S. 14, Fußnote 23). Er agiert erst dann, wenn er eine Vorstellung davon hat, wie er sein Ziel möglichst sicher erreichen kann.

Diese „Strategen“ hielten es der Quelle zur Folge für unwahrscheinlich, dass sich jemand öffentlich bereit erklären würde, gegen Scharping anzutreten. Eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag war für sie folglich kein realistisches Szenario. Sie konnten sich keinen funktionierenden Plan einer Ablösung Scharpings durch eine Kampfkandidatur vorstellen. Offenbar waren zu wenige der Erfolgsbedingungen dafür erfüllt. Auch in anderen Quellen werden Parteimitglieder indirekt zitiert, die an der Bereitschaft eines Gegenkandidaten zweifeln:

Scharping muss weg? Das tuscheln sie auf allen Parteiebenen. Aber keiner weiß, was danach kommen soll. Tatsächlich ist das die banale Hintergrund-Melodie des trostlosen-Durchhalte-Krimis der SPD: Hinter Scharping steht keiner, hinter Scharping geht keiner. (Leinemann, SPIEGEL 44/1995, S. 33)

Realistisch erschien den „Strategen“ eher die Ablösung Scharpings nach den Landtagswahlen im März 1996. Wahlniederlagen bieten legitime Anlässe für einen Austausch des Spitzenpersonals. Wahlerfolge sind für Parteien existenziell wichtig. Politische Gestaltungsmacht, aber auch der Zugang zu Ämtern und zu finanziellen und personellen Ressourcen hängen von Wahlerfolgen ab. Der Anspruch der SPD, ernst zu nehmende Alternative zur regierenden CDU zu sein, hing ebenfalls von Wahlerfolgen ab. Die SPD konnte nur bei einem hinreichend großen Wählerpotenzial das Versprechen abgeben, bei der nächsten Bundestagswahl Kohl als Kanzler abzulösen. Dazu musste die Partei bei Landtagswahlen jedoch unter Beweis stellen, dass sie über diesen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte. Wahlniederlagen wären angesichts dieses Anspruchs der SPD eine Ausnahme-situation. In dieser wären auch ungewöhnliche Maßnahmen legitim wie auch öffentlich positiv darstellbar. Eine Ablösung des Parteivorsitzenden hätte in der Öffentlichkeit sowohl als Problemlösung als auch als Aufbruchssignal dargestellt werden können. Der Personalwechsel wäre dann selber schon ein Akt der Parteienwerbung mit dem Ziel gewesen, das Ansehen der Partei zu steigern.

Die Vorstellung, dass eine Ablösung Scharpings als Parteivorsitzender nach den Landtagswahlen gelingen könnte, war offenbar stärker verbreitet in der Partei:

Wer jetzt weiter auf eine „Baisse“ spekuliere, bekomme es mit der Partei zu tun, warnte er [Scharping] vor taktischen Überlegungen, weitere Wahlniederlagen im Frühjahr zum Anlass neuer Personaldebatten zu nehmen und das schon jetzt intern anzukündigen. (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1995)



Diese Äußerung Scharpings scheint direkt gegenüber Pressevertretern gefallen zu sein. Zumindest wurde Scharping direkt von dem FAZ-Autor zitiert und nicht über eine vermittelnde Person, etwa einem so genannten „Vertrauten“ des Vorsitzenden. Das deutet auf eine Kommunikationsabsicht des Vorsitzenden hin. Man kann davon ausgehen, dass Scharping derartige Szenarien wie den Rücktritt nach Wahlniederlagen selber nicht ins Spiel gebracht hätte. Folglich muss man annehmen, dass derartige Gedankenspiele längst in der Partei wie auch unter Journalisten diskutiert worden sind. Scharping wollte diesen Überlegungen mit seinem Statement entgegentreten, sie als „falsch“ und gegen den Willen der „Partei“ gerichtet diskreditieren. Notwendig war dieses Statement dann schon deswegen, weil dieses Szenario längst zur Diskussion um den Vorsitzenden gehörte. Mithin trugen sich nicht nur ausgewiesene „Strategen“ mit dem Gedanken des Falls des Vorsitzenden nach den Landtagswahlen im Frühjahr 1996, sondern auch viele andere SPD-Mitglieder. Unterstützt wird diese Annahme durch weitere Quellen. Noch auf dem Mannheimer Parteitag wurde dieses Szenario diskutiert:

Wenn hier niemand anders als Rudolf Scharping kandidiert, dann müssen diese Vorwürfe, die auf den Fluren umhergeistern, hier auch geäußert werden, dann darf nicht hinter vorgehaltener Hand so getan werden, als würde sich die Angelegenheit Rudolf Scharping in der Parteispitze schon im März oder Mai erledigt haben. (Wortmeldung Stefan Schaible, Parteitagprotokoll S. 110)

Doch noch scheint Lafontaine nicht bereit für die Kandidatur. Neue Szenarien werden auf den Fluren des Mannheimer Kongressgebäudes erörtert. Im Frühjahr nach den nächsten Niederlagen der SPD in den Landtagswahlen könne es Lafontaine gelingen, Scharping abzulösen. Während Scharping den Kontrahenten Lafontaine, ohne ihn beim Namen zu nennen, schon am ersten Kongresstag zur Gegenkandidatur auffordert, setzt Lafontaine nun darauf, Scharping auszusitzen. (Sommerfeld, Berliner Zeitung 17.11.1995)

Diese Äußerungen zeigen, dass viele Mitglieder nicht mit einer Kampfkandidatur, sondern einer Wiederwahl Scharpings auf dem Parteitag rechneten. Das Szenario eines Scharpingrücktritts im Frühjahr 1996 ist ein Indiz für die noch auf dem Parteitag wirksame Disziplin von Führungspersonen und Delegierten. Die Gründe für diese Disziplin sollen in den folgenden Kapiteln näher erläutert werden. Zunächst stelle ich dar, warum es für Lafontaine nicht ratsam war, sich schon im Vorfeld des Parteitages zu einer Kandidatur gegen Scharping bereit zu erklären. Anschließend zeige ich, warum die Delegierten ihrerseits sich zurückhielten mit Forderungen nach einer Kandidatur. Belegt wird auch, dass die Delegierten in dieser Frage jegliche Festlegungen vermieden und somit durch Taktieren versuchten, Sanktionen zu vermeiden und ihre Chancen zu wahren auch für den Fall, dass Scharping Vorsitzender bliebe.

### **3.2 Der fehlende Herausforderer: Warum Lafontaine zu Beginn des Parteitages nicht gegen Scharping antrat**

Die Geschichte des Mannheimer Parteitages wurde in den Medien meistens von seinem allgemein bekannten Ende her erzählt. Aus dieser Perspektive erschien die Wahl La-

fontaines nahezu unausweichlich. Alternative Verläufe des Parteitages, etwa eine unbestrittene Wiederwahl Scharpings, erschienen den Journalisten im Rückblick unrealistisch. Das Scheitern Scharpings wurde als zwangsläufige Folge seiner Fehler und Irrtümer beschrieben. Die Kommentatoren glaubten, dass sich der Sturz Scharpings schon früh in dessen kurzer Amtszeit als Vorsitzender angedeutet habe. Wer diese Darstellungen liest, kann nur noch schwer ermessen, dass die Kampfkandidatur für Lafontaine eigentlich ein ernst zu nehmendes Risiko darstellte. Bis zu seiner Rede am 15. November 1995, aber auch noch danach war diese Option für ihn nicht attraktiv. Die Wahrscheinlichkeit, das ungewisse Abenteuer der Kampfkandidatur ohne Schaden zu überstehen, war tatsächlich sehr klein. Erfolg versprechender war es daher für ihn, auf das Scheitern Scharpings angesichts der im Frühjahr 1996 erwartbaren Landtagswahl Niederlagen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zu warten. Das hatte zwei wichtige Gründe. Einerseits war Lafontaine durch sein Votum bei der Nominierung Scharpings als einziger Kandidat für den Parteivorsitz gebunden. Zweitens wäre eine Kampfkandidatur ohne die Unterstützung der Parteiführung wie auch der Führungen der wichtigen Landesverbände der SPD kaum chanceträchtig für Lafontaine gewesen.

### **3.2.1 Die Risiken der Kampfkandidatur für den Herausforderer allgemein**

Das Problem der Scharpinggegner bestand bis zum Mannheimer Parteitag daher darin, dass Lafontaine sich nicht als Herausforderer des Amtsinhabers angeboten hatte. Die Scharpinggegner waren aber auf einen Herausforderer angewiesen. Ohne einen Herausforderer konnte es keine Kampfkandidatur geben. Ein Herausforderer muss jedoch die Initiative ergreifen. Er muss „aus der Masse heraustreten“ (Claessens 1989) und seine Kandidatur erklären. Damit kommt es zu einem offenen Konkurrenzkampf zwischen dem Amtsinhaber und seinem Herausforderer. Dieser Kampf verändert die Beziehung zwischen den beiden Personen. Jeder kann seinen Sieg über den anderen nur auf Kosten des anderen erzielen. Schließlich wird das Amt des Vorsitzenden nur an eine Person vergeben. Daher wird es für beide Konkurrenten existenziell, die eigenen Chancen auszubauen und die des anderen möglichst zu reduzieren. Aus den Konkurrenten werden zeitweilig „Feinde“ (Sofsky 1996). Der Herausforderer geht damit ein Risiko ein. Er setzt sich den Gegenschlägen des Amtsinhabers aus. Die Gefahr besteht, die Kampfkandidatur zu verlieren.

Im Falle der SPD 1995 war die Herausfordererrolle aus vielen Gründen riskant. Der Herausforderer muss als Person ein ungleich höheres Risiko tragen als seine Unterstützer.

1) Da Kampfkandidaturen nicht üblich waren und sind, ist der Versuch, eine Kampfkandidatur zu initiieren, ein Normbruch. Die stete Nominierung eines einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz ist durch diese Wiederholung zu einer Norm geworden. Es gibt Erwartungen, dass auch bei allen weiteren turnusgemäßen Vorsitzendenwahlen nur ein einziger

Kandidat aufgeboten wird. Die Verletzung dieser Erwartung kann Ärger hervorrufen. Der Herausforderer muss mit Sanktionen rechnen.

2) Die Initiative des Herausforderers kann auch auf einer moralischen Ebene als Normverstoß skandalisiert werden. Norm ist die Vermeidung von Kampfkandidaturen auch wegen der Inszenierung der Wahl. Mit der Wahl wird nicht nur das Amt besetzt. Es wird auch der Charakter des Amtes als symbolische Einheit der Partei vorgeführt (Sofsky/Paris 1994, S. 165f.). Der gewählte Vorsitzende soll das Amt nicht nur formal korrekt zugesprochen bekommen. Es soll auch sichtbar werden, dass er das Mandat der ganzen Partei hat, diese nach außen zu vertreten. Wenn die Aufstellung eines einzigen Kandidaten eine Norm ist, dann trifft jeder Normbruch auf Missbilligung. Der Herausforderer unterläuft das Ziel, mit der Wahl des einzigen Vorsitzendenkandidaten auch die Einheit der Partei zum Ausdruck zu bringen. Er tut dies öffentlich und schafft damit Medien und politischen Gegnern die Gelegenheit, tatsächliche oder vermeintliche innerparteiliche Konflikte gegen den Amtsinhaber auszuspielen. Der Amtsinhaber erscheint nicht mehr als der Repräsentant der ganzen Partei, weshalb sein Verhandlungsgewicht sinkt. Dem Herausforderer kann daher vorgeworfen werden, dass er das öffentliche Ansehen und das Verhandlungsgewicht des Vorsitzenden beschädigt hat. Dieser Vorwurf kann moralisch noch aufgeladen werden. Die Disziplin, nur einen Kandidaten für die Vorsitzendenwahl vorzuschlagen, kann als „Solidarität“ deklariert werden. Dann würde aus einem rationalen Kalkül von Kosten und Nutzen ein Prinzip, das sich eher durch Werte begründet. Die Verletzung solcher Prinzipien erzeugt auch größere Empörung, vor allem dann, wenn diese Prinzipien zugleich als Identitätsbasis der Partei betrachtet werden (Lösche 1995, S. 21). Selbst wenn man die öffentliche Wirkung der Herausforderung nüchtern-strategisch bewertet, kann diese Initiative zum Skandal werden. Denn der Herausforderer blockiert die Chancen all jener, die über die Disziplin eines geschlossenen öffentlichen Erscheinungsbildes der Partei ihre Ziele verwirklichen wollen. Die Herausforderung kann angesichts dessen als Egoismus verfehlt werden.

3) Der Herausforderer hat sich öffentlich auf diese Rolle festgelegt. Damit kann er seine Herausforderung nicht ohne weiteres zurückziehen. Ein Rückzug muss glaubwürdig bleiben, damit er nicht als launenhaft und prinzipienlos kritisiert werden kann. Das bedeutet aber, dass der Herausforderer seinen Rückzug gut begründen müsste. Wo kein glaubwürdiger Rückzug möglich ist, muss der Herausforderer Konsequenz beweisen und zu seiner Herausforderung stehen. Er muss seine Herausforderung auch dann vertreten, wenn ihm daraus Nachteile entstehen. Angesichts der öffentlichen Wirkung der Herausforderung muss er den Eindruck des Opportunismus vermeiden. Es darf nicht so aussehen, als würde er nur kandidieren wollen, weil er gerade eine sichere Chance auf das Amt zu haben glaubt. Denn das erzeugt den Verdacht, dass er bei Verschlechterung der Aussichten die Kandidatur schnell aufgibt. Von einem solchen Kandidaten kann man aber nicht hoffen,

auch in schwierigen Zeiten vertreten zu werden. Der Herausforderer hat damit seine Initiative zu einem Teil seiner öffentlichen Identität gemacht. Mit ihm wird fortan der Akt der Herausforderung verbunden. Daran geknüpft ist auch die Bewertung der Herausforderung: Wie wird sie moralisch beurteilt? Diese Bewertung der Herausforderung wird zur Bewertung der Person des Herausforderers. Die Herausforderung bleibt Teil ihrer Identität auch dann, wenn ein glaubwürdiger Rückzug gelungen ist. Der ehemalige Herausforderer ist dann die Person, die eine Kampfkandidatur herbeiführen wollte. Als solcher dürfte diese Person vom Amtsinhaber und allen am Status Quo Interessierten weiterhin misstrauisch beobachtet werden.

4) Die Unterstützer des Herausforderers müssen sich nicht in gleichem Maße stark exponieren wie der Herausforderer selbst. Daher können sie sich eher Rückzugsmöglichkeiten offenhalten. Während der Herausforderer auf jeden Fall öffentlich seinen Willen zur Kandidatur erklären muss, können die Unterstützer sich zurückhalten mit demonstrativen Erklärungen. Für das Zustandekommen einer Kampfkandidatur sind öffentliche Erklärungen der Unterstützer nicht notwendig. Die Unterstützer haben daher die Möglichkeit, nach außen hin dem noch amtierenden Vorsitzenden ihre Loyalität zuzusichern. Dies hält ihnen den Weg frei, sich mit dem Amtsinhaber zu arrangieren, falls die Kampfkandidatur scheitert oder der Herausforderer die Wahl verliert. Dieses Taktieren führt jedoch dazu, dass der Herausforderer ein ungleich höheres Risiko tragen muss als seine Unterstützer. Solange sich seine Unterstützer nicht öffentlich bekennen, weiß der Herausforderer auch nicht, ob er sich auf ihre Unterstützung wirklich verlassen kann. Denkbar ist, dass sie im Falle von Sanktionen gegen die Initiatoren einer Kampfkandidatur ihre Unterstützung aufgeben. Der Herausforderer könnte in diesem Fall nicht auf Gefolgschaft zählen, die ihn vor allzu harten Sanktionen schützen könnte.

5) Der Herausforderer findet keine Unterstützung durch die Parteiführung. Das könnte die Chancen des Herausforderers beeinträchtigen. Wenn in der Regel ein einziger Kandidat für die Wahl zum Vorsitzenden nominiert wird, wird auch im Vorfeld dafür gesorgt, dass er von einer Mehrheit gewählt wird. Die Parteiführung, die diesen Kandidaten installiert, organisiert also auch dessen sichere Wahl bzw. hilft dabei. Dazu kann sie ihre Ressourcen einsetzen (Personal, Geld, den Apparat). Sie kann auch ihre Möglichkeiten nutzen, durch Gefälligkeiten und Gegenleistungen Delegierte oder ganze Landesverbände zu einer Stimmabgabe für den ausgewählten Kandidaten zu bewegen. Diese Mittel und Methoden wird die Parteiführung nicht zugunsten des Herausforderers einsetzen, sondern weiterhin ihren eigenen Kandidaten fördern.

6) Die Initiative des Herausforderers kann dessen Karrierechancen langfristig blockieren, wenn dessen Wahl nicht hinreichend wahrscheinlich ist. Im Falle der Niederlage des Herausforderers kann der Amtsinhaber darauf verweisen, dass er sich auch in einer Kampfabstimmung durchsetzen konnte. Mithin hätte der Amtsinhaber sich auch in einer

kritischen wie unabsehbaren Situation bewährt. Der Amtsinhaber kann seinen Anspruch auf das Amt jetzt auf die gewonnene Kampfabstimmung stützen und darauf verweisen, dass er trotz personeller Alternativen von der Mehrheit gewählt worden sei. Auf diese Weise hätte die Kampfabstimmung dazu beigetragen, die Position des Amtsinhabers zu stärken. Das hätte die Absicht des Herausforderers in ihr Gegenteil verkehrt.

Angesichts der vielfältigen Risiken war es erwartbar, dass Lafontaine eine Kampfkandidatur ablehnte. Die Herausforderung Scharpings wäre unvernünftig gewesen. Hinzu kommt, dass Lafontaine als Mensch mit langjähriger Parteikarriere selbst den Gepflogenheiten der Personalentscheidungen verbunden war.

Nachfolgend sollen einige dieser Risiken genauer unter die Lupe genommen werden. Die Unwägbarkeiten einer Kampfkandidatur ergaben sich nicht nur aus allgemeinen strukturellen Bedingungen, sondern auch aus der konkreten Konstellation, die im Herbst 1995 in der SPD bestand. Lafontaines Chancen und Risiken wurden beeinflusst durch seine Persönlichkeit, seine bisherige Karriere in der Partei und von der Wahrnehmung seiner Person durch Parteimitglieder und Medien. Sie wurden weiterhin bestimmt durch die Kräfteverhältnisse zwischen den innerparteilichen Interessengruppen. Schließlich lässt sich anhand einer genaueren Betrachtung von Lafontaines Risiken auch zeigen, dass die jeweiligen Chancen und Risiken die Folge der vorausgegangenen Handlungen der Beteiligten waren, die mit ihrem Tun oder Lassen die Konstellation veränderten. Diese Veränderungen sind wiederum nicht allein aus allgemein strukturellen Merkmalen von Parteien an sich ableitbar, sondern sie müssen in ihrem historischen Werden berücksichtigt werden.

### **3.2.2 Lafontaines Risiken im Herbst 1995**

#### **Fehlende Unterstützung der Parteiführung**

Lafontaine hatte für eine eventuelle Kandidatur gegen Scharping nicht die Unterstützung durch die Parteiführung. Auch darin lag begründet, warum Lafontaine zunächst nicht bereit zu einer Kandidatur gegen Scharping war.

Er war der verschmähte Kronprinz Willy Brandts, der keine Chance hatte, was ja auch an seinem Fernbleiben bei dem Mitgliederentscheid 1993 klar deutlich war, dass der keine Chance hatte, sich innerhalb der Parteiführung durchzusetzen und vom Parteivorstand nominiert zu werden als Parteivorsitzender. (Interview Jonas Schulz)

Im Herbst 1995 plädierte Lafontaine für eine Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz. Er begründete dies mit einer Überforderung Scharpings in diesen beiden Ämtern (Lafontaine 1999, S. 41). In einem Gespräch mit Rudolf Scharping und Johannes Rau versuchte Lafontaine, seine Gesprächspartner von der Ämtertrennung zu überzeugen. Sowohl Scharping als auch Rau lehnten dies jedoch ab (Lafontaine 1999, S. 41f.; Kleine/Spruck 1999, S.219f.). Später warb Johannes Rau in einem Zeitungsinterview ausdrücklich um die Unterstützung von Scharping:

Ich glaube, dass wir jetzt alle im eigenen Interesse Rudolf Scharping zu helfen haben. (Süddeutsche Zeitung 19.09.1995).

Damit legte sich Rau öffentlich auf Scharping als Parteivorsitzenden fest. Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Rau galt nach außen hin als Autorität. Journalisten nannten ihn oft „Übervater“ oder „Patriarch“. Als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD verfügte er aber auch über realen Einfluss auf Personalentscheidungen. Die Wahl des Parteivorsitzenden obliegt dem Bundesparteitag. Auf diesem stellt die NRW-SPD als größter Landesverband der Partei in der Regel auch den mit Abstand größten Delegiertenblock. Auf dem Mannheimer Parteitag 1995 war die NRW-SPD mit 138 Delegierten vertreten. Damit verfügte sie bereits über 26 Prozent der Stimmen. Im Kampf um Mehrheiten spielte der Landesverband daher eine gewichtige Rolle. Er konnte durch ein geschlossenes Abstimmungsverhalten seiner Delegierten den Ausgang von Abstimmungen maßgeblich beeinflussen. Indem Rau öffentlich für Scharping warb, signalisierte er auch, wie sein Landesverband auf dem Mannheimer Parteitag abstimmen werde. Zwar konnte Rau nicht wissen, wie sich der einzelne Delegierte bei der Abstimmung selbst verhalten würde. Die Wahl des Vorsitzenden ist eine geheime Wahl. Dennoch musste nun jeder damit rechnen, dass Rau seine Personalpräferenz mit allen ihm verfügbaren Mitteln durchsetzen würde. Zu diesen Mitteln gehörte auch, sich um die Herbeiführung eines geschlossenen Votums seines Landesverbandes zu bemühen. Damit sank für die Befürworter der Ablösung Scharpings die Chance, für ihre Vorstellungen eine Mehrheit zu finden. Prinzipiell war zwar vorstellbar, die NRW-SPD zu überstimmen. Diese konnte jedoch durch ein geschlossenes Abstimmungsverhalten hohe Verhandlungsgewinne erzielen. Als geschlossener Block konnten die NRW-Delegierten anderen Landesverbänden bei Parteitagsanträgen zu sicheren Mehrheiten verhelfen. Diese Unterstützung konnte der Landesverband NRW von Zugeständnissen der anderen Landesverbände abhängig machen. Dies gelang um so mehr, je einheitlicher die NRW-Delegierten votierten. Daher war die Wahrscheinlichkeit groß, dass Johannes Rau für seine Präferenz für Scharping erfolgreich Mehrheiten einwerben hätte können. Eine Kampfkandidatur gegen Scharping erschien unter diesen Umständen hochwahrscheinlich aussichtslos zu sein. Tatsächlich wurde Lafontaine im Oktober 1995 auch direkt und offen signalisiert, dass er auf dem Mannheimer Parteitag keine Chance gegen Scharping habe. Dies geschah im Anschluss an die Sitzung des Parteivorstandes vom 16. Oktober 1995.

In dieser Sitzung wiederholte Lafontaine seinen Vorschlag der Ämtertrennung. An diesem Tag sollte Rudolf Scharping für die Wiederwahl zum Vorsitzenden nominiert werden. Die Berichte über den Auftritt Lafontaines waren widersprüchlich. Einige Sitzungsteilnehmer wollten in ihm eine Aufforderung an Scharping erkannt haben, den Parteivorsitz abzugeben. Andere sahen in Lafontaines Wortmeldung keinen Angriff auf den Vorsitzenden. Lafontaine wie auch Scharping dementierten die Versionen eines offenen Konfliktes. Lafontaine verwies darauf, dass er deutlich erkennbar für die Nominierung Scharpings als

einigen Kandidaten für die Vorsitzendenwahl gestimmt habe (Breuer, Die WELT 18.10.1995; Sommerfeld, Berliner Zeitung 18.10.1995; Urschel 2002, S. 165f.; Deupmann, Süddeutsche Zeitung 18.10.1995). Wie offensiv oder zurückhaltend Lafontaine über die Ämtertrennung redete, kann aus den mir vorliegenden Quellen nicht erschlossen werden. Diese Vorstandssitzung lässt sich aber als Indiz lesen, dass die Parteiführung eine Kandidatur Lafontaines nicht unterstützte. Dafür spricht, dass Scharping in dieser Sitzung einstimmig für die Wiederwahl nominiert worden ist (Süddeutsche Zeitung 17.10.1995). Mit dieser Einstimmigkeit hatte sich der gesamte Vorstand auf Scharping festgelegt. Zugleich hatte man mit diesem Beschluss auch mögliche Gegenkandidaturen ausgeschlossen. Scharping sollte der einzige Kandidat bleiben. Die Einstimmigkeit dieses Beschlusses wirkte disziplinierend auf die Vorstandsmitglieder. Deshalb konnten sie Lafontaines Pläne einer Ämtertrennung nicht mehr öffentlich unterstützen.

Die Disziplinierung durch Einstimmigkeit ergibt sich aus dem symbolischen Wert solcher Voten. Einstimmigkeit steht in der öffentlichen Selbstdarstellung der Partei für eine Entscheidung aus Überzeugung. Wo ausnahmslos alle Mitglieder des Gremiums gleich votieren, ist der Beschluss überdeterminiert. Es kommen mehr Ja-Stimmen zustande, als eigentlich formal erforderlich wären. Machtpolitisch wirken einstimmige Entscheidungen unökonomisch. Weil Beschlüsse auch mit einfacher Mehrheit gültig und verbindlich sind, muss um die überschüssigen Ja-Stimmen nicht gekämpft werden. Daher haftet diesen die Vorstellung von Freiwilligkeit an. Freiwillige Zustimmung erfolgt aber aus eigener Überzeugung. Man stimmt mit Ja, weil man es für richtig hält. Wo die Überzeugung für die Entscheidung maßgeblich wird, sorgt sie für Selbstbindung. Wer glaubwürdig bleiben will, muss seine in der Entscheidung ausgedrückte Überzeugung auch anschließend in Wort und Tat vertreten. Er darf nichts Gegenteiliges tun oder sagen. Für die Mitglieder des SPD-Vorstandes hieß das, dass sie den Vorschlag der Ämtertrennung damit nicht einmal diskutieren sollten. Schließlich hatten sie unmissverständlich dafür gestimmt, dass es keine personellen Alternativen geben solle auf dem Mannheimer Parteitag.

Selbstbindung erzeugt Einstimmigkeit auch deshalb, weil sie Konflikte verdeckt. Einstimmige Entscheidungen erzeugen das Bild von Konfliktfreiheit. Was man einstimmig beschließt, ist kein Streitgegenstand, weil alle sich einig sind. Es gibt auch keine durch diese Entscheidung ausgelösten Frustrationen. Einstimmige Gremienentscheidungen lassen sich nutzen, um die Partei als „geschlossen“ darzustellen. Sobald jedoch die Repräsentanten des Gremiums diese „Geschlossenheit“ öffentlich behaupten, machen sie sie zur Norm. Diese Selbstdarstellung verpflichtet die Mitglieder, das Bild der Geschlossenheit nicht nachgerade durch Streit zu zerstören. Jeder Streit könnte den Verdacht der Medien provozieren, die Repräsentanten hätten ein geschöntes Bild gezeichnet. Die Gremiumsmitglieder sind daher verpflichtet, ihre Repräsentanten nicht als Lügner dastehen zu lassen. Also müssen sie diesen Streit vermeiden. Dabei ist die Norm der „Geschlossenheit“ recht

strikt. Wo vollkommene Harmonie gefordert wird, erscheinen schon kleine Unstimmigkeiten als schwerer Normbruch (Hondrich 2001, S. 172). Wo die Einstimmigkeit erwartet und als Ressource für die positive Selbstdarstellung benutzt wird, kann schon ein einziger „Abweichler“ dafür sorgen, dass dieses Bild als unglaubwürdig bezweifelt wird.

Anders ist das bei Mehrheitsentscheidungen. Diese teilen das Gremium in Sieger und Besiegte. Die überstimmte Minderheit muss sich dem Mehrheitsbeschluss gegen ihren Willen beugen. Weil Mehrheitsbeschlüsse Machtverhältnisse beschreiben, geben sie Konflikten Raum. Diese Konflikte höhlen die Legitimation des Mehrheitsbeschlusses nicht aus. Weil die Minderheit überstimmt wurde, kann sich jeder vorstellen, dass das Frustration und Opposition auslöst. Es wird von vornherein auch gar nicht behauptet, dass die Minderheit sich mit dem durch Mehrheiten durchgesetzten Beschluss identifiziert. Die Minderheit wurde deutlich erkennbar gezwungen, sich dem Beschluss zu beugen. Wer gezwungen worden ist, hat nicht nach eigener Überzeugung gehandelt. Die Minderheit kann sich darum eine gewisse Abweichung leisten. Das liegt auch daran, dass ein schlagartiger Seitenwechsel der Minderheit unglaubwürdig, weil allzu opportunistisch wirken würde. Daher gibt es eine größere Toleranz gegenüber der Kritik am Gremienbeschluss. Immerhin sind Opposition und fehlendes Einverständnis bereits in der Nein-Stimme der Minderheit zum Ausdruck gekommen. Die Minderheit kann daher eine zwiespältige Haltung einnehmen. Sie kann einerseits loyal dem Mehrheitsbeschluss folgen, andererseits ihre eigene Präferenz in Grenzen weiterhin propagieren. Die Mehrheitsentscheidung hätte es also möglich gemacht, dass zumindest Einzelne nach wie vor das Ziel der Ämtertrennung öffentlich hätten diskutieren können. Mit der einstimmigen Nominierung Scharpings waren diese Möglichkeiten jedoch verbaut. Diese Entscheidung des Parteivorstandes musste daher auch als deutliche Absage an die Vorschläge einer Ämtertrennung verstanden worden sein. Lafontaine war daher mit seinem Vorschlag isoliert. Für diese Isolation spricht auch die Behauptung, dass Lafontaines Wortmeldung gar keine Diskussion in der Vorstandssitzung ausgelöst habe:

Außer von der Juso-Vorsitzenden Andrea Nahles bekam Lafontaine anschließend keine Unterstützung. Kein Teilnehmer traute sich, das Wort zu ergreifen. (Deupmann, Süddeutsche Zeitung 18.10.2010)

Dennoch haben sich nicht alle auf die Signalwirkung der einstimmigen Nominierung Scharpings verlassen. Lafontaine wurde noch einmal kommuniziert, dass er im Falle einer Kampfkandidatur nicht die Unterstützung der Parteiführung habe:

Vorstandsmitglieder aus NRW machten deutlich, dass Lafontaine bei einer eventuellen Kampfkandidatur auf dem Parteitag „keinerlei Siegeschance“ habe. Schließlich sei ihm nach dem Rücktritt Brandts 1997 und nach der Bundestagswahl 1990 „zweimal der Parteivorsitz auf dem Silbertablett vergeblich angeboten worden. Eine dritte Offerte gibt es nicht.“ (Breuer, DIE WELT 18.10.1995)

Damit unterstrichen die hier zitierten Vertreter der NRW-SPD die schon von Rau im September bekundete Absicht, die nordrhein-westfälischen Delegierten zur Wiederwahl



Scharpings zu bewegen. Auch in anderen Quellen wurde die Chancenlosigkeit Lafontaines bei einer Kampfkandidatur von den Kommentatoren hervorgehoben:

In der SPD hieß es, Lafontaine habe schon mehrfach die Gelegenheit gehabt, den Parteivorsitz zu übernehmen oder dafür zu kandidieren. Er habe sie nicht genutzt. Stets sei er sowohl für als auch gegen die Übernahme dieses Amtes gewesen. So sei es auch jetzt gewesen. Doch sei es Scharping nun gelungen, seine Mehrheit auf Parteitag zu festigen. Der Parteivorsitzende könne mit den Stimmen aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, den ostdeutschen Bundesländern und - zur Hälfte - aus Bayern rechnen. Damit erübrigten sich für mögliche Gegenkandidaten weitere Überlegungen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.10.1995)

Tatsache ist freilich auch, dass er intern Scharping eine Trennung der Ämter vorgeschlagen hat, damit aber auf derzeit nicht überwindbaren Widerstand stieß. Im SPD-Vorstand am Montag gab er seine Position nur noch zu Protokoll, wohl wissend, dass eine offene Kampfansage in der gegebenen Lage für ihn nicht mehr erfolgsträchtig war. (Süddeutsche Zeitung 18.10.1995)

Lafontaine unterwarf sich letztlich der Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit, indem er ebenfalls in der Sitzung des Parteivorstandes für Scharping stimmte. Dass Lafontaines Votum ein Akt der Disziplin war, lässt sich zeigen. Eigentlich war die von Lafontaine in der Vorstandssitzung vom 16. Oktober 1995 angesprochene Ämtertrennung eine ungelöste Streitfrage in der Partei. Auch andere Spitzenpolitiker auf Bundes- und Länderebene hatten für eine Ämtertrennung geworben (Dietrich, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995; Saarbrücker Zeitung 09.11.1995; Süddeutsche Zeitung 13.11.1995; SPIEGEL 45/1995, S. 38). Lafontaines Plädoyer repräsentierte folglich eine ganze Gruppe von Mitgliedern mit dem gleichen Anliegen. Dennoch stimmte Lafontaine nicht gegen die Nominierung Scharpings. Diese Zustimmung gab Lafontaine trotz seiner anderen Haltung zur Personalfrage. Er stellte diese zurück zugunsten des Bildes der „Geschlossenheit“ der Parteiführung. So lesen sich seine in den Medien gegebenen Begründungen für die Unterstützung Scharpings. Schon kurz nach der Vorstandssitzung wurde er zitiert mit der Meinung, dass eine Ämtertrennung nur im Einvernehmen erfolgen könne (Sommerfeld, Berliner Zeitung 18.10.1995). Das wiederholte Lafontaine noch einen Tag vor dem Mannheimer Parteitag:

SPIEGEL: Warum geben Sie sich mit einer Lösung zufrieden, die Sie doch kaum für die beste halten?

Lafontaine: Ich habe für einvernehmliche Lösungen bei der Verteilung von Aufgaben in der Führung plädiert. (SPIEGEL 46/1995, S. 32)

Lafontaines Interviewäußerung lässt sich als Indiz dafür lesen, dass er sich mit seinem Votum für Scharping vor allem der Disziplin gebeugt hatte. Lafontaine ging auf die Frage des Interviewers nicht ein. Der Interviewer unterstellte ihm, dass Lafontaine mit Scharping als Vorsitzendem unzufrieden sei. Indem Lafontaine einer direkten Antwort auf die Frage des Interviewers auswich, korrigierte er diese Unterstellung nicht. Er argumentierte nicht gegen sie und wies sie auch nicht als falsch zurück. Vielmehr redete er gar nicht über seine Personalpräferenzen. Leser und Journalisten konnten daher weiterhin mutmaßen, dass Lafontaine Scharping als Vorsitzenden nicht sonderlich schätzte. Lafon-

taine tat in diesem Interview nichts dafür, um solche Deutungen zu verhindern. Er nahm es in Kauf, dass derartige Interpretationen weiterhin in Kommentaren vorgenommen werden konnten.

Das begünstigte den Eindruck, dass er Scharping unterstützte, obwohl er nicht von dessen Qualitäten wirklich überzeugt war. Schließlich behauptete er auch nicht, dass er bezüglich dessen Fähigkeiten seine Meinung geändert hätte. Also konnten die Leser den Eindruck gewinnen, dass Lafontaine mit seinem Votum die eigenen Wünsche und Urteile zurückgestellt habe. Mit dem Wort „Einvernehmen“ benannte Lafontaine auch den Grund für die Zurückstellung. Lafontaine behauptete damit, dass er die Verwirklichung seines Wunsches nicht gegen den Willen anderer Führungsmitglieder erzwingen wolle. Also schien er einen Machtkampf vermeiden zu wollen. „Einvernehmliche Lösungen“ sind solche, mit denen alle Beteiligten leben können. Sie stiften einen Konsens zwischen den Beteiligten, sie lösen Konflikte auf, anstatt sie zu schüren. Für die Öffentlichkeit entwarf Lafontaine damit das Bild der Parteiführung als harmonisch kooperierendes Team, in dem Konflikte mit Siegern und Verlierern vermieden werden und in dem jeder die Möglichkeit haben soll, sein Gesicht zu wahren. Die behauptete Harmonie war Lafontaine zu Folge wichtiger als die konsequente Durchsetzung der eigenen Wünsche. Lafontaines Plädoyer für die Einvernehmlichkeit erzeugte das Bild eines Spannungsverhältnisses zwischen den je individuellen Wünschen und dem Erfordernis, Kompromisse zu finden. Die Findung von Kompromissen gelingt nur, wenn die Beteiligten ihre Wunscherfüllung bezähmen und sich disziplinieren. Dadurch, dass Lafontaine im SPIEGEL-Interview dieses Spannungsverhältnis zwischen Wunsch und Kompromiss sichtbar machte, wurde auch erkennbar, dass er seine Wünsche zugunsten eines Kompromisses zurückstellte.

### **Risiko der Skandalisierung als wortbrüchig und opportunistisch**

Das Szenario einer Kampfkandidatur war für Lafontaine auch deswegen riskant, weil er eine moralische Skandalisierung befürchten musste. Eine Kampfkandidatur hätte in mehreren Hinsichten gegen moralische Erwartungen verstoßen.

Lafontaine hatte ebenfalls für Scharping gestimmt, als der Parteivorstand den Vorsitzenden einstimmig zur Wiederwahl vorschlug. Eine Kampfkandidatur gegen Scharping hätte ihm als Wortbruch und Ausdruck von Prinzipienlosigkeit kritisiert werden können. Schließlich hätte das sein Votum in sein Gegenteil verkehrt. Als Herausforderer Scharpings hätte sich Lafontaine darum bemüht, den von ihm zuvor unterstützten Kandidaten aus dem Amt zu verdrängen. Dieses Verhalten ist widersprüchlich und wäre höchwahrscheinlich stark kritisiert worden.

Zwar war durch die Einstimmigkeit der Nominierung Scharpings ohnehin klar, dass ausnahmslos jedes in der Sitzung anwesende Vorstandsmitglied für Scharping gestimmt hatte. Aber Lafontaine hatte sich darüber hinaus noch besonders exponiert als Vertreter

dieses Wahlvorschlages. In der Vorstandssitzung hatte er zunächst noch einmal seinen Vorschlag der Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz wiederholt. Das hatte in den Medien den Eindruck erweckt, Lafontaine habe gegen Scharping für den Parteivorsitz kandidieren wollen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Scharping versuchte Lafontaine diesen Eindruck zu korrigieren:

Er verwies darauf, er habe bei der offenen Abstimmung im Parteivorstand darüber, wer als Kandidat für das Amt des SPD-Vorsitzenden vorgeschlagen werden solle, für Scharping die Hand gehoben. „Wir haben die Entscheidung doch klar getroffen.“ Lafontaine sagte: „Drehen Sie nicht daran herum.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.10.1995)

Lafontaine bemühte sich, die Spekulationen um seine Absichten zu beenden. Die Interpretation eines Machtkampfes wollte er entkräften durch einen deutlich sichtbaren Loyalitätsbeweis. Dazu wählte er das Mittel der Pressekonferenz. Diese Pressekonferenz diente dem Einwerben von Vertrauen. Es sollte der Eindruck von Verlässlichkeit und Prinzipientreue erzeugt werden. Basis dieses Werbens war die teilweise Unterwerfung Lafontaines unter die Kontrolle der Medien. Denn wer als prominenter Politiker eine Pressekonferenz veranstaltet, gibt Medien und Öffentlichkeit die Möglichkeit, den Politiker an seinen Äußerungen zu messen. In diesem Sinne war die Pressekonferenz eine Investition Lafontaines.

Wer eine Pressekonferenz veranstaltet, verkündet eine offizielle Verlautbarung. Das den Medien Mitgeteilte ist keine private Meinung, sondern die Position des Politikers als Rolleninhaber. Die Pressekonferenz ist eine Amtshandlung. Die Amtshandlung wird als solche bewertet von der Öffentlichkeit. Sie muss den normativen Erwartungen der eigenen Partei und der Öffentlichkeit entsprechen. Zudem werden diese Äußerungen durch die Medien dokumentiert und archiviert. Was man auf der Pressekonferenz sagt, gerät nicht so schnell in Vergessenheit. Man kann diese Worte im Archiv nachrecherchieren und den Politiker später mit seinen eigenen Worten wieder konfrontieren. Anders als bei beiläufigen Äußerungen ohne Protokollierung durch die Medien kann der Politiker seine Worte später nicht bestreiten. Auch ist die publizierte Verlautbarung eine Äußerung vor einer großen Zahl an Zeugen. Das verringert ebenfalls die Chance, die eigenen Worte zu widerrufen. Die später veröffentlichten Worte verselbständigen sich, sie werden (in Anlehnung an Umberto Eco) zu einem für jedermann verfügbaren und interpretierbaren Text.

Das gegenüber den Medien bestätigte Votum Lafontaines für einen Kandidaten Scharping konnte damit als Selbstverpflichtung verstanden werden. Ein Bruch dieser Selbstverpflichtung war riskant. Lafontaine hatte seine Glaubwürdigkeit an diese Selbstverpflichtung gebunden. Eine unverhoffte Kandidatur Lafontaines gegen Scharping hätte als Beweis für die fehlende Glaubwürdigkeit des Herausforderers interpretiert werden können. Diesen Eindruck musste Lafontaine vermeiden. Fehlende Glaubwürdigkeit hätte sowohl den innerparteilichen Gegnern Lafontaines als auch den Medien günstige Gelegenheiten geboten, ihn und sein „Fehlverhalten“ zu skandalisieren. Sowohl Medien als auch Partei-

mitglieder hätten ihn als jemanden darstellen können, der die Werte der „Ehrlichkeit“ und „Konsequenz“ verletzt. Einerseits hätte eine derartige Skandalisierung einen großen Raum in der medialen Berichterstattung einnehmen können. Andererseits hätte Lafontaine befürchten müssen, dass sein öffentliches Ansehen darunter leidet. Mit schwindender Popularität hätte er aber auch darum bangen müssen, in der Partei weiterhin als aussichtsreicher Bewerber für höchste Führungsämter gelten zu können.

### **Das Risiko Lafontaines, nur ein Alibikandidat zu sein**

Lafontaine musste außerdem damit rechnen, bloßer Alibikandidat zu sein. Er musste von der Möglichkeit ausgehen, dass die Scharpingbefürworter in der Parteiführung sich darum bemühten, ihre Delegierten auf die Wahl Scharpings zu verpflichten. Wenn die Mehrheit für Scharping jedoch schon vorab gesichert war, hätte die Kandidatur Lafontaines nur noch die Funktion gehabt, Scharpings Anspruch auf den Vorsitz höhere Legitimität zu verleihen.

Rudolf Scharping gelangte über eine Mitgliederbefragung in das Amt des Parteivorsitzenden. 1993 bewarben sich Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul um das höchste Parteiamt. Die Parteimitglieder entschieden sich mehrheitlich für Rudolf Scharping. Dass der neue Vorsitzende durch ein derartiges basisdemokratisches Verfahren gekürt wurde, verlieh ihm nach Meinung mancher Kommentatoren besondere Legitimität. Allerdings gab es auch von Anfang an Zweifel daran, ob Scharping wirklich einen Rückhalt bei der Mehrheit der Partei hatte. Bei der Mitgliederbefragung erzielte Scharping mit etwa 40 % zwar die meisten Stimmen (Thörmer/Einemann 2007, S. 92). Weil er aber nicht einmal eine einfache Mehrheit von über 50 % der Stimmen erreichte, blieb das Ergebnis der Mitgliederbefragung offen für Interpretationen. Die ca. 60 % auf die Konkurrenten Schröder und Wieczorek-Zeul entfallenen Stimmen ließen sich auch als Nein-Stimmen gegen Scharping auslegen, wie z.B. der SPIEGEL monierte:

Der Vorsitzende Scharping wurde bei 56,6 Prozent Wahlbeteiligung von 40,3 Prozent gewählt. Wie demokratisch legitimiert ist einer, der von drei Vierteln der 875 000 deutschen Sozialdemokraten nicht gewählt wurde? (SPIEGEL 25/1995, S. 77)

Diesen Zweifel hätte man beheben können durch eine Stichwahl zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten. Darauf verzichtete man jedoch. Nach Leif/Raschke (1994) diente die Mitgliederbefragung allein der Verhinderung Schröders als Nachfolger Engholms. Auf die Stichwahl wurde verzichtet, damit Schröder diese letztlich nicht doch noch gewinnen konnte. Vor der Mitgliederbefragung wurden die Bewerber darauf verpflichtet, das Ergebnis auch ohne Stichwahl als verbindlich anzuerkennen (Leif/Raschke 1994, S. 14 – 23). Damit blieb aber grundsätzlich bezweifelbar, ob Scharping wirklich der von der Mehrheit gewollte Kandidat war. Dieser Zweifel untergrub die Stellung des Vorsitzenden. Es entstand der Eindruck, dass Scharping in einer offenen Konkurrenz mit Schröder letztlich unterlegen gewesen wäre. Die Möglichkeit: einer Niederlage Scharpings bei einer Stichwahl blieb vor-

stellbar. Wie die Stichwahl ausgehen hätte können, lässt sich aber durch rückblickende Spekulation nicht ermitteln. Alle Spekulation hätte stets beide möglichen Ausgänge (Schröders Sieg oder Scharpings Sieg) in Erinnerung gerufen. Damit hätte auch vor Augen gestanden, dass diese Konkurrenz noch nicht wirklich entschieden war. Der Verzicht auf eine Stichwahl konnte somit auch gelesen werden als der Versuch der Scharpingunterstützer, jenen vor dem Risiko einer offenen Konkurrenz zu schützen. Ein solcher Verdacht ließ sich aber nicht durch Argumente ausräumen. Nur die Bewährung in der offenen Konkurrenz hätte auch die Zweifler überzeugen können, dass Scharping tatsächlich eine innerparteiliche Mehrheit gewinnen könne.

Deshalb war eine Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag durchaus ein denkbare Szenario zur Überwindung dieses Zweifels. Hätte Scharping trotz des Aufgebots einer personellen Alternative die Wahl gewonnen, hätte das seine Legitimität erhöht. Denn nun hätte er sich in offener Konkurrenz bewährt. Damit hätte er den Fehler der fehlenden Stichwahl von 1993 korrigiert. Anschließend hätte er stets darauf verweisen können, dass ihn die Mehrheit der Delegierten gewählt habe, obwohl es einen Alternativkandidaten gab. Anders als bei einer regulären Vorsitzendenwahl mit nur einem einzigen Kandidaten, hätte Scharping nun in offener Auseinandersetzung eine Mehrheit für sich gewinnen können. Damit hätte sich der Zweifel an seinem Rückhalt ausräumen lassen.

Zwar wollte die Parteiführung auf diesem Parteitag keine Kampfkandidatur durchführen. Das belegt die einstimmige Nominierung Scharpings als einzigen Kandidaten für die Vorsitzendenwahl. Ein weiterer Beleg sind die offenen Drohungen gegen Lafontaine, im Falle einer Kampfkandidatur keinerlei Chancen auf eine Mehrheit zu haben. Lafontaine musste jedoch fürchten, dass Scharping und seine Unterstützer die sich bietenden Chancen einer Kampfkandidatur dennoch nutzen könnten. Im Rückblick unterstellte Lafontaine Scharping ein solches Kalkül, als dieser ihn am Morgen des 16. November 1995 dann tatsächlich zur Kandidatur aufforderte:

Er war zu diesem Zeitpunkt fest davon überzeugt, auf dem Parteitag eine Mehrheit zu erhalten. Richtig war seine [Scharpings, M.L.] Einschätzung, dass eine solche Mehrheit, wenn sie auch knapp gewesen wäre, seine Position eher gestärkt als geschwächt hätte. (Lafontaine 1999, S. 44)

Für die weitere Argumentation spielt es keine Rolle, ob diese Unterstellung zutrifft. Was Scharping dachte, kann Lafontaine nicht gewusst haben. Wichtig ist jedoch allein die Annahme. In ihr spiegelt sich ein denkbare Szenario wider, mit dem sich Lafontaine bei seiner Entscheidung über die Kampfkandidatur auseinandersetzen musste. Er musste zumindest damit rechnen, dass Scharping und Rau versuchen würden, aus der sich in Mannheim anbahnenden Kampfkandidatur auch einen Nutzen zu ziehen.

In dem Lafontainezitat wird zudem sichtbar, worin eine denkbare Gefahr für den Alternativkandidaten liegen konnte. Lafontaine behauptete, Scharping sei von einer sicheren Mehrheit zu seinen Gunsten ausgegangen. Damit habe dieser geglaubt, dass die Kampf-

kandidatur kein echtes Risiko für ihn bedeutet hätte. Das Risiko der offenen Konkurrenz wäre bloßer Anschein gewesen, während der Wahlausgang in Wirklichkeit längst klar war. Mithin wäre diese Kampfkandidatur lediglich eine Inszenierung gewesen mit dem Ziel, den Eindruck der Bewährung Scharpings zu erzeugen. Dieses Szenario einer inszenierten, bloß vorgetäuschten offenen Konkurrenz findet sich auch in einer anderen Quelle:

„Den Oskar“ müsse der SPD-Chef morgen öffentlich und ultimativ zur Kampfkandidatur herausfordern. Nur wenn die Führungsfrage eindeutig entschieden werde, gewinne die Partei die notwendige Klarheit. Sich offensiv für Scharping einsetzen will Rau allerdings nicht mehr, Wolfgang Clement hat ihm dringend davon abgeraten, mit einer flammenden Rede für den Vorsitzenden ins Feuer zu gehen. Zu riskant sei das, meint Clement.

Aber dass er und mit ihm seine nordrhein-westfälischen Delegierten für Scharping stimmen werden, steht für ihn außer Frage. Und damit, so glaubt er, ist die Mehrheit für den amtierenden Vorsitzenden sicher. (Kleine/Spruck 1999, S. 223 )

Auch in diesem Fall ist es unerheblich, ob Rau wirklich so gedacht hatte. Wichtig ist hier die Idee einer Inszenierung, die hier – eher von den Autoren unintendiert - entworfen wurde. Kern dieser Idee ist die Durchführung einer Kampfkandidatur, obwohl die Mehrheiten, mithin auch Sieger und Verlierer schon vor dem Wahlausgang feststehen. Der Sinn der Kampfkandidatur bestünde dann nicht in der Ermittlung der bis dahin unbekanntenen Mehrheitsverhältnisse. Ihr Sinn läge in dem öffentlichen Eindruck, den die vermeintliche offene Konkurrenz erzeugen kann.

Wesentlich für diese Inszenierung wären die informellen Absprachen und Arrangements zur Sicherung der Mehrheiten für Scharping gewesen. Derartige Absprachen sind ein Tauschgeschäft: Landesverbände und Bezirke binden ihr Votum für einen Kandidaten an Bedingungen. Auf diese Weise können sie nützliches für sich heraus schlagen, etwa die Unterbringung eigener Leute in begehrte Ämter oder die Unterstützung anderer Landesverbände bei eigenen Anträgen. Ausgehandelt wird dieser gegenseitige Nutzen im kleinen Kreis und geheim (siehe die Erfahrungen von politisch Aktiven: Bülow 2010, S. 30f.; Ljubic 2004, 145f.; als Beobachter in Köln Scheuch/Scheuch 1992, S. 79ff.). Verhandlungsgegenstände und Ergebnisse werden nicht protokolliert. Falls doch, dann sind solche Protokolle nicht allgemein zugänglich. Journalisten werden von diesen Verhandlungen ferngehalten. Dadurch bleiben diese Verhandlungen für die via Medien zuschauende Öffentlichkeit unsichtbar. Unsichtbar bleiben auch eventuelle Versuche der Einschüchterung von Delegierten z.B. über Drohungen des Listenplatzverlustes bei kommenden Wahlen. Zwar gibt es Gerüchte und Mutmaßungen über solche Absprachen und Einschüchterungen. Diese lassen sich aber durch die Führer der Landesverbände und der Bundespartei als böswillige Unterstellung zurückweisen. Wer diese Gerüchte und Mutmaßungen öffentlich diskutiert, muss daher aufpassen, nicht als Verleumder zu erscheinen.

Das erlaubt eine Inszenierung der Kampf abstimmung entlang des normativen Ideals eines „herrschaftsfreien Diskurses“. Die vielfältigen Abhängigkeiten einzelner Delegierter oder ganzer Delegiertengruppen von ihren Repräsentanten, von anderen Gruppen oder

von der Bundesparteführung bleiben unsichtbar. Damit erscheinen die Delegierten ähnlich den Abgeordneten eines Parlamentes als prinzipiell freie und unabhängige Wähler. Ihr jeweiliges Votum kann so dargestellt werden als Ergebnis des freien Willens eines jeden Delegierten. Maßstab ihres Handelns scheint der jeweils individuelle Wille und die individuelle Abwägung von Vor- und Nachteilen zu sein.

Gegenüber dieser Versammlung von souveränen und freien Wählern wirken die miteinander konkurrierenden Kandidaten wie Bewerber. Als Bewerber begeben sie sich in die Hand der Delegiertenversammlung. Ihr obliegt in dieser Inszenierung die ausschließliche Macht, über die vorgelegten Bewerbungen zu befinden. Damit sind die Bewerber von den Delegierten in großem Maße abhängig. Weil die Delegierten als frei entscheidende Personen erscheinen, kommt es in diesem Bild auf die Qualität der Bewerbung an. Jeder Delegierte wählt dem Anschein nach so, wie er es für richtig hält. Daher muss der Bewerber auch die Mehrheit der Delegierten von sich überzeugen. Der Kandidat, der die Wahl gewinnt, gilt dann als derjenige, der die Delegierten gewinnen konnte. Weil deren Wahl als freie dargestellt wird, ist der Gewinner derjenige, den sie auch wirklich wollen. Der neu gewählte Vorsitzende ist somit auch Symbol des mehrheitlichen Willens der Delegierten. Eine Kritik am neuen Vorsitzenden wäre mithin auch eine Kritik am Mehrheitswillen der Delegierten.

Besonders im Falle Scharpings hätte diese Inszenierung noch einen weiteren Vorteil. Sie würde die Kritik seiner Fehler (etwa des zu behäbigen Auftretens in den Medien) entkräften. Seine Wahl hätte gezeigt, dass die Mehrheit ihn auch trotz dieser Fehler wollte. Damit könnte eine fortgesetzte Kritik an diesen Fehlern keinen generellen Zweifel mehr an dem Anspruch Scharpings auf den Parteivorsitz provozieren.

Auf eine solche Inszenierung hätte sich Lafontaine nicht einlassen dürfen. Sie hätte nicht nur die Legitimität Scharpings bestärkt, sondern auch die Chancen Lafontaines auf den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur 1998 gemindert. Schließlich hätte die Niederlage Lafontaines nicht nur von vornherein festgestanden, sie hätte auch den Charakter einer öffentlichen Vorführung gehabt. Lafontaines Niederlage wäre ein Medienereignis gewesen. Dies hätte weitreichende Folgen gehabt für seine Möglichkeiten, sich über die Medien selbst darzustellen. Die mediale Selbstdarstellung war aber ein Weg, sich Karrierechancen zu erarbeiten. Sofern die Parteiführung der Meinung war, dass die Wahlchancen maßgeblich bestimmt war von der Popularität der Spitzenpolitiker in der Bevölkerung, konnte ein positives Medienimage den Aufstieg befördern. Populäre Politiker konnten in knappen Wahlauseinandersetzungen wichtig werden. Lafontaines Niederlage gegen Scharping hätte seinen Gegnern die Möglichkeit gegeben, dessen mediales Image eher ins Negative zu verkehren. Man hätte jetzt stets darauf verweisen können, dass eine Mehrheit der Delegierten Lafontaine nicht als Vorsitzenden gewollt habe. Daher sei ein Anspruch auf das Amt illusorisch. Besonderes Gewicht hätte ein solcher Verweis dadurch be-

kommen, dass Lafontaine den Parteivorsitz schon zwei Mal ausgeschlagen hatte. 1987 nach dem Rücktritt Brandts und 1990 nach der verlorenen Bundestagswahl hatte man ihm den Parteivorsitz angetragen, was er aber abgelehnt hatte. Diese Rückzüge mochten im Einzelnen vielleicht gut begründet gewesen sein, in der medialen Öffentlichkeit verfestigten sie das Bild des „Zauderers“ (z.B. Rosenbaum 1993, S. 193). Tatsächlich konnten Gegner Lafontaines diese beiden Rückzüge nutzen, um ein negatives Image von Lafontaine zu zeichnen. Beispielhaft stehen dafür die Erinnerungen Gerhard Schröders:

Schröder führt in seinen überraschend milden Betrachtungen das nicht verarbeitete Attentat auf Lafontaine von 1990 an. Das habe den bei dem Saarländer ohnehin vorhandenen Charakterzug, nur in der Opposition wirklich glücklich zu sein, noch verstärkt. Schröder nennt für seine These eine Reihe von Belegen: Dessen zweimalige Ablehnung, den SPD-Vorsitz zu übernehmen. Sein Zögern, auf dem Mannheimer Parteitag Rudolf Scharping wirklich zu stürzen. (Schmale, Berliner Zeitung 13.03.2009)

Eine Niederlage gegen Scharping hätte angesichts der Vorgeschichte Lafontaines und seiner Charakterisierung als „zögerlich“ als Abwendung der Partei vom einstigen Hoffnungsträger gedeutet werden können. Lafontaine hätte sich dann in der Öffentlichkeit nur noch schwer als legitimer Repräsentant der ganzen Partei anbieten können. Stets hätten Gegner den Zweifel daran schüren können, ob Lafontaine von der SPD wirklich als Vertreter ihrer Interessen anerkannt worden wäre. Das wurde auch von einer anderen Quelle so interpretiert:

Ist der Putsch an der Spitze der Sozialdemokraten ein Komplott? „Ich habe Oskar noch einmal geraten, für den Parteivorsitz zu kandidieren“, räumt Schröder später ein. Doch Lafontaine zögert. Eine Kampfabstimmung birgt große Risiken. Im Falle der Niederlage, kalkuliert der Saarländer, wäre er in der Partei ein für allemal gescheitert. Aber er wird am nächsten Tag die Stimmung testen – mit einer Rede, die die Delegierten von den Stühlen reißen wird. (Anda/Kleine 2002, S. 194)

### **3.2.3 Risikovermeidung als typisches Verhaltensmuster Lafontaines**

Ich habe gezeigt, dass es für Lafontaine riskant gewesen wäre, sich im Vorfeld als Herausforderer Scharpings zu präsentieren. Unwägbarkeiten dieser Art sind aber alleine noch kein hinreichender Grund, eine Kampfkandidatur auch unwahrscheinlich werden zu lassen. Denkbar wäre es, dass ein Politiker sich wagemutig in das Abenteuer der offenen Konkurrenz stürzt. In diesem Falle wäre es für den auf die Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit angewiesenen Vorsitzenden nicht einfach, seine Ziele mit Hilfe eines Parteitages zu verwirklichen. Eine gewisse Berechenbarkeit des Parteitages entsteht für ihn erst aus dem Zusammenspiel mit den realen Risiken der Kampfkandidatur und dem Sicherheitsbedürfnis des an Langfristzielen orientierten Spitzenpolitikers. Für Lafontaine lässt sich zeigen, dass er die nötige Sicherheitsorientierung aufwies, um die Risiken zu vermeiden und sich deshalb bis zu seiner Rede in die Parteitagsdisziplin einzufügen. Seine Karriere zeigt, dass Risikovermeidung für ihn ein typisches Verhalten war. Schließlich lässt sich auch zeigen, dass Lafontaines später in Mannheim geäußelter Wunsch nach



Absicherung durch vororganisierte Mehrheiten durchaus typischen Erwartungshaltungen und Vorgehensweisen in der Partei entsprach. Er erwies sich damit nicht nur als individuell sicherheitsorientiert, sondern auch als jemand, der die Gepflogenheiten der Partei bei der Besetzung von Spitzenämtern in seiner jahrzehntelangen Karriere erfolgreich verinnerlicht hatte. Diese Eigenschaften ermöglichten es Scharping, auf die Disziplin Lafontaines zu setzen.

### **Sicherheit als typisches Verhaltensmuster Lafontaines**

Als Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag 1995 zur Kandidatur gegen Scharping aufgefordert wurde, verlangte er einen Wahlgang ohne Risiko:

Er wollte sicher sein, dass, wenn er kandidiert, er die Mehrheit kriegt [...] (Interview Renate Schmidt)

Dieses Streben nach Absicherung war durchaus typisch für ihn und seinen Aufstieg (die nachfolgende Darstellung von Lafontaines Karriere fußt auf Filmer/Schwan 1996; Hoell 2004; Micus 2005). In seiner jahrzehntelangen Parteikarriere hatte Lafontaine meistens risikofreie Wege gesucht, um innerparteilich aufzusteigen. Nur einmal hatte er das Risiko einer Kampfkandidatur auf sich genommen, als er sich 1971 für den Unterbezirksvorsitz in Saarbrücken-Stadt bewarb. Diese Kampfkandidatur gewann er knapp. Im weiteren Verlauf seiner Karriere kommen keine weiteren Kampfabbimmungen mehr vor. Rivalitäten wurden bereits im Vorfeld von Wahlen durch innerparteiliche Machtkämpfe und Arrangements bereinigt. 1976 wurde Lafontaine Oberbürgermeister von Saarbrücken. Zwar gab es einen Mitbewerber aus der eigenen Partei. Auf Betreiben des damaligen Landesvorsitzenden Friedel Läßle zog dieser seine Bewerbung noch vor der Wahl zurück. 1977 wurde Lafontaine dessen Nachfolger, nachdem Läßle auf eine erneute Kandidatur für den Vorsitz verzichtete. Läßle hatte in der Saar-SPD die Gefolgschaft verloren und musste den Weg für Lafontaine frei machen. Auf dem Parteitag, der Lafontaine 1977 zum neuen Landesvorsitzenden wählte, trat Lafontaine als einziger Kandidat an. Er bekam eine deutliche Mehrheit der Delegiertenstimmen. Im Oktober 1979 wurde er zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1980 nominiert. Auch dies geschah mit einer deutlichen Mehrheit von 328 von 346 Stimmen. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Das Parteiengesetz verpflichtet die Parteien, alle zwei Jahre ihre Führung auf einem Parteitag neu zu wählen (Poguntke 2002, S. 263). Offenbar ist Lafontaine bis zu seinem Wechsel nach Bonn 1998 in seinem Amt als Landesvorsitzender immer wieder bestätigt worden. Von Gegenkandidaten bei diesen Wahlen wird in den Biografien Lafontaines nicht berichtet.

### **Lafontaines Risikominimierung durch Methodik und Disziplin in Machtkämpfen – Das Beispiel der Übernahme des Landesvorsitzes 1977**

Lafontaines sicherheitsorientierte Vorgehensweise wird den Machtkämpfen erkennbar, die er bestritt, um politisch aufzusteigen. Eine wichtige Weichenstellung in der politi-

schen Biografie Lafontaines war die Übernahme des Landesvorsitzes 1977. Ab diesem Zeitpunkt schien Lafontaine in der Saar-SPD eine unbestrittene Stellung genossen zu haben. Dieser Wahl war ein Machtkampf mit dem damaligen Vorsitzenden Friedel Läßle vorausgegangen. Die Art, wie Lafontaine in dieser Auseinandersetzung agierte, zeigt, dass er die Gefahr von Niederlagen methodisch und diszipliniert minimierte oder vermied. Daher ist dieser Karriereschritt ein geeignetes Beispiel, an dem die Risikovermeidung als typische Verhaltensweise Lafontaines erkennbar wird.

Im September 1977 wurde Oskar Lafontaine mit 307 von 375 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden der saarländischen SPD gewählt. Lafontaine war von seinem Vorgänger Friedel Läßle für dieses Amt vorgeschlagen worden. Läßle hatte Anfang 1977 erklärt, nicht mehr für den Landesvorsitz zu kandidieren. Sein Verzicht erfolgte jedoch nicht freiwillig. In einem innerparteilichen Machtkampf war er zum Rückzug gezwungen worden.

Läßle scheiterte an dem durch die Landtagswahl 1975 entstandenen Patt im saarländischen Landtag. Die bis dahin regierende CDU verfügte ebenso wie die Oppositionsparteien SPD und FDP über 25 Sitze. Weil die Union sowohl eine Große Koalition als auch ein Bündnis mit der FDP zunächst ausschloss, kam es zu einer Tolerierung der CDU-Regierung durch die Opposition. SPD-Chef Läßle hoffte auf Neuwahlen. Aber angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst 1976 machte sich die Bundesführung der SPD für eine Große Koalition im Saarland stark. Die SPD, die auf Bundesebene mit der FDP zusammen regierte, befürchtete, dass ein eventuelles Bündnis aus Union und FDP im Saarland eine negative Signalwirkung entfalten könnte. Doch Läßle wählte einen anderen Kurs. Im Oktober 1976, kurz vor der Bundestagswahl, plädierte er für eine fortgesetzte Tolerierung der CDU-Regierung durch SPD und FDP. Im Gegenzug sollte die Landesregierung der Opposition beim Abstimmungsverhalten im Bundesrat entgegenkommen. Dieser Vorschlag traf bei Landesvorstand und Landtagsfraktion der Saar-SPD auf starke Ablehnung. Ein Versuch einiger Unterbezirksvorsitzender, darunter auch Lafontaine, Läßle nach Bonn „wegzuloben“, misslang. Im neuen Bundeskabinett war kein Posten für ihn frei. Der Machtkampf spitzte sich nun zu. In einer offenen Aussprache im Landesvorstand im November 1976 zeigte sich, dass Läßle keine Mehrheit in der Saar-SPD besaß. Ursprünglich wollte Läßle noch einmal als Landesvorsitzender kandidieren und auch als Spitzenkandidat bei der nächsten Landtagswahl antreten. Doch nun musste er auf Druck der eigenen Partei diese Pläne aufgeben. Im Herbst des folgenden Jahres trat Lafontaine die Nachfolge Läßles an, unumstritten und ohne Gegenkandidaten.

Alfred Schön kommentierte die Machtübernahme Lafontaines so:

[...] alles ist auf Lafontaine zugelaufen, der sich einmal mehr zurückhält: Den Ruf eines Königsmörders will er nicht auf sich lasten wissen. Eine einvernehmliche Lösung und eine breite Mehrheit vorausgesetzt, will er „notfalls“ den Parteivorsitz übernehmen: Diese Sprachregelung und dieses taktische Verhalten finden Parallelen in späteren Schnittstellen seiner Karriere. Lafontaine zieht die Fäden, lässt andere als „Minenhunde“ vorpreschen, lo-

tet die Chancen aus, um als Phönix aus der Asche zu steigen und möglichst mit breiter Mehrheit strahlender Sieger zu sein. (Filmer/Schwan 1996, S. 128)

In diesem Kommentar finden sich einige Verhaltensweisen, die auch auf dem Mannheimer Parteitag 1995 eine Rolle spielten.

Den Ruf eines Königsmörders will er nicht auf sich lasten wissen.

„Königsmörder“ ist eine abwertende Bezeichnung. Königsmörder töten den rechtmäßigen Regenten, um sich selber auf dessen Thron zu setzen. Weil sie die Macht wollen, handeln sie rücksichtslos und schrecken auch vor Mord nicht zurück. Jemanden als Königsmörder zu bezeichnen, heißt, ihn als skrupellos, machtversessen und illoyal zu beschreiben. Dass Lafontaine in dem Machtkampf mit Läßle diesen Eindruck moralischer Verworfenheit vermeiden wollte, ist zunächst nicht überraschend. Wer als rücksichtslos und illoyal gilt, ist gefürchtet und lässt sich der Öffentlichkeit schlecht als geeigneter Parteiführer vermitteln. Interessant ist jedoch die hinter der Vermeidungsstrategie erkennbare Disziplin. Es herrschte ein strenges impression management vor. Alle Aktionen wurden daraufhin geprüft, ob sie den Eindruck des „Königsmordes“ hervorriefen oder nicht. Erst wenn es unbedenklich erschien, trat Lafontaine offen in Aktion. Also handelte der Machtkämpfer Lafontaine nicht impulsiv. Er beherrschte sich und zügelte seine Emotionen. Seine Gefühle diktierten nicht sein Handeln, er ließ sich nicht von ihnen hinreißen. Lafontaine handelte erst, sobald er sich über die Folgen seiner Taten in der öffentlichen Wahrnehmung im Klaren war.

Indem Lafontaine nicht als „Königsmörder“ gelten wollte, bemühte er sich auch, sein Interesse am Landesvorsitz zu leugnen und zu verbergen. Von dem entlarvten Königsmörder weiß man, dass er sich vordringlich für das Amt interessiert. Lafontaine versuchte den Eindruck zu vermeiden, es ginge ihm prioritär um die Macht. Das Amt erschien in seiner Darstellung nicht als sein Ziel, sondern als eine Pflicht, die einem auferlegt wird.

Eine einvernehmliche Lösung und eine breite Mehrheit vorausgesetzt, will er „notfalls“ den Parteivorsitz übernehmen[...]

Der Vorsitz erschien in seiner Darstellung als etwas, was man nur übernimmt, wenn es unvermeidbar ist. Dieses Amt ist mithin nichts an sich erstrebenswertes, sondern etwas, worauf man aus freien Stücken lieber verzichten würde. Lafontaine äußerte keine generelle Bereitschaft für dieses Amt, denn nur im „Notfall“ wolle er den Vorsitz übernehmen. Damit suggerierte er, dass er das Vorsitzendenamt vorrangig als Dienst und Bürde verstehen wollte. Einerseits war das eine Selbstdarstellung als bescheiden. Man möchte sich nicht selbst als geeigneten Kandidaten anpreisen. Dies könnte als Eitelkeit und Vermessenheit interpretiert werden. Indem man sein Interesse am Amt leugnet, überlässt man es den anderen, einen als geeignet vorzuschlagen.

Andererseits bot diese Beschreibung auch die Möglichkeiten eines Rückzuges an. Denn Lafontaine hatte mit dieser „Sprachregelung“ eine gewisse Rollendistanz eingenom-

men. Er wollte sich nicht mit dem Amt identifiziert wissen, sondern lieber als jemand erscheinen, der sehr gut ohne diese Last leben könnte. Das Amt war folglich nicht notwendig für die Selbstverwirklichung Lafontaines. Weil er nach außen hin kein unbedingtes Interesse bekundet hatte, hätte er auch von seiner „Bewerbung“ wieder ohne Gesichtsverlust zurücktreten können. Er hatte sich nicht auf die Bewerbung um den Vorsitz festgelegt. Mithin war er auch nicht verpflichtet, in jedem Falle als Kandidat antreten zu müssen. Seine Rolidistanz bewahrte ihm vielmehr die Möglichkeit, zugunsten pragmatischer Arrangements mit innerparteilichen Konkurrenten auf das Amt zu verzichten. Diese Option wäre dann nützlich gewesen, wenn Lafontaine im innerparteilichen Machtkampf um den Vorsitz keine „breite Mehrheit“ gewonnen hätte. Hätte sich abgezeichnet, dass die Saar-SPD Lafontaine nicht will, hätte er durch einen Rückzug von der Kandidatur eine Niederlage auf dem Landesparteitag von vornherein vermeiden können.

Rückzugsmöglichkeiten entstehen auch durch die Kaschierung der eigenen Rolle im Machtkampf. Der „Königsmörder“ erringt das Amt durch seinen Mord. Der Amtswechsel ist unmittelbare Folge seines Handelns. Täter- und Opferrolle sind eindeutig zurechenbar zu den beteiligten Personen. Lafontaine wollte nicht als „Täter“ wahrgenommen werden. Er wollte den Eindruck vermeiden, dass er die Ursache für den Verzicht Lämples auf eine erneute Kandidatur war. Damit verschleierte er aber auch den Interessenkonflikt zwischen ihm und seinem Vorgänger. Er behauptete, dass es keinen solchen Konflikt gäbe. Damit unterließ er eine Selbstbindung an diesen Konflikt. Ein offener Konflikt könnte dazu führen, dass man auf seine Rolle darin verpflichtet wird. Man muss den öffentlich proklamieren Kampf für seine Ziele oder gegen seine Gegner auch konsequent führen, um glaubhaft zu bleiben. Wo man jedoch Konflikte und Interessengegensätze grundsätzlich leugnet, gibt es auch keinen Kampf, auf den man verpflichtet werden könnte.

Das methodische und auf die Nutzung der eigenen Chancen orientierte Vorgehen Lafontaines wird auch am Zeitpunkt erkennbar, zu dem er die Ablösung Lämples betrieb. Lämple konnte als Landesvorsitzender zunächst einige wichtige Erfolge verzeichnen: Die Saar-SPD, zuvor mit Werten um die 30 Prozent eher schwach, errang unter Lämples Führung bei der Bundestagswahl 1972 erstmals bessere Wahlergebnisse als die CDU. Bei der Landtagswahl 1975 verpasste sie nur knapp die Chance, die regierende CDU abzulösen. Die Mitgliederzahlen stiegen um 50 Prozent (Filmer/Schwan 1996, S. 126). In dieser Phase gab sich Lafontaine öffentlich als unzweifelhafter Parteigänger des Vorsitzenden:

Es wird nicht gelingen, einen Keil zwischen Friedel Lämple und mich zu treiben. (zit. nach Filmer/Schwan 1996, S. 127)

Zur Abkehr von ihm kam es erst, als Lämples Position aufgrund des Patts im Landtag nach und nach erodiert war. Matthias Micus fasst dieses kalkulierte Vorgehen in einer allgemeinen Einschätzung über Lafontaine so zusammen:

Lafontaine ging kühl rational Verbindungen ein, solange sie ihm nützlich waren. Gleichzeitig hatte er ein feines Gespür für die Schwächen anderer, er wählte sich seine Gegner der Reihe nach aus, schwächte sie im Vorfeld, tat immer einen Schritt nach dem anderen und verhedderte sich nicht in aussichtslosen Auseinandersetzungen mit übermächtigen Rivalen. (Micus 2005, S. 111)

Das Zitat von Micus wie auch der Umgang mit Friedel Läßle lassen Methodik und Disziplin in der Führung von Machtkämpfen erkennen. Einen offenen Machtkampf wagte Lafontaine erst gegen geschwächte Gegner. Bis dahin vermied er offene Auseinandersetzungen. Die erwähnten „Schwächungen im Vorfeld“ müssen folglich verdeckt stattgefunden haben als Intrigen. Lafontaine wollte nicht als Urheber der Schwächungen erkennbar werden. Das minimierte das Risiko von Racheakten des Gegners, erlaubte aber auch pragmatische Arrangements mit ihnen. Durch das Vermeiden eines offenen Machtkampfes blieb er flexibel, um sich an wechselnde Situationen anzupassen.

[...] er wählte sich seine Gegner der Reihe nach aus [...]

Dass er seine „Gegner der Reihe nach“ bekämpfte, zeigt, dass er seine Kräfte ökonomisch einteilte. Er verstrickte sich nicht in viele Auseinandersetzungen gleichzeitig, sondern konzentrierte sich stets auf einen Gegner. Lafontaine bestimmte den Zeitpunkt der Auseinandersetzung. Die Konstellation blieb für ihn dadurch überschaubar. Der eventuell unkontrollierbaren Dynamik eines Kampfes an vielen Fronten ging er aus dem Wege. Er war nicht Getriebener, sondern Antreiber der Auseinandersetzung. Seine Ziele verfolgte er planvoll und geduldig, denn die schrittweise Bekämpfung der Gegner verbrauchte viel Zeit. Sein Fernziel hatte er methodisch in Teilziele zerlegt, die er nun schrittweise verwirklichte.

Für ein kontrolliertes und selbstdiszipliniertes Vorgehen spricht auch die Abschätzung der Schwächen der Gegner

Gleichzeitig hatte er ein feines Gespür für die Schwächen anderer [...]

Er beobachtete seine Gegner analytisch und erkannte ihre Schwächen, die er als Erfolg versprechende Angriffspunkte nutzen konnte. Damit stand vor dem Handeln zunächst die Analyse der eigenen Chancen und Möglichkeiten der Bekämpfung des Gegners. Lafontaine handelte nicht impulsiv, sondern verzögert, erst nach Abwägung von Optionen und Erfolgswahrscheinlichkeit. Er schätzte die Stärken seiner Gegner ab. Wenn jemand stärker war als er, unterließ er den Kampf ganz.

[...] verhedderte sich nicht in aussichtslosen Auseinandersetzungen mit übermächtigen Rivalen [...]

Die Entscheidung, ob er einen Machtkampf begann oder nicht, traf Lafontaine nach einer Kosten-Nutzen-Abwägung. Der Kampf folgte nicht emotionalen Impulsen. Falls er eine emotionale Ablehnung gegen seine Gegner verspürte, konnte er diese beherrschen. Das Auftreten von Ärger, Antipathie oder Hass bestimmte nicht den Zeitpunkt des Kampfes. Kämpfe ohne Siegchance stellte er zurück. Er verzichtete auf den Kampf trotz der vorhandenen Rivalität. Rivalität heißt, dass mehrere Personen sich für die gleichen knappen

Güter interessieren, aber nicht jeder in ihren Genuss kommen kann. Die Verfügung eines Rivalen über diese Güter bedeutet tendenziell den Ausschluss der anderen von ihnen. Daher kommt es zum Kampf, um die jeweils anderen Konkurrenten zu verdrängen bzw. ihnen diese Güter abzunehmen. Auf diesen Kampf verzichtete Lafontaine dort, wo er mit einer Niederlage rechnen musste. Er verzichtete folglich auch auf das erstrebte knappe Gut und ertrug, dass der Konkurrent darüber verfügte. Es bedeutete auch die Anerkennung der eigenen momentanen Unterlegenheit und das geduldige Warten auf eine Chance.

Das Ausbrechen von Machtkämpfen kann daher auch nicht erklärt werden durch das Vorliegen akuter Konflikte (persönlicher oder Interessenkonflikte). Nicht jeder vorhandene Konflikt provoziert einen Machtkampf. Machtkämpfe ergeben sich eher aus den Gelegenheiten zum Kampf und aus den von den Kontrahenten wahrgenommenen Erfolgchancen.

### **Die Vermeidung von Kampfkandidaturen war in der SPD üblich**

Die damalige bayerische Landesvorsitzende Renate Schmidt berichtete, dass Lafontaine die Zusicherung einer Mehrheit bzw. den Rückzug Scharpings zu seinen Gunsten verlangt habe. Er wollte also nur dann kandidieren, wenn er schon vor der Wahl sicher sein konnte, diese auch zu gewinnen.

Er wollte sicher sein, dass, wenn er kandidiert, er die Mehrheit kriegt und am allerliebsten wäre es ihm gewesen, der Scharping hätte zurückgezogen. Dass er nicht so weit gegangen ist, zu sagen, Scharping muss mich vorschlagen, das wäre also noch das Allerletzte gewesen. (Interview Renate Schmidt)

Diese Forderung schien Schmidt als unangemessen zu empfinden:

Er hat gesagt, ich muss wissen, dass die mich wollen. Am Anfang hat er sogar gesagt, dass geht nicht mit einer Gegenkandidatur. Da habe ich gesagt, „Oskar, Du spinnst“. Ja, also, am Anfang war das wirklich so, dass er gedacht hat, er könnte da irgendwelche Forderungen stellen. Das war vollkommen jenseits von Gut und Böse.

Eine ähnliche Ablehnung hätte Lafontaines Verlangen auch in der Öffentlichkeit erfahren, wenn es über die Medien bekannt geworden wäre. Kampfkandidaturen können als besonders demokratisch empfunden werden. Vielen gilt es als Wert, wenn die Wähler (Delegierte, Abgeordnete) eine echte Auswahl zwischen alternativen Kandidaten haben. Die Vorabsprachen der Wahlergebnisse vor der Wahl gelten hingegen als undemokratische Klüngelpolitik. Deshalb hätte Lafontaines Wunsch nach Sicherheit eher öffentliche Empörung ausgelöst.

Die Moralisierung der geforderten Sicherheiten verkennt, dass Lafontaine nur verlangte, was allen anderen Vorsitzenden-Kandidaten obligatorisch zugebilligt worden war. Kampfkandidaturen um den Parteivorsitz sind eine sehr seltene Ausnahme in deutschen Parteien. Gewöhnlich wird ein einziger Kandidat für das Amt nominiert. Dieser wird vom Parteitag gewählt, ohne dass der Versuch von Delegierten unternommen wird, einen Alternativkandidaten aufzustellen (Woyke 2005, S. 102). Daher musste sich bisher kein offiziell

nominiertes Kandidat für den SPD-Vorsitz einer riskanten Kampfkandidatur aussetzen. Lediglich bei der Mitgliederbefragung 1993 gab es offene Konkurrenz zwischen den drei Bewerbern Scharping, Schröder und Wieczorek-Zeul. Allerdings verpflichteten sich alle drei Kandidaten, das Ergebnis der Mitgliederbefragung als verbindlich anzuerkennen, auch ohne eine Stichwahl zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten (Rosenbaum 1993, S. 205; Leif/Raschke 1994, S. 16f.). Der neue Parteivorsitzende musste durch einen Sonderparteitag noch offiziell gewählt werden. Auf diesem Parteitag trat der Sieger Scharping als einziger Kandidat an.

Der Verzicht Scharpings auf eine Wiederwahl war daher nach der Rede Lafontaines ein naheliegendes Szenario. Auf diese Weise hätte man dem üblichen Prozedere, der Nominierung eines einzigen Kandidaten, treu bleiben können. Es gibt einige Indizien dafür, dass diese Idee auch von anderen als Lafontaine diskutiert worden ist.

Schröder drängte, so heißt es, Lafontaine nachts an der Hotelbar zur Kandidatur, war aber für einen freiwilligen Rückzug Scharpings ohne Kampfabstimmung. (ARD 16.11.1995a, ab Timecode TCR 10:05:05:13)

Der Machtkampf solle im – wenn auch erzwungenen - Einvernehmen beendet werden, Scharping werde zugunsten Lafontaines zurückziehen, lautet es zunächst. (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995)

Die beste Lösung – auch zur Vorbeugung gegenüber weiteren Dolchstoßlegenden – war dann das Gegeneinanderkandidieren von Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine. Denn die für Rudolf Scharping allerbeste Lösung, nach Oskar Lafontaines Rede ihm den Parteivorsitz anzutragen, wurde verpasst. (Thörmer/Einemann 2007, S. 94)

Das führt zu der Schlussfolgerung, dass Lafontaines Verlangen eigentlich den üblichen Vorgehensweisen bei der Besetzung des Vorsitzendenamtes entsprachen. Die Erwartung von Schmidt und anderen, Lafontaine solle ohne diese Sicherheiten kandidieren, war demgegenüber eher eine untypische Abweichung vom Üblichen.

### **3.3 Die Disziplin der Delegierten**

#### **3.3.1 Allgemeine Gründe für die Disziplin von Parteitagsdelegierten**

Disziplin wird auf Parteitag auch von den Delegierten erwartet. Diese werden in vielfältiger Weise durch die Parteiführung dazu bewogen, den einzigen Vorsitzendenkandidaten möglichst ohne große Proteste zu akzeptieren. Auch wenn die Delegierten in geheimer Wahl den Vorsitzenden bestimmen, müssen sie die Inszenierung der Geschlossenheit auf dem Parteitag mittragen. Auch sie können sich nicht zu stark als Gegner des Vorsitzenden exponieren, ohne die Verwirklichung ihrer Interessen gefährden.

Ein Machtmittel der Parteiführung zur Durchsetzung ihres Personalvorschlags ist ihr Zugang zu den Massenmedien (Poguntke 2005, S. 650; Rudzio 2006, S. 149). Über die Massenmedien kann die Parteiführung ihren bevorzugten Kandidaten publik machen. Schon dadurch erzwingt die Führung die Disziplin der Delegierten. So wurde die Nominie-

rung Scharpings als einziger Kandidat für den Parteivorsitz in den Medien bekannt gegeben (Süddeutsche Zeitung 17.10.1995). Damit stand schon einen Monat vor dem Parteitag fest, dass nur Scharping als Vorsitzendenkandidat antreten würde. Die Parteiführung hatte sich öffentlich auf Scharping festgelegt und zugleich eventuelle Gegenkandidaten ausgeschlossen.

Die öffentliche Selbstfestlegung der Parteiführung zwingt die Delegierten dazu, sich zu disziplinieren und den vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Sie dürfen den Vorschlag der Parteiführung nicht allzu sehr öffentlich kritisieren. Sie müssen außerdem vermeiden, dass der vorgeschlagene Kandidat bei seiner Wahl zu viele Neinstimmen erhält. Denn sowohl eine Personaldiskussion als auch ein schlechtes Wahlergebnis für den Vorsitzendenkandidaten würden einen schlechten öffentlichen Eindruck machen. Beides würde die Führungsgremien und den Vorsitzendenkandidaten angreifbar machen. Streit und schlechte Wahlergebnisse hätten einen hohen Nachrichtenwert. Beides würde das Kriterium der Abweichung vom Normalen erfüllen (Ackermann 1992, S. 237). Daher ist wahrscheinlich, dass die Medien darüber ausführlich berichten würden. Diese Medienberichte würden die Parteiführung unter Rechtfertigungsdruck setzen. Denn sie wären Anlass für Angriffe der politischen Gegner und für negative Journalistenkommentare. Medien und politische Gegner könnten öffentlich über die Gründe dieser Nein-Stimmen spekulieren. Die Parteiführung, die personelle Alternativen ausgeschlossen hat, könnte dargestellt werden als führungsschwach. Die vielen Nein-Stimmen ließen sich lesen als grundsätzlich fehlende Folgebereitschaft der Delegierten. Eine Parteiführung ohne echte Gefolgschaft hätte ihre Legitimität verloren. Ein schlechtes Wahlergebnis für den einzigen Vorsitzendenkandidaten schürt ebenso das öffentlichen Rasonnement von Journalisten und politischen Gegnern. Sie können unterstellen, dass der so inthronisierte Vorsitzende ohne wirklichen Rückhalt der Partei sei. Wem der Rückhalt in der Partei abgesprochen wird, dem kann man auch die Autorität absprechen, für seine Partei zu sprechen. Man kann die Nein-Stimmen als Symptome innerparteilichen Streits ausdeuten. Daraus ließe sich auch das Bild der betreffenden Partei als zerfallende und ineffiziente Organisation konstruieren. Ein Vorsitzender ohne breiten Rückhalt kann als Chef auf Widerruf dargestellt werden. Neben-sächlich ist dabei, wie viel Wahrheitsgehalt derartige Kommentare und Analysen haben. Sie sorgen für anhaltenden Rechtfertigungsdruck, denn die Partei muss solche Aussagen laufend dementieren. Dabei muss sie sich um überzeugende Widerlegungen bemühen. Steigender Rechtfertigungsdruck erhöht aber auch das Risiko der sich verteidigenden Partei, eben nicht zu überzeugen. Zugleich bestimmen die Kommentare und Polemiken die Themenlage in den Medien. Es gelingt der Partei unter Umständen immer weniger, für eigene Themen Aufmerksamkeit zu finden, weil die Spekulationen um Machtkampf, Streit und Zerfall mehr Medienpräsenz bekommen. Das Ansehen der Partei kann darunter leiden.



Von den Delegierten wird daher erwartet, sich dem Kandidatenvorschlag der Parteiführung anzuschließen. Diese Erwartung ist ein Appell an die Selbstdisziplin. Die Notwendigkeit der Selbstdisziplin ist dann einsichtig, wenn die Delegierten selber auf werbewirksame Fernsehbilder hoffen. Nicht wenige Delegierte sind regionale Mandatsträger und Funktionäre. Besonders in Wahlkämpfen haben sie durchaus etwas zu gewinnen durch ein diszipliniertes Abstimmungsverhalten. Auch als einfache Wahlkämpfer müssen sie mit der Kritik aus der Bevölkerung umgehen. Nicht selten sind sie es, die im Gegensatz zur Bundesprominenz persönlich mit ihr konfrontiert werden.

Dieses Disziplinproblem galt auch für den Mannheimer Parteitag. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen im Frühjahr 1996 war das Interesse an positivem Medienecho hoch. Zudem verbanden viele Delegierten mit dem Parteitag die Hoffnung auf eine Beendigung des Umfragetiefs der SPD. Das ist in vielen Wortmeldungen auf dem Parteitag bezeugt (siehe Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden, Dienstag 14.11.1995, Parteiprotokoll).

Ein Ausscheren aus der Disziplin hätte nicht nur einen schlechten öffentlichen Eindruck zur Folge. Diejenigen, die ausscheren, stünden dann auch in der Kritik. Da sie als Delegierte Stimmrecht haben, haben sie auch die Verantwortung für die Folgen ihres Stimmverhaltens. Als Wähler sind die Delegierten vor direkter Kritik freilich geschützt. Die Vorsitzendenwahl erfolgt geheim. Direkt angreifbar wären aber alle diejenigen, die den Kandidatenvorschlag öffentlich monieren. Dabei können diese Delegierten leicht in eine Sündenbockrolle geraten, wenn sie allein für die schlechte Lage der Partei verantwortlich gemacht werden würden.

### **3.3.2 Vermeidung von Festlegungen auf einen Personalwechsel**

Aufgrund der vielfältigen Risiken war es für die Delegierten zweckmäßig, sich nicht zu sehr öffentlich auf einen Wunsch nach Personalwechsel im Parteivorsitz festzulegen. Für eine derartige Vermeidung von Festlegungen finden sich auf dem Mannheimer Parteitag viele Belege in den Wortmeldungen der Teilnehmer in der siebenstündigen „Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden“ am 14. November 1995. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand, dass es zwei Tage später zu einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz kommen würde. Anhand einiger Beispiele zeige ich, wie einzelne Redner ein deutliches Bekenntnis zur Ablösung Scharpings vermieden. Ausgewählt wurden solche Redner, die nach der Wahl Lafontaines Zustimmung zu diesem Ereignis andeuteten oder deutlich bekundeten, die aber noch zu Beginn des Parteitages ihre Personalpräferenz nicht erkennen ließen.

Der damalige baden-württembergische Wirtschaftsminister Dieter Spöri, zugleich auch Mitglied des SPD-Parteivorstandes, hatte die Wahl Lafontaines am 16. November 1995 in der ARD-Fernsehsendung „Brennpunkt“ mit folgenden Sätzen begrüßt:

Das war ein befreiender Liberoschlag für uns als Wahlkämpfer in Baden-Württemberg. Sehen Sie, wir sind jetzt in der Großen Koalition und wir wollen führende Regierungspartei werden und jetzt haben wir zum ersten Mal die Chance, dass wir unsere Leistungen wirklich offensiv darstellen können, weil diese endlose quälende Personaldiskussion weg ist. (ARD 16.11.1995a, ab TCR 10:46:35:15)

In dieser Sequenz wirkte Spöri erfreut. Freilich ließen sich seine Worte durchaus als Freude über das Ende der „quälenden Personaldiskussionen“ lesen, die seiner Meinung nach den Wahlkampf des Landesverbandes Baden-Württemberg erschwerten. Weitere Fernsehbilder lassen jedoch den Schluss zu, dass er sich auch über die Wahl Lafontaines freute und nicht nur darüber, dass überhaupt irgendeine Entscheidung getroffen worden war. In der selben Sendung wurde Spöris Reaktion auf die Bekanntgabe des Wahlergebnisses für Lafontaine erkennbar: Der „Brennpunkt“ zeigte eine Großaufnahme eines Teils der Vorstandsbank auf der Bühne des Mannheimer Parteitages. In der Bildmitte saßen Scharping, Rau und Lafontaine. Oberhalb dieser drei Männer waren Dieter Spöri und Henning Voscherau in der zweiten Reihe zu sehen. Nicht im Bild, aber zu hören war Bernd Telm, der Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, der die Zahl der abgegebenen Stimmen für Oskar Lafontaine nannte:

Es wurden abgegeben auf Oskar Lafontaine: 321 Stimmen.

Dieter Spöri begann in diesem Moment zu lächeln, nachdem er bis dahin sich mit beiden Ellenbogen auf den Tisch gestützt und mit ernstem Gesicht in den Saal geschaut hatte. Kurz danach lehnte er sich zurück in seinen Stuhl und begann zu klatschen (ARD 16.11.1995a, TCR 10:01:24:00 – 10:01:36:17). In anderen Fernsehberichten war erkennbar, dass etliche andere Vorstandsmitglieder eher zurückhaltend und mit ernster Miene auf das Wahlergebnis reagierten. Spöris Lächeln erschien im Vergleich dazu als starker Ausdruck eines positiven Gefühls. Das Ergebnis der Vorsitzendenwahl schien Spöri auch nach anderen Meldungen gut zu passen:

Nach Ansicht des Spitzenkandidaten der baden-württembergischen SPD zur Landtagswahl im kommenden Frühjahr, Wirtschaftsminister Spöri, haben sich nach der Ablösung Scharpings durch Lafontaine die Wahlaussichten für die SPD im Südwesten verbessert. [...] Spöri gab offen zu, dass er in den vergangenen Wochen mit dem SPD-Landesvorsitzenden Maurer darüber nachgedacht habe, wie die baden-württembergische SPD den Landtagswahlkampf aus eigener Kraft führen könnte ohne Auftritte des bisherigen Bundesvorsitzenden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.11.1995)

In diesen Zeilen wird erkennbar, dass Spöri Lafontaine auch als besseren Vorsitzenden als Scharping ansah. In Lafontaine sah Spöri einen geeigneten Werbeträger für die SPD. Dagegen beurteilte er die öffentliche Wirkung Scharpings negativ, weshalb er ursprünglich einen Wahlkampf ohne diesen geplant hatte. Die Wahlentscheidung von Mannheim war für ihn also nicht nur einfach eine Entscheidung, die einen Personalstreit beenden konnte. Vielmehr habe man den schwachen Vorsitzenden durch einen besseren Kandidaten ersetzt.

In seiner Wortmeldung auf dem Parteitag am 14. November 1995 offenbarte Spöri diese Personalpräferenz jedoch nicht. Er erzeugte vielmehr den Eindruck, als würde er die Wahl Scharpings unterstützen.

Seine Rede schloss Spöri mit der Forderung nach „Konsequenzen“, die die allgemeine Aussprache über den Zustand der Partei haben müsse:

Meiner Ansicht nach muss die Kritik die Konsequenz haben, dass wir ein erneutes Team mit einer klaren Arbeitsteilung bilden – Rudolf, ich richte die Erwartung an Dich - , weil uns dieses Team das letzte Mal bei der Bundestagswahl sehr geholfen hat. [...] Wir brauchen im Team Rudolf an der Spitze, wir brauchen den Oskar, und wir brauchen den Gerhard Schröder. (Wortmeldung Spöri, Parteitagsprotokoll S. 116)

Nach Spöris Worten war Scharping als Vorsitzender unverzichtbar. Spöri formulierte ohne Angabe von Gründen oder Bedingungen, dass die SPD („wir“) Scharping „an der Spitze brauche“. Scharping war nach dieser Darstellung nicht nur eine gute Option für die Partei, die sie hätte nutzen können, wenn sie das wünschte. Er war vielmehr eine Notwendigkeit. Die Partei „brauchte“ ihn, also war sie darauf angewiesen, dass Scharping den Vorsitz weiterführte. Müsste die Partei auf Scharping verzichten, würde sie unter diesem Verzicht leiden. Wenn sie ihn brauchte, hätte sie ohne ihn nicht so erfolgreich sein können wie mit ihm. Wäre sie ohne ihn genauso erfolgreich wie mit ihm gewesen, hätte sie ihn auch nicht gebraucht. Diese Behauptung formulierte Spöri wie einen Lehrsatz, der die Wirklichkeit beschreibt. Im Sinne der Aussagenlogik ließe sich Spöris Satz auch so ausdrücken: „Es ist wahr, dass die SPD Scharping an der Spitze braucht“. Spöri verzichtete auf Argumente, die eine Wahl Scharpings als für die Partei sinnvoll begründeten. Daher wirkte seine Aussage so, als sei ihr Gehalt für den Sprecher vollkommen unzweifelhaft. Er schien keine Notwendigkeit zu sehen, seine Zuhörer von der Notwendigkeit eines Vorsitzenden Scharpings erst überzeugen zu müssen. Bei den Delegierten und Parteitagsgästen musste daher der Eindruck entstehen, dass Spöri in Scharping den richtigen Parteivorsitzenden sah.

Die Schlussworte Spöris standen nach dieser Lesart im Widerspruch zu seinen tatsächlichen Personalpräferenzen. Allerdings waren sie nicht sehr konkret formuliert und daher interpretierbar. Die Zuhörer konnten durchaus auch die Botschaft hineinlesen, dass Scharping zumindest auf die Kanzlerkandidatur verzichten solle.

Spöri sprach von einem „Team“, dass neben Scharping auch Schröder und Lafontaine umfassen sollte. Zwischen diesen drei Personen sollte eine „klare Arbeitsteilung“ herrschen. Modell für dieses „Team“ war die sogenannte Troika aus dem Bundestagswahlkampf 1994. Darauf verwies Spöri mit der Aussage, dass „dieses Team das letzte Mal bei der Bundestagswahl sehr geholfen hat“. Gemeint war der Bundestagswahlkampf 1994. Im August 1994 hatte sich der SPD-Kanzlerkandidat Scharping entschlossen, Gerhard Schröder in sein Wahlkampfteam aufzunehmen. Ab diesem Zeitpunkt warb die SPD mit der „Troika“ aus Scharping, Schröder und Lafontaine, die auch in einem Wahlwerbespot der

Partei gemeinsam auftraten (Urschel 2002, S. 149f.). In dieser Troika waren die Zuständigkeiten aufgeteilt: Scharping war der Kanzlerkandidat, Schröder galt als Schattenminister für Wirtschaft und Verkehr und Lafontaine sollte die Finanzpolitik vertreten (SPIEGEL 36/1994, S. 18). Spöris Wunsch nach einer „klaren Arbeitsteilung“ durch die Neuauflage des Trios konnte auf die Zuständigkeiten der Wahlkampftrio bezogen sein. Aber die Zuhörer konnten durchaus auch andere Modelle damit assoziieren, etwa die Trennung von Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur.

Spöri übersetzte seine Forderung nach „klarer Arbeitsteilung“ nicht in konkrete und detaillierte Darstellungen von Arbeitsbereichen und Zuständigkeiten. Was „klare Arbeitsteilung“ heißen sollte, blieb in Spöris Rede abstrakt und ohne Bezug zur Praxis. In dieser Abstraktheit war lediglich der Wertgehalt der „Arbeitsteilung“ erkennbar: Arbeitsteilung erleichtert dem Einzelnen die Arbeit, weil er durch die anderen entlastet wird. Arbeit zu teilen kann die Arbeitsprozesse optimieren und bessere Ergebnisse ermöglichen. Die „klare“ Bestimmung der jeweiligen Arbeitsfelder verhindert Kompetenzstreitigkeiten, die die gemeinsame Arbeit lähmen könnten. Wie diese Werte nach Spöris Auffassung in der täglichen Arbeit des „Teams“ umgesetzt werden könnten, blieb der Fantasie der Zuhörer überlassen. Diese konnten Spöris Forderung nach einem arbeitsteiligen Team als Neuauflage der Troika von 1994 lesen. Sie konnten darin aber auch einen Vorstoß sehen, Schröder oder Lafontaine die Kanzlerkandidatur anzutragen. Scharping vereinigte im Herbst 1995 die Ämter des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag auf sich, als Kanzlerkandidat wollte er 1998 auch wieder gegen Helmut Kohl antreten. Mit dieser „Ämterhäufung“ verbänden Journalisten und Parteivertreter auch das Urteil von Parteimitgliedern und Journalisten, dass Scharping mit Arbeit überlastet sei und deshalb Arbeit abgeben solle. Beispielhaft formulierte diese Sichtweise die bayrische Landesvorsitzende Renate Schmidt:

Renate Schmidt forderte, in der SPD-Spitze müssten die Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt werden. Niemand könne alles alleine bewältigen, „kein Scharping, kein Schröder, kein Lafontaine“. (Süddeutsche Zeitung 13.11.1995)

Wer von den Zuhörern auf dem Parteitag diese Verbindung zog, konnte Spöris Aussage der „Arbeitsteilung“ als Unterstützung der Forderung nach Ämtertrennung lesen. Spöri, der in seiner Rede Gerhard Schröder gegen die massive Kritik der Delegierten verteidigt hatte (Wortmeldung Spöri, Parteitagsprotokoll S. 115), konnte daher auch als Befürworter einer Kanzlerkandidatur Schröders gesehen werden. Da Spöri aber im Vagen blieb, wäre es ihm immer möglich gewesen, eine solche Deutung zurückzuweisen, falls Scharping sich gegen seine Konkurrenten durchsetzen würde. Denkbare Vorwürfe, Spöri habe Scharpings Anspruch auf die Kanzlerkandidatur bestritten, hätte er dank seiner abstrakten Formulierung zurückweisen können. Andererseits hätte er sich, falls Schröders Chancen auf die Kanzlerkandidatur steigen sollten, als dessen Parteigänger darstellen können, ohne zu stark in Widerspruch mit den Aussagen seiner Rede zu geraten.

Ein zweites Beispiel ist die Wortmeldung von Herbert Knoblich, seinerzeit Präsident des Landtages Brandenburg. In der „Aussprache zur Rede des Vorsitzenden“ am 14.11.1995 sagte er:

Vor diesem Hintergrund darf ich Euch ausrichten: Unsere Basis hat die Schnauze voll. Sie erwartet, dass der Parteitag mit einer klaren und unmissverständlichen Personalentscheidung einen Weg einschlägt, der es uns erlaubt, in der Zukunft weiterhin für dieses Land und für diese Partei tätig zu sein. (Wortmeldung Knoblich, Parteitagsprotokoll S. 129)

Mit dieser Aussage vermied Knoblich jede Festlegung. Sein Appell, der Parteitag solle eine „klare und unmissverständliche Personalentscheidung“ treffen, ließ offen, wie diese Personalentscheidung konkret aussehen sollte. Schließlich hätte es im November 1995 mehrere Möglichkeiten gegeben. Der Parteitag hätte Scharping deutlich im Amt bestätigen können. Alternativ dazu hätte der Parteitag eine Kampfkandidatur der Konkurrenten fordern können. Eine Alternative wäre der freiwillige Rückzug Scharpings zugunsten eines anderen Kandidaten gewesen. Welche der denkbaren Lösungen Knoblich und die von ihm reklamierte „Basis“ für richtig hielten, wurde in seinen Worten nicht erkennbar. Auch hatte Knoblich keine eigene Personalpräferenz geäußert. Ob er in Scharping den besten Vorsitzenden sah oder ob er sich dessen Ablösung zugunsten eines Geeigneteren wünschte, war für den Zuhörer nicht zu ermitteln. Diese wurden durch die Rede Knoblichs nicht in die Lage versetzt, zu wissen, was dieser konkret wollte und forderte. Diese Vieldeutigkeit und Vagheit ermöglichte es dem Redner, sich auch vielen denkbaren Ausgängen des Parteitages anzupassen. Nach der Wahl Lafontaines am Donnerstag, dem 16.11.1995 sagte Knoblich im ZDF-Interview:

Und wenn Sie sich ansehen oder anhören, was ich als Mitteilung oder als Botschaft meiner Basis hier gesagt habe, dann liegt das ganz genau in dieser Entscheidung und dies was hier geschehen ist, ist wohl weitgehend erwartet worden, ohne das man dies in die Einzelheiten nachverfolgen kann. (ZDF 16.11.1995, 01:46:20 – 01:46:34)

Knoblich legte auch hier ausgesprochen vage die Deutung nahe, dass seine Wortmeldung vom 14.11.1995 eigentlich eine Forderung nach Ablösung Scharpings gewesen sei. Wenigstens machte Knoblich im Interview keinen Widerspruch aus zwischen der Wahl Lafontaines und seiner noch am Dienstag vorgetragenen Forderung. Er äußerte auch keinerlei Kritik an der Abwahl Scharpings. Insofern muss man vermuten, dass er die Wahl Lafontaines letztlich begrüßte. Seine Wortmeldung vom Dienstag, dem 14.11.1995 hätte aber auch zu einer Wiederwahl Scharpings gepasst. Ihre Vagheit hätte es ermöglicht, auch die Wiederwahl des Amtsinhabers als im Sinne der Basis zu interpretieren. Über die tatsächlichen Präferenzen Knoblichs wie auch über dessen denkbare Verhalten kann man nur spekulieren. Von Interesse für meine Argumentation ist vor allem, dass Knoblich sich mit vagen Formulierungen (beabsichtigt oder nicht) die Möglichkeit schuf, sich an verschiedene denkbare Parteitagsausgänge anzupassen.

Die Wortmeldung des damaligen Hamburger Landesvorsitzenden Jörg Kuhbier bietet ein noch interessanteres Beispiel für diese Taktik der Nichtfestlegung. Kuhbier bekann-

te nach dem Mannheimer Parteitag, dass die Mehrheit der Hamburger Scharping nicht mehr als Parteichef wollte und deshalb Lafontaine gewählt habe (Hamburger Abendblatt 17.11.1995b). Außerdem formulierte er in seiner Parteitagsrede am 14. November 1995 die Möglichkeit einer eventuellen Ablösung Scharpings vergleichsweise deutlicher als die meisten anderen Redner in der Debatte. So forderte er Gerhard Schröder zur Kandidatur gegen Scharping auf, damit es eine „eindeutige Klärung“ geben könne. Daran anschließend sagte er:

Generell besteht bei uns Funktionären die Auffassung, dass man dann, wenn jemand als einziger kandidiert, ihn wählen solle. Diesen Grundsatz will ich auch für mich persönlich beherzigen. Aber ich sage jedenfalls für die Hamburger Delegierten und andere, dass manche die Frage, ob sie Rudolf nun wählen sollen oder nicht, letztendlich möglicherweise mit Nein beantworten werden. Das sollte hier offen und ehrlich ausgesprochen werden. [...] Wir haben jedenfalls Befürchtungen und Angst, dass eine Wahl ohne Gegenkandidaten verheerend sein würde. Deswegen noch einmal an dieser Stelle die Aufforderung: Alle diejenigen, die Rudolf nicht wählen wollen oder die glauben, sie seien besser [...] sollen Farbe bekennen und sich zur Wahl stellen. Wenn sie das nicht machen, haben sie auch keinen Führungsanspruch erhoben und dürfen ihn anschließend auch nicht weiter aufrechterhalten. (Wortmeldung Kuhbier, Parteitagsprotokoll S. 120f.)

Auf dem ersten Blick liest sich diese Passage wie eine harsche Kritik. Diesen Eindruck hatte der Redner noch unterstützt durch die Formel

Das sollte hier offen und ehrlich ausgesprochen werden.

Kuhbier wollte „offen und ehrlich“ sein. Damit beschrieb er sich als jemand, der ohne Lüge und Verstellung und für jedermann erkennbar darlegte, was er dachte. Wer „offen und ehrlich“ ist, sagt alles, was er zu einem Thema zu sagen hat. Es sollte darüber anschließend keine Fragen und Mutmaßungen mehr geben. Die Zuhörer hätten nach dieser Rede also wissen müssen, woran sie bei Kuhbier und den Hamburger Delegierten waren.

Zugleich war diese Rede von „Offenheit und Ehrlichkeit“ auch Pathos. Wer offen und ehrlich ist, steht zu seinen Ansichten und taktiert nicht. Er nimmt daher keine Rücksicht auf sich selbst, aber auch auf niemand anderen. Er spricht die Wahrheit aus, auch wenn es vielleicht jemanden verletzt oder es Probleme aufwirft. Dass „Offenheit und Ehrlichkeit“ prinzipiell nicht leicht sind, wird klar durch den Norm-Charakter der Formel. Kuhbier sprach von „sollen“. Nach seiner Darstellung waren „Offenheit und Ehrlichkeit“ Pflichten. Eine Pflicht verlangt aber denen, denen sie auferlegt ist, etwas ab. Ihre Erfüllung macht Mühe oder steht im Konflikt mit subjektiven Wünschen. Und nur weil es keine Selbstverständlichkeit ist, müssen „Offenheit und Ehrlichkeit“ zur Pflicht erhoben werden.

Doch hatten die Delegierten des Mannheimer Parteitages wirklich erfahren, was Kuhbier und die Hamburger Delegierten dachten? Kuhbiers Äußerungen waren trotz des Pathos der rückhaltlosen Kritik nicht sehr eindeutig. Es blieb unklar, wie sich die Hamburger Delegierten verhalten wollen:

Aber ich sage jedenfalls für die Hamburger Delegierten und andere, dass manche die Frage, ob sie Rudolf nun wählen sollen oder nicht, letztendlich möglicherweise mit Nein beantworten werden.

Kuhbier benutzte relativierende Ausdrücke wie z.B. „möglicherweise“. Mit diesem Wort machte Kuhbier seine Aussage über die Nein-Stimmen zu einer vagen Vorhersage über zukünftige Ereignisse. Diese Vorhersage war nicht sicher, sie deutete nur eine Wahrscheinlichkeit an. Die Vorhersage lautete, dass es sein könnte, dass Scharping von den Hamburgern nicht gewählt werden würde. Ob das wirklich eintreten würde, war Kuhbier jedoch unbekannt. Schließlich hatte er diese Hamburger Nein-Stimmen als „Möglichkeit“ gekennzeichnet. Diese „Möglichkeit“ hätte sich aber nicht zwangsläufig verwirklichen müssen. Die Delegierten hätten sich für diese oder eine andere Möglichkeit entscheiden können. Wie sie entscheiden würden, sagte Kuhbier nicht. Es blieb in seiner Rede unklar, ob die Hamburger sich bereits entschieden hatten oder ob sie noch über ihre Entscheidung nachdachten. Unklar blieb außerdem, wie viele Hamburger über Nein-Stimmen nachdachten. Kuhbier sprach davon, dass „manche“ ein Nein erwägen würden. „Manche“ klang aber eher nach wenigen und nicht nach der Mehrheit der zehn Hamburger Delegierten.

Wir haben jedenfalls Befürchtungen und Angst, dass eine Wahl ohne Gegenkandidaten verheerend sein würde.

Mit „Befürchtungen“ und „Angst“ begab sich der Redner auf die Ebene der individuellen Gefühle. Im Mittelpunkt stand jetzt die Befindlichkeit der Hamburger Delegierten. Deren Wohlbefinden litt nach Auskunft des Redners unter der

Angst, dass eine Wahl ohne Gegenkandidaten verheerend sein würde.

Diese öffentliche Äußerung von Gefühlen brachte das Thema Vorsitzendenwahl auf die Beziehungsebene. Aussagen über die Befindlichkeiten appellieren an das Einfühlungsvermögen der Zuhörer. Wer öffentlich seine Gefühle preisgibt, hält sein Leiden für wichtig. Er hofft, dass auch die Zuhörer die bekundete Angst ernst nehmen. Damit verbunden ist der Appell an die Zuhörer, sich zum Redner und den von ihm vertretenen Delegierten in einer bestimmten Weise zu verhalten. Kuhbiers Worte ließen sich als Bitte verstehen, die „Ängste“ der Hamburger zu berücksichtigen und nach Möglichkeit zu lindern. Diese Lindering war möglich, denn Kuhbier hatte den Anlass der Befürchtungen mitbenannt. Es fehlte ein Gegenkandidat und genau das löste die seelischen Nöte der Hamburger aus. Deshalb forderte Kuhbier die Konkurrenten Scharpings auf, gegen Scharping anzutreten:

Deswegen noch einmal an dieser Stelle die Aufforderung: Alle diejenigen, die Rudolf nicht wählen wollen oder die glauben, sie seien besser, [...] sollen Farbe bekennen und sich zur Wahl stellen. Wenn sie das nicht machen, haben sie auch keinen Führungsanspruch erhoben und dürfen ihn anschließend auch nicht weiter aufrechterhalten.

So interpretiert wirkte diese Passage auf dem ersten Blick durchaus wie ein starkes Bekenntnis zu einer Kampfkandidatur. Auf dem zweiten Blick wird jedoch klar, dass Kuh-

bier vorsichtig blieb. Sein Standpunkt wurde keinesfalls deutlich. Seine Äußerungen waren aus verschiedenen Gründen vieldeutig und boten daher Rückzugsmöglichkeiten.

Erstens vermied Kuhbier eine deutliche Stellungnahme durch die Subjektivierung seiner Aussagen. Er stellte seine Prognose, dass „eine Wahl ohne Gegenkandidaten verheerend sein würde“, nicht als objektive Wahrheit dar. Diese Prognose ergab sich aus den Gefühlen der Hamburger. Diese hätten „Angst“, dass eine solche Wahl negative Folgen haben könnten. Ob diese Angst berechtigt war oder nicht, sagte Kuhbier nicht. Unklar blieb also, woran die Hamburger diese Befürchtungen festmachten, ob es für diese Angst also gute Gründe gab. Stattdessen begnügte Kuhbier sich mit der Feststellung, dass die Hamburger so fühlen würden. Die befürchteten negativen Folgen einer Wahl ohne Gegenkandidaten waren nach Kuhbiers Worten folglich lediglich recht subjektive Vermutungen der Hamburger Delegierten. Durch diese Subjektivierung schuf sich Kuhbier die Möglichkeit zur nachträglichen Relativierung solcher Vorhersagen. Das Gefühl der Hamburger hätte sich im Verlaufe des Parteitages auch als trügerisch herausstellen können. Ob ihr Gefühl trot oder ob es berechtigt war, hätte man eigentlich erst nach der Wahl wirklich wissen können. Bis dahin konnte man nur eine Vermutung unter Vorbehalt äußern.

Zweitens: Kuhbiers Rückzugswege eröffneten sich nicht nur durch die Botschaft seiner Rede, sondern auch durch die daran gekoppelte rhetorische Strategie. Weil er sich auf die Vorstellung einer subjektiven Einschätzung seiner Delegierten beschränkte, verzichtete er auf Argumente. Er diskutierte nicht das Für und Wider der Prognose der Hamburger. Kuhbier bemühte sich nicht darum, sein Publikum davon zu überzeugen, dass seine Befürchtungen berechtigt waren. Weder schilderte er, welche negativen Folgen denn konkret zu erwarten wären. Noch legte er dar, warum das Eintreten dieser Folgen wahrscheinlich gewesen sei. Er beschrieb nicht das mögliche Szenario, dass aus dem falschen Verfahren einer Wahl ohne Gegenkandidaten hätte folgen können. Damit entzog er sich auch einer Diskussion der Frage, ob eine Wahl ohne Gegenkandidaten wirklich problematisch gewesen wäre. Nur wenn er diese Befürchtungen begründet hätte, hätte man sie auch prüfen können. Begründungen provozieren jedoch die Ausdifferenzierungen der Standpunkte. Einige Zuhörer hätten von einer gut begründeten Vorhersage negativer Folgen überzeugt werden können. Andere hätten diese Prognose oder eines der sie stützenden Argumente eher bestritten. Kuhbier und die von ihm vertretenen Delegierten hätten sich in einer Debatte wiedergefunden, in der sie ihren Standpunkt hätten verteidigen müssen. Eine solche Debatte, gar einen Streit vermied Kuhbier jedoch. Gefühle, die einer hat, lassen sich nicht sinnvoll bestreiten. Kuhbier beschränkte daher seine Behauptungen auf die Ängste der Hamburger.

Drittens sorgte eine Themenverwirrung für Unklarheit, in welcher Maßnahme Kuhbier und die Hamburger konkret eine Linderung ihrer Ängste sahen. Dazu möchte ich noch einmal das Schlusswort des Hamburger Landesvorsitzenden im Ganzen betrachten:



Wir haben jedenfalls Befürchtungen und Angst, dass eine Wahl ohne Gegenkandidaten verheerend sein würde. Deswegen noch einmal an dieser Stelle die Aufforderung: Alle diejenigen, die Rudolf nicht wählen wollen oder die glauben, sie seien besser [...], sollen Farbe bekennen und sich zur Wahl stellen. Wenn sie das nicht machen, haben sie auch keinen Führungsanspruch erhoben und dürfen ihn anschließend auch nicht weiter aufrechterhalten.

In dieser Aussage steckten zwei unterschiedliche Botschaften, die nicht deutlich von einander abgesetzt waren. Botschaft 1 lautete: Weil eine Wahl ohne Gegenkandidaten negative Folgen hätte, sollen die Konkurrenten Scharpings zur Vorsitzendenwahl antreten. Das war also der Wunsch, die Vorsitzendenkür zu einer echten Wahl zwischen mindestens zwei Personen zu machen. Zugleich war das auch der Wunsch, Scharping auf dem Parteitag abwählen zu können. Schließlich hatte Kuhbier zuvor davon gesprochen, dass einige Hamburger den wiedernominierten Scharping eventuell nicht wählen wollten. Gäbe es jedoch nur einen einzigen Kandidaten, wäre eine Nein-Stimme keine konstruktive Lösung gewesen. Im Falle vieler Nein-Stimmen wäre der Kandidat beschädigt gewesen. Denn nun wäre sichtbar geworden, dass ein Großteil der Delegierten den Vorsitzenden nicht wollte. Wenn sie stattdessen gewollt hätten, wäre aber nicht sichtbar geworden. Gleichfalls wäre die Frage unbeantwortet geblieben, wann und wie dieses Problem hätte gelöst werden können. Ein schlechtes Wahlergebnis hätte deshalb vorrangig den Eindruck einer Krise hinterlassen, ohne Hinweise auf ihre Überwindung zu geben. Hätte es jedoch einen Gegenkandidaten gegeben, hätte man die Ablehnung Scharpings in ein konstruktives Votum für diesen münden lassen können. Jede Stimme gegen Scharping wäre zu einer Stimme für seinen Kontrahenten geworden. Am Ende hätte man – ganz gleich, wie die Wahl ausgegangen wäre – einen Vorsitzenden mehrheitlich gewählt. Dieser hätte sich auf die Legitimität einer Parteitagsmehrheit stützen können.

Dass die Hamburger eine Abwahl Scharpings tatsächlich gewünscht haben, lässt sich zumindest aus nachträglichen Äußerungen von Jörg Kuhbier erschließen:

Viele Hamburger waren der Meinung: Mit Rudolf Scharping wäre es nicht mehr aufwärts gegangen. (Hamburger Abendblatt 17.11.1995b)

Allerdings wurde die Kommunikation dieses Wunsch von einer zweiten Botschaft überlagert. Dadurch wurden die Schlussworte Kuhbiers vieldeutig. Man konnte den Wunsch nach einer Ablösung Scharpings in sie hineindeuten. Diese Deutungen konnte man aber auch bestreiten, da die zweite Botschaft eine ganz andere, für Scharping sogar nützliche Auslegung erlaubte. Botschaft 2 lautete: Der Konflikt zwischen Schröder und Scharping müsse gelöst werden durch eine Kampfkandidatur. Schröder müsse seinen „Führungsanspruch“ auch offen erheben und gegen Scharping antreten. Trete Schröder nicht an, habe er seinen „Führungsanspruch“ verwirkt. Jede weitere lautstarke öffentliche Kritik Schröders wäre danach illegitim gewesen. Er hätte sich nach der Wiederwahl Scharpings öffentlich zurückhalten und dessen Autorität respektieren müssen. Diese an Schröder gerichtete Aufforderung zur Kampfkandidatur war nun eine eher disziplinierende Mahnung an den niedersächsischen Ministerpräsidenten. Die Wahlchancen Schröders waren

1995 ausgesprochen schlecht. Weil er in der SPD weitgehend unbeliebt war, hätte er in einem direkten Duell auf dem Mannheimer Parteitag keine Chance gehabt, gewählt zu werden. Eine direkte Machtprobe mit Scharping hätte Schröder mehr geschadet als der Verzicht auf die Kampfkandidatur. Schröder wäre in dieser Kampfkandidatur eher ein Zählkandidat gewesen, der die Legitimität des Siegers gestützt hätte. Der Sieger Scharping hätte darauf verweisen können, dass die Delegierten lieber ihn als Schröder im Amt des Vorsitzenden sehen wollten. Diese Gemengelage war sicher auch Hamburgs Landesvorsitzenden Jörg Kuhbier bekannt.

Beide Botschaften, der Wunsch nach einem Gegenkandidaten und die Disziplinierung Schröders, vermengten sich. Keine der beiden Botschaften war wirklich schlüssig formuliert. Daher war nicht erkennbar, ob Kuhbier beide Botschaften oder doch nur eine von beiden vermitteln wollte. Die mangelnde Stringenz wurde deutlich bei dem von Kuhbier angedeuteten Problem des fehlenden Gegenkandidaten. Der Mangel an personellen Alternativen bei einer Wahl ist ein grundsätzliches Demokratie-Problem. Es hätte auch dann bestanden, wenn es den Konflikt zwischen Scharping und Schröder gar nicht gegeben hätte. Die von Kuhbier angedeuteten Hamburger Nein-Stimmen für Scharping hätten nichts mit der Konsequenz oder Inkonsequenz des Führungsanspruches von Schröder zu tun gehabt. Diese Delegierten hätten aus Unzufriedenheit mit Scharping mit „nein“ gestimmt. Aber wenn es diese Unzufriedenheit gab, hätte Kuhbier das auch deutlich sagen können. Er hätte unmissverständlich die Forderung nach einem Gegenkandidaten erheben können. Diese Forderung hätte er mit der Kritik an dem Verfahren, nur einen einzigen Kandidaten zu nominieren, verbinden können. Damit wäre auch klar geworden, dass es nicht um Schröder konkret geht, sondern um die prinzipielle Möglichkeit alternativer Kandidaturen für den Parteivorsitz. Des weiteren hätte Kuhbier auch selber einen Gegenkandidaten vorschlagen können. Diese sprachlichen Möglichkeiten für die Formulierung einer unmissverständlichen Botschaft nutzte Kuhbier jedoch nicht. Dadurch blieb unklar, was Kuhbier eigentlich konkret wollte: Ging es ihm in erster Linie um Schröder oder doch eher um die Abwahl Scharpings? Beide Absichten konnte man in Kuhbiers Worte hineinlesen. Für keine Lesart fand der Zuhörer wirklich eindeutige Belege. Dem Redner hielt das die Möglichkeit offen, nach Ende des Parteitages die ihm passende Deutung als Sinn seiner Rede nachzuschieben. Einen frontalen Angriff auf Scharping hätte er hinterher bestreiten können. Ebenso mühelos konnte er nach dessen Abwahl signalisieren, dass er genau das gewollt habe.

#### **4 Der Bruch der Disziplin nach der Rede Lafontaines**

Mit Lafontaines Rede scheiterte die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei auf dem Mannheimer Parteitag. Das „Drama“ des innerparteilichen Machtkampfes blieb das beherrschende Medienthema. Scharpings Selbstdarstellung als die wichtigste Person der

Partei misslang, da Lafontaine mit seiner Rede den größeren Beifall bekommen hatte. Damit entstand für die Scharpinggegner die unverhoffte Gelegenheit, schon in Mannheim eine Personalentscheidung herbeizuführen.

In den folgenden Kapiteln zeige ich, wie die Rede Lafontaines zu einem Bruch der Disziplin im Verhalten von Führungspersonen und Delegierten führen konnte. Im ersten Schritt gehe ich auf die Inszenierung des „Neuanfanges“ durch den Parteitag ein. Ich zeige, dass Lafontaine mit seiner Rede die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung verletzte und damit das Inszenierungsziel der Parteiführung ad absurdum führte. Zweitens weise ich nach, dass Lafontaines Rede nicht per se eine „Bewerbungsrede“ war, wie es Journalisten behauptet hatten. Sie war vielmehr eine „Festrede“ (Paris 2005b), die in ihrer Vagheit darauf angelegt war, ein Erlebnis von Konsens und Gemeinschaft unter den Zuhörern zu erzeugen. Drittens zeige ich, dass die Inszenierung der „Geschlossenheit“ scheiterte, weil die Medien die Lafontainerede als Ausdruck eines Personalproblems interpretierten. Viertens betrachte ich das Verhalten Lafontaines im Anschluss an seine Rede und zeige, dass er in einer für ihn vorteilhaften Weise taktierte. Fünftens beschreibe ich, wie die Parteitagsteilnehmer, insbesondere die Scharpinggegner die sich ihnen unverhofft bietende Gelegenheit nutzten, um an der Verwirklichung einer Kampfkandidatur auf dem Mannheimer Parteitag zu arbeiten.

#### **4.1 Das Scheitern der Inszenierung der Geschlossenheit durch Lafontaines Rede**

Angesichts sinkender Umfragewerte und der im Frühjahr 1996 anstehenden Landtagswahlen gab es ein großes Interesse an einer positiven Außenwirkung des Mannheimer Parteitages. Auf diesem Parteitag sollte die Überwindung der Krise der SPD inszeniert werden. Gewünscht wurde, dass der Parteitag in der Öffentlichkeit als Wendepunkt wahrgenommen wurde. Streit und politische Unbestimmtheit sollten ab diesem Parteitag der Vergangenheit angehören. Inszenierungsziel des Parteitages war die symbolische Wiederherstellung der „Einheit“ der Partei. Bedroht wurde diese „Einheit“ durch eine Entfremdung zwischen „Basis“ und „Führung“. In der Mitgliedschaft hatte sich erheblicher Frust aufgebaut aufgrund des öffentlichen Erscheinungsbildes der Partei. Nicht zuletzt der öffentlich ausgetragene Machtkampf zwischen Gerhard Schröder und Rudolf Scharping hatte die Mitgliedschaft verärgert. Die Kritik an der „Führung“ wuchs. Diese Kritik an der Führung war gleichzeitig Anlass für den in Medienkommentaren geschürten Zweifel am innerparteilichen Rückhalt des SPD-Vorsitzenden.

Daher sollte diese Kritik Raum finden in einer zeitlich unbegrenzten Debatte am ersten Tag des Parteikongresses. Diese Debatte sollte eine Art „klärendes Gewitter“ darstellen, so z.B. die damalige Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, Heide Simonis (Gün-sche, Die Welt, 09.11.1995). Die Entfremdung zwischen „Basis“ und „Führung“ sollte durch eine offene Aussprache aufgelöst werden. Modell für diese Inszenierung war offenbar eine

psychologisierende Vorstellung der Konfliktlösung bei Menschen, die direkt und unmittelbar miteinander in Beziehung stehen (Freunde, Kollegen, Lebenspartner). Fortdauernde Reibungen in diesen Beziehungen entstehen in diesem Modell durch Verdrängung von Konflikten. Der uneingestandene Ärger wühlt im Unterbewussten und erzeugt immer neue Aggressionen. Nötig ist daher eine Offenlegung dieses Ärgers und seiner Gründe. Diese Öffnung ist bereits der wesentliche Schritt zur Lösung der Probleme.

In gleicher Weise sollten die zwischen „Basis“ und „Führung“ schwelenden Konflikte ausgesprochen und damit beseitigt werden. Sowohl Parteivertreter als auch Kommentatoren nutzten das psychologische Bild der heilsamen Aussprache, um das Ziel des Parteitag zu beschreiben. Dieses Bild wurde besonders in den Medien vermengt mit der Metapher des durch „kochende Wut“ entstandenen Überdrucks. Zunächst räumten Parteivertreter und Kommentatoren ein, dass es an der „Basis“ erhebliche Verärgerung gegeben habe (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1995). Dieser Ärger (bzw. „aufgestaute Wut“, siehe Sommerfeld, Berliner Zeitung 14.11.1995) müsse sein Ventil finden, damit die Partei nicht „explodiere“ (Deupmann, Süddeutsche Zeitung 11.11.1995). Entsprechend bräuchten die Delegierten die Möglichkeit, „Dampf“ abzulassen (ebd.). Deshalb erhoffte man sich, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung, eine „Bereinigung“ durch eine offene Diskussion auf dem Parteitag (Fuhr, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1995). Das Mittel der Bereinigung war laut Scharping eine

uneingeschränkte, harte und offene Diskussion ohne Zeitlimit

geplant (Süddeutsche Zeitung 14.11.1995). Heide Simonis griff auf das psychologische Modell zurück, um die Notwendigkeit dieser Diskussion zu erklären:

„Alles, was nicht sauber verbunden, rausoperiert, rausgebrannt wird, das schwärt unter dem Verband weiter,“ warnte sie in einem Interview in „Die Woche“. Wenn die Delegierten in Mannheim ihren Frust nicht loswerden könnten, werde es in der SPD keinen Frieden geben. (Günsche, Die Welt 09.11.1995)

Gleiches galt für die Konflikte zwischen innerparteilichen politischen Strömungen sowie zwischen einzelnen Führungspersonen. Auch der Führungsstreit sollte durch klärende Aussprachen auf dem Mannheimer Parteitag ein Ende finden.

Dieser Inszenierungsidee entsprach der geplante Ablauf des Parteitages. Die offene Debatte am Tag 1 war der erste Schritt. So befreit von den verdrängten Ärgernissen konnte der Parteitag dann am dritten Tag den Vorsitzenden wählen. In dieser Wahl sollte sich die „Einheit“ der Partei wiederherstellen. Mit einem eindeutigen, weil mehrheitlichen Votum für Scharping sollte der Parteitag wieder das Bild „der Partei“ erzeugen. Die Delegierten sollten nunmehr nicht mehr unterschiedliche regionale und ideologische Interessengruppen repräsentieren. Die Differenzen sollten wenigstens für den Moment der Wahl verschmelzen, um den Eindruck von Homogenität der Partei zu erzeugen. Gewünscht war ein stereotypes Erscheinungsbild. Die Delegierten sollten nicht als Versammlung von Individu-

en erscheinen, sondern als Gleiche, als Verkörperung „der SPD“. Diese Einheit sollte plausibel werden, weil die Differenzen (verstanden als Konflikte) zu diesem Zeitpunkt durch Offenlegung vermeintlich aufgelöst sein sollten. Dazu sollten die Differenzen zwischen den Delegierten (nun verstanden als Unterschiede in den Einstellungen und Interessen) verschwinden hinter dem Bild der Einheit. Symbol der Einheit sollte die Wahl des alten und neuen Vorsitzenden Scharping sein. Er sollte mit seiner Wiederwahl das repräsentieren, was allen in der Partei jenseits aller Unterschiede gemeinsam ist.

Man darf freilich nicht davon ausgehen, dass die Planer des Parteitages tatsächlich an eine derartige Lösung glaubten. Es ging vor allem um die Erzeugung des öffentlichen Eindruckes einer solchen Konfliktbewältigung und Wiederherstellung der Einheit. Gleiches gilt für die Delegierten, von denen bekannt war, dass ein Großteil von ihnen einen anderen Vorsitzenden wünschte. Aber viele erwarteten dennoch vom Parteitag, dass er das öffentliche Ansehen der Partei steigern sollte. Dazu war es zweckmäßig, nach außen hin Geschlossenheit zu zeigen. Offener Streit um die Besetzung des Vorsitzendenamtes wurde daher vermieden. Es gab die Bereitschaft, „mit zusammengebissenen Zähnen“ (Interview Jonas Schulz) den Vorsitzenden erneut zu wählen, um wenigstens öffentlich ein gutes Bild abzugeben.

Am 15. November 1995, dem zweiten Tag des Parteitages, hielt Lafontaine zwischen 15:52 Uhr und 16:34 Uhr seine in der Tagesordnung als „Bericht der Antragskommission“ ausgewiesene Rede. Lafontaine war 1995 Vorsitzender der Antragskommission. Die Antragskommission hatte die Aufgabe, die Vielzahl der von den Parteigliederungen eingehenden Anträge zu strukturieren und sie bei inhaltlichen Überschneidungen zu bündeln in Sammelanträgen. Der „Bericht der Antragskommission“ war als Einstieg in die Antragsdebatte gedacht, also als Beginn der inhaltlichen Arbeit des Parteitages, die in konkreten Beschlüssen ihren Niederschlag finden sollte. Der Programmpunkt „Bericht der Antragskommission“ verhielt einen eher nüchternen Überblick über die Themen, zu denen der Parteitag Beschlüsse fassen sollte. Herbert Riehl-Heyse von der Süddeutschen Zeitung nannte diese Bezeichnung den „Etikettenschwindel des Jahres“ (Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995). Denn dieser „Bericht“ Lafontaines geriet zu einer Grundsatzrede, die sehr allgemeine sozialdemokratische Positionen benannte.

Lafontaines Rede begeisterte viele Delegierte und Gäste im Mannheimer Rosengarten. Schon während der Rede gab es langen Zwischenapplaus. Lafontaine endete mit den Worten:

Ihr seht also, liebe Genossinnen und Genossen – ich möchte zum Schluss kommen: Es gibt noch Politikentwürfe, für die wir uns begeistern können. Wenn wir selbst begeistert sind, können wir auch andere begeistern. In diesem Sinne: Glück auf! (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 428)

Sobald das „Glück auf!“ verhallt war, setzte Jubel ein. Viele Delegierte johlten vernehmbar. Der Beifall für Lafontaine ging in standing ovations über. Ein Großteil der Dele-

gierten erhob sich, während die Mitglieder der Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen sitzen blieben. Mehr als eine Minute lang applaudierten Delegierte und Gäste dem Redner lautstark, so dass die Süddeutsche Zeitung von einem „62-Sekunden-Orkan“ sprach (Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995).

Lafontaines Auftritt zog allein schon durch diese Publikumsreaktionen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Echt und authentisch wirkende Begeisterung auf Parteitag ist von hohem Nachrichtenwert. Parteitage sind für gewöhnlich eher langweilig (siehe dazu Müller 2000). Es herrscht die Routine der Verfahren und der Antragsdebatten. Vieles ist ritualisiert, so auch der Umgang von Delegierten und Führung miteinander. Beifall für die Reden der Parteispitze ist oft mehr höflich als wirklich von Begeisterung getragen. Die standing ovations nach Lafontaines Rede stellten dagegen ein außergewöhnliches Ereignis dar. Sie durchbrachen die vorhersehbaren Abläufe und Verhaltensmuster und brachten Emotionalität in die sonst von Routine und Bürokratie geprägte Parteitagsatmosphäre. Damit beherrschte Lafontaines Rede und die von ihr ausgelöste Begeisterung die Berichterstattung. Dessen Rede wurde als der Höhepunkt des Parteitages beschrieben.

Lafontaines Auftritt wurde von den Medien als „Bewerbungsrede“ interpretiert (Saarbrücker Zeitung 16.11.1995). Seine Rede wurde in Kommentaren mit der Rede Scharpings verglichen. Der Stellvertretende Bundesvorsitzende Lafontaine wurde von den Kommentatoren als der bessere Redner als der Vorsitzende beschrieben. Diese Vergleiche bezogen sich auf die vor dem Parteitag häufig geäußerten Erwartungen an Scharping, er müsse durch eine gute Rede überzeugen. Scharping hatte auf dem Mannheimer Parteitag einen besonderen Auftritt absolvieren sollen. Diese Erwartung gab es sowohl innerhalb der SPD als auch in den Medien. In Kommentaren wurde beschworen, dass der Vorsitzende sich nur mit einer überzeugenden Leistung auf Dauer retten könne. Dies ist ihm nach Meinung vieler Journalisten, aber auch von Delegierten nicht gelungen. Schon vor Lafontaines Rede wurde kritisiert, dass Scharping diese Erwartungen nicht erfüllt habe:

Nur mühsam können viele Delegierte ihre Enttäuschung verbergen. „Er hat sich Mühe gegeben“, sagt Christoph Zöpel knapp. Hanna Wolf meint knapp: „Er ist, wie er ist.“ Lilo Brunck fragt: „Wo waren denn die zündenden Ideen?“ (Günsche, Die Welt 15.11.1995)

Als Lafontaine die Delegierten seinerseits begeisterte, sahen Delegierte und Kommentatoren in dessen Auftritt ein Beispiel für eine Rede, wie sie Scharping hätte halten sollen. Schließlich hatte der Stellvertreter das getan, was man sich vom Vorsitzenden erhofft hatte: Er hatte begeistert und mitgerissen.

Dieser Vergleich, öffentlich in Medienkommentaren gezogen, war für Scharping ein Problem. Lafontaine wurde aufgrund seiner sichtbar besseren Rednerkompetenz als „heimlicher Vorsitzender“ bezeichnet. Der ohnehin bestehende Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit Scharpings fand mit diesem Vergleich neue Nahrung. Etliche Kommentatoren in der Presse thematisierten am Tag nach Lafontaines Auftritt folglich die Rivalität zwi-

schen diesem und Scharping. Auch das Fernsehen unterlegte die Bilder von Lafontaines Rede und den jubelnden Delegierten mit diesem Vergleich. Gleichzeitig suggerierten Kommentare, dass mit der Rede Lafontaines die Vorsitzendenfrage wieder offen sei bzw. dass eine Wahl Scharpings, wie geplant, eher nicht den wirklichen Wünschen der Delegierten entspreche. Der wesentlich stärkere Beifall der Delegierten für Lafontaines Rede wurde interpretiert als Hinweis dafür, dass Lafontaine in der Partei auch insgesamt beliebter war als Scharping:

Verglichen mit der beifallsstarken Verzückung nahm sich der Applaus für den Westerwälder ärmlich aus. Kündigt sich also doch noch ein Herausforderer des derzeitigen Parteichefs an? (Vetter, Saarbrücker Zeitung 16.11.1995)

Damit war die Inszenierung Scharpings als wichtigste Person der Partei misslungen. Als Repräsentant der Gesamtpartei wurde er nicht wahrgenommen. Mancher Kommentator sah diese Rolle eher bei Lafontaine, weil er die Delegierten begeistern konnte. Der Versuch, durch den Parteitag Scharping in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen, war folglich gescheitert. Anstelle der Einheit von „Basis“ und „Führung“ zeichneten die Medien das Bild eines denkbaren Machtkampfes zwischen Lafontaine und Scharping. Die Einheit der Partei wurde in zweifacher Weise in diesen Kommentaren aufgespalten: Einerseits spekulierte man über einen Machtkampf zwischen Scharping und Lafontaine. Andererseits sah man das Verhältnis zwischen Führung und Basis nachhaltig gestört, weil die Basis lieber Lafontaine als Vorsitzenden hätte, aber dennoch Scharping wählen sollen. Das von Scharping benötigte Bild der Partei, die sich „geschlossen“ hinter ihrem Vorsitzenden versammelt, ließ sich aufgrund solcher Medienkommentare nur noch über Dementis herstellen. Die Gefahr bestand, dass die Selbstdarstellung der Partei von den Kommentatoren immer wieder angezweifelt werden würde. Die Bilder von Lafontaines Rede und der Begeisterung der Delegierten hätten als sinnlich-ästhetische Mediendarstellungen zudem eine stärkere Wirkung gehabt als die rein sprachlichen Stellungnahmen der Parteiführung oder der Delegierten. Die Wahrscheinlichkeit war sehr gering, die Inszenierung der „Geschlossenheit“ noch retten zu können.

Das Scheitern dieser Inszenierung verschaffte den Scharpinggegnern die unverhoffte Gelegenheit, sich schon auf dem Mannheimer Parteitag um einen Personalwechsel im Parteivorsitz zu bemühen. Nach der Rede Lafontaines wurde unter den Parteitagsteilnehmern diskutiert, ob es eine Kampfkandidatur geben solle und werde. Eine ganze Reihe von Teilnehmern forderte Lafontaine auf, gegen Scharping zu kandidieren. Einige übten dabei auch stärkeren Druck auf ihn aus. Lafontaine reagierte auf diese Diskussionen und Bemühungen, indem er eindeutige Stellungnahmen vermied und sich so sowohl die Kandidatur als auch den Verzicht darauf offen hielt.

Lafontaines Rede hatte also für einen Bruch der Disziplin der Inszenierung der Geschlossenheit gesorgt. Die Frage stellt sich, wie eine einzige Rede das schaffen konnte.

Der Hauptgrund liegt darin, dass Lafontaine mit seinem Vortragsstil die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung verletzt hatte. Er hätte die Qualität seines Auftritts an der von Scharpings Rede am Vortag anpassen müssen. Der Fehler Lafontaines bestand darin, dass er zu intensiv redete. Angesichts des als schwach empfundenen Auftritts des Parteivorsitzenden hätte Lafontaine sich mehr zurückhalten müssen. Er hätte nicht sein ganzes rhetorisches Vermögen ausschöpfen dürfen, um Scharping nicht in den Schatten zu stellen. Schließlich sollte die unterschiedliche Qualität der Auftritte von Spitzenpolitikern mit unterschiedlichem Rang zugleich auf sinnlicher Ebene die Richtigkeit der Ämterverteilung vermitteln. Scharping hätte als der Vorsitzende und damit der oberste Repräsentant der Partei den gewichtigsten Auftritt bekommen müssen. Alle anderen Führungspolitiker der Partei hätten sich mit einem bescheidenerem Auftritt als dem des Vorsitzenden begnügen müssen, allein schon, um nicht den stärkeren Beifall zu bekommen. Diese Erwartung mag auf dem ersten Blick seltsam erscheinen: Warum soll ein guter Redner sich selbst beschränken, warum sollen die Zuhörer auf den Genuss einer guten Rede verzichten müssen, nur weil der Vorsitzende schon schlecht geredet hatte? Entscheidend ist aber, dass der Auftritt von Spitzenpolitikern auf Parteitag nicht als Selbstzweck angesehen wird. Jeder dieser Auftritte dient dem Ansehen der Partei. Jene, die auf die Erzeugung guter Eindrücke hoffen, erwarten auch von Spitzenpolitikern, dass sie ihr Gewicht diesbezüglich nutzen. In diesem Sinne darf kein Spitzenpolitiker egoistisch auftreten. Er muss einen der Allgemeinheit dienlichen Auftritt gestalten. Dieser Dienst an der Partei als Ganze bzw. an dem Ziel der Erzeugung guter Eindrücke hätte also Zurückhaltung erfordert.

Inhaltlich bot die Rede Lafontaines nichts provokatives. Die Provokation der Rede Lafontaines lag in ihrem Vortragsstil. Lafontaine hielt die wesentlich bessere Rede als Scharping. Ausschlaggebend für dieses Urteil ist jedoch nicht das Gesagte selbst. In ihren Inhalten unterschieden sich die Reden Scharpings und Lafontaines nicht maßgeblich. Wesentlich für das Empfinden, dass Lafontaine rhetorisch besser als der Vorsitzende war, waren Elemente wie Lautstärke, Betonung, Sprechtempo und viele ähnliche Kriterien. Eine wissenschaftliche Untersuchung beider Reden urteilt, dass Scharping bezüglich dieser Kriterien vieles falsch machte und Lafontaine fast alles richtig. Die Versuchspersonen empfanden übereinstimmend Scharpings Rede als lustlos, depressiv und langweilig. Lafontaines Rede wurde von den selben Personen als lebendig, kraftvoll und animierend wahrgenommen (Paeschke/Sendlmeier 1997). Damit konnte Lafontaine dem Vorsitzenden die „Show stehlen“. Lafontaines Rede wurde sowohl von den Delegierten als auch von den Beobachtern als die wesentlich bessere Rede angesehen. Dieses Urteil konnte sich verstärken durch die Reaktion der Delegierten auf Lafontaines Auftritt. Seine Rede hätte auch ungehört verhallen oder auf ein gelangweiltes Publikum treffen können. Sie hätte in diesem Fall nicht die gleiche Wirkung erzielt. Die standing ovations und der Jubel der Delegierten unterstützte jedoch das Empfinden der Beobachter, dass es sich um eine gute



Rede handeln müsse. Ein Kriterium einer guten Rede ist, dass sie bei den Zuhörern etwas auslöst. Für Lafontaines Rede ließ sich diese Wirkung zweifelsfrei mit den Fernsehbildern belegen. Diese Bilder schienen die Qualität der Rede als einen „objektiven“ Sachverhalt zu bezeugen.

#### **4.2 Die Rede Lafontaines als Festrede**

Lafontaines Rede war entgegen der Meinung vieler journalistischer Beobachter keine Bewerbungsrede. Inhaltlich fehlte ihr jeder Hinweis darauf, dass sich Lafontaine als besserer Parteivorsitzender habe empfehlen wollen. Sie war vielmehr eine Festrede, die einen feierlichen Moment auf dem Parteitag erzeugen sollte. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf den von Rainer Paris herausarbeiteten Typus der Festrede (Paris 2005b). Feierlichkeit erzeugt eine Festrede durch das Stimulieren eines Gemeinschaftsgefühls unter den Zuhörern. Die Zuhörer sollen sich für den Moment der Rede als eine Einheit erleben können. Dieses Erlebnis gelingt nur, wenn die Rede und der Redner bestimmte Bedingungen erfüllen. Die Rede muss vor allem die Werte der Gruppe betonen. Diese Werte darf der Redner nicht zu konkret herausarbeiten. Er muss auf Argumentationen und Herleitungen verzichten, darf diese Werte nicht diskursiv darstellen. Denn dadurch könnten die in der Gruppe vorhandenen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten aufbrechen. Sobald sich bei einigen Zuhörern Widerspruch gegen die vorgetragenen Argumente regt, zerbricht das Gemeinschaftsgefühl. Daher muss die Festrede vor allem die Fiktion eines Konsenses zwischen den Zuhörern erzeugen. Der Festredner kann Gemeinschaftsgefühle erzeugen, indem er betont, was alle gemeinsam haben (Hondrich 2004, S. 129f.). Dies gelingt am besten, indem die Rede eher emotional angelegt ist und weniger an die Vernunft appelliert. Anstelle von Argumenten arbeitet die Festrede daher mit ästhetischen Elementen wie Bildern, Erzählungen, Metaphern (diese Elemente sind ihrerseits typisch für Gemeinschaftsgefühle, siehe Turner 2005, S. 124f.). Der Redner selber darf sich nicht zu sehr in den Vordergrund spielen. Er muss darauf achten, dass sein Auftritt von den Zuhörern nicht als Selbstdarstellung der eigenen Brillanz wahrgenommen wird. Als Festredner muss er stets der Repräsentant der gemeinsamen Gruppenwerte bleiben. Diese sollen das Zentrum der Rede sein, hinter dem die Person des Redners zurückzutreten hat.

Mit einer Festrede bespricht der Redner gegenüber einem Publikum einen Dritten oder ein Drittes (Paris 2005b). Dieses Dritte, das in Lafontaines Rede gefeiert worden ist, war die ideale „SPD“ respektive „Sozialdemokratie“. Die Festrede zielt auf die Herstellung eines Konsenses ab, wobei es vor allem um Konsensfiktionen geht (zum Begriff Konsensfiktion siehe Hahn 1983). Dies gelang der Rede Lafontaines durch die Beschränkung auf sozialdemokratische Allgemeinplätze, die in ihrer Unkonkretheit extrem interpretationsoffen waren. Diese formulierte er sehr allgemein, so dass sie kaum strittig erschienen. In dieser Abstraktion blieben Lafontaines Aussagen eher auf der Ebene allgemeiner Werte. Wie

diese in der Alltagspraxis konkret zu verwirklichen seien, sagte Lafontaine nicht. Auf diese Weise entging er dem Streit um Sachfragen und um Details. Diesen Streit vermied er auch dadurch, dass er seine eigene Position nicht herausarbeitete. Nur selten deutete er eine individuelle Haltung an. Fast nie äußerte er sich zu konkreten Politikprojekten. Damit blieb unklar, wofür die Person Lafontaines stand. Es fehlte also das Angebot eines Programms. Die Delegierten erfuhren aus der Rede nicht, wie sich die politische Linie der Partei verändern würde, würde Lafontaine zum neuen Vorsitzenden gewählt werden. Die von Lafontaine vorgetragenen Allgemeinplätze wurden von manchem Kommentator als ein solches Programm gelesen. Es handelte sich dabei jedoch um Aussagen, die auch andere Redner auf dem Parteitag gemacht hatten, allen voran der Vorsitzende selbst.

Lafontaine verzichtete ebenfalls auf die Vorstellung von Konzepten, die die Partei hätten aus der Krise führen können. Auch in dieser Hinsicht war seine Rede kein Bewerbungsakt. Vielmehr machte er den Zuhörern ein Identifikationsangebot. Jeder Zuhörer konnte die vorgetragenen Allgemeinplätze in Gedanken durch seine persönliche Interpretation ergänzen. Weil Lafontaine vage blieb, waren seine Aussagen mit verschiedensten Deutungen verträglich. Durch die Allgemeinheit der Aussagen Lafontaines konnte bei den Zuhörern auch das Gefühl entstehen, neben all den innerparteilichen Differenzen auch fundamentale Gemeinsamkeiten zu haben. Dieser vom Publikum unterstellte Konsens bot die Möglichkeit einer Gemeinschaftserfahrung. Diese Gemeinschaftserfahrung ließ sich zumindest im Moment des Schlussapplauses für Lafontaines Rede erahnen.

Mit der Anlage seiner Rede als Festrede schien Lafontaine auch die Erwartungen seines Publikums zu befriedigen:

Um 15 Uhr begann der Vorsitzende der Antragskommission damit, den Bericht der Antragskommission zu geben. Dieser Titel dieses Tagesordnungspunktes umschreibt ja nicht, was da wirklich passiert. Ein Parteitag besteht auch darin, dass die Mitglieder der Parteiführung rhetorisch zeigen, was sie können. Bis 1991 war halt einer der wesentlichen Punkte, dass man Willy Brandt erlebte, der irgendetwas bewegendes erzählte oder dass einem Johannes Rau irgendwie die Welt erklärte. Das ist ja auch ein Bedürfnis, dass man die Spitzen sieht, dass man von einer Rede mitgenommen wird und Lafontaine ist ein begnadeter Redner. (Interview Jonas Schulz)

Zunächst wird deutlich, dass der Erfolg Lafontaines keinesfalls auf Täuschung und Überrumpelung der Delegierten durch eine unerwartet mitreißende Rede beruhte. Von Täuschung könnte man nur reden, wenn die Delegierten nicht gemerkt hätten, dass sie einer vor allem rhetorisch brillanten Rede zuhörten. Die Delegierten begaben sich jedoch – nach der Interpretation von Jonas Schulz – freiwillig in die Rolle des Publikums, mit der erklärten Hoffnung auf eine begeisternde Rede. Diese Erwartung hegten sie auch gegenüber Lafontaine. Dass seine Rede als „Bericht der Antragskommission“ ausgewiesen war, hinderte sie nicht daran, auf einen rhetorischen Höhepunkt zu hoffen. Nach Jonas Schulz war der Titel dieses Programmpunktes nur formale Hülle. Tatsächlich wollten sie von Lafontaine eine mitreißende Rede. Wie oben gezeigt, war der Auftritt einer der wichtigsten Füh-

rungspersonen der Partei ein besonderes Ereignis. Von dem vergleichsweise seltenen Erlebnis einer live-Rede Lafontaines versprach man sich daher auch eine besondere Qualität. Eine Durchschnittsrede, die trockene Details referierte, hätte eher enttäuscht. Diese Erwartung eines emotionalen Höhepunktes, der eine positive Stimmung schafft, lässt sich zwischen den Zeilen in der Enttäuschung von Delegierten über die Rede Scharpings herauslesen. Der Delegierte Peter Conradi bezeichnete die Lafontainerede als „inhaltlich belanglose, aber emotional und rhetorisch mitreißende Rede“ und urteilte, dass diese gerade auch wegen des als wenig aufrüttelnd empfundenen Auftritts des Vorsitzenden den Nerv der Parteitagsteilnehmer traf:

Nach einem langweiligen Parteitagsauftakt und einer trostlosen Rede von Scharping - "Rudolf allein zuhaus" - wollte der Parteitag endlich Aufmunterung und Zuspruch. (Conradi 2008)

Lafontaines Rede lässt sich mithin weniger als Bewerbungsrede, sondern vielmehr als einen rollengerechten Parteitagsauftritt verstehen.

Den Charakter der Bewerbungsrede verfehlte Lafontaine auch dadurch, dass er über Personen kaum sprach. Er machte sich und seine Rolle in der Partei nicht zum Thema. Ebenso wenig redete er über andere Mitglieder der Parteiführung. Allenfalls zitierte er einige prominente Spitzenpolitiker der SPD, ehemalige und gegenwärtige, als Autoritäten, die die vom Redner beschworenen sozialdemokratischen Grundhaltungen verkörpern würden. Kritik an Fehlern der gegenwärtigen Führung unterließ Lafontaine. Ob es Veränderungen geben sollte, auch personell, ließ er offen. Sein der Öffentlichkeit bekanntes Anliegen einer Trennung der Ämter des Fraktions- und Parteivorsitzenden erwähnte er mit keinem Wort.

Interpreten der Lafontainerede verwiesen auf deren Implikationen. Etliche Aussagen Lafontaines würden den Schluss nahe legen, dass man ihn zum Parteivorsitzenden wählen müsse. Lafontaine habe geschickt vermieden, allzu deutlich zu werden. Andeutungen wie die geschickte Kontextuierung seiner Aussagen hätten bei vielen Delegierten diesen Schluss provoziert, ohne dass Lafontaine ihn hätte aussprechen müssen.

So plausibel diese Deutungen sind, so sehr bleiben sie auch Interpretation. Sie verweisen vor allem darauf, dass Lafontaines Rede nur durch einen Interpretationsakt zu einer Bewerbungsrede hätte werden können. Ob die Rede auf solche Implikationen hin angelegt war oder ob es überhaupt gelingen kann, mit einer solch vagen Rede solch konkrete Schlussfolgerungen zu erzeugen, muss offen bleiben. Feststeht, dass ohne die Mitwirkung der Delegierten die Rede keine Herausforderung Scharpings sein konnte. Es ist daher fraglich, wo die Ursache anzusiedeln ist. Sobald die Rede Lafontaines nur durch Interpretation der Delegierten zu einer Bewerbungsrede würde, wäre sie nicht mehr allein die Ursache der Kampfkandidatur von Mannheim. Diejenigen, die zwischen den Zeilen lasen, was Lafontaine vermeintlich dort hineingelegt hatte, erzeugten mit ihrer Deutung eine neue Wirklichkeit. Erst durch ihren tätigen, weil interpretierenden Eingriff in die Ereignisse in

Mannheim sorgten sie dafür, dass Lafontaines Rede als Anstoß zur Durchführung einer Kampfkandidatur wurde. Bevor ich auf diesen Punkt zu sprechen komme, will ich den Festredencharakter des Lafontaineauftrittes belegen.

#### **4.2.1 Allgemeinplätze zur Vermeidung strittiger Aussagen und Themen**

In seiner Rede sprach Lafontaine nur selten über konkretere Maßnahmen. So warb er für einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden Betrieben und denen, die nicht ausbilden. Ebenso sprach er sich für fiskalische Erleichterungen für ausbildende Betriebe in diesem Zusammenhang aus (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 421). Konkreter führte Lafontaine auch die Pläne zur ökologischen Steuerreform aus, deren Einnahmen für die Senkung der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung verwendet werden sollten. Dieser Teil der Rede nimmt im Protokoll fast eine ganze Seite ein (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 422).

Darüber hinaus bestand die Rede größtenteils aus Allgemeinplätzen. Das ist Lafontaine auch von anderer Seite vorgeworfen worden:

Also wenn Sie das Ding lesen, es ist eine solche Aneinanderreihung von albernen Allgemeinplätzen. (Interview Renate Schmidt)

Vorrangig sprach Lafontaine über gängige sozialdemokratische Schlagworte der 1990er Jahre wie z.B. Arbeitszeitverkürzung, gerechtere Verteilung des Wohlstandes, Stärkung der Binnennachfrage, Förderung von neuen Technologien als Industriepolitik:

Bei aller rhetorischen Meisterleistung – inhaltlich hat Lafontaine zumeist alte sozialdemokratische Hüte aufpoliert. (Vetter, Saarbrücker Zeitung 16.11.1995)

Lafontaines Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung zeigen beispielhaft, dass er bei diesen Themen programmatisch und sehr allgemein blieb:

Er besagt, dass man über Arbeitszeitverkürzungen [...] dazu beitragen kann, dass Demokratie in unserem Lande möglich wird; denn Demokratie heißt Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben, heißt Zugang zum Erwerbsleben für Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die ausgegrenzt sind. Das ist unser gesellschaftliches Projekt. (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 420)

Lafontaine vermied an dieser Stelle eine konkrete Ausformulierung des Vorschlags der Arbeitszeitverkürzung. Er schwieg sich aus zu der Frage, wie diese Regelung konkret gesetzlich umgesetzt werden könnte. Stattdessen betonte er lieber den allgemeinen Wert der „Demokratie“, der mit einer solchen Arbeitszeitverkürzung verwirklicht werden könnte. Selbst der Begriff „Demokratie“ blieb bei Lafontaine unscharf. Lafontaine umriss dessen Bedeutung mit weiteren normativen Begriffen wie „Teilhabe“ und die Bekämpfung von „Ausgrenzung“ durch Integration in den Arbeitsmarkt. Wie „Teilhabe“ und Integration zu bewerkstelligen seien, sagte Lafontaine nicht. Praktische Handlungsanleitungen gab die Rede nicht. „Teilhabe“ und Integration wurden vielmehr als Bedingung für die Verwirklichung von Demokratie genannt. Damit machte Lafontaine aus Teilhabe und Integration

eine Norm. Diese bezog sich weniger auf Handlungen, sondern mehr auf die Einstellungen. Man muss Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt wollen, wenn man Demokratie haben will.

Die drei Wunschzustände Demokratie, Teilhabe und Integration formulierte Lafontaine so allgemein, dass die Identifikation der Zuhörer mit ihnen erleichtert wurde. Durch diese Allgemeinheit ließ Lafontaine alle Konkretisierungen weg, die Streit provozieren hätten könnten. Er beschrieb nicht, in welchen konkreten Fällen Teilhabe verwirklicht sei und in welchen nicht. Ungeklärt ließ er auch, wie viel Teilhabe für die Erfüllung von Demokratie erforderlich ist. Damit blieb auch offen, wie weit die Ansprüche der Bürger auf Teilhabe reichen und wo sie zurückzuweisen wären. Eine Präzisierung dieser Fragen hätte tief in das Feld sozialpolitischer Auseinandersetzungen geführt. Weil Lafontaine diese Präzisierungen unterließ, war es für die Delegierten leicht, sich mit diesen Zielen zu identifizieren. Seine Rede von „Teilhabe“ war dank ihrer Allgemeinheit interpretationsoffen. Daher war sie verträglich mit den unterschiedlichen bis gegensätzlichen Vorstellungen der konkreten Ausgestaltung von Teilhabe, wie sie auch in den 1990er Jahren in der SPD zu finden waren.

Ich möchte noch eine Aussage aus Lafontaines Rede auswählen, für die er besonders viel Beifall bekam. Es handelt sich um eine Aussage zur europäischen Währungsunion. Die seinerzeit geplante Einführung des Euro war in der SPD umstritten. Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder hatte sich skeptisch geäußert, der SPD-Vorsitzende Scharping hatte ebenfalls Zweifel an diesem Projekt geäußert (Filmer/Schwan 1996, S. 365). In Mannheim sagte Lafontaine zu dieser Diskussion:

Ich will hier einiges klarstellen: Jeder Zungenschlag, wir würden uns von Europa verabschieden, ist falsch. Wir sind und bleiben die Europapartei Deutschlands, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben nämlich, als wir groß geworden sind, von den Anfängen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie an nicht in erster Linie nur Nationalhymnen gesungen, nein, es gab die Internationale und die hieß eben: Alle Menschen werden Brüder. Das ist unsere Tradition. (Rede Lafontaine, Parteitagprotokoll S. 424)

Im Anschluss an diese Sätze erhielt Lafontaine 30 Sekunden lang starken Beifall. Die Aussage war offensichtlich angenommen worden von der Mehrheit der Delegierten. Diesen starken Zuspruch gewann Lafontaine hier durch den Verzicht auf eine eigene konkrete Positionierung zum Projekt der gemeinsamen europäischen Währung. Er entwickelte keine eigene Position zu diesem Thema durch die Abwägung von Für und Wider der Aufgabe der D-Mark. Niemand wusste nach der Rede, welche Haltung Lafontaine genau zur Einführung des Euro hatte. Warum dieses Projekt Streit auslöste, blieb ebenso offen. Lafontaine benannte die Konfliktlinien des innerparteilichen Streits nicht. Zudem kritisierte er keinen Parteifreund und hob auch andererseits keinen als vorbildlich heraus. Damit wussten die Zuhörer ebenso nicht, auf wessen Seite der Redner stand. Lafontaine vermied auf

diese Weise alles, was den Widerspruch eines Teils der Delegierten hätte hervorrufen können. Zugleich bot er den Zuhörern eine Möglichkeit der positiven Identifikation, indem er eine traditionell positive Rolle der SPD in der Europapolitik behauptete. Das Projekt der Sozialdemokratie erschien in Lafontaines Formulierung als grundsätzlich positiv, weil getragen von einer hohen Moral: Das eigentlich von Schillers Ode an die Freude stammende Zitat „Alle Menschen werden Brüder“ beschrieb eine grundsätzlich friedfertige und egalitäre Haltung. Niemand soll übervorteilt werden. Nationaler Egoismus liege der Sozialdemokratie fern. Diese Beschreibung der „Sozialdemokratie“ erlaubte ein positives Selbstbild der Parteimitglieder. Als Sozialdemokraten repräsentieren sie allesamt die schöne Idee eines Europas der Gleichen.

#### **4.2.2 Allgemeinplätze und Metaphern vermeiden den Streit, den eine Sachdebatte erzeugt hätte**

Die Allgemeinheit von Lafontaines Aussagen haben den Erfolg seiner Rede begünstigt. Ein Redner kann dann Erfolg haben, wenn er seinen Zuhörern Vergnügen bereitet und vermeidet, dass diese sich ärgern. Zwei Wege gibt es, Ärger zu vermeiden. Einerseits muss die Rede dafür sorgen, dass die innerparteilichen Machtverhältnisse für den Moment der Rede vergessen werden. Die Zuhörer dürfen nicht an die Grenzen erinnert werden, die ihnen der Redner als Spitzenpolitiker zieht. Wo das Mehrheitsprinzip herrscht, gibt es bei denen, die in Abstimmungen unterlegen waren, Frustrationen. An diese Unterlegenheit darf die Rede sie nicht erinnern. Vielmehr muss die Rede Gemeinsamkeit zwischen Verlierern und Siegern stiften. Damit kann sie wenigstens momentan bei beiden Gruppen das Gefühl erzeugen, dass sie nicht Konkurrenten, sondern Partner sind. Diese Strategie ist umso wichtiger, je oligarchischer die Entscheidungsfindung in einer Partei stattfindet. Sie ist aber auch jenseits starker Machtgefälle erforderlich, wenn die Arbeitsteilung verschiedene Interessengruppen hervorbringt, die miteinander im Konflikt liegen.

Andererseits muss die Rede auf eine differenzierte Entfaltung von sachlichen Problemen verzichten. Die theoretische Erörterung von Sachproblemen sorgt für Widerspruch und Streit, je differenzierter sie ist. Denn eine differenzierte Entfaltung von Problemen erhöht die Zahl von Detail-Aussagen, in denen man verschiedener Meinung sein kann. Das potenziert die Möglichkeit, sich zu streiten. Eine detaillierte Darlegung eines Problems schafft mehr Angriffspunkte, als wenn das selbe Problem nur thesenhaft benannt werden würde. Wissenschaftliche Durchdringung von Problemen schafft nicht Konsens, sondern die Möglichkeit sozialer Differenzierung in verschiedene Schulen.

Um diese Klippen zu umschiffen, bietet es sich an, möglichst Allgemeinplätze in der Rede zu verwenden. Damit meine ich oberflächliche, unscharfe Äußerungen, die interpretationsoffen sind. Der Redner muss auf präzise Beschreibung der innerparteilichen Machtverhältnisse und ihrer Konflikte verzichten. Er kann stattdessen auf Metaphern zurückgrei-

fen, die eine Beschreibung des Parteilebens nur vorspiegeln. Metaphern leben von mangelnder Präzision, ihre Bedeutung ist unscharf und interpretationsoffen. Metaphern müssen durch die Fantasie der Zuhörer ergänzt werden, damit sie sachhaltig werden können. Werden sie nicht ergänzt, bleiben sie ästhetische Elemente. Nicht alle Metaphern sind klar und deutlich als ästhetische Elemente eingesetzt. Manche verbergen diesen Charakter und geben vor, die Wirklichkeit treffend zu charakterisieren. Aber weil die Metaphern interpretationsoffen sind, sind sie auch mit verschiedenen Lesarten der Zuhörer verträglich. Je offener und unbestimmter die Metaphern sind, desto mehr Leute können sie sich auch trotz aller Differenzen untereinander aneignen. Das wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung der Zuhörer.

Allgemeinplätze stiften Übereinstimmung. Ein Redner ist dann erfolgreich, wenn sich die Zuhörerschaft weitestgehend einig in ihrem positiven Urteil über ihn ist. Die Einigkeit sorgt für ein stärkeres positives Echo, weil Missfallensbekundungen ausfallen. Aber auch die gruppensdynamische Wirkung ist wichtig. Die Zuhörer können sich aneinander orientieren beim Urteil über den Redner. Sie können sich in ihrer Zustimmung zum Redner sicherer werden, wenn sie sehen, dass er andere ebenfalls begeistert hat. Die Begeisterung einiger Zuhörer kann stimulierend auf andere wirken, die dann in den Applaus einfallen. Die Begeisterung verstärkt sich dann selbst. Um solch einen Effekt zu erreichen, müssen die Aussagen eines Redners so gehalten sein, dass sie entweder den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Zuhörer benennen oder aber wenigstens die Fiktion eines Konsenses bezüglich der Aussage erzeugen. Eine Konsensfiktion gelingt vor allem dann, wenn die Aussage des Redners interpretationsoffen ist. Er kann die Aussage so allgemein halten, dass sie in verschiedene Richtungen interpretierbar ist. Dann kann jeder Zuhörer für sich glauben, dass damit die von ihm jeweils bevorzugte Interpretation in der Rede gemeint war.

Ein Redner, der alle seine Zuhörer für sich einnehmen will, muss also Allgemeinplätze benutzen. Journalistische Beobachter kritisierten, dass Lafontaine letztlich keine neuen Ideen präsentierte:

Viel Inhalt, viel Programmatik bietet Lafontaine diesmal nicht, und das, was er sagt, ist auf Parteitagungen der vergangenen Jahre genauso formuliert worden. Aber trotzdem ist Lafontaine plötzlich eine Lichtgestalt, die Inkarnation der Chance auf den Sieg, der fleischgewordene Optimismus. (Graw 1998, S. 152)

Altbekanntes ist aber auch Bewährtes. Man weiß, dass die Leute den altbekannten Aussagen zustimmen. Bei neuen Aussagen kann man das nicht sicher wissen. Zudem können neue Aussagen auch die Zuhörer verwirren. Sie müssen die ihnen unbekannte Aussage erst einordnen. Sie müssen sie erst bewerten, bevor sie sich dazu als Publikum zustimmend oder ablehnend verhalten können.

Das Gemeinschaftsgefühl der Zuhörer hatte Lafontaine auch durch die Entschärfung von umstrittenen politischen Positionen begünstigt. Tatsächlich sprach Lafontaine auch Themen an, über die in der Partei gestritten wurde. So sprach er sich gegen eine an die

Preissteigerung gekoppelte Lohnerhöhung aus (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 420). Zudem griff er den Streit um Auslandseinsätze der Bundeswehr in Bosnien auf. Er empfahl der Partei „Zurückhaltung“ in der Diskussion von Militäreinsätzen (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 428). Schließlich ging er auf einen innerparteilichen Streit um denkbare Einsätze von deutschen Militärflugzeugen in Bosnien ein.

Im Vorfeld des Parteitages und auch in Mannheim selbst hatte es zwischen Lafontaine und Scharping einen Machtkampf in der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Bosnien gegeben. Dabei ging es um die Bereitstellung von ECR-Tornados durch die Bundeswehr. Lafontaine wollte den Einsatz der Tornados explizit ausschließen. Scharping und die von ihm geführte SPD-Bundestagsfraktion wollte sich auf diesen Ausschluss nicht festlegen. Beide Seiten kämpften noch in Mannheim darum, einen Parteitagsbeschluss in ihrem Sinne zu erwirken (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.1995).

In seiner Rede spielte Lafontaine auf diesen Streit mit folgenden Worten an:

Wir haben in der Außenpolitik große Aufgaben vor uns, und diese großen Aufgaben sind nicht damit beschrieben, dass wir uns in unserer Debatte auf ein Flugzeug reduzieren. Wo kommen wir denn hin, wenn die Partei, die im Grunde genommen die Entspannungspolitik und den KSZE-Prozess vorangetrieben hat, jetzt ihre außenpolitische Debatte auf einen Flugzeugtyp reduziert? (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 425)

Lafontaines Aussage war vieldeutig und keineswegs eine klare Positionierung gegen den Einsatz deutscher Tornados im Ausland. Welche Entscheidung er wollte, sagte er gar nicht. Dagegen suggerierte er vor allem, dass sich die Außenpolitik der SPD nicht in der Tornado-Frage erschöpfen würde. Lafontaine sprach von „großen Aufgaben“. Um zu verdeutlichen, was mit dieser „Größe“ gemeint sei, verwies er auf die Brandtsche Ostpolitik und die KSZE. In beiden Fällen ging es um globale Ziele, nämlich die Annäherung der beiden Machtblöcke des Kalten Krieges. Eine drohende militärische Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt sollte verhindert werden. Vor dem Hintergrund dieser umfassenden außenpolitischen Ziele sei die Frage des Tornadoeinsatzes lediglich ein Detailproblem. Deshalb verwandte Lafontaine auch das Wort „Flugzeugtyp“. Die Unterscheidung von Flugzeugtypen ist eine eher technische Detailunterscheidung. Unterschiedliche Flugzeugtypen verfügen über unterschiedliche Ausstattungen und technische Merkmale. Entsprechend bieten sie unterschiedliche Möglichkeiten ihres Einsatzes. Eine Diskussion um „Flugzeugtypen“ wäre laut Lafontaine eher eine Diskussion, welches Modell für den geplanten Einsatz das geeignetste wäre. Diese Diskussion sei angesichts der „großen Aufgaben“ zweitrangig gewesen. Sie hätte auch erst geführt werden können, wenn es generell einen Beschluss zu Militäreinsätzen gegeben hätte. Die Frage der „Flugzeugtypen“ gehörte in die praktische Ausgestaltung von grundsätzlichen Beschlüssen. Sie war das Problem von Fachleuten und Praktikern. Mithin war der Streit um den Tornadoeinsatz als Diskussion um „Flugzeugtypen“ nicht wirklich eine außenpolitische Debatte. Diese sei nämlich den „großen Aufgaben“ vorbehalten. Ein innerparteilicher Streit um die „Flugzeugtypen“ hätte



die Frage daher nicht beantwortet, wie sich die SPD den „großen Aufgaben“ stellen wolle. Lafontaine appellierte folglich an die Delegierten, nicht so sehr Detailprobleme zu diskutieren, sondern vielmehr globale Orientierungen zu entwickeln.

Einmal mehr zeigte Lafontaine damit die Neigung, konkrete Problemstellungen zugunsten von allgemeinen und unbestimmten programmatischen Aussagen zu vermeiden. Zugleich machte er seinen Zuhörern mit seiner Polemik ein Identifikationsangebot. Die „europäische Einigung“ (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll S. 425), „die Weltgesellschaft der Freien und Gleichen“ (ebd. S. 426) oder eine „neue Sicherheitsarchitektur in Europa“ (ebd.) sind jeweils ehrenwerte, moralisch hochstehende Projekte. Solche moralisch unstrittig positiven Ziele zu verfolgen, hebt auch das Selbstbewusstsein der Beteiligten. Sie finden sich so eindeutig auf der Seite des Guten wieder.

#### **4.3 Medienkommentare deuten Lafontaines Rede als Hinweis auf dessen Ambitionen auf den Parteivorsitz**

Würde Applaus über den Parteivorsitz der SPD entscheiden, hieße der neue Chef seit gestern Oskar Lafontaine. (taz 16.11.1995)

Die Rede Lafontaines und die Begeisterung des Publikums wurden von den Medien interpretiert als Hinweise auf Lafontaines Ambitionen auf den Parteivorsitz. In Kommentaren wurde spekulativ die Frage aufgeworfen, ob Lafontaine sich mit seiner Rede als Herausforderer Scharpings habe präsentieren wollen. Die Kommentatoren verglichen die rhetorischen Fähigkeiten des Vorsitzenden mit der seines Stellvertreters und schlussfolgerten daraus, dass Lafontaine als der Bessere eigentlich Vorsitzender hätte sein müssen. Oder sie mutmaßten darüber, dass die Delegierten den feurigen Redner Lafontaine als Vorsitzenden bevorzugt hätten. Damit deuteten diese Kommentare die Lafontainerede als Indiz eines innerparteilichen Machtkampfes. Sie nahmen die innerparteiliche Ämterverteilung als prinzipiell umkämpft wahr und suchten nach Anzeichen für den akuten Ausbruch einer Konkurrenz um die Spitzenämter in der Partei. Diese Kommentare unterliefen die Inszenierung der Partei als solidarische Einheit von „Basis“ und „Führung“. Indem die Begeisterung des Publikums für Lafontaine als Wunsch nach einem anderen Parteivorsitzenden gelesen wurde, publizierten sie den Verdacht, dass die aktuelle Ämterverteilung in der Partei nicht wirklich akzeptiert war. Damit verlängerten sie den Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit Scharpings. Diese Kommentare lenkten die Aufmerksamkeit zurück auf dessen medial viel beschworene Führungsschwäche. Sie erzeugten Rechtfertigungszwänge. Die Partei konnte ihre Selbstdarstellung als solidarisch hinter dem Vorsitzenden versammelt nur noch über Dementis der Medienkommentare erreichen. Das Medienecho auf die Lafontainerede war demnach für die Parteitagsregie negativ, trotz allen Lobs für den Redner selbst. Es erzeugte akuten Handlungsdruck für die Parteiführung.

Im folgenden zeige ich, wie die Medienkommentare die Lafontainerede auslegten. Die Rede Lafontaines fand ein großes Medienecho schon am selben Abend. Die Fernsehnachrichten berichteten ausführlich über dessen Auftritt und die Reaktionen des Publikums darauf. Die Rede und ihr Beifall hatten offensichtlich einen hohen Nachrichtenwert. Berichte darüber nahmen in den Fernsehnachrichten einen größeren Raum ein als Berichte über inhaltliche Debatten des Parteitages.

Nur wenige Stunden nach der Rede hieß es in einem Filmbericht der ZDF-Nachrichtensendung „heute“:

So spricht ein Parteivorsitzender, denken viele Delegierte und springen von den Stühlen zum Applaus. Doch morgen wird Rudolf Scharping wiedergewählt. (ZDF 15.11.1995a)

Dieser Off-Kommentar zum Filmbericht ging über die reine Berichterstattung von sichtbaren Geschehnissen hinaus. Die Filmbilder und der sie begleitende Kommentar passten auf dem ersten Blick nicht zusammen. Die Aussage „so spricht ein Parteivorsitzender“ bezog sich auf die bis dahin in Ausschnitten gezeigte Rede Lafontaines. Aber während der Kommentator diese Worte sprach, sah man eine Großaufnahme von Scharping, wie er nach Lafontaines Rede applaudierte. Der Kommentar wies damit über das Bild hinaus. Im Bild war lediglich zu sehen, dass Scharping klatschte. Der Kommentar fügte diesem Bild etwas hinzu, was der Fernsehzuschauer nicht sehen konnte. Er kontrastierte dieses Bild des applaudierenden Scharping mit der nicht sichtbaren Wahrnehmung der Rede Lafontaines durch die Delegierten. Dadurch erhielt das Wort „Parteivorsitzender“ mehrere Referenzen. Der Kommentar verband es mit Lafontaine, weil „viele Delegierte“ dessen Rede als würdige Vorsitzendenrede angesehen hätten (einen O-Ton als Beleg bleibt der Filmbericht schuldig). Das dazu gezeigte Bild verknüpfte „Parteivorsitzender“ mit dem aktuellen Amtsinhaber Scharping. Diese Mehrdeutigkeit bei der Verwendung des Wortes „Parteivorsitzender“ stand im Kontrast zum Alltagswissen des Zuschauers. Der Zuschauer wusste, dass in einer Partei wie der SPD nur einer Vorsitzender sein kann. Wo das höchste und nur einmal zu vergebende Parteiamt mit zwei Personen verbunden wird, entsteht ein Konflikt. Zudem legte dieser Kontrast zwischen Wort und Bild einen Vergleich der rednerischen Qualitäten zwischen Lafontaine und Scharping nahe. Zu Scharpings Image gehörte, dass er ein eher langweiliger Redner war. Sein Parteitagsauftritt hatte bei den Delegierten keine Begeisterung ausgelöst. Was Scharping nicht gelang, gelang jetzt Lafontaine, so der Filmbericht des ZDF. Diese Fähigkeit Lafontaines, die Delegierten zu begeistern, wurde durch den Kommentar als prototypische Qualifikation eines „Parteivorsitzenden“ beschrieben. Es war eine kontrafaktische Beschreibung, weil der tatsächliche Parteivorsitzende diese Fähigkeit zu begeistern nicht besaß. Mithin war eine Fähigkeit gemeint, die ein Parteivorsitzender prinzipiell besitzen sollte. Begeistern zu können wurde im Kommentar angedeutet als eine notwendige Qualifikation, die jeder Bewerber für dieses Amt mitbringen müsse. Folgte man dieser Lesart, dann erschien der rhetorisch langweilige

Scharping ungeeignet und hätte sein Amt einem Besseren zur Verfügung stellen müssen. Dieser Bessere war laut Kommentar Lafontaine.

Die Deutung des ZDF passte zu der Analyse der Lafontaine-Rede durch den Linguisten Walter Kindt (Kindt 1995). Kindt behauptete, dass Lafontaines Aussagen Schlussfolgerungen implizierten, die seine Zuhörer ziehen mussten. Lafontaines Redeaufbau hätte diese Schlussfolgerungen geschickt suggeriert, so dass der Redner sie selber nicht hatte aussprechen müssen. Laut Kindt ergab sich aus den Schlussworten Lafontaines die Konsequenz, man müsse Lafontaine zum neuen Vorsitzenden wählen. Wie oben bereits zitiert, endete Lafontaine so:

Ihr seht also, liebe Genossinnen und Genossen – ich möchte zum Schluss kommen -: Es gibt noch Politikentwürfe, für die wir uns begeistern können. Wenn wir selbst begeistert sind, können wir auch andere begeistern. In diesem Sinne: Glück auf! (Rede Lafontaine, Parteitagprotokoll S. 428)

Lafontaines Lösung für die Krise habe also geheißsen, Begeisterung zu verbreiten. Darauf komme es also an, wenn man wieder als Partei populär werden wolle. Und deshalb sei der Schluss plausibel, dass Lafontaine der richtige Vorsitzende sei, denn, so Kindt:

Da es nun Rudolf Scharping nicht gelungen ist, solche Politikentwürfe zu formulieren, bzw. für seine Politik Begeisterung zu wecken, muss jemand an seine Stelle treten, der beide Fähigkeiten besitzt. Mit seiner Rede hat Lafontaine gerade bewiesen, dass er all dies kann und damit ein geeigneter Parteivorsitzender wäre. (Kindt 1995)

Dies war im Grunde die Schlussfolgerung, die auch der Kommentator des ZDF zog.

Der ZDF-Kommentator skizzierte überdies ein Problem:

Doch morgen wird Rudolf Scharping wiedergewählt.

Bei diesen Worten erfolgte ein Kameranäherung auf Lafontaine, der stehend den Applaus der Delegierten entgegennahm. Damit wurde wiederum ein Kontrast zwischen Kommentar und Bild erzeugt. Man sah jetzt den, den die Delegierten laut Kommentar als den geeigneteren Vorsitzenden ansahen. Die durch den Kommentar angesprochene Wiederwahl Scharpings erzeugte einen starken Kontrast. Der schlechtere Redner sollte im Amt bestätigt werden, obwohl die Delegierten den wollten, der jetzt im Bild zu sehen war, untermalt vom Applaus des Parteitages. Der Widerspruch zwischen dem Wahlvorschlag des Parteivorstandes und den Wünschen des Parteitages provozierte verschiedene Deutungen: Das Festhalten an Scharping konnte als Missachtung des Willens der „Basis“ gelesen werden oder als mangelnde Konsequenz der Delegierten. Der Zuschauer musste diese Deutungen selbst vornehmen. Der Filmbericht stellte lediglich Dinge nebeneinander, die ohne jede Erläuterung noch keinen schlüssigen Zusammenhang aufwiesen. Das Fehlen des schlüssigen Zusammenhangs erzwang Interpretationen dieses Filmberichts durch die Fernsehzuschauer.

Das ZDF „heute journal“ vom selben Abend griff den Vergleich zwischen Scharping und Lafontaine wieder auf. Ergänzt wurde der Vergleich durch die vage Andeutung, dass

es am Folgetag eine Kampfkandidatur geben könnte. Der Filmbericht zeigte einen Ausschnitt aus der Rede Lafontaines zum Thema Bosnieneinsatz der Bundeswehr. Darauf folgte eine Großaufnahme Scharpings, der applaudierte. Diese Einstellung kommentierte der Off-Sprecher so:

Die Wucht der Lafontaineschen Rhetorik riss in diesem Moment selbst Rudolf Scharping vom Stuhl. „Sehr schön, sehr schön“, war auf den Lippen desjenigen zu lesen, der Reden so nicht zu halten vermag. (ZDF 15.11.1995b)

Einige Sekunden später wurde Lafontaine beim Halten seines Schlusswortes („Es gibt noch Politikentwürfe...“) gezeigt. Der Off-Sprecher meinte dazu:

Was auch immer Lafontaine mit seiner heutigen Rede bewirken wollte: Die Delegierten feierten ihn spontan nach seiner Rede fast euphorisch mit standing ovations. Unklar ist in Mannheim bis zur Stunde, ob nach diesem großen Auftritt Lafontaines Rudolf Scharping morgen der einzige Kandidat für den Parteivorsitz bleiben wird. (ZDF 15.11.1995b)

Ob und in welcher Weise diese Filmberichte Interpretationen bei den Parteitagsteilnehmern ausgelöst hatte, lässt sich aus den vorliegenden Quellen nicht entnehmen. In den Fernsehberichten gibt es wenigstens einen Hinweis darauf, dass die Fernsehübertragung des Parteitages auf dem Parteitag selbst verfolgt worden ist. In der ARD-Nachrichtensendung „Brennpunkt“ vom 16. November 1995 gab es ein Interview mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck in einem kleinem Raum (ARD 16.11.1995a, ab Minute 47:14). Hinter Kurt Beck sieht man einen Fernseher. Auf dem Bildschirm erkennt man deutlich die Direktübertragung des Parteitages. Eine Großaufnahme eines Parteitagsredners ist zu sehen. Generell wäre es möglich gewesen, dass die oben besprochenen Nachrichtensendungen von verschiedenen Parteitagsteilnehmern, aber auch von Journalisten (im Hotel oder in den Büros im Mannheimer Rosengarten) gesehen worden sind. Vorstellbar ist, dass die Auslegung des ZDF-Berichts Rechtfertigungszwänge erzeugt haben könnte. Das durch den Filmbericht erzeugte Problem des Widerspruchs zwischen der (vorgeblichen) Präferenz für Lafontaine und der angestrebten Wiederwahl Scharpings hatte die Parteiführung, aber auch Delegierte womöglich zu Stellungnahmen gezwungen. Denkbar ist, dass Journalisten die Mutmaßungen des ZDF aufgriffen und als Frage an die Parteitagsteilnehmer herantrugen. Möglich ist auch, dass die Parteitagsteilnehmer selbst das vom ZDF konstruierte Problem zum Thema hätten machen können. Schließlich ist auch vorstellbar, dass die Parteiführung angesichts der Mutmaßungen des Fernsehens vorbeugend nach Sprachregelungen suchte, um negative Eindrücke in den Medien zu vermeiden oder diese zu korrigieren. Insgesamt zwingen solche Lesarten wie die des ZDFs zu Reaktionen. In dem Moment, wo man einen bereits bestehenden negativen Eindruck korrigiert, ist man nicht mehr Gestalter des eigenen Medienbildes. Man arbeitet sich an bereits vorgegebenen Bildern ab. Man kann daher nur noch Änderungen vornehmen, aber kein vollständig selbst inszeniertes Bild mehr platzieren.

Am nächsten Tag griff die Presse dieses Thema auf und kommentierte ähnlich wie zuvor das Fernsehen. Auch hier wurde das Problem aufgeworfen, ob Lafontaine mit seiner Rede die innerparteiliche Ämterverteilung in Frage gestellt hätte. Einige Kommentatoren führen diese Lesart zurück auf den Kontrast zwischen der Qualität der Rede Lafontaines und dessen Stellung in der Partei. Lafontaine habe eher wie ein Parteivorsitzender geredet, obwohl er doch nur dessen Stellvertreter sei. Damit spielten diese Kommentare auf die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung an, ohne sie konkret zu benennen:

Es sprach auf dem Mannheimer SPD-Parteitag Oskar Lafontaine, von Amts wegen Parteivize. Gehört haben die Delegierten freilich einen Mann, der mit rednerischer Brillanz, thematischer Breite und emotionaler Wucht einstündig eine persönliche Botschaft formulierte: Seht her, welchen SPD-Chef ihr haben könntet. (Südwest Presse 16.11.1995, zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995)

Der Kommentator wies auf Lafontaines tatsächliches Amt hin: Er war stellvertretender Parteivorsitzender. Die von ihm gehaltene Rede schien nach Meinung des Kommentators zu diesem Amt im Gegensatz zu stehen. Der Gegensatz zeigte sich darin, dass sich Lafontaine als ein möglicher Vorsitzender präsentiert habe. Der Kommentator begründete diese Unterstellung nicht weiter. In Lafontaines Rede finden sich jedoch keine manifesten Hinweise auf dessen Ambitionen auf den Parteivorsitz. Der Kommentator leitete seine Behauptung auch nicht aus konkreten Aussagen ab. Also wird vor allem die Qualität der Rede, ihre Intensität und ihre Wirkung auf die Zuhörer zu der Annahme geführt haben, es sei eine „Bewerbungsrede“. Als „Bewerbungsrede“ hätte Lafontaine jedoch den Anspruch Scharpings auf das Vorsitzendenamt bestritten. Er hätte andererseits seinen eigenen Anspruch darauf offenbart. Die Rede hätte seine Unzufriedenheit mit seiner aktuellen Stellung in der Partei verdeutlicht und sein fehlendes Einverständnis mit der aktuellen Ämterverteilung. Damit hätte er eine Rede gehalten, die er „von Amts wegen“ als Stellvertretender Vorsitzender nicht hätte halten dürfen. Denn als der Stellvertreter des Vorsitzenden hätte er diesen unterstützen müssen. Diese Unterstützung hätte auch darin bestanden, dessen Anspruch auf sein Amt mitzutragen und öffentlich zu verteidigen. Dies sind Schlussfolgerungen, die der Kommentator selber so explizit nicht formulierte. Ein an der Bewahrung der Parteistatik interessierter Leser hätte aber in diese Richtung weitergedacht. Wer als solcher Leser die Unterstellung der „Bewerbungsrede“ plausibel gefunden hätte, hätte in dieser Rede Lafontaines dann auch eine Anmaßung bzw. eine Form von Illoyalität gesehen. Die Erwartungen an den Parteivize, den innerparteilichen Status quo als gut und richtig darzustellen, hätte Lafontaine grob verletzt. Seine Rede hätte aus der Sicht dieses Lesers die Inszenierung der Geschlossenheit der Partei stark hintertrieben.

Ein anderer Kommentar sah die Parteistatik durch die Lafontainerede auch faktisch auf den Kopf gestellt. Er bezeichnete Lafontaine als „heimlichen Vorsitzenden“:

Lafontaine hat eine Rede gehalten, mit der er die Absicht des Parteitages, mit Klarheit aus der Krise zu kommen, ad absurdum führt. Ziel seines Auftritts war nicht, den Parteichef zu

stützen, für dessen Wiederwahl er im Parteivorstand die Hand gehoben hatte. Ziel war, den Beweis zu erbringen, dass er, Lafontaine, der bessere Parteivorsitzende sei.

[...] Die Folge von Lafontaines Rede wird sein: Scharping wird mindestens fünf Prozent weniger an Delegiertenstimmen erhalten, Lafontaine ungefähr 90 Prozent – und die SPD wird künftig einen ordentlichen und einen heimlichen Vorsitzenden haben. „Es gibt noch Politikentwürfe, für die wir uns begeistern können, und wenn wir selbst begeistert sind, können wir auch andere begeistern“, rief Lafontaine am Schluss seiner Rede. Wer diesen Abgang wählt, darf sich nicht einfach wieder in die Reihe setzen. Er muss gegen Scharping um den Vorsitz kandidieren. (Süddeutsche Zeitung 16.11.1995)

Dieser Kommentar implizierte eine negative Diagnose der Lage der Partei: Weil sich Lafontaine zum „heimlichen Vorsitzenden“ aufgeschwungen habe, konnte die offizielle Ämterverteilung anschließend nur noch Fassade sein. Diese Ämterverteilung repräsentierte nicht mehr den Willen der Mitgliedschaft. Die Mitglieder folgten eher dem „heimlichen Vorsitzenden“. Ihr Herz gehörte nicht mehr dem offiziellen Parteichef. Dieser war damit als Repräsentant der Gesamtpartei beschädigt. Weil er nur noch formal der oberste Parteivertreter war, hatte er nicht mehr das Mandat, für die Partei zu sprechen. Seine Aussagen repräsentierten nicht mehr die Willensbildung der Partei. Der Vorsitzende war deshalb kein verlässlicher Verhandlungspartner für andere Parteien oder für gesellschaftliche Interessengruppen mehr. Niemand konnte sich nun noch darauf verlassen, dass er seine Partei auch wirklich auf die von ihm vertretenen Positionen verbindlich hätte verpflichten können. Für die Verhandlungspartner des Vorsitzenden wurde Misstrauen aus Vorsicht sinnvoll. Sie hätten nun darauf gefasst sein müssen, dass der Vorsitzende seine Gefolgschaft endgültig verliert.

Folgt man dem Kommentator weiter, dann war diese missliche Situation durch Lafontaines Rede entstanden. Diese Rede diente nicht der Unterstützung des ohnehin angeschlagenen Parteivorsitzenden. Der Kommentator unterstellte Lafontaine die Absicht einer Werbung für sich als den besseren Vorsitzenden. Auch dieser Autor gab keine überzeugenden Gründe für seine Unterstellung an. Interessant ist jedoch die Bewertung der Lafontainerede als kontraproduktiv für die Ziele des Parteitages. Demnach war die Rede kein Beitrag zur Lösung der Krise der SPD und vor allem sei sie illoyal in ihrer Intention und Wirkung gewesen. Hier klingt Kritik an Lafontaines Beitrag an. Das, was andere mit dem Parteitag erarbeiten wollten, hätte er zerstört. Der Versuch der Krisenlösung durch den Parteitag sei durch Lafontaine eher behindert worden. Mithin habe Lafontaines Rede die Krise eher geschürt. Auch ohne dass der Kommentator Partei für die Parteitagsregie oder die Delegierten ergriff, übte er doch Kritik an Lafontaine. Dessen Verhalten wirkte illoyal gegenüber seiner Partei. Der Kommentar suggerierte auch außenstehenden Beobachtern, dass Lafontaine gegen seine eigenen Leute gearbeitet habe. Hier klang die Verletzung der Regel an, dass man der Partei nicht schaden dürfe mit seinem öffentlichen Auftritt. Vorausgesetzt, man hielt als Leser die Unterstützung des Vorsitzenden für richtig, konnte man die Interpretation Lafontaines Rede als eine solche Regelverletzung plausibel finden.

#### **4.4 Lafontaines Taktieren im Anschluss an die Rede**

Im Anschluss an seine Rede wurde Lafontaine von mehreren Parteitagsteilnehmern zur Kandidatur gegen Scharping aufgefordert. Lafontaine reagierte darauf ausweichend und traf keine eindeutige Entscheidung. Einigen Parteitagsteilnehmern gegenüber lehnte er eine Kandidatur ab, schloss sie aber auch nicht konsequent und unmissverständlich aus. Gegenüber anderen signalisierte er Bereitschaft unter der Bedingung, dass ihm die Mehrheit der Delegiertenstimmen auch vor der Wahl schon zugesichert werden würde. Obwohl er nach eigenem Bekunden wusste, dass viele Parteitagsteilnehmer die Idee der Kampfkandidatur diskutierten, verzichtete er auf eine allgemein vernehmbare öffentliche Stellungnahme zu dem Thema. Damit blieben die meisten Parteitagsteilnehmer über Lafontaines Absichten im Unklaren. Das betraf auch die Mitglieder der Parteiführung. Erst kurz vor dem Wiederöffnung des Parteitages am anderen Tag erklärte Lafontaine in einem Gespräch mit Scharping seine Bereitschaft zur Kandidatur. Der Parteitag erfuhr erst durch die Ankündigung Scharpings, dass es eine offene Konkurrenz um das Vorsitzendenamt geben sollte, wie sich Lafontaine letztlich entschieden hatte.

Dass Lafontaine auf eine klare Haltung zur Frage der Kampfkandidatur verzichtete, war für ihn vorteilhaft. Er bewahrte sich dadurch die Möglichkeit, bei günstiger Gelegenheit (etwa offenkundiger Mehrheiten) gegen Scharping zu kandidieren. Auf der anderen Seite blieb ihm der Rückweg offen, eine blamable und folgenreiche Niederlage gegen Scharping zu vermeiden, falls sich keine Mehrheit der Delegierten für ihn finden ließ. Indem er sich erst spät offiziell zur Kandidatur bereit erklärte, erhielt er sich für lange Zeit die Möglichkeit, sich mit einem wiedergewählten Vorsitzenden Scharping ohne Gesichtsverlust pragmatisch zu arrangieren. Weil er sich bis zum Morgen des 16. November 1995 nicht offen als Konkurrent von Scharping zu erkennen gab, hätte er sich bruchlos auch als dessen Verbündeter darstellen können.

##### **4.4.1 Lafontaines Verzicht auf einen unmissverständlichen Ausschluss der Kandidatur**

Zu den ersten Aufforderungen zur Kandidatur kam es offenbar gleich nach der Rede Lafontaines:

Ich ging kurz nach der umjubelten Rede von Lafontaine zu ihm auf das Podium und sagte ihm: "Nach dieser Rede musst du morgen gegen Rudolf Scharping kandidieren." Lafontaine lehnte das ab. (Conradi 2008)

Wie explizit diese Ablehnung war, berichtete Conradi nicht. Offen ist auch, ob das Gespräch zwischen Conradi und Lafontaine unter vier Augen stattfand oder ob es Zuhörer gab. Festzuhalten ist, dass Lafontaine seine Ablehnung der Kandidatur nicht öffentlich und allgemein vernehmbar aussprach. Er beließ es dabei, sie Conradi mitzuteilen. Conradi berichtete, dass Lafontaines Ablehnung - zumindest im Rückblick - nicht recht überzeugte:

Ob er das ernst meinte, ob er kokettierte oder ob eine Kandidatur gegen Scharping sein Plan war, ist mir bis heute nicht klar geworden. (Conradi 2008)

Das Bild, das Conradi hier zeichnete, passt zu dem Eindruck aus anderen Quellen. Zwar verweigerte sich Lafontaine zunächst dem Ansinnen einer Kampfkandidatur. Aber offenbar schloss er sie nicht ausdrücklich aus. Seine Ablehnung war nicht überzeugend und eindeutig genug, um das Thema Kampfkandidatur schon früh abzuschließen. Das wird in einer weiteren Quelle erkennbar, die von einer Ablehnung Lafontaines berichtet:

Jörg Jordan, ehemaliger Minister aus Hessen, erzählt jedoch, dass Lafontaine ihm noch am Mittwoch Nachmittag nach einem Besuch der William-Turner-Ausstellung in der Mannheimer Kunsthalle versichert habe: „Ich mach' das nicht.“ (Günsche, Die Welt 17.11.1995)

Auf dem ersten Blick wirkt dieses Zitat wie eine klare Absage. Das, worum er gebeten wurde, wollte er nicht tun. Doch auf dem zweiten Blick wirkt diese Ablehnung der Kandidatur nicht so eindeutig. Die Aussage „ich mach' das nicht“ war keine radikale Ablehnung des Vorsitzendenamtes selbst. Seine Worte ließen offen, ob Lafontaine prinzipiell an diesem Amt interessiert war oder nicht. Lafontaine sprach nicht über seine Karriereambitionen, er bezog sich lediglich auf die jetzt auf dem Parteitag geforderte Kandidatur. Seine Ablehnung einer Kandidatur war aber nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung des Amtes. Eine Kandidatur kann man auch aus taktischen Gründen für falsch halten, z.B. wenn die eigenen Siegchancen sehr gering sind. Eine aussichtslose Kandidatur birgt die Gefahr, frühzeitig als „Verlierer“ dazustehen. Wer als „Verlierer“ wahrgenommen wird, wird womöglich bei der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidat aufgestellt, weil niemand mehr an die Chancen des „Verlierers“ glaubt. Daher kann der Verzicht auf eine Kandidatur mitunter zweckmäßig sein, um die eigenen Karriereaussichten aufrechtzuerhalten. Lafontaines Ablehnung der Kandidatur ließ nicht erkennen, ob er taktische oder andere Gründe dafür hatte. Er verzichtete auf ausführliche Begründungen. Damit blieb offen, wie er die Idee der Kampfkandidatur beurteilte. Mit seinen Worten waren verschiedene Lesarten vereinbar. Einerseits konnte man die Ablehnung der Kandidatur auch als moralische Haltung lesen: Lafontaine habe nicht gegen Scharping antreten wollen, weil es ungehörig oder illoyal war. Andererseits konnten seine Worte aber auch als Taktieren begriffen werden. Dann lautete die Botschaft, dass Lafontaine unter den gegenwärtigen Bedingungen des Mannheimer Parteitages nicht zur Kandidatur bereit gewesen sei. Für die Befürworter einer Kampfkandidatur hätte dies aber auch den Subtext enthalten können, dass eine Änderung der Bedingungen auch die erwünschte Kandidatur wahrscheinlicher machen könnte. Entsprechend hätte sich Lafontaines Ablehnung auch als Appell an die Scharpinggegner lesen lassen, die günstigen Bedingungen für die Kandidatur Lafontaines aktiv zu schaffen.

Ähnlich uneindeutig klingt die Ablehnung der Kandidatur am Abend des 15. November 1995:

Doch Lafontaine ist nicht sicher, auch wirklich die Mehrheit der Delegiertenstimmen zu bekommen. Als er am Abend gemeinsam mit Ehefrau Christa im Dienstwagen zum Pfalzbau



nach Ludwigshafen fährt, wo sich die Delegierten zum traditionellen Parteiabend versammeln, zaudert er noch immer. „Du musst morgen antreten“, verlangt der Umweltperte Michael Müller, der ebenfalls im Auto sitzt. Aber der Saarländer hat Bedenken: „Das kann man doch nicht einfach machen.“ (Anda/Kleine 2002, S. 194f.)

Auch in dieser Quelle klingt Lafontaines Absage zunächst recht eindeutig, ohne es am Ende wirklich zu sein. Die Aussage „Das kann man doch nicht einfach machen“ stellte Bedenken in den Vordergrund. Zunächst ließ dieser Satz keine prinzipiellen Hindernisse erkennen. Die Kandidatur war grundsätzlich möglich. Wenn Lafontaine gewollt hätte, hätte er gegen Scharping antreten können. Die Kandidatur war keine unrealistische Phantasie, sondern eine reale Option. Daher kam es vor allem auf die Entscheidung Lafontaines an. Die Frage stellte sich, ob die Kampfkandidatur die richtige Wahl wäre. Lafontaines Worte legten nahe, dass die Entscheidung für eine Kampfkandidatur falsch sei. Für sein Urteil gab es offenbar allgemeine Gründe. Lafontaine sprach nicht für sich als konkrete Person mit individuellen Urteilen und Präferenzen. Durch die Verwendung des Wortes „man“ formulierte er eine allgemeine Regel. Nicht die konkrete Person Lafontaine, sondern jeder an seiner Stelle konnte das „nicht einfach machen“. Also sprach er über eine typische Situation und die in ihr gebotene typische Handlungsweise. Würde er kandidieren, würde er die gesellschaftlichen Regeln verletzen. Daher verbiete sich eine Kandidatur. Mithin machte Lafontaine die Frage der Kandidatur zu einer Frage sozialer Normen.

Die Verwendung einer allgemeinen Vorschrift („man“) unterschlug seine persönlichen Wünsche. Um diese zu äußern, hätte er „ich“ sagen müssen. Unklar blieb damit, was Lafontaine also wirklich wollte. Die Erwähnung eines allgemeinen Gebots ließ auch noch keinesfalls erkennen, ob er sich aus innerer Überzeugung mit ihm identifizierte. Die eigenen Wünsche hätten den gesellschaftlichen Regeln widersprechen können. Wünsche werden durch die Regeln nicht ausgelöscht, lediglich eingehegt. Das heißt auch, dass jeder weiß, dass der andere verborgene Wünsche haben kann. Der Gesprächspartner von Lafontaine konnte daher weiter mutmaßen oder auch hoffen, dass Lafontaine Interesse am Amt des Vorsitzenden grundsätzlich interessiert war. Jedenfalls hatte Lafontaine ein solches Interesse nicht verneint oder ausdrücklich ausgeschlossen. Die von Lafontaine durch Verweis auf allgemeine Regeln geäußerten Bedenken könnten diese Lesart bestärkt haben. Für den Gesprächspartner war jetzt das Szenario interessant, wie sich Lafontaine verhalten würde, wenn diese Regeln plötzlich geändert würden. Ein solches Szenario mochte zunächst unrealistisch erschienen sein, denn allgemeine gesellschaftliche Regeln lassen sich nicht schlagartig ändern. Für die kurze Frist des Mannheimer Parteitages war ein derartiger Wandel nicht sehr wahrscheinlich. Das gilt jedoch nur, wenn man unterstellt, dass Menschen die Regeln immer aus tiefster Überzeugung befolgen. Dies ist jedoch nicht der Fall, die Regeln werden oft befolgt, weil es vorteilhafter ist. Regelverstöße werden vermieden, weil sie Nachteile in Gestalt von Sanktionen nach sich ziehen (Popitz 2006, S. 73).

Aus dieser Perspektive könnten andere die von Lafontaine geäußerten Bedenken auch als „vorgeschoben“ verstanden haben. Lafontaine hätte in den Augen dieser Delegierten diese Regel nicht erwähnt, weil er an sie glaubte, sondern weil er die Skandalisierung der Kampfkandidatur als schwerwiegenden Regelverstoß fürchtete. Mit seinen Bedenken machte Lafontaine seine Gesprächspartner auf dieses Problem aufmerksam. Das Risiko der Skandalisierung erschien dann als das wesentliche Hindernis für eine Kandidatur Lafontaines. Dies können die Scharpinggegner auch als Appell an sie verstanden haben, dieses Hindernis zu beseitigen. Die Furcht vor der Skandalisierung gründete in Mutmaßungen über die Wahrnehmung einer solchen Kandidatur durch Delegierte, Führungsmitglieder und Medien. Diese Wahrnehmung hätte dann auch der Ansatzpunkt sein können, um Skandalisierung zu vermeiden. Die Scharpinggegner hätten folglich nach Lösungen suchen können, wie die Wahrnehmung von Delegierten und Medien zu beeinflussen sei. In dieser Lesart wäre die Kampfkandidatur vor allem eine Frage der Darstellung gewesen.

Mit seinen Bedenken hatte Lafontaine folglich seine Kandidatur nicht kategorisch ausgeschlossen. Dies gilt ganz unabhängig davon, wie er seine Äußerung gemeint hatte. So, wie Lafontaine sich ausdrückte, konnten seine Worte auch als unterschwellige Bereitschaftserklärung (miss)verstanden werden. Solchen Interpretationen hätte Lafontaine von vornherein durch eine eindeutige und unmissverständliche Ablehnung der Kandidatur oder gar der Idee der Kampfkandidatur an sich vorbeugen können. Dies hatte er unterlassen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Lafontaines Bedenken aus taktischen Gründen geäußert worden sein könnten. Dies passt zu der Aussage der oben zitierten Quelle, dass Lafontaine die Mehrheitsverhältnisse des Parteitages am Abend des 15.11.1995 noch nicht abschätzen konnte:

Doch Lafontaine ist nicht sicher, auch wirklich die Mehrheit der Delegiertenstimmen zu bekommen. (Anda/Kleine 2002, S. S. 194)

Solange ungewiss war, ob eine Mehrheit für ihn stimmen würde, bestand die Gefahr der Skandalisierung der Kampfkandidatur. Die Mehrheit der Scharpingwähler hätte den Versuch der Abwahl ihres Kandidaten ablehnt und kritisiert. Außerdem musste Lafontaine befürchten, die Wahl zu verlieren. Solange eine Niederlage wahrscheinlicher erschien als ein Sieg, war es zweckmäßig, sich gar nicht erst auf eine Kandidatur einzulassen. In dieser Lage war die Vieldeutigkeit von Lafontaines Äußerung nützlich. Mit seinen Bedenken erschien er nicht als jemand, der wider alle Regeln gegen Scharping antreten wolle. Er vermied den Eindruck des Putschisten und Intriganten. Gleichzeitig legte er sich nicht wirklich auf die Ablehnung der Kandidatur fest, taktierte also. Er hielt sich die Möglichkeiten offen, doch noch zu kandidieren, falls sich die Mehrheitsverhältnisse ändern sollten. Diese Hintertür hielt er sich offen, indem er eine Kampfkandidatur nicht kategorisch und unmissverständlich ausschloss. Falls es zur Kampfkandidatur kommen würde, hätte er dank der geäußerten Bedenken außerdem Zeugen dafür, dass er sich nicht als Kandidat aufgedrängt

hatte. Auch dies konnte helfen, einer Skandalisierung einer regelwidrigen Kampfkandidatur vorzubeugen.

#### 4.4.2 Warten auf die günstige Gelegenheit

Die bislang eher spekulative Interpretation der Äußerungen Lafontaines als ein Offenhalten aller Optionen kann gestützt werden durch Berichte, Lafontaine hätte die Mehrheitsverhältnisse des Parteitages aktiv zu ermitteln versucht:

Gerüchte machen die Runde, Spekulationen schwirren durch die Delegiertenreihen: Wird das Einmalige, das Unerhörte Wirklichkeit? Wird die SPD zum ersten Mal ihren Vorsitzenden kippen? In eilig zusammengerufenen Beratungen soll das bedrohlich schlingende Schiff auf Kurs gehalten werden. Rau kämpft für Scharping, Lafontaine schickt Emissäre aus, die Stimmverhältnisse und Stimmung abklären sollen. 30 Prozent, so sickert durch, würden ihn wählen. Das reicht ihm nicht. (Günsche, Die Welt 17.11.1995)

Auf diesen Parteiabend sind Wolfgang Clement für Rudolf Scharping, Reinhard Klimmt für Oskar Lafontaine durch die Reihen der Delegierten gegangen und haben praktisch Wasserstands meldungen eingesammelt, also sind von Tisch zu Tisch gegangen und haben gesagt: „Ihr in Baden-Württemberg, Ihr wart ja heute zusammen und habt euch unterhalten, seid Ihr denn jetzt eher für den Scharping oder seid ihr eher für den Lafontaine?“ (Interview Torsten Oltmanns)

Zwar ermutigten die minutenlangen Ovationen der Delegierten den Saarländer. Doch erst als der NRW-Block auseinanderbrach und neben Maurer noch weitere Parteifürsten wie die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder und die Kieler Regierungschefin Heide Simonis eindeutig Unterstützung signalisierten, wagte Lafontaine den offenen Angriff. (Schrotthofer, Focus 47/1995)

Stimmen diese Berichte, dann hatte Lafontaine in Mannheim taktiert. Wäre seine Ablehnung der Kandidatur ernst gemeint gewesen, hätte es keine Notwendigkeit zur Ermittlung der Mehrheitsverhältnisse gegeben. Hätte Lafontaine bereits eine klare Entscheidung getroffen, hätten die Präferenzen der Delegierten keine Rolle mehr für ihn gespielt. Dass er sich ein Bild über die Wahlneigung der Delegierten machte, zeigte, dass er eben noch nicht entschieden war. Schließlich erfolgten diese Erkundigungen nicht zweckfrei, sie dienten dem Ausloten der Chancen Lafontaines auf den Parteivorsitz. Seine Entschiedenheit gegenüber Conradi, Jordan und Müller wäre dann nur als Pose und seine Ablehnung der Kandidatur wäre keine strikte und grundsätzliche gewesen. Vielmehr schien er der Kandidatur eine Absage unter Vorbehalt der Stimmung unter den Delegierten erteilt zu haben. Diesen Vorbehalt hatte er gegenüber den genannten Personen nicht offengelegt. Er deutete sich allenfalls an, da Lafontaines Formulierungen mehrdeutig blieben. Gegenüber der damaligen bayrischen SPD-Vorsitzenden Renate Schmidt äußerte sich Lafontaine allerdings deutlicher. Als sie dessen Kandidatur verlangte, forderte Lafontaine Schmidt zufolge (wie oben bereits zitiert) die Zusicherung der Mehrheit der Delegierten:

Er hat also zum damaligen Zeitpunkt Sicherheiten gewollt, also am frühen Abend dieses Parteiabends. Er hat gesagt, ich muss wissen, dass die mich wollen. Am Anfang hat er sogar gesagt, dass geht nicht mit einer Gegenkandidatur. Da habe ich gesagt: „Oskar, Du spinnst“. Ja, also, am Anfang war das wirklich so, dass er gedacht hat, er könnte da irgendwelche Forderungen stellen. Das war vollkommen jenseits von Gut und Böse. Er wollte sicher sein,

dass, wenn er kandidiert, dass er die Mehrheit kriegt und am allerliebsten wäre es ihm gewesen, der Scharping hätte zurückgezogen. Dass er nicht so weit gegangen ist, der Scharping muss mich vorschlagen - das wäre also noch das Allerletzte gewesen, also er wollte am liebsten als einziger Kandidat antreten und wenn das schon nicht möglich war, zumindest eine Sicherheit, dass er auf jeden Fall mit einer deutlichen Mehrheit gewählt wird. (Interview Renate Schmidt)

Lafontaine teilte Schmidt mit, dass er nur im Falle einer gesicherten Mehrheit bereit sei zu kandidieren. Solange lehnte er eine Kampfkandidatur gegen Scharping ab. Auf eine ungewisse Kandidatur mochte er sich nicht einlassen. Das Risiko einer Niederlage wollte er von vornherein ausschließen. Er knüpfte seine Kandidatur an Bedingungen. Erst wenn diese erfüllt seien, wollte er kandidieren. Ein stärkeres Interesse Lafontaines am Vorsitzendenamt ließ sich aus diesem Versuch der Absicherung nicht ableiten. Dominant war in der Interviewpassage der Wunsch, Abenteuer zu vermeiden. Aber andererseits war die Formulierung von Bedingungen für die Kandidatur auch keine eindeutige und endgültige Absage. Denn Lafontaine schloss seine Kandidatur nicht grundsätzlich aus. Er erhob auch keine prinzipiellen Einwände gegen das Verfahren der Kampfkandidatur. Diesen Eindruck hatte er gegenüber Michael Müller erweckt. Seine Absage an Müller klang wie die Berufung auf eine allgemeine Regel. Diese Regel suggerierte zeitlose Gültigkeit, ganz unabhängig von den sich bietenden günstigen Gelegenheiten: Auch wenn die Kampfkandidatur auf dem Parteitag nach der Rede möglich erschien, blieb sie falsch. Im Gespräch mit Renate Schmidt vertrat Lafontaine einen anderen Standpunkt. Diskussionswürdig war für ihn weniger, ob das Verfahren der Kampfkandidatur moralisch oder politisch richtig war oder nicht. Ausschlaggebend war allein die vorliegende Situation des Parteitages und die damit verbundene Abwägung von Risiken und Chancen. Mit dem Verzicht auf Prinzipienurteile über die Frage der Kampfkandidatur blieb Lafontaine flexibel. In seinen Worten gegenüber Renate Schmidt wurde deutlich, dass er bereit war, sich wechselnden Situationen anzupassen. Indem er von Schmidt erwartete, dass sie und andere Spitzenpolitiker die Mehrheiten für Lafontaine schon vor der Wahl absicherten, zeigte er auch, dass er dies für möglich hielt. Seine Bedingungen waren ernst gemeint, er hielt ihre Erfüllung für realistisch. Also glaubte er auch, dass sich die Situation auf dem Parteitag zu seinen Gunsten wenden hätte können. Er rechnete mit der bis zu Beginn des Parteitages noch für unwahrscheinlich gehaltenen Chance, Parteivorsitzender werden zu können. Deshalb mochte er seine Kandidatur auch nicht von vornherein ausschließen. Vielmehr wartete er ab, wie sich die Situation entwickeln würde, um die sich dann bietenden Gelegenheiten nicht allzu voreilig zu verspielen.

#### **4.4.3 Lafontaines Bitte um Bedenkzeit**

Auch anderen Parteitagsteilnehmern gegenüber vermied Lafontaine eine frühe Festlegung. Kurz bevor der Parteitag am 15. November 1995 um 19:24 Uhr unterbrochen wur-

de, forderte die Thüringer Delegierte Petra Heß Lafontaine vom Rednerpult aus zur Kandidatur auf. Heß berichtete als Reaktion Lafontaines darauf folgendes:

Er hat mir selber dann beim Rausgehen [...] gesagt: „Morgen früh sage ich Dir Bescheid, wie ich mich entscheide“. (Interview Petra Heß)

Lafontaine blieb in seiner Reaktion auf Heß uneindeutig und offen. Was er zu ihr sagte, verschaffte ihr keine größere Klarheit. Sie wusste über das künftige Verhalten Lafontaines nach dessen Worten nicht mehr als zuvor. Wer sagt, dass er sich entscheiden müsse, wägt mindestens zwei Optionen gegeneinander ab. Bis er entschieden hat, stehen alle Optionen gleichgewichtig nebeneinander. Es gibt vor der Entscheidung keinen Grund, eine dieser Optionen schon von vornherein auszuschließen. Für den Entscheider ist keineswegs von Anfang an klar, welche der verfügbaren Optionen die für ihn beste und nützlichste ist. Deshalb reklamiert er für sich die Zeit zur Entscheidung, um das herauszufinden. Erst durch Nachdenken und Abwägen findet er zu einem Urteil. Wer sich Zeit für eine Entscheidung nimmt, teilt den anderen also mit, dass für ihn für den Moment alle Optionen gleichermaßen attraktiv oder sinnvoll erscheinen. Der Entscheidende ist jemand, der sich noch nicht festgelegt hat. Lafontaine hatte zudem nicht einmal eine Tendenz erkennen lassen. Er schwieg sich, wie oben in anderen Zusammenhängen schon beschrieben, dazu aus, wozu er selber neigte und was er sich wünschte.

Diejenigen, die Scharping durch eine Kampfkandidatur ablösen wollten, waren von der Entscheidung Lafontaines abhängig. Ihr Ziel konnten sie nur erreichen, wenn Lafontaine in die Kandidatur einwilligte. Ihre Abhängigkeit wurde in dem Moment besonders spürbar, wo sie auf diese Entscheidung warten mussten (zum Ausgesetztheit des Wartenden siehe Paris 2005e). Denn das war eine weitere Botschaft von Lafontaines Äußerung gegenüber Petra Heß. Er wollte den Zeitpunkt bestimmen, zu dem er sich festlegen würde auf eine der Optionen. Bis dahin wussten die Wartenden nicht, wie er sich entscheiden würde. Sie mussten mit allen denkbaren Möglichkeiten rechnen. Sie mussten daher auch vorbereitet sein auf eine Entscheidung, die ihren Zielen zuwiderlief bzw. die ihre Ziele hätte scheitern lassen. Dass er die von ihnen erwünschte Option wählte, konnten sie nur hoffen. Sie konnten nicht mit der Entscheidung in ihrem Sinne kalkulieren. Sie mussten zurückhaltend handeln und sich strategische Alternativen bereitlegen für den Fall, dass die Abwahl Scharpings nicht auf dem Parteitag gelingen sollte. Dass Lafontaine sich Zeit nahm, um zu entscheiden, zwang die anderen dazu, in der Zeit des Nachdenkens Lafontaines ihr Handeln ruhen zu lassen oder es unter großen Risiken fortzusetzen. Die Offenheit der Entscheidung zwang die Wartenden nun auch, jede Entscheidung zu akzeptieren. Sie mussten auch eine Wahl akzeptieren, die ihnen nicht passen würde. Indem sie Lafontaine das Recht der Entscheidung zubilligten, räumten sie auch ein, dass seine Urteile und seine Maßstäbe ausschlaggebend waren. Die einzige Festlegung, die Lafontaine gegenüber Heß getroffen hatte, war die, dass er sich entscheiden würde. Heß und andere an der Kan-

didatur Interessierte konnten Lafontaine nun allenfalls drängen, die Entscheidung auch zeitnah zu fällen. Kritisierbar wäre dann lediglich das Herausschieben der Entscheidung gewesen. Die jeweilige Entscheidung selbst war nicht skandalfähig.

Daher war die Antwort Lafontaines auf die Aufforderung von Petra Heß eine klare Form des Taktierens. Lafontaine konnte auf diese Weise Zeit gewinnen, um die Mehrheitsverhältnisse weiterhin zu beobachten und eine dazu passende Entscheidung zu fällen. Er konnte damit eine allzu frühe Festlegung vermeiden, die ihn womöglich zu einem nachteiligen Weg verpflichtet hätte (z.B. zu einer wegen fehlender Mehrheiten aussichtslosen Herausforderung Scharpings). Mit der Inanspruchnahme von Bedenkzeit erhielt sich Lafontaine die Flexibilität, sich an wechselnde Situationen anzupassen. Der taktische Nutzen dieser Inanspruchnahme von Zeit für die Entscheidung blieb zudem unsichtbar, weil die Außergewöhnlichkeit der Kampfkandidatur Entscheidungszeiten rechtfertigte. Lafontaine konnte darauf hoffen, dass von ihm keine spontane Entscheidung gleich nach der Rede erwartet wurde. Den Bedarf an Zeit zum Nachdenken hätte er plausibel begründen können. Angesichts der mit dem angestrebten Amt verbundenen Verantwortung galt es, nicht überstürzt zu handeln. Für die in der Geschichte der Partei einmalige Situation der Kampfkandidatur gab es außerdem kein Modell. Er konnte für seine Bitte um Zeit daher auf Verständnis der Parteitagsteilnehmer hoffen. Nicht zuletzt war die Bitte um Zeit auch ein Schutz vor dem Vorwurf des Opportunismus. Hätte er unmittelbar nach seiner Rede die Gelegenheit zur Kandidatur genutzt, hätte man ihm vermutlich vorgeworfen, nur darauf gewartet zu haben. Sein Zögern jedoch ließ seine Version plausibel erscheinen, dass auch er von der Entwicklung in Mannheim überrascht worden war.

#### **4.4.4 Vorteile des Taktierens für Lafontaine**

Lafontaine gehört zu jenem Politikertyp, der alle Optionen ausgiebig prüft und sich möglichst lange alles offenhält. Wie die meisten Politiker versucht er, unumkehrbare Entscheidungen möglichst spät zu treffen. (Langguth 2009, S. 192)

Im Folgenden soll nachgewiesen werden, dass Lafontaines „Zögern“, sich für die Kandidatur zu entscheiden, eine zweckdienliche Vermeidung von Festlegungen war. Das Zögern wird als Taktieren erkennbar, wenn man das, was Lafontaine tatsächlich tat, mit dem, was er hätte tun können, vergleicht. Der Versuch der Abwahl Scharpings durch eine Kampfkandidatur verschaffte Lafontaine ein hohes individuelles Prozessgewicht. Als herausragende bundespolitische Führungsfigur verfügte er zudem über eine hohe Definitionsmacht. Daher besaß er die Möglichkeit, eine eindeutige und unmissverständliche Position zur Idee der Kampfkandidatur einzunehmen und diese auch allgemein unüberhörbar zu verbreiten. Darauf verzichtete er jedoch. Stattdessen reagierte er auf die wiederholten Aufforderungen zur Kandidatur ausweichend und mehrdeutig. Es muss offen bleiben, ob und mit welchem Kalkül Lafontaine sich so verhielt. Fest steht, dass er anders hätte handeln

können und dass sein tatsächliches Handeln gewisse Vorteile gegenüber einer frühen unmissverständlichen Festlegung aufwies.

Einige Beobachter des Mannheimer Parteitages griffen zu einer psychologisierenden Erklärung des Verhaltens von Lafontaine. Sie führten die späte Entscheidung über die Kampfkandidatur auf Lafontaines charakterliche Schwäche zurück. Dieser erschien als Mensch mit einer verinnerlichten Neigung zur Entscheidungsschwäche. In der Lafontaine-Biografie von Filmer und Schwan wird er z.B. als „zögerlich“ und „risikoscheu“ beschrieben (Filmer/Schwan 1996. S. 396. Die Autoren widersprechen sich freilich an anderer Stelle selbst). Auch andere Darstellungen des Mannheimer Parteitages griffen zumindest teilweise auf diese Charakterisierung Lafontaines zurück (Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995; Günsche, Die Welt 17.11.1995; Walter, taz 18.11.1995).

Ein Parteitagsteilnehmer begründete nach der Rede Lafontaines seine Vermutung, dass es zu keiner Kampfkandidatur kommen werde, ebenfalls mit dieser personalisierenden Sicht:

Zu den Spekulationen, ob Lafontaine kandidieren werde, sagt ein ehemaliger Landesminister: „Der tritt nicht an, der ist zu feige.“ (Günsche, Die Welt 17.11.1995)

Diese Perspektive suggerierte, dass eine entschlosseneren Persönlichkeit an Lafontaines Stelle zupackender die Chance auf den Parteivorsitz ergriffen hätte. Es wurde eine Erzählung entworfen, in der die Handlung maßgeblich durch eine kleine Zahl von Protagonisten vorangetrieben wird. Der Verlauf der Ereignisse erschien in hohem Maße von den Charakteren und Idiosynkrasien der Protagonisten abhängig. Vordergrundig wirkten die Protagonisten als individuelle, unverwechselbare Personen.

Damit blieb der Blick auf die Vorteile des als „Zögern“ beschriebenen Verhaltens Lafontaines verstellt. Der Nutzen des „Zögerns“ legt es nahe, es als eine Methode und nicht allein als persönliche Eigenheit anzusehen. Das „Zögern“ ist Methode, weil es ein typisches, wiederholbares Handlungsmuster ist, das sich als erfolgreiches Verfahren in typischen Situationen bewährt hat. Als eine solche Methode haben die Journalisten Filmer und Schwan Lafontaines „Zögerlichkeit“ beschrieben (im Widerspruch zu ihrer oben zitierten Darstellung). In ihren Augen war dessen „Zögern“ ein Schauspiel, das dazu diente, Unterstützer in der Partei zu mobilisieren. Dies machten sie am Beispiel von Lafontaines Zögern vor seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten 1990 deutlich:

In den letzten Jahren hat Lafontaine sich immer so verhalten, als müsse er zum Jagen getrieben werden. Er redet und tut so, als wolle er die nächste Sprosse der Karriereleiter weder anpeilen noch übernehmen. Nichts als Koketterie! Wer Lafontaine kennt, weiß, dass er sich nicht mit dem zufrieden gibt, was er gerade hat. Er möchte aber gedrängt und umworben werden, um für die Partei Lasten zu übernehmen. Längst bevor die SPD ihn 1990 die Kanzlerkandidatur übertrug, hatte er sich darauf eingestellt. Er wollte Kanzler werden. Diese Herausforderung nahm er bewusst an.

Nach außen gab er sich so, als sei er unentschlossen, als könne er die Entscheidung erst nach monatelanger Bedenkzeit fällen. Nichts als Taktik. Der angebliche Zweifler und Zauderer versuchte, so die Partei zu disziplinieren, „hinter sich zu bringen“. (Filmer/Schwan 1996, S. 222)

Filmer und Schwan beschrieben das Vorspielen von „Zögerlichkeit“ als zweckmäßige Taktik Lafontaines. Dies lässt sich auch auf Mannheim 1995 übertragen. Weil Lafontaine nach außen sich eher ablehnend oder uninteressiert zeigte, waren die Befürworter seiner Kandidatur zum Handeln gezwungen. Sie mussten den zögerlichen Kandidaten zur Kandidatur treiben. Dies konnte auf mehreren Wegen gelingen: Sie hätten Lafontaine direkt bedrängen können. Durch ihre öffentlichen Bekenntnisse zu ihm hätten sie den Druck auf ihn auch indirekt erhöhen können. Sie hätten weitere Anhänger Lafontaines gewinnen und sie dazu bewegen können, ihren Wunsch nach dessen Kandidatur hörbar zum Ausdruck zu bringen. Alle diese Vorgehensweisen waren für Lafontaine vorteilhaft. Lafontaine konnte dadurch einer Skandalisierung als machtgierig und karrierefixiert vorbeugen. Zwar wurde er dennoch so beschrieben von Journalisten, aber die Ereignisse in Mannheim boten genügend Plausibilität für die gegenteilige Version. Lafontaine konnte darauf hoffen, dass sein „Zögern“ von manchem als Bescheidenheitsgeste gelesen würde. Indem er sich letztlich zur Kandidatur drängen ließ, verbarg er seine Karriereambitionen. Er bekannte sich nicht offen zu ihnen und verhielt sich scheinbar sogar so, als hätte er gar keine. Denn wer gebeten und gedrängt werden muss, das Amt zu übernehmen, drängt sich scheinbar selbst nicht danach. Die Behauptung, man interessiere sich nicht wirklich für Amt und Macht, gewinnt gewisse Plausibilität. Das Amt wird widerstrebend angenommen und nur deshalb, weil man sich verantwortlich fühlt. Wer nur aus Pflicht das Amt übernimmt, kann nicht als machtversessen angegriffen werden. Der Anschein der Pflichtschuldigkeit Lafontaines wurde in Mannheim gestützt durch die Bemühungen seiner Anhänger, ihn zu einer Kandidatur zu bewegen. Dadurch erschien nicht Lafontaine als Urheber seiner Kandidatur, sondern „die Partei“. Seine Kandidatur wirkte wie die Verwirklichung der Wünsche „der Basis“. Im Idealbild demokratischer Parteien ist es die „Basis“, die der „Führung“ als ihren Repräsentanten Aufträge erteilt. Dieses Idealbild nutzte Lafontaine. Es entstand das Bild, dass er kandidierte, weil er sich dem Votum „der Basis“ beugte. Seine Kandidatur war nun legitimiert als Basiswille. Gegner Lafontaines konnten dessen Kandidatur nicht mehr öffentlich kritisieren, weil dies hieße, den Willen der Basis zu kritisieren. Dieser stand aber außerhalb jeder Kritik, weil der vermeintliche Basiswille in der öffentlichen Selbstdarstellung der Parteiführung als Grundlage und Rechtfertigung des Führungshandelns genutzt wird.

Schließlich entging Lafontaine dem Vorwurf, aktiv und illoyal Scharpings Sturz betrieben zu haben, dadurch, dass er sich als ein von den Ereignissen Getriebener darstellte. Seiner eigenen Erzählung nach wurden die Ereignisse vor allem durch die Befürworter seiner Kandidatur gestaltet. Aber auch alle Beobachter, die Lafontaine in Mannheim eher als



den typischen „Zauderer“ beschrieben, erzählten die Geschichte des Parteitages als eine, in der der spätere Vorsitzende von den Delegierten zur Kandidatur gedrängt worden sei. Lafontaine erschien in diesen Erzählungen nicht als aktiv Handelnder. Wer „zögert“, greift zunächst nicht ein in das Geschehen.

Die bis hierher aufgezählten Möglichkeiten der Verhinderung der Skandalisierung durch den Eindruck des „Zögerns“ sah auch eine andere Quelle:

Mein Eindruck war: Lafontaine hat sich dahin tragen lassen. Aus zwei Gründen: Erstens, weil er so ist und zweitens, weil er auf gar keinen Fall den Eindruck machen wollte, dass er aktiv den Sturz von Scharping betreibt. Es musste ja so sein, damit die Leute hinterher sagen konnten, der Oskar wollte gar nicht [...]. Auf jeden Fall musste der Eindruck aufkommen, er ist von einer breiten Volksbewegung auf den Schild gehoben worden, er hat sich selber nicht darum bemüht. Deswegen sind Leute herumgelaufen [...] und haben nicht gesagt „Wir wollen den Lafontaine“, sondern sie haben gesagt, „Wir müssen den Lafontaine dazu bringen, dass er es macht“. (Interview Torsten Oltmanns)

„Zögern“ und Abwarten waren auch aus einem weiteren Grund für Lafontaine sinnvoll. Zögerlichkeit ist eigentlich kein Attribut, mit dem sich ein Spitzenpolitiker gerne schmückt. Als Führungsperson, die in herausragender Weise aktiv gestalten soll und will, schreiben sie sich gerne die Initiative zu. In ihren Darstellungen klingt die Geschichte eher wie das Produkt ihrer tatkräftigen Entscheidungen. Diese Entscheidungsfreude hätte in Mannheim jedoch ein schlechtes Licht auf Lafontaine werfen können. Wäre er sofort nach seiner Rede bereit gewesen, gegen Scharping zu kandidieren, hätte es illoyal gewirkt. Schließlich hatte Lafontaine im Oktober 1995 im Parteivorstand noch für die Wiederwahl Scharpings nominiert. Eine spontane Meinungsänderung hätte ihm den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit und des Opportunismus eingetragen. Eine glaubwürdige Kandidatur gegen Scharping konnte nur nach Verstreichen einer Anstandsfrist erfolgen. Diese Frist konnte der Gegenkandidat nutzen, um einen Prozess des Nachdenkens zu „inszenieren“. Nur so konnte er seine Kandidatur als das Produkt „reiflicher Überlegung“ erscheinen lassen. Hätte er spontan zugesagt, wäre der Verdacht aufgekommen, dass er den Sturz Scharpings von Anfang an gewollt und vielleicht auch geplant habe.

Es gibt also viele Gründe, warum eine Inszenierung des „Zögerns“ taktisch vorteilhaft für Lafontaine gewesen wäre oder war. Dazu passt, dass Lafontaine in seinen Erinnerungen an den Mannheimer Parteitag sich selbst als „zögernd“ beschrieb (Lafontaine 1999, S. 43). Diese Selbstdarstellung provoziert eine Unterstellung der Inszenierung, weil Politikermemoiren selten neutral sind. Oft dienen sie dem Ziel, das eigene Handeln gegen öffentliche Kritik zu verteidigen und zu rechtfertigen (Rusinek/Ackermann/Engelbrecht 1992, S. 10; Howell/Prevenier 2004, S. 29). Das gilt auch für Lafontaines Buch, das sich vielfach an von ihm als falsch deklarierten Darstellungen seiner Person durch Politiker und Medien abarbeitete. Im Zusammenhang mit dem Mannheimer Parteitag wehrte sich Lafontaine gegen Vorwürfe, Scharping böswillig und vorsätzlich aus dem Amt „geputscht“ zu haben. Die Selbstbeschreibung als „zögernd“ konnte auch hier ihre Vorteile entfalten, um ein

positives Bild Lafontaines zu erzeugen. Daher ist es denkbar, dass der Autor dieses Mittel gezielt genutzt hat, um sein Image zu verbessern. Lafontaines „Zögern“ war aber nicht Teil eines lang gehegten Plans, der im Voraus alle Eventualitäten bedenkt und die Ereignisse genau nach Vorgabe steuerte. Da Lafontaine eine riskante Kampfkandidatur weder vorbereitet noch überhaupt angestrebt hatte, trat sein „Zögern“ spontan auf. Er „zögerte“ erst, als er nach seiner Rede von Parteitagsteilnehmern zur Kandidatur gegen Scharping aufgefordert wurde. Weil das „Zögern“ spontan erfolgte, schien ihm jedes Kalkül und jeder planvolle zweckgerichtete Einsatz zu fehlen. Dennoch war Lafontaines Taktieren nützlich und zweckmäßig für ihn.

#### **4.5 Fordern und Drängen – Wie Lafontaine zum Kandidaten gemacht wurde**

Die Landesverbände haben sich zusammengesetzt und haben während des Parteitags stundenlang diskutiert, „Wollen wir überhaupt neu wählen oder nicht“ und hier und da ist aus diesen Diskussionen die offene Forderung hervorgegangen, dass Oskar Lafontaine gefälligst antreten soll. (Interview Torsten Oltmanns)

Schon bald nach der Rede Lafontaines begann unter Parteitagsteilnehmern die Diskussion, ob Lafontaine gegen Scharping kandidieren werde oder nicht. Auch wurden Forderungen erhoben, Lafontaine solle sich zur Kandidatur bereit erklären. Diese Forderungen und Diskussionen sorgten dafür, dass das Szenario der Kampfkandidatur zu einem Thema wurde, auf das Scharping, Lafontaine und die Parteiführung reagieren mussten. Dass die Kampfkandidatur letztlich verwirklicht wurde, verdankte sich weniger den Bemühungen der Parteiführung oder denen Lafontaines, sondern vielmehr der Initiative der Parteitagsteilnehmer, die an einer Ablösung Scharpings interessiert waren. Dabei ist wichtig, dass sich diese Initiative nicht auf die stimmberechtigten Delegierten beschränkte. Auf dem Parteitag waren auch sehr viele SPD-Politiker als einfache Gäste anwesend, die jedoch über Gespräche Einfluss nahmen auf die Geschehnisse in Mannheim. Als die engere Parteiführung sich in der Nacht zum Donnerstag zur Durchführung der Kampfkandidatur entschloss, gab sie einer starken Stimmungslage unter den Delegierten und Gästen nach. Lafontaine hatte das Drängen der Parteitagsteilnehmer freilich durch sein Taktieren begünstigt, weil er dadurch subtil signalisierte, dass er bei Vorhandensein einer sicheren Mehrheit für ihn kandidieren würde. Im Folgenden will ich mich jedoch auf die Bemühungen der Parteitagsteilnehmer konzentrieren und zeigen, dass sie durch ihren Druck dafür gesorgt haben, dass die offene Konkurrenz stattfinden konnte. Die an der Ablösung Scharpings interessierten Parteitagsteilnehmer diskutierten intensiv, ob und wie eine Kampf Abstimmung stattfinden sollte. Sie taten dies zu einem Zeitpunkt, zu dem Lafontaine diese Bemühungen mit einer öffentlichen Erklärung hätte fundamental diskreditieren können. Dass sie dieses hohe Risiko eingingen, belegt den initiativen Charakter der Diskussion eines solchen Verfahrens durch die Parteitagsteilnehmer.

In den Mediendarstellungen nach dem Parteitag wurden die Ereignisse in Mannheim als geradezu zwangsläufig beschrieben. Die Kampfkandidatur nach Lafontaines Rede sahen etliche Journalisten als unvermeidlich an. Doch diese Sichtweise blendete die Handelnden und ihre Entscheidungsmöglichkeiten aus. Denn die Lafontainerede musste durch die Parteitagsteilnehmer erst als Anstoß zur Kampfkandidatur interpretiert werden. In seiner Rede hatte Lafontaine eine mögliche Kampfkandidatur nicht einmal angedeutet. Die Personalpolitik der Partei hatte er in seiner Rede nicht thematisiert. Er äußerte keine offene Kritik an Scharping und hielt sich auch mit indirekter Kritik am Parteivorsitzenden zurück. Über seine eigenen Karriereambitionen, etwa die erneute Kanzlerkandidatur 1998, verlor er kein Wort. Seine dank der Medien längst allgemein bekannte Forderung nach Trennung der Ämter von Partei- und Fraktionsvorsitz wiederholte er in seiner Rede nicht. Damit vermied er jede öffentliche Positionierung in der Frage, wer die Partei führen könne und solle. Nach außen hin gab er sich loyal, indem er z.B. zu Beginn seiner Rede eine Forderung Scharpings nach innerparteilicher Solidarität ausdrücklich unterstützte (Rede Lafontaine, Parteitagsprotokoll, S. 414). Diese Zurückhaltung passte zu der insgesamt großen Vagheit und Allgemeinheit der Aussagen seiner Rede. Folglich tat Lafontaine gerade nicht, was die Thüringer Delegierte Heß ihm vorwarf, nämlich „sich raushängen“ (Wortmeldung Petra Heß, Parteitagsprotokoll S. 486).

Eine Kampfkandidatur konnte daher nur möglich werden, indem hinreichend viele Parteitagsteilnehmer aus Lafontaines Rede den Schluss zogen, sie habe die Lage derart verändert, dass eine Kampfkandidatur notwendig sei. Zweitens mussten sie dieser Interpretation auch Taten folgen lassen. Eine Kampfkandidatur hätte man schließlich auch inoffiziell und ohne anschließende Handlungen diskutieren können. Schlussendlich mussten diejenigen, die eine Kampfkandidatur auch praktisch verwirklichen wollten, über den notwendigen Einfluss verfügen. Alles das ergab sich nicht selbstverständlich aus dem Auftritt Lafontaines. Vielmehr wäre eine Wiederwahl Scharpings durchaus möglich gewesen, wenn sich viele Parteitagsteilnehmer anders entschieden und andere Schlussfolgerungen aus der Rede gezogen hätten.

Der initiative Charakter der Diskussionen um die Kampfkandidatur durch Parteitagsteilnehmer wird deutlich, wenn man sich die Mannheimer Situation aus Sicht dieser Leute vergegenwärtigt. Als sie eine mögliche Kampfkandidatur erwogen und auch forderten, war es unsicher, ob diese überhaupt stattfinden würde. Noch war das Szenario der Kampfkandidatur eher fiktiv, die Diskussion darum spekulativ. Ein Zustandekommen der Kampfkandidatur war zunächst abhängig von der Existenz eines Gegenkandidaten zu Scharping. Zwar hatten viele Delegierte Lafontaines Auftritt als Bewerbung um den Parteivorsitz verstanden. Sie wussten jedoch nicht, ob Lafontaine auch tatsächlich bereit war, das Risiko einer Kandidatur gegen Scharping auf sich zu neh-

men. Lafontaine hatte weder in seiner Rede noch danach zu erkennen gegeben, wie er sich entscheiden würde. Solange Lafontaine jedoch unentschieden blieb, war die Wiederwahl Scharpings als einziger Vorsitzendenkandidat wahrscheinlicher als dessen Ablösung in einer offenen Konkurrenz.

Bezogen auf die Kampfkandidatur hatte Lafontaine eine sehr hohe Definitionsmacht. Im Gegensatz zu den einfachen Delegierten konnte Lafontaine als herausragende Führungsperson der Partei auf hohe Aufmerksamkeit für seine Wortmeldungen hoffen. Als allgemein bekannter prominenter Politiker besaß er einen guten Zugang zu den Medien. Über die Medien konnte er Themen setzen und Diskussionen anstoßen. Ebenso konnte er damit rechnen, mit Wortmeldungen und Erklärungen auf dem Parteitag auch innerparteilich große Resonanz zu erzielen. Insgesamt hatte er also die Mittel, um die Diskussion zum Thema Kampfkandidatur auf dem Parteitag maßgeblich zu beeinflussen. So hätte er in Stellungnahmen gegenüber Journalisten oder in Wortmeldungen auf dem Parteitag erklären können, dass er nicht kandidiert, sondern die Wiederwahl Scharpings unterstützt. Mit dieser öffentlichen Festlegung, nicht gegen Scharping zu kandidieren, wäre die Abwahl des Parteichefs auf dem Parteitag endgültig vereitelt gewesen. Lafontaine hätte überdies die Diskussion um die Kampfkandidatur grundlegend diskreditieren können, indem er diese Idee öffentlich als prinzipiell falsch oder gar moralisch verwerflich verurteilte. Auf diese Weise hätte er nicht nur die Bemühungen der Scharpingabwahl blockiert, sondern dessen Gegner innerparteilich isoliert und als Auslöser eines negativen Medienechos bloßgestellt. Umgekehrt hätte er durch eine öffentliche Stellungnahme die Kampfkandidatur auch erzwingen können. Hätte er sich frühzeitig öffentlich zur Kandidatur bereit erklärt, wäre die offene Konkurrenz um den Vorsitz nicht mehr zu vermeiden gewesen.

Wie oben bereits beschrieben, zog Lafontaine es vor zu taktieren. Diejenigen, die Scharping ablösen wollten, blieben also im Ungewissen darüber, wie Lafontaine sich letztlich entscheiden würde. Bis zur tatsächlichen Durchführung der Kampfkandidatur am Morgen des 16. November 1995 trugen sie damit ein erhebliches Risiko des Scheiterns. Sie mussten bis dahin immer damit rechnen, dass Lafontaine eine Kandidatur öffentlich ablehnen würde. Lafontaine hätte dank der Vagheit seiner Rede und seines anschließenden Verhaltens ohne größeren Gesichtsverlust auf eine Kampfkandidatur verzichten können. Möglicherweise hätte er damit Erwartungen von Parteitagsteilnehmern enttäuscht und diese Enttäuschung hätte auch Folgen für die weitere Karriere Lafontaines haben können. Vorstellbar ist, dass die Enttäuschten den ebenfalls zur Wiederwahl anstehenden Lafontaine mit einem schlechten Wahlergebnis bestraft hätten. Die weitere bundespolitische Karriere Lafontaines hätte durch einen solchen Verlust an Gefolgschaft einen Einbruch erleiden können, wie das der ehemalige Bundesminister und hessische Ministerpräsident a.D. Holger Börner andeutete:

Wenn er jetzt nicht springt, ist er tot. (SPIEGEL 47/1995, S. 25)

Aber die Wiederwahl Scharpings hätte das nicht zwingend verhindert. Auch hätte man Lafontaine nicht offen für seinen Verzicht auf eine Gegenkandidatur kritisieren können. Dank der Vagheit seiner Rede und seines anschließenden Verhaltens hätte sich Lafontaine mit der Wiederwahl Scharpings arrangieren können. Schließlich hatte er eine offene Auseinandersetzung mit Scharping unterlassen. Entsprechend hatte er seine politische Identität nicht an das Ziel der Ablösung Scharpings gebunden. Das bedeutete aber, dass Lafontaine in diesem Falle jede Interpretation bestritten hätte, er hätte sich mit seiner Rede als der bessere Vorsitzende empfohlen. Mit Verweis auf seine eigenen vagen Formulierungen hätte er behaupten können, eine Ablösung Scharpings niemals propagiert zu haben. Jegliche Kritik am Stil seiner Rede hätte er abwehren können mit dem Hinweis, dass er doch lediglich die Delegierten aufgerüttelt habe. Die von ihm ausgelöste Begeisterung war nicht kritisierbar, weil die Begeisterung von Delegierten zu den positiven Selbstbildern gehört, mit denen sich Parteitage gerne schmücken möchten:

Was hätte denn bitte jetzt ein Präsidium beschließen können, was hätte denn bitte jetzt ein Parteivorstand beschließen können? Hätten wir also jetzt dem Oskar sagen sollen, „Du hast aber jetzt da eine böse Rede gehalten“? Dann hätte er gesagt: „Was habe ich denn bitte Falsches getan?“ Dann hätte er das Protokoll verteilen lassen und hätte gesagt, „Was ist denn jetzt an dieser Rede verkehrt, ich hab halt so geredet wie ich bin“. (Interview Renate Schmidt)

Die Entscheidung Lafontaines zur Kandidatur ließ sich nicht mit aller Macht erzwingen. Nur in Grenzen konnte auf Lafontaine Druck ausgeübt werden. Der Druck durfte nicht allzu offensichtlich werden, weil die Wahl Lafontaines dann primär als Ergebnis von Druck und Zwang erschienen wäre. Das hätte Zweifel geweckt, ob der Kandidat auch innerlich von seiner Befähigung für den Vorsitz überzeugt sei. Ein Vorsitzender, den man in dieses Amt zwingt, strahlt womöglich auch keine Zuversicht in seiner Amtsführung aus. Außerdem mussten die Delegierten das Gefühl haben, dass der Kandidat das Amt auch von sich aus wollte. Anderenfalls mussten sie befürchten, dass der unfreiwillige Vorsitzende die erstbeste Gelegenheit zum Rücktritt nutzen würde oder dass er am ungeliebten Amt verzweifelt. Mit solchen Befürchtungen belastet, wäre Lafontaine den Delegierten nicht als geeignete Alternative zu Scharping erschienen. Zu starker Druck hätte auch öffentlich negativ gewirkt. Ein Vorsitzender, der von seiner Gefolgschaft in das Amt gezwungen worden wäre, hätte Medien und politische Gegner jedoch zu Zweifeln veranlasst, ob er als Führer die nötige Autorität gegenüber seiner Gefolgschaft besitze.

Auch subtile Zwänge hätten nicht mit Sicherheit verhindern können, dass der potenzielle Kandidat frei entscheidet. Die Scharpinggegner besaßen Druckmittel, um Lafontaine zu einer Kandidatur zu bewegen. Hätte Lafontaine die Kandidatur ausgeschlagen, hätte er damit rechnen müssen, dass man ihn bei späteren Versuchen, Parteivorsitzender oder Kanzlerkandidat zu werden, die Unterstützung verweigert. Den-

noch hätte Lafontaine trotz dieser Drohung die Kandidatur ablehnen können. Das Beispiel Lafontaine steht dafür, dass das karrierestrategische Kalkül nicht immer die Entscheidungen bestimmte. Als Oskar Lafontaine 1999 schlagartig und hastig seine Ämter als Bundesfinanzminister und SPD-Parteivorsitzender aufgab, verspielte er gleichzeitig seine politische Zukunft in der Partei. Druck und die Androhung von Sanktionen wie dem politischen Bedeutungsverlust konnten also die Abhängigkeit der Scharpingegner von der individuellen Entscheidung Lafontaines allenfalls minimieren, aber nicht endgültig aufheben.

Darüber hinaus hätte Lafontaine sowohl die Bemühungen um eine Kampfkandidatur als auch die an ihr Interessierten massiv diskreditieren können. Er hätte die Kandidatur nicht nur ablehnen, sondern schon den Gedanken an sie als grundfalsch verwerfen können. Dies wäre für ihn zweckmäßig gewesen, hätte er sich als loyaler Unterstützer des Vorsitzenden Scharping präsentieren wollen. Für den Fall, dass nicht genügend Delegierten sich bereit erklärten, Lafontaine zu wählen, wäre es für Lafontaine wichtig gewesen, sich mit einem Vorsitzenden Scharping pragmatisch zu arrangieren. Nur so hätte er sich die Möglichkeit bewahrt, seine langfristigen Ziele weiter zu verfolgen. Dazu hätte er sich als prinzipiell kooperationsbereit darstellen müssen. Lafontaine hätte den Eindruck vermeiden müssen, dass er sich erst nach reiflicher Abwägung des Für und Wider dieser Idee zur Wiederwahl Scharpings entschlossen habe. Denn das hätte den Verdacht ermöglicht, dass Lafontaine nur deswegen nicht kandidiert, weil er nicht an seine Chancen glaubt. Also bliebe der Ruch an ihm haften, eigentlich den Vorsitz von Scharping erobern zu wollen, aber lediglich aus opportunistischen Gründen auf eine offene Auseinandersetzung zu verzichten. Die taktisch klügere Lösung wäre es daher gewesen, schon den Gedanken der Kampfkandidatur als unvertretbar und undenkbar zurückzuweisen. Die Diskussion, ob es eine Kampfkandidatur geben sollte, erschiene nun nicht nur als theoretische Spekulation, sondern zudem auch als Normverletzung. Schließlich folgt aus der generellen Unvertretbarkeit der Idee der Kampfkandidatur auch, dass jede Debatte darüber grundsätzlich falsch ist. Die Befürworter der Kampfkandidatur hätten in diesem Falle mit den Racheaktionen des Vorsitzenden rechnen müssen. Dieser hätte seine innerparteilichen Gegner schon aus machtpolitischen Gründen sanktionieren müssen, um ihren Einfluss zu beschränken. Zweitens mussten die Befürworter auch Vorwürfe befürchten, zur Unzeit eine für das öffentliche Erscheinungsbild schädliche Debatte um Personen angefangen zu haben. Damit hätte die Parteiführung ein starkes Druckmittel besessen, diese Delegierten zu disziplinieren.

Diesen Risiken setzten sich die Befürworter einer Kampfkandidatur jedoch aus. Während Lafontaine taktierte und abwartete, wie sich die Mehrheitsverhältnisse entwickeln würden, drängten sie auf eine „Lösung“ des Personalproblems in ihrem Sinne.

Im nächsten Kapitel zeige ich, mit welchen Mitteln sie diesen Druck auf Parteiführung und Lafontaine aufbauten.

#### 4.5.1 Aktivitäten der Delegierten, um Lafontaine zur Kandidatur zu bewegen

Nach der Rede Lafontaines bemühten sich etliche Parteitagsteilnehmer um die Verwirklichung der Kampfkandidatur. Einige forderten Lafontaine in einem persönlichen Gespräch auf, gegen Scharping anzutreten. Manche verliehen ihren Aufforderungen auch durch Drohungen und der Nutzung ihrer Verhandlungsmacht Nachdruck. Der Gegensatz zwischen der Inaktivität Lafontaines einerseits und der Aktivität etlicher Parteitagsteilnehmer andererseits war augenfällig. Im folgenden möchte ich diese Behauptung der aktiven Herstellung der Kandidatur durch Parteitagsteilnehmer belegen.

##### Formulierung einer Pflicht zur Kandidatur

Ich komme dazu zurück auf Lafontaines oben bereits zitierte Schilderung, er sei nach seiner Rede zur Kandidatur aufgefordert worden:

Mehrere Delegierte **forderten** mich am selben Tag auf, für den Parteivorsitz zu kandidieren. Ich selber zögerte. (Lafontaine 1999, S. 43. Hervorhebung von mir, M.L.)

Hier wie anderenorts behauptete Lafontaine, er habe die Kandidatur selber nicht angestrebt, sondern sei dazu gebracht worden. Solche Äußerungen muss man wohl mit Vorsicht genießen. Es ist eine gängige Erzählweise, zu behaupten, dass man das Amt selber nicht gewollt habe, sondern von anderen in die Verantwortung genommen worden sei. Die Amtsträger bemühen sich damit um ein Bild von Bescheidenheit. Das Machtstreben soll nicht als wesentliches Motiv unterstellt werden. Man möchte nicht als jemand gelten, dem es nur um den Posten gegangen sei. Diese Erzählstrategie mag bei Lafontaine auch die Feder geführt haben. Dennoch passt sie zu anderen Quellen, die das Drängen und Fordern der Delegierten und anderer Parteitagsteilnehmer belegen können. Denn tatsächlich wurde Lafontaine nach der Rede von mehreren Leuten aufgefordert zur Kandidatur.

Auffällig an diesen Aufforderungen sind zwei Punkte: a) Diese Forderungen waren unbescheiden. Sie wurden nicht als Bitte formuliert, sondern eben als Forderung. Die Kandidatur wurde erwartet. Die Fordernden hielten ihre Erwartungen für berechtigt. Sie hielten Lafontaine zudem für verpflichtet, sich dieser Forderung zu beugen.

b) Etliche von denen, die nach der Rede eine Kandidatur Lafontaines für notwendig hielten, behielten diese Meinung nicht für sich. Sie blieb damit keine Privatmeinung. Man hielt sie für wichtig genug, um sie auch offen zu äußern. Man sah sich in der Verantwortung, dieser Meinung auch Taten folgen zu lassen. Indem sie sich an Lafontaine wandten, versuchten diese Parteitagsteilnehmer bereits, aktiv Einfluss zu nehmen. Sie äußerten ihm gegenüber ihre Aufforderung mit der Erwartung, dass er sich mit ihr wenigstens auseinan-

der setzt. Dahinter steckte die Hoffnung, dass es einen Unterschied machen würde, ob man eine solche Forderung äußert oder sie lediglich privat und geheim hält.

Ein Beispiel für aktiv fordernde Parteitagsteilnehmer war der bereits zitierte Delegierte und Bundestagsabgeordnete Peter Conradi:

Ich ging kurz nach der umjubelten Rede von Lafontaine zu ihm auf das Podium und sagte ihm:

"Nach dieser Rede **musst** du morgen gegen Rudolf Scharping kandidieren." (Conradi 2008, Hervorhebung von mir, M.L.)

Conradi formulierte seine Schlussfolgerung als Imperativ, denn er spricht von „müssen“. „Müssen“ ist das Gegenteil von „dürfen“ oder „können“. Die Kandidatur sei also eine Pflicht, keine Option. Conradi hatte Lafontaine nicht darüber aufklären wollen, dass ihm jetzt der Weg zum Parteivorsitz offenstünde. Entsprechend bot Conradi keine Situationsanalyse auf, die die nach der Rede entstandene Lage auf mögliche Handlungschancen abklopfte. Conradi zog nur eine Konsequenz und deren Erfüllung stellte er Lafontaine nicht zur Wahl.

Freilich meinte Conradi mit seinem „müssen“ keinen realen Zwang durch eine Person. Als einfacher Delegierter konnte Conradi Lafontaine nicht zur Kandidatur zwingen. Conradis Forderung war daher kein Befehl, für den er Gehorsam erwarten hätte können. Conradi musste die prinzipielle Entscheidungsfreiheit Lafontaines akzeptieren. Entsprechend war sein „müssen“ weniger eine Beschreibung von Verhältnissen und den ihn innewohnenden Zwängen. Vielmehr beschrieb „müssen“ die subjektive Sichtweise Conradis. Er hatte für sich das Urteil gefällt, dass Lafontaine nach einer solchen Rede verpflichtet war zu kandidieren.

Conradis Auffassung, dass Lafontaine kandidieren müsse, war jedoch mehr als nur eine individuelle Meinung. Ihr Forderungscharakter zeigte sich darin, dass Conradi Lafontaine auf die Kandidatur ansprach. Er sah sich also veranlasst, seine Schlussfolgerungen aus der Rede auch Lafontaine mitzuteilen, anstatt sie lediglich für sich zu denken. Zugleich verzichtete Conradi auf Relativierungen seines Urteils als lediglich subjektiv. Solche Relativierungen erfolgen durch sprachliche Einklammerungen wie „meiner Meinung nach“ oder „ich denke, ich glaube“. Diese Einklammerungen weisen eine Äußerung als subjektiven Standpunkt der sprechenden Person aus. Sie gestehen zu, dass diese Äußerung nicht zwingend von anderen als gültig anerkannt werden muss. Conradi unterließ solche Relativierungen jedoch und formulierte seinen Schluss so, als sei er ein objektiver Satz, der eine allgemeine Wahrheit ausspricht.

Der Forderungscharakter wird auch in einer anderen, oben bereits zitierten Quelle deutlich:

Doch Lafontaine ist nicht sicher, auch wirklich die Mehrheit der Delegiertenstimmen zu bekommen. Als er am Abend gemeinsam mit Ehefrau Christa im Dienstwagen zum Pfälzhaus nach Ludwigshafen fährt, wo sich die Delegierten zum traditionellen Parteiabend versammeln, zaudert er noch immer. „Du **musst** morgen antreten“, **verlangt** der Umweltperte



Michael Müller, der ebenfalls im Auto sitzt. Aber der Saarländer hat Bedenken: „Das kann man doch nicht einfach machen.“ (Anda/Kleine 2002, S. 194f., Hervorhebung von mir, M.L.)

Auch Müller sprach von „müssen“. Zugleich wird in der Quelle behauptet, er habe die Kandidatur „verlangt“. Müller trat ebenfalls nicht als Bittsteller auf. Betrachtet man allein die innerparteiliche Hierarchie, stand Müller unter Lafontaine. Müller war 1995 Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Damit gehörte er bereits zur Elite der Bundestagsfraktion (Ismayr 2001, S. 100f., 105). In der Bundespartei selber bekleidete er keine Ämter. Pro forma war ihm der stellvertretende Bundesvorsitzende Lafontaine „vorgesetzt“. Dennoch trat er fordernd auf und sah keinen Anlass, seine Forderung hinter dem Respekt vor dem Ranghöheren zu verstecken.

Conradi und Müller äußerten ihre Forderungen jeweils im Zwiegespräch mit Lafontaine bzw. in kleiner Runde. Die oben bereits erwähnte Thüringer Delegierte Petra Heß forderte Lafontaine öffentlich zur Kandidatur gegen Scharping auf. Am Abend des 15. November 1995 sprach sie in der Debatte um die Wirtschaftspolitik und um den Aufbau Ost. Seit der Rede Lafontaines waren etwa zweieinhalb Stunden vergangen. Am Schluss ihrer Wortmeldung sagte sie für die Medien und für alle Parteitagsteilnehmer deutlich vernehmbar:

Ganz zum Schluss eine Forderung an Oskar: Oskar, wer sich soweit raushängt, muss springen: Kandidiere für den Parteivorsitz. (Wortmeldung Petra Heß, Parteitagprotokoll S. 486)

Diese öffentliche Aufforderung zur Kandidatur blieb in Mannheim einzigartig. Kein anderer Parteitagsteilnehmer traute sich vergleichbares. Die spätere Bundestagsabgeordnete Heß selbst erklärte sich ihren unkonventionellen Auftritt mit ihrer damals geringen politischen Erfahrung und dem fehlenden Karrierestreben zu dieser Zeit. Ihre Wortmeldung fand jedoch ein großes Medienecho. Die Reaktion der Delegierten war zwiespältig. Einige applaudierten und stimmten zu, andere kritisierten Heß hart für ihr Vorgehen (Interview Petra Heß).

In ihrer Wortmeldung konstruierte Heß eine normative Pflicht Lafontaines zur Kampfkandidatur. Mit dem Wort „müssen“ beschrieb Heß keinen unumgehbaren Zwang durch die Verhältnisse oder durch eine Macht. „Müssen“ meint hier eine Pflicht als Handlungsvorschrift, die sich aus vernünftiger Überlegung ableitet. Gemeint sind Handlungen, die für die Erreichung eines Ziels oder für die Verwirklichung eines Wertes unverzichtbar sind und deshalb auch ausgeführt werden müssen. Ein Pflichtcharakter in diesem Sinne ergab sich in der Äußerung von Heß aus der Verbindung von „müssen“ und „Forderung“. Hätte Lafontaine kandidieren müssen, weil die Verhältnisse oder Personen einen Zwang auf ihn ausgeübt hätten, hätte man diese Kandidatur nicht einfordern müssen. Sie hätte sich zwangsläufig verwirklicht, weil Lafontaine keine andere Wahl gehabt hätte. Die Forderung an ihn machte nur Sinn, weil Heß ihm eine prinzipielle Freiheit unterstellte, sich auch gegen die

Kandidatur entscheiden zu können. Die Forderung war der Versuch, die erwünschte Entscheidung wahrscheinlicher zu machen. Als Forderung konnte sie aber die prinzipielle Handlungsfreiheit Lafontaines nicht ernsthaft beschneiden. Auch nach Äußerung dieser Forderung konnte Lafontaine entscheiden, ob er ihr nachgibt oder sich gegen sie stellt.

Dennoch steckte in dem Wort „Forderung“ keine unbegrenzte Beliebigkeit der Entscheidungen Lafontaines. Wer etwas fordert, bittet nicht. Wer bittet, räumt dem Gebetenen auch das Recht ein, die Bitte abschlagen zu können. Die Bitte ist zugleich das Versprechen des Bittenden, auch unerwünschte Entscheidungen des Gebetenen zu akzeptieren. Dagegen macht man mit einer Forderung klar, dass deren Nichterfüllung nicht akzeptiert wird. Man besteht auf ihrer Erfüllung. Man sieht sich zudem im Recht, diese Forderung zu stellen, weshalb man wenig Rücksicht darauf nimmt, ob die Forderung auch dem Willen des Aufgeforderten entspricht oder nicht.

Im Fall von Petra Heß fehlte jede Andeutung von Sanktionen, mit denen sie die Erfüllung ihrer Forderungen durchsetzen hätte können. Sie setzte nicht auf Machtmittel, um ihre Forderung auch gegen den Willen Lafontaines durchzusetzen. Entsprechend erhob sie ihre Forderung nicht aus einer Position der Stärke, als jemand, der sich das Fordern leisten konnte. Dies ist ein weiterer Hinweis auf den Pflichtcharakter der Aufforderung Heß'. Verständlich wird dies durch eine Betrachtung der Begründung der Forderung. Die Kandidatur ergab sich laut Heß als Konsequenz des Verhaltens von Lafontaine. Dieses beschrieb sie als „sich weit raushängen“. Mit dieser Art des Verhaltens verknüpfte sie eine Bedingung: Es sei nur dann zulässig, wenn man dann auch „springe“. Über diese Verknüpfung von „sich weit raushängen“ und „springen müssen“ könne nicht diskutiert werden. Heß relativierte die Geltung dieser Verknüpfung nicht, sie setzte sie absolut wie einen Lehrsatz. Gegenargumente bzw. einsichtige Begründungen für eine Nichtkandidatur konnte es folglich nicht geben. Wer nicht springen möchte, darf sich nicht weit raushängen.

Die von Heß vorgenommene Verknüpfung zwischen „sich weit raushängen“ und „springen“ war abstrakt und galt für alle denkbaren Vorkommnisse. Lafontaines Rede war ein konkreter Fall, der nach diesem allgemeinen Lehrsatz beurteilt werden musste. Also ergab sich die Forderung an Lafontaine aus der gedanklichen Leistung der Übertragung der allgemeinen Regel auf den konkreten Fall.

Weitere Äußerungen von Petra Heß lassen erkennen, dass es sich um eine moralische Regel handelte, denn sie sprach von Verantwortung:

Der 36jährigen aus Crawinkel bei Gotha war nach Lafontaines Auftritt vor den Delegierten sofort klar, dass ein Politiker, „der so auf den Tisch haut, auch Verantwortung übernehmen muss“. Sie ärgerte sich nur, dass er nicht gleich selbst seine Kandidatur ankündigte. (Süddeutsche Zeitung 18.11.1995)

Ich habe dann gesagt: Das kann der doch nicht machen, der kann doch nicht so eine Rede halten, der stellt den Scharping in die letzte Ecke. Und wenn er jetzt schon so eine Rede hält, dann muss er auch Verantwortung übernehmen. Aber sich dann vom Acker machen geht nicht. (Interview Petra Heß)

In beiden Äußerungen stellte Heß diese lehrsatzhafte Verknüpfung zwischen dem Verhalten Lafontaines und der zu übernehmenden Verantwortung auf. Da diese Verknüpfung außer Diskussion stand, konnte es hier kein langes Nachdenken über mögliche geeignete Folgehandlungen geben. Zumindest für Petra Heß schien es klar zu sein, dass es keine Alternative geben konnte.

Diese Striktheit, mit der sie aus dem Auftritt Lafontaines die Pflicht zur Kandidatur ableitete, ermöglicht es ihr auch, schnell und ohne langes Abwägen eine Kampfkandidatur zu erwarten:

Sie ärgerte sich nur, dass er nicht gleich selbst seine Kandidatur ankündigte.

Heß' Ärger weist einerseits auf die prinzipielle Freiheit Lafontaines hin, verschiedenen Optionen zu folgen. Sie ärgerte sich, weil sie Lafontaines Entscheidung hinnehmen musste. Sie konnte ihn nicht zu einer anderen Wahl zwingen. Also musste sie tatenlos erdulden, dass Lafontaine anders handelte, als sie es gern gesehen hätte. Andererseits wurde durch den Ärger sichtbar, dass Lafontaine durch seinen Verzicht auf die Ankündigung einer Kandidatur Erwartungen verletzte. Erwartungen müssen erfüllt werden. Erwartungen sind keine Nebensächlichkeiten, denen man distanziert begegnen kann. Mit seinen Erwartungen identifiziert man sich. Es gibt also ein emotionales Verhältnis zu den eigenen Erwartungen. Daher tritt Ärger auf, wenn diese Erwartungen verletzt werden.

Der Normcharakter der Forderung von Heß wird auch deutlich, wenn man Ärger als Spontanurteil begreift. Normen gelten meistens unhinterfragt und werden nicht erst nach dem Ereignis in theoretisierenden Diskussionen ausgehandelt. Normverletzungen werden spontan wahrgenommen und empfunden. Ärger ist ein Gefühl und Gefühle treten spontan und ungeplant auf. Man kann sich nicht entscheiden sich zu ärgern. Der Ärger erfolgte als unmittelbare Reaktion auf Lafontaines Verhalten. Im Moment des sich Ärgerns war kein Platz für Abwägung und Differenzierung. In diesem Ärger fragte sie nicht nach guten Gründen Lafontaines. Sie hielt diese Frage für unangemessen und billigte ihm solche Gründe nicht zu. In ihrem Ärger verurteilt sie ohne Reflektion Lafontaines Verhalten als falsch.

### **Aktives Drängen**

Zwar folgte kein weiterer Delegierter dem Beispiel von Petra Heß und forderte ebenfalls öffentlich eine Kandidatur Lafontaines. Dennoch übten etliche von ihnen Druck auf den stellvertretenden Parteivorsitzenden aus. Die Befürworter einer Kampfkandidatur wurden bereits am frühen Abend des 15. November 1995 aktiv. Man wollte offenbar gezielt auf die Ereignisse einwirken, anstatt sie einfach nur abzuwarten. Diese Aktivitäten standen im Gegensatz zur abwartenden Haltung von Oskar Lafontaine. Dieser ließ offen, ob er kandidieren wolle, lehnte eine Kandidatur teilweise auch ab. Welche Konsequenz Lafontaine selber aus seiner Rede und ihrer Wirkung auf die Delegierten zog, blieb damit unklar und wurde Gegenstand von Diskussionen unter den Delegierten:

Tritt er nun an? Oder will er Scharping nur noch ein Stückchen weiter in die Isolation treiben? (Sommerfeld, Berliner Zeitung 17.11.1995)

Den möglichen Plänen Lafontaines konnte man sich nur spekulativ nähern. Die zitierte Frage setzte deshalb gegensätzliche Varianten des Anschlusshandelns Lafontaines gegeneinander. Aber wer so fragte, begab sich in eine abwartende Position. Der mit diesen Fragen aufgebaute Widerspruch hatte sich erst nach einer Entscheidung Lafontaine auflösen können. Bis dahin konnte man für keine der miteinander unverträglichen Szenarien eine tragfähige Antwort finden. Laut dieser Quelle warteten die an der Kampfkandidatur interessierten Delegierten die Entscheidung Lafontaines jedoch nicht ab. Sie begnügten sich nicht mit Spekulationen über dessen Absichten. Sie wurden aktiv, um die erwünschte Kandidatur herbeizuführen. Dabei war es ihnen gleichgültig, ob Lafontaine diese Kandidatur selber wollte oder nicht. Der Pflichtgedanke gab ihnen die Legitimation, Tatsachen zu schaffen, anstatt abzuwarten:

Die Delegierten nehmen Lafontaine die Entscheidung aus der Hand. Unterschriftenlisten kursieren. Delegierten-Beratungen sprechen sich für Lafontaine aus. Der traditionelle Parteiabend, ansonsten der Ort bierseliger Fröhlichkeit und sozialdemokratischer Blasmusik, kennt nur ein Thema: Lafontaine muss antreten. (Sommerfeld, Berliner Zeitung 17.11.1995)

Auch hier ist die Rede von „müssen“, ähnlich wie bei Conradi, Müller oder Heß. Aber in dieser Quelle bekommt das „müssen“ einen strengeren Charakter. Dieses „muss“ ist eine harte Forderung. Es lässt keinen Platz für gute Gründe, warum Lafontaine nicht kandidieren sollte. Nach der Formulierung Sommerfelds war das „muss“ kein Gegenstand ergebnisoffener Diskussionen. Es wurde nicht mehr abgewogen, ob Lafontaine kandidieren solle oder ob ein Verzicht doch besser wäre. Man war sich, folgt man der Quelle, sicher, dass diese Kandidatur notwendig war. Gegenüber Lafontaine nahmen die Delegierten eine kompromisslose Haltung ein. Weil er kandidieren „musste“, gab es nichts mehr zu verhandeln. Das Wort „muss“ schloss jegliche Relativierungen aus. Also übte man auch aktiv Druck auf Lafontaine aus. „Müssen“ wurde hier über die rein normative Pflicht hinaus zu einem Zwang. Diesen Zwang versuchten „die Delegierten“ auszuüben. Dazu passt, dass die zitierte Quelle schon sprachlich zwischen dem passiven Lafontaine und den aktiven „Delegierten“ unterscheidet. Lafontaine erscheint in Sommerfelds Reportage bis auf wenige Ausnahmen als jemand, dem etwas widerfährt. Jene Delegierten, die Scharping ablösen wollten, werden dagegen als Handelnde dargestellt.

Bei den aktiv Drängenden wird es sich wahrscheinlich nicht um einfache Delegierte gehandelt haben, sondern um mittlere Funktionäre und Führungspersonen aus Bund und Landesverbänden. Die „einfachen Delegierten“ als allein auf kommunaler Ebene verankerte und vernetzte Politiker dürften wenig Möglichkeiten besessen haben, mit Lafontaine direkt zu sprechen. Dafür gibt es ein Indiz:

Ich weiß noch, wie wir nach dem Parteiabend noch von Hotel zu Hotel gezogen sind und das heißt, wir waren in der Nacht vor der Abstimmung in dem Hotel, in dem die Parteiführung untergebracht war und auch da war es die Frage, „Kandidiert er oder kandidiert er

nicht?“ Und dann gabs dann die Gerüchte und Kolportagen. Also man traf nicht irgendwie Lafontaine, der gesagt hat „ja ja“, oder einen Zuträger von Lafontaine, der von der Entscheidung wusste. Das war an dem Abend vollkommen unklar, ob er kandidiert, was es natürlich auch schwerer machte, darauf zu reagieren. (Interview Jonas Schulz)

Wer die Aktivisten konkret waren, konnte anhand der vorliegenden Quellen nicht geklärt werden. Hier interessieren jedoch nicht einzelne Namen, sondern die Hinweise auf den auf Lafontaine ausgeübten Druck. In der oben bereits zitierten Beschreibung des Vorabends der Vorsitzendenwahl durch Torsten Oltmanns wurden entsprechende Aktivitäten und die damit verbundene entschiedene Haltung angedeutet:

Deswegen sind Leute herumgelaufen [...] und haben nicht gesagt „Wir wollen den Lafontaine“, sondern sie haben gesagt, „Wir müssen den Lafontaine dazu bringen, dass er es macht“. (Interview Torsten Oltmanns)

Der mit dieser Handlungsorientierung verbundene Forderungscharakter wurde noch deutlicher in einer weiteren Passage aus dem gleichen Interview:

Es gab ja vorher schon relativ klare Frontstellungen, zum Beispiel die jüngeren Abgeordneten, die alle ein bisschen Angst hatten, dass sie auch keine Perspektive mehr haben. Linkere Landesverbände, damals noch Herr Maurer aus Baden-Württemberg zum Beispiel, haben hinterher Oskar Lafontaine gedrängt und haben gesagt: „Jetzt musst Du antreten, das geht gar nicht anders“. (Interview Torsten Oltmanns)

Die Kampfkandidatur wurde als alternativlos betrachtet. Man sah in ihr den einzigen Weg, die Wahlaussichten der Partei zu verbessern. Wenn es aber nur diesen einen Weg gab, musste er auch eingeschlagen werden. Folglich konnte es keine Gegenargumente mehr geben. Wer so strikt forderte, akzeptierte auch keine Einwände mehr. Er glaubte nicht, dass es gute Gründe für einen Verzicht auf die Kandidatur gab. Entsprechend energisch wurde Folgsamkeit verlangt. Lafontaine sollte diese Forderung erfüllen. Hätte er nicht kandidiert, hätte er die Fordernden verärgert. Sie hätten kein Verständnis für Lafontaines Verweigerung der Kandidatur gehabt. Bei einer Weigerung hätte Lafontaine mit Sanktionen dieser Leute rechnen müssen, etwa schlechten Wahlergebnissen bei seiner Wiederwahl als stellvertretender Parteivorsitzender.

In dieser Passage wurden bereits Begründungen für die Aktivitäten genannt. Man drängte Lafontaine zur Kandidatur, weil man Angst vor Niederlagen bei den Landtagswahlen im Frühjahr 1996 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hatte. Diese Begründungen erklären das Engagement der Befürworter einer Kampfkandidatur nur teilweise. Richtig ist, dass sie die Ablösung wünschten, um die Wahlchancen der Partei zu verbessern. Falsch ist jedoch der Eindruck, dieser Handlungsbedarf sei erst in Mannheim akut geworden. Schon vorher meinten viele, dass die Wahlchancen unter dem schlechten Image Scharpings litten. Aber erst in Mannheim schien man die Angst vor Wahlniederlagen mit der Forderung nach Aktionen zu verbinden. Die Inkonsistenz der Begründung der Kampfkandidatur lässt den Schluss zu, dass die Scharpinggegner in Mannheim eine unverhoffte Gelegenheit tatkräftig genutzt haben. Diese These führe ich im Kapi-

tel 4.5.2. näher aus. Zuvor zeige ich, dass auf Lafontaine auch mit Machtmitteln Druck ausgeübt worden war.

### **Einsatz von Machtmitteln**

Für die Erreichung des Ziels der Kandidatur Lafontaines wurden auch Machtmittel genutzt. Das kann an zwei Beispielen gezeigt werden: a) Mutmaßlich von den Jungsozialisten (Jusos) wurde eine Unterschriftensammlung initiiert. Diese Liste sollte einen Initiativantrag ermöglichen, der Lafontaine offiziell zur Kandidatur auffordert. b) Renate Schmidt, bayerische Landesvorsitzende und Mitglied des Parteipräsidiums, wollte ihre Stellung als Mitglied der engeren Parteiführung nutzen, um Lafontaine zur Kandidatur zu zwingen. Beide Beispiele zeigen, dass man sich bemühte, die Kampfkandidatur auch tatkräftig zu verwirklichen. Lafontaines Handlungs- und Entscheidungsfreiheit sollte auf diese Weise eingeschränkt, eine Ablehnung der Kandidatur unwahrscheinlich gemacht werden.

Nur kurz nach der Rede Lafontaines kursierte eine Unterschriftenliste:

Am Abend wurden Unterschriften für einen Initiativantrag gesammelt, der Lafontaine bewegen sollte, für den Parteivorsitz zu kandidieren. (Bannas, Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.1996)

Diese Aktion wurde den Jusos zugeschrieben (Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995a). Ein Initiativantrag hätte bedeutet, dass das Thema Kampfkandidatur auch offiziell auf dem Parteitag hätte verhandelt werden müssen. Über diesen Antrag hätte der Parteitag letztlich abstimmen müssen. Ein Initiativantrag musste freilich eine durch die Geschäftsordnung des Parteitages vorgeschriebene Zahl an Unterstützern nachweisen. Nur dann wäre er in die Tagesordnung des Kongresses aufgenommen worden. Das erforderliche Quorum lag bei 40 stimmberechtigten Teilnehmern, die zudem aus fünf Bezirken kommen mussten (Geschäftsordnung, Parteitagsprotokoll S. 8).

Die Unterschriftenliste diente folglich der Erreichung dieses Quorums. Sie war also keine reine Willensbekundung, sondern der Versuch, die Tagesordnung des Parteitages zu beeinflussen. Der angestrebte Initiativantrag hätte die Diskussion um die Kampfkandidatur zu einem offiziellen Parteitagsthema gemacht. Sie wäre damit über die bereits unter den Parteitagsteilnehmern geführte Diskussion hinausgegangen. Denn bis dahin wurde diese Debatte eher informell geführt. Ungewiss blieb, ob sie Folgen haben würde. Informelle Debatten, die der offiziellen Beschlusslage widersprechen, sind jedoch nichts ungewöhnliches. Sie sind für die Führung nur dann gefährlich, wenn sie in Taten einmünden. Solange sich dieser Widerspruch jedoch bloß in Worten und jenseits der öffentlichen Beobachtung Luft verschafft, kann eine solche Diskussion sogar ein nützliches Ventil sein. Der Frust findet seinen Ausdruck, aber er treibt nicht

zur Rebellion. Der Status Quo bleibt erhalten trotz der Tatsache, dass er von vielen nicht gebilligt wird (Simmel 1908, S. 252; Paris 1998c, S. 131).

Die informelle Diskussion hatte zudem den Nachteil, dass Lafontaine sie durch eine öffentliche Kritik als schädliche und falsche Debatte stark diskreditieren hätte können. Hätte er den Gedanken der Kampfkandidatur grundsätzlich zurückgewiesen, wäre jede Debatte solcher Szenarien bereits als Normverstoß wahrgenommen worden. Das war das Problem der informellen Diskussion von Leuten, die nicht die Situation definieren können. Der Initiativantrag war jedoch der Versuch, selbst Definitionsmacht zu erlangen. Wäre er erfolgreich gewesen, hätte niemand diese Diskussion mehr durch Diskreditierung verhindern können. Zwar hätten Lafontaine und andere Führungspersonen auch dann die negativen Folgen einer solchen Debatte geißeln können. Aber der Parteitag hätte sich zu dieser Debatte verhalten und einen Beschluss fassen müssen. Für und Wider der Kampfkandidatur wären auf offener Bühne und vor laufenden Fernsehkameras verhandelt worden. Damit war die Unterschriftenliste ein Versuch der aktiven Einflussnahme, auch wenn diese Aktion später vermutlich durch Lafontaine gestoppt worden war (Filmer/Schwan 1996, S. 396).

Die Jusos waren innerhalb der SPD eine von vielen Arbeitsgemeinschaften. Ihr Einfluss in der Partei war nicht besonders groß. Innerhalb der Jusos gab es zudem Streit. Die Organisation agierte nicht als geschlossene „Truppe“. Die Bundesvorsitzende der Jusos, Andrea Nahles, unterstützte offen Oskar Lafontaine. Aber sie konnte nicht alle Mitglieder ihrer Organisation hinter sich versammeln. Der Versuch eines Initiativantrages lässt außerdem vermuten, dass die an der Kampfkandidatur interessierten Jusos von den informellen Runden ausgeschlossen waren, in denen die wichtigen Entscheidungen vorbereitet wurden. Anderenfalls hätten führende Jusos ebenfalls eher hinter den Kulissen an der Durchsetzung der Kampfkandidatur gearbeitet. Rudolf Scharping fühlte sich daher durch die Unterschriftenliste der Jusos nicht weiter beunruhigt:

Als die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt Scharping am vorigen Mittwoch in Mannheim darauf aufmerksam machte, unten im Saal würden bereits Unterschriften für eine Gegenkandidatur Lafontaines gesammelt, wischte der die Warnung beiseite: Das sei ja nur eine Initiative der Jusos, folglich nicht weiter ernst zu nehmen. (SPIEGEL 47/1995, S. 27)

In diesem Zitat zeigt sich bereits, dass die bayerische Landesvorsitzende Renate Schmidt ebenfalls aktiv in die Diskussion um die Kampfkandidatur eingriff. Anders als die Jusos war Schmidt in der SPD-Führung gut verankert. Sie war als Mitglied des Parteipräsidiums Teil des geschäftsführenden Vorstandes und somit des engeren Führungskreises der SPD. Außerdem stellte ihr Landesverband 59 Delegierte auf dem Mannheimer Parteitag. Die absolute Mehrheit lag angesichts von 525 stimmberechtigten Parteitagsteilnehmern bei 263 Stimmen. Im Falle eines geschlossenen Abstimmungsverhaltens der Bayern konnte Renate Schmidt fast ein Viertel dieser Mehrheit

stellen. Somit war sie für jeden, der Unterstützung für seinen Antrag oder seinen Kandidaten suchte, ein wichtiger Verhandlungspartner. Dieser Einfluss bot Schmidt Möglichkeiten, die Kampfkandidatur zu begünstigen. Ihre Aufforderung an Lafontaine, er solle kandidieren, konnte sie mit der Androhung verbinden, ihre Macht für dieses Ziel zu nutzen.

In mehreren Quellen wurde Renate Schmidt als besonders aktiv hervorgehoben. Die Süddeutsche Zeitung schrieb:

Alles war unklar, viele Minuten lang konnte man später [kurz nach der Rede Lafontaines, M.L.] die bayerische Landesvorsitzende Renate Schmidt auf Lafontaine einreden sehen und später wiederum auf Scharping, um, wie sie später sagte, dazuhelfen, dass auf dem Parteitag endlich „irgendeine Entscheidung in der Führungsfrage passieren würde, mir ist schon fast Wurscht, welche.“ (Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995)

Im SPIEGEL hieß es:

Gegen 22 Uhr mischte sie sich im Ludwigshafener Pfalzbau in eine Männerrunde am kalten Buffet. Im Beisein des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck und des Parteitagsmanagers Müntefering verlangte sie von Scharping, er müsse am nächsten Morgen Lafontaine offiziell zur Kandidatur auffordern: „Rudolf, meine Genossen verlangen Klarheit.“ (SPIEGEL 47/1995, S. 27)

Schmidt bestätigte später ihr Engagement in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (Süddeutsche Zeitung 18.11.1995a). Sie blieb auch im Interview mit dem Autor (geführt am 15.10.2009) bei dieser Position. Auch hier berichtete sie, dass sie Gespräche mit Lafontaine und anderen Führungspersonen geführt hatte, um die Kandidatur Lafontaines zu realisieren.

Ihre Darstellung der Ereignisse ist aufschlussreich, weil sie zeigt, dass Lafontaine eher zur Kandidatur gedrängt worden war, als dass er sie von sich aus angestrebt hätte. In ihrer Selbstdarstellung nahm Schmidt eine aktive Rolle ein. Lafontaine erscheint nach ihrer Darstellung eher zurückhaltend bis passiv. Schmidt berichtete, dass sie Lafontaine am 15.11.1995 mehrfach ansprach und zur Kandidatur aufforderte. Nach ihrer Darstellung sprach sie ihn das erste Mal am Ende des Kongresstages an. Dabei wählte sie drastische Worte, die ähnlich wie schon bei Heß und Conradi die Kandidatur als Pflicht beschrieben:

Wenn man sich also so aufführt, wie Du das jetzt getan hast, muss man schlicht und einfach kandidieren. (Interview Renate Schmidt mit dem Verfasser)

Ähnlich wie Heß und Conradi zog sie aus Lafontaines Rede den Schluss, er sei zur Kandidatur verpflichtet. Diese Pflicht wurde, wie bei Conradi, mit dem Wort „muss“ benannt. Durch eine Wenn-Dann-Konstruktion wurde diese Pflicht als Konsequenz der Rede beschrieben: Die Kandidatur sei unausweichlich gewesen, weil er sich „so aufgeführt“ habe. „Sich so aufführen“ ist freilich eine negative Bewertung des Verhaltens von Lafontaine. Dieses Idiom beschrieb eher eine unerwünschte Verhaltensweise. Wer sich „so aufgeführt“, erntet in der Regel Kritik. Die Kandidatur war damit die Konsequenz aus einem



Fehlverhalten Lafontaines. Sein Fehlverhalten bestand darin, Scharping mit seiner Rede in den Schatten gestellt zu haben. Dies geschah laut Schmidt eher gedankenlos und ohne Plan:

Ich kenne den Typen. Der hat nicht gedacht, ich will jetzt Vorsitzender werden, sondern der hat nur gedacht, ich will denen jetzt zeigen, wie man eine Rede hält. (Interview Renate Schmidt)

Im Zusammenhang mit dieser Einschätzung berichtete Schmidt von einer Wahlkampfveranstaltung im bayerischen Landtagswahlkampf 1994. Lafontaine war als Gastredner eingeladen, um die Spitzenkandidatin Schmidt zu unterstützen. Auch hier hatte er eine furiose Rede gehalten. Schmidt sollte erst nach Lafontaine reden. Angesichts der von Lafontaine entfachten Begeisterung sorgte sie sich allerdings darum, ob sie sich noch als Spitzenkandidatin gut präsentieren würde können:

Und der Oskar hält dort ähnlich wie auf dem Parteitag in Mannheim eine Rede, als ob er der Spitzenkandidat in Bayern wäre. Die Leute haben getobt und ich wusste genau, wenn ich das nicht noch toppe, dann heißt es am nächsten Tag: „Rauschender Beifall für Oskar Lafontaine, mäßige Renate Schmidt“. (Interview Renate Schmidt)

Lafontaine hatte also die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung gebrochen, sowohl in München als auch in Mannheim. In beiden Fällen hatte er laut Schmidt gedankenlos rhetorisch brilliert und damit für die eigentlichen Hauptpersonen der Veranstaltungen die Gefahr erzeugt, in den Medien als schlechter als Lafontaine bewertet zu werden.

Für Schmidt ergab sich aus diesem Regelbruch die Pflicht Lafontaines zur Kandidatur. Ähnlich wie bei Petra Heß leitete sie diese Pflicht zunächst aus der Einsicht und nicht aus einem Zwang der Verhältnisse ab. Der Wenn-Dann-Satz („Wer sich so aufführt, muss kandidieren“) wirkte wie eine allgemeine Regel, aus der für alle Fälle folgt, dass man bei derartigem Auftreten kandidieren müsse. Anders als Heß und Conradi nutzte Schmidt jedoch ihre Prominenz und ihre Machtstellung in der Partei, um ihre Situationsdefinition durchzusetzen. Sie konnte Lafontaine zwar ebenfalls keinen Befehl erteilen, aber sie konnte ihn unter Druck setzen. Schmidt griff zunächst zurück auf die von Heß ausgesprochene Aufforderung an Lafontaine:

Es war aber irgendeine da oben und hat da einen Versuch gestartet, den Lafontaine vorzuschlagen. (Interview Renate Schmidt)

Diesen Versuch von Petra Heß hielt Schmidt für wirkungslos. Eine einzelne Delegierte, noch dazu unbekannt und ohne bundespolitischen Einfluss habe die Kandidatur Lafontaines nicht erzwingen können. Daher hatte sie sich veranlasst gesehen, ihre Bekanntheit und ihre Stellung als Präsidiumsmitglied dafür zu nutzen:

Es geht nicht über die Delegierte Himpfelhupf von irgendwoher, sondern das muss jemand sein - ich hatte damals im Präsidium immer die höchste Stimmenzahl - das muss jemand sein, der oder die anerkannt ist vom Parteitag, und ich habe gesagt, ich mache das mal. (Interview Renate Schmidt)

Diese Überlegung legte sie Lafontaine gegenüber im Grunde offen. Sie machte ihm klar, dass eine von ihr, Renate Schmidt, propagierte Aufforderung zur Kandidatur mehr Resonanz finden würde als die einer unbekanntem Delegierten:

Und oben hab ich dann dem Oskar gesagt: „Also Du kannst sagen, das hat keine Wirkung. Aber wenn ich da rausgehe und sage, **dass Du zu kandidieren hast, dann wirst Du kandidieren müssen** oder Du bist für alle Zeiten unmöglich.“ (Interview Renate Schmidt, Hervorhebung von mir, M.L.)

In diesen Sätzen wurde erkennbar, dass es nicht mehr nur noch um Pflicht im Sinne einer Moral oder Norm ging. Hier mischten sich die Pflicht aus Einsicht in die Konsequenzen der Rede mit der Macht, solche Konsequenzen auch zu erzwingen. Schmidt demonstrierte Lafontaine ihre Entschlossenheit zur Durchsetzung ihrer Situationsdeutung. Sie machte Lafontaine klar, dass er eigentlich keine andere Wahl hätte als zu kandidieren. Sobald sie selber öffentlich die Kandidatur Lafontaines gefordert hätte, wäre ihm nichts anderes übrig geblieben. Ihrer Einschätzung nach wäre eine Situation entstanden, in der eine Weigerung Lafontaines erhebliche Nachteile für ihn bedeutet hätte. Die Aussage „oder Du bist für alle Zeiten unmöglich“ lässt sich übersetzen mit einem Verlust an Gefolgschaft. Lafontaine hätte, folgt man dieser Lesart, bei einer Weigerung mit einem schlechten Wahlergebnis bei der Wahl zum Stellvertreter rechnen müssen. Seine Chancen, jemals als Parteivorsitzender oder erneut als Kanzlerkandidat antreten zu können, wären damit deutlich gemindert worden. Das legen auch andere Quellen nahe:

„Dies ist Lafontaines letzte Chance“, sagte ein Mitglied der Parteiführung. (Berliner Zeitung 16.11.1995)

Zaudern und lauern ging nun nicht mehr. Lafontaine hätte sich erneut den Vorwurf eingehandelt, er wolle Scharping nur demütigen, ohne die Konsequenzen zu ziehen. Der Parteiveteran Holger Börner drückte es drastischer aus: „Wenn er jetzt nicht springt, ist er tot.“ (SPIEGEL 47/1995, S. 25)

Eine öffentliche Aufforderung durch Renate Schmidt hätte Lafontaine zu einer Entscheidung gezwungen, der er nicht hätte ausweichen können. Zugleich wäre seine Weigerung zu kandidieren von etlichen Parteitagsteilnehmern als Feigheit wahrgenommen worden. Von ihm wäre erwartet worden, dass er in Mannheim antritt. Schließlich hatte Lafontaine bereits zweimal den Parteivorsitz angeboten bekommen. Beide Male hatte er ausgeschlagen. Würde er in Mannheim nicht kandidieren, hätte er zum dritten Male auf die Möglichkeit verzichtet, Vorsitzender zu werden. Diese dauerhaften Verzichte hätten ihn in den Augen mancher Mitglieder unglaubwürdig werden lassen. Es wäre der Eindruck entstanden, dass er letzten Endes vor der Übernahme von Verantwortung zurückschrecke.

Schmidt forderte Lafontaine am Ende doch nicht öffentlich auf. Hätte sie es getan, hätte sie Lafontaines Entscheidungsfreiheit stark beschnitten. Er hätte sich in einer Lage befunden, wo er nicht ohne erhebliche Nachteile auf die Kandidatur hätte verzichten können. Mithin zeigte Schmidt eine sehr hohe Bereitschaft, stark und wirksam in die Ereignisse des Mannheimer Parteitages einzugreifen.

#### **4.5.2 Das Scheitern der Inszenierung der Geschlossenheit als günstige Gelegenheit für die Scharpinggegner**

Mit der Rede Lafontaines und der durch sie ausgelösten Begeisterung der Delegierten entstand eine unverhoffte Gelegenheit zur Kampfkandidatur. Diese Gelegenheit wurden von denjenigen aktiv genutzt, die ohnehin an einer Ablösung Scharpings interessiert waren. Nach der Rede erschien plötzlich möglich, was vorher ausgeschlossen war: ein Personalwechsel auf dem Parteitag. Die Forderung nach einer personellen Alternative wäre vor Lafontaines Rede nicht denkbar gewesen. Sie hätte eine extreme Verletzung der Inszenierung der Partei als geschlossene Einheit bedeutet. Die Lafontainerede hatte diese Inszenierung jedoch unwirksam gemacht. In Medienkommentaren wurde über einen Machtwechsel spekuliert. Die Diskrepanz zwischen dem starken Beifall für Lafontaine und dem schwächeren für Scharping beherrschte die Schlagzeilen. Daher konnten die Befürworter einer Kampfkandidatur plausibel einen durch Lafontaines Auftritt entstandenen Handlungsdruck behaupten. Sie erklärten die Kampfkandidatur für alternativlos und unausweichlich. Diese Haltung galt zudem nicht mehr als Disziplinbruch. Sie wurde gerechtfertigt durch die Berufung auf das allgemeine Wohl der Partei.

1) Mit einer Forderung nach einer Kampfkandidatur konnte nun das Bild der Einheit der Partei nicht mehr zerstört werden, weil es bereits zerstört war. Über eine Kampfkandidatur zu diskutieren, war darum kein gravierender Verstoß gegen die Disziplin der öffentlichen Inszenierung mehr. Die Inszenierung war mit der Rede Lafontaines hinfällig.

Dass etliche Parteitagsteilnehmer eine Kampfkandidatur forderten, war kein Bruch mit der Parteidisziplin. Diese Forderungen können nicht als echtes Aufbegehren der Delegierten gegen die Parteiführung verstanden werden. Zwar verlor die Parteiführung für eine Zeit lang die Kontrolle über die Ereignisse. Ihr ursprünglicher Plan der Wiederwahl Scharpings scheiterte. Das konkurrierende Interesse der Abwahl des alten Vorsitzenden setzte sich durch. Dennoch wurde die Parteiführung von den Befürwortern einer Kampfkandidatur nicht ernsthaft bekämpft. Es gab keine Bemühungen, die Führung als Ganzes zu entmachten und eine vollkommen neue zu installieren. Gründe für einen solchen „Aufstand“ hätte es gegeben. Schließlich hatte die Parteiführung die Krise der SPD nicht lösen können und sie hatte auf Scharping als Vorsitzenden gesetzt, als viele ihn längst als Problem wahrnahmen. Aber die Führung wurde nicht angegriffen oder offen kritisiert. Auf eine öffentliche Bloßstellung der Vorstandsmitglieder wurde verzichtet. Erst später, nach der Vorsitzendenwahl erhielten einige Vorstandsmitglieder einen „Denkzettel“, weil sie aufgrund schlechter Wahlergebnisse erst im zweiten Wahlgang die nötige Stimmenzahl erreichen konnten. Aber letztlich wählten die Delegierten bis auf eine Ausnahme alle vom Parteivorstand vorgeschlagenen Kandidaten (Parteivorstand der SPD, 17.10.1995; Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995). Damit folgten sie den Vorgaben von „oben“ letztlich doch. Das vor dem Parteitag zwischen den innerparteilichen Interessengruppen ausgehandelte Personal-

paket blieb von der Abwahl Scharpings mithin unberührt. Die Forderungen nach einer Kampfkandidatur können darum nicht als „Aufstand“ der „Basis“ gedeutet werden, die sich von den Vorgaben der Führung distanzieren wollte. Zudem blieb eine Blockbildung zwischen Delegierten einerseits und Führung andererseits aus. „Die Delegierten“ schlossen sich nicht zu einem Bündnis gegen die Führung zusammen. Das lag auch daran, dass die Initiative für die Kampfkandidatur nicht allein von Delegierten, sondern auch von Mitgliedern der Führung ausging. Die von den Medien insinuierte Spaltung zwischen „Basis“ und „Führung“ existierte so nicht.

Aber auch die Scharpinggegner, gleich welchen Ranges, probten nicht den Aufstand. Sie nutzten ihre Gelegenheit, aber sie taten es in einer Situation, in der sie die Parteiführung nur wenig beschädigten. Die Inszenierung der „Einheit“ der Partei war gescheitert. Forderungen nach einer Kampfkandidatur konnten daher die ohnehin gescheiterte Inszenierung nicht mehr zerstören. Vor der Rede Lafontaines wäre ihnen eine konfliktfreie Verfolgung ihrer Interessen nicht möglich gewesen. Die Inszenierung der Einheit der Partei verlangte von ihnen, die innerparteiliche Ämterverteilung nach außen als „gut“ und „richtig“ zu vertreten. Jede Forderung nach einer personellen Alternative zu Scharping wäre ein radikaler und auffälliger Bruch mit der von der Führung vorgegebenen Personalpolitik gewesen. Der dadurch unvermeidliche Machtkampf zwischen Anhängern und Gegnern Scharpings hätte einen hohen Nachrichtenwert gehabt und hätte darum ein massives Medieninteresse geweckt. Das hätte ein öffentliches Bild der Partei als hoffnungslos zerstritten zur Folge gehabt. Gleichzeitig wären diejenigen Mitglieder der Führung, die öffentlich die Einheit der Partei behauptet haben, als Blender und Propagandisten demaskiert worden. Nach der Lafontainerede glaubten die Medien jedoch nicht mehr an diese Einheit.

Ein zweiter Grund war, dass Lafontaine als die Hauptursache der zerstörten Einheit galt. In den Augen der Medien war er es, der das Personalproblem wieder aufgeworfen hatte durch seine Rede. Damit konnten diejenigen Führungspersonen, die zuvor die Wiederherstellung der Einheit der Partei durch den Parteitag propagiert hatten, eigentlich auch ihr Gesicht wahren. Sie konnten einen Kurswechsel, einen Rückzug von der Idee der Einheit rechtfertigen damit, dass sie von Lafontaines Vorstoß überrascht worden seien. Dass Scharping nach dessen Auftritt massiv auch von Parteitagsteilnehmern in Frage gestellt wurde, lag nach dieser Darstellung dann nicht an der mangelnden Folgebereitschaft der Teilnehmer, sondern an der Aggressivität Lafontaines. Dies gab diesen Führungsleuten die Möglichkeit, Vorwürfe der Fehleinschätzung der Situation abzuwehren. Die Scharpinggegner verzichteten zudem darauf, der Führung die Kandidatur Lafontaines in einem auch öffentlich wahrnehmbaren Machtkampf abzutrotzen. Ihre Bemühungen der Durchsetzung ihrer Interessen geschahen nicht-öffentlich, hinter den Kulissen. Weil diese Aktivitäten nur wenig sichtbar wurden, konnten die Führungsmitglieder auch dadurch leichter ihr Gesicht wahren, weil sie in ihrem Kontrollverlust nicht bloßgestellt wurden.

2) Es ließ sich plausibel darstellen, dass die Rede Lafontaines der Partei ein neues Problem beschert habe. Freilich konnte man Lafontaine nicht dafür kritisieren, dass er die Delegierten begeistert hatte. Einen solchen Vorwurf hätten Beobachter und viele Parteitagssteilnehmer als ungerecht und unverständlich empfunden. Die von Lafontaine verletzte Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung war zu abstrakt, um sie plausibel öffentlich vermitteln zu können. Kritik an Lafontaine konnte daher nur „hinter verschlossenen Türen“, also jenseits jeglicher Beobachtung durch die Medien geäußert werden. Dennoch hatte man überzeugend darstellen können, dass man vor einem Problem stand. Medienberichte stellten Lafontaine als den im Vergleich zu Scharping besseren Redner dar, der zudem bei den Delegierten erheblich beliebter sei. Aus der Sicht der Medien war es unvernünftig, den ungeliebten Vorsitzenden Scharping wiederzuwählen, wenn man doch eine bessere personelle Alternative habe. Ein solches Medienurteil war für die Außenwirkung der Partei ungünstig. Ein Indiz für diese Abwägungen der öffentlichen Wirkung der Rede durch Parteitagssteilnehmer fand sich in der Süddeutschen Zeitung:

Und schon brach sich bei den nächsten Gesprächspartnern der Katzenjammer Bahn: Wie um Himmels willen musste eine solche Begeisterung auf den tatsächlichen Bundesvorsitzenden wirken, der tapfer die ganze Rede hindurch immer wieder applaudiert hatte und den man doch tags zuvor auch einigermaßen gefeiert hatte für seine ordentliche Rede? Wie sollte man der Öffentlichkeit und den potentiellen Wählern nach den 62 Sekunden orkanartigen Beifalls für „Oskar“ tags darauf den Eindruck vermitteln, trotz allem sei Scharping der Beste – da doch nichts dafür sprach, dass Lafontaine wirklich gegen ihn antreten werde? (Riehl-Heise, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995)

In diesen hier zitierten Abwägungen wurde nicht behauptet, dass Scharping sich durch die Rede Lafontaines tatsächlich als der Schlechtere erwiesen hätte. Vielmehr reflektierte man die öffentliche Wirkung des Lafontaineauftritts. Man mutmaßte, dass es in der Öffentlichkeit so erscheinen würde, als wäre Lafontaine der Bessere. Daher nahm man an, dass es schwierig werden könnte, die Wahl Scharpings gegenüber den Medien und den Wählern als richtig zu rechtfertigen. Aber dahinter schien die Angst auf, dass die Wähler diese Entscheidung letztlich missbilligen könnten. Man befürchtete ein weiteres Absinken der Umfragewerte. Weitere Wähler hätten sich enttäuscht über die aus ihrer Sicht falsche Personalentscheidung von der SPD abwenden können. Schon der Umstand, sich für die Wahl des Vorsitzenden rechtfertigen zu müssen, wäre für die Partei ungünstig gewesen. Vom Parteitag hatten sich viele Mitglieder eine positive Außenwirkung im Sinne der Werbung für die SPD erhofft. Die Partei sollte für die Wähler wieder attraktiv erscheinen. Dafür benötigte man jedoch auch einen Vorsitzenden, der von den Wählern nicht als der schlechtere der möglichen Kandidaten angesehen werden würde. Auch sollte der Vorsitzende in den Augen der Wähler das Vertrauen seiner Partei besitzen. Nur dann hätten diese ihn auch als Repräsentanten der ganzen Partei wahrnehmen können, was ihnen insgesamt die Wahrnehmung von Politik vereinfacht hätte. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Komplexität schon der innerparteilichen politischen Debatten und Strömungen auszu-

blenden zugunsten einer schematischen Reduktion der Partei auf ihren Vorsitzenden. Wo dieser als authentische und maßgebliche Stimme seiner Partei gesehen worden wäre, wäre die politische Landschaft für die Wähler (scheinbar) übersichtlicher gewesen.

An derartige Ängste vor einem negativen öffentlichen Eindruck ließ sich nach der Rede Lafontaines gut anschließen, um die Deutung durchzusetzen, die SPD hätte jetzt ein gewichtiges und lösungsbedürftiges Problem. Wer sich nach dem Lafontaineauftritt Sorgen um die öffentliche Wahrnehmung der Situation des Parteitages machte, war auch empfänglich für Situationsdefinitionen, die einen Lösungsweg bereithielten. Vielfältig wurde nach „Klarheit“ verlangt. Selbst Scharping sprach davon, dass die Partei „Klarheit brauche“, als er bekannt gab, dass es eine Kampfkandidatur geben solle (Parteitagsprotokoll S. 500). Die Idee der „Klarheit“ durch eine Kampfkandidatur konnte sich durchsetzen, weil sie eine einfache und hochwirksame Lösung versprach. Der neue Vorsitzende sollte in einer offenen Konkurrenz bestimmt werden. Der Sieger dieser Konkurrenz würde das Vertrauen der Mehrheit der Delegierten, also auch das Mandat der Partei haben. Das war auch für externe Beobachter einsichtig. Die Kampfkandidatur wirkte nach außen wie ein offener Wettbewerb, in dem vor allem die Präferenzen der Delegierten über Sieg und Niederlage entschieden haben. Eventuelle Absprachen von Delegiertengruppen blieben verborgen, sie wurden abseits der Medienbeobachtung getroffen. Dadurch konnte eine Kampfkandidatur den Eindruck eines idealen demokratischen Wettbewerbs erzeugen. Der Sieger dieser Konkurrenz wurde folglich dadurch legitimiert, dass er von der Mehrheit der Partei auch gewollt worden war. Die Partei musste ihre Entscheidung nicht mehr gegen die Zweifel in Medien und Bevölkerung verteidigen. Zweifel an der Einheit von „Basis“ und „Führung“ hatten sich damit erübrigt.

3) Die Forderung nach „Klärung“ der Personalsituation bot die Möglichkeit, die eigenen Interessen hinter allgemeinen Formeln zu verbergen. Ich kann zwar nicht unterstellen, dass alle aktiv an der Verwirklichung der Kampfkandidatur Beteiligten in der Rede Lafontaine vor allem die Gelegenheit sahen, Scharping endlich als Vorsitzenden ablösen zu können. Es kann gewiss Parteitagsteilnehmer gegeben haben, die an die Notwendigkeit der „Klärung“ aufrichtig glaubten. Dennoch hatte die Kampfkandidatur für einem großen Teil der Mitgliedschaft auch einen strategischen Nutzen. Die wahlkämpfenden Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sahen in Scharping eine Belastung für ihre Wahlaussichten. Die Befürworter der Ausrichtung des Bundestagswahlkampfes 1998 auf eine rot-grüne Koalitionsoption konnten sich mit Scharping eines Hindernisses bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen entledigen. Auffällig ist, dass diese Interessen in Mannheim nicht offen artikuliert worden sind. Stattdessen wurde das aktive Engagement für die Kampfkandidatur eher mit allgemeinen Gütern gerechtfertigt. Man berief sich auf das große Ganze, „die Partei“, die „Klarheit“. Die Herbeiführung der Kampfkandidatur war nach dieser Darstellung ein Dienst am Wohle der Partei als solcher. Man gab

sich, als würde man vorrangig höhere Ziele und Ideale verfolgen. Den eigenen Nutzen aus der Situation blendete man sprachlich aus.

4) Lafontaine ließ sich leicht als der maßgebliche Verursacher des Darstellungsproblems der Partei interpretieren. Dadurch richtete sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf ihn. Der Anteil der Delegierten an der Erzeugung der Ausnahmesituation in Mannheim wurde wenig beachtet. Dass sie durch ihre Reaktionen auf die Rede den Zweifel der Medien am Rückhalt Scharpings erst mit ermöglicht haben, wurde nicht diskutiert. Der Erfolg seiner Rede wurde nicht als Gemeinschaftswerk von Redner und Publikum gesehen. Erst der Beifall und der Jubel der Delegierten machten die Rede Lafontaines letztlich zu etwas Besonderem. Nur weil die Delegierten so intensiv applaudiert hatten, konnte die Rede auch als Hinweis auf die größere Beliebtheit Lafontaines interpretiert werden. Unhinterfragt blieben ebenso die Bedingungen einer erfolgreichen Kandidatur Lafontaines. Dieser konnte nur deswegen plausibel zum Gegenkandidaten werden, weil viele Delegierte bereit waren, ihn auch zu wählen. Ohne deren Wahlneigungen wäre eine Kampfkandidatur nicht möglich gewesen. Weder wäre Lafontaine zur einer Kandidatur bereit gewesen, noch hätte es überhaupt die Aussicht gegeben, das zwischen zwei Personen hätte gewählt werden können.

Durch die Rede hatte sich Lafontaine in der Tat ziemlich exponiert. Niemand konnte bestreiten, dass er als Redner wesentlich für seine Worte auf der Bühne verantwortlich war. Er hatte diesen Moment maßgeblich gestaltet. Also war er auch in hohem Maße verantwortlich für die durch die Rede provozierten Medienkommentare. Diese Kommentare hätte Lafontaine vermeiden können durch einen bescheideneren Auftritt. Wer an der gelungenen Inszenierung der Partei als Einheit interessiert war, musste Lafontaines Auftritt als Regelbruch wahrnehmen. Er hatte den Fehler gemacht, eine bessere Rede als der Vorsitzende zu halten. Dieser rhetorische Glanz hätte ihm aber rangmäßig nicht zugestanden. Dabei scheint sein Fehlverhalten schwerer zu wiegen als das der begeisterten Delegierten. Denen hätte man ebenfalls eine gewisse Verantwortungslosigkeit vorwerfen können, weil sie sich in ihrer Begeisterung haben gehen lassen. Auch die Delegierten hätten für sich überlegen können, inwiefern sie mit ihrem Verhalten einen unerwünschten öffentlichen Eindruck erzeugen. Auch sie hatten eine gewisse Verantwortung für das Gelingen der Parteitagsinszenierung. Dennoch wurde Lafontaines Verhalten strenger bewertet. Sein Regelbruch lenkte auch die Aufmerksamkeit auf ihn als Person. Die Frage stellte sich, was er mit dieser Rede beabsichtigt haben könnte. Man rätselte über seine Motive. Also beschäftigte man sich mit seiner Person.

Auch die stets naheliegende journalistische Annahme innerparteilicher Machtkämpfe machte die ausschließliche Aufmerksamkeit für Lafontaine sinnvoll. In den Spekulationen um Lafontaines Motive für seine Rede stellte man einen Zusammenhang her zwischen der Tatsache, dass er diese Rede so gehalten hat, und seinen prin-

ziptuellen Machtchancen. Lafontaine war stellvertretender Bundesvorsitzender und in der Bevölkerung populär. Schon vor Mannheim wurde er deshalb von vielen Kommentatoren als Gewinn für die SPD, als Option für die Verbesserung des öffentlichen Images der krisengeschüttelten SPD gesehen. Damit hatte er den Kommentatoren zufolge auch gute Aussichten im Kampf um den Parteivorsitz. Einerseits hätte er seinen innerparteilichen Einfluss nutzen können. Andererseits hätte er das Ansehen der Partei verbessern helfen und ihr damit einen großen Nutzen als Gegenleistung für seine Wahl anbieten können. Wer diese Verbindung sah, empfand die Vermutung, Lafontaine habe planvoll den Vorsitz angestrebt, wahrscheinlich ebenfalls plausibel.

5) Die Begründungen der Befürworter einer Kampfkandidatur wirken nicht überzeugend. Es stimmt zwar, dass Lafontaines Rede negative Medienkommentare provoziert hatte. Die Selbstdarstellung der Partei als geschlossene Einheit war damit gescheitert. Damit wirkte die Behauptung, die Rede habe ein Problem erzeugt, zunächst plausibel. Es stimmt jedoch nicht, dass die Kampfkandidatur unausweichlich gewesen wäre. Dies wurde verschiedentlich behauptet, um sie durchzusetzen. Zwar war die Kampfkandidatur eine sinnvolle Möglichkeit der Reaktion auf die Spekulationen der Medien. Genauso wäre es aber auch möglich gewesen, abzuwarten, bis andere Ereignisse das Thema Lafontainerede als Hauptnachricht abgelöst hätten. Die Suche der Medien nach Ereignissen, die für den Konsumenten neu und überraschend sind, hätte das Nachlassen ihres Interesses am Mannheimer Parteitag berechenbar gemacht. Man konnte erahnen, dass das Thema für die Medien innerhalb weniger Tage uninteressant geworden wäre. Daher hätte man das Problem auch „aussitzen“ können. Auf die Kampfkandidatur hätte man auch verzichten können.

Die Erklärung, dass Lafontaine mit seiner Rede demonstriert habe, dass er sich für den besseren Vorsitzenden hielt, ist ebenfalls nicht überzeugend. So stellte es Schmidt dar:

Und die Situation war für Lafontaine so, dass man wusste: Da ist einer, der meint, er kann es besser, traut sich aber nicht. (Süddeutsche Zeitung 18.11.1995a)

Die nach Darstellung Schmidts mit der Rede sichtbar gewordenen Ambitionen Lafontaines hätten einen Handlungsbedarf erzeugt. Denn nun habe man erkannt, dass Lafontaine keineswegs sich mit seiner Stellung als nur stellvertretender Vorsitzender zufrieden geben wollte. Er habe einen Führungsanspruch für die ganze Partei erhoben. Folglich habe Lafontaine kandidieren müssen, um zu sehen, ob er eine Mehrheit der Delegierten für sich gewinnen können würde. Hätte er dies nicht getan, hätte man stets damit rechnen müssen, dass er wieder und wieder seinen Anspruch erheben würde. Durch seine Kandidatur hätte man jedoch wenigstens für die folgenden zwei Jahre bis zum nächsten Parteitag feststellen können, ob der Kandidat das Vertrauen der Delegierten finden würde oder



ob er ohne Chance war. In jedem Fall wurde klar, wem die Partei mehr zuneigte und wer folglich einen berechtigten Führungsanspruch erheben konnte.

Freilich stimmt Schmidts Darstellung nicht, dass diese Form der „Unklarheit“ erst in Mannheim entstanden sein soll. Denn die Mutmaßung, dass sich Lafontaine für den Beseren halte, war wiederum banal angesichts der allgemein bekannten Konkurrenz zwischen Scharping, Schröder und Lafontaine. Die Rivalität zwischen Scharping und Schröder war spätestens durch den Machtkampf 1994/95 offensichtlich. Die Konkurrenz wurde aber nicht nur als Problem dieser beiden Personen angesehen, sondern als eines der sogenannten „Enkel“-Generation. Als „Enkel“ galten die Politiker, die in den 1960er und 1970er Jahren unter dem Eindruck Willi Brandts in die SPD eingetreten waren, also Schröder, Scharping, Lafontaine und etliche andere. Es handelte sich um die Geburtsjahrgänge 1938 – 48 (Micus 2005, S. 13). Diese dominierten die Spitzengremien der Partei in den 1990er Jahren nahezu ausschließlich. Weil die SPD in den 1990er Jahren in den Bundesländern sehr erfolgreich war, hatte diese Generation auch die Möglichkeit gehabt, zumindest auf Länderebene Spitzenämter zu besetzen. Die SPD stellte 1995 in 10 Bundesländern den Ministerpräsidenten, in 4 weiteren Ländern war sie an Koalitionsregierungen beteiligt (Leinemann, SPIEGEL 46/1995, S. 27). Diese Generation von Spitzenpolitikern, zu der auch Lafontaine zählte, galt als zerstritten und in Konkurrenz verstrickt:

Jeder gegen jeden und alles hausgemacht. Ob Gerhard Schröder im Streit mit Rudolf Scharping in Bonn, ob Albert Schmidt in Konkurrenz zu Renate Schmidt – allzu viele wollen sich im Zusammenspiel mit den Medien ihrer Partei als Handlungsträger aufzwingen. Allzu viele glauben offenbar, dass ihr Leben verpfuscht wäre, wenn sie nicht jetzt noch ganz schnell Staatssekretär, Minister, Ministerpräsident oder gar Kanzler würden.

[...] Dass es diesen hechelnden Konkurrenzkampf gibt, bestreitet auch Heide Simonis nicht [...]

„Wir sind zu viele, zu ehrgeizig, zu gleichaltrig und zu gut.“ Mit einer gewissen Berechtigung glaube jeder, er sei der Richtige (Leinemann, SPIEGEL 46/1995, S. 26f.)

Das wusste auch Renate Schmidt, die über das Verhältnis von Scharping, Schröder und Lafontaine im Rückblick äußerte:

Also die drei waren sich nicht grün, egal, was man da an Bildern versucht hat, an Gemeinsamkeit herzustellen. Es war so: Jeder hat gedacht, jeder von den dreien, „Ich könnte es besser als der jeweils andere“. (Interview Renate Schmidt)

Es bedurfte daher eigentlich keines besonderen Auftritts von Lafontaine, um über dessen Führungsanspruch zu mutmaßen. Allenfalls das Maß der Aktivitäten Lafontaines konnte als Indiz gelten. Lafontaine hatte sich nach der Kür Scharpings zum Kanzlerkandidaten 1994 zurückgehalten und zumindest keinen offenen Machtkampf mit Scharping ausgetragen. Im Herbst 1995 hatte Lafontaine jedoch diese Zurückhaltung teilweise aufgegeben, als er die Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz forderte. Diese Forderung hatte er bereits im September 1995 mit Scharping und Rau diskutiert und im Oktober 1995 im Parteivorstand noch einmal angesprochen. Über diesen Auftritt im Parteivorstand war in

den Medien berichtet worden. Es war daher allgemein bekannt, dass Lafontaine diese Ämtertrennung für sinnvoll hielt.

Die Vermutung, Lafontaine strebe nach dem höchsten Amt, war zudem plausibel aufgrund der jüngeren Vergangenheit. Im Bundestagswahlkampf 1990 war Lafontaine Kanzlerkandidat der SPD gewesen. 1993 hatte er während der Mitgliederbefragung für Scharping als Vorsitzenden geworben, in der Hoffnung auf eine Aufteilung der Aufgaben zwischen einem Vorsitzenden Scharping und einem Kanzlerkandidaten Lafontaine. Diese Hoffnung hatte sich zerschlagen. Dass Lafontaine seine Ambitionen aber aufgegeben hätte, wurde eher selten behauptet.

Andererseits wirkt die Vermutung Schmidts und vieler anderer, Lafontaines Rede sei eine Bewerbungsrede gewesen, unplausibel. Lafontaine hatte in seiner Rede nicht über seine Ambitionen auf den Parteivorsitz oder die Kanzlerkandidatur 1998 gesprochen. Auch hatte er die Personalfrage insgesamt nicht thematisiert. Über den Streit zwischen Schröder und Scharping sagte er nichts. Seine Forderung der Ämtertrennung erwähnte er auch nicht. Seine Rede hatte sich ausschließlich ganz grundlegenden sozialdemokratischen Idealen gewidmet. Vorschläge für das politische Alltagsgeschäft hatte Lafontaine unterlassen. Für die Lesart Schmidts, in der Rede drücke sich dessen Führungsanspruch aus, bot Lafontaines Auftritt also keinen Beleg. Vielmehr trat Lafontaine, zumindest dem Wortlaut nach, in Mannheim erheblich disziplinierter auf als im Vorfeld des Parteitages. Er war zu anderen Zeitpunkten offensiver aufgetreten als hier. Allein die Verletzung der Regel der Rangabstufung durch die Intensität der Rede könnte als Indiz für Lafontaines Willen zur Macht gewertet werden. Dem steht jedoch gegenüber, dass eine Kampfkandidatur auf dem Parteitag auch ihm sehr unwahrscheinlich erschienen sein wird. Ebenso muss man annehmen, dass er selber wenig Interesse an einer offenen Konkurrenz hatte. Belegen lässt sich das durch seine Forderung gegenüber Renate Schmidt, nur dann anzutreten, wenn er die Mehrheit zugesichert bekäme oder gar als einziger Kandidat antreten könne. Lafontaine hatte in seiner Karriere Kampfkandidaturen gemieden. Als ein Politiker, der seinen Aufstieg über mehrere Jahrzehnte organisiert hatte, scheute er das Risiko, durch eine Kampfkandidatur das Erreichte wieder zu riskieren. Typisch für Lafontaine und andere, die langfristig an ihrem Aufstieg arbeiten, war eher eine Sicherheitsorientierung: Man wollte schon vor der Wahl wissen, dass man sie gewinnen würde.

Die Medienkommentare spekulierten über eine mögliche Kampfkandidatur auch mit der Begründung, dass Lafontaine bei den Delegierten beliebter sei als Scharping. Auch Schmidt sah dies als Problem, das die Kampfkandidatur notwendig machen würde:

Mir ist zu diesem Zeitpunkt im Prinzip klargeworden: Das geht so nicht. Also wir können nicht einen ungeliebten Parteivorsitzenden haben und einen heimlichen Vorsitzenden, den wir eigentlich wollen und der sich dann immer nach Lust und Laune mal einschaltet ins Geschäft und dann wieder abseilt in sein Saarland. So eine Aufgabenverteilung geht nicht. (Interview Renate Schmidt)

Beliebtheit ist jedoch kein Kriterium der Vorsitzendenwahl. Beliebtheit als Kriterium ist nur für den Idealfall eines herrschaftsfreien Diskurses sinnvoll. In der politischen Wirklichkeit bestimmt vor allem die Durchsetzungsfähigkeit in Machtkämpfen, wer die höchsten Ämter in der Partei besetzen kann. Chancen auf diese Ämter hat, wer genügend Verhandlungsgewicht besitzt, um die Zustimmung der Führungspersonen auf Landes- und Bundesebene einzuwerben. Der Vorsitzende wird nicht ad hoc auf Parteitag als Versammlung von gleichrangigen Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet gekürt. Der Kandidat wird bereits vor dem Parteitag nominiert durch die Parteiführung selbst. Diese Nominierung ist Ergebnis der Verhandlung von Führungspersonen aus Bund und Ländern. Diese mögen teilweise im Auftrag ihrer Mitglieder handeln. Ihre Vertretungsmacht hat sich jedoch gegenüber der Mitgliedschaft verselbständigt. Einerseits können sie sich relative Unabhängigkeit von der Zustimmung ihrer Mitgliedschaft erkämpfen, weil sie nur so gegenüber Dritten verhandlungsfähig werden. So können sie auch ihre eigenen Präferenzen als strukturelle Sachzwänge ausgeben (Sofsky/Paris 1994, S. 181f.). Auf der anderen Seite verfügen sie über einen privilegierten Medienzugang. Sie schaffen Tatsachen, die sie als Führungspersonen durch die Medien kommunizieren. Auf diese Weise zwingen sie die Delegierten, sich dem veröffentlichtem Votum der Führung anzuschließen, um den Eindruck der Zerstrittenheit der Partei zu vermeiden.

### **Warum konnte Lafontaine überzeugend als Herausforderer dargestellt werden?**

Die Kampfkandidatur ist von ihren Befürwortern als unausweichlich bezeichnet worden. Diese Darstellung konnte offenbar viele Parteitagsteilnehmer überzeugen. Auch maßgebliche Führungspersonen wie z.B. der Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering argumentierten, dass eine Klärung der Personalfrage unabdingbar sei (Interview Torsten Oltmanns). Dass die SPD mit der Rede ein neuerliches Personalproblem habe, beruhte jedoch auf einer Interpretation des Lafontaineauftritts als Indiz von Lafontaines Führungsanspruch. Erst diese Interpretation machte die Schlussfolgerung plausibel, dass es einer Kampfkandidatur bedurfte, um die Machtfrage zu regeln. Damit zählt diese Interpretation zu den Bedingungen des Zustandekommens der Kampfkandidatur. Freilich lässt sich diese Lesart der Rede aus dem Redetext nicht zwingend ableiten. Dieser hätte auch andere Deutungen zugelassen. So hätte die Lafontainerede auch als die Festrede verstanden werden können, die sie war. So bewertet hätte sie aber eine Kandidatur Lafontaines unsinnig erscheinen lassen. Dass jemand einen feierlichen Höhepunkt schafft, ist kein hinreichender Anlass, um sich für den Parteivorsitz auf so ungewöhnliche Weise zu bewerben. Daher stellt sich die Frage, wie sich letztendlich die Auslegung der Lafontainerede als „Bewerbungsrede“ bei vielen Parteitagsteilnehmern durchsetzen konnte.

Die Spekulation über Nebenbedeutungen der Rede war prinzipiell möglich. Sie schuf, schon allein aus Sicht der Journalisten, eine besondere Situation. Dieser Ausbruch

aus der Parteitagsroutine, den als langweilig empfundenen Diskussionen um Tagesordnungspunkte und Detailformulierungen von Anträgen, wurde als attraktive Geschichte empfunden. Ihr Medienecho war entsprechend groß. Weil die Rede und die von ihr ausgelöste Begeisterung sich von den üblichen Parteitagsgeschehnissen abhob, bedurfte sie einer Erklärung. Eine autorbezogene Erklärung konnte nur spekulativ erfolgen, da die Rede selber kaum etwas über Motive und Absichten Lafontaines verriet. Der Redner selber gab dazu auch kaum Auskunft. Der Redetext ließ mehrere Varianten der Erklärung zu. Die Annahme einer Absicht war mit dem Text zumindest verträglich. Zugleich gab diese der Geschichte um die Rede eine besondere Würze. Als Indiz des Lafontaineschen Führungsanspruches ließ die Rede einen Machtkampf erwarten. Die Medienkonsumenten konnten so auf eine spannende Fortsetzungsgeschichte hoffen. Daher bot sich für die Medien diese Darstellung besonders an.

Auch die meisten Parteitagsteilnehmer hatten wenig Kontakt zu Lafontaine und blieben damit auf Spekulationen angewiesen. Für viele war die Rede ebenfalls ein besonderes Ereignis und damit erklärungsbedürftig. Einerseits waren sie von den Folgen der Rede betroffen. Die Reduktion des Parteitagsgeschehens auf den vermeintlichen Wettbewerb zwischen Scharping und Lafontaine schadete auch ihren Interessen. Andererseits mussten sie damit rechnen, dass eine personelle Veränderung an der Parteispitze auch ihre Möglichkeiten der Interessenverfolgung berühren würde. Ein neuer Vorsitzender konnte einen Politikwechsel innerhalb der Partei bewirken. Manche politischen Projekte konnten damit endlich Priorität gewinnen, andere würden sie verlieren. Er konnte gleichzeitig einen Mitarbeiterwechsel im Parteiapparat anstreben. Dies hätte wiederum für manche Personen die Karriereaussichten getrübt, sie für andere wiederum erst eröffnet. Weil sich Lafontaine jedoch nicht äußerte, blieb sein Publikum auf sich gestellt bei der Findung einer Erklärung. Um sich auf mögliche künftige Entwicklungen einstellen zu können, mussten sie wenigstens spekulative Szenarien entwerfen.

Die Annahme einer Absicht hinter der Rede wurde plausibel für jeden, der Lafontaine starke Aufstiegsambitionen unterstelle. Dies war angesichts von Lafontaines politischer Biografie naheliegend. Lafontaines Karriere war eine rasche Abfolge von Aufstiegen. Ihm gelang kontinuierlich der Sprung in immer wichtigere Positionen. Wer eine solche Laufbahn absolvierte, dem konnte man auch ein Interesse an weiteren Aufstiegen unterstellen. Man konnte annehmen, dass ihm nicht alle Ämter ausschließlich von außen angeboten worden waren. Schließlich hätte er auch die Wahl gehabt, auf weitere Aufstiege zu verzichten. Stattdessen hatte er die sich bietende Gelegenheit des Aufstieges oft wahrgenommen. Dabei schienen viele Ämter nur Zwischenstationen auf dem Weg nach ganz oben zu sein. Das attestieren ihm Filmer und Schwan in ihrer Lafontaine-Biografie:

Lafontaine greift nur nach den höchsten Ämtern. Nie gibt er sich mit Stellvertreterfunktionen zufrieden (Filmer/Schwan 1996, S. 220)

In einem Bonner Kabinett Minister zu werden käme ihm nicht in den Sinn. Lafontaine reizt auf Bundesebene nur das Amt des Bundeskanzlers. Zweiter Mann oder Zweitwichtigster zu sein lehnt er für seine Person ab. (Filmer/Schwan 1996, S. 222)

Aufstiegsambitionen konnte man durchaus auch aus den Chancen Lafontaines für einen Sieg in einer Kampfkandidatur gegen Scharping ableiten. Dieser Schluss war zwar nicht zwingend, aber legte zumindest das Szenario nahe, dass Lafontaine seine Chancen auch nutzen könnte. Dies wiederum würde ein Interesse am Vorsitzendenamt voraussetzen.

Eine wichtige Chance auf höchste Parteiämter besaß Lafontaine bereits aufgrund seiner Popularität. Lafontaine galt neben Schröder oder Johannes Rau als einer der SPD-Politiker mit der größten Beliebtheit in der Bevölkerung. Auch gelang es Lafontaine, in den Medien brillant und überzeugend aufzutreten. Scharping wirkte in den Medien für viele langweilig und auch ohne rechtes politisches Profil. Dagegen waren Lafontaines Medienauftritte unterhaltsam. In der Öffentlichkeit vertrat er bisweilen polarisierende, zugespitzte und klar umrissene Positionen, die den Eindruck einer erkennbaren politischen Orientierung vermittelten.

Weil Politik in den Medien oft stark personalisiert wahrgenommen wurde, brauchte die Partei populäres Spitzenpersonal. Wo die Partei mit ihren wichtigsten Führungspersonen identifiziert wurde, war es vorteilhaft, wenn diese populär waren. Umgekehrt schien das negative öffentliche Image von Scharping auf die Partei abzufärben. Daher war jemand wie Lafontaine für die SPD unentbehrlich. Die Partei hatte trotz ihrer Stärke in den Ländern nur wenig bundesweit beliebtes Personal.

In Mannheim hatten sich die Chancen Lafontaines auch ganz konkret verbessert. Durch seine Rede war deutlich geworden, dass er die Delegierten für sich begeistern konnte. Der Vergleich zum Beifall der Delegierten für Rudolf Scharping legte die Vermutung nahe, dass Lafontaine erheblich beliebter war als der Vorsitzende selbst. In einer freien Wahl der Delegierten zwischen Lafontaine und Scharping hätte ersterer die besseren Aussichten auf einen Sieg gehabt.

Wer in Mannheim die Lage so einschätzte, musste es auch für wahrscheinlich halten, dass Lafontaine wenigstens darüber nachsann, ob er seine Chancen nutzen sollte. Ihm stand zumindest die Option offen, dieses Potenzial im Kampf um den Vorsitz oder um die Kampfkandidatur auch einzusetzen. Damit hatte er auch laufend eine Entscheidung zu treffen, ob er es tun sollte oder nicht. Wo dies eine bewusste Entscheidung erforderte, musste es dann auch die wenigstens zeitweilige Verlockung gegeben haben, die eigene Beliebtheit auch auszunutzen für die eigenen Interessen. Diese Verlockung hätte nur dann nicht bestanden, wäre ein solches Verhalten prinzipiell ausgeschlossen gewesen, etwa als unmoralisch oder unrealistisch. Da dies nicht der Fall war, war es für Lafontaine stets als verfügbare Handlungsmöglichkeit präsent. Als Beobachter musste man davon ausgehen,

dass die Nutzung seiner Popularität für Lafontaine stets ein mögliches Mittel zur Befriedigung des eigenen Ehrgeizes blieb.

Aus einem anderen Grund war es für Beobachter naheliegend, eine gezielte Nutzung der Rede als Angriff auf Scharping anzunehmen. Wer Lafontaines Ehrgeiz und Aufstiegsorientierung für Tatsachen hielt, musste auch die Option eines Machtkampfes gegen Scharping für wahrscheinlich halten. Der Grund dafür lag in Scharpings Beharren auf seinen Anspruch auf den Parteivorsitz und auf die Kanzlerkandidatur 1998. Zwar hatte Scharping unter Druck darauf verzichten müssen, sich bereits in Mannheim als erneuter Herausforderer Kohls ausrufen zu lassen. Dies war jedoch ursprünglich sein Ziel gewesen. Damit war klar, dass jeder andere nur durch einen erzwungenen Rückzug Scharpings Vorsitzender oder Kanzlerkandidat werden konnte. Scharpings Konkurrenten mussten warten, bis ungünstige Umstände Scharping zu Fall brachten oder aber sie mussten selbst aktiv dafür sorgen, dass er seine Ämter aufgeben muss. Angriffe Lafontaines auf Scharping, verdeckt oder offen, mussten Beobachtern je wahrscheinlicher erscheinen, je höher sie Lafontaines Ehrgeiz veranschlagten. Es war daher zweckmäßig, Lafontaines Verhalten vor allem unter der Fragestellung zu beobachten, ob es eine Form des Angriffs auf Scharping war oder nicht. Also war die Spekulation, ob Lafontaines Rede ein verdeckter Angriff auf Scharping war, ebenfalls zweckmäßig. Weil der Machtkampf zwischen den Rivalen hoch wahrscheinlich war, war es sinnvoll, ein solches Szenario für die Rede wenigstens theoretisch zu durchdenken. Dies galt besonders für alle, die von diesem Machtkampf in irgendeiner Weise betroffen waren und sich auf alle Eventualitäten vorbereiten mussten.

Man konnte seine Rede auch als Stimmungstest deuten. Sie war in dieser Sichtweise der Versuch, den Grad der Zustimmung der Delegierten zu Lafontaine zu ermitteln. Nachdem dieser sich als sehr hoch erwiesen hatte, könnte dem Redner eine Kandidatur gegen Scharping auch als aussichtsreich erschienen sein. Die Unterstellung eines Stimmungstests ging freilich von einem nüchternem Kalkül aus. Dieser Stimmungstest wäre dann notwendig Teil eines größeren Plans Lafontaines gewesen. Der Stimmungstest konnte nur ein Instrument sein, um etwas anderes zu erreichen. Die Information über die Stimmung unter den Delegierten musste die Basis für weitere Maßnahmen sein. Denn ein Stimmungstest mündet in einer Entscheidung. Je nach Ausfallen des Testes muss eine Handlungsoption gewählt werden. Der Tester muss auf den Erfolgsfall vorbereitet sein und wissen, wie er die positive Stimmung weiter für sich nutzt. So verstanden hätte der Stimmungstest zu einer Reihe von aufeinanderfolgenden Schritten der Interessenverfolgung Lafontaines gehört. Dies aber setzte nüchtern kalkulierende Planung voraus. Wer ein solches Szenario für wahrscheinlich hielt, neigte wahrscheinlich auch zur Unterstellung eines langfristigen Planes von Lafontaine, Scharping durch die Rede zu stürzen (In den Medien wurde ein solcher Plan Lafontaines unterstellt, siehe z.B. Dietrich, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995).

Die Spekulationen über mögliche Angriffsabsichten hinter Lafontaines Rede konnte auch deshalb überzeugen, weil Lafontaine als Redner maßgeblich die Situation in Mannheim beeinflusst hatte. Er hatte eine Rede gehalten, die er so nicht hätte halten dürfen. Mit seinem feurigen Auftritt hatte er die Regel der rangabgestuften Selbstdarstellung gebrochen und die Inszenierung der Partei zu Lasten Scharpings untergraben. Dies konnte man Lafontaine als sein Verschulden vorwerfen. Er selber hätte als erfahrener Berufspolitiker wissen müssen, wie seine Rede durch die Medien wahrgenommen werden würde. Er müsste also eigentlich gewusst haben, was er dort tat. Daher konnte man als Beobachter auch annehmen, dass er die negativen Medienkommentare ganz bewusst provoziert hatte. Schließlich konnte Lafontaine aus dieser weiteren Verschlechterung des Images von Scharping den größten Nutzen ziehen. Und weil es ihm nutzte, musste man zumindest die Möglichkeit erwägen, dass er das alles bewusst geplant haben könnte.

## **Schluss: Die Ergebnisse der Studie im Überblick**

### **1 Medienimages der Partei und ihrer Vertreter als Grund und Mittel des Machtkampfes um Spitzenämter**

#### **Parteien als Figuration wechselseitig voneinander abhängiger Akteure**

Der Mannheimer SPD-Parteitag 1995 ist ein Beispiel für den Versuch eines Parteivorsitzenden, sein Amt gegen den Willen vieler Parteimitglieder zu behaupten. Gleichzeitig zeigt dieser Parteitag, dass solche Strategien scheitern können. Der Bundesvorsitzende Rudolf Scharping wurde in Mannheim in einer absolut untypischen Kampfkandidatur um den Parteivorsitz gestürzt. Der Normalfall ist, dass die Parteiführung einen einzigen Kandidaten für dieses Amt vorschlägt, der vom Parteitag auch gewählt wird ohne Widerstände. Dies war auch für den Mannheimer Parteitag vorgesehen. Diese Vorgabe scheiterte, weil die Inszenierung der „Geschlossenheit“ der Partei misslang. Dadurch brach die Disziplin des öffentlichen Auftretens der Parteitagsteilnehmer zusammen, auf die sich der Vorsitzende bei der Verteidigung seines Amtes stützen wollte.

Die Disziplinierung der Gegner als auch deren Scheitern beruhen auf der gleichen Quelle, der wechselseitigen Abhängigkeit von Amtsinhabern und Parteitagsdelegierten. Beide Seiten brauchen einander für die gelingende Inszenierung der Partei bzw. für die gelingende Selbstinszenierung Einzelner. Innerparteiliche Machtkämpfe sind Prozesse, deren Verläufe sich durch Rückgriff auf den Figurationsbegriff erklären lassen. Figurationen sind Verflechtungen von wechselseitig voneinander abhängigen Menschen, deren Handeln auf einander bezogen ist und die stets auf andere in dieser Figuration angewiesen sind. Parteien sind derartige Verflechtungen von Menschen, die nur durch die Mitwirkung anderer ihre eigenen Ziele erreichen können. Weniger auf die Ziele konzentriert gesprochen

wirkt sich das Handeln des einen auf die Möglichkeiten und Grenzen des Handelns des anderen aus.

Parteien sind abhängig von Wahlerfolgen. Deshalb müssen sie um die Wählergunst werben. Da Politik über Medien vermittelt wird und die meisten Menschen ihre Kenntnisse über Politik aus den Medien beziehen, müssen sich die Parteien um ein gutes Medienbild bemühen. Bezogen auf die mediale Präsenz und auf die Notwendigkeit der medialen Inszenierung der Partei im Dienste der Wählerwerbung gibt es Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit in Parteien. Die Medien beschränken sich in ihrer Berichterstattung auf wenige prominente Spitzenvertreter einer Partei. Die Mehrheit der Mandatsträger, Amtsinhaber oder Angestellten der Partei bleibt meistens unberücksichtigt. Diese Leute brauchen für die Wahrung oder Erreichung ihrer Ämter und Mandate Wahlerfolge. Dafür sind sie auf die Werbewirksamkeit ihrer medial präsenten Spitzenpolitiker angewiesen. Die Spitzenpolitiker tragen die Hauptlast der Werbung um Wählerstimmen. Andererseits brauchen die Parteiführer aber auch die Mitwirkung der Mitglieder in Gestalt der öffentlich vorgeführten Anerkennung ihrer Führungsrolle durch die Partei. Sie können nur dann ein positives Medienimage entwickeln, wenn sie in ihrer Rolle als herausragende Persönlichkeiten mit besonderen Qualifikationen auch von den Mitgliedern bestätigt werden.

### **Theatralität als Teil des Statuskampfes im Feld der Politik**

Inszenierungen haben einen Beziehungscharakter: Sie werden in Beziehungen hervorgebracht und in ihnen notwendig. Sie formen und verändern diese Beziehungen und erzeugen dabei Handlungsmöglichkeiten und -grenzen der an der Beziehung Beteiligten. Inszenierung ist selbst eine Option, aber in etlichen Situationen auch eine Verpflichtung oder Handlungsnotwendigkeit. Inszenierungen sind Prozesse. Ihr Erfolg oder Scheitern verwicklicht sich in Sequenzen aufeinander folgender Handlungen. Eine Inszenierung gelingt oder misslingt als das Zusammenspiel der Handlungen aller Beteiligten. Inszenierungen können zu Machtfragen werden, denn sie sind Teil der Statuskämpfe in einem Feld. Die Inszenierungen wirken zurück auf die Möglichkeiten der in Machtkämpfe verwickelten Konkurrenten, sich zu behaupten. Sie sind sowohl Mittel des Statuskampfes als auch dessen Produkt. Weil die Wählerwerbung der Partei von wenigen medial präsenten Spitzenleuten getragen wird, ist die Partei von deren öffentlicher Wirkung abhängig. Diese müssen als Garanten von Wahlerfolgen funktionieren. Wer nicht funktioniert, riskiert den Verlust seiner innerparteilichen Stellung. Amtsinhaber sind prinzipiell austauschbar, ersetzbar, Alternativen sind denkbar. Das sorgt für Vergleiche zwischen Amtsinhabern und möglicherweise besseren Kandidaten. Dadurch steigt der Inszenierungsdruck des Amtsinhabers. Die Selbstdarstellung als Parteiführer wird für ihn zu einem Handlungsproblem, das aus der Dynamik der Beziehungen zu anderen Akteuren in der Partei und in den Medien folgt.



## **Topoi des „guten Politikers“ als Idealbilder der Beziehung zwischen Führer und Gefolgschaft**

Über die mediale Vermittlung der Politik gewinnen allgemein verbreitete Vorstellungen von einer „guten Politik“, von „guten Politikern“, insbesondere von Führungspersonen an Gewicht. Wer sich für die Medien und deren Publikum erfolgreich inszenieren will, muss glaubhaft machen, dass er diesen Vorstellungen entspricht. Er muss diese Topoi verkörpern und den Eindruck erwecken, dass er sie nicht als reine Bühnenrolle begreift, sondern dass er der „gute Politiker“ ist, den die Medien und das Medienpublikum sich zu wünschen scheinen. Will ein umstrittener Parteivorsitzender seine innerparteiliche Machtstellung durch ein positives Medienimage absichern, muss er die Topoi des „Führers“ als Rollenvorgaben übernehmen.

Der umstrittene Vorsitzende kann seine Selbstinszenierung im Sinne dieser Topoi nicht als Einzelner realisieren. Er ist dabei auf die Mitwirkung der anderen Parteimitglieder angewiesen. Die Topoi eines „guten Politikers“ sind Beziehungsmodelle. Sie können nur in Beziehungen und als Beziehungen glaubwürdig verkörpert werden. Der Figur des „Führers“ beschreibt eine Rolle. Rollenbilder beziehen sich auf Rollengefüge, in denen die erwünschten Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Rollen mitgedacht sind. Das Innehaben einer Rolle ergibt sich aus diesen Beziehungen und daraus, ob der Rolleninhaber als solcher von den Inhabern der anderen Rollen auch akzeptiert und bestätigt wird. Für die Darstellung dieser Beziehung gilt, was auch für die Darstellung von Personen gilt: Auch die Beziehungen müssen im Fernsehzeitalter verkörpert werden durch Mimik, Gestik und Körpersprache. Die Verkörperung der Topoi verlangt eine umfassende darstellerische Kompetenz von den Politikern. Gleichfalls muss deren darstellerisches Handeln durch reflexive Selbstkontrolle und Beobachtung der Mitspieler genau aufeinander abgestimmt werden.

Führung ist eine Zuschreibung, ein Ergebnis einer Beziehung. Die Geführten müssen dem Führer Autorität und Überlegenheit zuschreiben. Sie müssen ihn als Führer anerkennen. Der Führer existiert nur, wenn er Gefolgschaft hat. Für die Selbstinszenierung eines Politikers als Führer heißt das, dass diese nur durch die Mitwirkung der Gefolgschaft gelingen kann. Der Führer muss sich öffentlich als solcher darstellen. Aber die Gefolgschaft muss ebenso öffentlich vorführen, dass sie dem Führer folgt und dass sie ihn anerkennt. Die Selbstinszenierung des Führers ist demnach eine Kollektivleistung, die die Abstimmung des Verhaltens vieler Beteiligter erfordert. Das Handeln und Mittun der Gefolgschaft wird zur Bedingung der erfolgreichen Selbstinszenierung.

Der umstrittene Vorsitzende steht vor dem Problem, wie man diese Mitwirkung der „Gefolgschaft“ erwirken kann, besonders dann, wenn diese den „Führer“ eigentlich nicht mehr als solchen anerkennen. Aus dieser Beziehungsabhängigkeit können weitere Darstellungs- und Handlungsprobleme des Vorsitzenden folgen. Weil seine Selbstinszenie-

nung von der Mitwirkung der Mitglieder abhängig ist, können diese durch absichtliche Angriffe oder durch die unbeabsichtigten Nebenfolgen ihrer Handlungen das Bild des Vorsitzenden in der Öffentlichkeit beschädigen. Dadurch gerät der Vorsitzende unter Handlungsdruck. Er muss die Imageverschlechterungen korrigieren durch eine bessere Selbstdarstellung. Diese kann ihm aber nur gelingen, wenn er dazu diejenigen wieder disziplinieren kann, die sein Bild beschädigt haben. Sein Handlungsdruck steigt auch deswegen, weil sein innerparteiliches Ansehen sinkt, je mehr sich sein Medienimage aufgrund der Handlungen einiger Mitglieder verschlechtert.

### **Handlungs- und Darstellungsprobleme des Vorsitzenden als Folge der nicht erfüllten Topoi des „guten Politikers“**

Solange der Parteivorsitzende eine gute öffentliche Figur macht, also als Werbeträger für die Partei funktioniert, indem er für die Partei ein gutes öffentliches Ansehen erzeugt, kann er seine Stellung behaupten. In Gefahr gerät er, wenn er ein schlechtes Image hat und sich dieses Image auf die Partei überträgt und dadurch das öffentliche Ansehen der Partei sinkt. Sobald die Befürchtungen aufkommen, dass der Vorsitzende eher die Wahlchancen schmälert, halten ihn viele der an Wahlerfolgen interessierten Mitglieder für ein Problem. Die Unzufriedenheit der Mitglieder mit Vorsitzenden als Werbeträger kann zur Nachricht werden. Personaldiskussionen können entstehen. Die Medien können diese Diskussion um die Eignung des Vorsitzenden für sein Amt durch eigene Debatten befeuern. Das Ansehen des Vorsitzenden leidet unter solchen Debatten, weil durch ihre öffentliche Austragung fraglich erscheint, ob er noch das Mandat der Partei hat, um für sie zu sprechen oder zu verhandeln. Mit dem Wunsch nach einem Personalwechsel wird zugleich über mögliche Alternativkandidaten spekuliert.

Imageprobleme des Parteivorsitzenden können auf der Basis der Topoi des „guten Führers“ entstehen. Ein idealer Parteivorsitzender soll sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Er soll der Kompetenteste und Fähigste unter den Anwärtern auf den Parteivorsitz sein. Der ideale Vorsitzende bewährt sich durch herausragende Leistungen für die Partei. Er soll die mit dem Amt verbundene Macht im Dienste der Interessen der Parteimitglieder einsetzen, aber nicht für den eigenen Vorteil missbrauchen. Als „Führer“ soll der Vorsitzende durch Argumente und Visionen überzeugen und den Mitgliedern neue Wege für die Bewältigung von Herausforderungen aufzeigen. Er soll ihnen Zuversicht vermitteln. Wenn der reale Parteivorsitzende diesen Idealbildern nicht entspricht, kann er in den Medien wie auch innerparteilich in die Kritik geraten. Es genügt freilich, wenn in den Medien das Bild erzeugt wird, dass der Vorsitzende dem Führertopoi nicht mehr entspricht. Entscheidend ist der öffentliche Eindruck, den der Vorsitzende macht. Negative Eindrücke können mediale Diskussionen um seine Eignung für das Amt nach sich ziehen. Diese Dis-

kurse können zum Problem für den Vorsitzenden werden, sofern er mit dem Versuch der Korrektur seines Medienimages erfolglos bleibt.

a) Probleme auf der Basis des Topos des „Führers“ als des fähigsten Kandidaten für das Amt: Medienkommentatoren diskutieren die Eignung des Amtsinhabers für das Vorsitzendenamt oft auf der Basis von Leistungserwartungen. Diese beruhen auf Idealbildern des Parteiführers und der innerparteilichen Demokratie. In einer demokratisch verfassten Partei sollen die knappen Spitzenämter nur an diejenigen vergeben werden, die durch besondere Fähigkeiten und herausragende Leistungen der Partei auch besondere Dienste erweisen können. Dieses Idealbild ist der Nährboden für Personaldiskussionen. Die Personaldiskussion gedeiht durch die Verbindung des Leistungsprinzips mit der prinzipiellen Austauschbarkeit des Amtsinhabers durch Wahlen. Schon daraus ergibt sich die Idee des permanenten Vergleichs von Amtsinhabern und potenziellen Alternativkandidaten. Sobald aus Journalistensicht respektable Anwärter auf das Amt existieren, kann auch immer die Frage gestellt werden, warum die Partei sich für diesen und nicht jenen entschieden hat.

Mediale Personaldiskussionen werden zum Inszenierungsproblem für den Vorsitzenden, weil sie sich verselbständigen können. Sie können von Journalisten auch dann geführt werden, wenn sich die Parteimitglieder in der Öffentlichkeit diesbezüglich diszipliniert zurückhalten. Die Personaldiskussion lebt von der Begründungsbedürftigkeit der Wahl des aktuellen Amtsinhabers. Diese Begründungsbedürftigkeit als Gedanke besteht, ohne dass er von Parteimitgliedern offensiv aufgegriffen werden muss als Diskussionsthema. Sobald Medien die Frage aufwerfen, warum die Partei sich für diesen und nicht einen anderen Kandidaten entschieden habe, stehen Parteimitglieder und Führung vor Rechtfertigungsproblemen, um die Richtigkeit der Wahl des Amtsinhabers nachzuweisen. Dieser Zweifel untergräbt das Ansehen des Vorsitzenden, da er nunmehr nicht mehr selbstverständlich als die maßgebliche und unersetzbare Führungsfigur der Partei angesehen werden kann.

Die Gefährdung des Vorsitzenden steigt, wenn sich in den Medien der Eindruck einer Krise der Partei verfestigt, die der Vorsitzende maßgeblich verschuldet habe. In dieser Situation erscheint der Personalwechsel als eine attraktive Option, nach außen hin Entschlossenheit zu demonstrieren. Der Personalwechsel bietet ihnen eine gute Möglichkeit, eine „Krisenüberwindung“ für die Öffentlichkeit zu inszenieren. Indem sie den vermeintlich Hauptschuldigen an der Krise auswechseln, können sie in der Öffentlichkeit den Eindruck eines umfassenden „Neuanfangs“ der Partei erwecken.

b) Probleme auf der Basis des Topos der „innerparteilichen Demokratie“: Der umstrittene Vorsitzende gerät in Gefahr, durch seine Reaktionen auf diese Debatten sein angeschlagenes Image weiter zu verschlechtern. Verteidigt sich der Vorsitzende gegen die Kritik der Mitglieder, kann das als Missachtung des Willens der „Basis“ interpretiert werden. Die Gefahr entsteht, dass der kämpfende Vorsitzende als „egoistisch“ und rein „machtorientiert“ skandalisiert wird. Dabei können die Skandalisierer ein verbreitetes Ideal

der innerparteilichen Demokratie nutzen, nach dem die „Basis“ die Inhaberin der Macht in der Partei ist und diese Macht delegiert an jene, die sie für besonders geeignet hält, um für die Mitgliederinteressen zu arbeiten. Diesem Ideal zufolge hat der Vorsitzende nur dann einen Machtanspruch, wenn die „Basis“ mit seiner Arbeit zufrieden ist. Sie bestimmt dem Ideal zufolge, ob der Vorsitzende den Leistungsansprüchen genügt oder nicht. Gemessen an diesem Ideal kann der sich wehrende Vorsitzende als jemand beschrieben werden, der sich den Leistungsansprüchen der „Basis“ verweigert und der sich nur noch für den Machterhalt an sich interessiert.

c) Probleme auf der Basis des Topos des „Führers“ als überzeugender Visionär: Das Medienbild des Vorsitzenden leidet auch dann, wenn dieser als jemand beschrieben wird, der keine positiven Emotionen bei seinen Mitgliedern zu wecken vermag. Als idealer Führer soll er der Partei neue Wege aufzeigen für die Realisierung ihrer politischen Ziele. Dabei darf er nicht allein durch sachliche Politikkonzepte überzeugen. Er muss darüber hinaus auch bei seinen Anhängern das Gefühl von Zuversicht und Erfolgsgewissheit wecken. Der ideale Vorsitzende soll die Mitglieder begeistern und mitreißen. Wer als realer Vorsitzender jedoch ein schlechtes Image hat, weckt nur wenig Begeisterung. Und wo die Mitglieder die rhetorischen Fähigkeiten ihres Vorsitzenden als mangelhaft empfinden, können Journalisten dessen fehlendes „Charisma“ beklagen.

d) Steigende Machtchancen der Konkurrenten dank der Imageprobleme des Vorsitzenden: Hat der amtierende Vorsitzende ein schlechtes Image, weil er nach Meinung der Journalisten den Ansprüchen an einen Führer nicht gerecht wird, steigen die Chancen seiner Konkurrenten, als „Hoffnungsträger“ wahrgenommen zu werden. Dies gilt besonders dann, wenn aufgrund von schlechten Umfragewerten oder von Wahlniederlagen der Partei eine „Krise“ attestiert wird. Die Angst vor Wahlniederlagen verstärkt bei den Mitgliedern den Wunsch nach der Ersetzung des unbeliebten Vorsitzenden durch einen populäreren Kandidaten. Dieser wird aus der Reihe der medial präsenten Führungspersonen stammen, weil er bereits hinreichend medial prominent und beliebt sein muss, um überhaupt von Medien und Wählern als ernsthafte Alternative wahrgenommen zu werden. Konkurrenten um das Amt könnten in dieser Situation ihre Chance wittern und den Vorsitzenden angreifen. Je mehr ein denkbarer Konkurrent zu einem aussichtsreichen Alternativkandidaten von den Medien „hochgeschrieben“ wird, desto gefährlicher wird dieser Konkurrent für den Vorsitzenden. Die Chancen des Konkurrenten steigen, je mehr Medienkonsumenten sich von dem Bild der aussichtsreichen Alternative überzeugen lassen.

### **Parteitage als Mittel des Machtkampfes**

Der umstrittene Parteivorsitzende muss seine innerparteiliche Stellung festigen, indem er sich möglichst erfolgreich als von seiner Anhängerschaft anerkannter Führer inszeniert. Er muss die in den Medien geäußerten Zweifel widerlegen. Dabei steht der Vorsit-

zende von dem Problem, wie er die Mitwirkung der Mitglieder bei seiner Selbstinszenierung als Führer gewinnen kann. Ihm fehlt es an formal an Ämter gebundenen Weisungsbefugnissen. Parteien sind Freiwilligenorganisationen. Die Mitglieder besitzen große Freiräume, nach ihrem eigenen Ermessen ihr Handeln zu wählen. Ob sie an der Selbstinszenierung des Führers mitwirken, hängt von ihrer Entscheidung für diese Mitwirkung ab. Der Vorsitzende muss diese Entscheidungen in ihrem Sinne wahrscheinlicher machen, indem er die Handlungsbedingungen der Mitglieder beeinflusst. Er muss eine Situation schaffen, in der es für die Mitglieder am zweckmäßigsten erscheint, bei der Selbstinszenierung des Parteiführers mitzuwirken.

Seine Möglichkeiten dazu ergeben sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit von Führung und Mitgliedern voneinander. Nicht nur der Vorsitzende braucht die Mitwirkung der Mitglieder bei seiner Selbstinszenierung. Auch die Mitglieder brauchen einen Vorsitzenden, der dank eines positiven Medienechos als Werbeträger der Partei wirken kann. Insgesamt sind alle Mitglieder, die ihre politischen oder Karriereziele nur durch Wahlerfolge realisieren können, auf ein positives öffentliches Ansehen der Partei angewiesen. Das schlechte Image prominenter Führungspersonen schlägt sich nieder in einem sinkenden Ansehen der Partei insgesamt. Deshalb müssen die von Wahlerfolgen abhängigen Mitglieder durch ihr Handeln dafür sorgen, dass der Vorsitzende nicht zu schlecht in der Öffentlichkeit dasteht. Sie müssen zumindest alles vermeiden, was ohne eine schnelle Lösung der Ansehensprobleme der Partei lediglich negative Schlagzeilen in den Medien provoziert. Aus dieser Abhängigkeit der Mitglieder vom Image des Vorsitzenden und der Partei kann der Vorsitzenden Machtchancen gewinnen. Er kann seine eigene öffentliche Präsenz als Tauschmittel gegen Gegenleistungen anderer Mitglieder einsetzen. Er kann mit der Verweigerung seiner Mitwirkung bei der gemeinsamen öffentlichen Inszenierung drohen, um ein Wohlverhalten der Mitglieder zu erpressen. Der Vorsitzende kann zudem versuchen, die Mitglieder durch strategisches Handeln in Zugzwänge zu bringen, so dass sie ihrerseits die Selbstinszenierung des Vorsitzenden unterstützen müssen. Besonders Parteitage bieten sich dafür als Instrument an, weil auf ihnen wenigstens symbolisch die ganze Partei verkörpert wird. An einem Parteitag nimmt die gesamte Parteiführung teil, alle Führungspersonen sind an einem Ort öffentlich sichtbar versammelt. Gleichzeitig stehen ihnen mit den Delegierten die Vertreter der Parteiorganisationen aus dem gesamten Bundesgebiet gegenüber. Die Delegierten gelten als Vertreter der „Basis“, also aller Mitglieder der Bundespartei. Wenigstens symbolisch scheint die ganze Partei am Tagungsort versammelt zu sein und wird dabei von den Medien begleitet. Deshalb bekommen die Normen öffentlichen Auftretens (Schaffung positiver und Vermeidung negativer Eindrücke) auf Parteitagen ein besonderes Gewicht. Das Verhalten der einzelnen Parteitagsteilnehmer kann von Journalisten aufgrund der räumlichen Nähe zu allen anderen Vertretern von Landes- und Kreisverbänden oder der Führung stets als Ausdruck der Beziehung zu diesen Vertre-

tern interpretiert werden. Ebenso können Journalisten über die Beziehungen zwischen Kollektiven spekulieren, also über die Beziehungen zwischen Delegierten als Vertreter der „Basis“ einerseits und der „Führung“ andererseits.

Ein umstrittener Vorsitzender kann die Bereitschaft der Mitglieder, sich der Inszenierungsdisziplin zu unterwerfen, ausnutzen. Mit Hilfe seines privilegierten Medienzuganges kann er sowohl Themen als auch Personen öffentlich als Linie der Partei ausgeben. Gegen diese Vorgaben können die Mitglieder nur noch auf nicht-öffentlichem Wege protestieren. Öffentlich müssen sie, wenn sie den Eindruck einer zerstrittenen Partei vermeiden wollen, diese Linie gutheißen und ihre Führung unterstützen. Würden sie sich öffentlich auf einem Parteitag gegen diese Vorgaben wenden, böten sie den Journalisten die Gelegenheit, die Führung als durchsetzungsschwach und ohne Gefolgschaft darzustellen. Dieses Bild würde das Ansehen der Partei insgesamt beeinträchtigen. Für die Mitglieder ist es daher zweckmäßiger, die Vorgaben der Führung zu akzeptieren anstatt öffentlich darüber zu streiten. Mit der Vorgabe von Themen und Personen kann die Führung bzw. kann der Vorsitzende die Handlungsspielräume der Parteitagsteilnehmer einschränken. Diese können nur um den Preis des Scheiterns der Selbstinszenierung der Partei ihre eigenen Präferenzen und Meinungen öffentlich vertreten. Kritiker des Vorsitzenden oder der Führung müssen sich zurückhalten. Sie sind daher hinreichend diszipliniert, um die Selbstdarstellungsziele der Führung oder des Vorsitzenden nicht mehr zu gefährden.

Auch ohne Zwang und ohne die Durchgestaltung eines Parteitages durch einen einzigen „Regisseur“ kann die Inszenierung gelingen. Die Topoi der „guten Politik“ geben allen Beteiligten Orientierung, welches öffentliche Auftreten Einzelner oder einer Gruppe von Medien und Medienkonsumenten als glaubwürdig und wünschenswert angesehen wird. Auf dieser Basis gelingt eine wechselseitige Handlungsabstimmung, denn das in den Topoi niedergelegte Wissen wird breit in der Partei geteilt. Daher können die Mitglieder sowohl ihr eigenes Verhalten an diesen Topoi ausrichten als auch von anderen erwarten, dass sie sich ebenfalls diesen Vorgaben anpassen.

Prominente Konkurrenten der Amtsinhaber müssen sich ebenfalls selbst disziplinieren, um sich nicht angreifbar zu machen. Sie könnten mit einem den Inszenierungsregeln widersprechenden Auftritt viel Medienaufmerksamkeit gewinnen. Damit stünden sie aber in den Augen derer, die die Vermeidung schlechter Eindrücke fordern, da als jene, die dem Ansehen der Partei schaden. Die Amtsinhaber könnten das Auftreten der Konkurrenten als „parteischädigend“ skandalisieren und dabei auf die Unterstützung der anderen Parteitagsteilnehmer hoffen. Dies böte ihnen die Chance, ihre Konkurrenten derart zu diskreditieren, dass sie ihre Chancen auf das Amt einbüßen. Deshalb ist es auch für die Konkurrenten zweckmäßiger, sich regelgerecht zu verhalten.

## Inszenierungsregeln

Ein gutes Ansehen einer Partei gelingt nur durch die Anpassung an die Bedingungen der medialen Beobachtung von Politik. Die meisten Menschen wissen über Politik nur durch die Massenmedien. Deshalb muss eine Partei in den Medien gut wirken und als „gut“ wahrgenommen werden. Dazu muss sie die in öffentlichen Diskursen kursierenden Vorstellungen von einer „guten Politik“ und „guten Politikern“ glaubwürdig darstellen, weil sowohl Medien als auch deren Publikum die Medienbilder der Politiker auf dieser Basis beurteilen. Eine wichtige Erwartung an Parteien ist dabei, dass sie als ein in Grundüberzeugungen einiges Kollektiv erscheint. Wirkt eine Partei „zerstritten“, wird sie häufig negativ bewertet. Die erwartete Harmonie als Inszenierungsvorgabe muss sich auf zwei Ebenen ausdrücken. Einerseits darf die Partei nicht in sich einander bekämpfende Gruppierungen zerfallen. Andererseits muss ihre Einheit durch einige wenige Repräsentanten symbolisiert und erfahrbar werden. Will die Partei als „geschlossen“ erscheinen in der Öffentlichkeit, darf sie öffentlich keine dauerhaften Konflikte austragen. Sie muss in ihrem Auftreten ihre Repräsentanten bestätigen als Personen, die die Grundwerte der Partei, also den allen Mitgliedern gemeinsamen Konsens verkörpern.

Die Inszenierung der Geschlossenheit unterliegt Regeln. Grundlegende Regel ist die Vermeidung des Eindrucks von Streit. Die zweite Regel richtet sich vornehmlich an Führungspersonen. Sie müssen den Eindruck innerparteilicher Machtkämpfe um Spitzenämter vermeiden. Dazu müssen sie bei öffentlichen Auftritten die Rangordnung der Partei durch ihre Worte und ihr Verhalten als richtig und sinnvoll bestätigen. Sie müssen alles vermeiden, was Journalisten ihnen als Anzeichen der Kritik an und der Unzufriedenheit mit der aktuellen Ämterverteilung auslegen könnten. Das heißt auch, dass ihre Auftritte auf Parteitagen so gestaltet werden müssen, dass kein nachrangiger Politiker einen Höherrangigen durch einen besseren Auftritt in den Schatten stellt. Auf diese Weise kann die Wichtigkeit der Führungspersonen auch sinnlich wahrnehmbar und damit fernsehtauglich werden.

a) Die Bestätigung der Ämterverteilung als richtig und zweckmäßig durch die prominenten Parteivertreter: Der pyramidale Aufbau der Parteihierarchie führt dazu, dass die Zahl der Spitzenämter immer knapper wird, je höher sie in der Hierarchie angesiedelt sind. An der Spitze steht der Vorsitzende. Dieses Amt wird in der Regel nur an eine, in einigen Parteien an zwei Personen vergeben. Der Knappheit der Spitzenämter steht eine Überzahl an Interessenten gegenüber. Die Vergabe eines solchen Amtes an eine Person bedeutet zugleich den Ausschluss aller anderen Interessenten von diesem Amt. Der Sieg des Amtsinhabers ist die Niederlage seiner Konkurrenten. Auf diese Weise können die Medien immer wieder Stoff für dramatische Erzählungen finden, für Berichte über Machtkämpfe, große Siege und herbe Niederlagen. Verknüpft mit der psychologisierenden Beschreibung des Innenlebens der handelnden Personen entstehen so unterhaltsame Geschichten. Menschen leiden an ihren Niederlagen, freuen sich über Erfolge, werden vom

Neid getrieben. Die Parteitagsteilnehmer können einer dramatisierenden Berichterstattung der Medien unter diesen Umständen vorbeugen, indem sie sich möglichst so verhalten, dass die Partei als eine geschlossene Einheit erscheint. Die Beziehungen zwischen Personen auf dem Parteitag, zwischen Interessengruppen und Statusgruppen wird daher als harmonisch vorgeführt.

Aus der Gefahr der medialen Dramatisierung folgt eine konkrete Erwartung der Parteimitglieder an die öffentlichen Auftritte der medial präsenten Spitzenpolitiker. Die Prominenten müssen negative Eindrücke, also in diesem Falle den Eindruck innerparteilicher Machtkämpfe vermeiden. Deshalb müssen Spitzenpolitiker bis in jede Einzelheit so auftreten, dass ihnen eine Unzufriedenheit mit der aktuellen Ämterverteilung nicht nachgesagt werden kann. Sie müssen durch ihr Auftreten, durch ihr Verhalten, mit allem, was sie tun oder lassen, die aktuelle Ämterverteilung als richtig und vernünftig bestätigen, um Medienspekulationen über latente Machtkämpfe um Ämter vorzubeugen. Die Spitzenpolitiker müssen zeigen, dass sie ihre eigene Unterordnung unter die Autorität des Vorsitzenden akzeptieren, sie seine Überlegenheit anerkennen. Auf einem Parteitag haben sie zusätzlich noch die „Pflicht“ der rangabgestuften Selbstdarstellung. Die Qualität des Auftritts einer Führungsperson auf dem Parteitag muss seinem Rang entsprechen. Niemand darf einen besseren Auftritt absolvieren als Personen, die über ihm stehen. Die Ämterverteilung ist hierarchisch, die Personen haben einen unterschiedlichen Rang und Stellenwert. Der Parteivorsitzende ist die wichtigste Person, nach ihm kommen andere Amtsinhaber, die weniger wichtig sind als der Vorsitzende, aber wiederum wichtiger als andere. Auch diese Unterschiede müssen mittransportiert werden. Dem Vorsitzenden muss ein besonderer Auftritt ermöglicht werden, der seinem Status als der wichtigsten Person der Partei entspricht, also sich von den Auftritten der nachrangigen Spitzenpolitiker etwas abhebt.

b) Regeln für Delegierte und Gäste: Auch nichtprominente Parteitagsteilnehmer sind in der Pflicht, die Inszenierung der Geschlossenheit und die des allgemein anerkannten Vorsitzenden mitzutragen. Der Parteitag bietet auch ihnen ein Podium. Sie können durch eigene Reden ein Medienecho erzeugen. Ebenso beobachten Journalisten ihr Verhalten als „Publikum“ der Auftritte der prominenten Führungspersonen. Auch als Publikum müssen sie dazu beitragen, dass der Vorsitzende glaubwürdig als herausragende Persönlichkeit wahrgenommen wird. Sie müssen umgekehrt den Eindruck vermeiden, dass sie den Vorsitzenden nicht mehr als Verkörperung der Grundwerte der Partei und als wegweisenden Visionär anerkennen. Deshalb müssen sie öffentliche Kritik am Vorsitzenden unterlassen. Sie dürfen ferner auf Parteitagen keine Personaldebatten führen. Sie müssen sich ihrem Vorsitzenden zuwenden, ihm gegenüber Aufmerksamkeit zeigen, seinen Auftritt mit Beifall bedenken und durch ihr Wahlergebnis im Amt bestätigen. Sie müssen mit ihrem Verhalten deutlich machen, dass sie in ihrem Vorsitzenden auch den Stellvertreter und obersten Repräsentanten ihres Willens ansehen.



## **Fehlender Widerstand der Delegierten als Bedingung des Inszenierungserfolgs**

In der Regel werden in der deutschen Parteienlandschaft keine offenen Auseinandersetzungen um den Parteivorsitz geführt. Der Wille zur Inszenierung der „Geschlossenheit“ scheint zu überwiegen. Kampfkandidaturen um das höchste Parteiamt sind bislang seltene Ausnahmen. Die durch die Parteiführungen vorgegebenen Personalien werden selten von den Delegierten offensiv abgewehrt und öffentlich kritisiert. Für das Gelingen der Inszenierung gibt es mehrere Gründe.

Die Unterwerfung der Mitglieder unter die Regeln der Inszenierung ergibt sich aus ihrem Kalkül. Eine Partei ist eine Organisation, die ihren Mitgliedern die Verfolgung ihrer Ziele möglich macht. Sowohl die Umsetzung politischer Projekte als auch individuelle Karrieren in Parlamenten oder Regierungsämtern gelingen nur mit Hilfe der Partei. Wo Mitglieder einen solchen Nutzen anstreben, dürfen sie die Erfolgsgrundlagen der Partei nicht in Frage stellen durch ihr Tun oder Lassen. Sie müssen stets daran mitwirken, dass die Partei Erfolg haben kann. Wichtigste Erfolgsbedingung ist ein gutes öffentliches Ansehen der Partei, dass sich für die Wählerwerbung nutzen lässt. Nur Wahlerfolge verschaffen die Möglichkeiten politischen Einflusses und der individuellen Karrieren. Wer diese Ziele verfolgt, hat daher auch ein Interesse an einem guten Ansehen der Partei.

Widerstand gegen die Personalvorgaben der Führung entsteht nicht, weil die Gegner des Vorsitzenden organisatorisch im Nachteil sind. Einem potenziellen Herausforderer des Vorsitzenden auf einem Parteitag fehlt eine verlässliche Unterstützerguppe. Auf einem Parteitag ist die Kampfkandidatur um den Parteivorsitz unwahrscheinlich, weil das Risiko für den Herausforderer des Amtsinhabers zu groß ist. Politische Aufstiege in die höchsten Ämter setzen üblicherweise eine jahre- bis jahrzehntelange Karriere voraus. Der aufstiegsorientierte Politiker ist an Fernzielen orientiert, deren Verwirklichung die methodische Erreichung von Teilzielen erfordert. Für ihn ist es zweckmäßig, auf Risiken wie Kampfkandidaturen möglichst zu verzichten, um das bis dahin Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen. Es sind unter diesen Bedingungen des jahrzehntelangen Aufstieges vor allem die Politikertypen erfolgreich, die diszipliniert und methodisch vorgehen, große Risiken meiden und geduldig ihre Ambitionen so lange zurückstellen, bis sich ihnen eine günstige Gelegenheit auftut, weniger riskant den Aufstieg zu erreichen.

Viele Delegierte besitzen nicht die Möglichkeit, über einen privilegierten Medienzugang Themen und Personen verbindlich als Parteilinie zu etablieren. Sie sind damit den wechselnden Konjunkturen von Themen und Personen ausgesetzt. Daher ist es für sie zweckmäßig, sich nicht zu stark auf Themen und Personen festzulegen, um sich mit wechselnden Themenlagen und Führungspersonal pragmatisch arrangieren zu können. Sie taktieren daher. Taktieren ist die Vermeidung von öffentlichen Festlegungen eines Politikers auf eine Haltung, ein Bündnis oder ein politisches Projekt. Der Taktierer will sich die Möglichkeit offen halten, Haltungen, Bündnisse oder Projekte dann aufzugeben, wenn sie in

veränderten Situationen an der Nutzung von Chancen hindern oder ihm Nachteile einbringen. Taktiert wird in Situationen, in denen eine Veränderung zumindest für möglich gehalten wird. Politiker taktieren, weil ihre öffentlichen Äußerungen als Versprechen künftigen Handelns gelesen werden und weil sie dank der medialen Dokumentation immer wieder als Maßstab der Korrektheit des Politikers herangezogen werden können. Taktieren hält die Möglichkeit offen, sich pragmatisch in Zweckbündnissen mit anderen Politikern zu arrangieren bzw. sich pragmatisch auch mit einer eigentlich ungeliebten Ämterverteilung oder Situation zu arrangieren.

Taktieren schwächt die Bündnisfähigkeit und schürt Misstrauen, da man immer unterstellen muss, dass der andere bei günstiger Gelegenheit das Zweckbündnis aufgibt und es von vornherein nur unter Vorbehalt und auf Abruf eingeht. Daher geht man selber ebenfalls solch ein Bündnis nur vorläufig ein. Damit sind die Taktierer nicht in der Lage, sich für die Vertretung ihrer Interessen gegen die Vorgaben der Führung zu organisieren. Zugleich sind sie als Unterstützer eines potenziellen Herausforderers des Vorsitzenden nicht verlässlich. Als Taktierer vermeiden sie die öffentliche Festlegung auf Kampfkandidatur und Unterstützung des Gegenkandidaten. Deshalb muss der Herausforderer immer damit rechnen, dass er im Ernstfall von jenen alleine gelassen würde, die ihn zuvor noch zur Kandidatur ermutigt haben.

### **Gründe des möglichen Scheiterns des umstrittenen Vorsitzenden**

Das Beispiel des Mannheimer Parteitags 1995 zeigt, dass der Versuch des Vorsitzenden, seine Kritiker gegen ihren Willen zu einer Unterstützung seiner Selbstinszenierung zu bewegen, auch dramatisch scheitern kann. Die Gründe dieses Scheiterns ergeben sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit von Führungspersonen und Mitgliedern bei der Herstellung guter öffentlicher Eindrücke. Damit entspringt das Scheitern der selben Quelle wie das Gelingen der Inszenierung.

Der Erfolg der Inszenierung ruht auf sehr vielen Schultern. An einem Parteitag nehmen viele hundert Menschen als Delegierte teil. Diese Personen müssen alle daran mitwirken, dass der Eindruck der „Geschlossenheit“ der Partei und der Bestätigung des Vorsitzenden als herausragend qualifizierte Führungsperson glaubwürdig wird. Dazu müssen sie ihre durch die Topoi der „guten Politik“ und des „Führers“ auferlegten Rollen auch ausfüllen. Sie müssen diese Rollen freiwillig spielen. Im Sinne der Topoi müssen sie ihre Auftritte diszipliniert gestalten. Die durch die Inszenierungsregeln geforderte Verhaltensdisziplin müssen sie für die Dauer des Parteitages durchhalten, denn in dieser Zeit wird ihr Tun und Lassen von den Medien beobachtet. Alle Parteitagsteilnehmer müssen auch die nötige Darstellungskompetenz haben. Sie müssen also wissen, mit welchem Verhalten sie den erwünschten positiven Eindruck erzeugen können. Schlussendlich ist der Inszenierungser-

folg davon abhängig, wie die Vorführung durch die journalistischen Beobachter interpretiert wird.

Mit den Bedingungen des Inszenierungserfolges sind zugleich mögliche Gründe des Scheiterns mitgenannt. Die Inszenierung kann durch das fehlerhafte Verhalten einzelner Parteitagsteilnehmer oder Gruppen von ihnen misslingen. Die Auswirkungen des Verhaltens von Einzelpersonen oder Gruppen auf den öffentlichen Eindruck des Parteitages hängen dabei davon ab, wie viel Nachrichtenwert die Medien diesen Akteuren zusprechen. Folgende Verhaltensweisen können die Inszenierung scheitern lassen. Einige Akteure können sich der Inszenierung verweigern. Sie können die Inszenierung auch dadurch kippen, dass sie sich unabsichtlich falsch verhalten, weil sie die Inszenierungsregeln missverstehen oder nicht das nötige Wissen für die überzeugende Verkörperung der Topoi besitzen. Sie können phasenweise unbedacht und spontan handeln und auf diese Weise die Inszenierungsregeln unterlaufen.

Darstellungsfehler einiger Parteitagsakteure sind für sich genommen noch kein hinreichender Grund für das Scheitern der Inszenierung. Deren Misserfolg kommt erst durch die journalistische Interpretation der Vorführung zustande. Journalisten können das Verhalten eines Parteitagsakteurs als Problem wahrnehmen und dieses Problem zum Thema der Berichterstattung und Kommentierung machen. Erst dann haben Darstellungsfehler auch Auswirkungen auf das Medienbild des Parteitages. Wie Journalisten eine Inszenierung deuten, kann durch die Inszenierung selbst nicht vorherbestimmt werden. Sie sind grundsätzlich frei in ihrer Auslegung der Parteitagsereignisse. Auch bei einer idealen Inszenierungsdisziplin aller Parteitagsteilnehmer können die anwesenden Journalisten das Verhalten Einzelner oder von Gruppen negativ bewerten, z.B. als „inszeniert“ und damit als unauthentisch.

Das Misslingen der Inszenierung des Parteitages kann eine neue Situation hervorbringen, in der die Disziplin der Inszenierung insgesamt zusammenbricht. Sobald der Inszenierungserfolg in Frage steht, fällt auch der Grund für die Parteitagsteilnehmer weg, sich im Dienste des positiven Medienechos selbst zu disziplinieren. Die Inszenierungsdisziplin ist für sie nicht mehr nützlich. Dank des Scheiterns der Inszenierung bekommen vor allem die Kritiker des umstrittenen Vorsitzenden die Gelegenheit, ihre Kritik nunmehr auch öffentlich zu äußern. Der Fall des Vorsitzenden ist möglich, wenn dessen Gegner die sich ihnen plötzlich bietende Gelegenheit auch aktiv nutzen. Dann verändern sich die Möglichkeiten des Eingriffes in das Geschehen. Die in dieser Hinsicht bis zu diesem Zeitpunkt bevorteilten Vertreter der Parteiführung verlieren ihre Möglichkeiten, Ordnung im Dienste ihrer Ziele zu gestalten. Andere Personen dominieren dann den Prozess und gewinnen Machtchancen, während die bislang Privilegierten eher mit unerwarteten Handlungsproblemen kämpfen müssen. Der Prozess des Machtkampfes kann seine Richtung sprunghaft

ändern, je nachdem, wie viele Unterstützer die Gegner des Parteichefs mobilisieren können.

## **2 Offene Fragen und Ausblick**

Ein Forschungsprojekt, das als Arbeit eines Einzelnen angelegt ist, kann selten alle sich stellenden Fragen befriedigend beantworten. Der Schwerpunkt meiner Untersuchung lag auf der Rekonstruktion von Beziehungen und der Beziehungsdynamik vor und während des Mannheimer SPD-Parteitages 1995. Methodischer Schwerpunkt meiner Arbeit war die intensive Interpretation des umfangreichen Quellenmaterials und die theoretische Verallgemeinerung der vorgefundenen Beziehungsdynamiken. Mein Ziel war es, die plastische Darstellung eines Einzelfalls zu verbinden mit einem hohen Grad an Generalisierung. Dieser Anspruch führte andererseits zu forschungspragmatischen Beschränkungen. Daraus ergeben sich Möglichkeiten für weitere Anschlussforschung.

So kann das am Einzelfall gewonnene Modell noch enger in die soziologische und politikwissenschaftliche Theoriediskussion eingebunden werden. Der vorhandene Reichtum an theoretischen Konzepten zur Dynamik, zum Machtbegriff und zu Machtprozessen ließe sich noch stärker zur Verfeinerung der Erkenntnisinstrumente nutzen.

Das Verständnis innerparteilicher Machtdynamik lässt sich zudem verbessern durch weitere empirische Forschung. So fußen die Selbstinszenierungen von Spitzenpolitikern nicht nur auf die allgemeinsten Topoi des „Führers“. Sie verkörpern zudem auch konkretere Politikertypen. Ein Beispiel dafür ist Johannes Rau, dessen Agieren auf dem Mannheimer Parteitag 1995 maßgeblich von seiner öffentlichen Rolle als Konsensstifter und Integrator geprägt war. Johannes Rau war seinerzeit nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und Landesvorsitzender und damit zumindest nach Delegiertenzahlen der mächtigste Mann in der Partei. Mit 138 Delegierten konnte der Landesverband entscheidend den Ausgang von Parteitagsabstimmungen beeinflussen. Raus Handeln war in Mannheim bestimmt von dem von ihm verkörperten Typus des überparteilichen und bürgernahen Präsidenten, der jedem Raum gibt und stets den Konsens sucht. In dieser Rolle war er für die Partei als Wahlwerbeträger immens wichtig, daher durfte er durch keine seiner öffentlichen Auftritte „aus der Rolle fallen“. Das hieß in Mannheim, dass er auf einen Machtkampf zugunsten des von ihm favorisierten Scharping verzichtete, um den Anschein des neutralen Vermittlers zu wahren. Eine Untersuchung dieses Zusammenhangs zwischen Politikertyp als einen besonderen Charakter und den Möglichkeiten und Grenzen des Handelns des ihn verkörpernden Politikers in konkreten Konstellationen kann zu einer Erklärung von innerparteilichen Machtkämpfen beitragen.

Eine zweite offene Frage ist das Gewicht politisch-ideologischer Konflikte innerhalb dieser Dynamik. In der Auseinandersetzung zwischen Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine einerseits und Rudolf Scharping und etwa Johannes Rau andererseits ging es auch um die

koalitionspolitische Ausrichtung für den Bundestagswahlkampf 1998. Schröder und Lafontaine orientierten sich an ein Bündnis mit den Grünen. Scharping und Rau lehnten dies ab. Dies war nicht der einzige politische Streitpunkt, auch die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik war umstritten. Vertreter eher wirtschaftsliberaler und und die Anhänger eher traditioneller sozialdemokratischer Konzepte kämpften auch in Mannheim um die Hegemonie. Es wäre interessant, diese Konflikte mit den Mustern der Beziehungsdynamik in Zusammenhang zu bringen. Zu fragen wäre, wie die ideologischen, eher aus gesamtgesellschaftlichen Makrophänomenen gespeisten Konflikte die Dynamik antreiben oder hemmen. Umgekehrt ließe sich auch fragen, wie die eher kontingente, eher historische Beziehungsdynamik die Chancen der einen oder der anderen ideologischen Front jeweils stärkt oder schwächt. Mit dem Hinweis auf Makrophänomene ist auch gesagt, dass der gesamtgesellschaftliche Wandel als Bezugspunkt ebenfalls Erklärungspotenziale hat.

Für den zeitgeschichtlich interessierten Forscher lohnt es sich ferner, den Einfluss weiterer Personen auf diesen Umschlagpunkt in der SPD-Geschichte zu erkunden. An erster Stelle stünden dort der bereits erwähnte Johannes Rau wie auch der damalige kommissarische Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, der zugleich als Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen keinen geringen Einfluss im nordrhein-westfälischen Landesverband hatte. Müntefering und Rau waren, wenn auch nicht offen, Kontrahenten in der Frage der koalitionspolitischen Ausrichtung der SPD.

Aus methodischer Sicht gibt es ebenfalls Ansatzpunkte zur Optimierung der Ergebnisse. So ließe sich die Quellenbasis der zeitgeschichtlichen Rekonstruktion eines solchen Ereignisses verbreitern. Neben den überregionalen Tageszeitungen könnten die vielfältigen Lokalblätter mit einbezogen werden. Viele andere Quellen sind noch vorstellbar, etwa Archivmaterial, Fotos oder Radionachrichten.

Die überbordende Quellenmenge ist in der Zeitgeschichte ein bekanntes forschungspraktisches Problem. Grundsätzlich, so lautet der Rat in der Literatur, müsse der Forscher sich beschränken. Es regt dennoch zum Nachdenken über die Forschungsorganisation an. Die Kapazitäten eines einzelnen Doktoranden sind schnell erschöpft. Arbeitsteilige Forschungsprojekte können demgegenüber erheblich mehr Kräfte einsetzen, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Nicht jeder Mehraufwand ist wirklich sinnvoll, aber er nützt dort, wo Machtprozesse präziser nachvollzogen können und demnach die getroffenen theoretischen Aussagen stärker empiriegesättigt wären. Das wäre etwa möglich, wenn man Veranstaltungen wie Parteitage teilnehmend beobachtet. Hier hätte man die Gelegenheit, unabhängiger von der Selektion der Medien die Abläufe zu beobachten. Eine teilnehmende Beobachtung wäre näher an der Fragestellung der Untersuchung und auch ergebnisoffener als die an Nachrichtenwerten orientierten Medienberichte. Tatsächlich ist eine solche Beobachtung schon gemacht worden (Müller 2002), jedoch ohne eine ausgewiesene soziologische Fragestellung zu verfolgen. Eine solche Teilnahme an politischen Groß-

veranstaltungen kann nur durch mehrere Personen erfolgen. Ihr Vorteil wäre aber, dass die entstehenden Daten näher an der Wirklichkeit wären als die Quellen aus zweiter Hand.

Meiner Meinung nach ließe sich durch mehr Kooperation und Arbeitsteiligkeit in der Forschung auch ein spezielles Problem der soziologischen Praxis lösen. Viele Arbeiten greifen entweder auf Interviews oder auf über die Medien greifbare Quellen zurück. Weil diese Arbeiten meistens auch Projekte Einzelner sind, ist das nachvollziehbar, da eine Person mit ihrer beschränkten Zeit auch nur einen beschränkten Zugang zur empirischen Wirklichkeit gewinnen kann. Leider bleibt der Forscher damit aber von vorinterpretierten Informationen aus zweiter Hand abhängig, anstatt eigene Beobachtungen machen zu können. Die postmoderne Auffassung, dass die Welt ein Text sei, hat zudem hin und wieder den Umkehrschluss begünstigt, dass Texte hinreichend viel über die Welt aussagen könnten. Es ist und bleibt aber schwierig, anhand von Texten auf das tatsächliche Handeln der Menschen schließen zu wollen. Dieser Einschränkung unterliegt auch meine Arbeit. Dies ist aber kein grundlegendes methodologisches, sondern ein forschungsorganisatorisches Problem. Daher ließe es sich auch ins Positive wenden: Der soziologischen Neugier stehen offenbar noch jede Menge an beschreitbaren Wegen der Erkenntnisgewinnung offen.

## Literatur

- Ackermann, Volker (1992): Presseartikel. Aus: Rusinek, Bernd-A./Ackermann, Volker/Engelbrecht, Jörg (Hrsg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit. Paderborn, München, Wien u.a.: Schöningh, S. 233-252.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Aus: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Otto Schwartz & Co., S. 35-74.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1995): Modernität, Pluralismus und Sinnkrise: Die Orientierung des modernen Menschen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2004): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie. 20. Auflage. Frankfurt/M.: Fischer.
- Berliner Zeitung 12.08.2005: Stoiber empört den Osten.
- Besson, Waldemar/Jasper, Gotthard (1990): Das Leidbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bette, Karl-Heinrich/Schimank, Uwe (1999): Eigendynamiken der Abweichung. Doping und Terrorismus im Vergleich. Aus: Gerhards, Jürgen/Hitzler, Ronald (Hrsg.): Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse: Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 316- 335.
- Beyerlein, Andrea, Berliner Zeitung 09.09.2006: Der Polarisierer.
- Brosda, Carsten/Schicha, Christian (2003): Politikvermittlung als „Event“-Marketing. Zur Performativität politischer Inszenierungen am Beispiel von Parteitag und Protestaktionen neuer sozialer Bewegungen. Aus: Fischer-Lichte, Erika; Horn, Christian; Umathum, Sandra et al. (Hrsg.): Performativität und Ereignis. Tübingen, Basel: Francke.
- Bülow, Marco (2010): Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter. Berlin: Econ.
- Claessens, Dieter (1989): Heraustreten aus der Masse. In: Ästhetik und Kommunikation, 18. Jg., H. 70/71, S. 97 - 106.
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Eckert, Roland/Willems, Helmut (2002): Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte: Der Weg in die Gewalt. Aus: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1456 - 1480.
- Edelman, Murray (1990): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt, New York: Campus.
- Elias, Norbert (1970): Was ist Soziologie? München: Juventa.

- Elias, Norbert (1987): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1995): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1, 19. Auflage. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Farthmann, Friedhelm (1996): Blick voraus im Zorn. Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD. Düsseldorf: Econ.
- Feldenkirchen, Markus, SPIEGEL 47/2009: Mehr Illusion wagen. 16.11.2009.
- Fischer-Lichte, Erika (1998): Inszenierung und Theatralität. Aus: Willems, Herbert/Jurga, Martin (Hrsg.): Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 81-90.
- Fischer-Lichte, Erika (2001): Ästhetische Erfahrung. Das Semiotische und das Performative. Tübingen, Basel: Francke.
- Fischer-Lichte, Erika (2005): Diskurse des Theatralen. Aus: Fischer-Lichte, Erika/Horn, Christian/Umthum, Sandra et al. (Hrsg.): Diskurse des Theatralen. Tübingen, Basel: Francke, S. 11-32.
- Fras, Damir/Vates, Daniela, Berliner Zeitung 10.10.2006: „Heute freundschaftlich“.
- Frerichs, Stefan (2000): Bausteine einer systemischen Nachrichtentheorie. Konstruktives Chaos und chaotische Konstruktionen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Frevel, Bernhard (2009): Demokratie. Entwicklung - Gestaltung - Problematisierung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther (2004): Einführung. Aus: Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft. Düsseldorf: Droste, S. 9-15.
- Gast, Henrik (2011): Der Bundeskanzler als politischer Führer: Potenziale und Probleme deutscher Regierungschefs aus interdisziplinärer Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giddens, Anthony (1997): Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. 3. Auflage. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Giesen, Bernhard (2009): Skandaltheater. Aus: Preyer, Gerhard (Hrsg.): Neuer Mensch und kollektive Identität in der Kommunikationsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-134.
- Goffman, Erving (2009): Wir alle spielen Theater: Die Selbstdarstellung im Alltag. 7. Auflage. München: Piper.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (1998). Bonn: Deutscher Bundestag (Hrsg.).
- Hahn, Alois (1983): Konsensfiktionen in Kleingruppen. Dargestellt am Beispiel von jungen Ehen. Aus: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Köln: Westdeutscher Verlag, S. 210-232.



- Hitzler, Ronald (1989): Skandal ist Ansichtssache. Zur Inszenierungslogik ritueller Spektakel in der Politik. Aus: Ebbinghausen, Rolf/Neckel, Sighard (Hrsg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1989.
- Hitzler, Ronald (1993): Verstehen: Alltagspraxis und wissenschaftliches Programm. Aus: Jung, Thomas/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozeß: Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 223-240.
- Hitzler, Ronald (1994): Der gemeine Machiavellismus. Beiträge zu einer Soziologie politischen Handelns. Habil-Schrift. Berlin. Im Internet online unter dem PID <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-53000>
- Hitzler, Ronald (1994): Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute - und morgen. Aus: Berking, Helmut/Hitzler, Ronald/Neckel, Sighard (Hrsg.): Politikertypen in Europa. Frankfurt/M.: Fischer, S. 280-295.
- Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.) (1997): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske+Budrich.
- Hondrich, Karl Otto (1999): Die vier elementaren Prozesse des sozialen Lebens. Aus: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Ansichten der Gesellschaft. Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 97 -109.
- Hondrich, Karl-Otto (2001): Der Neue Mensch. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hondrich, Karl-Otto (2002): Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hondrich, Karl-Otto (2004): Liebe in den Zeiten der Weltgesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Howell, Martha/Prevenier, Walter (2004): Werkstatt des Historikers. Eine Einführung in die historischen Methoden. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Hüttenberger, Peter (1992): Überlegungen zur Theorie der Quelle. Aus: Rusinek, Bernd-A./Ackermann, Volker/Engelbrecht, Jörg (Hrsg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit. Paderborn, München, Wien u.a.: Schöningh, S. 253-265.
- Ismayr, Wolfgang (2001): Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Risiko, Verantwortung und Gesellschaftliche Komplexität. Aus: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Verantwortung: Prinzip oder Problem? Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 72-97.
- Kepplinger, Hans Mathias (1997): Politiker als Stars. Aus: Faulstich, Werner/Korte, Helmut (Hrsg.): Der Star. Geschichte - Rezeption - Bedeutung. München: Wilhelm Fink, S. 176-184.
- Koenen, Elmar J.(2004): Moral im System. Darstellungsprobleme der politischen Eliten im Skandal um die Parteispenden. Aus: Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Claudia (Hrsg.): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205-222.

- Kolesch, Doris: Politik als Theater: Plädoyer für ein ungeliebtes Paar. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 42/2008, S. 35-40.
- Krotz, Friedrich (2005): Neue Theorien entwickeln. Eine Einführung in die Grounded Theory, die Heuristische Sozialforschung und die Ethnografie anhand von Beispielen aus der Kommunikationsforschung. Köln: Herbert von Halem.
- Lattmann, Dieter (1977): Die Einsamkeit des Politikers. München: Kindler.
- Lattmann, Dieter (1984): Die lieblose Republik. Aufzeichnungen aus Bonn am Rhein. Frankfurt/M.: Fischer.
- Ljubic, Nicol: Genosse Nachwuchs. Wie ich die Welt verändern wollte. 2. Auflage. München: DVA.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (1992): Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Luhmann, Niklas (2002): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2006): Organisation und Entscheidung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luyendijk, Joris (2007): Wie im echten Leben. Von Bildern und Lügen in Zeiten des Krieges. Berlin: Tropen.
- Mayntz, Gregor, Rheinische Post 16.09.2005: Der Kämpfer.
- Merton, Robert K. (1993): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen. Aus: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M.: Hain, S. 144 - 161.
- Meuser, Michael (2003): Gewalt, Körperlichkeit, Geschlechtlichkeit. Überlegungen zur gewaltförmigen Konstruktion von Männlichkeit. In: Kriminologisches Journal, H. 3, S. 175 - 188.
- Meyer, Thomas (1998): Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst. Berlin: Aufbau.
- Meyer, Thomas (2003): Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 53/2003, S. 12-19.
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michal, Wolfgang (1988): Die SPD - staatstreu und jugendfrei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Mielke, Gerd (2009): Mitgliederparteien im Sog der Amerikanisierung. Aus: Jun, Uwe/Niederemayer, Oscar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 53-69.
- Müller, Marion G. (2000): Parteitagsinszenierung diesseits und jenseits des Atlantiks. Aus: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik - Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 221 - 246.

- Müller, Marion G. (2002): Parteitage in der Mediendemokratie. Aus: Alemann, Ulrich v./Marschall, Stefan (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 147-172.
- Nedelmann, Birgitta (1986): Das kulturelle Milieu politischer Konflikte. Aus: Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, Rainer M./Weiss, Johannes (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 397-414.
- Nedelmann, Birgitta (1990): Über die Offensivwirkung des Zuvielwissens: Politische Devianz. Aus: Oswald, Hans (Hrsg.): Macht und Recht. Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.121-140.
- Neidhardt, Friedhelm (1981): Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe. Aus: Alemann, Heine von/Thurn, Hans Peter (Hrsg.): Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Festschrift für René König zum 75. Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 243 - 257.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.09.2005: Es fehlt das Vertrauen.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1 A-M. 4. Auflage. München: Beck.
- Paris, Rainer (1998): Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Paris, Rainer (1998a): Negatives Organisieren. Das Muster der Intrige. Aus: Paris, Rainer: Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 195-211.
- Paris, Rainer (1998b): Der kurze Atem der Provokation. Aus: Paris, Rainer (Hrsg.): Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 59-89.
- Paris, Rainer (1998c): Dreierlei Schimpfklatz. Über Dauergedre und Selbstverhetzung. Aus: Paris, Rainer (Hrsg.): Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 127-138.
- Paris, Rainer (2001): Leidenschaft - eine Skizze. In: Berliner Debatte Initial: Zeitschrift für den sozialwissenschaftlichen Diskurs, 12. Jg., H. 1/2001, S. 135-138.
- Paris, Rainer (2005): Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK.
- Paris, Rainer (2005a): Tücken der Macht. Das Beispiel der Politik. Aus: Paris, Rainer: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK, S. 27 - 60.
- Paris, Rainer (2005b): Konsens, Fiktion und Resonanz. Zur Theorie der Festrede. Aus: Paris, Rainer: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK, S. 169-188.
- Paris, Rainer (2005c): Über das Folgen. Aus: Paris, Rainer: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK, S. 97-107.
- Paris, Rainer (2005d): Autorität - Führung - Elite. Eine Abgrenzung. Aus: Paris, Rainer: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK, S. 75 - 96.
- Paris, Rainer (2005e): Warten auf Amtsfleuren. Aus: Paris, Rainer: Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz: UVK, S. 193-235.

- Paris, Rainer (2011): Herrschen und Führen. Über ein Grundproblem der politischen Soziologie. In: Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, 65. Jg., H. 11/2011, S. 1004-1014.
- Poguntke, Thomas (2002): Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? Aus: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 253-273.
- Poguntke, Thomas (2005): Politische Parteien. Aus: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage. München, Wien: Oldenbourg, S. 627 - 651.
- Pöllmann, Guido (2007): Kooperativer Staat und Parteiendemokratie. Berlin: Galda + Wilch.
- Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht. 2., stark erw. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Popitz, Heinrich (2006): Soziale Normen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rau, Johannes (1998): Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Abschiedsrede vom 24.05.1998. Online unter: <http://www.vrds.de/redekultur/vrds-redenarchiv/rede-archiv/johannes-rau.php>
- Ridder, Paul (1979): Prozesse sozialer Macht. Bindende Entscheidungen in Organisationen. München, Basel: Ernst Reinhardt.
- Roth, Günther (1987): Politische Herrschaft und persönliche Freiheit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rusinek, Bernd-A./Ackermann, Volker/Engelbrecht, Jörg (1992): Einleitung. Aus: Rusinek, Bernd-A./Ackermann, Volker/Engelbrecht, Jörg (Hrsg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit. Paderborn, München, Wien u.a.: Schöningh, S. 7-11.
- Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen. Baden-Baden: Nomos.
- Sarcinelli, Ulrich (2004): „Seiltänzer an der institutionellen Leine?“ Zum kommunikativen Handlungsspielraum politischer Eliten in der Medienarena. Aus: Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan; Mohr, Claudia (Hrsg.): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25-37.
- Sarcinelli, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute (1992): Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute (1995): Bürokraten in den Chefetagen. Deutsche Karrieren: Spitzenmanager und Politiker heute. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schrag, Wolfgang (2006): Medienlandschaft Deutschland. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

- Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seiffert, Helmut (1996): Einführung in die Wissenschaftstheorie. Bd. 2. Geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie - Hermeneutik und historische Methode - Dialektik. 10. Auflage. München: Beck.
- Simmel, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig: Ducker & Humblot.
- Soeffner, Hans-Georg (1993): Geborgtes Charisma. Populistische Inszenierungen. Aus: Gebhardt, Winfried (Hrsg.): Charisma: Theorie, Religion, Politik. Berlin, New York: de Gruyter, S. 201-219.
- Soeffner, Hans-Georg (1998): Erzwungene Ästhetik. Repräsentation, Zeremoniell und Ritual in der Politik. Aus: Willems, Herbert/Jurga, Martin (Hrsg.): Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 215-234.
- Soeffner, Hans-Georg (2004): Auslegung des Alltags - Der Alltag der Auslegung. Konstanz: UVK 2004.
- Soeffner, Hans-Georg/Tänzler, Dirk (2002): Figurative Politik. Prolegomena zu einer Kultursoziologie politischen Handelns. Aus: Soeffner, Hans-Georg; Tänzler, Dirk (Hrsg.): Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 17-34.
- Sofsky, Wolfgang (1996): Traktat über die Gewalt. Frankfurt/M.: Fischer.
- Sofsky, Wolfgang/Paris, Rainer (1994): Figurationen sozialer Macht. Autorität- Stellvertretung - Koalition. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Stöltzing, Erhard (1992): Stimmungen und Leidenschaften. Die nationale Denkform in den europäischen Umbrüchen. Aus: Müller-Funk, Wolfgang (Hrsg.): Neue Heimaten, neue Fremden. Beiträge zur kontinentalen Spannungslage. Wien: Picus, S. 93-109.
- Stöltzing, Erhard (1996): Macht und Herrschaft. Russland als Beispiel. Aus: Hager, Frithjof/Schwengel, Hermann (Hrsg.): Wer inszeniert das Leben? Modelle zukünftiger Vergesellschaftung. Frankfurt/M.: Fischer, S. 67-80.
- Stöltzing, Erhard (2002): Charme: Soziologische Überlegungen zum Zusammenhang von Verzauberung und Öffentlichkeit. Aus: Bandau, Anja (Hrsg.): Korrespondenzen: Literarische Imagination und kultureller Dialog in der Romania. Festschrift für Helene Harth zum 60. Geburtstag. Tübingen: Stauffenburg, S. 387- 402.
- Tänzler, Dirk (2007): Politisches Charisma in der entzauberten Welt. Aus: Gostmann, Peter/Merz-Benz, Peter-Ulrich (Hrsg.): Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-137.
- Treiber, Hubert (2007): Macht - ein soziologischer Grundbegriff. Aus: Gostmann, Peter/Merz-Benz, Peter-Ulrich (Hrsg.): Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-62.
- Turner, Victor (2005): Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur. Neuauflage. Frankfurt/M.: Campus.

- Walter, Franz, Die Zeit 38/1995: Im Würgegriff der Solidarität. 15.09.1995.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Wiesendahl, Elmar (1998): Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wiesendahl, Elmar (2004): Elitenrekrutierung in der Parteiendemokratie. Wer sind die Bes-  
ten und setzen sie sich in den Parteien durch? Aus: Gabriel, Oscar W./Neuss,  
Beate/Rüther, Günther (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wis-  
sengesellschaft. Düsseldorf: Droste, S. 124 - 141.
- Wiesendahl, Elmar (2009): Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder ent-  
decktem Nutzen. Aus: Jun, Uwe/Niedermayer, Oscar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die  
Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 31-51.
- Wiesendahl, Elmar (2011): Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft. Opladen, Berlin, Far-  
mington Hills: Barbara Budrich.
- Wilke, Jürgen (1998): Politikvermittlung durch Printmedien. Aus: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.):  
Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen  
Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 146-164.
- Willems, Helmut (1997): Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dyna-  
mik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern. Opladen: Leske +  
Budrich.
- Willems, Herbert (2009a): Zur Einführung: Theatralität als Ansatz, (Ent-)Theatralisierung  
als These. Aus: Willems, Herbert (Hrsg.): Theatralisierung der Gesellschaft. Bd. 1:  
Soziologische Theorie und Zeitdiagnose. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissen-  
schaften, S. 13-55.
- Willems, Herbert (2009b): Theatralität als (figurations-)soziologisches Konzept: Von Fi-  
scher-Lichte über Goffman zu Elias und Bourdieu. Aus: Willems, Herbert (Hrsg.):  
Theatralisierung der Gesellschaft. Bd. 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose.  
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-110.
- Woyke, Wichard (2005): Stichwort Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kan-  
didaten. 11., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

## **Quellen**

### **Parteitagsprotokoll**

Parteitagsprotokoll: Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll Parteitag Mannheim 14.-  
17.November 1995.

### **Mail**

Conradi, Peter (2008): Mail an den Verfasser vom 28.10.2008.

### **Bücher und Aufsätze**

Anda, Bela/Kleine, Rolf (2002): Gerhard Schröder. Eine Biografie. Erweiterte und aktuali-  
sierte Neuauflage. München: Ullstein.

- Glötz, Peter (1996): Jahre der Verdrossenheit. Ein Tagebuch ohne Rücksichten. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Graw, Ansgar (1998): Gerhard Schröder. Der Weg nach oben. Düsseldorf: Dirk Lehrach.
- Greser, Achim/Lenz, Heribert/Schmidt, Christian et al. (1994): Die roten Strolche. Berlin: Elefant Press.
- Filmer, Werner/Schwan, Heribert (1996): Oskar Lafontaine. Düsseldorf: Econ.
- Herres, Volker/Waller, Klaus (1998): Der Weg nach oben. Gerhard Schröder - eine politische Biografie. München, Düsseldorf: Econ.
- Hoell, Joachim (2004): Oskar Lafontaine. Provokation und Politik. Eine Biografie. Braunschweig: Dirk Lehrach.
- Hogrefe, Jürgen (2002): Gerhard Schröder. Ein Porträt. Berlin: Siedler.
- Kindt, Walter (1995): Strategien der Emotionalisierung und Inferenzbildung in der politischen Rede. Linguistische Analyse der Rede Oskar Lafontaines auf dem Parteitag in Mannheim. Bielefeld. Online unter: <http://pub.uni-bielefeld.de/publication/1785366>.  
URN: urn:nbn:de:0070-bipr-44545
- Kleine, Rolf/Spruck, Matthias (1999): Johannes Rau. Eine Biografie. München, Düsseldorf: Econ.
- Lafontaine, Oskar (1999): Das Herz schlägt links. München, Düsseldorf: Econ.
- Langguth, Gerd (2009): Kohl, Schröder, Merkel. Machtmenschen. München: DTV.
- Leif, Thomas/Raschke, Joachim (1994): Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Leinemann, Jürgen (2004): Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker. München: Blessing.
- Lösche, Peter (1996): Die SPD nach Mannheim: Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/1996, S. 20-28.
- Micus, Matthias (2005): Die „Enkel“ Willy Brandts. Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Paeschke, Astrid/Sendlmeier, Walter F. (1997): Die Reden von Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine auf dem Parteitag der SPD im November 1995 in Mannheim. Ein sprechwissenschaftlicher und phonetischer Vergleich von Vortragsstilen. In: Zeitschrift für Angewandte Linguistik, H. 27/1997, S. 5-39.
- Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne (2002): Kleine Geschichte der SPD. 1848 - 2002. Bonn: Dietz.
- Rosenbaum, Ulrich (1993): Rudolf Scharping. Biografie. Berlin, Frankfurt/M.: Ullstein.
- Schröder, Hiltrud (1997): Auf eigenen Füßen. München: Knauer.
- Thörmer, Heinz/Einemann, Edgar (2007): Aufstieg und Krise der Generation Schröder. Einblicke aus vier Jahrzehnten. Marburg: Schüren.
- Urschel, Reinhard (2002): Gerhard Schröder. Eine Biografie. Stuttgart, München: DVA.
- Walter, Franz (2009): Die SPD. Biografie einer Partei. Überarbeitete und erweiterte Taschenbuchausgabe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

### **Zeitungsartikel mit Verfasser**

- Bannas, Günter, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1995: Lafontaine ist die eigentliche Enttäuschung für Scharping.
- Bannas, Günter, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995: Ich habe zuviel gemacht und zu wenig gewirkt.
- Bannas, Günter, Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.1995: In Mannheim Jubel und eine Unterschriftensammlung für Lafontaine.
- Bannas, Günter, Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995: Emotion gegen Rationalität, Bauch gegen Kopf.
- Binder, Sepp, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 12.11.1995: Schlimmer kann es kaum noch kommen.
- Böhme, Erich, Berliner Zeitung 09.09.1995: Ende eines Traums.
- Breuer, Helmut, Die Welt 18.10.1995: Scharpings und andere Schultern.
- Deupmann, Ulrich, Süddeutsche Zeitung 18.10.1995: Auch du, Oskar?
- Deupmann, Ulrich, Süddeutsche Zeitung 11.11.1995: Explosionsgefahr: Genossen unter Dampf.
- Dietrich, Stefan, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995: Bösewicht und Lichtgestalt.
- Fallois, Immo von, Berliner Zeitung 18.09.1995: „Wir machen unseren eigenen Wahlkampf“.
- Fallois, Immo von, Berliner Zeitung 30.10.1995: Zwölf Gründe für das große Debakel.
- Feddersen, Jan, Berliner Zeitung 12.09.1995: Sind die „Sozen“ noch zu retten?
- Fuhr, Eckhard, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1995: Scharpings Grenzen.
- Gaschke, Susanne, Die Zeit 46/1995: „Wir brauchen eine andere Führung.“, 13.11.1995.
- Geis, Matthias, Die Zeit 36/2001: Verbissen glücklich. 06.09.2001.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 02.09.1995a: Scharping und das Ende der Troika.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 02.09.1995b: Scharping will Macht der Fraktion stärken.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 11.09.1995: Riesenspagat zwischen den Flügeln der Partei.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 19.09.1995: Scharpings Kurswert sinkt von Tag zu Tag.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 21.09.1995: SPD erleidet dramatischen Absturz.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 10.10.1995: Rudolf Scharping will schwere Zeit durchstehen.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 11.11.1995: Simonis prophezeit der SPD neuen Streit.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 09.11.1995: Droht SPD Einmarsch ins Altersheim?
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 10.11.1995: Kein Parteitag von Friede, Freude und Eierkuchen.
- Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 15.11.1995: Treib aus, o Licht, all Finsternis.



Günsche, Karl-Ludwig, Die Welt 17.11.1995: „Manches hat bitter weh getan“.

Kahlweit, Cathrin, Süddeutsche Zeitung 02.10.1995: Was tun mit einem Sieger auf der Verliererstraße?

Knaup, Horand/Leinemann, Jürgen/Neubacher, Alexander u.a., SPIEGEL 35/2001: Nur die Liebe zählt. 27.08.2001, S. 22-32.

Köpf, Doris/Schrotthofer, Klaus, FOCUS 41/1995: Oskar-Nominierung. 09.10.1995.

Lambeck, Martin S., Die Welt 04.10.1995: SPD-Führung stützt Scharping.

Leinemann, Jürgen, SPIEGEL 44/1995: Wie hinter einer Glaswand. 30.10.1995, S.32- 33.

Leinemann, Jürgen, SPIEGEL 46/1995: Die ewigen Rebellen. 13.11.1995, S. 26-32.

Mumme, Gerhard, Die Welt 25.09.1995: Ende eines Mythos.

Pragal, Peter, Berliner Zeitung 07.10.1995: Das Elend der SPD.

Raschke, Joachim, SPIEGEL 45/1995: Durch die Mitte an die Macht. 06.11.1995, S. 64-70.

Reitz, Ulrich/Schrotthofer, Klaus, FOCUS 46/1995: „Wir müssen in der Mitte gewinnen“. 13.11.1995.

Riehl-Heyse, Herbert, Süddeutsche Zeitung 17.11.1995: Ein Putsch ganz aus Versehen.

Schmale, Holger, Berliner Zeitung 13.03.2009: Glücklich nur in der Opposition.

Schrotthofer, Klaus, FOCUS 42/1995: Countdown läuft. 16.10.1995.

Schrotthofer, Klaus, FOCUS 47/1995: Der rote Korsaar. 20.11.1995.

Schumacher, Hajo, SPIEGEL 47/1995: Stehen oder gehen. 20.11.1995, S. 26-27.

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 21.08.1995: Scharpings Dauerstress mit Schröder.

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 22.09.1995: Die Entdeckung der Langsamkeit.

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 18.10.1995: Lafontaine stellt sich hinter Scharping.

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 14.11.1995: An der Basis hat sich viel Wut aufgestaut.

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 15.11.1995: „Himbeersoße wäre jetzt das Schlimmste.“

Sommerfeld, Franz, Berliner Zeitung 17.11.1995: Im richtigen Moment zog er seine schärfste Waffe.

Vetter, Stefan, Saarbrücker Zeitung 15.11.1995: Genossen erwarten im Rosengarten ein reinigendes Polit-Gewitter.

Vetter, Stefan, Saarbrücker Zeitung 16.11.1995: Lafontaine ist wieder da.

Walter, Franz, Die Zeit 38/1995: Im Würgegriff der Solidarität. 15.09.1995.

Walter, Franz, taz 18.11.1995: Der politische Anführer.

Zschaler, Mathias, Berliner Zeitung 01.09.1995: Die Bestrafung.

Zschaler, Mathias, Berliner Zeitung 10.10.1995: Kurz davor - kurz danach.

### **Quellen ohne Verfasser**

ARD 16.11.1995a: Brennpunkt.

ARD 16.11.1995b: Tagesthemen.

Berliner Zeitung 03.01.1994: Signale für Wende am Rhein.

Berliner Zeitung 25.01.1994: Sozialdemokraten in der Wählergunst.

Berliner Zeitung 07.03.1994: Sozialdemokraten siegesgewiss.

Berliner Zeitung 23.03.1994: Pressestimmen.

Berliner Zeitung 28.04.1994: Der Kredit schmilzt.

Berliner Zeitung 25.05.1994: Scharping attackiert die FDP.

Berliner Zeitung 18.09.1995: Heide Simonis geht zum Angriff über.

Berliner Zeitung 14.10.1995: Union im Aufwind.

Berliner Zeitung 18.10.1995: Wahlkampf: Prominenz tritt zum Endspurt an.

Berliner Zeitung 16.11.1995: Lafontaine wirft Scharping den Fehdehandschuh zu.

Deutschlandfunk 31.07.2008: Zeitzeugen im Gespräch: Rudolf Scharping. Online unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/zeitzeugen/836492/>

FOCUS 28/1994: Politur fürs Image. 11.07.1994.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.09.1995: Mehr als ein persönlicher Machtkampf.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.10.1995: Lafontaine will Scharping alle Ämter lassen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.1995: Scharping: In den letzten Monaten waren wir nicht immer brauchbar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995: Stimmen der Anderen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1995a: Lafontaine verdrängt Scharping.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.11.1995: Die Vorstandswahlen beim SPD-Parteitag in Mannheim.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.11.1995: Die SPD in Baden-Württemberg setzt auf Lafontaine.

Hamburger Abendblatt 23.10.1995: Voscherau: Zorn auf Bundes-SPD.

Hamburger Abendblatt 17.11.1995a: Armer Rudolf- Hereingefallen wie ein blinder Tor.

Hamburger Abendblatt 17.11.1995b: „Hamburg war für Lafontaine“.

Partei Vorstand der SPD, 17.10.1995: Pressemitteilung des Parteivorstandes: Wahl der Parteispitze während des ordentlichen Bundesparteitages 14.-17. November 1995 in Mannheim.

Saarbrücker Zeitung 09.11.1995: „Scharping muss Arbeit abgeben.“

Saarbrücker Zeitung 11.11.1995: Thierse: Führung muss loyal zu Scharping stehen.

Saarbrücker Zeitung 14.11.1995: Scharping will Selbstkritik üben.

Saarbrücker Zeitung 16.11.1995: SPD-Parteitag feiert Lafontaine.

SPIEGEL 19/1993: Ohne Kurs und Kapitän. Nach Engholms Rücktritt: Machtkampf in der SPD. 10.05.1993, S. 29-35.

SPIEGEL 23/1993: Das ist wie im Sport. Interview mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping über seine Chancen für den SPD-Vorsitz. 07.06.1993, S. 40-43.

SPIEGEL 21/1994: Siegen lernen mit Vogts. 23.05.1994, S. 21.

SPIEGEL 25/1994: Kandidat in der Krise. 20.06.1994, S. 18-20.

SPIEGEL 36/1994: Kraft durch Freude. 05.09.1994, S. 18-26.

SPIEGEL 42/1994: Den Kanzler jagen. 17.10.1994, S.6 -14.

SPIEGEL 25/1995: Wunsch der Woche. 19.06.1995; S. 76-77.

SPIEGEL 27/1995: Das Prinzip Frechheit. 03.07.1995, S. 28-31.

SPIEGEL 31/1995: „Die Führungsfrage ist offen“. 31.07.1995, S. 62-64.

SPIEGEL 32/1995: „Medienstar ist man nur kurz“. 07.08.1995, S. 36-38.

SPIEGEL 36/1995: „Ich habe den Rücken frei“. 04.09.1995, S. 33 - 34.

SPIEGEL 39/1995: Alles für Kohl. 25.09.1995, S. 16.

SPIEGEL 39/1995a: Gemeinsame Grippe. 25.09.1995, S. 29-33.

SPIEGEL 39/1995b: Leben in der Krise. Rudolf Scharping und die Macht der Autosuggestion. 25.09.1995, S. 30.

SPIEGEL 41/1995: Demütigungen ohne Ende. 09.10.1995, S. 22-25.

SPIEGEL 43/1995: Fest eingemauert. 23.10.1995, S. 25-26.

SPIEGEL 44/1995: „Die Enkel vergurken vieles“. 30.10.1995, S. 26-29.

SPIEGEL 45/1995: Zukunft links von der Mitte. 06.11.1995, S. 38.

SPIEGEL 46/ 1995: „Aus der Deckung“. 13.11.1995, S. 32-34.

SPIEGEL 47/1995: Oskars zweiter Anlauf. 20.11.1995, S. 22-29.

SPIEGEL 35/1996: Schröder - das ist Lotterie. 26.08.1996, S.53-57.

Süddeutsche Zeitung 16.09.1995: Helmut Kohls gewaltiger Vorsprung.

Süddeutsche Zeitung 19.09.1995: Meuterei? Ich hoffe, dass nur die Crew wechselt.

Süddeutsche Zeitung 07.10.1995: Scharping sieht sich nicht gefährdet.  
Süddeutsche Zeitung 14.10.1995: Jetzt könnte die Union alleine regieren.  
Süddeutsche Zeitung 17.10.1995: Müntefering bereits im Amt des SPD-Geschäftsführers.  
Süddeutsche Zeitung 18.10.1995: Scharping setzt auf den SPD-Parteitag.  
Süddeutsche Zeitung 13.11.1995: Rau: SPD muss Schluss machen mit der Selbstbeschäftigung.  
Süddeutsche Zeitung 14.11.1995: Diskussion mit der SPD-Basis ohne Zeitdruck.  
Süddeutsche Zeitung 16.11.1995: Auftritt eines heimlichen Parteivorsitzenden.  
Süddeutsche Zeitung 18.11.1995: Die Initiative der Petra Heß.  
Süddeutsche Zeitung 18.11.1995a: „Mit Lafontaine wird es keinen Linksruck geben“.

taz 16.11.1995: Tornado kreist über dem SPD-Parteitag.

Die Welt 05.10.1995: Nur noch 28 Prozent würden die SPD wählen.

ZDF 14.11.1995a: Mitschnitt vom Mannheimer SPD-Parteitag 1995, 1. Tag.  
ZDF 14.11.1995b: heute journal.  
ZDF 15.11.1995: Mitschnitt vom Mannheimer SPD-Parteitag 1995, 2. Tag.  
ZDF 15.11.1995a: heute.  
ZDF 15.11.1995b: heute journal.  
ZDF 16.11.1995: Mitschnitt vom Mannheimer SPD-Parteitag 1995, 3. Tag.

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Dissertation ohne fremde Hilfe angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Berlin, den .....

.....

Unterschrift